

**Das Wertproblem
im Jahresabschluß**

München 1959

Helmut Hopfner

Das Wertproblem im Jahresabschluß

**Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München**



**vorgelegt von
Dipl.-Kfm. Helmut Hopfner**

1959

Referent: Prof. Dr. G. Fischer

Korreferent: Prof. Dr. E. Heinen

Tag der mündlichen Prüfung: 26. 2. 1958

Teil A	Seite
Grundfragen des Wertproblems	
I. Analyse des Wertproblems	1
II. Die Bewertung und ihre Zwecksetzungen	10
III. Das Wesen des Werts	
1. Bewertung und Totalrechnung	12
2. Die Wertvorstellung Riegers vom "geldlichen Ende"	15
3. Die korrekte Wertvorstellung	19
IV. Der Begriff des Gebrauchswerts	
1. Definition des Gebrauchswerts	30
2. Gebrauchswert und Teilwert	31
3. Die Ermittlung des Gebrauchswerts und sein Verhältnis zum Ertrag bzw. Ertragswert	35
V. Grundfragen der Abschreibung	
1. Die maßgebliche Wertvorstellung für die Bemessung des Abschreibungssatzes	45
2. Die Zinseszinsabschreibung	54
Teil B	
Der Bewertungsstreit um Statik und Dynamik, Vermögens- oder Erfolgsermittlung	
I. Der Gegensatz zwischen Vermögens- und Erfolgsermittlung in Bezug auf den sachgemäßen Vermögensbegriff	
1. Der Veräußerungswert als Vermögensbegriff	59
2. Der fiktive Einzelzeitwert als Vermögensbegriff	76
3. Der Gebrauchswert als Vermögensbegriff	78
4. Der Tagesbeschaffungswert als Vermögensbegriff	80
5. Das Niederstwertprinzip – "statisch" oder "dynamisch"	86
6. Ordentliche und außerordentliche Bilanzen	89
II. Der Gegensatz zwischen Vermögens- und Erfolgsermittlung jenseits des sachgemäßen Vermögensbegriffes	
1. Die historische Situation	92
2. Erfolgsziffer und Vermögensstruktur	95
3. Die Steuerbilanz – "statisch" oder "dynamisch"	100

III. Die Dynamische Bilanz als Kontrolle der technischen Durchführung	Seite:
1. Darstellung der Idee und Kritik der technischen Durchführung	102
2. Kritik der Idee von der Isolierung des Betriebserfolgs im Jahreserfolg	117
3. Über den Siegeszug der Dynamischen Bilanz	123
IV. Die Erfolgsberechnung als Bewertungszweck	127
Teil C	
Der Bewertungsstreit um Anschaffungs- oder Tageswert bzw. um die Neutralisierung von Scheinerfolgen im Jahresabschluß	
I. Die organische Tageswertbilanz	
1. Der Tageswert	128
2. Die relative Erhaltung der Unternehmung	134
3. Die Stellung der Geldwerte in der organischen Tageswertbilanz	136
II. Zweckmäßige und durchführbare Scheingewinnkorrektur. Ausgangspunkt: die Bewertung mit gebundenen Beständen nach Schmalenbach	
1. Tageswertrechnung, gebundener Bestand und Dispositionserfolge	154
2. Tageswertrechnung, gebundener Bestand und Wertänderungen	162
3. Eiserner Bestand, gebundener Bestand und Substanzerhaltungsrücklagen	172
4. Gebundener Bestand, Geschäftsumfang und spekulative Bestände	174
5. Effektive Probleme einer Indexrechnung	184
6. Die Durchführbarkeit der Scheingewinnkorrektur	189
III. Die Erhaltung des nominellen Eigenkapitals	
1. Vermögens- oder Kapitalerhaltung	200
2. Das Prinzip des doppelten Minimums	204
IV. Scheingewinnkorrektur und soziale Gerechtigkeit	217
V. Die Scheinerfolgskorrektur als Bewertungszweck	221
Teil D	
Richtiger Jahresabschluß und entgegenstehende betriebspolitische Zwecksetzungen	
I. Die stillen Rücklagen	223
II. Handels- und Steuerbilanz	229
III. Die Betriebspolitik als Bewertungszweck	236

Teil A

Grundfragen des Wertproblems

1. Analyse des Wertproblems

In der Naturwissenschaft beruhen Werte auf tatsächlichen Gegebenheiten. Unabhängig von der Richtigkeit oder Genauigkeit ihrer Ermittlung hat ein Körper einen bestimmten Rauminhalt, hat er ein ganz bestimmtes spezifisches Gewicht, haben zwei Gestirne einen ganz bestimmten Abstand voneinander. In der Philosophie und in den Wirtschaftswissenschaften beruhen die Werte auf den subjektiven Vorstellungen des einzelnen Menschen oder bestimmter Gruppen. Die Menschen sind verschieden, ihre Wertungen sind es auch, die Menschen ändern sich und mit ihnen ihre Ansichten. Werte sind an verschiedenen Orten zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich. Weil naturwissenschaftliche Werte Tatsachen sind und nicht vom Menschen abhängige Denkergebnisse (der Mensch bestimmt nur das Wertmaß nicht die Werthöhe), spricht man auch von den exakten Wissenschaften. Diese Exaktheit ist aber vorwiegend im Tatsächlichen des zugrunde liegenden Tatbestands begründet, vielleicht auch darin, daß die Unrichtigkeit eines naturwissenschaftlichen Gedankengangs mathematisch "schwarz auf weiß" nachgewiesen werden kann, was in den "weniger exakten" Wissenschaften schwieriger ist, weil hier das logische Denken in der besonderen Form des Rechnens als wissenschaftliche Methode meist nicht möglich ist.

Somit wäre zunächst ein Grundzug des Wertproblems in der Betriebswirtschaftslehre festgestellt. Werte sind hier deshalb problematisch, weil sie vom unterschiedlichen, sich wandelnden menschlichen Individuum bzw. der Gesellschaft abhängig sind. Wenn in der Naturwissenschaft die Fragestellung nach dem spezifischen Gewicht eines Gegenstandes lautet, so muß die Betriebswirtschaftslehre daneben auch noch klären, was überhaupt als spezifisches Gewicht anzusehen ist, welche Wertart hier in Frage kommt – und die Betriebswirtschaftslehre verfügt über eine ganze Reihe von verschiedenen Werten¹⁾. So besteht beispielsweise bei der Bemessung der Abschreibungen das Wertproblem nur in sekundärem Maße darin, den Abnutzungsgrad einer Anlage festzustellen (technisches Problem). Die entscheidendere Frage ist die, ob die Abnutzung überhaupt als richtige Wertvorstellung in Frage kommt, oder ob nicht vielleicht auch oder allein die Ausnutzung, die Entwicklung der Verkaufspreise, der Grundsatz der zeitlichen Aufwandsverteilung, Kosten- oder Gebrauchswerte, Anschaffungs- oder Tageswerte oder der Grundsatz der Vorsicht maßgebend sind (grundsätzliche Frage).

Während in der Naturwissenschaft das Problem in der Messung einer Größe besteht, dreht sich das Wertproblem in der Betriebswirtschaftslehre zunächst um die Frage, welcher Wert überhaupt ermittelt werden soll, welche der verschiedenen Wertungen der Wirtschaftssubjekte maßgebend sind. Bevor aber hierauf eingegangen werden

1) siehe z.B. Aufzählungen bei

Fischer, G.: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 6.A., Verlag Quelle & Meyer, Heidelberg 1952, S.174

Mellerowicz, K.: Wert und Wertung im Betrieb, Verlag W. Giradet, Essen 1952, S.19

kann, muß noch berücksichtigt werden, daß man sich in der Betriebswirtschaftslehre bezüglich der Umgrenzung des Wertproblems natürlich nicht ganz einig ist.

Eine sehr umfassende Deutung des Wertproblems gibt Nicklisch¹⁾. Er definiert das Wertproblem als das betriebswirtschaftliche Problem. Alle Fragen, die in der Betriebswirtschaft auftreten, hängen mittelbar oder unmittelbar mit dem Problem des wirtschaftlichen Wertes, d.h. mit dem Problem der Leistungserstellung zusammen. Das Wertproblem liegt zwischen dem Bedürfnis und seiner Befriedigung. Diesen Gedankengang findet man vor allem auch bei Mellerowicz²⁾, Rummel³⁾ und Schmidt⁴⁾. Werten ist für die Wirtschaften, ein Abwägen, Wählen und Vergleichen zwischen den verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten der vorhandenen Mittel. Werten ist das betriebswirtschaftliche Kernproblem⁵⁾, weil der Betriebsprozeß auf die Werterhöhung der in ihm befindlichen Güter abzielt⁶⁾. Diesen Tatbestand drückt auch Fischer⁷⁾ wie folgt aus: "Die Aufgabe für den Betrieb ist, den Gebrauchswert der von ihm hergestellten oder abzusetzenden Güter möglichst hoch werden zu lassen." Und Mellerowicz⁸⁾ sagt: "Das Optimum (als günstigste Relation zwischen Kosten und Nutzen) wird zum Ziel allen betrieblichen Wertens." Nach Kosiol⁹⁾ knüpft das betriebswirtschaftliche Wertproblem mit Beschaffung und Absatz an die Außenwelt an, es wird durch sie umgrenzt. Als Aufgabe der betriebswirtschaftlichen Wertlehre bezeichnet Mellerowicz¹⁰⁾ dann die Herstellung einer gedanklichen Beziehung zwischen Beschaffungs- und Absatzmarkt und die bestmögliche Ausnutzung des Wertgefälles.

Der Begriff des Wertproblems im Sinne dieser Autoren umfaßt praktisch das Gebiet der gesamten Betriebswirtschaftslehre. Eine Betrachtung des Wertproblems unter diesem Gesichtspunkt scheidet aus. Es handelt sich hier um das Wirtschaften als solches. Das betriebswirtschaftliche Wertproblem ist aber analog zum Wertproblem in der Volks-

1) Nicklisch, H.: Die Betriebswirtschaft, 7.A., C.Poeschel Verlag, Stuttgart 1932, S.35

2) Mellerowicz, K.: Kosten und Kostenrechnung, Bd.1: Theorie der Kosten, 2.A., Walter de Gruyter & Co, Berlin 1951, S.2

ders.: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Bd.1, 7.A., Walter de Gruyter & Co, Berlin 1952, S.13

ders., Wert, S.7

3) Rummel, K.: Die Verfahren zur Ermittlung des Zeitwerts, ZfhF 1949, S.288

4) Schmidt, F.: Die organische Tageswertbilanz, 4.A., Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr.Th.Gabler, Wiesbaden 1951, Vorwort zur 3.Auflage

5) Mellerowicz, K., Wert, S.8

Walb, E.: Kaufmännische Betriebswirtschaftslehre, G.A.Glöckner Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1938, S.7

6) Mellerowicz, K., Betriebswirtschaftslehre II, S.78

7) Fischer, G. a. a. O., S.173

8) Wert, S.84

9) Kosiol, E.: Bewertung, HdB 2.A., Stuttgart 1938, Sp.977

10) Wert, S.15

wirtschaftslehre ein Spezialproblem. Schließlich ist auch Mellerowicz¹⁾ an anderer Stelle der Ansicht, daß das betriebswirtschaftliche Wertproblem in der Messung des Wertes besteht. Diese Auffassung vertreten ferner Fischer²⁾ und Walb³⁾. Das spezifische betriebswirtschaftliche Wertproblem besteht in der Messung des Wertes der Güter, mit denen die Betriebswirtschaft wirtschaftet. Die Wertmessung ist das dem Wirtschaften vorgelagerte Problem⁴⁾, denn erst die Bewertung ermöglicht ein Vergleichen, ein Einsetzen der Betriebsmittel in Richtung des größten Wertgefälles. Diese Funktion macht den Wert zum wahren Rationalisator in der Betriebswirtschaft⁵⁾. Daraus ergibt sich die große Bedeutung richtiger Bewertung des Leistungsverbrauchs und der Bestände. Der Wert zeigt an, welche Wege zur Aufwandsminderung beschritten werden können, er ist Maßstab für die wirtschaftlichste Kombination der Produktionsmittel. Der Vorgang des Wertens wird ganz allgemein mit der Bezifferung eines Gutes in Geld definiert⁶⁾.

Im Bemühen, das Wertproblem zu präzisieren, muß aber festgestellt werden, daß nicht jede Bezifferung eines Gutes mit einem Geldausdruck diesem grundlegenden Zweck dient. Es gibt nämlich noch Bezifferungen, die Ergebnisse des Wirtschaftens, wirtschaftlicher Entscheidungen und Überlegungen sind, nicht deren grundlegende Voraussetzung. Dies ergibt sich aus einer Aufstellung über verschiedene Wertungsvorgänge bei Mellerowicz⁷⁾:

1. Wertung der innerbetrieblichen Vorgänge, das sind
 - a) Wertung der Kostengüter im Beschaffungsmarkt
 - b) Wertung der Güter für den Absatzmarkt, Kalkulation des Angebotspreises
2. die Wertung ganzer Wirtschaftseinheiten
3. die Wertung zu Bilanzzwecken
 - a) für Vermögensbilanzen
 - b) für Erfolgsbilanzen

1) Betriebswirtschaftslehre I, S.78
Wert, S.18

2) Fischer, G., a.a.O., S.171

3) Walb, E., Betriebswirtschaftslehre, S. 4

4) Walb, E., Betriebswirtschaftslehre, S.4

5) Mellerowicz, K., Wert, S 16
ders., Betriebswirtschaftslehre III, S.15 ff.

6) Fiedler, F.: Grundsätze der Privatwirtschaftslehre,
Selbstverlag, Innsbruck 1932, S.88

Großmann, H.: Der Jahresabschluß der Aktiengesellschaft,
Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin 1938, S.25

Mellerowicz, K., Betriebswirtschaftslehre I, S.78
ders., Kostenrechnung, S.179

Prion, W.: Die Lehre vom Wirtschaftsbetrieb, 2 Bd.,
Julius Springer Verlag, Berlin 1935, S.153

Walther, A.: Einführung in die Wirtschaftslehre der Unternehmung, 2.Bd.:

Die Unternehmung, Schultheß & Co., Zürich 1953, S.85

7) Mellerowicz, K., Betriebswirtschaftslehre II, S. 85

4. die Wertung zu Steuerzwecken

- a) für Ertragssteuern
- b) für Vermögenssteuern

Es ist hier zu vermerken, daß Mellerowicz zwei verschiedene Tatbestände unter dem Begriff "Wertung" zusammenfaßt. Einmal betriebspolitische Überlegungen, nämlich die Einkaufs- und Absatzpolitik, zum anderen die konstituierende Wertfeststellung, die Bewertung einer Unternehmung als Ganzes, die Bewertung zu Bilanz- und Steuerzwecken. Diese zweiseitige Auslegung des Wertproblems zieht sich durch viele einschlägige Arbeiten Mellerowiczs hindurch. Einerseits beinhaltet das Problem des Wertens die Klärung der Frage, mit welcher Wertziffer der Mengenverbrauch zu versehen ist¹⁾, mit welchen Werten Güter beziffert werden müssen²⁾; es handelt sich hier um die Erfassung des wertmäßigen, betriebsbedingten Gutsverbrauchs, d.h. der Kosten³⁾, um die Feststellung des Marktzeitwertes des Gutsverbrauchs (Tageswert im Beschaffungsmarkt)⁴⁾ oder, wenn dieser beispielsweise bei gestoppten Preisen, gehemmter Beschaffung oder überzähligen Lagervorräten nicht maßgebend sein kann, um die Feststellung der "realen Kosten"⁵⁾. Auf der anderen Seite stehen die betriebspolitischen Wertungsprobleme, wie die Kalkulation des Nachfragepreises durch den Produzenten⁶⁾, die Frage, ob ein Auftrag angenommen oder abgelehnt werden soll⁷⁾, Wertungen, die auf Kontrolle der Betriebsgebarung abzielen und vor allem die innerbetrieblichen Wertungen, die den Preis vorbereiten sollen⁸⁾. Zur Bewertung der Kostengüter gemäß dem Gesichtspunkt der realen Kosten tritt nach Mellerowicz⁹⁾ noch die Berücksichtigung des Beschäftigungsgrades hinzu, wobei an die Grenzkostenkalkulation von Schmalenbach gedacht wird. Mellerowicz¹⁰⁾ spricht in diesem Sinne vom Kosten- und vom Wertprinzip. "Kostenprinzip bedeutet grundsätzlich Deckung aller Kosten, die ein Erzeugnis verursacht hat; Wertprinzip Deckung der Kosten, die das Erzeugnis tragen kann. Beim Kostenprinzip sind die Vollkosten absolute Untergrenze der Angebotspreisbildung, beim Wertprinzip sind es die variablen Kosten." Mellerowicz¹¹⁾ äußert hier die Meinung: "Die Wertung und Bewertung der Kosten wird so zu einem Kapazitätsausnutzungsproblem."

Hier ist aber nun die Frage zu stellen, ob eine derartige Identifizierung von Wertmessungsfragen und betriebspolitischen Überlegungen vom rein Begrifflichen her zweckmäßig ist. Mellerowicz¹²⁾ vermerkt selbst, daß die Wertungen nach den Zwecken verschieden sind und daß so viele Rechnungen aufgestellt werden müssen, als Zwecke nicht mit einer

1) Mellerowicz K., Kostenrechnung, S.51, 52, S.179

2) ders., Betriebswirtschaftslehre II, S.85

3) ders., Kostenrechnung, S.4

4) ders., Wert, S.19

5) ders., Betriebswirtschaftslehre III, S.19

6) ders., Betriebswirtschaftslehre III, S.21

7) ders., Betriebswirtschaftslehre II, S.76

8) ders., Betriebswirtschaftslehre III, S.20

9) ders., Betriebswirtschaftslehre III, S.19

10) ders., Kostenrechnung, S.467

11) ders., ebenda, S.186

12) ders., Betriebswirtschaftslehre III, S.20

Rechnung erzielt werden können. Und hier scheinen in der Tat zwei verschiedene Zwecksetzungen, zwei verschiedene Problemkreise vorzuliegen, nämlich konstituierendes und betriebspolitisches Werten. Es ist unmöglich, beide Vorgänge gleichzusetzen. Der Wert soll Rationalisator der Betriebswirtschaft sein, er soll die Produktion innerbetrieblich lenken¹⁾, auf Grund der Feststellung des Wertes eines Gutsverbrauchs sollen die Güter mit Kennzahlen versehen und dadurch auf eine vergleichbare Skala gebracht werden, wodurch dem Betriebswirt Vergleichsgrößen für seine Entscheidungen in die Hand gegeben werden: Aufwand und Leistung, Kosten und Nutzen werden zahlenmäßig erkennbar²⁾.

Von diesem Erkennen des Güterverbrauchs sind streng zu trennen die Einkaufspolitik, die Kalkulations- und Preispolitik. Wie kalkuliert werden kann, nach Beschäftigungsschichten nach bedingten Kosten etc., das sind Fragen der bewußten Kalkulations- und Preispolitik³⁾. Diese Fragen der Betriebspolitik setzen das konstituierende Werten voraus: erst muß der Güterverzehr bekannt sein, dann kann man auf Kostenteile verzichten, Differenzpreise kalkulieren, die Frage der Kapazitätsausnutzung klären u.a.m.

Eine begriffliche Trennung dieses konstituierenden und betriebspolitischen Wertens erscheint zweckmäßig. Schließlich unterscheidet auch Mellerowicz⁴⁾ diese beiden Vorgänge: "Werten ist Abwägen verschiedener Möglichkeiten, um die wirtschaftlichste zu erkennen", und "Werten ist Feststellung von Zahlenwerten, die Wegweiser, Lenker im Betrieb sein sollen", wenn er auch hierfür beidesmal den gleichen Ausdruck (Werten) gebraucht. An anderer Stelle trennt zwar Mellerowicz entsprechend in Wertung und Bewertung der Kosten, meint hier aber, daß beides ein Kapazitätsausnutzungsproblem darstelle. Das ist aber nicht richtig: die Wertung – ja; die Bewertung – nein! Die Kostenart "Abschreibungen" ist zwar nicht unabhängig von der Kapazitätsausnutzung, aber sie ist ja das wirtschaftliche Soll, das bei der jeweils vorliegenden Beschäftigung heringewirtschaftet werden muß. Wie das geschieht, wie die Abschreibungen kalkulationspolitisch auf die einzelnen Kostenträger umgelastet werden, inwieweit kalkulatorisch auf Abschreibungen verzichtet wird, um sie durch höheren Umsatz vielleicht doch wieder zu erwirtschaften, das sind Fragen der Wertung, der Betriebspolitik. Um beides klar auseinanderhalten zu können, sei also der Begriff der Wertung für alle betriebspolitischen Fragen reserviert, konstituierende Wertmessungsfragen aber als Bewertungs- bzw. Wertprobleme bezeichnet.

Es kann nun auch die Frage geklärt werden, wie weit der Rahmen des Wertproblems zu stecken ist. Fragen der Wertung, der Kalkulation und Preispolitik, der Betriebspolitik schlechthin, das sind Fragen, die das Wirtschaften des Unternehmers betreffen, sie sind das Wägen und Wählen. Die Feststellung, wie hoch ein Gutsverbrauch zu beziffern ist, ist kein Wirtschaften, wohl aber ist es die Voraussetzung dazu. Fragen des Wirtschaftens scheiden aber, wie eingangs schon festgestellt wurde, hier aus. Um es an einem Beispiel zu zeigen: es interessiert im Rahmen des Wertproblems nicht, wieviel Lohn für eine bestimmte Arbeit bezahlt werden soll, sondern wieviel bezahlt

1) Mellerowicz, K., Kostenrechnung, S.187

2) ders., Betriebswirtschaftslehre II, S.78

3) Fischer, G., a.a.O., S.204

4) Mellerowicz, K., Kostenrechnung, S.179

wird; es interessiert nicht, welche Maschinen gekauft werden sollen und zu welchem Preis, sondern was die Benutzung der einmal gekauften Maschinen wirtschaftlich wert ist. Wertungen, die den Preis vorbereiten sollen, scheiden hier aus. Schließlich schlagen sich diese in effektiven Erlösen nieder, der tatsächlich erzielte Verkaufspreis für ein Erzeugnis ist aber jeder Bewertung entrückt, das Gut kommt im Unternehmungsvermögen gar nicht mehr vor¹⁾.

Zwischen dem Bewerten in der Bilanz einerseits und in der Kostenrechnung andererseits wird in der Betriebswirtschaftslehre wohl allgemein ein Unterschied gemacht²⁾. Man denke z.B. an die Verwendung von Tageswerten in der Kalkulation und von Anschaffungswerten in der Bilanz, an bilanzielle und kalkulatorische Abschreibungen und dergleichen mehr. Für Mellerowicz gibt dies Anlaß, eine besondere Unterscheidung zu treffen. Für ihn sind der Marktzeitwert, bzw. im Falle gehemmter Beschaffung oder überhöhter Lagerbestände die realen Kosten, die Hauptwerte³⁾. Mellerowicz⁴⁾ möchte nun den Begriff des Bewertens für die Feststellung des Marktzeitwertes reservieren und davon die Bezifferung der Güter zu Bilanzzwecken unterscheiden. Was die begriffliche Situation des Marktzeitwertes betrifft, so läßt sich darunter allerdings sowohl der Tagesbeschaffungswert der Kostengüter als auch der Marktwert der erstellten Leistungen, d.h. deren Verwertbarkeit im Markt, verstehen⁵⁾. Von Bezifferung spricht Mellerowicz bei der bilanziellen Bewertung deshalb, weil die Ergebnisse dem wirtschaftlichen Wert, dem Marktzeitwert nicht entsprechen, nach den angewandten Bezifferungsgrundsätzen keine wirtschaftlichen Werte ergeben können u.U. nicht einmal ergeben sollen, z.B. 1-DM-Posten in der Bilanz. Es handele sich deshalb um eine Bezifferung, weil mit der Summe der Kosten bewertet werde, weil eine einfache Übertragung von Aufwandszahlen, bestenfalls abgewandelt unter bilanzpolitischen Gesichtspunkten, statfinde.

Diese Unterscheidung in eine Bewertung im engeren und im weiteren Sinn (Bezifferung), in eigentliche und uneigentliche Wertungen⁶⁾, erscheint nicht besonders zweckmäßig. Es wäre die Frage zu stellen, inwieweit nicht einerseits die Kostenrechnung mit Werten arbeitet, die sie aus der Bilanz herleitet, und dies besonders dann, wenn man daran denkt, daß Schmalenbach⁷⁾ die Bilanz als Kräftespeicher bezeichnet und daß der Verbrauch dieser Kräfte zum großen Teil Kostencharakter hat bzw. annehmen muß, wenn die Betriebswirtschaft wirtschaftlich arbeiten soll. Daß bilanzpolitisch abgewandelte Werte als Grundlage für die Kostenrechnung nicht in Frage kommen, ist selbstverständlich. Ob andererseits die Bewertung mit der Summe der Kosten, ob die Übertragung von Wertgrößen aus der Kosten- in die Erfolgsrechnung nicht als Bewertung zu bezeichnen wäre, erscheint ebenfalls zweifelhaft.

1) Walther, A., Betriebswirtschaftslehre II, S.92

2) Schmalenbach, E.: Dynamische Bilanz, 12.A., Westdeutscher Verlag
Verlag, Köln 1956, S.170

Mellerowicz, K., Kostenrechnung, S.186

3) Mellerowicz, K., Betriebswirtschaftslehre III, S.18 ff.

4) ders., Wert, S.18 ff.

5) Mellerowicz (Wert, S.20, 28, 70) verwendet den Begriff des Marktzeitwertes leider für beides. Auf der Basis derartiger "Mehrzweckbegriffe" redet man aber allzu leicht aneinander vorbei, weil nicht klarsteht, welche Auslegung im einzelnen gerade gemeint ist.

6) Mellerowicz, K., Wert, S.19

7) Schmalenbach, Dynamische Bilanz, 12.A., S.59

Schließlich werden innerbetriebliche Leistungen nach diesem Verfahren (Herstellkosten) bewertet. Wenn ein Gut verbraucht wird, so wird dadurch ein ganz bestimmter wirtschaftlicher Wert vernichtet. Die Tatsache, daß dieser Gutsverbrauch einmal im Rahmen einer Zeitraumrechnung, zum anderen in einer Stückrechnung dargestellt wird, ändert nichts am wirtschaftlichen Wert des Verbrauchs. Beide Rechnungen verfolgen den gleichen Grundzweck, nämlich die Feststellung des Gutsverbrauchs, auch wenn sie diesen jeweils nach anderen Gesichtspunkten aufaddieren. Wenn aber die Wertvorstellung in Kosten- und Erfolgsrechnung grundsätzlich die gleiche ist, dann hat es keinen Sinn, zwischen beiden Rechnungen in Bewertung und Bezifferung zu unterscheiden.

Eine etwas anders geartete Sonderstellung bezüglich des Wertproblems bezieht Gnam¹⁾. Er ist der Auffassung: "Betriebswirtschaftlich ist die Bewertung somit immer die Unterstellung eines Verkaufs." Gnam denkt hier an den Veräußerungswert, an den gemeinen Wert. Die Feststellung der Ausgaben ist nach Gnam keine Bewertung, analog sind Ausgaben keine Werte. Gnam geht damit am betriebswirtschaftlichen Wertproblem vorbei, das gerade in der Klärung der Frage besteht, mit welchen Werten der Aufwand, der Güterverbrauch bemessen werden soll. Aufwand — das sind nach Gnam die Ausgaben. Eine Bewertungsfrage beim Aufwand gibt es nicht. Die Meinung, Bewerten bestünde nur im Feststellen des Veräußerungswerts von Wirtschaftsgütern, ist abzulehnen. Schließlich bedeutet bereits Gnams Entscheidung für eine Bewertung des Aufwands mit den Ausgaben im Gegensatz zum Tageswert²⁾ eine Stellungnahme zu einem Problem, das wohl kaum anders als ein Wertproblem bezeichnet werden kann.

Als Analyse des Wertproblems wäre zusammenzufassen: Es sollen hier nicht die Fragen des Wirtschaftens (= "Werten") überhaupt erörtert werden. Das bedeutet, daß betriebspolitische Wertungsfragen ausscheiden, d.h. die Kalkulations- und Preispolitik. Was das konstituierende Bewerten anbelangt, so interessieren hier die grundsätzlichen Maximen, nach denen die Bewertung durchgeführt bzw. welcher Wert ermittelt werden soll. Eine Einengung des Begriffs des Bewertens lediglich auf die Feststellung von Veräußerungswerten oder auf das Gebiet der Kostenrechnung im Gegensatz zur Bezifferung in der Erfolgsrechnung wird nicht für richtig gehalten. Im Gegenteil. Weil die Bilanz ein Kräftespeicher ist und die Beziehungen zur Kostenrechnung durchaus wechselseitig sind, wird sich die Diskussion des Wertproblems, das konstituierenden Bewertens, hauptsächlich mit dem Wertansatz in der Bilanz beschäftigen. Die verschiedenen Bilanztheorien wollen im Grunde nichts anderes, als die Frage des Wertansatzes klären³⁾.

1) Gnam, A.: Axiome der Bilanzierung, Pflaum Verlag, München 1948, S.22

2) ders., a.a.O., S.10, 17

3) Le Coutre, W.: Bilanztheorien, HdB 2.A., Stuttgart 1938, Sp.1055

Fischer, G., a.a.O., S.158

Nicklisch, H., Betriebswirtschaft, S.427

Rieger, W.: Einführung in die Privatwirtschaftslehre, Verlag der Hochschulbuchhandlung Krische & Co., Nürnberg 1928, S.203

Sykora, G.: Die Konten- und Bilanztheorien, Industrieverlag
Spaeth & Linde, Wien 1949, S.147, 149

Bilanz- und Bewertungsfragen hängen untrennbar zusammen¹⁾.

Das Problem der Bewertung in der Bilanz mag nun etwas antiquiert erscheinen. Tatsächlich ist der Streit um die Erfolgs- oder Vermögensermittlungsbilanz – allerdings ungeklärt – in einen Dornröschenschlaf versunken, woran auch das Erscheinen der Dynamischen Bilanz von Schmalenbach in 12. Auflage nichts ändert; die Auseinandersetzung fehlt. Walb²⁾ ist sogar der Ansicht, die Diskussion um die Bilanz habe schon mit den Arbeiten Schmalenbachs um 1919 ihren grundsätzlichen Abschluß gefunden. Demgegenüber meint Sykora³⁾, die modernen Bilanztheorien beträfen ein Gebiet, "das erst vor ungefähr einem Vierteljahrhundert erschlossen worden ist und auf dem die Arbeiten noch immer im Gang sind. So neu dieses Gebiet aber auch ist, ebenso wichtig ist es auch. Die Tragweite der Erkenntnis, welche uns die Forschung auf diesem Gebiete bereits ermittelt hat und uns noch zu ermitteln verspricht, können wir bestimmt noch kaum voll ermessen".

Weder kann aber die Dynamische Bilanz als ein Abschluß empfunden werden – sie ist nur ein Glied in der Kette –, noch erscheint das Gebiet der Bilanzierung besonders neu; eher ist es erstaunlich, daß es immer noch ein Problem ist. Auch sein Erkenntniswert ist beschränkt. Sicher ist aber das eine, daß auch in jüngster Zeit Bewertungsfragen in der Literatur erörtert werden. Dies beweisen die Veröffentlichungen im Streit um den Teilwert⁴⁾. Insbesondere wurde auch die Diskussion um den Tageswert durch die Preissteigerungen nach dem zweiten Weltkrieg wiederbelebt⁵⁾, und zwar auch in Ländern wie den USA, die bislang noch keine Ursache (große inflationäre Preissteigerungen) hatten, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Schließlich mag auch den Fragen der Bilanzierung im Rahmen der Ermittlung von Erfolgsbeteiligungen der Arbeitnehmer wieder größere Bedeutung zukommen. Der Streit um Bewertungsfra-

1) Fiedler, F., a.a.O., S.228

Lohmann, M.: Einführung in die Betriebswirtschaftslehre,
J.C.B. Mohr, Tübingen 1949, S.99

2) Walb, E.: Zur Dogmengeschichte der Bilanz von 1861–1919, G.A.
Glöckner Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1933, S.1

3) Sykora, G., a.a.O., S:253

4) siehe Veröffentlichungen von Aufermann, Bühler, Kremer, Littmann im Literaturverzeichnis, ferner Kosiol, E., Bilanzreform, S.142 ff.

5) Engelmann, K.: Die Verrechnung von Inflationsgewinnen. ZfhF 1951, S.153

Hax, K.: Bilanzgewinn und Geldwertschwankung, ZfhF 1951, S.433

Henzel, F.: Gegenwartsprobleme im Licht der organischen Bilanzlehre,
ZfB 1952, S.135

Husemann, H.: Scheingewinne bei Abschreibungen vom Anschaffungswert,
Bb 1952, S.599

Meier, A.: Vorschlag zur Erfassung der wirklichen Scheingewinne, Wp 1951,
S.389

Rentrop, S.: Geldwertausgleich in der Bilanz, Bb 1951, S.962

Schnettler, A.: Grundsätzliches zum Problem der betrieblichen Substanzerhaltung, BFuP 1953, S.193

gen wird dann unter Umständen um einiges hartnäckiger ausfallen als bislang, wo man sich nur mit den Aktionären auseinanderzusetzen hatte.

II. Die Bewertung und ihre Zwecksetzungen

Das Wertproblem besteht in der Frage der Wertmessung sowie in der vorgelagerten Frage, welcher Wert ermittelt werden soll. Einen besonderen Akzent bekommt dies Problem dadurch, daß Werten nach der Meinung der Literatur¹⁾ zweckbestimmt ist. Die Frage der Zweckbestimmung ist nun die Hauptwurzel des in der betriebswirtschaftlichen Literatur existierenden Meinungsstreites. Es haben sich hierbei folgende grundlegende Probleme herausgebildet:

1. Die Frage, ob die Bewertung (in der Bilanz) das "Vermögen" oder den "Erfolg" ermitteln soll; es handelt sich um den Streit Statik-Dynamik, wie er durch Schmalenbach in der Literatur bekannt geworden ist.
2. Anlaß der Meinungsverschiedenheiten ist ferner, ob die Bewertung den Zweck habe, das "Vermögen" oder das "Kapital" zu erhalten, ob Tagesbeschaffungswerte oder nominelle Beschaffungswerte (Anschaffungswerte) maßgebend sind, eine Frage, die hauptsächlich Fritz Schmidt mit seiner organischen Bewertungstheorie aufgeworfen hat.
3. Als letzter Fragenkomplex wäre noch der Gegensatz zwischen Handels- und Steuerbilanz zu nennen. Es tritt hier im Rahmen der Handelsbilanz vor allem das Problem auf, ob überhaupt so bewertet werden soll, wie es sich aus dem Wesen (d.h. aus einer zweckfreien Bewertung) der Güter ergibt. Hier handelt es sich um die subjektiven Zwecksetzungen derjenigen, die Bilanzen erstellen, was meistens bedeutet, daß man eben nicht das sich nach bestimmten Grundsätzen ergebende richtige Vermögen, bzw.

1) Le Coutre, W.: Grundzüge der Bilanzkunde, 2.Bd., G.A. Glöckner

Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1924, S.114

Fiedler, F., a.a.O., S.88, 295, 358

Großmann, H., Jahresabschluß, S.26

Gsell, E.: Betriebswirtschaftslehre, Bd.1.: Die kaufmännische Unternehmung, E.A.,

Verlag des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins, Zürich 1946, S.180

Hoffmann, A.: Wirtschaftslehre der kaufmännischen Unternehmung, Hans Buske Verlag, Leipzig 1932, S.226

Kosiol, E.: Bilanzreform und Einheitsbilanz, 2.A., Deutscher Betriebswirte Verlag, Berlin 1949, S.28

Lehmann, M.R.: Leistungsmessung durch Wertschöpfungsrechnung, Verlag W.Giradet, Essen 1954, S.87

ders., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 2.A., Westkulturverlag Hain, Meisenheim am Glan 1949, S.95

Leitner, F.: Privatwirtschaftslehre der Unternehmung, 4.A.,

Walter de Gruyter & Co, Leipzig 1922, S.110

Mellerowicz, K., Betriebswirtschaftslehre II, S.82, 85

ders., Betriebswirtschaftslehre III, S.20

Rößle, K.: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Buchverlag

Dr.K.Weinmayer, München 1948, S.111

Schmaltz, K.: Aufwand, HdB 2.A., Stuttgart 1938, S.276

Wyder, E.: Der Wiederbeschaffungspreis, Schultheß & Co,

Zürich 1946, S.3

den richtigen Erfolg, ausweist. Meist dienen derartige Frisuren finanzpolitischen Zwecksetzungen¹⁾. Schmalenbach²⁾ spricht von der nicht ganz unverbreiteten Absicht, sich selbst oder andere zu belügen.

Die Aufgabe wird im folgenden darin bestehen, die Berechtigung der einzelnen Zwecksetzungen zu untersuchen. Dies setzt jedoch voraus, daß zunächst das Wesen der Bewertung schlechthin geklärt werden muß, und zwar nach welchen Grundsätzen der Bestand an Wirtschaftsgütern einer Unternehmung sowie deren Verbrauch beziffert werden soll, abstrahiert von den oben genannten Zwecksetzungen. Im Anschluß daran kann dann geprüft werden, ob und inwieweit letztere eine wesensgerechte Bewertung beeinflussen dürfen.

1) Rößle, K., Betriebswirtschaftslehre, S.109

2) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.134

III. Das Wesen des Wertes

1. Bewertung und Totalrechnung

Die Bilanz ist ein Kräftespeicher, sie weist das "Vermögen" der Unternehmung nach, das was die Unternehmung vermag, ihre Wirtschaftskraft, die Güter, die ihr zur Produktion zur Verfügung stehen, die sie bei der Leistungserstellung gebraucht bzw. verbraucht. Bevor ein Gut verwendet wird, wird es zunächst Bestand dieses Kräftespeichers. Das Wertproblem besteht in der Frage, wie diese vorhandenen Kräfte zu messen sind.

Mit dem Wesen der Bilanz und der Bewertung beschäftigt sich vor allem Rieger. Seine Bilanzlehre unterscheidet sich nach Hintner¹⁾ von den anderen dadurch, daß Zwecksetzungsfragen, die ja die Wurzel aller anderen Bilanztheorien sind, ausscheiden. Für Rieger gibt es keine verschiedenen Bewertungsgrundsätze, je nach der Art Bilanz; Jahresbilanz (Vermögens-, Erfolgsermittlung), Konkurs-, Liquidationsbilanz usw., sondern nur einen einheitlichen Bewertungsgrundsatz. Es ist hierbei zunächst der Gedanke festzuhalten, daß die Bewertung des Gutsverbrauches im Grunde nur eine einzige Wertvorstellung zuläßt. Die wirtschaftliche Verwendung eines Gutes kostet soundsoviel – daran ändert auch die Zwecksetzung einer Abrechnung nichts.

Bei der Erklärung des Wesens der Bilanz, bzw. der Bewertung, geht Rieger von dem Gedanken der Totalbilanz aus. Ein eindeutiger Abschluß, eine genaue Ermittlung des Erfolges einer Investition, die mit einer Aufwendung in Geld begonnen hat, ist nur möglich, wenn die geschäftliche Transaktion wieder beim Geld gelandet ist²⁾. Weil mit dem Ende der Unternehmung die geldliche Auflösung untrennbar verbunden ist, ist die Totalrechnung nach Walther³⁾, der diese Ansicht Riegers auch in neuester Zeit vertritt, "der einzig wahre, organische Abschluß". Obwohl eine derartige Totalrechnung in der Praxis selten oder nie gemacht wird, habe sie für die Theorie einen bedeutenden Wert, meint Rieger⁴⁾, da ohne diesen Begriff das Problem der Jahresrechnung nicht richtig erfaßt werden könnte. Solange der Betrieb arbeite, immer neue Aufwendungen mache, sich immer wieder von der Geldform wegbewege, sei es wegen der entstehenden Bewertungsfrage ganz unmöglich, einen korrekten Abschluß zu machen⁵⁾. Auch wenn man bei der Errechnung des Periodengewinnes jede Willkür vermeide und vernünftige Bilanzregeln konsequent einhalte⁶⁾, seien die in den einzelnen Jahren errechneten und ausgezahlten Gewinne nur Abschlagszahlungen auf den Totalgewinn⁷⁾. Niemand wisse, ob der Gewinn wirklich ein Teil des Totalgewinnes sei, oder ob er bald durch Verluste wieder aufgezehrt würde, woran auch die klügste Bilanztheorie nichts ändern könne⁸⁾. Rieger⁹⁾ bringt hierzu folgendes Beispiel:

1) Hintner, O.: Die Riegerische Bilanzlehre, ZfHK 1930, S.234

2) Rieger, W., Privatwirtschaftslehre, S.203

3) Walther, A., Wirtschaftslehre II, S.38

4) Rieger, W., Privatwirtschaftslehre, S.207

5) ders., Privatwirtschaftslehre, S.204 ff.

6) Walther, A., Wirtschaftslehre II, S.38

7) Rieger, W., Privatwirtschaftslehre, S.220

8) Walther, A., Wirtschaftslehre II, S.38

9) Rieger, W., Privatwirtschaftslehre, S.220

"Wenn eine Unternehmung (AG) im Laufe ihres Bestehens 5, 6, 8, 10, 5, 0, 0, 0 % Dividende ausschüttete und dann im neunten Jahre in Konkurs ging, so waren alle Bilanzen falsch, weil sie das richtige Geldende nicht in ihre Bewertung einbezogen haben. In keinem Jahre hätte eine Dividende verteilt werden dürfen, da doch gar kein Gewinn erzielt worden ist. Im Gegenteil: Die Aktionäre haben 66 % ihrer Einlage verloren. Was als Dividende ausgeschüttet wurde, war in Wirklichkeit Kapitalanteil."

Die Betrachtung des Periodenabschlusses vom Standpunkt der Totalbilanz führt Rieger dazu, den Jahresabschluß als sehr vage und fragwürdig anzusehen. Sicherlich bestehen in der Bewertung gewisse notwendige Toleranzen. Bühler¹⁾ meint einmal, daß für ein mit 383 712.- DM bewertetes Gebäude wahrscheinlich auch jeder Wert zwischen 350 000.- und 400 000.- DM vertretbar wäre. Riegers Vorwurf der Fragwürdigkeit eines Jahresgewinnes geht aber noch wesentlich weiter. Nicht nur infolge einer nur approximativen Bewertung ist der Jahresgewinn fragwürdig, sondern deshalb, weil man nicht wisse, ob der erzielte Gewinn im Hinblick auf den Totalgewinn richtig war, ob er nicht wieder durch Verluste aufgezehrt werden wird. Ja, Rieger²⁾ ist sogar der Auffassung, "daß im Falle der definitiven Liquidation die dabei eintretenden Verluste auf die ganze Unternehmungsdauer verteilt werden müssen".

Rieger verknüpft hier den negativen Ausgang der letzten Investition mit der vorangegangenen, die bereits erfolgreich ihr geldliches Ende erreicht hat. Er bezeichnet dieses Vorgehen als theoretisch einwandfrei³⁾. Hiergegen sind jedoch Bedenken geltend zu machen. Das Leben einer Unternehmung stellt sich dar als eine fortwährende Investition des Unternehmungskapitals in konkreten Vermögen und dessen Liquidierung, dessen Geldwerdung. Das Wesen des Vorgangs beinhaltet dabei ein gewisses Wagnis, dem der konkrete Erfolg, das ist der Gewinn oder Verlust, gegenübersteht. Im Totalgewinn werden die Ergebnisse dieses laufenden Wagens des Kapitals zusammengezählt. Dabei werden aber völlig autonome Ergebnisse einzelner Wagnisvorgänge erfaßt. Jede Investition führt nach ihrer völligen Liquidation, nach der Beendigung eines Wagnisses zu einem autonomen Ergebnis. Jeder Umsatz einer Anlage, einer Ware ist ein abgeschlossener Vorgang, eine Investition von Geld in Güter und eine Liquidation wieder zu Geld, die einen bestimmten Erfolg aufweist, der nicht erst den Totalgewinn fragen muß, ob er in dieser Höhe richtig ist oder nicht. "Ist ein Kreislauf G-W-G' vollendet, so liegt das Ergebnis G' dieser Teilunternehmung definitiv fest. Daß es wieder als Ausgangspunkt eines neuen Kreislaufes dienen kann, ändert daran nichts"⁴⁾.

Wenn Rieger behauptet, der Liquidationsverlust am Ende einer Unternehmung müsse auf die übrigen Jahre verteilt werden, errechnete Gewinne seien deshalb fragwürdig, weil bereits die nächste Investition Verlust bringen könne, so mißdeutet er das Wesen der Unternehmung. Gerade die Tatsache der permanenten Investition des Kapi-

1) Bühler, O.: Diskussionsbeitrag in Die Wirtschaft unter der Steuerpolitik, Bd. 7 der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf 1954, S.189

2) Rieger, W., Privatwirtschaftslehre, S.218

3) ders., Privatwirtschaftslehre, S.219

4) Borkowsky, R.: Die Bilanztheorien und ihre wirtschaftlichen Grundlagen, Ernst Lang, Zürich 1945, S.144

tals rechtfertigt die Autonomie der einzelnen Investitionserfolge. Wenn auf eine Reihe positiv verlaufener Kapitalwagnisakte einmal ein Verlust auftritt, wenn sich einmal eine Disposition als falsch erwiesen hat, so hat der dabei entstehende Verlust nichts mit dem positiven Ergebnis der vorhergehenden Investitionen zu tun. Daß der Verlust die Wagnisgrundlage, das Kapital schmälert, liegt auf der Hand. Deswegen war aber die Ausschüttung des Gewinnes des vorhergehenden Kapitalwagnisses keine Rückzahlung von Kapital, wie Rieger und auch Walther das behaupten. Gewinn und Verlust sind autonome Wirtschaftsergebnisse, daran ändert auch nichts, daß Verluste die fatale Eigenschaft haben, die Wagnisgrundlage zu schmälern und daß die Bilanz meist unvollendete Liquidationen zu erfassen hat, die nur annähernd genau in Geld erfaßt werden können. Die gedankliche Verknüpfung von Jahres- und Totalgewinn ist unrichtig. Ein Beispiel möge das verdeutlichen:

Das Ehepaar Glück geht mit 1000.- DM in eine Spielbank, um dort fünf Stunden zu spielen. Nach jeder Stunde wird "willkürlich" bilanziert, der Erfolg festgestellt. Nach jeder Bilanzierung schickt Herr Glück seine Frau mit den Gewinnen nach Hause, die in den ersten vier Stunden 200.-, 300.-, 100.- und 400.- DM betragen mögen. Wenn Herr Glück nun in der fünften Stunde falsch setzt, falsch disponiert und seine "Erwerbsgrundlage", sein Spiel-Kapital völlig verliert, so ist zwar das Totalergebnis seines Ausflugs in die Spielbank gleich Null. 1 000.- DM hat er zunächst gewonnen, 1 000.- DM hat er wieder verloren. Kann man deshalb aber mit Rieger – und hier völlig unabhängig von jeder Ungenauigkeit in der Bewertung, da nur Barbestände vorhanden sind – behaupten, die Gewinne der ersten 4 Stunden wären keine Gewinne sondern Kapitalrückzahlung gewesen? Diese Vorstellung ist unrichtig. Das Wesen der Unternehmung ist ein fortwährendes Wagnen, ein Einsetzen des Kapitals. Jeder Einsatz bringt seinen autonomen Erfolg, über dessen Tatsächlichkeit der Totalerfolg absolut nichts aussagen kann. Wenn im Laufe eines Jahres der Verkauf der Ware A 1 000.- DM Gewinn, der der Ware B 1 000.- DM Verlust bringt, so ist das Gesamtergebnis gleich Null. Aber der Gewinn bei Ware A war effektiv vorhanden – ebenso der Verlust bei Ware B und nicht deshalb Null, weil der Totalgewinn Null ist. Der Totalgewinn ist keine Größe, von der aus die Feststellung eines einzelnen Wagnisergebnisses beurteilt werden könnte.

Walther¹⁾ verbindet die Idee der Abschlagszahlung auf den Totalgewinn noch mit der Erhaltung der Unternehmung. Die Kunst einer sorgsamten Unternehmungsführung läge darin, in Anbetracht des bis zum Ende ungewissen Totalgewinns der Unternehmung durch Gewinnausschüttungen nie mehr Mittel zu entziehen, als es die Rücksicht auf die Erhaltung zuläßt. Es ist sicher zweckmäßig, für spätere mögliche Verluste erzielte Gewinne als Kapitalsreserve einzubehalten, mit der Frage der Tatsächlichkeit des einmal erwirtschafteten Erfolges hat das aber nichts zu tun. Der Gewinn wird für spätere Verluste einbehalten, nicht deshalb, weil er möglicherweise gar nicht erzielt war.

Als Ergebnis ist festzuhalten: Die Idee der Totalrechnung hat für die Erklärung des Wesens der Jahresbilanz keine Bedeutung, auch wenn Rieger²⁾ behauptet, daß ohne diesen Begriff keine richtige Einstellung zum Problem der Jahresgewinnrechnung zu gewinnen wäre und deren Nichtberücksichtigung manche unhaltbare Auffassung verschuldet habe.

1) Walther, A., Wirtschaftslehre II, S.39

2) Rieger, W., Privatwirtschaftslehre, S.207

Das Gegenteil ist der Fall. Der Jahresgewinn ist gegenüber dem Totalgewinn nicht mit einer Abschlagszahlung zu vergleichen, sondern mit einem Kontokorrentverkehr. Der Kontoendstand läßt keine Schlüsse bezüglich der einzelnen Bewegungen zu. Das Schlußergebnis kann infolge der verschiedensten Mehrungen und Minderungen zustande gekommen sein.

2. Die Wertvorstellung Riegers vom "geldlichen Ende"

Vom Gedanken der Totalbilanz ausgehend entwickelt Rieger auch seine Lehre vom Wesen des Wertes. Eine echte, unzweifelhafte Abrechnung kann nach Rieger nur erfolgen, wenn alle geschäftlichen Transaktionen wieder beim Geld gelandet sind. Solange der Betrieb arbeitet, immer neue Aufwendungen macht, deren geldlicher Ausgang zweifelhaft ist, kann nicht von einem Abschluß gesprochen werden¹⁾. Das Bewertungsproblem besteht nach Rieger²⁾ nun darin, dieses zukünftige geldliche Schicksal der gemachten Aufwendungen vorauszunehmen und auf den Bilanzstichtag umzurechnen, zu "eskomptieren". Alles betriebliche Geschehen ist nur ein der Geldwerdung Entgegenreifen, die Bewertung kann also nur das Ziel haben, den Reifezustand der Geldwerdung zu ermitteln³⁾. Der eskomptierte heutige Wert bedeutet, daß mit dem am Bilanzstichtag geltenden Preisen nicht gerechnet wird; "der heutige Wert bedeutet den echten, tatsächlich für das betreffende Objekt einmal eintretenden Geldwert, bezogen auf den heutigen, den Bilanzstichtag"⁴⁾. Wir verstehen unter dem heutigen Wert den Wert oder Preis, der uns einmal wirklich erreicht, wir müssen die tatsächliche Geldwerdung im Auge behalten — allerdings umgerechnet auf heute"⁵⁾. Die Jahresbilanzen sind nur richtig, wenn sie jedesmal das geldliche Schicksal der einzelnen Werte genau getroffen haben. Gibt die Bilanz das geldmäßige Ende nicht so wieder, wie es sich in Wahrheit später abspielt, so war sie falsch⁶⁾. Wurde beispielsweise ein Posten Ware mit 1 000.- DM bewertet und später tatsächlich zu 850.- DM verkauft, so war die Bilanz nach Rieger⁷⁾ "im Sinne der Geld- und Totalrechnung" falsch. "Vom Standpunkt der Totalrechnung aus ist diese Bewertung unter allen Umständen falsch gewesen, wenn der tatsächliche Erlös ein anderer ist."

Rieger⁸⁾ sieht seine Auffassung in § 40 HGB bestätigt, da dort Forderungen nach ihrem wahrscheinlichen Wert bewertet werden sollen. Da in der Bilanz einheitlich bewertet werden müsse, könne dieser Grundsatz: Vorwegnahme des geldlichen Schicksals, auch auf andere Posten angewandt werden. "Man ist doch stark versucht zu behaupten, daß dem Gesetzgeber die Geldwerdung vorgeschwebt haben muß."⁹⁾ Da aber das geldliche Schicksal ungewiß sei, trete im Gesetz an Stelle dieser "theoretisch richtigen Bewer-

1) Rieger, W., Privatwirtschaftslehre, S.205

2) ders., Privatwirtschaftslehre, S.213

3) ders., Privatwirtschaftslehre, S.215

4) ders., Privatwirtschaftslehre, S.213

5) ders., Privatwirtschaftslehre S.215

6) ders., Privatwirtschaftslehre, S.216

7) ebenda

8) Rieger, W., Privatwirtschaftslehre, S.222

9) ders., Privatwirtschaftslehre S.223

tung, die nicht durchzuführen ist, eine andere, aus praktischen Gründen geborene"¹⁾. Rieger schließt sich im folgenden den Bewertungsgrundsätzen des HGB (§ 261; heute § 133 Akt G) an.

Rieger gesteht damit die Undurchführbarkeit seiner Bewertungsidee vom geldlichen Ende selbst ein. Demgegenüber mag es befremden, wenn Hintner²⁾ meint, diese Lehre sei für die Praxis von großer Bedeutung, denn sie würde in schwierigen Bewertungsfragen "infolge ihrer Klarheit und Eindeutigkeit unbedingt Sicherheit zu geben vermögen." Schließlich vermerkt doch auch Hintner³⁾ die Unmöglichkeit einer Abschätzung des zukünftigen Gelderlöses. Es aber – in Übereinstimmung mit Rieger – als Quintessenz der Lehre vom geldlichen Ende zu bezeichnen, daß "die Ungewißheit des geldlichen Schicksals Anlaß sein wird, möglichst vorsichtig zu bewerten"⁴⁾, d.h. dergestalt das Zustandekommen des § 261 HGB (§ 133 Akt G) zu interpretieren, erscheint nicht gerechtfertigt.

Die Idee vom geldlichen Ende ist eine Wertvorstellung, die auf die Frage: welcher Wert soll ermittelt werden? versucht, eine Antwort zu geben. Wenn dann Rieger aus der Undurchführbarkeit dieser Wertvorstellung den Schluß zieht, es sei vorsichtig zu bewerten, bleibt die Frage, welcher Wert zu ermitteln ist, offen. Schließt sich Rieger jedoch den Bewertungsgrundsätzen des HGB an, so akzeptiert er eine *a n d e r e* Wertvorstellung, denn der Grundsatz, vorsichtig zu bewerten, gibt ja auf die Frage, welcher Wert ermittelt werden soll, keine Antwort. So schreibt § 133 Akt G vor, daß beim Umlaufvermögen mit dem Anschaffungs- oder niedrigeren Tageswert, bei Anlagen ohne Rücksicht auf einen Veräußerungspreis mit dem Anschaffungswert abzüglich Abschreibungen bewertet werden soll; es steht nirgends zu lesen, daß diese Bewertung vorsichtig zu erfolgen habe. Man kann sehr wohl gem. § 133 Akt G bewerten, ohne hierbei vorsichtig vorzugehen. Bei der Bewertung von Warenlagern ist der Anschaffungswert beispielsweise durchaus kein eindeutiger Wert; je nachdem ob zu gewogenen oder ungewogenen Anschaffungswerten, nach Lifo oder Fifo bewertet wird, ergeben sich höhere oder niedrigere, unvorsichtigere oder vorsichtigere Wertansätze; das Handelsgesetz verpflichtet nicht, den niedrigsten zu wählen. Noch viel stärkere Schwankungsbreiten ergeben sich beim Ansatz von Tageswerten oder gar erwarteten Veräußerungspreisen. Bei Anlagen steht zwar der Anschaffungswert ziemlich eindeutig fest, aber die Abschreibungen können je nach Einschätzung der Lebensdauer und Wahl des Abschreibungsverfahrens sehr verschieden vorsichtig festgesetzt werden. Das Prinzip der Bewertungsvorsicht ist eben ein formales Prinzip. Es besagt, daß man einen bestimmten Wert vorsichtig festsetzen soll. Es sagt jedoch nichts darüber aus, welcher Wert zu ermitteln ist. Wenn also das Handelsgesetz den Anschaffungs- oder niedrigeren Tageswert bzw. den Anschaffungswert abzüglich Abschreibungen vorschreibt, so muß dem eine eigene Wertvorstellung zugrunde liegen, die jenseits des Grundsatzes der Bewertungsvorsicht steht und im Gegensatz zu Riegers Wertvorstellung vom geldlichen Ende. So begründet der Gesetzgeber die Aktienrechtsnovelle von 1884, wie das Hintner⁵⁾ selbst zeigt, mit dem Charakter der Anlagen als eine Art eiser-

1) Rieger, W., Privatwirtschaftslehre, S.223

2) Hintner, O., a.a.O., S.235

3) ders., a.a.O., S.237

4) ebenda

5) ders., a.a.O., S.261, 266

ner Bestand, damit, daß diese gebraucht und nicht veräußert würden, nicht aber damit, daß man auf diese Weise besonders vorsichtig bewerte. Wie § 261 HGB trotzdem in den Ruf einer vorsichtigen Bewertung kam, hat einen anderen Grund, worauf noch später (Teil B/I/3) eingegangen wird.

Jenseits aller Durchführbarkeit der Riegerschen Bewertungslehre interessiert dennoch ihre theoretische Berechtigung, interessiert, ob das geldliche Ende wirklich die Wertvorstellung wäre, die wesensmäßig als zutreffend zu erachten ist.

Rieger leitet das Wesen des Wertes, bzw. eines zu bewertenden Gutes, aus der Vorstellung ab, daß alle Bestände der Geldwerdung entgegen reifen, eine Verflüssigung in Geld das Ziel des Wirtschaftens ist. Die Werte, die die Bilanz nach Riegers Auffassung enthält, sind die auf den Bilanzstichtag errechneten Barwerte der zukünftigen Erlöse. Die Frage ist nun: Was bezweckt eine derartige Bilanz, was fängt der Unternehmer mit dieser Erlös-Barwert-Rechnung an? Ziemlich wenig! Sicherlich ist es ganz interessant zu wissen wie eine Investition enden wird — aber ist damit wirklich das Wesen des Wirtschaftens, des Unternehmens erfaßt? Die Erlöse sind doch Ergebnisse des Wirtschaftens und Wirtschaften heißt entscheiden, heißt entscheiden, bis ein Umsatzgut definitiv verkauft, eine Anlage endgültig vernutzt ist, heißt entscheiden bis zur endgültigen Geldwertung. Der Wert ist nach Mellerowicz die Grundlage des Wirtschaftens, die Bilanz nach Schmalenbach ein Kräftespeicher. Der Wertansatz in der Bilanz soll dem Unternehmer zeigen, über welche wirtschaftlichen Werte er verfügt. Die Bilanz ist grundsätzlich eine Rechnung über risikobehaftetes Kapital — sie ist keine Rechnung über zukünftige tatsächliche Gelderlöse.

Riegers Lehre vom heutigen Wert trifft das Wesen eines Wirtschaftsgutes nicht richtig. Es ist auch rein theoretisch nicht möglich, zwischen dem schließlichen Gelderlös und dem Wert eines Wirtschaftsgutes am Bilanzstichtag irgendeine Beziehung zu sehen. Der zukünftige Gelderlös ist das Ergebnis vieler möglicher Entscheidungen; die Höhe der Wertsteigerung ist völlig offen, sie liegt im Geschick des Unternehmers; er kann einen hohen, mittelmäßigen, geringen Gewinn oder gar einen Verlust erwirtschaften — jedesmal war aber der wertmäßige Ausgangspunkt derselbe. Der tatsächliche Erlös steht in keinem notwendigem Zusammenhang mit dem Wert eines Wirtschaftsgutes am Bilanzstichtag.

Was soll der heutige Wert Riegers in der Bilanz? Dispositionsgrundlage ist er nicht, und selbst wenn der Unternehmer berechnen wollte, wie "reich" er ist, so bestimmt sich sein Reichtum nach dem heutigen Wert seiner Güter und nicht nach der Summe der eskomptierten, in 1-25 Jahren tatsächlich eingehenden Gelderlöse. Die Bilanz soll das heutige Kapital, die heutige Wirtschaftskraft erfassen. Dieser Auffassung ist auch Hoffmann¹⁾: "Man erkennt das Wesen der Bilanz, wenn man ihr den Zweck zuweist, die Zukunft zu eskomptieren, als ob die Bilanz einer Unternehmung keinen anderen Zweck zu erfüllen hat als den, das Ende einer Unternehmung in ziffernmäßigem Ausdruck zu prognostizieren."

Die Bilanz ist nicht Prognose, sie ist Kräftespeicher, ihre Aufgabe ist die Ermittlung des wirtschaftlich richtigen Aufwands und nicht des Ertrags. Bilanzieren ist ein Be-

1) Hoffmann, A.: a.a.O., S.267

wertungsakt, um eine Grundlage für wirtschaftliche Dispositionen zu schaffen. Wäre das geldliche Ende maßgebender Wert, entfielen das Wirtschaften. An seine Stelle träte ein Abwarten. Das wird ganz deutlich in der Gewinn- und Verlustrechnung: auf der Habenseite enthält sie ohnehin tatsächliche Erlöse (das geldliche Ende) und — nach Rieger — dann auch auf der Sollseite.

Riegers Idee von einem einheitlichen Bewertungsgrundsatz ist sicher zuzustimmen. Die Berechtigung aber, die Wertvorstellung vom geldlichen Ende aus der gesetzlichen Bewertung von Forderungen herzuleiten, erscheint zumindest fraglich. Es dürfte doch ein wesentlicher Unterschied zwischen einer verkaufsbereiten Ware und einer Forderung aus deren Verkauf bestehen. Mit dem Verkauf der Ware ist nämlich die Geldwerdung der Investition bereits erfolgt. Der für die Ware als geldliches Ende maßgebende Erlös liegt in Form eines rechtlichen Anspruches in Geld bereits fest. Und gerade nach Rieger¹⁾ steht Geld jenseits aller Schwankungsmöglichkeiten. Eine Forderung in Geld ist bereits ein Geldausdruck. Bewerten einer Forderung ist deshalb eine mengenmäßige Feststellung²⁾, ähnlich wie die "Bewertung" des Kassenbestandes; hier muß nur geprüft werden, ob das Soll an Geldzeichen auch tatsächlich vorhanden ist. Rieger³⁾ sagt selbst, daß man den Abschluß eines Geschäftes — also das Eintreten des geldlichen Endes — gerade daran erkennt, daß die Ware abgestoßen ist; abgestoßen, das muß aber bedeuten: verkauft. Abgestoßen, das heißt: an Stelle der Möglichkeit eines Erlöses ist ein rechtlicher Anspruch getreten, wurde ein Preis, das ist der Erlös, das geldliche Ende, ausgehandelt. Solange die Ware noch nicht verkauft ist, ist sie ein Wirtschaftsgut, es muß noch gewirtschaftet werden, um das geldliche Ende herbeizuführen. Mit dem Verkauf hört das Wirtschaften, soweit es die Herbeiführung des geldlichen Endes des Wirtschaftsgutes betrifft, auf. An Stelle eines Wirtschaftswertes tritt ein Preis, ein Geldausdruck, eine Forderung.

Für Riegers Auffassung könnte die Tatsache sprechen, daß Liquidations- bzw. Veräußerungswerte sehr wohl für die Bewertung des Vermögens maßgebend sind, man denke an den Ansatz des niedrigeren Verkaufspreises bei Umsatzgütern und entsprechend bei Anlagegütern an den niedrigeren Gebrauchswert. Der Einfluß des Absatzmarktes ist hier unzweifelhaft gegeben; dies liegt im Wesen der entsprechenden Güter. Der Betrieb wird, wie bereits eingangs dargelegt, vom Beschaffungs- und Absatzmarkt umgrenzt. Auf beiden Seiten stehen Preise. Sie umgrenzen das, was in der Betriebswirtschaft vorhanden ist, nämlich die Werte. Diese betriebswirtschaftlichen Werte stehen logischerweise in Kontakt sowohl mit dem Beschaffungs- als auch mit dem Absatzmarkt. Was unterscheidet nun aber die Bewertung mit dem geldlichen Ende von der Bewertung zu niedrigeren Verkaufspreisen bzw. Gebrauchswerten?

Mit der Bewertung zum niedrigeren "Verkaufspreis" soll die im Gut noch steckende Wirtschaftskraft erfaßt werden, soll diese Bewertung Unterlage für ein weiteres Bewirtschaften des Gutes sein. Dies kommt allein schon dadurch zum Ausdruck, daß — wie bereits oben ausgeführt — der wertmäßige Ausgangspunkt für alle nur denkbaren Erlöse am Bilanzstichtag der gleiche ist. Um einen Erlös für das Wirtschaftsgut zu erzielen, muß aber noch ge-

1) Rieger, W., Privatwirtschaftslehre, S.203

2) vgl. dazu Lehmann, M.R., Betriebswirtschaftslehre, S.67: Geld = Menge x 1.

3) Rieger, W., Privatwirtschaftslehre, S.203

wirtschaftet werden. Zur Verdeutlichung des Unterschieds sei ein Beispiel gebracht:

Der Abschreibungsrestwert einer Anlage sei 60 000.- DM. Am 31.12. ergibt sich ein niedrigerer Gebrauchswert von 50 000.- DM. Am 31.12. steht aber bereits fest, daß der Unternehmer aus irgendwelchen Gründen seinen Betrieb am darauffolgenden 1.1. in Brand stecken will. Das geldliche Schicksal liegt also mit Null fest. Trotzdem ist am 31.12. nicht das geldliche Ende von Null maßgebender Wert, sondern der Gebrauchswert von 50 000.-. Schließlich brennt es erst am 1.1. und die Erfolgsrechnung dieses Jahres muß doch nachweisen: Anfangskapital 50 000.-, Schlußkapital 0.-, Verlust 50 000.-. Die Bilanz ist ein willkürlich gezogener Trennungsstrich, Nicklisch¹⁾ nennt es eine Wertscheide. Dieser Trennungsstrich ist eine Periodenabgrenzung. Die Bilanz ist die Periodenabgrenzung selbst; Riegers Idee von der Eskomptierung radiert die Daseinsberechtigung dieses Trennungsstriches, dieses Anlasses der Bewertung, aus. Der Brand, der erst in der nächsten Periode stattfindet, müßte heute schon berücksichtigt werden – wozu dann überhaupt eine Periodenabgrenzung, eine Bilanz machen?

Ein ähnliches Beispiel bringt Schmalenbach²⁾: Eine Maschine, die noch im Produktionsprozeß steht, muß mit dem diesem Tatbestand entsprechenden Wert angesetzt werden. Die Absicht des Direktors, diese Maschine im nächsten Jahr zu verkaufen, ist völlig unmaßgeblich. Ein Ansatz des sehr viel niedrigeren Verkaufspreises – und das ist das geldliche Ende der Maschine – ist keinesfalls zulässig.

Rieger berücksichtigt mit seiner Idee vom geldlichen Ende den Einfluß des Absatzmarktes auf den Wert der Güter; er erfaßt ihn aber nicht korrekt. Der zukünftige Erlös, die Summe der für eine Anlage tatsächlich hereingeholten Abschreibungen, ist nicht mit dem Gebrauchswert am Bilanzstichtage identisch. Der aus dem Absatzmarkt herzuleitende Wert eines Gutes bestimmt sich nicht nach dem tatsächlichen, sondern nach dem – entsprechend den am Bilanzstichtag bekannten Umständen – möglichen Erlös.

Es kann also festgestellt werden: Riegers Ableitung seiner Bewertungsidee vom geldlichen Ende aus der "Bewertung" von Forderungen ist nicht stichhaltig. Die Bewertung eines Wirtschaftsgutes und einer dubiosen Forderung sind wesensmäßig verschiedene Tatbestände. Die Forderung ist bereits ein geldliches Ende, sie ist bereits ein Geldausdruck, während Bewerten doch heißt: Feststellen des Geldausdruckes für ein Wirtschaftsgut³⁾. Auch insoweit als der Absatzmarkt für die Bewertung eines Gutes tatsächlich maßgebende Wertvorstellung ist, ist die Idee vom geldlichen Ende abzulehnen.

3. Die korrekte Wertvorstellung

Das geldliche Ende nach Rieger erfaßt das Wesen des Wertes eines Wirtschaftsgutes nicht. Der Unternehmer bilanziert nicht, um das geldliche Ende zu prognostizieren; was ihn interessiert, ist der Wert als Wirtschaftsgrundlage, ist die Bilanz als Kräftespeicher. Die Frage nach der maßgeblichen Wertvorstellung muß lauten: Wo leitet sich das "Vermögen", die Wirtschaftskraft der Unternehmung her, wie kommt es da-

1) Nicklisch, H., Betriebswirtschaft, S.706

2) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.174

3) siehe Fußnote 6, Seite 3

zu, daß am Bilanzstichtage Kräfte aufgespeichert sind?

Das was nach Rieger einmal Erlös werden soll, muß zunächst investiert worden sein. Das Wesen der Unternehmung besteht in einem fortgesetzten Investieren von Geld in Gütern und einem Liquidieren der Güter zu Geld, wobei irgendeine wirtschaftliche Leistung oder Ertrag erzielt werden soll. Das was in einer Betriebswirtschaft an Volksvermögen investiert wurde, das ist — unter Berücksichtigung der Verwertbarkeit der Investition — die Wirtschaftskraft der Unternehmung, ihr Kostenpotential. Rieger erfaßt das Problem nur an seinem letzten Ende, an den Erlösen. Der Wert des Kostenpotentials wird selbstverständlich auch vom Absatzmarkt, von seiner Verwertbarkeit mitbestimmt. Aber die Verwertbarkeit des Kapitals ist, wie zum Teil bereits ausgeführt, etwas anderes als der zukünftige tatsächliche Gelderlös. Unabhängig davon steht aber am Anfang des Wirtschaftens zunächst die Investition; der Beschaffungsmarkt beeinflusst den Wert des Kostenpotentials in erster Linie. Erst wenn beschafft ist, wenn ein Kostenpotential vorhanden ist, tritt korrigierend der Absatzmarkt, die Frage der Verwertbarkeit heran.

Die Unternehmung entnimmt ihrem Daseinszweck entsprechend Güter aus der Volkswirtschaft und investiert sie im Betrieb. Im Rahmen der Leistungserstellung werden diese verbraucht, liquidiert. Primär sind alle Betriebswirtschaften Konsumenten, die Beschaffung ist die Voraussetzung der Existenz der Betriebswirtschaft, ihres Wirtschaftens. Daraus ergibt sich die überragende Bedeutung des Beschaffungswertes für die Bewertung. Die Unternehmung entnimmt ihre Wirtschaftskraft dem Beschaffungsmarkt, deshalb beeinflusst dieser den Wert der Investition bis zu deren endgültigen Liquidation im Verkauf. Wenn der Gestalt der Beschaffungswert als primäre (nicht zentrale) Wertvorstellung die Frage der Bewertung beherrscht, so soll das jedoch nicht bedeuten, daß hier einer Bewertung mit nominellen Anschaffungswerten das Wort geredet wird. Die Formulierung "Beschaffungswert" läßt sowohl die Vorstellung von Anschaffungs- als auch von Tagesbeschaffungswerten zu. Es sei aber schon jetzt vermerkt, daß hier grundsätzlich die Auffassung Schmidts¹⁾ vertreten wird, der die Wirtschaftskraft der Unternehmung aus dem gegenwärtigen Beschaffungsmarkt herleitet.

Das Spiel von Investition und Liquidation beherrscht das Leben der Unternehmung. In diesen Vorgang macht nun die Jahresbilanz einen willkürlichen Schnitt, um festzustellen, welche unvollendet sind, um die Verwertbarkeit des noch nicht liquidierten Vermögens zu untersuchen, um eine Bestandsaufnahme von der Wirtschaftskraft der Unternehmung zu machen, um die Grundlagen des Wirtschaftens, die Werte der konkreten Güter zu überprüfen. Der durch die Bilanz geführte Schnitt trifft nun auf diese noch nicht liquidierten Investitionen, in deren Bezifferung in Geld das Wertproblem besteht, diese Posten, von denen Schmalenbach sagt, sie seien schwebende Posten²⁾, Ausgaben, noch nicht Aufwand³⁾, das sind die Investitionen, die noch der Auslösung harren. Diese Vorstellung vom Investieren und Liquidieren liegt Schmalenbachs Dynamischer Bilanz zugrunde. Trotzdem soll hier nicht von "Dynamik" bzw. von einer "dynamischen" Bewertung gesprochen werden, denn mit dem Begriff "Dynamik" verbinden einmal sowohl Schmalenbach als auch

1) Schmidt, F., Tageswertbilanz

2) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.47

3) ders., ebenda, S.51

die Literatur noch manches andere, was mit der Frage nach dem Wesen des Wertes wenig zu tun hat; er beinhaltet noch allerlei "Zwecksetzungen". Zum Andern: auch die Gegner der Dynamiker, die Statiker, vertreten überwiegend diese Grundauffassung, was weiter unten noch gezeigt werden soll.

Für das Wesen des Wertes ist die Vorstellung vom Investieren und Liquidieren maßgebend. Burri¹⁾ spricht von den "ungedeckten Kosten, die den folgenden Geschäftsjahren zu Last fallen". Das Problem des noch-nicht-Aufwand-Seins betrifft natürlich besonders die langfristigen Investitionen, die Anlagen, die nur eine stufenweise Liquidation erfahren. Der für diese Anlagen maßgebende Wertansatz ist der Rest des in ihnen investierten Kapitals, ist der Teil der Investition, der noch nicht liquidiert wurde, noch nicht wieder zu Geld geworden ist. Hier wird nun der Unterschied zu Rieger deutlich: abgesehen davon, daß Schmalenbach von den Bilanzwerten als *Ausgaben* resten, Burri von ungedeckten *Kosten*, Rieger dagegen von eskomptierten *Erlösen* spricht, unterscheiden sich beide Wertvorstellungen dadurch voneinander, daß Rieger fragt: was wird noch zu Geld werden? Während die Vorstellung vom Investieren und Liquidieren danach bewertet, was von der Anlage bereits als liquidiert anzusehen ist und was noch nicht zu Geld wurde. Rieger will Erlöse eskomptieren und nicht absetzen, was bereits zu Geld geworden ist. Das wird auch daran deutlich, daß der liquidierte Teil der Investition sehr wohl – wenn auch nicht auf den Pfennig genau nachweisbar – erfaßbar ist, während dies Riegers geldliches Ende nicht ist.

Gemäß dem Wesen der Unternehmung, bestehend in einem fortlaufenden Investieren und Liquidieren, ist der Beschaffungswert die primäre Wertvorstellung. Als sekundäre Wertvorstellung wurde die Verwertbarkeit, der "Gebrauchswert" des Kostenpotentials genannt. Die Unternehmung steht nicht nur mit dem Beschaffungs- sondern auch mit dem Absatzmarkt in Verbindung. Die Lage auf dem Absatzmarkt, die subjektive Verwertbarkeit des Unternehmungsvermögens, ist die Voraussetzung erfolgreichen Wirtschaftens. Der Wert der Kräfte, die die Unternehmung aus der Volkswirtschaft zur Leistungserstellung entnimmt und verbraucht, darf nicht über dem Erlös ihrer Tätigkeit liegen, das heißt die Verwertbarkeit, der Gebrauchswert²⁾ der Wirtschaftsgüter muß ihre Beschaffungswerte übersteigen.

Die Realisierung der Wertgefälles zwischen Absatz- und Beschaffungsmarkt, zwischen dem Wert der Investition und deren Erlös, ist das Ziel des Wirtschaftens. Um diesen Erfolg zu erzielen, werden Produktionsmittel beschafft, wird investiert. Primär müssen die Werte in Bilanz und Kalkulation also die Kräfte größenhaft angeben, die die Betriebswirtschaft aus der Volkswirtschaft entnimmt und bei ihrer Leistungserstellung vernutzt – und das sind die Beschaffungswerte. Es ist grundsätzlich unrichtig, wenn der Wert des Vermögenseinsatzes von den jeweiligen Betriebsverhältnissen abgeleitet, das heißt mit dem Gebrauchswert bemessen wird³⁾. Für die Bemessung des Gutsverbrauches, des Kostenpotentials, sind die Beschaffungswerte maßgebend. Über deren Einsatz hat die Unternehmung abzurechnen, abgezogen vom Verwertungsergebnis er-

1) Burri, J.: Die Unternehmung, 5.A., Verlag des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins, Zürich 1945, S.22

2) Zum Begriff des Gebrauchswertes, vgl. Teil A, Kap. IV

3) Fischer, G., a.a.O., S.15

geben sie den Erfolg, das realisierte Wertgefälle. Würde man den Wert des Vermögenseinsatzes grundsätzlich mit dem Gebrauchswert bewerten, würde die dem Wertgefälle entsprechende Gewinnspanne als Kosten kalkuliert, als Aufwand verrechnet werden.

Obwohl der Beschaffungswert die dominierende Wertgröße ist, wird er hier mit Absicht nicht als zentraler Wert bezeichnet, d.h. als einziger Hauptwert, zu dem alle andere Werte im Verhältnis des Hilfs- oder Nebenwerts erscheinen (S.H.), denn auch vom Absatzmarkt her werden die Werte der Güter beeinflusst. Im allgemeinen liegt zwar der Gebrauchswert der Güter über ihren Kosten, ihren Beschaffungswerten, doch kann die subjektive Verwertbarkeit eines Wirtschaftsgutes, das heißt die Verwertbarkeit vom Standpunkt eines bestimmten Betriebes aus, auch unter den Wert der Investition sinken. Zwischen Absatz- und Beschaffungsmarkt entsteht statt eines Wertgefälles eine Wertsteigung, der Wert der Leistung liegt unter dem der bei der Leistungserstellung vernutzten Güter. Das Wertgefälle, der die Investitionswerte übersteigende Gebrauchswert, ist die Voraussetzung für die Existenz einer Unternehmung; für den effektiven Wert des Güterverzehr sind aber die Beschaffungswerte maßgebend, sie sind primäre Wertvorstellung. Der Gebrauchswert hängt aber ständig wie ein Damoklesschwert über diesen Werten. Insofern begrenzen die aus dem Absatzmarkt den Betrieb erreichenden Werteinflüsse die Herrschaft des Beschaffungsmarktes. Weder Beschaffungs- noch Gebrauchswerte sind zentrale Werte, sie sind verschiedene Einflußgrößen, die in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander stehen.

Weil der Gebrauchswert zwar ein wichtiges Datum, aber kein zentraler Wert ist, erscheint auch eine Einteilung der betriebswirtschaftlichen Werte in den Hauptwert, den Gebrauchswert, und seine Hilfs- und Nebenwerte, wie das beispielsweise Baier, Fischer und Mellerowicz tun, wenig sinnvoll. Man kann den Gebrauchswert nicht als zentrale Wertvorstellung deklarieren, wenn man ihn, wie das seitens der genannten Autoren erfolgt, als die Verwertbarkeit eines Gutes definiert.¹⁾ Damit berührt man zumindest erminologisch den überwundenen volkswirtschaftlichen Streit, ob Kosten o d e r Nutzen maßgebende Wertvorstellung sind; man wird terminologisch zum "Subjektivisten", wenn man eine der beiden für die Bewertung maßgeblichen Einflußgrößen als zentralen Wert bezeichnet.

Nun wissen die genannten Autoren natürlich sehr wohl, daß sich Werte bzw. Preise auf Grund von Kosten u n d Nutzen bilden. Aber der Gebrauchswert eines Gutes, der hierfür auf dem Absatzmarkt in irgend einer Form zu erzielende Erlös, der ein Ergebnis der Kosten des Betriebs und der Nutzenvorstellungen der Nachfrager ist, er ist nicht der zentrale Wert, er ist seinerseits nur einer der beiden Werte, die für die Bewertung der Güter einer Unternehmung maßgebend sind. Der Gebrauchswert ist eine vom Absatzmarkt hergeleitete Wertgröße – und so wird er von den genannten Autoren auch definiert; ihm steht als korrespondierende Wertgröße der Beschaffungswert gegenüber.

"Subjektivisten" sind die genannten Autoren nur bezüglich ihrer Terminologie. Daß der Gebrauchswert als Wertansatz in Erfolgs- und Kostenrechnung für sie grundsätzlich eben-

1) Baier, C.G.: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, W.Kohlhammer, Verlag, Stuttgart 1951, S.135

Fischer, G., a.a.O., S.174

Mellerowicz, K., Wert, S.20

falls nicht bzw. nur sekundär zum Zuge kommt, ist fast ebenso selbstverständlich, wie man ihn nichtsdestoweniger terminologisch als Zentralwert bezeichnet. Eine Einteilung in den Hauptwert, den Gebrauchswert und seine Hilfs- und Nebenwerte mag in dem positiven Bemühen geschehen, im Wirrwarr der Werte klare Sicht zu gewinnen, aber es ist nicht gut möglich, den Gebrauchswert, den man ausdrücklich als die Verwertbarkeit eines Gutes definiert, als Hauptwert zu deklarieren und als Hilfs- und Nebenwerte anzusehen;

Anschaffungswert,
Marktwert,
Veräußerungswert,
Wiederbeschaffungswert,
Teilwert,
Ertragswert; (Baier)¹⁾

oder:
Ausgabenwert, Einzelwert,
Kostenwert, Betriebs- bzw. Firmenwert
Veräußerungswert, Ertragswert,
Marktwert, konstruktiver Wert,
Zeitwert, immaterieller Geschäftswert,
Wiederbeschaffungswert, Schätzungswert,
gemeiner Wert, Betriebswert; (Fischer)²⁾
Teilwert,

oder:
Kostenwerte,
Reproduktionswerte,
Schätzungswerte,
Sonderwerte (Bilanzposten der Schlußbilanz und sonstige Rechnungsgrößen). (Mellerowicz)³⁾

Wenn man den Gebrauchswert als die Verwertbarkeit eines Gutes, d.h. als eine aus dem Absatzmarkt hergeleitete Wertgröße definiert, dann kann man nicht Werte des Beschaffungsmarktes wie Kosten, Ausgaben, Wiederbeschaffungswerte, Reproduktionswerte usw. als Hilfs- oder Nebenwerte des Gebrauchswerts bezeichnen. Veräußerungswert, gemeiner Wert (abzüglich der noch aufzuwendenden Kosten) und Teilwert (mit Vorbehalt; siehe Kapitel IV, Abschnitt 2) sind Gebrauchs- bzw. Verbrauchswerte,

1) Baier, C.G., a.a.O., S.135

2) Fischer, G., a.a.O., S.174

3) Mellerowicz, K., Wert, S.21

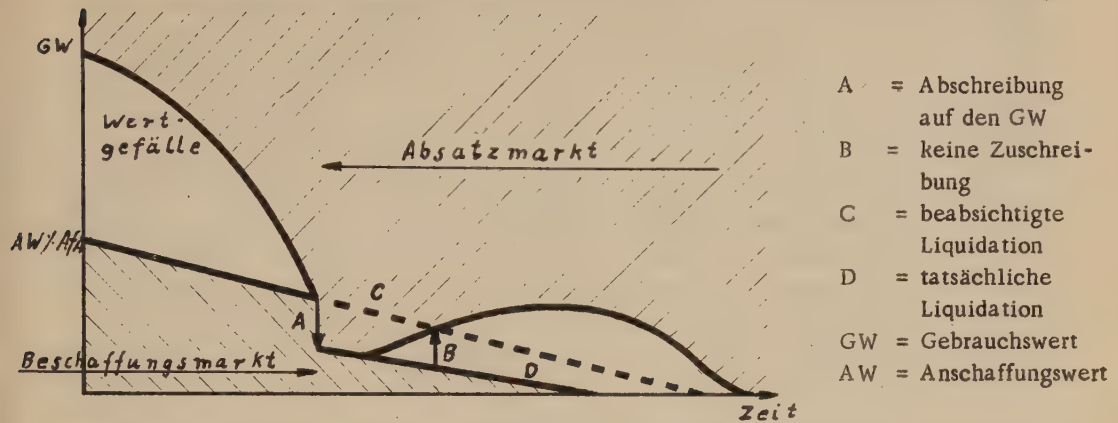
nicht nur Hilfsgrößen.¹⁾ "Marktwerte" und "Zeitwerte" sind ohnehin undefinierte Mehrzweckbegriffe, der gemeine Wert ist der erzielbare Einzelveräußerungspreis, ebenso sind immaterieller Geschäftswert und Firmenwert identisch, Ertragswerte keine Gebrauchswerte, und was gar technische Begriffe wie Einzelwert, konstruktiver Wert oder Schätzwert in dieser Einteilung zu suchen haben, ist nahezu unerfindlich. Die Klassifizierung der Werte in einen Hauptwert, den Gebrauchswert, und seine Neben- und Hilfswerte ist abzulehnen. Weder ist der Gebrauchswert eine zentrale Wertgröße – er ist nur eine der beiden polaren Einflußgrößen, die die Bewertung bestimmen –, noch sind für diese Wertkategorie des Absatzmarktes die Werte des Beschaffungsmarktes Hilfs- oder Nebengrößen.

Nach diesen Feststellungen bedarf noch das Verhältnis des als Wert des Absatzmarkts definierten niedrigeren Gebrauchswerts zu den Beschaffungswerten bzw. seine Stellung im Rahmen von Bilanz und Kostenrechnung einer kurzen Beleuchtung. Der höhere Gebrauchswert repräsentiert eine Ertragschance, eine mögliche Kapitalbildung. Weder kann bei der Produktion eine Kapitalchance – sondern nur Kapital – verbraucht werden, noch muß der Unternehmer über diese Chancen in der Erfolgsrechnung Abrechnung geben. Die Bilanz weist grundsätzlich nur die Kapitalwerte aus, das heißt die Werte, die aus der Investition herrühren²⁾. Der über den Investitions- oder Investitionsrestwerten liegende Gebrauchswert ist für Kostenrechnung und Bilanz gleichermaßen fehlerhaft, denn es sollen ja die Herstellungskosten bestimmt werden und nicht, was vom Preis her gesehen anteilig als Kosten noch aufgewandt, bzw. im Preis untergebracht werden könnte. Das hindert andererseits nichts daran, die Abschreibung einer Anlage an die mutmaßliche Entwicklung ihres Gebrauchswertes anzulehnen, den Gebrauchswert gewissermaßen als "Kostenverrechnungsschlüssel" zu benutzen, denn die Anlage soll ja im Rahmen ihrer Verwertbarkeit liquidiert werden.

1) Selbstverständlich kann der Anschaffungswert auch retrograd vom Verkaufspreis zurückgerechnet werden, wenn er, wie das in Handelsbetrieben häufig der Fall sein wird, nicht mehr genau zu ermitteln ist, weil die Waren nur mit dem Verkaufspreis ausgezeichnet sind. Dieser retrograd errechnete Wert kann zweifelsohne als Hilfswert zum Anschaffungswert bezeichnet werden – aber er ist kein Verbrauchswert. Denn erstens zielt man ja auf den mutmaßlichen Anschaffungswert ab und zweitens wird der erzielbare Verkaufspreis zu diesem Zweck nicht nur um die noch aufzuwendenden Kosten, sondern auch um die kalkulatorische Gewinnspanne gekürzt (Berg, K.: Bewertung der Fabrikate, BW 1953, S.124), der Verbrauchswert hingegen nur um die noch aufzuwendenden Kosten.

2) Le Coutre, W., Bilanz, HdB 2.A., Stuttgart 1938, Sp.1008

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn der Gebrauchswert unter den Investitionsrestwert sinkt. Hier bricht er in die Sphäre des einmal tatsächlich Aufwand Gewesenen ein (Darstellung).



Wird hier nun zum (niederen) Gebrauchswert bewertet, so bleibt das Charakteristikum des Investitionsrestwertes bestehen. Der niedere Gebrauchswert ist Kostenrestwert, obwohl er ein Wert der Absatzsphäre ist. Der Gebrauchswert ist ein Wert des Absatzmarktes, aber er ist als niederer Gebrauchswert gleichzeitig auch Investitionsrestwert, etwas was der höhere Gebrauchswert nie ist. Hier ist der Gebrauchswert zweifelsohne ein Ausgabenrest, eine Ausgabe, die noch nicht Aufwand ist. Der niedere Gebrauchswert ergibt sich als

Ausgabe (Beschaffungswert)

./ . dessen, was bereits Aufwand geworden ist

= ordentl. Abschreibung

./ . des Ausgabenteils der (aller Wahrscheinlichkeit nach) niemals mehr ordentlicher Aufwand werden kann

= außerordentliche bzw. "Verlust"-Abschreibung

verbleibt

die Ausgabe, die noch ordentlicher Aufwand werden kann

= Ausgabenrest, niedrigerer Gebrauchswert

Weil der niedere Gebrauchswert als Ausgabenrest darstellbar ist, fügt er sich auch zwanglos in die Vorstellung vom Investieren und Liquidieren ein. Der Gebrauchswert ist als Bilanz- und Kalkulationswert abgelehnt worden, weil diese Rechnungen zu erfassen haben, welche Investitionen liquidiert werden sollen, was von der Investition als verbraucht anzusehen ist. Der niedere Gebrauchswert berechnet sich zwar nach dem, was noch in den Preisen untergebracht werden kann, aber er ist der Betrag, der vom Investitionsrest noch erwirtschaftet zu werden vermag, er ist ein Investitionsrestwert.

Der niedere Gebrauchswert ist ein Ausgabenrest. Er wird neue Wertbasis¹⁾. Das bedeutet,

1) Nicklisch, H., Betriebswirtschaft, S.592

daß er auch für die Kostenrechnung den anteiligen Güterverzehr maßgeblich bestimmt. In seiner Eigenschaft als Kostenrestwert folgt dieser aber keineswegs der weiteren Entwicklung des Gebrauchswertes, der Verwertbarkeit der Anlage. Die zukünftigen Liquidationsquoten werden sich zwar wiederum im Trend an die weitere Entwicklung des Gebrauchswertes anlehnen, der Gebrauchswertverlauf ist wieder Kostenverrechnungsschlüssel, als Bilanzwert fungiert er aber ebensowenig wie zuvor. Das bedeutet, daß eine Aufwertung, eine Rückgängigmachung der Abschreibung auf den niederen Gebrauchswert nicht stattfindet – und zwar auch nicht insoweit, als sich eine Aufwertung im Rahmen der früher beabsichtigten Liquidation bewegt (vgl. Darstellung). Das hängt nicht damit zusammen, daß etwa die Erfolgsrechnung "gestört" würde oder ihre "Vergleichbarkeit" litte, sondern ist einfach damit zu begründen, daß der niedere Gebrauchswert als neuer Ausgabenrestwert fungiert. Die weitere Entwicklung eines über diesem Ausgabenrestwert liegenden Gebrauchswertes ist unbeachtlich. Der Teil der Investition, der als verlorene Ausgabe abgesetzt wurde, ist bereits als "liquidiert", wenn auch nur als außerordentlicher Aufwand bzw. als Verlust liquidiert, abgerechnet worden.

Man mag hier vielleicht einwenden, daß durch ein derartiges Vorgehen Werte verschleudert werden könnten, daß man die außerordentlichen Abschreibungen als effektiven Verlust ansieht, daß man sich nicht bemüht, doch noch auf eine volle Abschreibung der Anlage zu kommen, daß man mit zu niedrigen Selbstkosten weiterrechnet. Eine spätere Chance, einen höheren Gebrauchswert auszunutzen, das ist aber Aufgabe der Preispolitik. Kosten ergeben bekanntlich im allgemeinen nicht den Preis des Produktes im Absatzmarkt. Bereits vor der außerordentlichen Abschreibung mußte sich die Preispolitik an die Verwertbarkeit der Leistung, an deren Gebrauchswert herantasten.

Als Ergebnis dieser Untersuchung über das Wesen des Wertes kann also festgehalten werden: Die Unternehmung entnimmt ihre Wirtschaftskraft aus dem Beschaffungsmarkt; diese Wirtschaftskraft verbraucht sie bei der Leistungserstellung, über die Liquidation dieser Beschaffungswerte hat sie abzurechnen. In der Bilanz stehen primär Investitionsrestwerte; sie verkörpern das in materiellen Gütern investierte Kapital der Unternehmung. Diese grundsätzliche Dominanz der Beschaffungswerte wird durch die Verwertbarkeit jeder Investition begrenzt; der Gebrauchswert tritt als sekundäre Wertgröße, als Höchstgrenze hinzu. Er ist als niederer Gebrauchswert ebenfalls ein Investitionsrestwert.

Das Wesen der Unternehmung besteht in einem fortgesetzten Investieren und Liquidieren. Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung, das ist die Erfolgsrechnung der kaufmännischen Unternehmung, geben hiervon ein Zustandsbild, sie berichten über den Verbrauch an Gütern, die Gütererzeugung und den Bestand an Kapital. Der Sinn der Erfolgsrechnung besteht in einer Abrechnung, einer Rechenschaftslegung¹⁾ für den Unternehmer selbst oder für Außenstehende, und das jenseits der Streitfrage, ob über Erfolg oder Vermögen, ob für handels- oder steuerrechtliche Zwecke abgerechnet werden soll. Bei der Bilanzierung kommt

1) Le Coutre, W.: Zeitgemäße Bilanzierung, Österreichischer Wirtschaftsverlag

KG Payer & Co, Wien 1934, S.8

Nicklisch, H., Betriebswirtschaft, S.582

Walb, E., Betriebswirtschaftslehre, S.42

ZfB 1951: Die statische und totale Bilanztheorie, Betriebswirtschaftliches Repetitorium, Beilage zur ZfB 1951, S.81

es darauf an, nachzuweisen, "wo das in die Unternehmung hineingegebene Kapital geblieben ist, bzw. welche Formen es angenommen hat"¹⁾, Rechenschaft abzulegen über die Werte, die aus der Volkswirtschaft entnommen wurden²⁾.

Der Gebrauchswert ist die oberste Grenze für die Wirtschaftskraft eines Gutes. Soll die Bilanz ein Kräftespeicher sein, so darf sie keine den Gebrauchswert übersteigende Investitions- bzw. Investitionsrestwerte ausweisen. Sie würde sonst Kräfte vorspiegeln, die nicht (mehr) vorhanden sind. Die diesem Umstand Rechnung tragende Bewertung zum Anschaffungs- oder einem niedrigeren Gebrauchswert wird Niederstwertprinzip genannt. Seine Rechtfertigung erfährt es meist mit dem Hinweis auf den Schutz der Gläubiger einer Unternehmung oder mit der Sicherung des Betriebs³⁾, bzw. mit dem Prinzip der Vorsicht in der Erfassung von Erträgen⁴⁾, weil es zwischen dem Realisations- und dem Zeitwertprinzip einen Mittelweg geht, d.h. bei Gewinnen nach ersterem, bei Verlusten nach letzterem verfährt, weshalb es auch das Prinzip der Inkosequenz genannt wird. Ein höherer Wertansatz, als er nach dem Niederstwertprinzip richtig wäre, könnte zweifelsohne dazu führen, daß Gewinne errechnet und ausgeschüttet werden, die später nicht in der erwarteten Höhe anfallen, wodurch die Substanz des Betriebes geschmälert wird. Der Gläubiger verliert Sicherheiten, der Betrieb seine Erwerbsgrundlage. Insofern dient das Niederstwertprinzip dem Gläubigerschutz und der Sicherung des Betriebs. Ob man aber das Niederstwertprinzip mit dem Prinzip vorsichtiger Bewertung begründen kann, erscheint fraglich. Wie aus den vorangegangenen Erörterungen ersichtlich, gelangt man zum Prinzip der Niederstbewertung in Anbetracht der wirtschaftlichen Umstände, die die Wertschätzung eines Gutes bestimmen. Vom Schutz bestimmter Personenkreise (Gläubiger, Betrieb) war hier nicht die Rede.

Dem Grundsatz, im Jahresabschluß vorsichtig zu bewerten, kann voll zugestimmt werden — aber damit kann man nicht das Niederstwertprinzip begründen. Denn was heißt "Vorsichtig bewerten"? Bewertet ein Betrieb dann vorsichtig, wenn er keine höheren als die normalerweise erzielbaren Veräußerungspreise ansetzt, oder die Hälfte des zu erwartenden Gewinnes, oder ist vorsichtig die Bewertung zu Anschaffungswerten, zu halben oder viertel Anschaffungswerten, oder bedeutet der Grundsatz der Bewertungsvorsicht, daß jede Ausgabe sofort als Aufwand zu buchen wäre, was auf eine reine Einnahmen-Ausgaben-Rechnung hinausliefe? Denn durch die damit verbundene langfristige Zurückstauung fraglicher Gewinne wären doch Gläubiger und Betrieb bewertungstechnisch am besten geschützt — wenn es bei der Bewertung hierauf entscheidend ankäme! Es läßt sich, wie schon gegenüber Riegers Theorie vom geldlichen Ende, feststellen: Das Prinzip der Bewertungsvorsicht ist — wie das Rationalprinzip in der Volkswirtschaftslehre — ein formales Prinzip; es besagt, daß aber nicht wie vorsichtig zu bewerten ist. Man muß also das Vorsichtsprinzip irgendwie auf das sinnvolle Maß einschränken — und hier gelangt man dann zum Niederstwertprinzip; diese Einschränkung des Vorsichtsprinzips kann aber nicht mit Vorsicht begründet werden, sondern nur damit, daß für die Bewertung der in einer Unternehmung verfügbaren Kräfte

1) Le Coutre, W.: Die statische Bilanzauffassung der Praxis, ZfB 1927, S.73

2) ders., Bilanz, Sp.1008

3) Fischer, G., a.a.O., S.210

4) Kosiol, E., Bewertung, Sp.983

sowohl der Beschaffungs- als auch der Absatzmarkt als maßgebende Einflußgrößen existieren. Das Niederstwertprinzip ist eine Bewertungsregel, die sich in Anbetracht der wirtschaftlichen Umstände ergibt. Demgegenüber besteht der Grundsatz einer vorsichtigen Bewertung darin, daß man sich beim Ansatz eines Wertes im Rahmen der möglichen Toleranzen an deren untere Grenze hält.

Was den Gläubigerschutz betrifft, so ist Rößle¹⁾ zuzustimmen, wenn er die Auffassung vertritt, daß dieser "oberste Zweck" des Gesetzes "in erster Linie dadurch erreicht wird, daß der nach den Vorschriften des Gesetzes ordnungsgemäß (!) bilanzierende Kaufmann über die Lage seiner Unternehmung im Bilde ist." Im § 133 AktG hat der Gesetzgeber lediglich die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung spezifiziert. Ferner vermerkt Borkowsky²⁾, daß die infolge der wirtschaftskrise ausgelösten bedenklichen Erscheinungen in der Berichterstattung der Unternehmungsleitungen vor allem durch eine vermehrte Publizität vermieden werden sollten. In einer Notverordnung wurde 1931 eine eingehende Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung verlangt. Der Schutz des Gläubigers besteht in der Berichterstattung als solcher; die Höchstbewertungsvorschriften entsprechen nur einer korrekten, keineswegs speziell auf die Interessen des Gläubigers zugeschnittenen Bewertung. Auch ein Unternehmer, der ausschließlich mit Eigenkapital arbeitet, für den also ein Gläubigerschutz irrelevant ist, könnte sachgemäß nicht anders bewerten. Ob andererseits die heutige Auslegung der gesetzlichen Bewertungsvorschriften, die jede Bildung stiller Rücklagen erlaubt — dem Gläubiger sei damit gedient, daß nur keine zu hohen Werte ausgewiesen werden —, dem Gläubigerschutz tatsächlich dient, ist fraglich. Dem Gläubiger ist mit einer sachgerechten Bewertung am besten gedient.³⁾

Die Feststellung, daß das Niederstwertprinzip ein in den wirtschaftlichen Tatbeständen begründete Bewertungsregel ist und nicht mit dem formalen Prinzip der Bewertungsvorsicht begründet werden kann, erlangt dann Bedeutung, wenn sowohl die Tagesbeschaffungs- als auch die Veräußerungswerte unter die für jede Bewertung primär maßgeblichen Anschaffungs- bzw. Herstellungswerte gesunken sind. Adler-Düring-Schmaltz⁴⁾ sind hier der Ansicht, daß Ertragsgüter auch dann zu ihren Veräußerungswerten, vermindert um die noch anfallenden Kosten, anzusetzen sind, wenn die tageswertigen Herstellungskosten darunter liegen. "Gegen diese Bewertung ist eingewandt worden, daß etwaige niedrigere Wiederbeschaffungskosten der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und dadurch bedingte niedrigere Reproduktionskostenwerte unberücksichtigt bleiben. Im Falle von niedrigeren Reproduktionskostenwerten habe man somit das Niederstwertprinzip nicht eingehalten. Darauf sei erwidert, daß diesem Prinzip Genüge getan ist, wenn eine verlustfreie Bewertung erfolgt. Dies ist nach dem hier vorgeschlagenen Verfahren zweifellos der Fall."⁵⁾ "Die in den Voraufgaben vertretene Auffassung, die in diesem Falle auch für die Fertigfabrikate eine Bewertung auf der Grundlage der niedrigeren Reproduktionskosten verlangt, wird aufgegeben, da sie über das Prinzip einer verlustfreien Bewertung hinausgeht."⁶⁾ Hierzu ist aber festzustellen, daß die von Adler-Düring-Schmaltz in den

1) Rößle, K.: Die Aussagefähigkeit der Bilanz (1e Coutre-Festschrift),
Verlag A. Lutzeyer, Frankfurt 1955, S.103

2) Borkowsky, R., a.a.O., S.189, 192

3) ähnlich Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.35

4) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., S.421

5) ders., a.a.O., S.421

6) ders., a.a.O., S.443

Vorauslagen vertretene Auffassung doch wohl die richtigere ist – eben weil das in § 133 AktG fixierte Niederstwertprinzip ein Grundsatz sachgemäßer Bewertung bzw. ordnungsmäßiger Buchführung ist und nicht ein Grundsatz einer vorsichtigen bzw. verlustfreien Bewertung. Auch eine Bewertung zu einem über dem Anschaffungswert liegenden Veräußerungswert kann verlustfrei sein!

Während eine die (Tages-) Beschaffungswerte übersteigende Bewertung zu Veränderungspreisen in jedem Fall abzulehnen ist, kann man bezüglich einer Veränderung der Beschaffungswerte selbst unterschiedlicher Auffassung sein. Die nominale Auffassung sieht in jeder Veränderung der Beschaffungswerte gegenüber dem historischen Anschaffungspreis einen echten Erfolg. Demzufolge ist bei einer Preissteigerung der höhere Tagesbeschaffungswert gemäß dem Niederstwertprinzip nicht anzusetzen, weil er als Teil des zu erzielenden Gewinnes angesehen wird. Wenn nun andererseits bei organischer Auffassung, d.h. im Rahmen einer Scheingewinnkorrektur auch höhere Tagesbeschaffungswerte zum Ansatz kommen, so bedeutet das keinesfalls einen Verstoß gegen das Niederstwertprinzip, denn nach dieser Auffassung stellt die Erhöhung der Beschaffungspreise grundsätzlich keinen Teil des zwischen Beschaffungs- und Absatzmarkt existierenden Wertgefälles dar, weshalb die Preisänderung auch dementsprechend erfolgsneutral verbucht wird. Das Niederstwertprinzip bedeutet eine Entscheidung zwischen den polaren Einflußgrößen, den beiden Märkten, zwischen denen die Betriebswirtschaft liegt – nicht eine Entscheidung zwischen historischem Anschaffungswert, (niedrigerem) Tagesbeschaffungswert und niedrigerem Veräußerungspreis. Im Streit um eine organische Bewertung hat es deshalb nichts zu suchen, auch wenn es gerne als Argument gegen die Bilanzierung höherer Tagesbeschaffungswerte angezogen wird.

IV. Der Begriff des Gebrauchswertes

1. Definition des Gebrauchswertes

Im Vorangegangenen wurde die Frage erörtert, wann der Gebrauchswert als maßgebende Wertvorstellung für die Bewertung des Bestands und des Verbrauchs an Gütern in Frage kommt. Es wurde jedoch nicht näher präzisiert, wie er ermittelt werden soll. Eine genau definierte Gebrauchswert-Wertvorstellung ist aber unbedingt erforderlich. Der betriebswirtschaftliche Streit um den Gebrauchswert krankt nicht zuletzt daran, daß man deshalb aneinander vorbeiredet, weil man vom Gebrauchswert unterschiedliche Vorstellungen hat, falls man ihn überhaupt näher definiert.

Soweit bisher vom Gebrauchswert die Rede war, wurde er mit der Verwertbarkeit eines Gutes im Absatzmarkt identifiziert. Dies entspricht der Definition des Gebrauchswertes seitens bekannter Betriebswirte. So spricht Le Coutre¹⁾ vom Gebrauchswert als dem Betrag, "zu dem der Betrieb erwartet, den betreffenden Vermögensteil innerhalb seiner restlichen Lebensdauer verwerten zu können", Fischer²⁾ von der "Verwertbarkeit der Leistung am Markt", Käfer³⁾ von dem, "was ein Gut leistet", Mellerowicz⁴⁾ vom "Nutzen" des Gutes für den Betrieb, der sich grundsätzlich aus dem "Tauschwert des Betriebsprodukts im Absatzmarkt" herleitet und Rößle⁵⁾ bezüglich des Gebrauchswertes von Anlagen von dem Wert, der sich aus Menge und Preis der mit diesen Anlagen hergestellten Produkte ergibt.

In der Betriebswirtschaftslehre existiert auch der Begriff des Verbrauchswertes, worunter Fischer⁶⁾ die einmalige Gebrauchsmöglichkeit eines Gutes versteht. Der Begriff des Verbrauchswertes wird also für die Verwertbarkeit von Umsatzgütern benutzt. Für sie ist, wie Mellerowicz sagt, der Tauschwert im Absatzmarkt maßgebend. Anlagen werden hingegen abgenutzt. Sie verlassen den Betrieb zunächst nicht körperlich, sondern nur auf rechnerischem Wege in Form der Abschreibungen. Für sie ist als Gebrauchswert nicht ihr Veräußerungspreis maßgebend. Anlagen werden nur indirekt im Preis der hergestellten Produkte veräußert. Insofern könnte man den Gebrauchswert (von Anlagen) einen indirekten Veräußerungspreis bzw. Tauschwert der Betriebsprodukte im Absatzmarkt nennen.

Fischer⁷⁾ spricht davon, daß Ge- und Verbrauchswerte zunächst subjektive Größen seien. "Wenn ein solcher Gebrauchswert bei einer Vielzahl von gleichen Gegenständen infolge allgemein technischer oder marktmäßiger Eigenschaften stets in gleicher Form auftritt und verwendet werden kann, wird sich für einen begrenzten Käuferkreis und für eine begrenzte Zeit ein objektiver Gebrauchswert entwickeln." Diese Unterscheidung in objek-

1) Le Coutre, W.: Grundzüge der Bilanzkunde, Teil 1, 4. A., Heckners Verlag, Wolfenbüttel 1949, S. 103

2) Fischer, G., a. a. O., S. 171

3) Käfer, K.: Probleme der Unternehmungsbewertung, Gastvorlesung Universität München, Mai 1956

4) Mellerowicz, K., Wert, S. 16

5) Rößle, K., Betriebswirtschaftslehre, S. 111

6) Fischer, G., a. a. O., S. 171

7) ders., a. a. O., S. 171

tive und subjektive Gebrauchswerte will besagen, daß sich auf Grund einer gewissen Beschäftigungs- und Preislage im Absatzmarkt für eine Anlage ein in mehreren Betrieben gültiger, "objektiver" Gebrauchswert ergibt. Die praktische Bewertung wird sich nun im allgemeinen der objektiven, allgemein bekannten Gebrauchswerte bedienen. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß für den Betrieb nur subjektive Werte in Frage kommen, daß der objektive, im allgemeinen gültige Wert nur deshalb Gültigkeit besitzt, weil die besondere Situation des Betriebes nicht wesentlich von der allgemeinen abweicht. Es ist deshalb auch problematisch, wenn Mellerowicz¹⁾ als Hauptwert den Marktwert postuliert, den er als erzielbaren Preis definiert²⁾, aber vermerkt, daß dessen Herrschaft nicht unbeschränkt sei, da es auch Veranlassungen gäbe, betriebssubjektiv zu werten. Wenn Mellerowicz den Marktzeitwert als erzielbaren Preis schlechthin definiert, dann gibt es objektive, das heißt in der Regel, und subjektive, das heißt je nach der Lage des einzelnen Betriebes erzielbare Preise, gibt es subjektive und objektive Marktzeitwerte – aber nicht den Marktzeitwert als Hauptwert und daneben noch eine andere, subjektive Wertkategorie. Gewiß kann man unter dem Marktzeitwert auch den in der Regel erzielbaren Veräußerungspreis verstehen, aber dann muß er auch als objektiv erzielbarer Preis und nicht als erzielbarer Preis schlechthin definiert werden, da letzteres auch subjektiv erzielbare Preise mit einschließt. Aber selbst wenn man den Marktzeitwert als objektiv erzielbaren Preis definiert, muß bedacht werden, daß er im Rahmen der Bewertung nur dann zur Anwendung kommt, wenn er von der subjektiven Situation des einzelnen Betriebes her zu rechtfertigen ist. Ausschlaggebend ist das subjektive Moment, es kommt nicht nur "daneben" in Betracht, schließlich stehen die Werte ja auch in der Bilanz eines ganz bestimmten Betriebs.

Es mag hier abschließend noch vermerkt werden, daß desgleichen auch die Beschaffungswerte subjektive Größen sind; sie sind Ergebnisse der Einkaufspolitik jedes einzelnen Betriebes. Die Beschaffungswerte der einzelnen Betriebe brauchen nicht übereinzustimmen. Das mag immerhin berücksichtigt werden, wenn man jene Betriebswirte, von denen einige andere Autoren annehmen, daß sie grundsätzlich zum Gebrauchswert bewerten wollen, "Subjektivisten" nennt.

2. Gebrauchswert und Teilwert

Wenn die Literatur von der Verwertbarkeit eines Gutes spricht, gebraucht sie auch noch andere, synonyme Bezeichnungen für den Gebrauchswert, wie Eignungs-, Leistungs-, Substanz-, Betriebs-, anteiliger Betriebswert u. a. m. In der steuerlichen Terminologie entspricht dem Begriff des Gebrauchswertes der "Teilwert"³⁾. Diese Auffassung wird, wenn auch nicht expressis verbis, so doch inhaltlich noch von anderen Autoren vertre-

1) Mellerowicz, K., Wert, S.21

2) ders., Wert, S.20; es sei allerdings nochmals vermerkt, daß Mellerowicz im Gegensatz zu dieser Definition unter dem Begriff des "Marktzeitwertes" gelegentlich auch Tagesbeschaffungswerte versteht (Wert, S.28, 70).

3) Le Coutre, W., Bilanzkunde, 4.A., S.103

Sellien, R.: Betriebswirtschaftslehre – kurzgefaßt, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr.Th.Gabler, Wiesbaden 1950, S.70

ten¹⁾. Es gibt aber auch gegenteilige Auffassungen. So meint beispielsweise Kalveram²⁾: "Die steuerliche Konstruktion des Teilwertes ist der Betriebswirtschaft unbekannt." Scherpf³⁾ ist ebenfalls der Ansicht, der Teilwertbegriff sei der kaufmännischen Praxis unbekannt gewesen, er sei in der Steuerrechtsprechung entstanden und von der Praxis nicht übernommen worden. Der Teilwertbegriff habe das Auseinandergehen von Handels- und Steuerbilanz gefördert, weshalb es im Interesse der Schaffung einer Einheitsbilanz gelegen wäre, "wenn der Begriff des Teilwerts durch Bestimmungen ersetzt würde, die auch in der kaufmännischen Praxis angewendet werden." Hierzu mag allerdings vermerkt werden, daß Scherpf⁴⁾ in seinen Vorschlägen zur Schaffung einer Einheitsbilanz den Teilwert mit keiner Silbe erwähnt — offensichtlich, weil er für dies Problem völlig uninteressant ist, weil dem Teilwert der im Handelsrecht längst bekannte Gebrauchswert entspricht.

Eine weitere Parallele zwischen Gebrauchswert und Teilwert liegt in der Definition des Teilwerts gemäß § 6/1 EStG: "Teilwert ist der Betrag, den ein Erwerber des ganzen Betriebs im Rahmen des Gesamtkaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde; dabei ist davon auszugehen, daß der Erwerber den Betrieb fortführt", und in einer Entscheidung des Reichsoberhandelsgerichts (ROHG) vom 3.12.1873: "Der Bilanz liegt ... die Idee einer fingierten augenblicklichen allgemeinen Realisierung sämtlicher Aktiva und Passiva zugrunde, wobei jedoch davon ausgegangen werden muß, daß in Wirklichkeit nicht die Liquidation, sondern vielmehr der Fortbestand des Geschäftes beabsichtigt wird, und daß daher bei der Ermittlung und Feststellung der einzelnen Werte derjenige Einfluß unberücksichtigt zu lassen ist, welchen eine Liquidation auf dieselbe ausüben würde."⁵⁾

Die enge Verwandtschaft beider Formulierungen scheint außer Zweifel zu stehen. Die Entscheidung des ROHG wurde seinerzeit stark kritisiert, weil man im Gedanken der Liquidation trotz Fortbestehens der Unternehmung einen "unlöslichen Widerspruch"⁶⁾ sah. Schließlich leitete man daraus eine Bewertung zu Veräußerungspreisen und (oder) Gebrauchswerten ab⁷⁾. In ganz ähnlicher Weise wird auch noch heutzutage den Begriff des Teilwerts bei-

1) Baier, C.G., a.a.O., S.135

Bühler, O.: Soll der Teilwert verschwinden? BB 1948, S.286

Fischer, G., a.a.O., S.174

Kremer, J.: Probleme um den Teilwert, Wp 1951, S.106

Littmann, E.: Die Unmöglichkeit der steuerlichen Teilwertidee, BW 1951, S.28

2) Kalveram, W.: Bilanzvereinheitlichung, ZfB 1951, S.291

3) Scherpf, P.: Handelsbilanz — Steuerbilanz, C.Heymanns Verlag, Berlin 1941, S.67, 72

4) ders., ebenda S.110 ff.

5) nach Hintner, O., a.a.O., S.252

6) Simon, H.V.: Die Bilanzen der Aktiengesellschaften, 4.A., H.Guttentag Verlagsbuchhandlung, Berlin 1910, S.297

7) Osbahr, W.: Die Bilanz vom Standpunkt der Unternehmung, 2.A., Verlag der Haude & Spenerischen Buchhandlung, Max Paschke, Berlin 1919, S.53

spielsweise von Aufermann, Kosiol, Littmann¹⁾ u.a. kritisiert, was wegen der Verwandtschaft beider Formulierungen nicht verwunderlich erscheint. Derartige Einwendungen sind zwar im einzelnen nicht widerspruchslös und blieben auch nicht unwidersprochen, wichtiger ist aber, daß hier das Steuerrecht in der Formulierung des Teilwerts auf eine handelsrechtliche Entscheidung zurückgegriffen hat, die von der Literatur in Richtung auf den Gebrauchswert ausgelegt wurde. Weder scheint der Teilwert also eine Erfindung des Steuerrechts zu sein, noch dieser Begriff in der Betriebswirtschaftslehre so unbekannt, wie das Kalveram und Scherpf behaupten. Wahrscheinlich übernahm das Steuerrecht die Formulierung des ROHG bewußt deshalb, um an einen bereits bekannten handelsrechtlichen Begriff anzuknüpfen. Bühler²⁾ weist darauf hin, daß das sich Steuerrecht mit dem Teilwertbegriff nur dem Niederstwertprinzip im Handelsrecht angeschlossen habe. Bei Anlagen sei dieser Mindestwert der anteilige Betriebswert. Bühler nimmt damit auf die Auslegung derjenigen Autoren Bezug, die aus der Definition des Teilwerts eine Bewertung auch der Anlagen zum Veräußerungspreis herauslesen wollten, um damit ihre ablehnende Haltung zu begründen.

Der Teilwert entspricht dem Gebrauchswert. Hierzu muß aber z.T. ein Vorbehalt gemacht werden. Wenn man nämlich den Gebrauchswert als die Verwertbarkeit eines Gutes definiert, so entsprechen sich Gebrauchswert und Teilwert nur insoweit, als es sich um den "niederen" Teilwert, den niederen Gebrauchswert handelt, d.h. aber insoweit, als Gebrauchswert und Teilwert im Rahmen einer ordentlichen Jahresbilanz überhaupt von praktischer Bedeutung sind, nämlich dann, wenn die Verwertbarkeit einer Anlage unter ihren ordentlichen Abschreibungswert sinkt. Soweit der Gebrauchswert einer Anlage darüber liegt, trennen sich beide Begriffe. Es gibt zwar auch den Begriff des erhöhten Teilwerts, hier handelt es sich aber um eine andere Größe, und zwar um einen Mehrbetrag, der dem wirtschaftlichen Schaden entspricht, den der Unternehmer erleidet, wenn ein benötigtes Gut auf dem Markt nicht vorhanden ist und eine Lieferfrist besteht.³⁾ Der Betrag, um den hier der Anschaffungswert erhöht werden sollte, d.h. die sogenannte "Schadenswertspitze", wäre nach Aufermann⁴⁾ zu berechnen als: Lieferfrist x Stillstandsverlust. Betrüge beispielsweise der fixe Aufwand pro Tag 10 000.- DM und die Lieferfrist 10 Tage, so errechnete sich eine Schadenswertspitze von 100 000.- DM. Durch Addition eines derartigen Stillstandsverlustes zum Beschaffungswert des benötigten Gutes gelangt man jedoch nicht zu einem Gebrauchswert, zur Verwertbarkeit eines Gutes auf dem Absatzmarkt; denn wenn ein Unternehmer das benötigte Gut zu einem entsprechend erheblich erhöhten Preis beschafft, so doch nur deshalb, weil der Verlust (!), der hierbei entsteht, geringer ist als der sonst auftretende Stillstandsverlust. Ein derartiger Beschaffungswert enthält von vorneherein einen Verlust – auch wenn dieser das kleinere Übel darstellt; die Addition: Beschaffungswert + Verlust ergibt aber keinen Gebrauchswert.

1) Aufermann, E.: Problematik und Prinzip des Teilwerts, Finanz und Steuer 1947, S.6 ff
Kosiol, E., Bilanzreform, S.142 ff.

Littmann, E., Teilwertidee, S.26 ff.

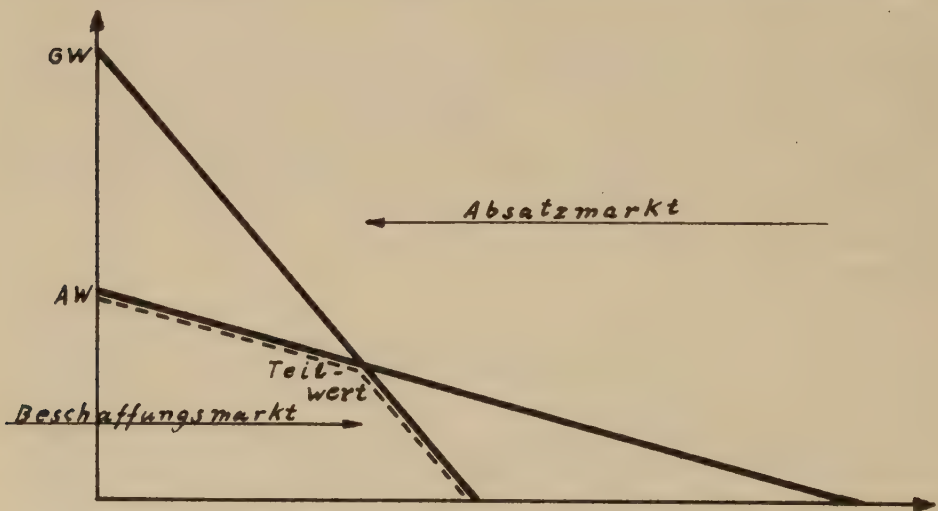
2) Bühler, O., Teilwert, S.286

3) Kremer, J.: Zur Bedeutung der Teilwertidee, BW 1951, S.106

4) Aufermann, E.: Grundzüge betriebswirtschaftlicher Steuerlehre, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr.Th. Gabler, Wiesbaden 1951, S.84

Eben weil es sich um eine mit Verlust verbundene Beschaffung handelt, liegt der Gebrauchswert unter dieser Schadenswertspitze. Gebrauchswert und erhöhter Teilwert sind also keine identischen Begriffe. Der Gedanke vom erhöhten Teilwert ist außerdem auch vom Bundesfinanzhof wieder aufgegeben worden. Der tatsächliche Unterschied zwischen Gebrauchswert und Teilwert besteht darin, daß der Investitions-Restwerte übersteigende Gebrauchswert als Begriff existiert, es aber keinen die Ausgaben bzw. Kosten übersteigenden Teilwert gibt.

Obergrenze für den Teilwert ist stets der Tagesbeschaffungswert.¹⁾ Dies liegt in der Legaldefinition des Teilwertes, in der dort in Person des "Käufers" niedergelegten Idee einer Liquidation unter Fortführung des Betriebes, was auch durch die Rechtsprechung bestätigt wird.²⁾ Ein Käufer des Betriebs wird für ein Gut höchstens dessen Tagesbeschaffungswert bezahlen. Diese Obergrenze für den Teilwert hat bedeutsame Konsequenzen. Sie bedeutet nichts anderes, als daß das Steuerrecht genau der betriebswirtschaftlichen Wertvorstellung folgt, die hier ebenfalls als zutreffend erachtet wurde; nämlich, um einmal das Pferd am Schwanz aufzuzäumen, daß über den Wert eines Gutes dessen Verwertbarkeit entscheidet, daß dieser Einfluß des Absatzmarktes aber durch den Beschaffungsmarkt beschränkt wird, daß die oberste Grenze des Wertes der Beschaffungs- bzw. Beschaffungsrestwert ist (siehe Darstellung). Und so soll auch der Vorbehalt verstanden werden, der zur Identität zwischen Gebrauchswert und Teilwert gemacht wurde³⁾. Der



Teilwert ist als niedriger Teilwert mit dem Begriff des Gebrauchswertes identisch, er ist der Wert, auf den beispielsweise abgeschrieben werden muß, wenn die Veralterung einer Anlage ein rentables Arbeiten nicht mehr ermöglicht⁴⁾. Diese im Teilwertbegriff

1) Kremer, J., Probleme, S.301

2) Scherpf, P., a.a.O., S.70

3) Siehe Kapitel III/3

4) Kremer, J., Probleme, S.301

liegende Verwertbarkeitsvorstellung wird aber gemäß seiner Definition im Gesetz durch die Kostenwerte nach oben hin begrenzt. Während der Teilwert also eine polar definierte Größe ist – wegen dieser polaren Definition könnte man ihn auch als die zentrale Wertvorstellung bezeichnen – ist der Begriff des Gebrauchswertes in der Terminologie einiger Betriebswirte ¹⁾ rein als Einflußgröße des Absatzmarktes definiert.

In der Definition des Teilwerts steckt also eine sehr gesunde, ja die als maßgebend zu erachtende Wertvorstellung, nämlich daß sowohl Beschaffungs- als auch Absatzmarkt den Wertansatz beeinflussen, daß aber primär die Beschaffungswerte maßgebend sind. Auch Hintner ²⁾, ebenso Berliner ³⁾ und Horn ⁴⁾ bemerken hinsichtlich der Entscheidung des ROHG von 1873, auf der nach der hier vertretenen Meinung die Definition des Teilwerts aufbaut, daß das ROHG durchaus betriebswirtschaftliche Ansichten gehabt habe. Hintner bestreitet, daß die auf dem Gedanken der Liquidation aufbauende Auslegung, das ROHG wolle als maßgebenden Bilanzansatz den Veräußerungswert postulieren – was selbstverständlich zur Ablehnung dieser Entscheidung führen muß – richtig sei. Wenn heute von Aufermann, Kosiol, Littmann u.a. die "Unlogik der Legaldefinition" des Teilwerts kritisiert wird, so handelt es sich um die zweite Auflage eines antiquitierten Streits. Statt terminologische Widersprüche in der Teilwertdefinition aufzuspüren, hätte man besser daran getan, die positive Wertvorstellung herauszuarbeiten, die sich dahinter tatsächlich verbirgt und gemäß der man den Teilwert in der Praxis auch ermittelt (siehe Beispiele in Abschnitt 3).

3. Die Ermittlung des Gebrauchswerts und sein Verhältnis zum Ertrag bzw. Ertragswert

Die um den Gebrauchswert rankende Problematik erschöpft sich nicht nur in der allgemeinen Terminologie. Gerade die Frage seiner Ermittlung ist – zumindest in der Literatur – umstritten. Entweder man hält seine Ermittlung nur für schwierig oder aber für ganz unmöglich.

Zum ersten Mal tauchte der Begriff des Gebrauchswerts bei den "Subjektivisten" Scheffler ⁵⁾ und Simon ⁶⁾ auf. Sie wandten sich gegen die damals in juristischen Krei-

1) Es muß hierauf nochmals zurückgekommen werden (Abschnitt 3)

2) Hintner, O., a.a.O., S.252 ff.

3) Berliner, M.: Zur Theorie der Bilanz ZHuH 1909/10, S.274
ders.: Buchhaltungs- und Bilanzlehre, 7.A., Hahnsche Buchhandlung,
Hannover 1924, S.190 ff.

4) Horn, H.: Tendenzen zur Aussonderung von Vermögenswertänderungen, Industrie-
verlag Spaeth & Linde, Berlin 1931, S.204

5) Scheffler, H.: Über Bilanzen. Vierteljahresheft für Volkswirtschaft, Politik und
Kulturgeschichte, hsg. von Ed.Wiss, Berlin 1879, S.1 ff., nach Schmalen-
bach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.22

6) Simon, H.V., a.a.O., S.294

sen herrschende Meinung, daß der maßgebende Bilanzwert des HGB der Veräußerungspreis sei¹⁾, eine Auslegung, die man durch die bereits erwähnte ROHG-Entscheidung bestätigt sah²⁾. Der Gebrauchswert wurde später in erster Linie durch Rudolf Fischer³⁾ bekämpft, mit der Begründung, es sei überhaupt unmöglich, diesen Wert zu ermitteln. Ein Nutzenwert sei nur ausnahmsweise, beispielsweise bei Vermietung und Verpachtung, errechenbar. Diese Ansicht wird auch heute noch vereinzelt vertreten. So meint beispielsweise auch Walther⁴⁾, der Gebrauchswert sei für "unternehmungswirtschaftliche Überlegungen unbrauchbar", "weil diese Eignung zum Gebrauch in Geldwert nicht meßbar ist." Der für die Anlagen einzig bestimmbare Wert sei der Anschaffungswert⁵⁾. Der Unternehmer ist aber gezwungen, zumindest für die Beschaffung seiner Anlagen deren Eignung, deren "Nachfragepreis", wie es Mellerowicz⁶⁾ nennt, zu quantifizieren, will er nicht einfach auf "Gut Glück" beschaffen und den Erfolg abwarten. Aber nicht nur bei der Beschaffung muß der Unternehmer den Nutzen einer Anlage in Geld messen, er muß es ständig tun. Wirtschaften heißt unter anderem auch Kosten und Nutzen vergleichen. Wie könnte sich da ein Unternehmer nur mit der Kenntnis seiner Kosten zufrieden geben, er muß auch wissen, was er für seinen Kosteneinsatz erläßt. Daß für Anlagen der für ihre Nutzung im Preis erlöste Betrag nicht ganz einfach zu ermitteln ist, wurde bereits gesagt. Möglich ist es aber – und für den Wirtschaftlichkeitsvergleich sogar dringend notwendig, auch wenn der Gebrauchswert als Bilanzwert nur sekundär in Frage kommt.

Die Unmöglichkeit der Ermittlung des Gebrauchswertes bestreitet an einer Stelle auch Mellerowicz⁷⁾. Er identifiziert dabei den Eignungswert einer Anlage mit deren Ertragswert, welcher als Kapitalisierter Gewinn eines Vermögensteiles errechnet wird. Der Einfluß Rudolf Fischers scheint hier offensichtlich, denn ansonsten definiert Mellerowicz den Nutzen eines Gutes als den erzielbaren Erlös, als den Marktzeitwert – und zwar in der gleichen Veröffentlichung.

Rudolf Fischer⁸⁾ lehnt Simon aber noch aus einem anderen Grunde ab. Er bestreitet nämlich, daß Simon seinen Gebrauchswert, wie er es tatsächlich tut⁹⁾, als Erwerbspreis abzüglich von Abschreibungen definieren dürfe, mit der an sich zutreffenden Begründung, der Ge-

1) Das bestätigen:

Fischer, R.: Die Bilanzwerte, was sie sind und was sie nicht sind, Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1905, S.14

Osbahr, W., a.a.O., S.30

Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.22

Fiedler, F., a.a.O., S.363

2) Osbahr, W., a.a.O., S.26

3) Fischer, R., a.a.O., S.48

4) Walther, A., Wirtschaftslehre II, S.87

5) ders., ebenda, S.88

6) Mellerowicz, K., Betriebswirtschaftslehre III, S.21

7) ders., Wert, S.69 ff.

8) Fischer, R., a.a.O., S.52 ff.

9) Simon, H.V., a.a.O., S.363 ff.

brauchswert sei als reiner Nutzenwert aufzufassen. Diese Ansicht wird von Fiedler¹⁾ und Sykora²⁾ vertreten. Auch sie vermerken zwar ausdrücklich, daß Simon seinen Gebrauchswert definiere als Erwerbspreis abzüglich der Minderung des Betriebswertes, abzüglich der notwendigen Abschreibungen, stehen aber auf dem Standpunkt, man könne nicht glauben, daß das, was Simon als Gebrauchswert definiere, tatsächlich der Gebrauchswert sei. Sie haben Recht insofern, als der Gebrauchswert von einer Reihe von Betriebswirten als reiner Nutzenwert definiert wird, welche Auffassung auch hier vertreten wird; sie begehen aber, wie Fischer, einen Fehler, wenn sie nun Simons Gebrauchswert ablehnen, weil er nicht ermittelbar sei. Denn das, was Simon als Gebrauchswert bezeichnet, ist ein ordentlicher (!) Abschreibungsrestwert, abgesehen davon, daß der Gebrauchswert sehr wohl ermittelbar ist.

Simon liegt eine reine Nutzenvorstellung völlig fern. Als maßgebenden Bilanzwert schildert er den um die Abschreibungen verminderten Anschaffungswert, den er an anderer Stelle³⁾ Betriebswert nennt. Das bedeutet aber nicht etwa, daß er die Unmöglichkeit der Gebrauchswertidee selbst eingesteht, wie Fiedler meint. Simon tritt doch der Meinung entgegen, daß auch für Anlagen der Veräußerungswert maßgebend sei. Er bestreitet dies, weil die Anlagen gebraucht und nicht veräußert werden; deshalb ist ihr Wert im Gebrauch, im "Gebrauchs"wert zu suchen. Die Tatsache des Gebrauchs bedeutet, daß der Abschreibungsrestwert, nicht der Veräußerungswert zutreffend ist. Das Wort "Gebrauchen" soll nur den Gegensatz zum "Veräußern" dokumentieren, an einen Nutzenwert denkt Simon keinesfalls. Auf Grund der Tatsache des Gebrauchs ist der Betriebswert, der Abschreibungsrestwert maßgebend. Das kann man zu Simon ergänzend vermerken, damit ein eine andere Gebrauchswertdefinition gewöhnter Leser nicht irregeführt wird. Keinesfalls darf man Simon aber einen Nutzenwert unterstellen und hierauf eine ablehnende Haltung begründen, denn er verfißt ganz offensichtlich nur einen Abschreibungsrestwert. Simon als "Subjektivist" zu bezeichnen, wie das auch Schmalenbach⁴⁾ tut, ist nicht möglich. Simon stellt nur ein einziges Mal dem Wort "Veräußern" das Wort "Gebrauchen" gegenüber; von einer "Gebrauchstheorie" ist nirgends etwas zu finden.

Schmalenbach⁵⁾ hält die Auffassung Simons insofern für einen Fortschritt, als sie für die Bewertung das Wesen der Betriebswirtschaft in den Vordergrund stelle. Schmalenbach nennt das einen dynamischen Grundzug, dem er sich mit Vorbehalt anschließt. Es sei nämlich ein Irrtum, wenn man in der Jahresbilanz das Vermögen bestimmen wolle. Schmalenbach übersieht ebenfalls, daß Simon seinen "Gebrauchs"wert als Ausgabenrestwert definiert und daß man einen Unterschied zu der auf den Ausgaben basierenden dynamischen Wertvorstellung also höchstens noch in der Art der Bemessung der Abschreibungen suchen könnte. Hierüber werden jedoch keine Untersuchungen angestellt. Solange Schmalenbach aber keine Definition des Gebrauchswertes gibt, den er bei Simon

1) Fiedler, F., a.a.O., S.365

2) Sykora, G., a.a.O., S.255

3) Simon, H.V., a.a.O., S.408

4) Schmalenbach, E.: Dynamische Bilanz, 7.A., G.A. Glöckner
Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1939, S.65, 66

5) ders., Dynamische Bilanz, 12.A., S.22

ablehnt, bleiben seine Vorbehalte ohne Ergebnis. Simon¹⁾ spricht nämlich davon, daß die Differenz zwischen Anschaffungs- und Schrottwert einer Anlage die Abnutzung ist, "welche in jährlich g l e i c h e n (!) Beträgen in der Bilanz zum Ausdruck kommen muß". Denzufolge besteht auch kein grundsätzlicher Unterschied zwischen Simon'scher Vermögens- und Schmalenbach'scher Erfolgsbilanz, was später noch genauer untersucht werden soll.²⁾

Auf Rudolf Fischer zurückgehende Einwände gegen den Gebrauchswert bzw. Simon bringt auch Hoffmann³⁾. Er sieht in der Anwendung des Gebrauchswertes einen verhängnisvollen Zirkelschluß, da der Gebrauchswert als Bilanzwert selbst wiederum zur Gewinnermittlung dienen soll. Außerdem wäre es unmöglich, den Ertrag auf die einzelnen Güter zuzurechnen. Hoffmann identifiziert ebenfalls wie Mellerowicz unter anderem den Gebrauchswert mit dem Ertragswert.

Auf Grund dieser Einwände hält es Hoffmann für unmöglich, den Gebrauchswert zu ermitteln. Mißlich ist nur, daß sich Hoffmann selbst widerspricht. An anderer Stelle⁴⁾ ist er nämlich der Meinung: "Wir können darum sagen, daß die Abschreibung die Minderung des Gebrauchswertes eines Gegenstandes konstatiert." Ferner vermerkt er bezüglich der außerordentlichen Abschreibung: "Der um die (notwendig gewordene Sonder-) Abschreibung verminderte Kapitalbetrag ist dann der t a t s ä c h l i c h e Gebrauchs- oder ... Bilanzwert."⁵⁾ Hier ist nirgends davon die Rede, daß der Gebrauchswert ein Ertragswert sei, daß er als Bilanzwert einen Zirkelschluß bedeute; und wie der (niedere) Gebrauchswert tatsächlich ermittelt werden kann, dafür bringt Hoffmann⁶⁾ sogar selbst ein Beispiel: Der Gebrauchswert einer durch eine neue Anlage entwerteten Maschine wird als der Betrag errechnet, der nach Abzug aller sonstigen Betriebskosten dieser alten Anlage im Laufe der Restnutzungsdauer noch abgeschrieben werden kann. Dabei wird unterstellt, daß die Gesamtkosten der alten Anlage die der neuen nicht übersteigen dürfen. Gutenberg⁷⁾ nennt dies einen verfahrenstechnischen Minderwert des Betriebsmittelbestands. Das Maß des Minderwerts ergibt sich aus den Kosteneinsparungen bei Verwendung der modernen Anlage. Hoffmann⁶⁾ nennt diesen, nach der "unit-cost-method" errechneten Wert einen "wahren Gebrauchswert" — offenbar ist der Gebrauchswert also doch ohne Zirkelschluß und Zurechnungsproblem errechenbar.

Eine Parallele zu der Fehlmeinung Hoffmanns findet man auch in der steuerrechtlichen Literatur. Während Bühler⁸⁾ zu recht meint: "Wenn wir (den Teilwert) bis jetzt nicht gehabt hätten, müßten wir ihn heute einführen," und Kremer⁹⁾ den Teilwert als ein unentbehr-

1) Simon, H.V., a.a.O., S.382

2) siehe Teil B

3) Hoffmann, A., a.a.O., S.268 ff.

4) derselbe, a.a.O., S.292

5) derselbe, a.a.O., S.327

6) derselbe, a.a.O., S.312

7) Gutenberg, E.: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre. Die Produktion. Julius Springer Verlag, Berlin 1951, S.88

8) Bühler, O., Teilwert, S.287

9) Kremer, J., Teilwertidee, S.106

liches Glied in H a n d e l s - und Steuerrecht bezeichnet, sind Aufermann¹⁾, Hecht²⁾, Kosiol³⁾, Littmann⁴⁾ sowie die Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft⁵⁾ der Ansicht, der Teilwert sei begrifflich unhaltbar und technisch zu schwierig bzw. logisch überhaupt nicht zu ermitteln. Sie begründen dies damit, daß der Teilwert laut Legaldefinition vom Gesamtwert der Unternehmung zu errechnen sei. Aufermann spricht von einer "Repartition des Geschäftswerts". Diese Meinung vertritt auch Nicklisch⁶⁾: "Der Teilwert eines Gegenstandes ist sein Anteil am Ertragswert der wirtschaftlichen Einheit." Ebenso meint Horn⁷⁾, die Ermittlung des Teilwerts sei "nur möglich, wenn zuvor der Wert der Unternehmung als Wirtschaftseinheit feststeht oder festgestellt wird." Kremer⁸⁾ hält es jedoch mit Recht weder für denkbare noch mit dem Gesetz vereinbar, von einer Verteilung des Geschäftswertes auf die einzelnen Wirtschaftsgüter auszugehen. Littmann sei außerdem ein Irrtum insofern unterlaufen, als die "erhöhten Wiederbeschaffungskosten" laut RFH-Urteil den Geschäftswert überhaupt nicht betreffen, sondern nur den wirtschaftlichen Schaden, der im Nichtvorhandensein des Gutes auf dem Markt und in der Wartezeit bis zur Herstellung liege. Ebenfalls der Ansicht, daß der Gesamtwert einer Unternehmung von der Summe der Gebrauchswerte verschieden ist, ist le Coutre⁹⁾.

Die hier dargelegte Kontroverse um den Teilwert entbehrt einer sachlichen Grundlage. Während das Steuerrecht und die Rechtsprechung unter dem Teilwert nichts anderes verstehen als den Anschaffungs- bzw. Tagesbeschaffungswert abzüglich von Abschreibungen, sprechen die den Teilwertbegriff kritisierenden Autoren von einer "Repartition des Geschäftswerts". Da dieser repartitierte Wert nicht zu ermitteln ist, schlagen sie statt dessen den Tagesbeschaffungswert abzüglich von Abschreibungen vor¹⁰⁾ – also genau das, was das Steuerrecht als Teilwert definiert. Andererseits spricht beispielsweise Aufermann¹¹⁾ selbst von einer "Teilwertabschreibung", wenn der Buchrestwert einer Anlage auf den darunterliegenden Tagesbeschaffungswert abzüglich der der abgelaufenen Lebensdauer entsprechenden Abschreibungen herabgesetzt wird. Wieso muß er dann den Teilwertbegriff als Repartition des Geschäftswerts mißverstehen?

1) Aufermann, E., Steuerlehre, S.83

2) Hecht, M.: Zum Thema: Die Einheitsbilanz, ein Fortschritt für Staat und Wirtschaft, Wp 1951, S.110

3) Kosiol, E., Bilanzreform, S.155

4) Littmann, E., Teilwertidee, S.26 ff.

5) nach Schelowsky, P.: Zur Frage einer Bewertungsreform für die Handels- und Steuerbilanz, Wp 1949, S.147 ff.

6) Nicklisch, H., Betriebswirtschaft, S.414

7) Horn, M.: Zum Bewertungsproblem in der Jahresbilanz der Unternehmung, Industrie-Verlag Spaeth & Linde, Berlin 1935, S.47

8) Kremer, J., Teilwertidee, S.106

9) Le Coutre, W., Bilanzkunde, 4.A., S.104

10) Aufermann, Hecht, Kosiol, Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft

11) Aufermann, E., Steuerlehre, S.84

Zu Kosiols ablehnender Haltung sei außerdem noch besonders vermerkt, daß er bei der Besprechung der organischen Bewertung in der gleichen Veröffentlichung auch das Argument bringt, der Tageswert sei technisch nur schwer zu ermitteln.¹⁾ Zwanzig Seiten später ist jedoch der Tagesbeschaffungswert abzüglich Abschreibungen als Ersatz für den Teilwert, der als Repartition des Geschäftswerts aufgefaßt wird, offensichtlich wesentlich einfacher. Mit diesem Widerspruch, nämlich daß der Tagesbeschaffungswert nur dann schwierig zu ermitteln ist, wenn man Argumente gegen Schmidts organische Bilanz benötigt, steht Kosiol allerdings keineswegs allein.

Der Gesamtwert einer Unternehmung wird in Theorie und Praxis zumindest zum Teil auf Grund des Ertragswertes ermittelt. Diese Ertragswertrechnung besteht in einer Kapitalisierung des nachhaltig zu erzielenden Gewinnes mit dem landesüblichen Zinssatz oder der Branchenrendite. Der Gebrauchswert stellt demgegenüber die Verwertbarkeit eines Gutes, den für eine Leistung erzielbaren Erlöses dar, nicht die Kapitalisierung des zwischen Kosten und Erlösen liegenden Wertgefälles. Der Begriff des Ertragswertes ist eine gänzlich andere Größe, er entspricht aus einer "geldwirtschaftlichen Rentabilitätsrechnung" oder wie man das sonst nennen will. Im Gegensatz zum Ertragswert ist der Gebrauchswert in dieser Hinsicht von einem bestimmten Zinssatz völlig unabhängig.²⁾ Deshalb darf man nicht, wie Hoffmann und Mellerowicz das tun, den Gebrauchswert mit dem Ertragswert identifizieren. Noch unmöglicher ist aber die Vorstellung, den Gebrauchswert als Aufteilung des Gesamtertragswerts einer Unternehmung errechnen zu müssen; denn diese Größe bewertet auch die Möglichkeit, das zwischen Beschaffungswert und Erlösen liegende Wertgefälle mehrmals zu realisieren, mehrmals eine Ware zu beschaffen und sie mit Gewinn abzusetzen. In keiner der beiden Formen kommt aber ein Ertragswert jemals für die Bewertung der materiellen Güter einer Unternehmung in Frage, und der Gebrauchswert ist mit ihm nicht identisch.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß der tatsächlich erzielte Jahresertrag auch auf die Bewertung der Güter in der Bilanz zurückwirkt, Kremer³⁾ hält es für sehr richtig, wenn die Rentierlichkeit einer Unternehmung auch auf die Bewertung zurückwirkt. Trotzdem handelt es sich nicht, wie etwa Hoffmann meint, um einen Zirkelschluß. Die Idee

1) Kosiol, E., Bilanzreform, S.135

2) Zum Unterschied zwischen Gebrauchswert und Ertragswert diene folgende Erläuterung:

Anschaffungswert einer Maschine:	10 000.-
für diese Maschine in den Preisen der Erzeugnisse erzielbare Erlös:	<u>15 000.-</u>
Gewinn	5 000.-
Ertragswert:	Gebrauchswert: 15 000.-
bei einem landesüblichen Zinssatz	
von	
1 %	= 500 000.-
5 %	= 100 000.-
10 %	= 50 000.-

3) Kremer, J., Teilwertidee, S.106

vom Zirkelschluß ist ein Fehlkonstruktion, welche freilich naheliegt, wenn man den Gebrauchswert fälschlicherweise mit dem Ertragswert identifiziert. . Selbst wenn man ausschließlich mit Gebrauchswerten bilanzieren sollte, selbst dann handelt es sich nicht um einen Zirkelschluß. Denn ein so ermittelter Jahreserfolg wäre immer noch die Differenz zwischen dem Gebrauchswert am Anfang und am Ende des Jahres, also zwischen zwei Größen, die jedesmal auf Grund der voraussichtlichen Verwertbarkeit, aus den zukünftig möglichen Erlösen — nicht aber aus dem Ertrag der abzurechnenden Periode — herausgerechnet werden. Ein nachhaltig zu geringer Erfolg kann ein Zeichen dafür sein, daß die Gebrauchswerte der Anlagen unter ihre auf Grund einer Vorausrechnung (Abschreibungsatz) ermittelten Ausgabenrestwerte gesunken sind, was Anlaß zu einer Korrektur sein wird. Ein Zirkelschluß liegt hier nicht vor. Auf diese Idee kann man nur kommen, wenn man den Gebrauchswert als Ertragswert, als Kapitalisierung des betreffenden Jahresertrags errechnen will. Über die Höhe einer außerordentlichen Abschreibung auf den niederen Gebrauchswert entscheidet nicht die Kapitalisierung des Untergewinns — liegt ein Jahresverlust vor, ergäben sich negative Größen! — sondern die Abschreibungen, die im Preis der Produkte nach Deckung aller anderen Kosten nicht mehr untergebracht werden können. Andererseits nötigt nicht jeder Untergewinn zu einer Sonderabschreibung: wenn der Unternehmer einen Fehler in der kaufmännischen Sphäre macht, wenn ein Debitorenverlust den Jahresgewinn ungebührlich dezimiert, verändert sich deshalb nicht die Verwertbarkeit der Anlagen — der Betrieb kann trotzdem technisch noch völlig "in Schuß" sein.

Die Verwertbarkeit, der Verbrauchswert von Umsatzgütern wird errechnet als erzielbarer Preis, abzüglich gewisser Gemeinkosten. Grundsätzlich wird nach der hier vertretenen Meinung ebenso der Gebrauchswert von Anlagen ermittelt, nur daß für Anlagen nicht ihr direkter sondern ein indirekter Veräußerungspreis, wie es oben genannt wurde, in Frage kommt. Da eine Maschine einerseits meist verschiedenartige Produkte herstellt, andererseits ein Produkt mehrere Anlagen beansprucht, bei der Leistungserstellung außerdem noch andere (Einzel-) Kosten beteiligt sind, ist es nicht ganz leicht und sicher nicht immer genau möglich, jeder Anlage den Erlös zuzurechnen, den sie im Preis erwirtschaftet. Hoffmann sprach deshalb von der Unlösbarkeit des Zurechnungsproblems. Der gleichen Meinung ist auch beispielsweise Mellerowicz¹⁾; "Einen feststellbaren Ertrag erzielt nur die Gesamtunternehmung, nicht das einzelne Gut. Eine Zurechnung des Ertrages erscheint unmöglich". "Der Ertrag ist eine Einheit, durch die Kostenfaktoren nicht funktional (!) bedingt und darum auch, rückwärts gesehen, ihnen nicht zurechenbar ..." Es muß aber das wiederholt werden, was bereits Walthers Ansicht entgegengehalten wurde. Der Unternehmer muß ständig Kosten und Nutzen vergleichen und der Nutzen, das ist der Gebrauchswert, der erzielbare Erlös. Der Unternehmer muß von jedem einzelnen Kostenbestandteil wissen, ob dessen Gebrauchswert nicht etwa unter seinem Kostenrestwert liegt, ob sich die oder jene Anlage noch rentiert, besser: ob sie noch wirtschaftlich arbeitet. Wenn der Unternehmer unwirtschaftliche Anlagen ausrangiert, wenn er Abschreibungen einzelner Anlagenteile auf den niederen Gebrauchswert vornimmt, dann weiß er doch offenbar, welche Kosten-

1) Mellerowicz, K., Wert, S.70; ergänzend sei nochmals vermerkt, daß Mellerowicz hier den Ertragswert mit dem Eignungs- bzw. dem Gebrauchswert identifiziert.

güter ihren Gebrauchswert unterschreiten. Daß der Gebrauchswert nicht meßbar sei, das ist ein Irrtum Rudolf Fischers, der sich trotz einer das genaue Gegenteil beweisenden Praxis in der Literatur hartnäckig gehalten hat.

Das Zurechnungsproblem bezüglich des Gebrauchswertes von Kostengütern hat sein Spiegelbild in der Zurechnung der Kosten in der Kalkulation. Auch hier werden Kosten (nach dem Verursachungsprinzip) "geschlüsselt", ohne Rücksicht darauf, ob die Schlüssel im Einzelfall ideal sind oder nicht. Das Verursachungsprinzip dient beispielsweise auch zur Errechnung des Gebrauchswertes einzelner Anlageteile. Wenn der Unternehmer eine neue, aber für seinen Betrieb zu kostspielige Maschine einstellt, seine Gesamtkosten hierdurch den im Produkt erzielbaren Erlös überschreiten, so wird sich diese neue Maschine eine Sonderabschreibung gefallen lassen müssen. Wo wäre der Unternehmer, der hier am Zurechnungsproblem zweifeln würde? Wo ist der Unternehmer, der — in die Preisschere geraten — nicht danach suchte, wo sein Betrieb unwirtschaftlich arbeitet? Wirtschaften heißt Kosten und Nutzen vergleichen, heißt, daß man den Gebrauchswert jedes einzelnen Gutes ungefähr kennen muß, daß man ihn ebenso kennen muß wie seine Kosten, ja sogar kennen sollte, bevor das Kostengut überhaupt erst beschafft wird.

Gerade die Entwicklung der Kostenzurechnung auf die einzelnen Kostenstellen ermöglicht den Wirtschaftlichkeitsvergleich. Dieser bedingt aber auch eine Zurechnung der Erlöse für die an der einzelnen Stelle aufgewandten Kosten, die Feststellung des Gebrauchswertes der Produktionsmittelkombination. Ob dabei die Erlöse auf kalkulatorischem Wege aus den Umständen des einzelnen Betriebs hergeleitet werden, ob man Marktpreise für vergleichbare Leistungen heranzieht, ob man nach dem Verursachungsprinzip vorgeht oder ob man die Elemente der Verwertbarkeit (siehe unten) zusammenträgt, das entscheidet der Einzelfall. Daß eine Zurechnung nicht einfach ist und oft nur annähernd genau erfolgen kann, wurde bereits gesagt. Schließlich bekommen aber auch in der Kalkulation, je nachdem wie sich Zurechnungsschema und Wirklichkeit decken, Produkte Kosten zugerechnet, die sie gar nicht ausgelöst haben. Niemand hält aber deswegen die Kalkulation für ein unlösbares Problem.

Wie Gebrauchswerte in der Praxis tatsächlich ermittelt werden können, zeigt neben Hoffmann auch Rummel¹⁾. Rummel geht von den Elementen der Verwertbarkeit aus. Als maßgebliche Einflußgrößen schildert er:

1. die Nutzungsdauer global,
2. die Restnutzungsdauer,
3. die Einflüsse des Verschleißes auf die Nutzungsdauer,
4. die Einflüsse des technischen Fortschritts auf die Nutzungsdauer,
5. die Lebensdauer neuer Anlagen (Ersatzanlagen),
6. die Beschaffungskosten einer neuen Anlage im Bewertungszeitpunkt,
und zwar der Anlage, die man im Bedarfsfalle tatsächlich beschaffen wurde,
7. die Betriebskosten der neuen Anlage,
8. die Kosten einer Generalüberholung der alten Anlage; Rummel gibt hier zwei Beispiele:
 - a) Schreibmaschine; Wiederbeschaffungswert 600.-, Generalüberholung 120.- = 20 %, Minderwert der gebrauchten, überholten Maschine 30 %; Gebrauchswert: 50 % vom Wiederbeschaffungswert.

1) Rummel, K., a.a.O., S.288 ff.

- b) Elektromotor; nach neuer Wicklung so gut wie neu; bei einer Schreibmaschine hingegen erfaßt eine Generalüberholung nicht alle Teile; Gebrauchswert; Wiederbeschaffungswert ./.. Reparaturkosten; ferner muß ein Abschlag wegen "Unansehnlichkeit" trotz des "Aufbügelns" gemacht werden.

Was an der Errechnung eines Anlagegebrauchswertes nach Rummel, ebenso wie an der von Hoffmann erwähnten Unit-Cost-Methode allerdings auffällt ist, daß hier der Gebrauchswert von den Kosten aus errechnet wird – nicht von den Erlösen her. Hierzu ist aber zu sagen: Nutzungsdauer, Verschleiß, technischer Fortschritt, Betriebskosten der Anlage und Reparaturaufwände, das sind die Einflußgrößen, die die Verwertbarkeit einer Anlage, den aus ihr "herausholbaren" Erlös bestimmen. Es wurde bereits erwähnt, daß für die Bemessung der Abschreibungen die Entwicklung des Gebrauchswertes maßgebend ist, daß der Gebrauchswert als Kostenverrechnungsschlüssel fungiert. Dabei ist es aber nicht erforderlich, den Gebrauchswert selbst zahlenmäßig absolut zu quantifizieren, es genügt, die relative Entwicklung zu kennen, um diese auf die Kosten zu projizieren und so die erforderliche Abschreibung zu bestimmen. Ersteres ist nur dann der Fall, wenn der Gebrauchswert in die Kostensphäre einbricht, wenn der Gebrauchswert als Verwertbarkeitswert auch gleichzeitig maßgebender Kostenrestwert ist.

Rummel¹⁾ bezeichnet nun als Gebrauchswert nicht die Verwertbarkeit einer Anlage schlechthin, sondern das Ergebnis der Projektion der Verwertbarkeitsumstände auf die Kosten, also den Abschreibungsrestwert. Es handelt sich hier um eine Definition des Gebrauchswertes parallel zum Begriff des Teilwertes. Auch dieser projiziert alle Verwertbarkeitsumstände auf die Kosten, ist ein Kostenrestwert. Im niedereren Teilwert fällt er aber mit dem als Verwertbarkeit definierten Gebrauchswert zusammen.

Es ist also festzustellen: Der Gebrauchswert wird von einer Reihe von Betriebswirten – und diese Auffassung wird auch hier vertreten – als die Verwertbarkeit eines Gutes definiert. Deshalb mußte der Vorbehalt gemacht werden, daß sich Teilwert und Gebrauchswert begrifflich nur zum Teil, nämlich im niedereren Gebrauchswert treffen. Andere Betriebswirte gehen zwar auch von den Verwertbarkeitsumständen aus, sie projizieren diese aber sogleich auf die Kosten und definieren so den Gebrauchswert parallel zum Teilwertbegriff. Deshalb kann auch beispielsweise le Coutre²⁾ sagen, daß der Gebrauchswert "zweifelsohne" der Anschaffungswert abzüglich von Abschreibungen sei. Das müßten andererseits auch Fiedler, Rudolf Fischer und Sykora Simon zugute halten, wenn er den Abschreibungsrestwert als Gebrauchswert definieren würde. Simon spricht aber nur von einem (individuellen) Betriebswert – und Bühler³⁾ verwendet den Ausdruck "anteiliger Betriebswert" für den Begriff des Teilwertes. Wie lange doch der Begriff des Teilwertes der Betriebswirtschaftslehre schon bekannt ist!

Im übrigen mag in diesem Zusammenhang auch noch auf folgendes hingewiesen werden: Man kann den jeweils zu bilanzierenden Kostenrestwert sowohl auf Grund einer im voraus berechneten, als auch durch die am jeweiligen Bilanzstichtag tatsächlich

1) Rummel, K., a.a.O., S.292, 298

2) Le Coutre, W., Bilanzkunde, 4.A., S.110, 114

3) Bühler, O., Teilwert, S.286

vorliegende Wertminderung bestimmen. Ersteres Verfahren wird man vor allem in der ordentlichen Jahresbilanz anwenden. Da eine Vorausberechnung der Wertminderung wegen der Ungewißheit jeder Zukunftsschätzung möglichst vorsichtig erfolgt, ist die tatsächliche Wertminderung meist geringer, kommt eine Bestimmung des Kostenrestwerts auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse in der Regel nicht in Betracht. Dies ist andererseits naturgemäß bei den außerordentlichen Bilanzen der Fall. Außerordentliche Bilanzen unterscheiden sich aber von ordentlichen, soweit es die Bewertung materieller Güter betrifft, grundsätzlich nicht. Es kommen auch hier Ausgabenrestwerte zum Ansatz (es sei denn, es gäbe infolge einer allgemeinen Liquidation nur noch Veräußerungsgüter), allerdings nicht ermittelt auf Grund eines Abschreibungsverfahrens, sondern eines Befundes. Einmal wird bzw. muß die Wertminderung im voraus berechnet werden, im anderen Fall kann sie auf die tatsächlichen Umstände am Bewertungsstichtag aufbauen. Wenn in einer außerordentlichen Bilanz zum "Gebrauchswert" bewertet wird, so bedeutet das nichts anderes, als daß zum Teilwert, das heißt höchstens zum gemäß Befund ermittelten Kostenrestwert bewertet werden darf. Auch in einer außerordentlichen Bilanz ist der Wert eines Gutes aus der Vorstellung vom Investieren und Liquidieren herzuleiten; auch in einer sogenannten "Vermögens"bilanz kommen keine reine Nutzenwerte zum Ansatz.

V. Grundfragen der Abschreibung

1. Die maßgebliche Wertvorstellung für die Bemessung des Abschreibungssatzes

Um eine wirtschaftliche Leistung erstellen zu können, müssen Anlagen beschafft werden. Das vom Unternehmer in diesen Anlagen investierte Kapital sind die Beschaffungswerte. Die Anlagen werden bei der Produktion gebraucht, das in ihnen investierte Kapital verbraucht. Die Minderung des Wertes der Anlagen stellt die Kosten der Produktion dar. Diese Kosten sollen im Preis der erstellten Produkte ersetzt, bzw. das in der Anlage investierte Kapital liquidiert werden. Die Abschreibungen haben die Aufgabe, die Wertminderung der Anlagen in der Erfolgs- und Kostenrechnung zu erfassen. Abschreibungen konstatieren zwar die Wertminderung, sie haben aber auch den Charakter einer Sollgröße. Das Kapital soll vor Ablauf der Lebensdauer der Anlage wieder liquidiert sein, die Investition soll im Rahmen der durch den Absatzmarkt bedingten Gebrauchsfähigkeit wieder zu Geld werden. Deshalb ist, wie Schmalenbach¹⁾ sagt, die Abschreibung "von der Entwicklung der Gebrauchsfähigkeit des abzuschreibenden Gegenstandes für die bilanzierende Unternehmung" abhängig.

Eine Bewertung eines Anlagegegenstandes nach seiner Gebrauchsfähigkeit ergibt den Gebrauchswert. Man kann deshalb ebenso gut sagen, die Abschreibung bestimme sich nach der Entwicklung des Gebrauchswertes. Schmalenbach behält die Ausdrücke "Gebrauchsfähigkeit" oder "Nutzbarkeit" meist bei, spricht im gleichen Sinne aber auch von der Entwicklung des Gebrauchswertes²⁾. Diese unterschiedliche Benennung ist an sich ohne Bedeutung, was gemeint ist, ist klar. Es soll aber doch darauf hingewiesen werden, weil Schmalenbach ja Simon und dessen Gebrauchswert ablehnt. Trotz seiner Kritik an Simon verwendet Schmalenbach³⁾ den Begriff des Gebrauchswertes bereits in der ersten Auflage seiner Dynamischen Bilanz. Schmalenbach ist hier der Ansicht, daß es sich bei den Aktiva um individuelle, subjektive Gebrauchswerte handle. Simons Fehler läge lediglich darin, daß er von Gebrauchswerten im absoluten und nicht im relativen Sinn spreche, relativ deshalb, weil sich der Bilanzwert errechnen als

$$\text{Bilanzwert} = \frac{\text{Kosten} \times \text{Rest-Gebrauchswert}}{\text{Anfangs-Gebrauchswert}}$$

Dieser Bilanzwert ist nach Schmalenbach ein "relativer" Gebrauchswert. Hier wird die Verwertbarkeit einer Anlage auf die Kosten projiziert. Der (absolute) Gebrauchswert kommt selbst nicht bzw. nur sekundär in Form des niedrigeren Gebrauchswertes zum Ansatz und fungiert in der Regel nur als Kostenverrechnungsschlüssel. Simon errechnet seinen Bilanzwert aber ebenfalls als die Verteilung der durch den Gebrauch der Anlagen entstehenden Wertminderung auf die einzelnen Jahre der Nutzenziehung. Schmalenbachs Behauptung, Simon vertrete "absolute" Gebrauchswerte, ist nicht gerechtfertigt. Wenn Simon vom Gebrauchswert spricht, so will er damit nichts anderes sagen als Schmalenbach, nämlich daß "die Gebrauchsfähigkeit des Gegenstandes für die bilan-

1) Schmalenbach, E.; Dynamische Bilanz, 12.A., S.103

2) ders., ebenda, S.98, 102, 103, 104

3) ders., Grundlagen dynamischer Bilanzlehre, ZfhF 1919, S.24

zierende Unternehmung" maßgebend ist.

Die Verminderung der Gebrauchsfähigkeit einer Anlage kann eine Reihe von Ursachen haben, was die Vielgestaltigkeit der Abschreibungen bedingt. Schmalenbach¹⁾ nennt als Abschreibungsursachen

1. den Verschleiß durch Benutzung,
2. den natürlichen Verschleiß,
3. die Beschädigung,
4. das Veralten durch Erfindungen, Modewechsel und andere Einflüsse,
5. das Schwinden oder die Änderung der Nutzung,
6. den Rechtsablauf.

Die ersten drei Punkte umfassen, das, was man als technische Abnutzung bezeichnet, als den "Zustand" einer Anlage; die anderen ergeben die wirtschaftliche Abnutzung. Diese beiden Größen, die technische und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, bestimmen den Abschreibungsverlauf. Parallel zu deren Minderung durch den Produktionsprozeß muß die Investition liquidiert werden, müssen die Abschreibungen den jeweils hergestellten Produkten bzw. den betreffenden Jahren angelastet werden. Eine Sonderstellung bezüglich der Abschreibungsursachen nimmt Wyder²⁾ ein. Er ist nämlich der Meinung: "Die wirtschaftliche Entwertung ist aber kein Wertverzehr und darf nicht als Abschreibungskosten verrechnet werden." Die wirtschaftliche Entwertung sei aus dem Gewinnzuschlag zu tragen. Eine derartige Auffassung ist abzulehnen, denn jeder Wertverzehr, der nach Art und Höhe vorausehbar ist – und das ist auch bezüglich der wirtschaftlichen Entwertung der Fall, muß als ordentlicher Aufwand einer Periode bzw. als Kosten der Leistungserstellung betrachtet werden.

Obwohl hier von der "Ab"nutzung gesprochen wird, ist für den Abschreibungsverlauf eigentlich die "Aus"nutzung maßgebend. Schmalenbach³⁾ nennt es den "Gegennutzen", Endres⁴⁾ die "Inanspruchnahme der Anlagen durch den Umsatzprozeß", Fischer⁵⁾ "Wertausnutzung" und Schmidt⁶⁾ spricht von dem "Verbrauch an Nutzung". Hoffmann⁷⁾ geht in der Frage der Abschreibung ebenfalls vom "Standpunkt des Nutzenprinzips" aus und Rudolf Fischer⁸⁾ begründet seine Theorie von der Verlustantizipation damit, daß der Verlust auf diejenigen Jahre verteilt werden müsse, die den Vorteil der Benutzung gehabt hätten. Man darf also nicht von einer Abnutzungsvorstellung ausgehen, wie sie beispielsweise Fiedler⁹⁾ (ablehnend) schildert, nämlich daß eine Maschine in den ersten Jahren den gleichen "Gebrauchswert" habe. "Man denke an eine Maschine, die im zweiten Jahre ihrer Arbeit steht. Bei

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12. A., S. 97 ff.

2) Wyder, E.: a. a. O., S. 33

3) Schmalenbach, E.: Über den Zweck der Bilanz, ZfhF 1910/11, S. 386

4) Endres, W.: Die Problematik der abfallenden Abschreibung, ZfhF 1953, S. 116

5) Fischer, G., a. a. O., S. 215

6) Schmidt, F.: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden 1952, S. 248

7) Hoffmann, A., a. a. O., S. 317

8) nach Fiedler, a. a. O., S. 371

9) ders., a. a. O., S. 193

sachgemäßer Behandlung hat sie während dieses zweiten Jahres von ihrer produktiven Leistungskraft wenig oder gar nichts eingebüßt. Bei einer solchen Auffassung würden die Leistungen der Maschine während des zweiten Jahres diesem nicht als Kosten angerechnet; ein späteres Jahr hätte dann mehr Kosten zu tragen.¹⁾ Die Tatsache, daß eine Anlage noch technisch gut "in Schuß" ist, daß sie auch wirtschaftlich noch nicht veraltet ist, darf nicht dazu führen, in den ersten Jahren die Abschreibungen gering zu bemessen und erst später ansteigen zu lassen, dann, wenn die Anlage allmählich unbrauchbar wird. Gerade das Gegenteil trifft zu: weil bzw. wenn die Maschine in den ersten Jahren brauchbarer, ihr Nutzen größer ist, weil die in den ersten Jahren hergestellten Produkte einen höheren Nutzen haben, weil die Anlage technisch leistungsfähiger ist, präziser arbeitet, weniger Reparaturen anfallen oder weil sie neuartig ist, geringere Betriebskosten als andere Maschinen hat, deshalb muß den in den ersten Jahren hergestellten Produkten ein höherer Abschreibungsbetrag angelastet werden als den folgenden. Die von Fiedler geschilderte Auffassung mag ihre Ursache darin haben, daß der Gebrauchswert einer Anlage im Zeitpunkt der Beschaffung grundsätzlich über ihrem Anschaffungswert liegt und daß eine "Abnutzung" so erst in Erscheinung tritt, wenn der Gebrauchswert infolge der Nutzung unter den ursprünglichen Beschaffungswert gesunken ist.

Wenn für die Bemessung der Abschreibung auch die "Aus"nutzung und nicht die "Ab"-nutzung im von Fiedler geschilderten Sinne maßgebend ist, so dürfte es doch nicht richtig sein, letztere wie Fischer²⁾ als "statische" Abschreibung zu bezeichnen. Eine derartige Abschreibungsidee mag gelegentlich in der Praxis auftauchen, in der hier bearbeiteten Literatur ist sie nicht zu finden; nicht einmal Schmalenbach gebraucht den Begriff "Statik" in diesem Sinne, obwohl dieser gerade für ihn eine Art Sammelbegriff für jedwede unrichtige Bewertung ist. Diejenigen Autoren, die von der Literatur als "Statiker" bezeichnet werden, wie Berliner, le Coutre, Nicklisch, Osbahr, Rieger, Simon und andere, sie vertreten die von Fischer "statisch" genannte Abschreibungsvorstellung bestimmt nicht. Als statisch kann man allenfalls wie Hoffmann³⁾ jene Abschreibung nach der Entwicklung der Veräußerungswertes bezeichnen; diese wäre aber gerade stark degressiv, weil, wie auch Ruchti⁴⁾, Scherpf⁵⁾ und Walther⁶⁾ vermerken, sofort eine starke Wertminderung des Verkaufspreises eintritt. Diese Auffassung wird aber von den oben genannten Statikern ebensowenig vertreten. Schließlich setzt auch Simon der Lehre vom Veräußerungspreis die von der Aufwandsverteilung entgegen, so daß es unwahrscheinlich erscheint, daß sich zumindest in der Literatur eine "statische" Auffassung in der von Fischer geschilderten Form herausgebildet hat.

Die Entwicklung der Gebrauchsfähigkeit bestimmt, ob die Abschreibung gleichblei-

1) Fiedler, a.a.O., S.212

2) Fischer, G., a.a.O., S.216

3) Hoffmann, A., a.a.O., S.317

4) Ruchti, H.: Die Abschreibung, C.E.Poeschel Verlag, Stuttgart 1953, S.55, 56

5) Scherpf, O., a.a.O., S.70

6) Walther, A.: Einführung in die Wirtschaftslehre der Unternehmung, 1.Bd.: Der Betrieb, Schultheß & Co, Zürich 1947, S.141

bend, abfallend oder ansteigend verläuft. Dabei brauchen technische und wirtschaftliche Abnutzung nicht gleichgerichtet zu verlaufen; so können die Reparaturen mit zunehmendem Alter steigen, die wirtschaftliche Ab- bzw. Ausnutzung gleichbleiben, vielleicht sogar steigen, z.B. bei absichtlich größer gebauten Anlagen, die auf einen steigenden Bedarf zugeschnitten sind¹⁾. Andererseits wird bei Gebäuden oft die wirtschaftliche Nutzbarkeit eine Degression bedingen, weil diese unpraktisch werden, dem Publikumsgeschmack (Warenhäuser) nicht mehr entsprechen, während die technische Abnutzung ziemlich gleichmäßig verläuft, die wirtschaftliche meist erheblich zu überdauern vermag²⁾. Es kommen aber auch noch die Nutzenvorstellungen des einzelnen Unternehmers bzw. dessen Geschäftsgebarung in Betracht. "Ein Betrieb, der seine Maschinen in der Regel rasch ersetzt, kann entsprechend hohe Abschreibungen vornehmen. Ein Betrieb, der in der Ersatzbeschaffung nachhinkt, muß sich mit niedrigeren Abschreibungssätzen zufrieden geben."³⁾ Hier kommt die Investitions-Liquidationsvorstellung des einzelnen Unternehmers, der Soll-Charakter der Abschreibungen, deutlich zum Tragen.

Für die Wahl des Abschreibungsverfahrens sind mehrere Einflüsse bestimmend. Deshalb meint auch Walb⁴⁾: "Im ganzen ergibt sich, daß es ein allein richtiges Abschreibungsverfahren nicht gibt, sondern daß dies sich nach der Art der Gebrauchsgüter und des Betriebes, in dem sie Verwendung finden, zu richten hat." Fiedler⁵⁾ steht auf dem gleichen Standpunkt. Einige Autoren sind jedoch anderer Meinung; sie halten lediglich eine gleichmäßige Abschreibung für richtig. Walther⁶⁾ lehnt die degressive Abschreibung deshalb ab, weil er sie mit dem Gedanken an den raschen Abfall des Veräußerungswertes einer Anlage verbindet. Damit dürfte aber seit Simon kein vernünftiger Betriebswirt die degressive Abschreibung jemals begründet haben. Schmalenbach⁷⁾, der sich wohl besonders für die degressive Abschreibung einsetzt, begründet diese bereits 1908 mit der Veränderung der Leistungsfähigkeit; gleichmäßige, sinkende, steigende Leistungsfähigkeit haben jeweils einen entsprechenden Abschreibungsverlauf zur Folge. Walther kann die Ablehnung der degressiven Abschreibung unmöglich an eine derart antiquierte Bewertungsidee anknüpfen, sie die vom Veräußerungspreis ist. Als praktischen Einwand bringt Walther, daß man jede Anlage nicht nur nach ihrer Art, sondern auch nach ihrem Alter jedes Jahr verschieden abschreiben müßte. Nichts hindert aber daran, Anlagegruppen kollektiv degressiv abzuschreiben. Die Abschreibung würde sich hier nach Schmalenbach⁸⁾ auf den durchschnittlichen Stand der Zugänge stellen, falsch gewählte Abschreibungssätze von selbst korrigieren. Schließlich ist die Abschreibung vom Buchwert, die ja eine degressive Wirkung hat, schon lange Brauch, und sie wurde früher mangels einer Anlagenkartei auch kollektiv auf den

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.120

2) ders., ebenda, S.105

3) Kosiol, E.: Anlagenrechnung, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr.Th.Gabler, Wiesbaden 1955, S.243, 244

4) Walb, E.: Die Erfolgsrechnung privater und öffentlicher Betriebe, Spaeth & Linde, Berlin 1926, S.195

5) Fiedler, F., a.a.O., S.229

6) Walther, A., Wirtschaftslehre I, S.141, 142

7) Schmalenbach, E.: Die Abschreibung, ZfhF 1908/09, S.83

8) ders., Dynamische Bilanz, 12.A., S.115 ff.

gesamten Anlagenbestand vorgenommen. Gerade die Anlagenkartei ermöglicht aber heutzutage eine detaillierte Abschreibung. Nur vier Seiten später sagt Walther¹⁾ selbst: "...die Hauptsache ist, daß uns eine sorgfältig geführte Anlagenkartei den nötigen Aufschluß gibt und sowohl die Anschaffungswerte, die jährlichen Abschreibungsbeträge, wie die Restwerte aller einzelnen Teile des Anlagevermögens ausweist". Walthers Auffassung, die gleichbleibende Abschreibung "aus theoretischen wie praktischen Gründen" für richtig zu halten, ist nicht stichhaltig.

Ebenfalls grundsätzlich für die lineare Abschreibung tritt le Coutre²⁾ ein, mit der Begründung: "Es ist doch nicht vertretbar, daß die verschiedenen Käufer in den einzelnen Jahren für die gleichen Erzeugnisse, die für ihre Herstellung stets den gleichen Aufwand erfordern, ganz unterschiedliche Preise (!) zahlen sollen". An anderer Stelle meine le Coutre³⁾, man könne bei einer Ware, die man Jahr für Jahr gleichmäßig produziere, den Preis schwerlich durch eine andere Abschreibungsquote ändern. Auch Schmidt⁴⁾ vertritt gelegentlich diese Ansicht: "Es ist nicht einzusehen, warum ein Produkt der Maschine aus dem ersten Betriebsjahr mehr kosten soll, als ein solches aus dem letzten". Abgesehen davon, daß sich die Preispolitik auch unabhängig von der Entwicklung der Kosten bewegen kann — die Unternehmung muß nicht zu Selbstkostenpreisen verkaufen —, ließen sich jedoch viele Beispiele dafür bringen, daß die gleichen Produkte zu verschiedenen Preisen abgesetzt werden, daß neuartige Erzeugnisse höhere Preise haben, alte geringere. Schließlich ist es auch nicht immer der Betrieb, der die Preise bestimmt, sondern der Markt. Fallen die Erlöse für die Betriebsprodukte im Laufe der Nutzung einer Anlage, so muß diese wirtschaftliche Abnutzung auch in einem entsprechend degressiven Abschreibungssatz zum Ausdruck kommen. Steigen die Betriebskosten der Anlage absolut durch Reparaturen oder relativ durch die technische Entwicklung, schwindet das Wertgefälle ebenfalls. Die Produkte, die den Vorteil einer günstigeren Arbeitsweise der Anlage hatten, müssen diesen Nutzen auch als Kosten tragen. Mit steigendem Alter der Anlage können die Erzeugnisse oft gar nicht mehr dieselben Abschreibungen tragen wie zu Beginn. Schmalenbach⁵⁾ ist mit Recht der Ansicht, daß bei der großen Mehrzahl der Anlagegegenstände die Gebrauchsfähigkeit größer ist, wenn sie neu sind. Ja sogar die Steuerbehörde hat sich in letzter Zeit dazu entschlossen, die degressiven Abschreibungen zuzulassen. Im übrigen bringt le Coutre⁶⁾ die degressive Abschreibung, wie Walther, in Zusammenhang mit dem sofort stark sinkenden Verkaufspreis und sieht darin einen weiteren Grund, diese Methode abzulehnen.

Ebenfalls "vollkommen unabhängig von der Leistungsfähigkeit, von der Inanspruchnahme der Anlage", möchte Werner⁷⁾ die Abschreibung sehen. Er geht von der Vor-

1) Walther, A., Wirtschaftslehre I, S.145

2) Le Coutre, W., Bilanzkunde, 4.A., S.134

3) ders., Abschreibung, HdB 2.A., Stuttgart 1938, Sp. 53

4) Schmidt, F.: Betriebswirtschaftslehre, S.246

5) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.105

6) Le Coutre, W., Bilanzkunde, 4.A., S.134

7) Werner, F.: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 2.Bd., Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 1925, S.42

aussetzung aus, daß die Anlage "vom Anfang bis zum Ende gleich leistungsfähig sein muß, weil sie sonst ihren Zweck nicht erfüllt". Auch die Aufwendungen zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit (Reparaturen) sollen keinen Einfluß auf die Abschreibungen haben. Diese Ansicht ist aus den bereits genannten Gründen ebenfalls abzulehnen.

Einen Einwand gegen die degressive Abschreibung in geometrischer Form erwähnt Schmalenbach¹⁾ selbst: die Gebrauchsfähigkeit von Anlagen sinkt oft nicht sofort, sondern bleibt eine Reihe von Jahren ziemlich gleich, um dann rasch zu sinken. Schmalenbach hält diesen Einwand für begründet, will ihm aber nicht stattgeben, da sonst für jeden Fall eine besondere Abschreibung gefunden werden müßte und Unsicherheit und Willkür einen breiteren Spielraum hätten als bei gleichmäßiger Degression.

Diese Begründung Schmalenbachs muß man nicht unbedingt akzeptieren. Worin soll denn die "Unsicherheit" oder gar die "Willkür" bestehen? Letztere wäre wohl eher darin zu suchen, daß man eine formelmäßige Abschreibung anwendet, obwohl damit die Entwicklung der Gebrauchsfähigkeit einer Anlage nicht getroffen wird. Rudolph²⁾ hat nicht unrecht, wenn er bemerkt: "Formeln verleiten m.E. zum schematischen Rechnen, statt das in der Betriebswirtschaft notwendige Werten in den Vordergrund zu stellen." Sicher: die bei der Abschreibung vorhandenen Toleranzen sind ganz erheblich; jenseits einer gewissen Grenze verliert die Genauigkeit eines Abschreibungsverfahrens ihren Sinn. Das bedeutet aber nicht, daß man grundsätzlich mathematische Bewertungsformel vorzuziehen hat, zumal wenn über einen abweichenden Verlauf der tatsächlichen Gebrauchsfähigkeit Klarheit herrscht. Schließlich möchte Schmalenbach³⁾ beispielsweise Erneuerungskosten mit der Begründung degressiv verteilen, daß dies der Leistungsfähigkeit am besten entspräche und andernfalls eine "schlechte Aufwandrechnung" entstehe. Um eine schlechte Aufwandrechnung handelt es sich aber auch dann, wenn eine mathematische Formel aus "Sicherheitsgründen" der tatsächlich zu vermutenden Entwicklung der Leistungsfähigkeit einer Anlage vorgezogen wird.

In der Frage der Bemessung von Abschreibungen wurde bisher noch der Einfluß schwankender Beschäftigung außer acht gelassen. Am augenfälligsten tritt dieser Einfluß zutage bei der Abschreibung nach Maßgabe der Beanspruchung, wie es Schmalenbach⁴⁾ nennt. Sie kommt dort zur Anwendung, wo gegenüber dem Verschleiß durch Benutzung alle anderen Einflüsse zurückstehen. Im allgemeinen, meint Schmalenbach, sind diese Fälle ziemlich selten, so daß eine Abschreibung nach Beanspruchung nicht häufig anzutreffen ist. In der Regel wird nach Zeit abgeschrieben. Das hat aber den Nachteil, daß der Einfluß des Beschäftigungsgrades grundsätzlich unberücksichtigt bleibt. Deshalb sind z.B. Kosiol⁵⁾ und Ruchti⁶⁾ der Meinung, schwankende Beschäftigung könne bzw. solle durch wechselnde Abschreibungssätze berücksichtigt werden.

1) Schmalenbach, E., Grundlagen, 1.A., S.59
ders., Dynamische Bilanz, 12.A., S.114

2) Rudolph, K.: Bewertung von Anlagegegenständen, ZfB 1952, S.424

3) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.117

4) ders., ebenda, S.101 ff.

5) Kosiol, E., Kalkulatorische Buchhaltung, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr.Th. Gabler, Wiesbaden 1950, S.154

6) Ruchti, H., a.a.O., S.52

In der Praxis werden die Abschreibungen sehr häufig nach dem Geschäftsergebnis ausgerichtet. In guten Jahren wird viel, in schlechten Jahren wird wenig abgeschrieben. Selbst Rudolf Fischer¹⁾ hält dies Verfahren für richtig, obwohl gerade er vom Gedanken einer gleichmäßigen Verteilung des Aufwandes ausgeht. Während Walb²⁾ dies Verfahren wegen des Aufwandscharakters der Abschreibungen für unrichtig hält, ist in neuerer Zeit Ruchti³⁾ der Ansicht, daß diese Methode "gar nicht so schlecht" sei, denn gerade erst die Abschreibung nach der Beanspruchung belaste die einzelnen Jahre gleichmäßig. Ebenso meint Hoffmann⁴⁾, daß in einer Periode starker Beschäftigung eine größere Abschreibung angezeigt sei, als in einem Depressionsjahr.

Als maßgebende Abschreibungsursache wurde die Entwicklung der Gebrauchsfähigkeit einer Anlage bezeichnet. Das bedeutet in diesem Fall, daß eine Variierung der Abschreibung gemäß den Schwankungen des Beschäftigungsgrades nur dann zu erfolgen hat, wenn und insoweit diese die Entwicklung der Gebrauchsfähigkeit beeinflussen; es handelt sich hier lediglich um die technische Abnutzung. Eine Veränderung der durch Verschleiß bedingten Abnutzung entsteht aber meist nur bei erheblichen Veränderungen des Beschäftigungsgrades, beispielsweise bei Einführung einer zweiten oder dritten Schicht oder durch zeitweises Stillliegen des Betriebes. In diesen Fällen wird man die Abschreibungen in technische und wirtschaftliche aufspalten und erstere variieren⁵⁾.

Die Tatsache allein, daß eine bessere oder schlechtere Beschäftigung, ein besseres oder schlechteres Jahr vorlag, darf nicht ohne weiteres zu einer Variation der Abschreibungsätze führen. Insofern ist eine Bemessung der Abschreibung nach dem Gewinn doch schlecht. Ein gutes Jahresergebnis muß nicht eine stärkere (technische) Abnutzung bzw. Minderung der Gebrauchsfähigkeit der Anlagen bedingen. Die durch Schwankungen des Beschäftigungsgrades erzielte bessere oder schlechtere Deckung (Ausnutzung) des fixen Abschreibungsaufwandes soll ja gerade im Jahresergebnis als Erfolg zum Ausdruck kommen. Abschreibungen aus dem Jahresgewinn richten sich meist nicht nach der stärkeren oder schwächeren Inanspruchnahme der Anlagen durch den Umsatzprozeß, sondern nach der Höhe des Gewinnes. Wenn beispielsweise der Umsatz eines Kaufhauses aus irgendwelchen Gründen außerordentlich gut war, wird die technische Abnutzung der Baulichkeiten kaum wesentlich beeinflußt werden. Eine Veränderung des Beschäftigungsgrades allein ist noch keine Ursache zur Variierung der jährlichen Abschreibungsquoten.

Wenn hier der Einfluß des Beschäftigungsgrades als Abschreibungsursache nur bedingt anerkannt wird, mag das insofern als ein Widerspruch erscheinen, als oben eine Anlehnung des Abschreibungen an den Beschäftigungsgrad sehr wohl für richtig gehalten wurde, nämlich dann, wenn sich der Umsatz und damit die Ausnutzung einer Anlage erst allmählich einspielt (progressive Abschreibung) oder am Ende der Lebensdauer stark abnimmt (Degression). Hier handelt es sich aber um einen Einfluß, der von vornherein die Vorstellung des Unternehmers von der Liquidation seiner Investitionen be-

1) nach Fiedler, a.a.O., S.372

2) Walb, E., Betriebswirtschaftslehre, S.100

3) Ruchti, H., a.a.O., S.64

4) Hoffmann, A., a.a.O., S.324

5) Fischer, G., a.a.O., S.217

einflußt, weshalb er eine entsprechende Bewertung der wirtschaftlichen Ab- bzw. Ausnutzung vornimmt. Konjunkturelle Schwankungen des Beschäftigungsgrades sind aber ein Korrelat des Unternehmerrisikos, sie müssen auch hier als Erfolg zum Ausdruck kommen und beeinflussen die Abschreibungen nur insoweit, als sie eine erhebliche Veränderung der technischen Wertminderung bedingen.

Schmalenbach¹⁾ erwähnt hinsichtlich der "Aufwandserfassung aus Vorleistungen" zwei Methoden: die Aufwandserfassung a priori, d.h. die Abschreibung, und die Aufwandserfassung a posteriori, das ist die Befundrechnung, die Inventur. Schwankungen des Beschäftigungsgrades sind nun nur durch Befund zu erfassen. Wie Schmalenbach an einem "Walzenbeispiel" demonstriert, schwankt der Walzenverbrauch je nach Beschäftigungsgrad, was auch in der Erfolgsrechnung zum Ausdruck kommen sollte, aber nur durch Befund zu ermitteln sei. Die "gelegentliche Konkurrenz von Abschreibungsverfahren und Befundverfahren" verschafft nun Schmalenbach einiges Unbehagen, weil die Befundrechnung zwar den Einfluß des Beschäftigungsgrades berücksichtigt, aber nicht, wie das Abschreibungsverfahren, Momente des zufälligen Verschleißes ebenso wie die Sorgfalt und Stimmung des Schätzers ausgleiche. Zwar unterliege die Lebensdauerschätzung ebenfalls Fehlern, diese wirkten aber auf die von Schmalenbach so hoch gehaltene Vergleichbarkeit der Erfolgsrechnung nicht so stark ein. Dies Dilemma der Aufwandserfassung ist nach Schmalenbach nur am praktischen Fall zu lösen.

Es ist natürlich klar, daß der Beschäftigungsgrad nur a posteriori festgestellt werden kann. Dies hindert aber nicht, das Ausmaß der jeweiligen Verbrauchsabweichung a priori zu bestimmen. Auf Grund von Erfahrungen kann man für gewisse Beschäftigungsstufen den zugehörigen durchschnittlichen Walzenverbrauch ermitteln und diesen in der Anlagenkartei vermerken. Man muß dann am Jahresende nicht den Walzmeister in das Walzenlager schicken, um die Verbrauchsabweichung festzustellen, sondern man ermittelt diese als durchschnittliche, die Zufälligkeiten unberücksichtigt lassende Größe auf Grund des jährlichen Beschäftigungsgrades (Tonnen gewalztes Eisen, u.U. auch Berücksichtigung der Auftragszusammensetzung) der Walzstraße. Auf diese Weise lassen sich die Bedenken, die Schmalenbach vom "dynamischen" Standpunkt gegenüber der Befundrechnung bzw. der Variierung der Abschreibungen gemäß den Schwankungen der Beschäftigung hat, beseitigen. Es mag erwähnt werden, daß die Ermittlung des durchschnittlichen, auf Einflüsse des Beschäftigungsgrades und der Auftragszusammensetzung zurückzuführenden Verbrauchs ein wesentliches Anliegen der Plankostenrechnung ist, wenn auch hier gerade deswegen, um jene "Zufälligkeiten" des Verbrauchs zu kontrollieren.

Ruchti²⁾ erwähnt als Vorteil der degressiven Abschreibungen, daß dem Betrieb mehr liquide Mittel zu einem früheren Zeitpunkt zur Verfügung stehen und eine entsprechend günstigere Anlagen- bzw. Investitionspolitik ermöglichen. Es ist natürlich klar, daß Finanzierungsmittel, die zu einem früheren Zeitpunkt verfügbar sind, größere wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnen. Dieser "Vorteil" darf jedoch keinen Einfluß auf die Wahl des Abschreibungsverfahrens haben; man kann den Eindruck gewinnen, daß Ruchti deswegen der degressiven Abschreibung einige Sympathien entgegenbringt. Weder sind aber der

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.70 ff.

2) Ruchti, H., a.a.O., S.65 ff.

Bedarf an liquiden Mitteln und die Kapitalarmut einer Unternehmung als Abschreibungsursachen anzusehen, noch haben Abschreibungen direkt etwas damit zu tun, ob dem Betrieb mehr oder weniger Mittel für seine Anlagenpolitik zur Verfügung stehen. Was dem Betrieb an liquiden Mitteln zur Verfügung steht, das bestimmt in erster Linie der Markt, der erzielbare Preis, nicht das Abschreibungsverfahren. Wenn der Markt günstig gesinnt ist, so bekommt der Betrieb die Mittel, ganz gleich welche Abschreibungen er vornimmt.¹⁾ Dann ist es aber eine Frage der Unternehmungspolitik, ob die tatsächlichen Gewinne ausgeschüttet oder als Rücklagen zur Verstärkung des Betriebskapitals in der Unternehmung belassen werden. Mit der Frage der Abschreibung hat das nichts zu tun; diese haben lediglich die Wertminderung der Anlagen als tatsächlichen Aufwand zu erfassen.

Abschreibungen werden nach der Entwicklung der Gebrauchsfähigkeit, des Gebrauchswertes einer Anlage bemessen. Wenn auch der Gebrauchswert selbst nur sekundär in Ansatz kommt und meist nur als Kostenverrechnungsschlüssel fungiert, so mag es doch als Widerspruch erscheinen, daß Anlagen auf Erinnerungswerte abgeschrieben sind und trotzdem noch im Betrieb arbeiten. Wenn eine Großbank ihre seit Jahren voll abgeschriebenen Buchungsmaschinen ausrangiert, weil sie den erhöhten Ansprüchen nicht mehr gewachsen sind, weil neue Maschinen inklusive angemessener Abschreibungen besser und billiger arbeiten, so wird es unter Umständen eine kleinere Bank geben, die diese Maschinen erwirbt, weil hier die Anzahl der Buchungsfälle geringer ist, hier die Maschinen noch rentabel zu arbeiten vermögen. Auch bei weit weniger mobilen Anlagegegenständen, wie z.B. Papiermaschinen, kann das der Fall sein. Papiermaschinen haben zwar eine ziemlich zähe Lebensdauer, weil man ihre Kapazität lange Zeit durch Verbesserungen einzelner "Partien" erweitern kann, schließlich landen aber auch sie einmal auf dem Schrotthaufen. Einem Werksleiter mag die Maschine hierfür aber immer noch zu schade sein und er erwirbt sie als Grundlage einer eigenen Papierfabrik. Man wird zwar nur mehr geringwertige Papiersorten (Packpapier) herstellen können, aber die Papiermaschine kann hier wieder rentabel arbeiten, der neue Inhaber Gewinn erzielen, und wahrscheinlich überlebt die schon auf dem Schrotthaufen gelandete Papiermaschine ihren "Erretter" noch um ein Beträchtliches.

Obwohl jene alten Anlagen in der Bilanz des ersten Betriebes bereits auf Erinnerungswerte abgeschrieben waren, ja obwohl sie sogar als unrentabel ausrangiert wurden, haben sie offenbar noch einen nicht unwesentlichen wirtschaftlichen Wert. Die Tatsache, daß Maschinen in anderen Betrieben noch einen Wert haben, darf nicht dazu verleiten, in der Bewertung zu Erinnerungswerten einen Widerspruch zu erblicken. Für die Großbank, für die (Schreib-) Papierfabrik sind diese Anlagen ausrangierbedürftig, in ihren Bilanzen müssen die Kostenwerte getilgt, die Investitionen hereingewirtschaft-

1) Als Einwand gegen den hier dargelegten Gedanken ließe sich vorbringen, daß bei LSP-Kostenerstattungspreisen der Zeitpunkt, zu welchem Finanzierungsmittel zur Verfügung stehen, durch degressive Abschreibungen, die im Widerspruch zum effektiven Wertverzehr stehen, sehr wohl vorverlegt werden kann. Nur ist es aber gerade der Zweck von Kostenerstattungspreisen, eine derartige Preispolitik durch eine Bindung an den tatsächlichen Wertverzehr zu verhindern. Das gleiche gilt in steuerlicher Hinsicht.

ter sein, für sie haben die Anlagen keinen Nutzen, keinen Wert mehr. Abgeschrieben werden die Anlagen nach der Investitions-Liquidationsvorstellung jedes einzelnen Betriebes. Mit der Schätzung des Endes der Lebensdauer einer Anlage setzt der Unternehmer den Zeitpunkt fest, zu dem spätestens das investierte Kapital wieder verflüssigt sein muß, was den Sollcharakter der Abschreibungen ergibt. Da die Anlage im Rahmen ihrer Gebrauchsfähigkeit abgeschrieben werden muß und deshalb der Kostenrestwert ständig unter dem Gebrauchswert liegen soll, besitzt die Anlage auch meist noch in dem Zeitpunkt einen Gebrauchswert, in dem sie voll abgeschrieben ist. Sie hat noch einen "Wert", einen Gebrauchswert. Die Erlöse übersteigen noch die Kosten (Null), wie das auch, solange noch Abschreibungen gemacht wurden, ständig der Fall war. Der Gebrauchswert mußte bereits im Zeitpunkt der Beschaffung höher sein als der Kostenwert. Nicht immer ist es aber der Fall, daß eine noch in Betrieb befindliche, auf Erinnerungswerte abgeschriebene Anlage einen Gebrauchswert, das heißt einen positiven Wert hat. Manche Anlagen müßte man von diesem Standpunkt aus eher passivieren. Um eine unrentable Anlage ersetzen zu können, müssen auch entsprechende Mittel vorhanden sein. Soweit jedoch der Gebrauchswert den Erinnerungswert einer Anlage übersteigt, handelt es sich nicht um eine unkorrekte Bewertung, wenn man von absichtlichen Bewertungsfehlern absteht. Der Gebrauchswert der Anlage soll ständig über ihrem Kostenrestwert liegen. Erinnerungswerte besagen nur, daß das investierte Kapital liquidiert ist. Höhere Gebrauchswerte sind eine Ertragschance, ihre Liquidation Gewinn. Daß sie in einer Bilanz nicht zum Ansatz kommen dürfen, wurde weiter oben schon besprochen.

2. Die Zinseszinsabschreibung

Es wurde die Auffassung vertreten, daß grundsätzlich jedes Abschreibungsverfahren zu billigen ist, wenn es die Minderung der Leistungsfähigkeit einer Anlage weisungsgerecht erfaßt. Gegen eine Form der Abschreibung allerdings müssen starke Bedenken geltend gemacht werden, weil sie mit dieser Grundvoraussetzung nicht in Einklang zu bringen ist. Es handelt sich um die sogenannte Zinseszinsabschreibung. Sie wird von Schmalenbach¹⁾ schon in der ersten Auflage seiner Dynamischen Bilanz und auch noch in der zwölften Auflage vertreten. Schmidt²⁾ behandelt sie ebenfalls sehr ausführlich; deshalb soll die Kritik dieser Methode an diesen beiden Autoren ausgerichtet werden.

Schmidt begründet die Notwendigkeit der um die ersparten Zinsen steigenden Abschreibung mit ihrer Auswirkung sowohl auf die Erfolgs- als auch auf die Kostenrechnung bzw. Preispolitik. Wird für eine Anlage auf Grund der Entwicklung der Gebrauchsfähigkeit ein linearer Abschreibungssatz als angemessen erachtet, so steigen die Gewinne laufend, weil die Zinsbelastung der Anlage ständig abnimmt, das liquidierte Kapital an anderer Stelle im Betrieb genutzt werden kann. Schmidt³⁾ sieht darin eine Ursache für die anfangs geringfügigen Gewinne neugegründeter Unternehmungen und meint: "Da es an sich schon genügend Ursachen gibt, die den Gewinn junger Unternehmen beeinträchtigen, so liegt schwerlich Grund vor, ihn auch noch durch die Art der Berechnung von Abschreibungen kleiner erscheinen zu lassen, als er ist." "Der Verkäufer der Waren wird also in den ersten Abschreibungsjahren glauben, daß er wenig rentabel arbeite, und in den letzten Abschreibungsjahren kann er dem Wahne verfallen, besondere Leistungen zu erzielen, während die Verschiebung der Gewinn-

1) Schmalenbach, E., Grundlagen, 1.A., S.75

ders., Dynamische Bilanz, S.121 ff.

2) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.201 ff.

3) ders., ebenda, S.203

spanne nur der Ausfluß der verschiedenen Belastung der einzelnen Jahre mit Abschreibung + Zins ist."¹⁾ "Jedenfalls kann nicht durch die Abschreibungsmethode eine gute oder schlechte Konjunktur vorgetäuscht werden, die in Wirklichkeit gar nicht besteht."²⁾ Schmidt³⁾ kommt so zu dem Schlusse, "daß nur die um ersparte Zinsen steigende Abschreibung imstande ist, die Abschreibungsbeträge auf die einzelnen Nutzungsjahre so zu verteilen, daß jedes Jahr imstande ist, bei gleichbleibenden Absatzverhältnissen auch gleichbleibende Gewinne zu erzielen."

In der Frage der Kostenrechnung argumentiert Schmidt⁴⁾ dementsprechend: "(Die übliche) Art der Abschreibungsberechnung (würde) bedeuten, daß Unternehmen mit neuen Maschinen und Gebäuden mit wesentlich höheren Kosten arbeiten als andere, deren Anlagen in der Abschreibung schon wesentlich weiter fortgeschritten sind." "(Es) ergibt sich daraus mit Notwendigkeit die Aufgabe, die Abschreibungsquoten zuzüglich Zins auf den Anlagenwert so auf die einzelnen Gebrauchsjahre zu verteilen, daß jedes Jahr die gleichen Kosten zu tragen hat. Es wäre unlogisch, die Produkte der gleichen Anlage in verschiedenen Jahren ihrer Benutzung mit verschiedenen hohen Kosten zu belasten, denn in den Jahren höherer Belastung wäre die Unternehmung mit ihren Preisen sehr erheblich weniger konkurrenzfähig, als in den Jahren geringerer Kostenbelastung."⁵⁾ "Es ist zu beachten, daß die hier dargestellte Abschreibungsmethode besonders für die Preispolitik von Bedeutung ist."⁶⁾

Schmidt und Schmalenbach haben recht, wenn sie eine stärkere tatsächliche Belastung der Erfolgs- und Kostenrechnung in den ersten Jahren konstatieren. Die Kosten sind offensichtlich deshalb höher, weil Kapital notwendigerweise brachliegen muß. Eine Anlage, die eine Lebensdauer von 10 Jahren hat, bedingt, daß im ersten Jahr 9/10 des Kapitals nicht genutzt werden können. Dies brachliegende Kapital bringt sozusagen "verlorene" Kosten, Kosten, die der Natur der Sache wegen nicht genutzt werden können. In den späteren Jahren bestehen diese Kapitalkosten zwar auch noch, jetzt aber hat sich ein immer größerer Teil des Kapitals verflüssigt und kann selbständig genutzt werden. Die Gesamtkosten des Kapitals bleiben nach wie vor die gleichen, aber die Erträge können steigen. Es ist deshalb auch völlig richtig, wenn in den späteren Jahren steigende Gewinne auftreten. Dies ist das Zeichen einer besseren Nutzung des Kapitals, zu der früher keine Möglichkeit bestand.⁷⁾ Schmidt hat unrecht, wenn er meint, dem Unternehmer werde jetzt eine Konjunktur vorgetäuscht. Eine Konjunktur besteht nicht, aber die Gewinne steigen effektiv, weil mit dem Kapital wirtschaftlicher gearbeitet werden kann. Über die Höhe des hierbei zu erzielenden Gewinnes läßt sich jedoch nichts aussagen.

1) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.204

2) ders., ebenda, S.217

3) ders., ebenda, S.219

4) ders., ebenda, S.203

5) ders., ebenda, S.202

6) ders., ebenda, S.216

7) Bei Vorliegen sog. Pacht- oder Betriebsgesellschaften steigen die Gewinne bei der Muttergesellschaft.

Man betrachte nun die Wirkung der von Schmidt und Schmalenbach vorgeschlagenen Zinseszinsabschreibung auf die Erfolgsrechnung. Man nehme als Beispiel an, eine Unternehmung investiere ihr gesamtes Eigenkapital von 10 000.- in eine Maschine, die mit 10 % abzuschreiben wäre; das Eigenkapital sei mit 5 % zu verzinsen, der Zinsaufwand beträgt demzufolge jährlich 500.-. Was steht nun jährlich in der Erfolgsrechnung? Das ist diese Summe der Eigenkapitalzinsen und die auf Grund der Minderung der Gebrauchsfähigkeit der Anlage als tatsächlicher Aufwand erachteten Abschreibungen. Da diese linear vorgenommen werden sollen, ist die Erfolgsrechnung jährlich mit dem gleichen Aufwand belastet. Eine Zinseszinsabschreibung würde in diesem Falle einen progressiven Abschreibungssatz ergeben, was zur Folge hätte, daß der Gesamtaufwand jährlich zunähme, denn das Eigenkapital muß weiterhin verzinst werden, ganz unabhängig davon, in welchen konkreten Vermögensteilen es investiert ist. Eine derartige Aufwandsdarstellung entspricht aber nicht den tatsächlichen Verhältnissen; da die Anlagen, wie angenommen, gleichmäßig abgenutzt werden, müssen sie auch linear abgeschrieben werden. Jenseits der Überlegung, die Schmalenbach und Schmidt anstellen, nämlich daß die den Produkten zuzurechnenden Kostenquoten gleich sein sollen, muß die Erfolgsrechnung die tatsächlichen Aufwände ausweisen. Die Frage der Zinsbelastung ist allenfalls auf dem Gebiet der Kalkulations- und Preispolitik, keinesfalls aber auf dem Sektor der Aufwandsrechnung zu erörtern. Daß neugegründete Unternehmungen niedrigere Gewinne ausweisen, liegt in der Natur der Sache, nicht in der Art der Berechnung der Abschreibungen, wie Schmidt meint. Die Anlagen werden tatsächlich gleichmäßig genutzt; die Erfolgsrechnung darf hier nicht günstiger rechnen, als es den Tatsachen entspricht, sonst erzeugt sie gerade den Nebel, den Schmidt vermeiden will. Die später günstigere Gewinnlage wird nicht nur vorgetäuscht, sie ist effektiv vorhanden. Sollten die allmählich ansteigenden Gewinne den Unternehmer in Unkenntnis der Sachlage in falsche Vorstellungen wiegen, so ist es gewiß nicht Sache der Erfolgsrechnung, ihn davor zu bewahren.

Schmalenbach¹⁾ geht ebenfalls von der Vorstellung aus, daß eine gleichmäßige Belastung der Gebrauchsjahre mit Abschreibungen und Zinsen wünschenswert sei, sonst "wären die ersten Jahre zu stark, und die letzten, welche die Hauptnutznieser der Zinsen sind, zu schwach belastet." Die für das Eigenkapital zu verrechnenden Zinsen kümmern sich aber herzlich wenig darum, in welcher Form das Kapital investiert wurde und wieviel Erträge es dort erbringt. Der Zinsaufwand beträgt in jedem Jahre 500.-. Eine Zinseszinsabschreibung würde – abgesehen davon, daß sie den tatsächlichen Verhältnissen nicht Rechnung trägt – genau das Gegenteil gleichmäßiger Aufwandsverteilung, nämlich einen steigenden Gesamtaufwand bedeuten. Die tatsächlich steigenden Gesamterträge sind aber noch lange kein Grund, auch den Gesamtaufwand ansteigen zu lassen.

Obwohl die Zinseszinsabschreibung vom Standpunkt der Erfolgsrechnung aus abzulehnen ist, müßte doch gerade dem "Dynamiker" Schmalenbach eine andere Begründung nahelegen. Schmalenbach sieht in der Erfolgsrechnung doch vornehmlich eine Kontrolle der Wirtschaftlichkeit, er will erkennen, ob es bergauf oder bergab geht. Nicht weil, wie Schmidt meint, der Unternehmer möglicherweise dem Wahne verfallen könnte, immer wirtschaftlicher zu arbeiten, wäre der Einfluß der Kapitalverflüssigung zu eliminieren, sondern deshalb, weil Schmalenbach die Erfolgsziffer von vorneherein als Wirtschaftlich-

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12. A., S. 122

keitszahl gestaltet sehen will. In der Veränderung der Erfolgsziffer sollen nur die Veränderung der Wirtschaftlichkeit des (technischen) Betriebs zum Ausdruck kommen; alle anderen Einflüsse auf die Höhe des Gewinns sollten nur auf mehrere Jahre verteilt im Jahresgewinn in Erscheinung treten. Deshalb müßte Schmalenbach eigentlich der Meinung sein, daß die Zinseszinsabschreibung, wenn überhaupt, so aus Gründen der Wirtschaftlichkeitskontrolle zu fordern wäre o b w o h l sie sachlich unrichtig ist. Gerade die Begründung, die absolute Richtigkeit der Vergleichbarkeit unterzuordnen, bringt Schmalenbach aber nicht, wo sie doch die einzig akzeptable wäre. Aber selbst in diesem Falle wäre immer noch zu fragen, warum man ausgerechnet die Abschreibungen verstümmeln muß, wenn man die Eigenkapitalzinsen verteilen will, noch dazu, wo letztere ein elastischer Kosten- bzw. andererseits ein Gewinnbestandteil sind!

Diese zuletzt angeführten Argumente sind auch Anlaß dafür, die Zinseszinsabschreibung vom Standpunkt der Kalkulation aus ebenfalls abzulehnen. Genau genommen handelt es sich um eine Frage der Kalkulations- bzw. Preispolitik, nicht um eine der Kostenrechnung, d.h. der Ermittlung der tatsächlichen Selbstkosten. Diese sind in den ersten Jahren tatsächlich höher. Schmalenbach und Schmidt vertreten eine Verteilung der Zinsen gleichmäßig auf alle Produkte. Diese Begründung, die hergestellten Produkte müßten alle die gleichen Kosten tragen, wurde bereits einmal bei le Coutre angegriffen. Man kann ohne Zweifel so verfahren, wenn es sich um eine Frage der Preispolitik und nicht der Ermittlung der tatsächlichen Selbstkosten handelt. Ebenso hat aber die Vorstellung Berechtigung, daß die höheren Zinskosten auch von den Produkten getragen werden müssen, die sie auslösen. Anlagen haben notwendigerweise eine Lebensdauer, notwendigerweise liegen bis zum letzten Jahr Kapitalteile brach. Man kann deshalb ebenso der Auffassung sein, daß der Käufer der Betriebsprodukte in den einzelnen Jahren auch die jeweils tatsächlich entstehenden Kosten zu vergüten hat.

Man kann über die Verteilung der Zinsen streiten; der Zinsen, aber nicht der Abschreibungen. Die Abschreibungen bestimmen sich nach der Minderung des Gebrauchswertes. Wenn man die Zinsen verteilen will, so soll man es tun, aber wozu muß man dann die Abschreibungen verändern? Steigt etwa mit der Abnahme der Zinsen die Abnutzung der Anlage? Was haben die Abschreibungen damit zu tun, daß infolge notwendigerweise ungenutzter Kapitalteile der Gewinn der Unternehmung geringer ist, warum müssen ausgerechnet sie die ungünstige Zinsbelastung ausgleichen? Mit vollem Recht ist Endres¹⁾ der Ansicht: "Die Zinsen hängen zwar insofern von den Abschreibungen ab, als sie vom Anlagenrestwert berechnet werden und dieser von den Abschreibungen beeinflusst wird. Aber die Zinsen sind keine Abschreibungsursache und können daher, wenn man die Verteilung der Abschreibungen nach ihrer Verursachung für richtig hält, nicht die Abschreibungen beeinflussen." Auch Ottel²⁾ ist der Ansicht, Anlagenverbrauch und deren Verzinsung hätten nichts miteinander zu tun und dürften nicht gekoppelt werden. Hoffmann³⁾ und Fischer⁴⁾ halten sie ebenfalls nur als Annuitätsmethode gerechtfertigt.

1) Endres, W., Problematik, S.117

2) Ottel, F.: Abschreibungen und Zinsen, ZfB 1955, S.689 ff.

3) Hoffmann, A., a.a.O., S.322, 324

4) Fischer, G., a.a.O., S.216

Aber nicht nur zeitgenössische Autoren sind dieser Ansicht. Bereits Simon¹⁾ lehnte die Zinseszinsabschreibung ab. Da seine Ansichten über Bewertungsfragen vernünftiger sind, als man auf Grund anderseitiger Darstellung manchmal glauben könnte, seien seine diesbezüglichen Ausführungen zur Gänze zitiert:

"Der wirtschaftliche Grund und die wirtschaftliche Bedeutung der Abschreibung liegt darin, daß am Schluß der maßgebenden Wirtschaftsperiode derjenige Betrag, um welchen sich der Werth der Betriebsgegenstände durch den Betrieb vermindert hat, festgestellt werden muß; denn insoweit ist ein Vermögensverlust entstanden, welcher einen etwaigen Rohgewinn mindert, einen etwaigen Rohverlust mehr. Demgemäß muß sich der Betrag der Abschreibungen unter allen Umständen mit dem vollen Betrage der Wertminderung der abgenutzten Gegenstände decken. Für diese allein erhebliche Feststellung eines Vermögensverlustes behufs Abziehung von den Rohgewinnen ist es gleichgültig, zu welchem Zweck die Gesellschaft den als Abnutzungsquote in der Gewinn- und Verlustrechnung in Abzug gebrachten Betrag zu verwenden beabsichtigt und ob diese Beträge zinsbar angelegt und durch Ansammlung von Zinseszinsen mehr. Die — übrigens völlig fiktive — Zinseszinsrechnung hat mit der nackten Ermittlung des Vermögensverlustes schlechterdings nichts zu tun." -

1) Simon, H.V., a.a.O., S.386

Teil B

Der Bewertungsstreit um Statik und Dynamik, Vermögens- oder Erfolgsermittlung

Im vorausgegangenen Teil dieser Arbeit wurde versucht, die wesensmäßigen Umstände zu erfassen, die in einer Bewertung der materiellen Güter einer Unternehmung ihren Niederschlag finden müssen. Es wurde aber auch eingangs die Auffassung der Literatur geschildert, Bewerten sei in erster Linie zweckbestimmt. In diesem Teil beginnt nun die Untersuchung über die Maßgeblichkeit der einzelnen Zwecksetzungen für eine sachgemäße Bewertung.

1. Der Gegensatz zwischen Vermögens- und Erfolgsermittlung in Bezug auf den sachgemäßen Vermögensbegriff

1. Der Veräußerungswert als Vermögensbegriff

Für den heute in der Literatur noch existierenden Meinungsstreit, ob die ordentliche Jahresbilanz das Vermögen oder den Erfolg zu ermitteln habe, ist ursächlich Schmalenbach verantwortlich zu machen.¹⁾ Dieser hier darzustellende Meinungsstreit beinhaltet zwei Varianten: einmal die Frage des richtigen Vermögensbegriffes, der Anlaß zu einer Unterscheidung in Vermögens- oder Erfolgsermittlung wurde, und zum andern die Frage einer von Schmalenbach in der Folge angestrebten besonderen Hervorhebung der durch die Betriebsgebarung verursachten Gewinnschwankungen mittels Nivellierung aller übrigen Einflüsse auf den Jahreserfolg. Hier bewegt sich der Streit um Vermögens- oder Erfolgsermittlung jedoch jenseits einer Erörterung des sachgemäßen Vermögensbegriffes, weshalb dieser Komplex in einem gesonderten Kapitel (III) behandelt wird.

Soweit der Streit um Vermögens- oder Erfolgsermittlung den Vermögens- bzw. Wertbegriff berührt, stehen vier verschiedene Begriffe zur Diskussion. Schmalenbach nennt als statische Werte: den Veräußerungswert, den fiktiven Einzelzeitwert (eine Repartition des Geschäftswerts auf die einzelnen materiellen Wirtschaftsgüter), den Gebrauchswert und den Tagesbeschaffungswert. Diesen vier Wertbegriffen der Vermögensbilanz stellt er den Anschaffungswert in der Erfolgsermittlungsbilanz gegenüber. Schmalenbach trifft diese Unterscheidung, weil sich eine grundsätzliche Bewertung zu Veräußerungswerten, fiktiven Einzelzeitwerten, Gebrauchswerten oder Tagesbeschaffungswerten einerseits und Anschaffungswerten andererseits gegenseitig ausschließt und er begründet die Verwendung der Anschaffungswerte in der ordentlichen Jahresbilanz damit, daß diese den Erfolg zu ermitteln habe, also mit der Zwecksetzung der Abrechnung. Demgegenüber sei es der Zweck außerordentlicher Bilanzen, das wahre Vermögen zu ermitteln, wofür ihm offenbar der Anschaffungswert nicht geeignet erscheint. Auch le Coutre²⁾ kennzeichnet den Gegensatz zwischen Vermögens- und Erfolgsermittlungsbilanz im Sinne einer Unterscheidung in ordentliche und außerordentliche Bilanzen, wenn er meint, daß im allgemeinen Sprachgebrauch die Bezeichnung "statische Bilanz" vielfach als Charakteristikum für die

1) Sewering, K.: Die Einheitsbilanz, G.A. Glöckner Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1925, S.2

Schmaltz, K.: Bilanz, HdB, Stuttgart 1926, Sp.1332

2) Le Coutre, W.: Bilanzkunde, 1.A., S.105

"ausgesprochene" Vermögensbilanz gebraucht werde. An anderer Stelle weist le Coutre¹⁾ ebenfalls darauf hin und präzisiert hier die tatsächliche Werte angegebende Vermögensbilanz als eine außerordentliche Bilanz, als einen Status.

Die oben dargelegte Unterscheidung in Vermögens- und Erfolgsermittlungsbilanzen im Sinne Schmalenbachs, begründet mit der unterschiedlichen Zwecksetzung einer Abrechnung, erscheint ohne weiteres plausibel. Es erhebt sich jedoch folgende Frage: Wenn Schmalenbach einerseits seinen Jahreserfolg notwendigerweise gar nicht anders berechnen kann als durch den Vergleich zweier Stichtagsvermögen, diesen Vermögensvergleich andererseits nicht auf Grund der wahren Vermögensbegriffe vornimmt, ist dann die ermittelte Erfolgsgröße überhaupt zutreffend? Nachdem aber im ersten Teil bereits festgestellt wurde, daß die korrekte Bewertung des Kräftespeichers, der Vermögenswerte einer Unternehmung, unter der grundsätzlichen Dominanz der Beschaffungswerte steht, kann die Frage anders gestellt werden, nämlich: Sind die von Schmalenbach aufgeführten statischen Werte überhaupt richtige Vermögensbegriffe? Klar ist in jedem Fall das eine: Wenn es gelingt nachzuweisen, daß – was auf Grund der Erörterungen im ersten Teil an sich zu erwarten ist – von den genannten Wertarten nur eine, nämlich der Beschaffungswert, als richtiger Vermögensbegriff anzusehen ist, dann fällt die Schmalenbachsche Unterscheidung in Vermögens- und Erfolgsermittlungsbilanz als Scheinproblem in sich zusammen. Klar ist auch das andere: Das hier zu erörternde Problem liegt in erster Linie in der Klärung des richtigen Vermögensbegriffes bzw. einer korrekten Bewertung begründet; die Frage der "Zwecksetzung" erledigt sich dabei am Rande. Ist doch gerade der Umstand, das Schmalenbach mit den Zwecksetzungen der Bewertung operiert, statt zu klären, was der richtige Vermögensbegriff ist, dafür verantwortlich, daß er dieses Problem überhaupt kreiert hat.

Die Schmalenbachsche Unterscheidung in Vermögens- und Erfolgsermittlung läßt sich nur klären, wenn man die historische Situation betrachtet, in der sich Schmalenbach zum Wort meldet. Dies erfordert eine längere Untersuchung.

Bei der Kodifizierung des deutschen Handelsrechtes konnte sich nach Schmalenbach²⁾ die damalige Nürnberger Kommission in der Frage der Bewertung nicht auf einen bestimmten Wertansatz einigen, wobei mindestens einem Teil der Juristen der Zeitwert (Veräußerungswert, Verkehrswert, gemeiner Wert) als der wahre Wert vorgeschwebt habe. Simon³⁾ sieht die Sache allerdings etwas anders; er ist der Meinung, daß die Nürnberger Kommission keineswegs den Veräußerungswert als grundsätzlichen Wert postulierte und die "farblose" Fassung des Art. 31 ADHGB (§ 40 HGB) "absichtlich" wählte, "um die bestehenden Handelsbräuche aufrechtzuerhalten." Unabhängig von den Motiven der Nürnberger Kommission überlegten sich jedenfalls in der Folge die Juristen, welcher Wert nun tatsächlich in Ansatz zu kommen habe, wenn das Handelsgesetzbuch davon spricht, daß die Vermögensgegenstände mit dem Wert anzusetzen sind, der ihnen am Bilanzstichtag beizulegen ist. Die Juristen entschieden sich hier für den Veräußerungswert, wozu später auch die bekannte ROHG-Entscheidung von 1873 als Beweis herangezogen wurde. Zusammenhängen mag dies damit, daß sich die Juristen mit der Frage der Bewertung meist nur im Falle eines Konkur-

1) Le Coutre, W., Bilanzkunde, 4.A., S.68

2) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7.A., S.318, 319

3) Simon, H.V., a.a.O., S.299

ses zu beschäftigen hatten und hier für die Gläubiger lediglich Veräußerungswerte von Interesse waren. Auch bei florierendem und auf unbestimmte Zeit fortbestehendem Geschäft trat das Argument auf, eine entsprechende Bewertung diene den tatsächlichen Interessen des Gläubigers und die Bilanz sei dazu da, um dem Gläubiger jederzeit die für ihn im Ernstfall relevanten Werte auszuweisen. Dies bestätigt auch Schmalenbach¹⁾:

"Wenn die Bilanz dem Gläubiger eine möglichst richtige (!) Vermögensübersicht gewähren solle, dann war es konsequent, für die Bewertung den Veräußerungswert als maßgeblich zu betrachten. Nicht der Wert des Vermögens bei Fortbetrieb durch den Schuldner, sondern der Wert des Vermögens bei etwaiger Veräußerung an einen Dritten kam in Betracht. Denn für den Gläubiger hat ein Vermögensstück nur dann einen Sicherheitswert, wenn er sich daraus zu befriedigen vermag. Diese Befriedigung bedeutet Loslösung, und darum war diese und nicht die Fortführung des Betriebs durch denselben Unternehmer zu unterstellen. Ob man die Fortführung des Betriebs zwar im Ganzen, aber in der Hand eines neuen Unternehmers oder ein die Betriebseinheit zerstörende Veräußerung in Einzelteilen annehmen wollte, war Tatfrage."

Schmalenbach schneidet hier noch das Problem einer Veräußerung der Unternehmung im Ganzen an. Der diesbezüglich wahre Vermögensbegriff ist der "fiktive Einzelzeitwert" (Parallele zum Streit um den Teilwert). Dieser Wert tauchte aber in den damaligen juristischen Diskussionen nicht auf. Der wahre Vermögensbegriff war für die Juristen der Einzelveräußerungspreis. Deshalb soll der fiktive Zeitwert hier aus der Erörterung ausscheiden und in einem gesonderten Abschnitt behandelt werden.

Der Auslegung des Art. 31 ADHGB im Hinblick auf den Veräußerungswert erwies sich als problematisch. Zwar stimmte ihr beispielsweise auch der Betriebswirt Osbahr²⁾ völlig zu, wenngleich er selbst eine andere Bewertung, nämlich die zum Selbstkostenwert für richtig hielt. Heutzutage ist die Literatur³⁾ überwiegend der Auffassung, daß der § 40 HGB keinen bestimmten Wertansatz fordert, sondern nur eine vertretbare Bewertung; das sind aber die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, wie sie später in § 261 HGB bzw. § 133 AktG spezifiziert wurden. Nur vereinzelt wird noch die Meinung vertreten, § 40 HGB verlange den Veräußerungswert.⁴⁾

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7.A., S.325

2) Osbahr, W., a.a.O., S.40

3) Berliner, M., Bilanzlehre, 5.A., S.101; 7.A., S.194

Bühler, O.: Bilanz und Steuer, 5.A., Verlag Franz Vahlen, Berlin 1952, S.219;
erwähnt ferner: Schlegelberger, Adler-Düring-Schmaltz

Himmer, O., a.a.O., S.239

Horn, M., a.a.O., S.61; erwähnt Staub, Rieger

Kosiol, E., Bilanzreform, S.100, 116

Mirre, L.: Die Bewertung in der Handels- und Steuerbilanz der Aktiengesellschaft,
C.Heymanns Verlag, Berlin 1940, S.19

Scherpf, P., a.a.O., S.76

Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7.A., S.319

Simon, H.V., a.a.O., S.290

4) Götze, H.: Grundzüge der Bilanzierung, Fachverlag Schiele & Schön, Berlin 1952,
S.62

Solange man aber seinerzeit Art. 31 ADHGB im Sinne des Veräußerungspreises auslegte, bestand die Möglichkeit, unrealisierte Gewinne "gesetzlich geschützt" auszuweisen, Gewinne vor ihrer Realisierung auszuschütten, wovon, wie Horn¹⁾ vermerkt, in der Gründerzeit auch ausgiebig Gebrauch gemacht wurde. Deshalb wurde dann 1884 das in der Praxis bereits lange, wenn auch nicht einheitlich²⁾ gepflegte Niederstwertprinzip gesetzlich vorgeschrieben, wessen es erst gar nicht bedurft hätte, wenn man den Art. 31 ADHGB nicht in Richtung auf den Veräußerungspreis, sondern als ordnungsgemäße Bewertung zu Anschaffungswerten ausgelegt hätte, wie das heute der Fall ist.

Für das Problem Vermögens- contra Erfolgsermittlung wichtig war die Tatsache, daß man nicht etwa erklärte, § 40 HGB sei nicht im Hinblick auf den Veräußerungswert auszulegen; der gemeine Wert war nach wie vor der richtige Vermögensbegriff; lediglich die unvorsichtige Gewinnverteilung sollte (bei Kapitalgesellschaften) unterbunden werden. Dies geht aus der Begründung zur Aktienrechtsnovelle von 1884³⁾ eindeutig hervor:

"Als leitender Grundsatz stellt der Entwurf in Anschluß an Art. 31 des HGB die Bestimmung auf, daß alle Gegenstände zum gemeinen Wert zur Zeit der Bilanzaufstellung, jedoch nicht höher als zu dem Anschaffungs- oder Herstellungspreis anzusetzen sind. Die letztere Einschränkung ist dem Art. 31 fremd, findet aber in dem Wesen der Aktiengesellschaft ihre Rechtfertigung, weil mit Rücksicht auf die regelmäßig eintretende Verteilung des Reingewinns verhindert werden muß, daß nicht ein zwar nominell vorhandener, tatsächlich aber noch nicht durch Verkauf der betreffenden Vermögensstücke verwirklichter Gewinn zur Verteilung gelangt."

"Der Erwerbspreis soll allgemein die Grenze bilden; innerhalb derselben kommt aber zunächst der gemeine Wert in Betracht, welchen der Gegenstand, und zwar zur Zeit der Bilanzaufstellung hat."

"Eine Ausnahme von der zu I aufgestellten Regel läßt der Entwurf ... betreff der Anlagen und sonstigen Gegenstände zu, welche nicht zur Weiterveräußerung, sondern zum dauernden Geschäftsbetriebe der Gesellschaft bestimmt sind. Gegenstände dieser Art, deren Besitz zur Erreichung des Gesellschaftszwecks für die Gesellschaft meist unentbehrlich ist und die deshalb bei ihrem Abgange durch neue gleicher Art ersetzt werden müssen, treten vollständig an Stelle des darin festgelegten Betrages des Grundkapitals. Wäre die Gesellschaft genötigt, in der Jahresbilanz auch für diese Gegenstände, deren Verkaufswert je nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage erheblichen Preisschwankungen unterliegen kann, ohne daß sich der Nutzenwert zu ändern braucht, den zeitigen Verkaufswert zum Ansatz zu bringen, so würde sich vielfach eine völlig unrichtige Gewinnverteilung ergeben." "In anderen Fällen, z.B. bei Eisenbahnen, haben gewisse Anlagen als solche überhaupt keinen Verkehrs- oder Veräußerungswert, und der gemeine Wert, welchen etwa die einzelnen Teile haben, aus denen die Anlage sich zusammensetzt, bietet für die Wertschätzung der letzteren durchaus keinen Maßstab; es müßten daher für sie völlig willkürliche, jeder festen Grundlage entbehrende Wertschätzungen in die Bilanz eingerückt werden."

1) Horn, H., a.a.O., S. 216

2) Osbahr, W., a.a.O., S. 83, 88

3) Schmalenbach, E.: Über das allgemeine Bilanzrecht, ZfhF 1916/17, S. 44, 45

"Der Natur solcher, gleichsam einen eisernen Bestand bildenden Anlagen und Gegenstände entspricht es ohne Rücksicht auf deren zur Zeit vielleicht niedrigeren Wert, die für ihre Anschaffung oder Herstellung von der Gesellschaft aufgewendeten Beträge der Berechnung zugrunde zu legen."

"Soll indessen ein solcher Ansatz nicht zu Unrichtigkeiten führen, so muß derselbe der stetigen Abnutzung der Gegenstände durch Gebrauch und der dadurch herbeigeführten Wertverringerung ... Rechnung tragen, sei es durch Absetzung eines der Abnutzung gleichkommenden Betrages von dem Anschaffungs- oder Herstellungspreisen oder durch Bildung eines ... Erneuerungsfonds."

Da der Veräußerungswert als grundlegende Wertvorstellung postuliert wurde, stellte das im seinerzeitigen § 261 HGB fixierte Niederstwertprinzip des Aktienrechts in der damaligen Schau eine Einschränkung der Bewertung zum Veräußerungswert nach oben hin dar.¹⁾ Demgegenüber betrachtet man heute als grundlegenden Wert den Anschaffungswert und als Wertansatz im Falle eines Preistrückganges den niedrigeren Marktpreis. Im Ergebnis macht das keinen Unterschied, aber im Interesse des Verständnisses der damaligen Anschauungen ist dies zu beachten. Denn jene gesetzliche Begrenzung der Bewertung zum Veräußerungspreis bei Kapitalgesellschaften schien im Interesse einer soliden Gewinnverteilung zu stehen und nicht auf eine Berechnung des wahren Vermögens und des (zwar vernünftigerweise nicht in voller Höhe verteilbaren, so aber doch) richtigen, tatsächlichen und wahren Gewinnes abzu zielen. Weil der Veräußerungswert als richtiger Vermögenswert in der ordentlichen Jahresbilanz angesehen wurde, galt auch der auf dieser Wertbases ermittelte Erfolg als der richtige Jahreserfolg. Die Jahresbilanz wies also ein richtiges Vermögen und einen richtigen Erfolg aus. Für diese Lehrmeinung bedeutete der § 261 HGB eine Beschränkung der Ausschüttung dieses richtigen Erfolgs- und deshalb machte die damalige Literatur nach Osbahr²⁾ einen Unterschied zwischen den Bilanzen der Kapitalgesellschaften und anderen dahingehend, daß die Aktienbilanzen Gewinnermittlungs- bzw. Gewinnverteilungsbilanzen seien, die Bilanzen nach § 40 HGB dagegen Vermögensbilanzen. Diese Vermögensbilanzen waren aber ebenfalls ordentliche Jahresbilanzen und wiesen, wie Borkowsky³⁾ vermerkt, ebenfalls einen, den "rechnungsmäßigen" Jahresgewinn aus, der nur eben in seiner vollen Höhe nicht verteilbar war. Es mag erwähnt werden, daß Leitner⁴⁾ auch für die Personengesellschaften wie oHG und KG sowie die GmbH das Niederstwertprinzip deshalb (!) für gültig erklärte, weil er sie ebenfalls zu den Gewinnverteilungsgesellschaften zählte.⁵⁾

Es ist genau zu beachten, daß der hier dargelegte Unterschied zwischen Vermögens- und Erfolgsermittlungsbilanzen anders aufzufassen ist als der, den Schmalenbach später machte. Während Schmalenbach in diesem Sinne außerordentliche und

1) Osbahr, W., a.a.O., S.44

2) ders., a.a.O., S.60

3) Borkowsky, R., a.a.O., S.39

4) Leitner, F.: Bilanztechnik und Bilanzkritik, Verlag Georg Reimer, Berlin 1911, S.95

5) ders., ebenda, S.30

ordentliche Bilanzen unterscheidet, bestand dieser Gegensatz zunächst – das betont Osbahr¹⁾ ausdrücklich – zwischen zwei ordentlichen Bilanzen. Der Grundsatz der Bewertung zu Veräußerungswerten, d.h. die Bewertung zum tatsächlichen Vermögenswert in der damaligen Anschauung, wurde bei den Bilanzen der Aktiengesellschaften zugunsten einer vorsichtigen, nur die realisierten Gewinne erfassenden Gewinnverteilung geopfert. Der Einzelkaufmann konnte nach herrschender Meinung nach wie vor zum Veräußerungswert bewerten, auch wenn er es als ordentlicher Kaufmann in der Praxis nicht getan hat²⁾ und den korrekten Erfolg (auf Basis der Anschaffungswerte) ermittelte³⁾, wenn im Gegenteil die Aktienrechtsnovelle von 1884 nur den Bewertungsgrundsätzen des ordentlichen Kaufmannes entsprach.⁴⁾

Der hier dargelegte Gegensatz zwischen Vermögensermittlungs- und Gewinnverteilungsbilanzen beruht auf der Tatsache, daß im HGB zwei verschiedene Bewertungsparagrafen existieren. Folgt man der Meinung Simons, nämlich daß der Gesetzgeber 1861 in Art.31 lediglich sagen wollte, daß für die Bewertung die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung maßgebend sind, keinesfalls aber ein bestimmter Wert bzw. der Veräußerungspreis, was seit Simon⁵⁾ auch die herrschende Meinung ist, so stellt man sich natürlich die Frage, warum dann der Gesetzgeber 1884, als er auf Grund der Auslegung des Art.31 im Hinblick auf den Veräußerungspreis gezwungen war, die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung expressis verbis zu spezifizieren, dies in einem eigenen Paragraphen tat, und nicht einfach Art.31 entsprechend abänderte. Hier ist aber doch wohl Schmalenbach Recht zu geben, wenn er der Meinung ist, daß den Juristen 1861 der Veräußerungspreis vorschwebte. Demzufolge war man auch 1884 der Ansicht, daß man 1861 zwar effektiv den Veräußerungspreis vorgeschrieben habe; aber auf Grund der inzwischen gewonnenen Erfahrungen sahen nun auch die Juristen, daß dieser Wertansatz problematisch war. Auch bei einer derartigen Sachlage wäre es nun am richtigsten gewesen, Art. 31 entsprechend zu ändern. Weshalb man aber einen eigenen Bewertungsparagrafen für die juristischen Personen schuf, dürfte folgenden Grund gehabt haben: Entnahm ein persönlich und unbeschränkt haftender Kaufmann auf Grund einer unvorsichtigen Gewinnberechnung (gemeiner Wert) zu hohe Beträge aus seinem Betrieb, so haftete den Gläubigern im Konkursfalle immer noch das Privatvermögen sowie etwaige zukünftige, der Pfändung unterworfenen Verdienste des Schuldners. Bei den juristischen Personen haftet jedoch ausschließlich das Gesellschaftsvermögen. Zahlten sich also die Aktionäre auf Grund einer "gesetzlich geschützten" unrichtigen Be-

1) Osbahr, W., a.a.O., S.61

2) Horn, H., a.a.O., S.199 ff.

Osbahr, W., a.a.O., S.94

Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7.A., S.64

3) Osbahr, W., a.a.O., S.101, 135

Passow, nach Borkowsky, R., a.a.O., S.50

Schmalenbach, E., Abschreibung, S.81, 82

Sykora, G., a.a.O., S.248, 250

Witschi, R., a.a.O., S.104

4) Berliner, M., Theorie, S.275

Hoffmann, A., a.a.O., S.733

Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.20, 24, 136

5) Simon, H.V., a.a.O., S.290

wertung Gewinne aus, die gar nicht vorhanden waren, so verringerte sich damit das als Sicherheit dienende Grundkapital. Demzufolge sagten sich wohl die Juristen 1884, daß es beim Einzelkaufmann einigermaßen gleichgültig sei, wie dieser bilanzierte, daß man aber bei den juristischen Personen mit der Gewinnverteilung vorsichtig zu sein habe und so schrieb man für die Kapitalgesellschaften das Niederstwertprinzip in einem eigenen Paragraphen vor.

Der hier geschilderte Sachverhalt stellt auch die historische Begründung dafür dar, weshalb das Niederstwertprinzip, an sich ein Grundsatz ordnungsmäßiger Buchführung, in den Ruf eines Vorsichtsprinzips kam. Man war ja auch noch 1884 nach wie vor der Meinung, der Veräußerungswert sei der richtige Vermögensbegriff, nicht etwa eine Bewertung gemäß dem Niederstwertprinzip, obwohl an sich der Gesetzgeber die Bewertung von Anlagen sachlich richtig begründete — nur eben mit dem Hinweis auf die Bedeutung für die Gewinnverteilung. Das Niederstwertprinzip stellte nur eine vorsichtige Einschränkung des richtigen Wertansatzes dar. In dieser Situation meldete sich nun, wie erinnerlich, Simon 1886 zu Wort und sagte, der Veräußerungswert sei überhaupt nicht der richtige Wert und man müsse auch § 40 HGB im Hinblick auf die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung auslegen und das um so mehr als der ordentliche Kaufmann ohnehin grundsätzlich zum Anschaffungs- und nicht zum Veräußerungspreis bewertet habe und, wie das ja Schmalenbach und Berliner bestätigen, der Gesetzgeber 1884 lediglich dessen Bewertungsgrundsätze für etwaige unordentliche Kapitalgesellschaften verbindlich vorschrieb. Simons Auffassung hat sich, wie er selbst¹⁾ sowie R.Fischer²⁾ und auch Schmalenbach³⁾ das bestätigen, allgemein durchgesetzt. Einerseits ist es deshalb nicht richtig, wenn gelegentlich behauptet wird, die Bewertungsvorschriften des § 40 HGB hätten gegenüber den des § 133 AktG nur noch geringe Bedeutung, denn im Grunde sagen sie genau das Gleiche.⁴⁾ Andererseits kann man heute auch das Niederstwertprinzip nicht mehr ein Prinzip der Vorsicht nennen. 1884 hatte das seine historische Berechtigung, weil hier das Niederstwertprinzip eine "vorsichtige" Einschränkung einer richtigen Bewertung darstellte. Dies entfällt, wenn das Niederstwertprinzip als die richtige Bewertung selbst angesehen wird. Weil man dies aber damals nicht sah, konstruierte man einen Gegensatz zwischen der Vermögensbilanzen des Einzelkaufmanns und den Gewinnverteilungsbilanzen der Kapitalgesellschaften.

Bezüglich des Veräußerungswerts als wahren Vermögensbegriff ist bis jetzt festzuhalten: Zunächst war auch der nach der juristischen Fehlinterpretation des § 40 HGB ermittelte Gewinn ein richtiger Gewinn, weil auf Grund eines richtigen Vermögenswertes, des Veräußerungswertes berechnet. Er war dann später zwar gegenüber dem Gewinn nach § 261 HGB nur mehr ein rechenhafter, nicht voll verteilungsfähiger, aber immerhin richtiger Gewinn. Nachdem Simon 1886 den Veräußerungswert liquidierte,

1) Simon, H.V., a.a.O., S.290

2) Fischer, R., a.a.O., S.14

3) Schmalenbach, E., Grundlagen, 1.A., S.96

4) Kosiol, E., Bilanzreform, S.100: "... es besteht kein Zweifel, daß der allgemeine § 40 HGB das Niederstwertprinzip in sich schließt."

entfiel auch der Gegensatz zwischen den Vermögensbilanzen des Einzelkaufmanns und den Gewinnermittlungsbilanzen der Kapitalgesellschaften. Mehr als 20 Jahre später wurde diese Problematik von Schmalenbach, wenn auch in einem anderen Sinn, wieder aufgerollt. Während der Gegensatz zwischen Vermögens- und Erfolgsermittlung 1884 zwischen zwei ordentlichen Jahresbilanzen bestand, will, wie Osbahr¹⁾ meint, Schmalenbach (1908) einer Bewertung zu Veräußerungspreisen nur den Charakter einer außerordentlichen Bilanz zugestehen. Die Ansicht Osbahrs kann man zunächst darin bestätigt sehen, daß nach Schmalenbach²⁾ "für die Vermögensrechnung nur Zeitwerte in Betracht kommen", daß Schmalenbach³⁾ bestreitet, daß eine Bilanz Vermögen und Erfolg ermitteln könne und er sich in der Jahresbilanz für die Erfolgsermittlung entscheidet und daß demzufolge für die Vermögensermittlung nur noch die außerordentliche Bilanz bleibt.

Zur eingehenderen Darstellung des Sachverhalts soll jetzt Schmalenbachs Artikel über die Abschreibung aus dem Jahre 1908 angeführt werden, der nach Schmalenbachs⁴⁾ eigenen Worten an der Wiege der dynamischen Bilanztheorie stand. Schmalenbach⁵⁾ sagt hier folgendes:

"Wenn man der Meinung ist, daß bei der Erfüllung der speziellen Bilanzvorschriften der §§ 39, 40 und 261 des Handelsgesetzbuches die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung des § 38 zu erfüllen sind, dann wird man dem Lehrsatz zustimmen müssen, daß die Bilanz nach dem Gesetz nicht zunächst eine Vermögensübersicht, sondern ein Mittel zur Gewinnermittlung sein soll. Sie soll es sein, weil sie es nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung ist."

"Daß die Jahresbilanz in der ordnungsmäßigen Buchführung nicht den Zweck der Vermögensübersicht, sondern den Zweck der Gewinnermittlung hat, ersieht man aus der Bewertung der Anlagen. Immobilien, Maschinen und dergl. werden in kaufmännischen Bilanzen selbst dann nicht zu ihrem wirklichen Wert angesetzt, wenn man sie dazu ansetzen könnte."

Als Beispiel bringt Schmalenbach hier die Bewertung eines Grundstücks; dies wird mit seinem Anschaffungswert von 80 000.- bilanziert, auch wenn bereits ein Bargebot (=Veräußerungswert) über 120 000.- eingegangen ist.

"Das heißt doch, daß die Bilanz eine Vermögensübersicht nicht sein soll. Dieses wenigstens nicht in dem Sinne, in dem man von Vermögen gewöhnlich spricht. Die Bilanz ist nur eine solche Vermögensübersicht, wie man sie haben muß, um den Gewinn ermitteln."

"Der zu ermittelnde Jahresgewinn ist – das geht ebenfalls aus der kaufmännischen Handhabung hervor – der Betriebsgewinn. Ist etwa der Wert der Fabrik gestiegen oder gefallen, so berührt dieser Gewinn oder Verlust die Buchführung nicht, denn das ist kein Betriebsgewinn."

1) Osbahr, W., a.a.O., S.60

2) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7.A., S.82

3) ders., ebenda S.80

4) ders., Dynamische Bilanz, 12.A., Vorwort

5) ders., Abschreibung, S.81, 82

"Die Bilanz der Aktiengesellschaft hat den Sonderzweck, vielen Bilanzlesern, die der Unternehmung fern stehen und nicht einmal Kaufleute sind. Auskunft zu geben. Von diesen Bilanzlesern wird in der Bilanz eine Vermögensübersicht gefunden und darum — so bestimmt das Gesetz — muß die Aktiengesellschaftsbilanz wenigstens insoweit Vermögensübersicht sein, daß die angegebenen Buchwerte nicht die wirklichen Werte übersteigen. Das gilt aber nur von den Veräußerungs- nicht von den Anlagewerten."

Hier kann zunächst festgehalten werden, daß Schmalenbach die Bilanz ebenfalls als eine Vermögensübersicht bezeichnet, die der Erfolgsermittlung dient. Wenn die Praxis von Vermögen spricht, tut sie es wohl kaum in einem anderen Sinne, als Schmalenbach auch.¹⁾

Während der Gesetzgeber 1884 die Aktienrechtsnovelle mit einer vorsichtigen Gewinnverteilung begründete und in der Folge die Bilanz der Aktiengesellschaft als Erfolgsermittlungs- bzw. Gewinnverteilungsbilanz bezeichnet wurde, weil die Bewertung zum Veräußerungswert durch den Anschaffungswert nach oben hin begrenzt wurde, geht Schmalenbach 1908 von einer grundsätzlichen Bewertung zu Anschaffungswerten aus und meint, die Rücksichtnahme auf die vom Publikum gewünschte Vermögensübersicht sei dafür verantwortlich, daß beim Umlaufvermögen immer noch der wahre Vermögenswert, der Veräußerungswert anzusetzen sei, wenn dieser unter dem der Erfolgsermittlung dienenden Anschaffungswert liege. An anderer Stelle ist Schmalenbach²⁾ deshalb der Ansicht, die Behauptung, die Bilanzen der Aktiengesellschaften seien Erfolgsermittlungs- oder Gewinnverteilungsbilanzen unter Rest Vermögensbilanzen, sei nicht richtig.

"Der Begriff *Vermögensbilanz*, wenn er gebraucht wird im Gegensatz zur *Erfolgsbilanz*, ist in stärkerem Maße für die Aktienbilanz richtig als für die allgemeine Bilanz."³⁾

Diese Feststellung Schmalenbachs ist zwar insofern unlogisch, als ja auch der Einzelkaufmann gemäß dem für die Aktiengesellschaft vorgeschriebenen Niederstwertprinzip bewertet, sie macht aber deutlich, daß Schmalenbach einerseits die Unterscheidung in Vermögens- und Erfolgsermittlung ebenfalls auf dem Gegensatz zwischen dem Veräußerungs- und dem Anschaffungswert aufbaut, andererseits das Problem unter anderen Vorzeichen betrachtet.

Schmalenbach vermerkt im Vorwort der 12. Auflage noch, daß seine Ansicht im Artikel über die Abschreibung u. a. auch von Berliner angegriffen worden sei und daß der Aufsatz über den "Zweck der Bilanz" die Antwort hierauf darstellte; Berliner's Vermögensbilanz beruhe auf einer Fiktion. Diesbezüglich heißt es dort:

"Man kann den Wert eines Fabrikgebäudes, das als Teil einer Organisation eine eigene Wertbewegung nicht hat, als solch ein Teilstück nicht abschätzen; man muß immer eine Loslösung fingieren, und diese Fiktion gibt an sich ein falsches Bild; die Liquidation will man also nicht und die Kosten sind bekanntlich nicht der Wert."⁴⁾

1) Berliner, M.: Statische und dynamische Bilanz, SVDB 1922, S. 253, 354

2) Schmalenbach, E., Bilanzrecht, S. 22

3) ders., ebenda, S. 23

4) ders., Zweck, S. 387

Leider reden aber Schmalenbach und Berliner aneinander vorbei; für Berliner ist der richtige Vermögensbegriff der Anschaffungswert (Kosten), Schmalenbach glaubt aber, Berliner verstehe unter dem wahren Wert, wie er, den Veräußerungswert, wenn dieser von Vermögensermittlung spricht.

Im Grundsätzlichen führt Schmalenbach¹⁾ hier aus, daß bei einer Abstimmung die Vermögensbilanz eine erdrückende Mehrheit unter den Kaufleuten fände.

"Aber wenn man dann verlangen würde, daß die Kaufmannschaft nun auch ihren Absichten entsprechend handle, daß sie insbesondere die nicht zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerte zu ihrem Werte wirklich einsetzte, dann würden sich unendliche Schwierigkeiten ergeben."

Dann müßte nämlich:

- a) die Abschreibung, d.h. eine Schätzung der Absetzung wegen Abnutzung, als solche überhaupt verschwinden und eine Schätzung des Anlagenwerts als Veräußerungswert an deren Stelle treten. Diesen Sachverhalt schildert Schmalenbach²⁾ bereits im Artikel über die Abschreibung wie folgt:

"(In Bezug auf die Verteilung der Abschreibungsquoten auf die einzelnen Jahre) lassen viele Autoren die Wertabnahme eine Rolle spielen, weil sie eben die Bilanz als Vermögensbilanz ansehen. Nach meiner Meinung kommt die Wertabnahme nicht in Betracht, vielmehr muß die Abschreibung nach der Leistungsfähigkeit der Anlage bemessen werden. Handelt es sich z.B. um eine Maschine, deren Leistungsfähigkeit sich nicht verändert, so sind die Abschreibungen gleichmäßig zu halten. Es gehört nicht in die Erwägung hinein, daß die Maschine zuerst mehr an ihrem Verkehrswert³⁾ einbüßt, als in späterer Zeit. Bei manchen Anlagen ist die Leistungsfähigkeit nicht eine abnehmende, sondern eine zunehmende. Es würde bei solchen Anlagen durchaus billig sein, daß auch die Abschreibung steigend bemessen werden."

Schmalenbach hält nun Berliner vor, die Kaufmannschaft verteile seiner Erfahrung nach die Ausgaben für eine Anlage nach deren Leistungsfähigkeit in den einzelnen Jahren und nicht nach dem jeweiligen Wert. Die Idee, daß bei einer Abstimmung die Vermögensbilanz wahrscheinlich deshalb eine erdrückende Mehrheit bekäme, weil die Kaufmannschaft unter dem richtigen Vermögenswert, wie Berliner, eben Kostenreste und nicht, wie Schmalenbach, Veräußerungswerte versteht, kommt Schmalenbach nicht (vgl. hierzu Kap.II/1).

- b) jede Wertsteigerung eines Immobiles im Wertansatz berücksichtigt werden. In der Praxis sei dies aber nicht üblich.
- c) wegen b) an Stelle der Gewinn- und Verlustrechnung eine Vermögensveränderungsrechnung treten. Dies würde dann Jahreserfolge als Ergebnis des Umsatzes, der Tätigkeit, und der Wertänderungen summarisch ausweisen.

1) Schmalenbach, E., Zweck, S.382 ff.

2) ders., Abschreibung, S.83

3) Verkehrswert = gemeiner Wert = Veräußerungswert; vgl. hierzu Schmalenbach, E., Bilanzrecht, S.25

d) eine faktische Vermögensbilanz entweder eine Liquidationsbilanz sein oder eine Bilanz über den Reproduktionswert der ganzen Unternehmung, deren Gesamtwert. Eine solche Bilanz werde aber nicht gemacht.

Schmalenbach¹⁾ ist aus den vorstehenden Gründen der Ansicht,

"daß die wirkliche Aufstellung einer Vermögensbilanz nicht dasjenige ist, was dem Kaufmann faktisch vorschwebt und seinen Interessen, denen er mit der Jahresbilanz gerecht werden will, dient. Wohl aber sehe ich, daß sein Verfahren zugeschnitten ist auf die Absicht der Gewinnermittlung. Und da scheint mir, daß an der Durchführung dieser Absicht nichts weiter fehlt als die Konsequenz und das Bewußtsein."

Die Fälle, in denen der Kaufmann einer Vermögensbilanz zustrebe, seien Fälle irgendeiner Inkosequenz, die beseitigt werden müßten.

Schmalenbach²⁾ macht Berliner aber ausdrücklich eine Konzession:

"Tatsächlich muß die Bilanz in gewissem Sinne eine Vermögensbilanz sein und bleiben, insofern nämlich, als sie im ganzen nicht Werte angeben soll, die über die wirklichen Werte hinausgehen. Wohl können die Werte unter den wirklichen bleiben."

Schmalenbach ist der Meinung, daß dadurch zum Teil das Prinzip der Gewinnermittlung durchbrochen werde, hält aber die Frage für "nicht einschneidend". Die Gewinnermittlung werde solange nicht gestört, als die Gesamtheit der Buchwerte unter ihrem wirklichen Wert liege.

"Die Vereinigung beider Zwecke kann in der Regel sehr einfach durch eine etwas reichliche Bemessung der Abschreibungen erfolgen."

Schmalenbach denkt hier an folgendes: Wenn man bei den Anlagen durch leichte Überabschreibungen eine stille Rücklage legt, so kann man das Umlaufvermögen auch dann noch zum Anschaffungswert bewerten, wenn der wahre Vermögenswert, der Veräußerungswert, darunter liegt und eigentlich dieser gemäß dem Niederstwertprinzip in Ansatz kommen müßte. Der Gläubiger wird durch dies Verfahren deshalb nicht getäuscht, weil die Bilanzsumme insgesamt nicht als überhöht bezeichnet werden kann.

Wie erinnerlich, nannte Schmalenbach die Bilanz der Aktiengesellschaft insofern eine Vermögensbilanz, als beim Umlaufvermögen gemäß § 261 HGB der Veräußerungswert in Ansatz kommt, wenn dieser unter dem Anschaffungswert liegt. Dies ist offenbar eine jener Inkonsequenzen, die Schmalenbach mit obigem Verfahren beseitigen will. Denn an sich ist die Bilanz der Aktiengesellschaft für ihn eine Gewinnermittlungsbilanz; Schmalenbach³⁾ verweist ausdrücklich auf die Formulierung des § 261 HGB, wo es heißt, daß die nicht zur Veräußerung bestimmten Gegenstände mit Abnutzungsquoten behandelt werden dürften, ohne Rücksicht auf einen geringeren Veräußerungspreis. Für Schmalenbach ist dieser Passus entscheidend dafür, daß das Handelsrecht keine Vermögensbilanz wolle, auch wenn gelegentlich andere Stellen (§ 39 HGB) dafür sprächen.

1) Schmalenbach, E., Zweck, S.383, 384

2) ders., ebenda, S.385

3) ders., ebenda, S.387

Schmalenbach verbindet eine Bewertung zu gemeinen Werten, d.h. zum Zeitwertprinzip, mit dem Begriff "Vermögensbilanz". Demgegenüber steht die Erfolgsbilanz mit Anschaffungswerten, d.h. das Realisationsprinzip. Schmalenbach geht davon aus, daß letzteres bei den Anlagen gemäß § 261 HGB ohnehin vorgeschrieben ist und möchte es nun auch auf das Umlaufvermögen ausdehnen. Da er aber andererseits ebenfalls nicht am Niederstwertprinzip vorbeikommt, d.h. das Umlaufvermögen auch dann noch zum Anschaffungswert ansetzen kann, wenn die Veräußerungspreise darunter gefallen sind, berücksichtigt er es auf seine Weise: leichte konstante Unterbewertungen ermöglichen es ihm, materiell das Realisationsprinzip durchzusetzen, das er mit dem Begriff der Erfolgsermittlung verbindet. Schmalenbach liegt hier allerdings insofern nicht ganz richtig, als er in der gesetzlichen Bewertung der Anlagen eine Bestätigung für das von ihm mit dem Begriff der Erfolgsermittlung verbundenen Realisationsprinzip sieht. Wenn bei Anlagen auf den Zeitwert (Veräußerungswert) verzichtet wird, so deshalb weil dieser hier unsachgemäß ist; auf außerordentliche Abschreibungen auf den niedrigeren Gebrauchswert wird keinesfalls verzichtet. So fordert Schmalenbach denn später leicht überhöhte Abschreibungen auch aus dem Grund, um bei Anlagen die fallweise Auswirkung des Niederstwertprinzips zu nivellieren.

Als letzter Beweis dafür, daß Schmalenbach die Vermögensermittlung mit einer Bilanzierung zu Veräußerungswerten identifiziert, diene eine entsprechende Äußerung in der 7. Auflage der Dynamischen Bilanz:

"Die Juristen hatten sich, den Vorschriften des Gesetzes entsprechend, statisch orientiert; ihr Bilanzwert war der gemeine Wert."¹⁾

Schmalenbach schildert hier die Ansicht eines Juristen, daß die Bilanzen der Eisenbahngesellschaften, in denen das Anlagevermögen zum Anschaffungswert abzüglich Abschreibungen bewertet wurde, die Vermögensbilanz über den Haufen würfen, auch wenn sich zugegebenermaßen die Veräußerungswerte nicht feststellen ließen.

Aus den hier angeführten Äußerungen Schmalenbachs geht einmal hervor, daß er die Vermögensbilanz ursprünglich mit einer Bilanzierung zu Veräußerungswerten verbindet sowie w a r u m er diese Vermögensbilanz ablehnt; Nicht etwa deswegen, weil man bei der Gewinnverteilung vorsichtig zu sein habe, wie man 1884 meinte und deshalb die Jahresbilanz des Einzelkaufmanns als Vermögensbilanz von der Gewinnverteilungsbilanz der Kapitalgesellschaften unterschied, sondern weil bei einer Bilanzierung zu Veräußerungswerten "Wertänderungen" auf den Erfolg einwirkten, die bei Anlagen gar nicht auf das Wirtschaften, hier die Nutzung der Anlagen, zurückzuführen waren. Während die einen bezüglich der Bilanz der Kapitalgesellschaften nur von vorsichtiger Gewinnverteilung sprachen, sagt Schmalenbach, der Veräußerungswert sei — allerdings nur zu Zwecken der Erfolgsermittlung (!), womit er sich von Simon unterscheidet — grundsätzlich überhaupt falsch; Anlagen würden vom Anschaffungswert abgeschrieben, und sie müßten auch in den Bilanzen des Einzelkaufmannes abgeschrieben werden, weil die Bewertung zu Veräußerungswerten keinen, auch nicht einen rechnungsmäßig richtigen, aber nur beschränkt verteilbaren Gewinn ergibt, sondern einen falschen.

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7.A., S.65

Weil Schmalenbach den Veräußerungswert zwar nicht für einen für die Erfolgsermittlung brauchbaren, so aber ursprünglich offensichtlich doch für den richtigen Vermögenswert hielt, kommt er deshalb auch zu der Feststellung, daß man den Erfolg nicht durch einen Vermögensvergleich ermitteln könne, daß der Statiker zuerst den Bilanzwert (Veräußerungswert !) feststelle und die "Abschreibung" als Differenz zwischen zwei Vermögenswerten (Veräußerungswerten), während der Dynamiker von der Gegenüberstellung von Aufwand und Ertrag ausgehe und zuerst die Abschreibungen als Verteilung der Ausgabe nach der Leistungsabgabe in der betreffenden Periode ermittle. Daher ist dann auch das Befundverfahren statisch, weil die Veräußerungswerte auf diesem Wege festgestellt werden, die Abschreibungsmethode dynamisch.

Schmalenbach stellt in seiner Studie über das Bilanzrecht im Jahre 1916 fest, daß § 40 HGB keine Bewertung zu Veräußerungswerten verlange. Hätte Schmalenbach diese Untersuchung seiner Bilanzlehre vorangestellt, wäre die Unterscheidung in Vermögens- und Erfolgsermittlung wahrscheinlich unterblieben. Denn diese gründet sich doch darauf, daß Schmalenbach 1908 noch einen Gegensatz zwischen den §§ 39, 40 HGB und § 261 HGB sieht. Während in § 261 HGB nach Schmalenbach bis auf eine kleine Inkonsequenz grundsätzlich das Bestreben zu erkennen ist, daß das Handelsgesetz die Erfolgsermittlung wolle, spricht § 39 HGB von einer Vermögensaufstellung, für die gemäß § 40 HGB der gemeine Wert in Betracht kommt. Dies war ja auch die Auffassung der Juristen (bis Simon). Während diese aber behaupteten, der Kaufmann ermittle mit seiner Vermögensbilanz gemäß § 40 HGB einen richtigen Gewinn, verneint dies Schmalenbach und sagt, die Bilanz gemäß § 40 HGB (gemeiner Wert) habe nur als außerordentliche Bilanz ihre Berechtigung, bzw. man müsse am Jahresende die Vermögensbilanz, die Nachweise, welche Erlöse im Falle eines Konkurses im Zuge der Einzelveräußerung für das Vermögen zu erzielen wären, eben neben der Erfolgsermittlungsbilanz aufstellen. Da e i n e Bilanz nur entweder den Fortbestand o d e r den Konkursfall ins Auge fassen kann, ergab sich die Unvereinbarkeit von Vermögens- und Erfolgsermittlung, die "Begrenztheit statischer Bilanzziele"¹⁾ und ein unwissenschaftlicher "Dualismus"²⁾, wenn man versuchte, beide Zwecke zu vereinen. Auf diese Weise schob Schmalenbach die Bilanz mit gemeinen Werten, wie Osbahr feststellte, als außerordentliche Bilanz ab. Auch noch von einigen anderen Autoren³⁾

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7.A., S.79

2) ders., ebenda, S.80

3) Fiedler, F., a.a.O., S.295, 393

Gnam, A., Axiome, S.22

Großmann, H., Jahresabschluß, S.17, 25

Gsell, E., a.a.O., S.180

Hoffmann, A., a.a.O., S.270, 273, 291, 317

Horn, H., a.a.O., S.223

Kosiol, E., Bilanzreform, S.117

Leitner, F.: Bilanztechnik u. Bilanzkritik, 3.A., Walter de Gruyter & Co, Berlin 1919, S.7, 45, 47, 54 ff.

Piion, W., Wirtschaftsbetrieb II, S.170

Renz, E.: Die Bewertung des Anlagevermögens, Junker & Dünnhaupt Verlag, Berlin 1941, S.53

Rieger, W., Privatwirtschaftslehre, S.225

Sewering, K., a.a.O., S.2, 26 ff.

Sykora, G., a.a.O., S.203

wurde in der Folge der Unterschied zwischen Vermögens- und Erfolgsbilanz darin gesehen, daß in der Vermögensbilanz die Zeitwerte (Veräußerungswerte) in Ansatz kommen, in der Erfolgsbilanz Anschaffungswerte.

Schmalenbach hat selbstverständlich recht, wenn er den gemeinen Wert nur für Liquidationsbilanzen als zutreffend erachtet; er kann diese aber nicht "Vermögensbilanzen" nennen, im Gegensatz zu den mit Anschaffungswerten durchgeführten "Erfolgsbilanzen". Denn es ist doch etwas seltsam, daß man auf Grund eines richtigen Vermögenswertes zu einem falschen Erfolg gelangt, bzw. den richtigen Erfolg nicht auf Grund des richtigen Vermögensbegriffes errechnet. Schmalenbach hätte doch wohl auf den Gedanken kommen dürfen, daß, wenn er mittels der Anschaffungswerte den richtigen Erfolg errechnet, diese – solange der Betrieb weiterarbeitet – auch den Wert des Vermögens richtig darstellen. Weil jeder Erfolg durch den Vergleich zweier Stichtagsvermögen ermittelt wird, vermerken eine ganze Reihe von Autoren¹⁾ völlig zu Recht, daß es keinen Unterschied zwischen Vermögens- und Erfolgsermittlung geben könne, daß Vermögens- und Erfolgsermittlung untrennbar funktional miteinander verknüpft sind. Das ist im Grunde genommen, wie Borkowsky²⁾ vermerkt, eine simple arithmetische Frage! Auch Rieger³⁾ sagt treffend:

"Es gibt nur eines, was Schmalenbach von der ersten Zeile ab als seine grundlegende These hätte aufstellen dürfen: man hat einen falschen Vermögensbegriff gehabt; was in der Bilanz als Vermögen erscheint, ist etwas ganz anderes."

Um möglichen Mißverständnissen aus dem Weg zu gehen, mag festgestellt werden, daß es keinen Widerspruch darstellt, wenn Rieger hier ebenfalls der Meinung ist, es wäre

1) Antweiler, B.: Die dynamische Bilanz, ZfhF 1938, S.122

Berliner, M.: Statische und dynamische Bilanz, S.252

Beuck, W.: Bewertungsprobleme der Handels- und Steuerbilanz, BB 1947, S.68

Bott, K.: Bilanz des Kaufmanns, 7.A., Muth'sche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1941, S.9

Le coutre, W., Bilanzkunde, 1.A., S.91

Linhardt, H.: Die Begriffe Statik und Dynamik, ZfB 1926, S.349

Lion, M.: Die dynamische Bilanz, ZfB 1928, S.487, 491, 501

Nicklisch, H.: Dynamik, ZHuH 1920/21, S.245

Prion, W., Wirtschaftsbetrieb II, S.170, 171

Rieger, W.: Schmalenbachs Dynamische Bilanz, W.Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1954, S.35, 40

Ruchti, H.: Erfolgsermittlung und Bewegungsbilanz, ZfhF 1955, S.499

Schmidt, F., Betriebswirtschaftslehre, S.7,16,17

ders., Tageswertbilanz, S.47, 83, 285

Simon, H.V., a.a.O., S.318

Sommerfeld, H.: Die Wertansätze in der Inventur, Industrieverlag Späth & Linde, Berlin 1921, S.70

Sykora, G., a.a.O., S.207

Werner, F., a.a.O., S.88

Witschi, R., a.a.O., S.105

falsch, den § 40 HGB in Richtung auf einen gesetzlich gewollten Ansatz des Veräußerungswertes auszulegen, obwohl Rieger selbst eben diesen § 40 HGB für seine Theorie vom geldlichen Ende strapaziert. Riegers Theorie vom geldlichen Ende bedeutet nicht, daß bei Anlagen der (direkte) Veräußerungspreis in Ansatz kommen soll. Rieger will lediglich mit der Summe der tatsächlich insgesamt einmal eingehenden Abschreibungen bewerten. Er erfaßt hier den "Veräußerungswert" der Anlage indirekt, eben über die Abschreibung, ähnlich wie der Gebrauchswert, der allerdings — wie früher dargestellt — nicht die tatsächlichen, sondern die am Bilanzstichtag möglichen Erlöse "eskomptiert".

Nicklisch¹⁾ ist der Ansicht, daß die Bewertung von Anlagen bei Schmalenbach in guten Händen sei, daß es aber nicht notwendig wäre, darum den Mantel einer dynamischen Theorie zu hängen; eine vernünftige Bilanzlehre sei ebenso gut wie eine dynamische. Um aber einen theoretischen Unterschied aufrechtzuerhalten, der sachlich gar nicht existiert, muß Schmalenbach, wie Rieger²⁾ bemerkt, einige viertel, halbe und ganze Drehungen machen, bis er sich dem landläufigen Gewinnbegriff anschließen kann. Rieger³⁾ stellt ferner fest, daß die Unterscheidung in Vermögens- und Erfolgsermittlung "geradezu nichtsagend" sei und Schmalenbach nur "leeres Stroh dreschen" würde, "aus dem auch dann nichts herauskommt, wenn ein Xylophonvirtuose drischt."⁴⁾

Nicklisch⁵⁾ ist ferner der Auffassung, den Juristen könne man es verzeihen, daß sie (aber nur bis zu Simons Veröffentlichung 1886!) in der Vermögensbilanz eine Liquidationsbilanz sahen, weil ihre Einsicht in das Betriebsleben nicht so weit reichte. Bei Schmalenbach sei es aber einigermaßen verwunderlich, daß er dies veraltete(!) Problem wieder aufwerfe und "er kann bei denkenden Betriebswirtschaftern damit nicht einmal so glücklich sein, wie Galvani mit der Elektrisierung der toten Frösche". Leider hat Nicklisch hier nicht recht behalten. Gnam⁶⁾ (1948) und Gsell⁷⁾ (1947) sprechen auch heute noch vom Veräußerungswert als dem wahren Vermögenswert; Götze⁸⁾ ist noch 1952 der Meinung, § 40 HGB verlange den Veräußerungswert. Auch Kosiol⁹⁾ (1949) begibt sich auf gefährlichen Boden, wenn er der Ansicht ist:

"Die Bewertung in Erfolgsbilanzen geht vom Gedanken der Fortführung der Unternehmung aus, der nicht einmal die Unterstellung einer Veräußerung oder Liquidation zuläßt, sondern die Anschaffung oder Wiederanschaffung (im präzisierten pagatorischen Sinn) ins Auge faßt."

Fortsetzung von Seite 72

2) Borkowsky, R., a.a.O., S.87

3) Rieger, W., Schmalenbachs Dynamische Bilanz, S.132

1) Nicklisch, H., Dynamik, S.246, 241

2) Rieger, W., Schmalenbachs Dynamische Bilanz, S.100, 101

3) ders., ebenda, S.33, 34

4) ders., ebenda, S.21

5) Nicklisch, H., Dynamik, S.245

6) Gnam, H., Axiome, S.22

7) Gsell, E., a.a.O., S.180

8) Götze, H., a.a.O., S.62

9) Kosiol, E., Bilanzreform, S.117

Ein Musterfall für die Folgen der Theorie von der Erfolgsermittlung ist die Einheitsbilanz Sewerings. Sewering¹⁾ versucht eine Synthese zwischen außerordentlicher und ordentlicher, zwischen Vermögensbilanz zu Veräußerungswerten und der Gewinnermittlungsbilanz zu Anschaffungswerten dergestalt zu finden, daß zwar grundsätzlich zum Anschaffungswert zu bilanzieren sei, aber bei schlechtem Geschäftsgang immer stärker Veräußerungswerte zum Zuge kommen sollen, da die Möglichkeit einer Liquidation in greifbare Nähe rücke und der Gläubiger über die Vermögenswerte Aufschluß erhalten solle. Schmalenbach²⁾ nennt dieses Vorgehen wohl "einen besonders krassen Fall von Dualismus". Darüber soll hier aber nicht länger gesprochen werden. Sewering ist auf ein sachlich gar nicht existantes Problem eingegangen.

Wenn hier auch Schmalenbach scharf kritisiert wird, so soll doch nochmals vermerkt werden, daß das Ziel, für das sich Schmalenbach einsetzt, nämlich den Anschaffungswert gegenüber dem Veräußerungswert als maßgebende Wertvorstellung herauszustreichen, selbstverständlich in Ordnung ist. Damit unterscheidet er sich jedoch nicht von anderen Autoren seiner Zeit. Der Jurist Simon löste das Problem bereits 1886, und zwar richtig, indem er erklärte, der Veräußerungswert ist überhaupt kein richtiger Vermögensbegriff (es sei denn, der Betrieb werde tatsächlich liquidiert), im Gegensatz zu Schmalenbach, der den Anschaffungswert nur als einen der Erfolgsermittlung dienenden Wert bezeichnet. Was die Finanzwissenschaftler betrifft, gegen die Schmalenbach glaubt, sich wenden zu müssen,³⁾ so kann darauf hingewiesen werden, daß gemäß einer "Anweisung des Preussischen Finanzministers vom 25.7.1906 zur Ausführung des Einkommensteuergesetzes, betr. Gewinnberechnung bei kaufmännischer Buchführung" hierbei die Bewertungsgrundsätze eines ordentlichen Kaufmanns als maßgebend erachtet werden.⁴⁾ Berliner, von dem sich Schmalenbach angegriffen fühlt, hat in seiner damals bereits 30 bis 40 jährigen Praxis wohl nie daran gedacht, zum Veräußerungswert zu bewerten, denn er bezweifelt, daß es 1884 überhaupt nötig war, das Niederstwertprinzip in § 261 HGB ausdrücklich vorzuschreiben.⁵⁾ Schmalenbach und Berliner reden deshalb, was noch gesondert dargestellt werden soll, auch kräftig aneinander vorbei. Nicht umsonst bezeichnet Nicklisch die von Schmalenbach erneut aufgeworfene Frage des Veräußerungswerts 1920 als ein veraltetes Problem.

Unverständlich ist insbesondere, daß Schmalenbach die Unterscheidung in Vermögens- und Erfolgsermittlung nicht spätestens 1916 aufgibt. Er stellt doch in seiner Studie über das allgemeine Bilanzrecht selbst fest, daß der Veräußerungswert in § 40 HGB überhaupt nicht verlangt wird:

"Es ist keineswegs vorgeschrieben, daß die zu einem kaufmännischen Geschäft gehörenden Betriebsanlagen zum Zwecke der Bilanzaufstellung einer Abschätzung nach ihrem jeweiligen Verkaufswert unterzogen werden. Damit scheidet der gemeine Wert im Sinne von Verkaufswert unzweideutig als allgemeiner Bilanzwert aus, nicht nur für Betriebsanlagen.

1) Sewering, K., a.a.O., S.1 ff.

2) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7.A., S.80

3) ders., Dynamische Bilanz, 12.A., Vorwort

4) Berliner, M., Bilanzlehre, 3.A., S.98

5) ders., Bilanzlehre, 3.A., S.85

"Es ist auch für das allgemeine Bilanzrecht statthaft, Anlagen und sonstige Betriebsgegenstände ohne Rücksicht auf einen geringeren Wert zum Anschaffungs- oder Herstellungspreise anzusetzen, wenn ein der Abnutzung gleichkommender Betrag abgeschrieben wird." ¹⁾

Wenn also § 40 HGB dergestalt auszulegen ist, dann verlangt auch nicht § 39 HGB – der ja nach Schmalenbach (1911) im Widerspruch zu § 261 HGB steht, welcher die Gewinnermittlung vorschreibt –, daß die Vermögensaufstellung mittels Veräußerungswerten durchzuführen ist. Demzufolge ist eine Vermögensbilanz eine Aufstellung über die Ausgaben, die noch nicht Aufwand sind, also gleichzeitig die Bilanz, die logischerweise den richtigen Erfolg errechnet. Wieso deshalb die Unterscheidung in Vermögen- und Erfolgsermittlung in Bezug auf das Veräußerungswert-Problem dann dennoch in der ersten Auflage der Dynamischen Bilanz auftaucht und erst ab der achten gestrichen wird, ist nicht ersichtlich.

Kosiol²⁾ nennt Schmalenbachs Untersuchung über das Bilanzrecht eine bahnbrechende Forschung. Dem kann nicht zugestimmt werden, denn bereits Simon³⁾ versucht doch den Anschaffungswert in einer historischen Untersuchung – genau wie Schmalenbach⁴⁾ – als den Wert zu rechtfertigen, der schon immer gang und gäbe war. Allerdings ist auch Simons Untersuchung nicht vorbehaltlos zuzustimmen. Die Buchhaltungsschriftsteller Pacioli, de la Porte und andere kann Simon ebensowenig wie Schmalenbach als Beweis heranziehen, weil diese lediglich eine formale Bilanz, einen Bücherabschluß, aber keine periodische Gewinnrechnung erstellten; dies ergibt sich aus Simons Darlegungen selbst, worauf noch später eingegangen wird. Zweitens dürfte Simons⁵⁾ Behauptung kaum zutreffen, in der ganzen Welt gäbe es keine Aktiengesellschaften, die zum Veräußerungspreis bewertet hätten. Diese Behauptung kann nicht nachgeprüft werden, es erscheint aber unwahrscheinlich, daß die Aktienrechtsnovelle 1884 das Niederstwertprinzip vorgeschrieben hätte, wenn nicht die Juristen den Veräußerungswert für den wahren Wert gehalten hätten, was nicht ohne Einfluß auf die Praxis gewesen sein dürfte. Drittens vermerkt Osbahr, wie bereits erwähnt, daß das Niederstwertprinzip zwar jahrhundertlang Tradition gewesen sei, aber keineswegs einheitlich angewandt wurde. Immerhin vertrat Simon den Anschaffungswert und sagt, dieser sei der richtige Vermögenswert und "aus der Bilanz ergibt sich der Reingewinn oder Reinverlust als Ergebnis einer Vermögensberechnung".⁶⁾ Schmalenbach berechnet seinen Erfolg auch auf Grund des Vermögensvergleichs und mittels keines anderen Vermögensbegriff wie Simon.

Bereits vor Simon war in der Literatur der Gedanke einer "Betriebsbilanz", der Errechnung des Betriebsertrags aufgetaucht. Hierzu nimmt Simon⁷⁾ folgendermaßen Stellung:

1) Schmalenbach, E., Bilanzrecht, S.28

2) Kosiol, E., Bilanzreform, S.100

3) Simon, H.V., a.a.O., S.291 ff.

4) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7.A., S.62 ff.

5) Simon, H.V., a.a.O., S.300

6) ders., a.a.O., S.318

7) ders., a.a.O., S.409

"Man hat aus der Tatsache, daß bei Betriebsgegenständen nicht ein Veräußerungswert in die Bilanz eingestellt wird ... die Vermögensbilanz über den Haufen werfen wollen; man hat behauptet daß durch die Einstellung stabiler Konten (des Erwerbspreises), tatsächlich eine Betriebsbilanz an die Stelle der Vermögensbilanz trete." "Jene Ansicht verkannte aber die Bedeutung der kaufmännischen Bilanz, welche die individuelle Berücksichtigung der Zwecke des Gegenstandes bei dem Wertansatz nicht nur gestattet, sondern geradezu erheischt; sie interpretiert den Art.31 zu eng, da in diesem eine Anweisung darüber, nach welchen Grundsätzen der Wertansatz erfolgen soll, nicht enthalten ist und nicht enthalten sein sollte."¹⁾

Simon²⁾ vermerkt schließlich bezüglich der Betriebsbilanz v. Strombecks, daß auch dieser seinen Betriebserfolg auf Grund einer Vermögensbilanz errechne. Die unrichtige Unterscheidung in Vermögens- und Erfolgsermittlung existierte also sogar schon geraume Zeit vor Schmalenbach und Simon hat sie auch sachlich gerechtfertigt kritisiert.

2. Der fiktive Einzelwert als Vermögensbegriff

Die Frage des Gesamtwerts wurde oben aus der Darstellung ausgeklammert, denn hier handelt es sich um eine andere Vorstellung vom Gegensatz zwischen Statik und Dynamik, die bei Schmalenbach in späteren Jahren die Vermögensbilanz im Sinne des Zeit- bzw. Veräußerungswerts schließlich vollständig ablöst.

Die Aufteilung des Gesamtwerts auf die einzelnen Aktiva ergibt den fiktiven Einzelzeitwert. Schmalenbach³⁾ läßt keinen Zweifel darüber offen, daß diese Aufteilung unmöglich bzw. nur willkürlich vorzunehmen ist. Der fiktive Einzelzeitwert ist also von Rechtswegen zahlenmäßig nicht greifbar. Ferner wäre er nur retrograd zu errechnen, wenn man den Gesamtwert schon hat. Er ist also eine Größe, die zur Findung des Gesamtwerts nicht brauchbar ist; hat man aber den Gesamtwert, so ist der fiktive Einzelwert selbst ann nicht berechenbar. Auf Grund einer derartigen Sachlage bleibt Schmalenbach gar keine andere Wahl, als zu erklären, daß er die Verfolgung statischer Ziele, das heißt die Errechnung des Vermögens mittels der Bilanz, für unerreichbar halte.

Die Theorie von der Erfolgsbilanz ging zunächst vom Gegensatz zwischen Veräußerungswert und Anschaffungswert aus, bald trat der Reproduktionswert auf den Plan, und in der 1. Auflage der Dynamischen Bilanz⁴⁾ war es dann bereits ein "fundamentaler Fehler statischer Bilanzanschauung", daß man den Gesamtwert einer Unternehmung durch die Addition der einzelnen Sachwerte finden wollte; bis zur 7. Auflage versteht Schmalenbach unter Vermögensbilanzen beides, sowohl Veräußerungswert- als auch Gesamtwertbilanzen; in den späteren Auflagen ausschließlich nur mehr Gesamtwertbilanzen⁵⁾. Hierzu sind zwei Anmerkungen zu machen.

Unabhängig davon, wie man im einzelnen den Gesamtwert errechnet, enthält jede Ge-

1) Simon, H.V., a.a.O., S.410

2) ders., a.a.O., S.411

3) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7.A., S.171, 172

4) ders., Grundlagen, 1.A., S.83

5) ders., Dynamische Bilanz, 12.A., S.28 ff.

samtwertbilanz einen Überblick über die materiellen Vermögensgüter der Unternehmung, zuzüglich des die Sachwerte übersteigenden und die Bilanz zum Gesamtwert ergänzenden Mehrwerts, des sogenannten Firmenwerts. Die einzelnen Vermögensposten sind nach wie vor vorhanden und sie werden – zwar durch Befund überprüft – so aber doch nach denselben Grundsätzen bewertet, wie in ordentlichen Jahresbilanzen auch. Auch hier werden – von Liquidationsbilanzen abgesehen – Anlagen nur zu Anschaffungs- bzw. Tagesbeschaffungswerten abzüglich der erforderlichen Abschreibungen bewertet. Ein Unterschied zwischen Bilanzen, die den Gesamtwert der Unternehmung angeben, zu denen, die nur die Summe der einzelnen Vermögensgegenstände ausweisen, ist im Grundsätzlichen nicht vorhanden.

Während – beginnend mit dem Aufsatz über die Abschreibung bis zur 7. Auflage der Dynamischen Bilanz (hier allerdings nur "unter anderem") – der Unterschied zwischen Vermögens- und Erfolgsermittlung zunächst im Gegensatz zwischen Veräußerungs- und Anschaffungswerten zu sehen war, hat sich Schmalenbach später dazu entschlossen, den Unterschied darin zu sehen, daß in der Vermögensbilanz außer dem Vermögen der Erfolgsbilanz noch der den Substanzwert übersteigende Mehrwert berücksichtigt wird. Schmalenbach wechselt hier die Pferde vollständig. Weit besser wäre es gewesen, aus der Erkenntnis heraus, daß es einen Unterschied im Vermögensbegriff zwischen Bilanzen mit und ohne Firmenwert nicht gibt, die Unterscheidung in Vermögens- und Erfolgsermittlung über Bord zu werfen. Zwar ist der fiktive Einzelzeitwert in der Praxis tatsächlich einmal aufgetaucht, aber dann nicht deshalb, um damit in der Jahresbilanz das "Vermögen" zu errechnen. Berliner¹⁾ erwähnt diesbezüglich, daß der Begriff des Geschäftswerts der Kaufmannschaft erst allmählich klar geworden sei. Zuvor habe man sich gescheut, ihn als eigenes Aktivum anzusehen und zu bilanzieren. Um aber die erhöhte Kaufsumme beim Übergang eines Geschäftes irgendwie in der Eröffnungsbilanz unterzubringen, hat man den derivativen Firmenwert den Immobilien anteilig zugeschlagen, wodurch sich in der Folge höhere Abschreibungen ergaben, als wenn die Immobilien zu ihrem wahren Wert (Anschaffungswert abzüglich Abschreibungen) angesetzt worden wären.

Im übrigen wäre auch eine Bilanzierung des originären Firmenwerts für die "Erfolgsrechnung" gar nicht von Bedeutung. Der Substanzwert wird deswegen nicht nach anderen Grundsätzen bewertet. Daß die Schwankungen des Firmenwerts keinerlei Einflüsse auf den Erfolg haben dürfen, ist ganz klar. Dies vermerkt auch Schmidt²⁾, der sich sehr intensiv mit dieser Frage befaßt. Der Firmenwert kann ohne weiteres als Orientierungsposten in Erscheinung treten, etwa wie Avale "unter dem Bilanzstrich". Auf diese Weise läßt sich sehr wohl das Gesamtvermögen ausweisen und trotzdem der Jahreserfolg ordnungsgemäß ermitteln; die Unterscheidung in Vermögens- oder Erfolgsermittlung in diesem Sinne ist nicht zwingend. Wenn man sich auch diese Mühe meist nicht macht, so bestehen doch keine grundsätzlichen Unterschiede. Berliner³⁾ meint aber, daß sich diese Mühe unter Umständen sogar lohnt, nämlich im Hinblick auf den Tod des Einzelkaufmanns oder eines Gesellschafters. Schätzen die Beteiligten in der jährlichen Bilanz den derzeitigen Firmenwert ab, so können unersprißliche Streitigkeiten im Erbfolge ver-

1) Berliner, M.: Vergütung für den Wert des Geschäfts, Hahnsche Buchhandlung, Hannover 1913, S. 18, 19

2) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S. 76, 233

3) Berliner, M., Vergütung, S. 26, 27

vermieden werden.

Auch aus einem zweiten Grunde ist es abzulehnen, wenn Schmalenbach später den Unterschied zwischen Vermögens- und Erfolgsermittlung auf der Idee des Gesamtwerts aufbaut. Bereits in der 1. Auflage war es ein fundamentaler Fehler, wenn man den Gesamtwert durch die Addition der Einzelwerte zu errechnen trachtete, und in der 12. Auflage wird dies den Statikern und Subjektivisten Scheffler und Simon – also nun ausgerechnet Autoren, die sich für die auch von Schmalenbach vertretene Bewertung des Vermögens zu Anschaffungswerten einsetzten – immer noch vorgeworfen.¹⁾ Es muß hierzu festgestellt werden: Selbst jene, die allenfalls als "Statiker" zu bezeichnen wären²⁾, weil sie einen falschen Wert, den Veräußerungswert vertraten, bemühten sich lediglich, über die richtige Bewertung des einzelnen Gutes ins Reine zu kommen. Ihre auf den Gläubiger bzw. die Einzelliquidation abgestellte Bewertung verbietet ihnen geradezu eine Gesamtwertvorstellung. Es ist völlig gegenstandslos, wenn Schmalenbach irgendwelchen Autoren und besonders Scheffler und Simon unterstellt, ihr Trachten zielt auf die Feststellung eines Gesamtwerts ab. Wenn von Vermögensermittlung gesprochen wurde, dachte man an eine richtige Bewertung der Aktiva – von der Ermittlung eines Gesamtvermögens sprach man nicht; dieser Ansicht sind beispielsweise auch Isaac³⁾ und Prion⁴⁾. Ferner meint Schmalenbach⁵⁾ doch selbst, das bilanzmäßige Vermögen drücke den Wert des Geschäfts nicht aus und solle es auch gar nicht. Warum muß er dann jenen, die, wie er selbst, die Bilanzposten "Vermögen" nennen, eine Gesamtwertidee unterstellen, wenn sie von Vermögensermittlung sprechen?

Selbst jenen Veräußerungswert-Juristen ist doch folgendes zugute zu halten: Der § 39 HGB verlangt vom Kaufmann eine Bilanz, in der er "den Wert der einzelnen Vermögensgegenstände anzugeben" hat. Wenn man auch der Meinung sein kann, daß seinerzeit die Juristen wenig Einblick in das Betriebsleben hatten und den Veräußerungswert für den wahren Wert hielten, so wäre ihnen doch immerhin zuzubilligen, daß sie ihre eigene Materie kannten: Wenn sie also nach dem "Vermögen" forschten, so gingen sie bestimmt von der vorgeschriebenen Einzelbewertung aus.

Eine gegensätzlich statische Auffassung, wie sie Schmalenbach in der 12. Auflage seiner Dynamischen Bilanz benötigt, gibt es nicht. Wird andererseits in der Jahresbilanz der Gesamtwert der Unternehmung in der Form angegeben, daß der originäre Firmenwert zusätzlich vermerkt wird, so wird hierdurch die Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände nicht beeinflußt. Ein notwendiger Gegensatz zwischen der Ermittlung des Umsatzerfolgs und des Gesamtwerts besteht nicht.

3. Der Gebrauchswert als Vermögensbegriff

In der Darstellung der historischen Entwicklung der Vermögensbilanz taucht bei Schmalen-

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7.A., S.329, 12.A., S.22

2) Berliner, M., Statische und dynamische Bilanz, S.254, 255

3) Isaac, A.: Bilanzen und Bilanztheorien, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden 1952, S.8

4) Prion, W., Wirtschaftsbetrieb II, S.167

5) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7.A., S.85

bach auch der Gebrauchswert als statischer, der Vermögensermittlung dienender Wertbegriff auf. Schmalenbach¹⁾ zufolge wandten sich Scheffler und Simon gegen die zu ihrer Zeit herrschende Meinung, in der Jahresbilanz müsse man mit gemeinen Werten operieren und forderten zwar beim Umlaufvermögen nach wie vor den Tauschwert, beim Anlagevermögen jedoch den Gebrauchswert. Schmalenbach nennt diese beiden Autoren Subjektivisten, weil sie gegenüber dem objektiven Wert, dem Veräußerungswert, die individuelle Bedeutung der Anlagegüter – Gebrauch, nicht Veräußerung – geltend machten. Dies sei ein dynamischer Grundzug, dem auch er sich anschließe, nur sei es nicht richtig, daß grundsätzlich der (absolute) Gebrauchswert in Ansatz käme, sondern die Verteilung der Abschreibungen nach der Gebrauchsfähigkeit erfolge.²⁾ Schmalenbach³⁾ meint deshalb:

"Die Subjektivisten erkannten dagegen nicht, daß der Bilanzwert von den Kosten ausgeht. Der subjektive Wert hat mit den Kosten ebensowenig zu tun wie der objektive (d.h. der gemeine Wert; der Verf.). Auch die Subjektivisten gehören nach ihrer offiziellen Theorie zu den Statikern."

Wieso Schmalenbach⁴⁾ dann allerdings, unmittelbar nachdem er Scheffler als Subjektivisten bezeichnet, sagen kann, daß für diesen bei Anlagen "lediglich (!) der Kostenwert in Frage" komme, ist ziemlich unerfindlich. Auch was Simons Bewertungslehre betrifft wurde bereits festgestellt, daß er grundsätzlich zum Anschaffungswert und nicht etwa, wie Schmalenbach meint, beim Umlaufvermögen zum Tauschwert und beim Anlagevermögen zum Gebrauchswert bewertet.

Es kann festgestellt werden: Eine Bilanzierung des Vermögens in der ordentlichen Jahresbilanz dergestalt, daß beim Umlaufvermögen grundsätzlich der erzielbare Einzelveräußerungspreis, bei Anlagen der Gebrauchswert in Ansatz käme, ohne Rücksicht ob die betreffenden Werte etwa die der vorangegangenen Bilanz oder den Anschaffungswert übersteigen – welche Vorstellung sich wohl am ehesten mit dem Begriff einer Bilanz vereinigen ließe, die im Gegensatz zur Erfolgsbilanz das wahre Vermögen auszuweisen habe – wurde nicht vertreten, jedenfalls insbesondere nicht von den Autoren, die Schmalenbach hierfür namentlich nennt. Da der Vermögensbegriff bei Scheffler und Simon der gleiche ist wie bei Schmalenbach, ist eine Unterscheidung in Vermögens- und Erfolgsermittlung nicht erforderlich bzw. möglich.

An dieser Stelle soll noch kurz darauf eingegangen werden, daß im Steuerrecht zur Berechnung des steuerpflichtigen Vermögens gemäß § 10 BewG der gemeine Wert (erzielbare Einzelveräußerungspreis) maßgebend ist – so nichts anderes vorgeschrieben. Dies ist nicht etwa als eine statische Reminiszenz aus den Jahren um 1884 zu werten, denn vermögensteuerpflichtig ist auch anderes Vermögen als das Betriebsvermögen und für letzteres gilt gemäß §§ 12, bzw. 66 BewG ohnehin der Teilwert, also die gleiche grund-

1) Schmalenbach, E., 7.A., S.65, 66

2) ders., Grundlagen, 1.A., S.24, 25
ders., Zweck, S.386

3) ders., Dynamische Bilanz, 7.A., S.66

4) ders., ebenda, 7.A., S.66
ders., ebenda, 12.A., S.22

sätzliche Wertvorstellung wie im Einkommensteuerrecht bei der Ermittlung des Jahreserfolgs. Denn wenn man den Erfolg gemäß § 4 EStG durch den Vergleich des Betriebsvermögens am Anfang und am Ende des Jahres richtig errechnet haben will, kann man nicht an anderer Stelle erklären, daß das richtige Vermögen in Wirklichkeit etwas ganz anderes sei. Dem widerspricht nicht, daß beispielsweise bei Grundstücken der Einheitswert auf der Preisbasis von 1935 errechnet wird, während dies in der einkommensteuerlichen Bilanz u.U. mit einem höheren Anschaffungswert zu Buche steht. Denn das effektive Preisniveau ist für die auf der Einheitsbewertung aufbauenden Steuern (Vermögensteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer) gleichgültig, da man ja entsprechend mit den Steuer- bzw. Hebesätzen operieren kann, ohne sich die Mühe einer Neufeststellung zu machen, die an sich vorgehen ist.¹⁾ Also gibt es auch hier keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen Vermögens- und Erfolgsbilanzen.

4. Der Tagesbeschaffungswert als Vermögensbegriff

Schmalenbach verwendet den Begriff des Zeitwerts ursprünglich nur für den "zeitigen Verkaufswert", den Veräußerungswert, später jedoch leider auch für andere Wertarten, so daß dieser dann zu einer undefinierten Größe wird. Schmalenbach²⁾ spricht später vom Zeitwert als dem Wert ganzer Wirtschaftseinheiten – dessen Verteilung auf die einzelnen Aktiva den fiktiven Einzelzeitwert ergibt – und von Beschaffungszeitwerten sowie demzufolge von Veräußerungszeitwerten. Wenn also Schmalenbach³⁾ beispielsweise seine "Zeitwertabschreibung" entwickelt, so bleibt offen, welcher Zeitwert nun eigentlich gemeint ist, und das um so mehr als Schmalenbachs Darstellung nicht widerspruchsfrei ist, auch wenn es sich wahrscheinlich um Beschaffungszeitwerte handeln dürfte. Schmalenbach⁴⁾ erwähnt nämlich als Schwierigkeit der Zeitwertabschreibung die Aufteilung des Gesamtwerts auf die einzelnen Güter, aber es ist sonst sehr viel von Marktpreisen die Rede⁵⁾, die andererseits ja ebenfalls als Zeitwerte definiert werden.⁶⁾ Außerdem ist anzunehmen, daß Schmalenbach zwar mehr als den Anschaffungswert, keinesfalls aber mehr als den Wiederbeschaffungswert, also etwa den fiktiven Einzelzeitwert, abschreiben will, weil sonst effektiv mehr "Kosten" – nämlich zusätzlich Erträge – in Ansatz kämen, als tatsächlich auch nach organischen Vermögensbegriffen anfielen. Dagegen spricht ferner, daß Schmalenbach⁷⁾ den Wiederbeschaffungszeitwert, oder im Fall abständiger Anlagenteile auch den Veräußerungszeitwert, ausdrücklich an Stelle des fiktiven Einzelzeitwerts setzen will, obwohl er eingangs derselben Seite sagt, daß an Stelle des "Zeitwerts" der "fiktive Zeit-

1) In jüngster Zeit wurde eine Angleichung der Einheitswerte an das derzeitige Preisniveau diskutiert. Sie unterblieb aber, weil man fürchtete, daß die Gemeinden dann nicht mit ihren Hebesätzen entsprechend herabgehen würden, weil sie über diese geräuschlose Steuererhöhung nicht unglücklich wären.

2) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7.A., S.171, 172

3) ders., ebenda, S.183

4) ders., ebenda, S.187

5) ders., ebenda, S.168

6) ders., ebenda, S.170

7) ders., ebenda, S.190

wert" der einzelnen Gegenstände zu treten habe. Fiktiver Einzelzeitwert könnten die Wiederbeschaffungs- und Veräußerungszeitwerte sein, wenn nicht diese wiederum den fiktiven Zeitwert ersetzen sollten.

Abgesehen von den hier geschilderten Widersprüchen hat jedenfalls die Tatsache, daß Schmalenbach unter dem Begriff des Zeitwerts als wahren Vermögenswert ursprünglich Veräußerungswerte, später aber auch Wiederbeschaffungswerte versteht und daß er Schmidt einen Dualisten nennt,¹⁾ der Vermögen und Erfolg in einer Bilanz errechnen will, in der Literatur einige entsprechende Fehlmeinungen ausgelöst. So behauptet beispielsweise Mahlberg²⁾ gegenüber der Bewertung zu Tageswerten nach Schmidt:

"(Schmidt) will ohne Rücksicht auf Über- oder Unterpreise nur den Tageswert gelten lassen, damit der Unternehmer von diesem Liquidationsstandpunkt (!) aus betrachten kann, ob es sich lohnt, den Betrieb fortzuführen oder aufzugeben. Das ist heute eine gewiß mehr als sonst notwendige Rechnung, aber die beiden Komponenten der Arbitrage sind doch folgende: 1. Das Kapitalergebnis einer Liquidationsbilanz in Verbindung mit der zu erwartenden Verzinsung dieses Liquidationskapitals aus anderweitiger Anlage und 2. die Bilanz unter der Annahme, daß der Betrieb weiterbestehen soll, und unter Berücksichtigung der sich alsdann ergebenden Verzinsung. Das letztere bedeutet keineswegs, das erster zu lassen, aber es ist nicht möglich, beide Komponenten durch ein und dieselbe Bilanz zu erkennen, ganz abgesehen davon, daß Schmidt in seiner Bilanz die wirklichen Liquidationskonsequenzen rechnungsmäßig nicht erfaßt, sondern den Neu-Tagespreis z.B. einer in Gebrauch befindlichen Maschinenanlage fiktiv als Liquidationsergebnis unterstellt. Wenn man nun eine "Liquidations"-Bilanz aufstellt, wie Schmidt (!), leiden die anderen, mit der Jahresbilanz verfolgten Zwecke Not." "Auch bei der im folgenden vorgeschlagenen dynamischen Bilanzbewertung in Goldmark wird der Wertzustand der Endbilanz festgestellt und mit der Anfangsbilanz verglichen, aber der fundamentale Unterschied liegt darin, daß nicht eine Liquidation, sondern der Weiterbestand des Unternehmens unterstellt wird."³⁾

Diese unhaltbare Auffassung führt dazu, daß Mahlberg⁴⁾ den Begriff des "etatsmäßigen Tagespreises" für seine dynamische Goldmarkbilanz benötigt. Dieser steht im Gegensatz zum "Liquidationsstandpunkt" Schmidts. Zwar geht Mahlberg in der Berechnung des etatsmäßigen Tagespreises im Unterschied zu Schmidt von Indexziffern aus, aber je spezieller diese werden, umso mehr nähern sie sich dem Tageswert. Schmidt kann aber keinesfalls ein Liquidationsstandpunkt unterstellt werden. Da dieser nicht zum gemeinen Wert bilanziert und sich Mahlbergs etatsmäßiger Tagespreis als Vermögensbegriff vom Tageswert Schmidts grundsätzlich nicht unterscheidet, müßte Mahlberg Schmidt zu den "Dynamikern" rechnen (wobei unter Statik nicht "Vermögensermittlung", sondern ein falscher Vermögensbegriff zu verstehen ist). Man wird in der organischen Bilanz ziemlich vergeblich nach dem "Liquidationsstandpunkt Schmidts" suchen, Mahlberg leitet ihn wohl nur aus der Dynamischen Bilanz her.

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7.A., S.80

2) Mahlberg, W.: Bilanztechnik und Bewertung bei schwankender Währung, 2.A., G.A. Glöckner Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1922, S.136, 137

3) ders., ebenda, S.122

4) ders., ebenda, S.121

Die gleiche Problematik wird auch von Sewering tangiert. Er versteht bekanntlich unter der Vermögensbilanz eine Bilanz zu Veräußerungswerten, unter Erfolgsbilanz eine zu Anschaffungswerten. Sewering¹⁾ wirft nun Schmidt vor, daß "der hierdurch entstehende Zwiespalt zwischen Statik und Dynamik auch von ihm nicht gelöst worden sei". Es war aber gar nicht die Absicht Schmidts, eine Liquidationsbilanz mit einer ordentlichen Jahresbilanz zu verschmelzen. Schmidt glaubt einen richtigeren Vermögensbegriff, den Tagesbeschaffungswert anstelle des nominellen Anschaffungswertes, gefunden zu haben; eine Synthese zwischen Anschaffungs- und Veräußerungswert liegt ihm völlig fern. Entsprechend äußert Walb²⁾ die Ansicht, daß den Bemühungen, Vermögen und Erfolg in einer Bilanz darzustellen, von vorneherein der Erfolg versagt bliebe, und er erwähnt hier Schmidt und Sewering. Man kann aber beide nicht in einem Atemzug nennen, weil zwar Sewering unter einer Vermögensbilanz wirklich das versteht, was Schmalenbach Vermögensermittlung nennt, nämlich den Ausweis gemeiner Werte, Schmidt aber sagt: mit der Bewertung zu Anschaffungswerten im Gegensatz zu Tagesbeschaffungswerten kann man Vermögen und Erfolg nicht richtig errechnen (Scheinerfolge!)

Ebenfalls auf eine unsaubere Trennung von Veräußerungs- und Tagesbeschaffungswerten dürfte die Äußerung Kosiols³⁾ basieren, daß Schmidt die Verbindung von Vermögens- und Erfolgsrechnung nicht gelöst und die statische Vermögensrechnung nur "äußerlich aufgepfropft, ohne zwangsläufigen Zusammenhang lediglich nebenhergeschaltet" habe. Die Tatsache, daß Schmalenbach bei Spekulationsvorräten den Zeitwert propagiert, veranlaßt Kosiol aber dazu,

"den pagatorischen Wertbegriff zu erweitern und auch den Tageswert in die pagatorische Bewertungsidee einzuordnen."⁴⁾ "Fehlen Zahlungsvorgänge, so müssen sie zwecks Ermittlung eines pagatorischen Wertes unterstellt werden, indem die Geldwertbewegung fingiert oder gedacht wird, als ob sie sich im ursprünglichen Zeitpunkt der Entstehung vollzogen hätte." Für die Periodenerfolgsrechnung ist es notwendig, "mit unterstellten oder fiktiven pagatorischen Werten zu arbeiten, da sonst Störungen in der sachgemäßen Periodisierung der Aufwände und Erträge auftreten." "Grundsätzlich sind derartige zahlungsfreie Wertbewegungen als realisiert anzusehen." "Der Tageswert ist nicht ein einziges und eindeutiger Wert, sondern es gibt für den einzelnen Bilanzgegenstand so viel Tageswerte wie man Stichtage wählt, für die sie gelten. Eindeutigkeit gewinnt der Tageswert erst für den Bewertungszeitpunkt, auf den der bezogen wird. Vom Standpunkt des Stichtages aus erscheint der Tageswert als gegenwärtiger pagatorischer Wert (Gegenwartswert)."⁵⁾ "Der Anschaffungswert erscheint als kardinaler Sonderfall (!) des allgemeinen pagatorischen Stichtagswertes."⁶⁾ "Der pagatorische Erfolgsbegriff beruht, wie früher ausgeführt wurde, auf dem Gedanken der nominalen Kapitalerhaltung. Er kommt in reiner Form im realisiert-pagatorischen Erfolg der Anschaffungs-

1) Sewering, K., a.a.O., S.37

2) Walb, E., Erfolgsrechnung, S.113

3) Kosiol, E., Bilanzreform, S.22

4) ders., ebenda, S.114

5) ders., ebenda, S.115

6) ders., ebenda, S.116

wert-Rechnung zum Ausdruck." ¹⁾ "Ganz anders liegen die Dinge bei der Tageswert-Rechnung. Infolge der Ertragsantizipation (!) ist die nominale Kapitalerhaltung nicht mehr gewährleistet. Es werden unrealisierte Gewinne (!) ausgewiesen die das investierte Kapital angreifen, falls sie ausgeschüttet werden. Der Erfolgsbegriff löst sich hier unmerklich von der pagatorischen Grundlage der Einnahmen und Ausgaben und umschließt auch Bewertungsdifferenzen als solche. Die früher hervorgehobene statische Verzerrung der Erfolgsrechnung tritt ein, indem das Realisationsprinzip (!) völlig aufgehoben wird. Daher besteht eine zwingende Notwendigkeit, realisierte und unrealisierte Erfolge zu trennen, um die dualistische Verkoppelung von tageswertiger Vermögensrechnung und pagatorischer Erfolgsrechnung zu beseitigen. Die Tagesbewertung der Bilanzbestände wird zum Störungselement und kann daher nur nebenher durchgeführt werden. Sie wird äußerlich übergestülpt, indem die Abweichungen gegenüber dem Anschaffungswert auf einem Sonderkonto zusammengefaßt werden, das die Bewertung der unrealisierten Erfolgs (!) wiedergibt. Damit sinkt die Tageswertrechnung in der Erfolgsbilanz zu einer Parallelrechnung herab, die von der Erfolgsermittlung unabhängig gehalten werden muß. Diesen Weg bestreitet darum auch F. Schmidt, soweit es sich um die statischen Wertänderungen handelt." ²⁾ "Die Tageswertbilanz ist mit nominaler Kapitalerhaltung unvereinbar und daher als pagatorische Bilanz abzulehnen." ³⁾

Die Erfolgsbilanz hat nach Kosiol pagatorischen Charakter — der Begriff des pagatorischen Werts muß auch auf den Tageswert ausgeweitet werden, ja der Anschaffungswert ist nur ein pagatorischer Sonderwert, ein pagatorischer Wert an einem der möglichen vielen Stichtage — der pagatorische Tageswert ist in der pagatorischen Erfolgsbilanz abzulehnen — irgendwie widerspricht sich Kosiol. Entweder man beschränkt den pagatorischen Begriff auf den nominellen Anschaffungswert, dann müßte Kosiol neben Schmidts Tageswert-Rechnung auch Schmalenbachs Zeitwert bei Spekulationsgütern ablehnen, oder der Tageswert ist effektiv pagatorisch, und dann hat er als pagatorischer Wert in einer pagatorischen Bilanz seinen Platz.

Hauptsächlich ist hier jedoch darauf hinzuweisen, daß die Schmidtsche Organik mit der Erfassung von echten Erfolgen — so wie Schmalenbach das bei spekulativen Vorräten anstrebt — nichts zu tun hat. Schmidt beschäftigt sich mit der Veränderung der Tagesbeschaffungswerte, nicht der Veräußerungswerte, gegenüber dem Anschaffungswert. Warum außerdem bei Schmidt eine "statische Verzerrung" eintritt, obwohl er ja gerade die Veränderung der Beschaffungspreise erfolgsneutral verbucht, und warum nicht bei Schmalenbach, der die Zeitwerteinflüsse bei Spekulationsgütern absichtlich erfolgswirksam werden lassen will, wäre recht interessant zu wissen. Kosiol ⁴⁾ sagt andererseits zwar ganz deutlich, daß es in der von Schmidt vertretenen Tageswertbilanz "keine unrealisierten Erfolgseinflüsse" gebe, weil diese auf einem eigenen Kapitalkonto erfaßt würden, es ist aber nicht richtig, wenn er der Meinung ist, Schmidt neutralisiere "unrealisierte Erfolge"; denn Schmidt befaßt sich ja gar nicht mit Veräußerungswerten, sondern neutra-

1) Kosiol, E., Bilanzreform, S.119

2) ders., ebenda, S.120

3) ders., ebenda, S.121

4) ders., ebenda, S.113

lisiert die Veränderung der Beschaffungspreise als Scheinerfolge und dies nicht nur nebenher, sondern als unumgängliche Voraussetzung für eine korrekte Ermittlung der realisierten Erfolge.

Klarheit über die Begriffe Zeitwert und Statik findet man bei Prion¹⁾. Er bemerkt zur Frage des Anschaffungs- oder Tageswerts:

"Nicht eigentlich eingeschlossen ist die Meinung, daß es sich um die Vermögensbilanz der Statiker handle, bei der statt der Anschaffungspreise allgemein die Zeitwerte, das sind in der Regel die Verkaufspreise, eingesetzt werden müßten."

Prion macht hier deutlich, daß zwischen dem "Zeitwert" Schmidts, dem Tageswert, und dem Veräußerungswert ein Unterschied besteht.

Schmidt²⁾ mag an jenen unklaren Vorstellungen von Vermögens- und Erfolgsermittlung nicht ganz unschuldig sein, weil er von der Bewertung zu Tageswerten als einer Einheitsbilanz spricht, obwohl er nur – wie Schmalenbach den Anschaffungs- gegenüber dem Veräußerungswert – den Tageswert gegenüber dem Anschaffungswert als richtigeren Vermögensbegriff proklamiert; denn bei nominalistischer Einstellung ermittelt ja auch die Anschaffungswertbilanz Vermögen und Erfolg, ist diese ebenfalls Einheitsbilanz. Andererseits läßt Schmidt³⁾ aber keinerlei Zweifel darüber offen,

"daß Vermögensrechnung und Erfolgsrechnung in einem unlösbaren Zusammenhang stehen, weil jeder Umsatz Vermögensteile in Bewegung setzt und jede Rechnung falsch werden muß, die den Vermögensteil der Umsatzrechnung mit einem anderen als den richtigen Wert zuführt"

und daß ihm deshalb Schmalenbachs Anschaffungswertrechnung "nicht dynamisch genug" ist, daß man auf eine korrekte Erfassung des Vermögens gerade dann nicht verzichten kann, wenn man den Erfolg ermitteln will. Ähnlich ist auch le Coutre⁴⁾ der Meinung, daß Schmidt nur insofern auf dem Boden statischer Bilanzauffassung stehe, als er die Bilanz als Darstellung des tatsächlich vorhandenen Vermögens betrachte, daß er im übrigen dabei gerade auch auf die Errechnung des reinen Umsatzerfolges abziele und somit den dynamischen Anforderungen Rechnung trage. Wall⁵⁾ rechnet Schmidt deshalb ebenfalls zu den "Dynamikern".

Schmalenbach versteht unter einer Vermögensbilanz eine Aufstellung über die im Konkursfall zur Befriedigung der Gläubiger erzielbaren Erlöse, wobei je nach den Umständen des Einzelfalls entweder die Einzelliquidation oder die Veräußerung der Unternehmung im Ganzen zu unterstellen ist. Demzufolge meint Hoffmann⁶⁾:

"Der statische Zweck, den Schmidt in Verkoppelung mit dem Dynamischen der Bilanz zuweist, das jeweilige Vermögen der Unternehmung aufzuzeigen, wird nur halb

1) Prion, W., Wirtschaftsbetrieb II, S.170, 171

2) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.285

3) ders., Betriebswirtschaftslehre, S.16, 17

4) Le Coutre, W., Bilanzkunde, 1.A., S.118

5) Wall, F.: Grundsätzliche Erwägungen zur Handels- und Steuerbilanz, C.E.Pöschel Verlag, Stuttgart 1952, S.11

6) Hoffmann, A., a.a.O., S.328

erreicht; denn das Unternehmungsvermögen ist nicht die bloße Summe der reproduzierbaren Unternehmungsgegenstände."

Hoffmanns Kritik ist aber gegenstandslos, weil Schmidt, ebenso wenig wie die Juristen seinerzeit den Veräußerungswert, den Tageswert keineswegs deshalb fordert, um hiermit den Gesamtwert der Unternehmung zu ermitteln.

Ähnlich wie Hoffmann meint auch M. Horn¹⁾, die organische Bilanz sei deshalb keine Einheitsbilanz, weil die Vermögensermittlung zugunsten der Erfolgsermittlung geopfert sei, was er damit zu begründen glaubt, daß Schmidt bestimmte immaterielle Vermögenswerte unberücksichtigt läßt. Nun will aber gerade Schmidt in der Jahresbilanz auch immaterielle Werte — ohne Einwirkung auf den Erfolg — darstellen, während Horn²⁾ seinerseits eine (nominelle) "Vermögensbilanz" vertritt — ohne Berücksichtigung immaterieller Werte!

Als Ergebnis ist festzuhalten: Wohl hauptsächlich infolge der verschiedenen Verwendung des Begriffes "Zeitwert" durch Schmalenbach wurde Schmidts Tageswertrechnung von einigen Autoren irrtümlicherweise mit einer Bilanzierung von Veräußerungswerten in Berührung gebracht; andererseits wird unter dem Einfluß Schmalenbachs auch gegen Schmidt eingewandt, daß eine Bilanz mit Tagesbeschaffungswerten nicht den Gesamtwert angebe, was zwar richtig, aber nicht beabsichtigt ist. Was nun Schmidts "Beschaffungszeitwert" betrifft, dessentwegen er von Schmalenbach als Statiker und Dualist bezeichnet wird, so ist wie bezüglich des Gegensatzes Veräußerungswert — Anschaffungswert darauf hinzuweisen, daß es sich nicht darum handeln kann, ob das Vermögen oder der Erfolg ermittelt werden soll, sondern nur darum, welcher der beiden Wertbegriffe eine richtige Berechnung von Vermögen und Erfolg garantiert. In dieser Hinsicht ist beispielsweise nichts gegen Wyders Auffassung von der Tageswertrechnung einzuwenden:

"Eine solche Rechnung lohnt sich nach der Ansicht der Theoretiker der dynamischen Bilanz nicht, da die zweckmäßige Vermögensrechnung, wie Schmidt glaubt und als Voraussetzung für eine richtige Erfolgsermittlung ansieht, durch die Tageswertbilanz nicht dargestellt wird."³⁾

Ob man den Tagesbeschaffungswert als richtigen Vermögensbegriff anerkennt oder nicht — darüber läßt sich streiten; die entsprechenden Erörterungen sind in Teil C zu finden. Jedenfalls stellt Wyder dar, daß die richtige Vermögensermittlung die Voraussetzung für eine richtige Erfolgsermittlung ist. Die Unterscheidung in Vermögens- und Erfolgsermittlung im Sinne eines Gegensatzes zwischen Tagesbeschaffungs- und Anschaffungswert hätte sich Schmalenbach insbesondere deshalb schenken können, weil er ja selbst erkannte, daß die in den Inflationsjahren nach dem ersten Weltkrieg auf Basis der nominellen Anschaffungswerte erstellten Erfolgsrechnungen völlig unrichtige Gewinne, nämlich die bekannten Scheingewinne, auswiesen und er eine entsprechende Indexkorrektur vorschlug.

1) Horn, M., a.a.O., S.36

2) ders., a.a.O., S.16

3) Wyder, E., a.a.O., S.90

Diese stellte eine völlige Paralle zur Schmidtschen Tageswertrechnung dar, was in Teil C dargestellt wird, nur daß Schmidt statt eines generellen Geldwertindex die speziellen Indices der einzelnen Gütergruppen verwendet.

5. Das Niederstwertprinzip – "statisch" oder "dynamisch"

Bezüglich des Niederstwertprinzips ist sich die Literatur nicht ganz einig, ob dies nun ein "statischer" oder "dynamischer" Bewertungsgrundsatz sei, ob es der Ermittlung des Vermögens oder des Erfolgs diene. So ist beispielsweise Aufermann¹⁾ der Ansicht, Schmalenbach habe dem Niederstwertprinzip "geradezu eine Grabhymne gesungen" und das Niederstwertprinzip bringe einer Bilanz den statischen Charakter.²⁾ Schmalenbach³⁾ spricht aber (zumindest in der 12. Auflage) vom Niederstwertprinzip im Sinne einer "guten Bilanzkultur". Schmalenbach erkennt nämlich das Niederstwertprinzip durchaus an, er berücksichtigt es nur auf seine Weise: ständige leichte Unterbewertungen sollen eine entsprechend fallweise Auswirkung des Niederstwertprinzips unterbinden. Das Niederstwertprinzip ist bei Schmalenbach nicht schlechthin "statisch", höchstens seine Handhabung; aber selbst Schmalenbach⁴⁾ kommt um außerordentliche Abschreibungen nicht ganz herum und hält eine Verteilung der Nachholabschreibungen nicht für richtig, obwohl es ihm von "dynamischen" Standpunkt aus einiges Unbehagen verschafft.

Neben Aufermann verbinden auch Hauck⁵⁾, H. Horn⁶⁾, und Kalveram⁷⁾ das Niederstwertprinzip mit dem Begriff der Statik, während Kosiol⁸⁾ der Meinung ist:

"Das Niederstwertprinzip ist kein statischer Bewertungsgrundsatz, sondern ein traditionell überliefertes Gestaltungsmittel der Erfolgsbilanz."

Auch Lion⁹⁾ ist der Meinung, das Niederstwertprinzip sei ein dynamischer Grundsatz.

Was die hier in der Literatur existierende Meinungsverschiedenheit betrifft, kann an die bisherigen Feststellungen erinnert werden, nämlich daß ein Unterschied zwischen Vermögens- und Erfolgsermittlung nicht denkbar ist und demzufolge die Frage, ob das Niederstwertprinzip, ein Grundsatz ordnungsmäßiger Buchführung bzw. richtiger Bewertung, "statisch" oder "dynamisch" sei, irrelevant ist. Immerhin soll versucht werden, die Frage zu klären, wieso es zu dieser Auseinandersetzung kommen konnte.

Die Begründung dafür, daß das Niederstwertprinzip ein statischer Bewertungsgrundsatz sei, dürfte in Schmalenbachs Stellungnahme zur Ordonnance de commerce (1673) und

1) Aufermann, E.: Zur Geschichte und Bedeutung des Niederstwertprinzips, BFuP 1951, S.120

2) ders., Niederstwertprinzip, S.121

3) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.136

4) ders., Abschreibungen bei Preisveränderungen von Anlagegegenständen, ZfhF 1949, S.50, 51

5) Hauck, W.: Bilanztheorien, Verlag Konkordia AG, Bühl-Baden 1933, S.54, 55

6) Horn, H., a.a.O., S.211, 214

7) Kalveram, W., Buchhaltung, S.39

8) Kosiol, E., Bilanzreform, S.119

9) nach Sykora, G., a.a.O., S.203

deren geistigem Vater Jaques Savary (Le parfait négociant, 1675) zu suchen sein. Schmalenbachs¹⁾ Einstellung hierzu ist die folgende:

"Daß den älteren Buchhaltungsschriftstellern (z.B. Pacioli; der Vf.) die Idee der Erfolgsrechnung als die führende vor Augen stand, sieht man besonders an der Bevorzugung des Einkaufspreises vor dem Zeitwert beim Abschluß." "Im ganzen läßt sich von der Buchhaltungslehre vor der Ordonnance de commerce sagen, daß ihr die Erfolgsermittlung als das Wesentliche erschien; die Ermittlung des Vermögens war nicht das entscheidende Ziel dieses Rechnungswesens."

Schmalenbach²⁾ meint, vor Savary herrschte die Erfolgsermittlung, erst durch die Ordonnance de commerce hätte eine Schwenkung in Richtung auf die Vermögensermittlung stattgefunden. Savary wäre also nach Schmalenbachs Darstellung wohl nur als Statiker zu bezeichnen. Über die Bewertung in der Vermögensrechnung nach Savary bzw. in der Ordonnance de commerce sagt Schmalenbach leider nichts. Lediglich aus der Tatsache, daß nach Schmalenbach die älteren Buchhaltungsschriftsteller den Einkaufspreis und nicht den Zeitwert benutzten, ferner daß seitdem am einzelnen Konto zuerst der "Wert" (man erinnere sich: die "Befundermittlung" verbindet Schmalenbach zunächst mit der Bewertung zu Veräußerungspreisen!) und dann erst der "Gewinn" festgestellt werden, ist zu schließen, daß Schmalenbach die Savarysche Vermögensbilanz mit der Bewertung zu Zeitwerten identifiziert. Schließlich sagt Schmalenbach³⁾ ja auch, für die Vermögensrechnung kämen nur Zeitwerte in Betracht.

Diese Darstellung Schmalenbach dürfte jedoch nicht ganz zutreffend sein. Savary schrieb nach H.Horn⁴⁾, Isaac⁵⁾, Lion⁶⁾ und Simon⁷⁾ das Niederstwertprinzip vor, also den Anschaffungswert oder niedrigeren Veräußerungspreis. Da Savary aber als geistiger Vater der Ordonnance de commerce,⁸⁾ zumindest aber als deren Kommentator⁹⁾ gewertet wird, scheint es ausgeschlossen zu sein, daß die Ordonnance de commerce grundsätzlich mit Zeitwerten operierte; es war das Niederstwertprinzip maßgebend, welche Ansicht auch beispielsweise Kosiol¹⁰⁾ bestätigt.

Regelrechte Bestandsaufnahmen wurden vor Savary, wie Schmalenbach¹¹⁾ bemerkt, nur fallweise gemacht. Wenn man in Zeiten der Partierechnung zum Anschaffungswert bewertete, so rechnete man demzufolge nur vollendete Umsätze ab, "Ausgaben – bereits Aufwand". Die Ordonnance de commerce schrieb nun eine periodische Vermögensauf-

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7.A., S.62

2) ders., ebenda, 7.A., S.63

3) ders., ebenda, S.82

4) Horn, H., a.a.O., S.214

5) Isaac, A.: Anschaffungswertbilanz und Tageswertbilanz, ZfB 1924, S.252

6) nach Sykora, G., a.a.O., S.259

7) Simon, H.V., a.a.O., S.36

8) ders., a.a.O., S.35

9) Isaac, A., Anschaffungswertbilanz, S.252

10) Kosiol, E., Bilanzreform, S.100

11) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7.A., S.61, 62

stellung vor. Sykora¹⁾ meint hierzu:

"Savary begnügt sich nicht mit einer bloßen Erfolgsrechnung, sondern er verlangt eine Vermögensrechnung, eine Bilanz über den gesamten Vermögensstand am Schlusse jedes einzelnen Jahres."

Eine derartige Vermögensaufstellung bedeutete aber, daß man es mit unvollendeten Umsätzen, mit "Ausgaben – noch nicht Aufwand" zu tun bekam. Hier trat nun die Frage auf, inwieweit die mutmaßlichen Erlöse statt der Anschaffungswerte in Frage kämen, und Savary entschied völlig richtig: Unrealisierte Gewinne bleiben außer Betracht, unrealisierte Verluste werden antizipiert. Der Erfolg berechnet sich demnach einmal aus der Differenz Anschaffungswert – Veräußerungswert der realisierten Umsätze, zuzüglich etwaiger Verluste aus der Differenz zwischen Anschaffungs- und Veräußerungswert der am Bilanzstichtag noch nicht vollendeten Umsätze. Der im einzelnen Jahr tatsächlich erzielte Erfolg wurde um die möglichen zukünftigen Mißerfolge gekürzt.

Es wäre also festzuhalten: Die Juristen sahen in der Bilanz den Schutz des Fremdkapitalgebers. Sie waren ferner nach 1861 der irrtümlichen Meinung, die Bilanz solle das für die Gläubiger im Konkursfall relevante Vermögen ausweisen.²⁾ Weil auch die Ordonnance de commerce zum Schutz vor betrügerischem Bankrott eine periodische Vermögensaufstellung verlangt, glaubte nun Schmalenbach wahrscheinlich, auch die Ordonnance de commerce bzw. Savary würden mit Zeitwerten arbeiten. Das ist aber nicht richtig. Dazu paßt, daß man ehemals nur mit dem Anschaffungswert gerechnet hat. Schmalenbach übersieht hier außerdem, daß die von ihm angeführten Buchhaltungsschriftsteller keine periodische Gewinnrechnung erstellten, sondern im Rahmen der Partierechnung nur vollendete Umsätze abrechneten. Tatsächlich erstellten zwar, wie Simon³⁾ vermerkt, de la Porte und Pacioli Jahresbilanzen und sie bilanzierten hier auch ausschließlich zum Anschaffungswert. Simon⁴⁾ vermerkt aber, daß die Bilanz, z.B. bei de la Porte nur rein buchhalterische Zwecke zu erfüllen hatte, während Savary ein Bild des Vermögensstandes geben beziehungsweise den Gewinn und Verlust (d.h. Gewinnermittlung auf Grund der Vermögensermittlung) feststellen wollte. Simon⁵⁾ sagt ferner, daß de la Porte die Bilanz nur zum Abschluß der Buchhaltung benötigte, daß er aber keine Inventur machte, den Bestand lediglich aus den Büchern errechnete und nur beim Kassenbestand eine men- genmäßige Kontrolle vornahm. Simon⁶⁾ meint des weiteren:

"Buchhalterisch wurde so auf einfachste Art der Abschluß bewirkt; wirtschaftlich mag der Gedanke vorgeschwebt haben, daß sowohl Gewinn als auch Verlust erst nach Verkauf der Ware festgestellt werden können."

Das beweist aber doch nichts anderes, als daß bei den Buchhaltungsschriftstellern die Bilanz gar keine periodische Gewinnrechnung im heutigen Sinne war, daß der Gewinn

1) Sykora, G., a.a.O., S.163

2) Sewering, K., a.a.O., S.6, 13, 37, 40

3) Simon, H.V., a.a.O., S.35, 291

4) ders., a.a.O., S.36

5) ders., ebenda

6) ders., a.a.O., S.291

trotz einer formalen Bilanz laufend errechnet wurde. Früher schloß man ein Konto ab, wenn das Buch vollgeschrieben war, später tat man es periodisch — den Gewinn errechnete man aber nach wie vor laufend. Die Ausgaben, die noch nicht Aufwand waren, wurden in die Jahresrechnung nicht einbezogen. Vielleicht spricht die Literatur bewußt deshalb von Buchhaltungs- und nicht von Bilanzschriftstellern.

Schmalenbach nennt eine Bewertung zu Zeitwerten Vermögensermittlung. Auf Grund dieser Darstellung Schmalenbachs haben Kosiol und Lion recht, wenn sie das Niederstwertprinzip als einen Bewertungsgrundsatz der "Erfolgsbilanz" bezeichnen, denn Schmalenbach stellt doch der Bewertung zu Zeitwerten nichts anderes als die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, wenn auch in einer besonderen Form, gegenüber. Aufermann, Hauck, Horn und Kalveram sind ihrerseits insofern korrekt, wenn sie das Niederstwertprinzip statisch nennen, als Schmalenbach Savary, den "Vater des Niederstwertprinzips", tatsächlich einen Statiker nennt — unter Nichtbeachtung der Tatsache, daß dieser gar nicht mit Zeitwerten operierte. Sie übersehen dabei aber, daß Schmalenbach gar nicht das Niederstwertprinzip, sondern die Zeitwerte ablehnen will. Wenn Schmalenbach u.a. auch eine Bewertung zu Veräußerungswerten statisch nennt, so kann man, wie Lion¹⁾ feststellt, allenfalls erst seit dem Inkrafttreten des ADHGB 1861 von einer statischen Auffassung reden, weil erst hier die Möglichkeit bestand, aus dem Gesetzestext eine grundsätzliche Bewertung zu Zeitwerten herauszulesen.

6. Ordentliche und außerordentliche Bilanzen

Es wurde festgestellt, daß es keinen Unterschied zwischen Vermögens- und Erfolgsermittlung geben kann. Hier soll nun noch auf das Verhältnis von ordentlicher und außerordentlicher Bilanz eingegangen werden. In außerordentlichen Bilanzen, die man auch einen Status nennen mag, werden nämlich gegenüber den ordentlichen Bilanzen in der Regel Umwertungen vorgenommen, wenn auch nicht unbedingt bei allen Bilanzpositionen. Existiert hier vielleicht ein Unterschied zwischen Vermögens- und Erfolgsbilanzen? Bezüglich der grundsätzlichen Wertvorstellung ist diese Frage zu verneinen. Auch in außerordentlichen Bilanzen kommen Kostenreste in Ansatz, werden Anlagen — sofern nicht liquidiert wird — nach der Wertvorstellung: Ausgaben — noch nicht Aufwand, bewertet.

Wenn sich eine außerordentliche Bilanz von einer ordentlichen unterscheidet, dann kann ein Unterschied allenfalls in der Höhe des Wertansatzes bestehen. Tatsächlich werden auch in außerordentlichen Bilanzen Überabschreibungen rückgängig gemacht, Sonderabschreibungen vorgenommen. Das Vermögen, welches in der außerordentlichen Bilanz erscheint, hat eine andere Höhe als das in der ordentlichen Jahresbilanz. Deshalb kann man aber keinen Unterschied zwischen Vermögens- und Erfolgsermittlung machen. Wenn eine Bilanz erhebliche stille Rücklagen beinhaltet, so sagt man, das Vermögen sei in Wirklichkeit höher, die Bilanz weise das Vermögen nicht in seiner wahren Höhe aus. Und wie steht es mit dem Erfolg? Wie ist es denn möglich, daß derartige stille Rücklagen vorhanden sind? Sie kamen wohl dadurch zustande, daß der Erfolg "frisirt" wurde. Das Vermögen wurde nicht in seiner richtigen Höhe ausgewiesen und auch der Erfolg nicht. Das Vermögen ist genau um den Betrag zu niedrig ausgewiesen, um den

1) nach Sykora, G., a.a.O., S.203

die vorangegangenen Jahreserfolge "falsch" waren. Es gibt auch hier keinen Unterschied. Die Vermögensverschleierung ist mit der Erfolgsverschleierung untrennbar verknüpft. Man kann nicht sagen, die außerordentliche Bilanz ermittle das wahre Vermögen und die ordentliche Jahresbilanz den wahren Erfolg; was man behaupten kann ist, daß in der einen das richtige Vermögen, in der anderen ein falscher Erfolg ermittelt wird. Ist aber der Erfolg richtig ermittelt, dann wird auch kein Anlaß bestehen, das Vermögen zu korrigieren. Stille Rücklagen, die nicht vorhanden sind, kann man nicht "auskehren", Werte, die gerechtfertigt sind, muß man nicht ermäßigen. Schließlich kann auch einmal der umgekehrte Fall eintreten, nämlich daß die ordentliche Jahresbilanz ein korrektes Vermögen ausweist und erst in der außerordentlichen Bilanz die Werte frisiert werden. Was wäre wohl dann in diesem Fall als "Vermögensbilanz" zu bezeichnen?

In der Frage der stillen Rücklagen könnte noch folgender Einwand gebracht werden: Wenn (!) die stillen Rücklagen immer in gleicher Höhe vorhanden sind, werden die Erfolgsschwankungen auch absolut richtig ausgewiesen. In der Praxis ist das aber nicht der Fall; man stabilisiert die Dividende; das heißt aber, daß man die stillen Rücklagen bilanzpolitisch einsetzt, sie je nach Bedarf bildet oder auflöst. Nicht einmal Schmalenbach kann man hier unbedingt als Beweis heranziehen; auch er erreicht die Nivellierung der für ihn uninteressanten Erfolgseinflüsse zum Teil gerade über stille Rücklagen. Man denke doch nur an die Behandlung der spekulativen Vorräte, auch wenn Schmalenbach hier genau das Gegenteil von dem tut, was er zu tun vorgibt, nämlich den Erfolg im technischen Bereich herauszukristallisieren.

Abgesehen von einer Bildung und Auflösung von stillen Rücklagen in der außerordentlichen Bilanz existieren auch Schätzungsfehler. So stellen beispielsweise im voraus festgelegte Abschreibungssätze eine Bewertung der Anlagen auf mehrere Jahre hinaus dar. Hier sind Fehlermöglichkeiten mehr als genug gegeben, sie liegen in der Natur der Sache. Trotzdem wird man auch dann, wenn man keine willkürliche Verschleierung von Vermögen und Erfolg beabsichtigt, eine Korrektur in den jeweiligen Jahresbilanzen unterlassen, wenn es sich nicht um erhebliche Wertminderungen handelt. Derartige Schätzungsfehler wird man in außerordentlichen Bilanzen korrigieren; man korrigiert das Vermögen und damit auch die bisher errechneten Erfolge. Aus einer der Bewertung immanenten Ungenauigkeit kann man keine grundsätzliche Unterscheidung in Vermögens- und Erfolgsbilanzen treffen.

Wertkorrekturen in außerordentlichen Bilanzen sind manchmal darauf zurückzuführen, daß sich das Preisniveau verändert hat. Der Teilwert, um dessen Ermittlung es sich hier handelt, wird aber korrekterweise berechnet als Tageswert abzüglich einer der bisherigen Abnutzung entsprechenden Abschreibung. Wenn bzw. weil Abschreibungen und Anlagenrestwerte in der ordentlichen Jahresbilanz auf der Basis nomineller Anschaffungswerte errechnet werden, kann sich eine Differenz zur außerordentlichen Bilanz ergeben. Abgesehen davon, daß auch in ordentlichen Bilanzen Teilwertabschreibungen vorgenommen werden und hierbei das tageswertige Preisniveau Berücksichtigung findet, handelt es sich hier – wie bereits geschildert – um die Frage, ob Anschaffungs- oder Tagesbeschaffungswerte als richtiger Vermögens- und demzufolge auch Erfolgsbegriff zu gelten haben, nicht um einen Gegensatz zwischen Vermögens- und Erfolgsermittlung.

Daß in der Frage des Firmenwerts keine Unterscheidung in Vermögens- und Erfolgsermittlung erforderlich ist, wurde ebenfalls bereits dargestellt.

Es wurde zu allen denkbaren Begründungen Stellung genommen, aber man wird nach wie vor zu keinem anderen Schluß kommen können, als daß es keine Vermögensbilanz und daneben eine Erfolgsermittlung geben kann. Im Grunde genommen handelt es sich um eine einfache, arithmetische Frage. Das (Schein-) Problem ist auch schon längst erkannt worden; vielleicht ist die Sachlage für manche zu wenig kompliziert, um ihr Glauben schenken zu können.

II. Der Gegensatz zwischen Vermögens- und Erfolgsermittlung jenseits des sachgemäßen Vermögensbegriffes

1. Die historische Situation

Bei der Erörterung des Veräußerungswertes als wahren Vermögensbegriff wurde einmal kurz festgestellt, daß Schmalenbach und Berliner in der Kontroverse Vermögens-Erfolgsermittlung aneinander vorbeireden. Während nämlich Schmalenbach mit dem Begriff Vermögensermittlung eine Bewertung zu Veräußerungswerten ablehnen will, steht für die Berliner die Diskussion völlig jenseits der Frage des Vermögensbegriffs. Für Berliner steht außer Zweifel, daß Anlagen mittels Abschreibungen behandelt werden bzw. primär in der Bilanz "Selbstkostenwerte" in Ansatz kommen. Er bestreitet ja, daß es überhaupt erforderlich war, das Niederstwertprinzip 1884 expressis verbis in das Gesetz aufzunehmen, da für den Kaufmann diese Bewertung selbstverständlich sei.¹⁾ Zur Darstellung des hier zu erörternden Sachverhalts müssen die Einwendungen zitiert werden, die Berliner²⁾ gegenüber Schmalenbachs Artikel über die Abschreibung bzw. einen entsprechenden Aufsatz in der ZHuH 1910, S.351 (nach Berliner Angabe) bringt, wo Schmalenbach von der Bewertung eines Hauses nach 10 jähriger Nutzung (Anschaffungswert 100 000, Lebensdauer 50 Jahre) mit dem Betrage von 80 000.- spricht und hierzu wörtlich ausführt:

"Aber damit solle keineswegs gesagt sein, daß für das Haus nun wirklich 80 000.- M wert sei. Man könne sich wohl denken, daß ein Kaufmann an Stelle der 80 000.- M den geschätzten Wert des Hauses in die Bilanz einsetzte; täte der Kaufmann das, dann wäre seine Bilanz eine richtige Vermögensbilanz; aber er tut es in der gewöhnlichen Bilanz nicht."

Berliner³⁾ entgegnet hierauf:

1. Die Beobachtung Schmalenbachs, der Kaufmann würde die Lebensdauer im voraus schätzen und danach die Abschreibung festlegen und ohne Rücksicht auf die Entwicklung des tatsächlichen Werts abschreiben, sei unvollständig. Der Kaufmann pflege nach seiner Erfahrung die Abschreibungsquoten nur auf verhältnismäßig kurze Zeit im voraus festzusetzen. Er prüfe deshalb jedes Jahr, welchen Abschreibungssatz er anzuwenden habe, weil sich die Nutzungsdauer nicht auf 50 Jahre im voraus berechnen ließe.
2. Warenvorräte, Forderungen, Nutzungsrecht, immaterielle Werte etc. würden immer nach ihrem "positiven" Wert geschätzt. Von dieser "positiven" Schätzung des Wertes werde nur bei den Anlagen Abstand genommen. Bei den Anlagen trete an die Stelle der Schätzung ihres Wertes die Schätzung der erforderlichen Abschreibung. Weil hauptsächlich "positiv" geschätzt werde, spricht Berliner von einer Vermögensbilanz.
3. Schmalenbachs Auffassung vertrage sich nicht mit dem Wortlaut des Gesetzes, wonach die Bilanz ein "das Verhältnis des Vermögens und der Schulden darstellender Abschluß" sein müsse; Berliner denkt hier daran, daß Schmalenbach der Meinung ist, die Bilanz diene nicht der Vermögensdarstellung, sondern nur der Gewinnermittlung; das Gesetz

1) Berliner, M., Bilanzlehre, 3.A., S.85

2) ders., ebenda, S.75, 76

3) ders., ebenda

sage aber ausdrücklich, daß die Übersicht über das Vermögen und die Schulden (auch) ein Bilanzzweck sei.

4. Es sei nach Schmalenbachs Auffassung gleichgültig, ob eine Anzahlung auf einen Neubau als solche, als Bankguthaben, als Warenbestand oder sonst etwas in der Bilanz erschiene, wenn nur die Höhe des Erfolgs interessiere.
5. Betrachte man die Aktiva als unverbrauchte Aufwendungen bzw. Ausgaben, stünde man auf dem Boden kameralistischer Buchführung.

Aus den hier zitierten Einwendungen dürfte eindeutig hervorgehen, daß Berliner auf das, was Schmalenbach als Vermögensbewertung bezeichnet, nämlich die Bilanzierung von gemeinen Werten, überhaupt nicht eingeht, wenn er beispielsweise geltend macht, daß der Kaufmann seiner Erfahrung nach Abschreibungssätze nicht auf 50 Jahre im voraus festlege. Berliner spricht ferner von Vermögensermittlung, weil bei den meisten Vermögensarten der Wert "positiv" geschätzt werde; dies bedeutet, daß man auf den Bilanzwert direkt abzielt, während sich der Anlagenwert "negativ" ergebe, nämlich als Anfangsbestand ./ . Abschreibungen = Endbestand. Dieselbe Gleichung verwendet Schmalenbach¹⁾ als Kennzeichen dynamischer Bewertung (Lebensdauerrechnung) im Gegensatz zur statischen, die die Befunderrechnung (Anfangsbestand ./ . Endbestand = Abschreibung) darstelle. Schmalenbach²⁾ erwähnt zu Berliners diesbezüglichen Einwand noch:

"Ich bin übrigens im Zweifel, ob ich an einer Stelle Berliner richtig verstehe; er sagt: 'Von der Abschätzung des positiven Werts — an Stelle der Abschätzung der erforderlichen Abschreibung — wird aber auch in der Regel nur bei den sog. Anlage-Werten Abstand genommen.' Wenn ich nicht falsch verstehe, findet also bei Anlagewerten in der Regel eine Schätzung nicht statt; natürlich würde in diesem Falle auch eine Festsetzung der Abschreibungsquote nach dem Werte und eine entsprechende jährliche Schätzung nicht stattfinden. Dieser Weg Berliners würde sich m.E. nicht vertragen mit dem vorhergehenden."

Schmalenbach hat recht, wenn er hier feststellt, daß Berliner offenbar seine Abschreibungen nicht nach der Entwicklung der gemeinen Werte bemessen will; nur befindet er sich im Irrtum über Berliners "vorhergehenden" Weg, den er mit der Bewertung zu gemeinen Werten identifiziert.

Was schließlich Schmalenbachs Gleichungen

Anfangsbestand ./ . Abschreibungen = Endbestand = Dynamik und

Anfangsbestand ./ . Endbestand = Abschreibungen = Statik

betrifft, ist zu sagen, daß es sich um identische Aussagen handelt. Berliner³⁾ seinerseits stellt später deshalb einmal fest, daß es auf das Gleiche hinauslaufe, ob man nun sage, man schätze die Abschreibung auf 10 % oder ob man sage, der Anlagenrestwert betrage 90 %. Schmalenbachs Gleichungen beinhalten nur insofern Gegensätze, als Schmalenbach die Befundermittlung mit einer Bewertung zu Veräußerungswerten identifiziert, die Lebensdauerrechnung mit einer Kostenverteilung nach der Leistungsfähig-

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7.A., S.130

2) ders., Zweck, S.387

3) Berliner, M., Statische und dynamische Bilanz, S.253, 254

keit der Anlagen. Bei gleichen Wertvorstellungen ist es dann aber gleichgültig, ob man zuerst die Abschreibung oder zuerst den Restwert schätzt; es handelt sich um eine homogene Überlegung. Daß die konkrete Behandlung der Anlagenwerte bei Berliner die gleiche ist wie bei Schmalenbach ergibt sich daraus, daß Berliner¹⁾ sich für ausreichende Abschreibungssätze einsetzt, um nicht immer wieder zu "Extraabschreibungen" genötigt zu sein, und daß er die Abschreibungssätze je nach der Leistungsfähigkeit gleichmäßig, pro- oder degressiv bemessen will.

Was den Einwand Berliners betrifft, Schmalenbachs Auffassung vertrage sich nicht mit dem Gesetz, da dies eine Aufstellung über das Verhältnis von Vermögen und Schulden verlange, so bezieht sich Berliner auf § 39 HGB. Dies bestätigt Schmalenbach²⁾; er identifiziert jedoch die verlangte Vermögensaufstellung mit einer Bewertung zu gemeinen Werten und hält seinerseits Berliner § 261 HGB entgegen, demzufolge Anlagen ohne Rücksicht auf einen niedrigeren Veräußerungswert bewertet werden dürften. Im Gegensatz dazu stellt Berliner nur mehr oder weniger philosophische Betrachtungen darüber an, ob man die gemäß den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung erstellte Bilanz nun eine Vermögens- oder eine Erfolgsbilanz nennen könne und entscheidet sich im Hinblick auf den Wortlaut des § 39 HGB für ersteres. Auf dieser Ebene scheint sich nach Simons Veröffentlichung 1886 überhaupt ein Großteil der Diskussion um Vermögens- oder Erfolgsbilanz bewegt zu haben. Besieht man sich eine Analyse, die Sykora³⁾ bezüglich etwa 20 Autoren der Bilanzliteratur von dem ersten Weltkrieg durchführt, so erkennt man, daß völlig unabhängig davon, ob der betreffende Autor nun der Ansicht war, die Bilanz diene der Ermittlung des Vermögens, des Erfolgs oder beidem, ganz überwiegend zum Anschaffungswert bzw. gemäß dem Niederstwertprinzip bewertet, bei Anlagen abgeschrieben wurde. Sinnigerweise taucht der "Gebrauchswert" ausgerechnet hauptsächlich in der Gruppe der Erfolgsermittler, der Anschaffungswert in der der Vermögensermittler auf, wobei sich hinter einer Bewertung zum Gebrauchswert, wie bei Simon, nichts anderes verbergen dürfte, als eine Abschreibung der Anlagen vom Anschaffungswert.

Eine Bestätigung für diesen Sachverhalt findet man auch bei Simon. Simon⁴⁾ geht deutlich vom Gesetzestext aus: Die Bilanz soll eine Übersicht über das Vermögen bilden, beispielsweise ob der Kaufmann Konkurs anmelden oder der Vorstand einer Aktiengesellschaft bei einer 50 %igen Unterbilanz die Generalversammlung einberufen muß. Beschränkte Bedeutung für die Gewinnermittlung hat die Bilanz deshalb, weil der rechnungsmäßige Gewinn gar nicht immer verteilbar ist. "Unmittelbare" Bedeutung hat die Bilanz für die Gewinnverteilung nur dann, wenn der festgestellte Jahresgewinn in voller Höhe ausgeschüttet wird, mittelbare, wenn erst die Generalversammlung beschließt, wieviel vom Jahresgewinn zweckmäßigerweise als Dividende verteilt werden könne. Simon⁵⁾ bringt hier folgendes Beispiel: Eine Gesellschaft habe als einziges Aktivum ein Grundstück im Wert von 110 000.-, das Kapital betrage 100 000.-, der Gewinn 10 000.-. Der Gewinn ist nun nur ausschüttbar, wenn ein Darlehen aufgenommen oder das Grundstück

1) Berliner, M., Bilanzlehre, 3.A., S.102, 103

2) Schmalenbach, E., Zweck, S.386

3) Sykora, G., a.a.O., S.185 ff.

4) Simon, H.V., a.a.O., S.1 ff.

5) ders., a.a.O., S.6, 7

verkauft wird. Deshalb spricht nun Simon von der beschränkten Bedeutung der Bilanz für die Gewinnverteilung, nämlich weil der errechnete Gewinn nur beschränkt verteilbar ist. Die Diskussion über den Zweck der Bilanz steht hier deutlich jenseits jeder Bewertungsfrage, und das scheint auch die Stelle zu sein, aus der Schmalenbach seine Auffassung herleitet, Simon wolle das Vermögen ermitteln. Simon geht aber nur davon aus, daß die Bilanz als Übersicht über Vermögen und Schulden eine wichtige und auch von Schmalenbach gar nicht bestrittene Aufgabe zu erfüllen hat. Das bemüht sich nämlich auch Schmalenbach¹⁾ gegenüber Berliners viertem Einwand nachzuweisen, (Berliner behauptet, daß es nach Schmalenbachs Ansicht, derzufolge für den Kaufmann lediglich die Ziffer des Jahreserfolgs von Bedeutung sei, ziemlich gleichgültig wäre, in welcher Gliederung die Vermögensposten erschienen, übertrieben ausgedrückt: ob also etwa in einer Summe oder ob sinnvoll detailliert).

Berliners letzter Einwand, betreffend eine angebliche kameralistische Einstellung Schmalenbachs, geht an dessen Anliegen vorbei. Berliner²⁾ nimmt hier auf einen weiteren Autor, Sganzi³⁾, Bezug, der 1910 die Bilanz ebenfalls als eine Rechnung über Ausgabenreste ansieht. Berliner wendet hier ein, in der Bilanz stünden Vermögensobjekte und Vermögenswerte und die kaufmännische Buchführung bestünde nicht aus einer Geldrechnung, sondern aus einer Vermögensrechnung. Unter dem Begriff "Geldrechnung" versteht Berliner⁴⁾ aber die Ausgaben-Einnahmen-Rechnung beim Staat und den Gemeinden, die trotz teilweise beträchtlicher Vermögenswerte nach dem kameralistischen Grundsatz vorgeht: Was ausgegeben ist, gilt als verbraucht. Berliner erkennt hier nicht, daß genau das, was er Vermögen nennt, von Schmalenbach und Sganzi als "Ausgabe, noch nicht (!) Aufwand" bezeichnet wird.

Als Ergebnis der Auseinandersetzung zwischen Berliner und Schmalenbach ist festzuhalten: Beide reden in vielen Punkten aneinander vorbei. Es verbleibt nur die Tatsache, daß man sich — wie auch in der übrigen Literatur — überlegte, ob bei grundsätzlicher Übereinstimmung in Bewertungsfragen die Bilanz nach dem Gesetz nun als eine Vermögens- oder eine Erfolgsbilanz zu bezeichnen ist. Berliner beruft sich auf den Wortlaut des § 39 HGB, Schmalenbach⁵⁾ auf den des § 120 HGB, demzufolge bei der OHG "am Schlusse jedes Geschäftsjahres auf Grund der Bilanz der Gewinn oder Verlust ermittelt" werden soll. Ein ziemlich banales Ergebnis, wenn man bedenkt, wieviel Verwirrung diese Unterscheidung in Vermögens- und Erfolgsbilanz gestiftet hat.

2. Erfolgsziffer und Vermögensstruktur

Eine Weiterentwicklung des im vorigen Abschnitt soeben dargestellten Gegensatzes zwischen Vermögens- und Erfolgsermittlung jenseits von Bewertungsfragen stellen die Ansichten le Coutres und Nicklischs dar.

1) Schmalenbach, E., Zweck, S.387

2) Berliner, M., Bilanzlehre, 3.A., Vorwort, S.V

3) November/Dezemberheft der Zeitschrift für Buchhaltung 1910; nach Berliner, M., Bilanzlehre, 3.A., Vorwort S.V

4) Berliner, M., Bilanzlehre, 3.A., S.14, 15

5) Schmalenbach, E., Bilanzrecht, S.12

Le Coutre¹⁾ ist der Ansicht, die statische Bilanzauffassung, die unter anderen in Nicklisch einen ihrer Wortführer gefunden hat, sei bewußt als Reaktion auf Schmalenbachs Dynamische Bilanzlehre formuliert worden; Schmalenbach habe den Begriff "Statische Bilanztheorie" indirekt geschaffen. Dies ist insoweit richtig, als Nicklisch, le Coutre selbst und andere Schmalenbach gegenüber auch den Aussagewert der Vermögensaufstellung betonen, den Begriff "Statik" verwendet Schmalenbach²⁾ aber bereits in der 1. Auflage seiner Dynamischen Bilanz, bereits hier spricht Schmalenbach³⁾ vom "fundamentalen Fehler statischer Bilanzauffassung".

Angelpunkt für Schmalenbach ist die Ermittlung der Wirtschaftlichkeit im Rahmen der Erfolgsrechnung. An der Bilanz interessiert Schmalenbach nur die Größe: Gewinn oder Verlust, auf sie ist seine Bewertung zugeschnitten. Nicklisch und le Coutre, wie ja auch Berliner, widersprechen der Schmalenbach'schen Auffassung insofern, als sie der Meinung sind, daß die Aussagefähigkeit der Erfolgsrechnung nicht nur in der Veränderung der Gewinnziffer besteht, sondern auch in einer Analyse der Vermögens- und Kapitalstruktur. Deshalb legen Nicklisch und le Coutre, sowie in neuerer Zeit Walther, auch besonderen Wert auf eine aussagefähige Gliederung der Beständebilanz, wie auch der Gewinn- und Verlustrechnung⁴⁾. "Man kann das Vermögen nach dem in Rede stehenden Zweck verschieden bewerten, für die Erfolgsberechnung anders als für eine Kreditaufnahme oder für eine Vermögensauseinandersetzung; Vermögen bleibt es aber immer, und darin ist (nach Ansicht der Statiker) auch das Wesentliche zu erblicken."⁵⁾ "Eine sachgemäße Gliederung von Vermögen und Kapital nach Funktionen, Arten und Risiken ... ist nach der statischen Bilanzlehre das Wesentliche." ⁶⁾ "Die Statiker halten die von der Praxis geübte Erfolgsermittlung durch die Bilanz ebenfalls für notwendig und zweckmäßig, aber sie sehen darin nur eine der Aufgaben, welche die Bilanz zu erfüllen hat."⁶⁾

Diese Auffassung vom Begriff der Statik vertritt le Coutre⁷⁾ noch an anderen Stellen. Borkowsky⁸⁾ nennt diese Gliederungslehre die "moderne Vermögensbilanztheorie" und auch Baier⁹⁾, Fischer¹⁰⁾, Kalveram¹¹⁾ und Rößle¹²⁾ verstehen unter dem Begriff der Statik

1) Le Coutre, W., Bilanzkunde, 1. A., S. 116

ders., Statische Bilanzlehre, HdK, Hamburg 1927, 5. Bd., S. 332

2) Schmalenbach, E., Grundlagen, 1. A., S. 73, 78, 83, 94

3) ders., ebenda, S. 83

4) Nicklisch, H.: Die Entthronung der Bilanz, ZHuH 1932, S. 2, 5

5) Le Coutre, W., Statische Bilanzlehre, S. 332

6) ders., ebenda

7) ders., Bilanzierung, S. 8

ders., Bilanzkunde, 1. A., S. 116 ff.

ders., Bilanzkunde, 4. A., S. 68

8) Borkowsky, R., a. a. O., S. 156

9) Baier, C. G., a. a. O., S. 137

10) Fischer, G., a. a. O., S. 159

11) Kalveram, W.: Kaufmännische Buchhaltung, 2. A., Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin 1935, S. 39

12) Rößle, K., Betriebswirtschaftslehre, S. 110

eine eingehende Darstellung des Vermögens und des Kapitals. Selbst Schmalenbach¹⁾ spricht von der Auswertung der Bilanzstruktur als einer "statischen Aufgabe der Bilanz" und bezeichnet sie als "wertvoll zu vielerlei Zwecken"²⁾, wenngleich er auch der Erfolgsziffer die überragende Bedeutung einräumt. Es handelt sich um Fragen der Bilanzanalyse, die durch eine sinnvolle Gliederung erleichtert werden soll. Gerade le Coutre hat sich mit Fragen der Bilanzanalyse und Bilanzkritik besonders beschäftigt, so daß es nicht verwunderlich ist, wenn er auf die Aussagefähigkeit auch der Vermögens- und Kapitalstruktur pocht und sich mit Gliederungsfragen beschäftigt. Die von le Coutre vorgeschlagene Gliederung³⁾:

A. Werbendes Vermögen

I. Anlagevermögen (Produktionsanlagen, Verwaltungsanlagen, Beteiligungen)

II. Beschäftigungsvermögen (Vorräte, Forderungen, Zahlungsmittel)

B. Sicherungsvermögen

C. Verwaltungsvermögen

D. Überschußvermögen

E. Sozialvermögen

wurde in neuerer Zeit von Walther⁴⁾ einer ausführlichen Kritik unterzogen und durch die folgende, die von Überschneidungen freier sein dürfte, ersetzt:

Hauptvermögen

Betriebsvermögen

Anlagenwerte

Rechtswerte

Vorräte

Geldvermögen

Konzernbeteiligungen

Nebenvermögen

Auf die Praxis blieben diese Vorschläge aber ohne Einfluß, da das Aktienrecht ein eigenes Gliederungsschema vorschreibt und die Gliederung nach dem Liquiditätsprinzip – wogegen Walther einige Bedenken geltend macht – auch in anderen Bilanzen Anwendung findet. Es sei aber noch vermerkt, daß Nicklisch⁵⁾, obwohl er neben der Gewinnziffer auch die Analyse der Vermögens- und Kapitalstruktur für bedeutsam hält, ausdrücklich vermerkt, daß er die dynamische Bilanz auch deshalb bekämpfe, weil sie die erste gewesen sei, die für die Erkenntnis der Zusammenhänge des Betriebslebens der Bilanz eine zentrale Stellung beigemessen habe. Nicklisch wehrt sich dagegen, von den "Dynamikern aller Grade" als Statiker bezeichnet zu werden, da er gerade den Lebensvorgängen

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7.A., S.296 ff.

2) ders., Dynamische Bilanz, 12.A., S.209

hierzu ferner: Theorie S.383

3) nach Walther, A., Wirtschaftslehre II, S.73

4) Walther, A., Wirtschaftslehre II, S.71 ff.

5) Nicklisch, H., Entthronung, S.2 ff.

im Betrieb die zentrale Stellung gab (Arbeitsvorgänge) und als erster der "Inthronisation der Bilanz" entgegenwirkte. Derjenige, der aus der Bilanz über Vorgänge im Betrieb Auskunft haben, das Betriebsleben studieren will, müsse sich vornehmlich an die Aktivseite halten. Hier offenbare sich aber die betriebswirtschaftliche Tragödie der Bilanz: sie lasse keine ausreichenden Rückschlüsse zu. "In Fragen des inneren Kräftespiels wird durch sie deshalb niemand eindringen."

Nicklisch verwahrt sich hier dagegen, als Statiker bezeichnet zu werden, obwohl er im Sinne der Gliederungslehre von der Literatur¹⁾ zu Recht allgemein als solcher bezeichnet wird. Nicklisch möchte aber nur betonen, daß er sich nicht lediglich auf die Auswertung der Erfolgsrechnung, eines "toten" Rechengebildes verläßt, sondern die dynamischen "Lebens"vorgänge im Betrieb beachtet. Deshalb spricht er auch von der Entthronung der Bilanz — nicht etwa in dem Zusammenhang, daß die Bilanz durch Schmalenbach und das In-den-Vordergrund-Stellen der Gewinn- und Verlustrechnung entthront worden wäre. Nicklisch macht hier einen medizinisch-philosophischen Unterschied zwischen Statik und Dynamik — eine der vielen Variationen dieses Gegensatzes in der Literatur. Diese Unterscheidung blieb aber ziemlich unbeachtet. Nicklisch²⁾ spricht an anderer Stelle selbst von der Lehre über die "statischen Wertverhältnisse", von der Aufrechterhaltung der optimalen Struktur und der Kontrolle der Risiken; er möchte nur insofern nicht als "Statiker" gelten, als er sich nicht nur auf die Auswertung der Erfolgsrechnung (d.h. der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung)verläßt.

Soweit es den Begriff der Statik als einer Forderung nach eingehender Gliederung von Vermögen und Kapital betrifft, konnte in der Literatur weitgehende Einigkeit festgestellt werden. Diese Einigkeit endet aber, wenn man die Frage der statischen Bewertung anschneidet. Jedenfalls muß man einen Unterschied machen zwischen den Statikern, die sich, wie le Coutre, Nicklisch und Walther, im Rahmen der Bilanzanalyse mit Gliederungsfragen beschäftigen und jenen, die auf dem Gebiet des Vermögensbegriffes, d.h. der Bewertung, Statiker genannt werden. Es ist natürlich mißlich, daß die Bezeichnung "Statik" für verschiedene Sachgebiete verwandt wird, jedenfalls darf man aber die Gliederungsstatiker nicht mit Bewertungsfragen in Zusammenhang bringen. Sie enthalten sich einer gesonderten Bewertungslehre. le Coutre³⁾ sagt dies ganz deutlich: "Die Statiker halten die von der Praxis geübte Erfolgsermittlung durch die Bilanz ebenfalls für notwendig und zweckmäßig, aber sie sehen darin nur eine der Aufgaben, welche die Bilanz zu erfüllen hat." "Im übrigen halten sie die übliche bilanzmäßige Erfolgsermittlung für die Betriebsführung für gleichwichtig und unerläßlich und stimmen daher dem von den Dynamikern (Schmalenbach) aufgestellten Ziele, die Methoden der bilanzmäßigen Gewinnermittlung soweit als möglich zu verfeinern, durchaus zu." An anderer Stelle meinte le Coutre⁴⁾. "Im allgemeinen Sprachgebrauch wird vielfach die Bezeichnung statische Bilanz im Gegensatz zur dynamischen Bilanz gebraucht als Charakteristikum für die ausgesprochene Vermögensbilanz, für

1) Fischer, G., a.a.O., S.159

Baier, C.G., a.a.O., S.137

le Coutre, W., Bilanzkunde, 1.A., S.116

2) Nicklisch, H., Betriebswirtschaft, S.443 ff.

3) le Coutre, W., Statische Bilanzlehre, S.332

4) ders., Bilanzkunde, 1.A., S.117

die ja andere Bewertungsgrundsätze (?) gelten als für die Erfolgsermittlungsbilanz." "Für die Erfolgsermittlungsbilanz lassen (die Bilanzstatiker) dieselben Grundsätze gelten, wie sie der Vertreter der dynamischen Bilanzlehre feststellt, während sie in der Vermögensbilanz nach den Grundsätzen bewerten, wie sie der Bilanzdynamiker für die statische Bilanz anwendet."

Le Coutre und Nicklisch stimmen mit den Bewertungsregeln Schmalenbachs weitgehend überein – d.h. was die grundsätzliche Vermögenswertvorstellung (Anschaffungswert) anbelangt. Was sie Schmalenbach entgegenhalten, ist lediglich, daß nicht nur die Erfolgsziffer, sondern auch die Vermögens- und Kapitalstruktur wertvolle Aussagen machen kann, was Schmalenbach, wenn auch nur am Rande, ebenfalls vermerkt. Nur in einem Punkt vertritt le Coutre¹⁾ formal eine abweichende Bilanzierung: er fordert nämlich, daß Anlagen indirekt abgeschrieben werden müßten, mit der Begründung, die Abschreibungsquoten seien zusätzliches Kapital und müßten als solches in der Bilanz in Erscheinung treten. Buchhaltungstechnisch ist es gewiß gleichgültig, ob man direkt oder indirekt abschreibt, aber die Begründung, die le Coutre bringt, ist nicht stichhaltig. Bei der Abschreibung handelt es sich um eine Liquidierung des im Anlagevermögen investierten Kapitals, die sich im Umlaufvermögen niederschlägt. Le Coutre²⁾ lehnt diesen Einwand der Vermögensverschiebung allerdings mit folgender Begründung ab: "Die Vermögenssubstanz hat zugenommen, denn der Betrieb hat am Ende des Jahres die Anlage, die unverändert leistungsfähig dasteht wie zu Beginn des Geschäftsjahres, und außerdem (den Abschreibungswert) in bar!" Die generelle Behauptung aber, Anlagen seien unverändert leistungsfähig, ist unhaltbar; außerdem legt le Coutre³⁾ großen Wert auf die Bilanz als Abrechnung über das investierte Kapital, und daß sich zumindest dies aus dem Anlagevermögen in das Umlaufvermögen verlagert, ist wohl kaum zu bestreiten. Aber auch rein buchhaltungstechnisch wäre einzuwenden, daß die indirekten Abschreibungen ein reiner Stornoposten sind, daß sie unter der Rubrik "Wertberichtigungen" in der Bilanz in Erscheinung treten und nicht als Eigen- oder Fremdkapital. Die indirekten Abschreibungen sind auch rein bilanztechnisch ihrem Wesen nach gerade kein Kapital. Schließlich ist noch vom Standpunkt einer übersichtlichen Vermögens- und Kapitaldarstellung zu sagen: Bei indirekten Abschreibungen ist die Frage, wie man sich diese auf die Anlagen verteilt denkt, ein Geheimnis. Es ist fast kurios, daß diesen Einwand nun ausgerechnet Schmalenbach⁴⁾ bringt, überdies noch in der ersten Auflage seiner Dynamischen Bilanz, also bereits bevor le Coutre sein "statisches" Anliegen überhaupt erst entwickeln konnte.

Wenn hier le Coutre eine besondere Bewertung fordert, so darf das doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich um eine rein formale Bewertungsfrage handelt. Die Frage, nach welchen Grundsätzen die Abschreibungen zu bemessen sind, wird davon in keiner Weise berührt. Die Statik, wie sie Nicklisch und le Coutre vertreten, ist eine reine Gliederungslehre. Es darf ferner vermerkt werden, daß ein Gegensatz zwischen Statik

1) Le Coutre, W., Bilanzierung, S.8, 9

2) ders., Bilanzkunde, 4.A., S.143

3) ders., Bilanzierung, S.8

4) Schmalenbach, E., Grundlagen, 1.A., S.80

ders., Dynamische Bilanz, 12.A., S.125

und Dynamik auch in diesem Sinne nicht besteht. Daß aus der Struktur von Vermögen und Kapital auch neben der Erfolgsermittlung wertvolle Aufschlüsse gewonnen werden können, sagt Schmalenbach selbst; andererseits wollen Nicklisch und le Coutre an der Erfolgsermittlung nichts verändern. Sie wollen nur an die Bedeutung auch der Bilanzanalyse erinnern, da sie bei Schmalenbach ziemlich verkümmert. Le Coutre¹⁾ sagt deshalb sehr richtig: "Die Bilanz hat zwei Aufgaben zu erfüllen, die Vermögenslage darzustellen und den Erfolg einer Geschäftsperiode zu berechnen."

3. Die Steuerbilanz – "statisch" oder "dynamisch"?

Das Begriffspaar Statik-Dynamik steht jeglichen Assoziationen offen. So spricht beispielsweise G.Fischer²⁾ von statischer (Kostensummen der Nachkalkulation) und dynamischer Kostenbewertung (Plankosten). Isaac³⁾ versteht unter Vermögensbilanz die Bilanz der Bestände, unter Erfolgsbilanz die Gewinn- und Verlustrechnung. Walther⁴⁾ hinwiederum bezeichnet es als verderbliche statische Denkweise, jährlich soviel für den Ersatz von Anlagen auszugeben, als man kalkulatorisch abgeschrieben hat, also eine Frage der Betriebspolitik, und Lehmann⁵⁾ unterscheidet zwischen dynamischen und statischen Begriffen im Sinne von zeitraumbezogenen (Umsatz) und zeitpunktbeziehbaren Werten (Vermögen, Kapital). Diese Unterscheidungen sind jedoch weniger bekannt. Geläufiger ist die Frage, ob nun die Handels- oder die Steuerbilanz als statische bzw. dynamische Bilanz zu bezeichnen ist, weshalb hierauf kurz eingegangen werden soll.

Nach Kalveram⁶⁾ ist eine dynamische Bilanz die Handelsbilanz, weil sie anders als die "statische" Steuerbilanz ein betriebspolitisches Instrument ist, das heißt "unter Beachtung der zukünftigen Krisenfestigkeit und Schlagkraft, der bereit voraussehbaren Risiken und Störungsfaktoren, der in Aussicht genommenen Planungen und Forschungen erstellt wird". Die statische Steuerbilanz vergleicht das Betriebsvermögen, in der dynamischen Handelsbilanz richtet sich die Bewertung einer Anlage nach der Betriebspolitik. Gerade letzteres möchte aber Schmalenbach in seiner Dynamischen Bilanz vermeiden, obwohl auch zur Zweckmäßigkeit dieser Art von Dynamik einiges zu sagen wäre.

Abgesehen von dieser Version ist sich die Literatur auch sonst nicht ganz einig, ob die Steuerbilanz nun statisch oder dynamisch sei. Littmann⁷⁾ spricht von der Steuerbilanz als einer reinen Gewinnermittlungsbilanz; der gleichen Meinung sind Bühler⁸⁾ und Schaeffler⁹⁾; F.Hoffmann¹⁰⁾ konstatiert, daß sich die steuerliche Rechtsprechung bezüglich der Aufwandsrückstellung den dynamischen Gedanken Schmalenbachs nach und nach ange-

1) Le Coutre, W., Bilanzkunde, 1.A., S.91

2) Fischer, G., Vorlesung, Universität München, Juli 1957

3) Isaac, A., Bilanztheorien, S.7

4) Walther, A., Wirtschaftslehre I, S.150, 151

5) Lehmann, M.R., Betriebswirtschaftslehre, S.61

6) Kalveram, W.: Bilanzvereinheitlichung, S.287 ff.

7) Littmann, E., Teilwertidee, S.28

8) Bühler, O., Bilanz, S.16, 124

9) Schaeffler, W., a.a.O., S.6, 7

10) Hoffmann, F.: Die Dynamische Bilanz in der Rechtsprechung des OFH und BFH, BW 1952, S.23

geschlossen habe. Hingegen sind Großmann¹⁾ und Wirtz²⁾ wie Kalveram der Ansicht, die Steuerbilanz sei statisch, weil sie den Gewinn durch Vergleich des Betriebsvermögens ermittle. Wie aber wohl eine Erfolgsermittlungsbilanz den Gewinn anders ermitteln kann als durch den Vergleich zweier Stichtagsvermögen, verraten sie leider nicht.

Weshalb Bühler von der Steuerbilanz als einer Erfolgsermittlungsbilanz spricht, liegt darin begründet, daß man hier bestrebt ist, den Gewinn tatsächlich zu ermitteln und nicht zu verschleiern. Bühler spricht von der Handelsbilanz als einer "Erfolgverschleierungsbilanz". Schaeffler hingegen meint: "Aus einer entwicklungsmäßig zu erklärenden, statischen Einstellung zielen die handelsrechtlichen Vorschriften mehr auf die Einhaltung von Höchstbewertungsvorschriften hin als auf die Ausweisung eines objektiven Jahreserfolgs." Hierzu ist allerdings zu vermerken, daß sowohl die Steuerbilanz als auch die dynamische Bilanz Schmalenbachs den Jahreserfolg im Rahmen dieser Höchstbewertungsvorschriften ermitteln, die ja nur bestimmen, was bereits als Aufwand anzusehen ist und was nicht. Einen objektiven Jahreserfolg kann man auch nach den handelsrechtlichen Vorschriften ermitteln – schließlich ist doch die dynamische Bilanz Schmalenbachs ebenfalls eine Handelsbilanz. Andererseits wird die Steuerbilanz aus der Handelsbilanz abgeleitet. Littmann seinerseits verbindet die Bezeichnung der Steuerbilanz als Erfolgsermittlungsbilanz mit einer (berechtigten) Ablehnung der Abschreibung auf den niedrigeren Teilwert, soweit diese mit sinkenden Anlagen-Wiederbeschaffungspreisen begründet wird; sinken allerdings auch die Absatzpreise der mit diesen Anlagen hergestellten Erzeugnisse, so hat Littmann gegen eine Teilwertabschreibung nichts einzuwenden. Wieso dies allerdings dazu berechtigen soll, deshalb die Steuerbilanz zum Unterschied von der Handelsbilanz eine dynamische Bilanz zu nennen, ist nicht ganz ersichtlich. Das Handelsgesetz verpflichtet nicht dazu, den Preisveränderungen auf dem Anlagenmarkt zu folgen; die Handelsbilanz muß sich in diesem Punkte nicht von der steuerlichen Bewertung unterscheiden.

Im Ergebnis kann festgehalten werden: Die Steuerbilanz wird von der Literatur bald als statisch, bald als dynamisch bezeichnet. Großmann, Kalveram und Wirtz begründen die statische Eigenschaft der Steuerbilanz damit, daß der Erfolg durch den Vergleich des Betriebsvermögens ermittelt werde; jene Autoren, die die Steuerbilanz als eine dynamische Bilanz bezeichnen, geben jeweils unterschiedliche Begründungen. Aus der Tatsache, daß die Bezeichnungen "statisch" und "dynamisch" in der Literatur für eine fast unübersichtbare Vielzahl von verschiedenen begrifflichen Gegensätzen verwandt werden, dürfte wohl hervorgehen, daß man diese beiden Bezeichnungen am besten gänzlich vermeiden sollte.

1) Großmann, H., Jahresabschluß, S.21, 22

2) Wirtz, C., a.a.O., S.115

III. Die Dynamische Bilanz als Kontrolle der Betriebsgebarung

1. Darstellung der Idee und Kritik der technischen Durchführung

Als Schmalenbach¹⁾ im Jahre 1908 zum erstenmal davon spricht, die Jahresbilanz habe den Betriebserfolg zu ermitteln, wendete er sich dagegen, daß Vermögensveränderungen, das heißt Veränderungen der Verkaufspreise, im Jahreserfolg wirksam werden, den Umsatzerfolg trüben. Mißlich ist in der Frage dieser Außenwertänderungen, daß infolge der vielseitigen Verwendung des Begriffes "Zeitwert" auch das Tageswertproblem hereinspielt, nicht nur Veräußerungspreise. Es muß erwähnt werden, daß Schmalenbach¹⁾ es noch in der 1. Auflage der Dynamischen Bilanz für das der Sache am meisten entsprechende Verfahren hält, derartige Wertänderungen (Tagesbeschaffungswerte) mit dem Buchungssatz "Maschinenkonto an Kapitalkonto" zu behandeln. Dies sei auch im dynamischen Interesse erforderlich, weil ansonsten bei steigenden Preisen der erstellten Leistung ein relativ bzw. wertmäßig zu geringer Aufwand gegenüberstehe und man, falls der Anlagenwert nicht auf die geschilderte Weise erhöht werde, mit den Abschreibungen zu früh zu Ende käme und die späteren Perioden bevorzugt würden. In der 3. Auflage ist diese Darstellung verschwunden. Hier polemisiert Schmalenbach gegen den "Dualisten" Schmidt, der doch nichts anderes vorschlägt als das, was Schmalenbach selbst einmal als im dynamischen Interesse liegend (Schmidt: Schmalenbach nicht dynamisch genug!) bezeichnet hat, welchen Weg Schmalenbach "vorerst" nur deshalb nicht einschlug, um nicht die "Starrheit der kaufmischen Übung anlässlich eines Einzelfalles zu erschüttern". Als aber die kaufmännische Übung durch die Inflation tatsächlich erschüttert wurde, muß Schmalenbach²⁾ gegen Schmidt kämpfen und andererseits die Zeitwertabschreibung ohne Korrektur des Anlagenwerts propagieren, ohne daß man sie wegen der bereits in der 1. Auflage festgestellten Mängel für anwendungsfähig hält.

In der 7. Auflage ist noch insofern eine kleine Reminiszenz an das Tageswertproblem vorhanden, als Schmalenbach³⁾ vermerkt, daß bei Unterlassung einer Umwertung des Anlagenwerts bei fallenden Preisen die späteren Jahre zu stark belastet würden; in den letzten Auflagen sieht aber Schmalenbach⁴⁾ grundsätzlich von jeder Berücksichtigung von Preisniveauperänderungen bei Anlagen ab. Soweit die Sache hier interessiert, soll nur vermerkt werden, daß eine "Trübung der Wirtschaftlichkeit durch Schwankungen der Zeitwerte bei Maschinen"⁵⁾ gegenstandslos ist, wenn die Schwankungen mit dem Kapitalkonto und nicht über Gewinn und Verlust abgerechnet werden. Berliner⁶⁾ und Leitner⁷⁾ machen einen entsprechenden Vorschlag bereits 1911 und Berliner spricht sogar vom Brauch eines "verständigen Kaufmanns". Warum Schmalenbach diese auch bei ihm 1919 aufgetauchte Idee wieder fallen ließ und warum die Schwankungen der Beschaffungspreise, verbunden mit dem Ausweis von Scheinerfolgen, später die erstrebte Isolierung der Wirtschaftlichkeit nicht mehr "trüben", ist nicht ersichtlich.

1) Schmalenbach, E., Grundlagen, 1. A., S. 96, 97

2) ders., Dynamische Bilanz, 7. A., S. 81

3) ders., ebenda, S. 180

4) ders., Dynamische Bilanz, 12. A., S. 171

5) ders., Grundlagen, 1. A., S. 95

6) Berliner, M., Bilanzlehre, 3. A., S. 99

7) Leitner, F., Bilanztechnik 1911, S. 30

Wenn Schmalenbach auch noch bis zur 7. Auflage¹⁾ davon spricht, Veränderungen des Zeitwerts bei Anlagen aus dem Jahresergebnis fernhalten zu wollen – was zwar selbstverständlich richtig, aber bezüglich der Veräußerungswerte seit 1884 geklärt und bezüglich der Tageswerte zunächst auch noch das Anliegen Schmalenbachs war –, so nimmt Schmalenbach doch praktisch hauptsächlich zum Problem der Niederstbewertung, und zwar jenseits der Zeitwertfrage, Stellung. Es wurde bereits erwähnt, daß Schmalenbach das Niederstwertprinzip nicht ablehne, im Gegenteil; nur möchte er außerordentliche Abschreibungen auf den Warenbestand oder die Anlagen gleichmäßig auf die Erfolgsrechnung mehrerer Jahre verteilt wissen, damit die "Vergleichbarkeit" nicht gestört würde.²⁾ Rieger³⁾ und Prion⁴⁾ stellen zwar zu Recht fest, daß sich die Vergleichbarkeit einer Rechnung von selbst ergebe, wenn nur immer nach den gleichen Grundsätzen bewertet würde; was Schmalenbach hier aber anstrebt, ist eine Vergleichbarkeit besonderer Art: Schmalenbach will – wie auch die Literatur⁵⁾ feststellt – im Rahmen der Jahreserfolgsrechnung die Schwankungen eines bestimmten Erfolgs feststellen, und zwar die Schwankungen der Wirtschaftlichkeit des technischen Betriebs, des Innenbetriebs, der Produktion, nicht der Rentabilität der kaufmännischen Bereiche bzw. der Gesamtunternehmung. Deshalb meint auch beispielsweise Sellien⁶⁾, Schmalenbach habe mehr Industrieunternehmungen als Handelsbetriebe im Auge, weshalb er die Erfolgsrechnung "zu einem Stück reiner Betriebsrechnung (Selbstkostenrechnung) erheben will." Das ist der Grund, warum "dem Dynamiker Sonderabschreibungen widerwärtig sind".⁷⁾ Weil Schmalenbach nur einen bestimmten Erfolg betrachten will, deshalb sollen Preisfälle im Umlaufvermögen, das Absinken des Gebrauchswertes von Anlagegütern sowie der Zufallsaufwand, wozu auch Debitorenverluste gehören, durch leichte Überabschreibungen verteilt, ihre akute Auswirkung auf die Erfolgsziffer vermieden werden. Weil Schmalenbach nur die Wirtschaftlichkeit der technischen Produktion im Auge hat, deshalb sind Debitorenverluste keine Ursache des Wirtschaftens, denen man im Zweifelsfalle nachzugehen hätte, ebensowenig wie die kaufmännischen Fragen des Wareneinkaufs und der Anlagenpolitik. Nicht einmal Fragen des technischen Betriebs, soweit sie die Achtsamkeit des Personals betreffen, interessieren ihn: so ist die Aufwandserfassung a priori deshalb vorzuziehen, damit der "zufällige" (!) Verschleiß infolge schlechten Materials, Überhaustung, Nachlässigkeit oder Untauglichkeit von Ingenieuren, Meistern und Arbeitern aus-

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7. A., S. 180

2) ders., ebenda, 12. A., S. 127

3) Rieger, W., Schmalenbachs Dynamische Bilanz, S. 95

4) Prion, W., Wirtschaftsbetrieb II, S. 171

5) Borkowsky, R., a. a. O., S. 90, 93, 102

Fischer, G., a. a. O., S. 158

Prion, W., Wirtschaftsbetrieb II, S. 168

Rieger, W., Privatwirtschaftslehre, S. 236

Walb, E., Erfolgsrechnung, S. 396

ders.: Finanzwirtschaftliche Bilanz, 2. A., H. E. Visser, Duisburg 1947, S. 83

Witschi, R., a. a. O., S. 80, 85, 88

6) Sellien, R.: Bilanzlehre – kurzgefaßt, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th.

Gabler, Wiesbaden 1950, S. 57

7) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12. A., S. 127

geglichen wird¹⁾ — Dinge, um deren Kenntnis man sich andererseits im Zuge der Plankostenrechnung außerordentlich bemüht. Was Schmalenbach im Auge hat, ist die Wirtschaftlichkeit der technischen Organisation; deren absolute oder relative Veränderungen sollen im Jahreserfolg zum Ausdruck kommen. Schmalenbach²⁾ ist der Meinung, zwar würden alle Erfolgseinflüsse im Gewinn erfaßt, auch die Außeneinflüsse (Konjunktur, Auftragsstruktur etc.), sehr häufig sei aber das Interesse des Kaufmanns nicht auf die gesamte Wirtschaftlichkeit gerichtet, sondern nur auf einen ihrer Einflüsse, nämlich die Betriebsgebarung. Um die Errechnung deren Schwankungen handelt es sich.

Man betrachte zunächst die außerordentlichen Abschreibungen auf den niedrigeren Gebrauchswert. Schmalenbach³⁾ ist insoweit Recht zu geben, als er der Ansicht ist, daß die Lebensdauer sehr vieler Anlagen infolge fortgesetzter Wandlungen von Technik und Wirtschaft oft sehr viel kürzer ist, als man glaubt, und daß nicht nur die technische Abnutzung, sondern auch die wirtschaftliche Entwertung zu berücksichtigen sei (Beispiele: Stromkabel im Bergbau, Lichthöfe in Warenhäusern). Die einigermaßen vorhersehbare bzw. zu erwartende wirtschaftliche Entwertung soll im Abschreibungssatz mit berücksichtigt werden, damit fortgesetzte Korrekturen vermieden werden⁴⁾. Im Rahmen leichter Überabschreibungen verträgt sich auch das Niederstwertprinzip mit der Dynamischen Bilanz⁵⁾. Handelt es sich hier aber um ein bilanztheoretisches Problem? Wohl kaum! Schmalenbach setzt sich für ausreichende Abschreibungssätze ein, weil diese in der Praxis mehr oder weniger häufig zu gering bemessen werden (unter dem Einfluß der hohen Steuern scheint dies Problem etwas an Bedeutung verloren zu haben), weil eine zu erwartende wirtschaftliche Entwertung nicht gesehen wurde. Bereits Simon⁶⁾ meint aber, daß nicht nur die körperliche Abnutzung im Abschreibungssatz zum Ausdruck kommen dürfe, und wenn er objektive und subjektive Werte unterscheidet, so in dem Sinn, daß die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Abnutzung zu individuellen Werten führe, im Gegensatz zu objektiven Werten, bei denen nur die körperliche Abnutzung in Ansatz gebracht würde. Auch Berliner⁷⁾ will die Abschreibungen so bemessen, daß nicht ständig Korrekturen notwendig werden. Schmalenbach bringt hier nichts, was den Ausdruck "dynamisch" als neuere und bessere Bewertungslehre rechtfertigen würde. Hier handelt es sich um die Frage, wie Abschreibungen überhaupt korrekterweise anzusetzen sind, um die Richtigkeit der Aufwandsbemessung, nicht um eine Frage der Zwecksetzung der Erfolgsrechnung. Sicher, man kann im Zweifelsfall den Abschreibungssatz eher zu hoch bemessen als zu niedrig, was nur dem kaufmännischen Prinzip der Vorsicht entspricht; man kann aber vernünftigerweise nur die normalerweise zu erwartende technische und wirtschaftliche Entwertung erfassen, die Überlegungen anstellen, die der Unternehmer macht, bzw. machen sollte, bevor er investiert. Die nicht vorhersehbare wirtschaftliche Entwertung muß in außerordentlichen Abschreibungen zum Ansatz kommen, sie entspricht dem Unternehmerrisiko und sie kann den einzelnen Perioden nicht

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12. A., S. 75

2) ders., Grundlagen, 1. A., S. 8

3) ders., Dynamische Bilanz, 12. A., S. 98

4) ders., Grundlagen, 1. A., S. 87

5) ders., ebenda, S. 89

6) Simon, H. V., a. a. O., S. 399

7) Berliner, M., Bilanzlehre, 7. A., S. 109 b

als ordentlicher Aufwand angelastet werden. Schmalenbach selbst bemerkt, daß sich eine durch neue Erfindungen entwertete Anlage "eine Sonderabschreibung gefallen lassen muß"¹⁾, daß Extraabschreibungen bei Brand, Katastrophen, Krieg, Kriegsfolgen und Kapitalveränderungen vorgenommen werden müssen²⁾ und daß sogar "Überteurungskosten durch Extraabschreibungen ausgeglichen werden" können³⁾, und all das, obwohl Extraabschreibungen "immer etwas Mißliches"⁴⁾ und "dem Dynamiker widerwärtig" sind.

Es wäre festzustellen, daß mit leicht überhöhten Abschreibungen zwar eine gewisse "Beruhigung" der Erfolgsrechnung bezüglich ordentlichen Abschreibungsgründe (Abnutzung, technisches Veralten etc.) erzielt werden kann, daß aber im Rahmen ordentlicher Abschreibungen nicht alle Risiken antizipiert werden können. Man muß hierbei nicht nur an die Umstände denken, die mit den Anlagen direkt verbunden sind, also beispielsweise ein Bruch oder eine neue Erfindung. Eine Investition kann sich auch einmal als Fehlinvestition herausstellen. Weder gehören derartige Risiken zu den voraussehbaren – würde man den negativen Ausgang kennen, unterbliebe die Investition – noch kann man ihnen im ordentlichen Abschreibungssatz Ausdruck verleihen, denn Verluste infolge von Überkapazitäten können nicht als Kosten der erstellten Leistungen angesehen werden. Auch wenn Schmalenbach die ordentlichen Abschreibungssätze vorsichtig bemißt, verbleiben noch genügend Einflüsse, die zu Sonderabschreibungen zwingen können und die "Vergleichbarkeit stören". Schmalenbach erreicht das angestrebte Ziel nicht.

Als störend für die angestrebte besondere Vergleichbarkeit empfindet Schmalenbach den Zufallsaufwand. Zufälliger Aufwand, das ist einmal der Verschleiß, der der "Verbrauchsabweichung" im Sinne der Plankostenrechnung entspricht, also der, der durch die Arbeitsweise der im Betrieb tätigen Menschen hervorgerufen wird. Zufallsaufwand sind nach Schmalenbach⁵⁾ auch Reparaturen, die durch Blitz, Explosion, Sturm, Überschwemmung und Einbruch entstanden sind, sowie die Debitorenverluste. Was den "zufälligen" Verschleiß von Gegenständen infolge Überhastung, Nachlässigkeit oder Untauglichkeit der Menschen betrifft, so ist es eine Frage, ob diesen Faktoren der Wirtschaftlichkeit nicht auch nachgespürt, ob deren Auswirkungen nicht auch im Jahreserfolg wirksam werden sollten; immerhin dürfte die Jahreserfolgsrechnung nicht das geeignete Instrument hierfür sein: einmal lassen sich Art und Ursache der durch die Verbrauchsabweichung bedingten Erfolgsschwankungen nachträglich nur noch sehr schwer feststellen, ist eine Beeinflußbarkeit der Kosten nicht mehr gegeben, zum anderen ist die Wirtschaftsweise ein ziemlich konstanter Faktor, der Schlendrian immer der gleiche. Ferner mag ein Teil dieser Zufälle auf den Jahreserfolg deshalb nicht einwirken, weil diese, wie z.B. die Sorgfalt im Umgang mit Maschinen, überhaupt nicht erfaßbar sind oder sich eine Erfassung für die Jahreserfolgsrechnung nicht rentiert. Was aber die Reparaturen betrifft, die infolge Überhastung bzw. starker Beschäftigung auftreten, so meint Schmalenbach⁶⁾,

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.96

ders., Preisveränderungen, S.50, 51

2) ders., Dynamische Bilanz, 7.A., S.181

3) ders., ebenda, 12.A., S.171

4) ders., ebenda, 7.A., S.180

5) ders., Grundlagen, 1.A., S.34

Dynamische Bilanz, 7.A., S.166

6) ders., ebenda, S.169, 170

daß sie in dem Jahre als Aufwand gelten müssen, in dem sie anfallen. Das gleiche sei der Fall bei Schäden an Maschinen, die durch ungeeignetes Material hervorgerufen wurden, soweit der Betrieb hieran schuldlos sei (Beispiel: falsche Kohlen, Reparatur der Ofenanlage). Man stelle gegenüber: Im Falle des Walzenbeispiels sollten die Abschreibungen auf die Walzen dann nicht verändert werden, wenn beispielsweise zufällig nur ungeeignetes Walzmaterial vorhanden war und gewalzt werden mußte; wenn aber eine Ofenanlage zufällig falsche Kohlen bekommt, dann ist die hierdurch ausgelöste Reparatur nicht verteilungsbedürftig. Es ergibt sich folgende Bilanzregel: Hat man falsches Eisen, muß der zufällige Schaden nivelliert werden; hat man aber falsche Kohlen, darf das nicht der Fall sein.

Ein zweiter Punkt erregt Verwunderung: Schmalenbach erwähnt die Frage des Verschuldens. Abgesehen von deren Feststellbarkeit dürfte diese Frage in der dynamischen Theorie Schmalenbachs gar keine Rolle spielen, denn Schmalenbachs Idee von der Isolierung des Betriebserfolges liegt doch folgende Vorstellung zugrunde: Soweit der Aufwand durch eine erhöhte Leistung (starke Beschäftigung) bedingt ist, ist der Aufwand kein "Zufall". Um einen Zufall handelt es sich erst dann, wenn der Aufwand mit keinem Leistungsgegenwert verbunden ist, also bei Blitz, Explosion usw., und wenn die Menschen im Betrieb einmal einen "Patzter" machen. Schmalenbach¹⁾ ist der Meinung, der Gefahr dieses Aufwandes unterlägen alle Perioden gleichmäßig, deshalb soll nicht die Periode, in der das Risiko nun tatsächlich einmal wirksam wird, den gesamten Reparaturaufwand allein tragen. Zum Zwecke des Ausgleichs sei eine Rückstellung (besser: Rücklage) zu bilden. Das ergibt folgende vertretbare Bilanzregel: Steht ein Schaden bzw. eine Reparatur in Zusammenhang mit der Leistungserstellung mehrerer Jahre, so wird der Aufwand den Jahren angelastet, die daraus einen Nutzen hatten; betrifft der Nutzen mehrere Perioden, wird die Reparatur aktiviert und leistungsanteilig abgeschrieben (bzw. werden entsprechende Rücklagen gebildet), betrifft er nur eine Periode, wird der Betrag sofort als Aufwand ("Unkosten") verbucht, und zwar ohne Rücksicht auf seine Höhe. Steht eine Reparatur in keinem Zusammenhang mit einer gesteigerten Leistungserstellung, wie das bei Brand, Explosion, falschem Material, menschlichem Versagen etc. der Fall ist (soweit sie nicht auf Überhaltung zurückzuführen sind), so handelt es sich in der Schmalenbach'schen Terminologie um einen "Zufall", um einen Aufwand, der nicht mit einer oder mehreren bestimmten Perioden in Zusammenhang zu bringen ist; das Risiko des Zufalls bedroht alle Perioden gleichmäßig und muß diesem Tatbestand entsprechend auf alle Perioden gleichmäßig verteilt werden. Ob ein derartiger Zufall aber nun verschuldet oder unverschuldet ist (wie trennen?), das spielt in dieser Bilanzregel überhaupt keine Rolle. Man kann nach diesem Schema nicht unverschuldete Reparaturen in einem Jahr als Aufwand absetzen, wenn dieser Ausgabe keine spezielle Leistung gegenübersteht, was allein eine sofortige Abbuchung rechtfertigen würde.

Noch bis zur 7. Auflage bestand in der Frage der Zufälle eine weitere Inkonzsequenz. Dort unterscheidet Schmalenbach kleine, mittlere und größere Zufälle. Die kleineren seien nicht verteilungsbedürftig, weil sie sich von selbst ausgleichen, und die größeren deshalb nicht, weil man sie ohnehin nicht vergäße. Hier hängt also die Gestaltung der Erfolgsrechnung von der Vergeßlichkeit oder dem Gedächtnis des jeweils verantwortlichen Betriebsleiters ab, nicht aber davon, ob der Aufwand mit einer Leistung in Zusammenhang steht

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7. A., S. 165 ff.

oder nicht. Wenn aber die Frage des Verschuldens und die Größe des Zufalls in Schmalenbachs Wertvorstellungen eine Rolle spielen, dann ist es zumindest mehr als fraglich, ob die angestrebte Vergleichbarkeit, nämlich die Isolierung der Schwankungen des Betriebserfolgs, erreicht wird.

Oben wurde die Bilanzregel Schmalenbachs, leistungsabhängige Reparaturen gemäß der Nutzenziehung zu behandeln und leistungsunabhängige, das heißt den Zufallsaufwand, gemäß dem alle Perioden gleichmäßig belastenden Risiko periodenmäßig gleichmäßig zu verteilen, für eine vertretbare Bilanzregel gehalten. Gegen eine leistungsmäßige Verteilung entsprechender Reparaturen ist nichts einzuwenden, es wurde darüber bereits in Kapitel I, Abschnitt 8 gesprochen. Hier interessiert hauptsächlich die Frage des Zufallsaufwands und das Anliegen, diesen auf mehrere Perioden möglichst gleichmäßig zu verteilen. Schmalenbach bringt in dieser Beziehung jedoch nichts völlig Neues. Die Idee eines Ausgleichs des Zufallsaufwands war in der Praxis bereits bekannt (in dieser Frage wird noch Simon zitiert werden; Abschnitt 2), worauf Schmalenbach¹⁾ selbst gelegentlich hinweist. Soweit allerdings in der Praxis Rückstellungen bezüglich derartiger Risiken gemacht werden, dürfte es sich wohl kaum um die Isolierung des Betriebserfolgs handeln, sondern um eine finanzielle Maßnahme, um die betriebspolitische Absicherung von Risiken. Es handelt sich um Fragen der Risikopolitik in Zusammenhang mit der Gewinnausschüttung; mit der Vergleichbarkeit der Erfolgsrechnung hat dies im Grunde nichts zu tun. Es mag außerdem rein formal vermerkt werden, daß es sich auch meist nicht um "Rückstellungen", die ja Fremdkapital sind, handelt, sondern um Rücklagen.

Was Schmalenbachs Theorie von der Nivellierung des Zufallsaufwands hinsichtlich der Vergleichbarkeit der Erfolgsrechnung betrifft, so gerät diese in arge Nöte, denn eine einigermaßen brauchbare Nivellierung aller störenden Einflüsse gelingt Schmalenbach keineswegs. Schmalenbach selbst muß außerordentliche Abschreibungen auf die Rentabilitätsbasis billigen, soweit derartige Werteinbußen unvorhersehbar sind und nicht darauf beruhen, daß die ordentlichen Abschreibungen fälschlicherweise zu knapp bemessen wurden. Schmalenbach hat in diesen Fällen praktisch keine andere Wahl, obwohl einerseits dieser außerordentlichen Abschreibung keine entsprechende Leistung der Periode gegenübersteht, was Schmalenbach zur Begründung einer fallweisen Verbuchung dienen könnte, und andererseits das Risiko des Brands, der Katastrophe, des Krieges, der Kapitalveränderungen und der technischen Entwicklung, soweit sie unvorhersehbar ist, jede Periode gleich betrifft. Wenn deshalb die Vergleichbarkeit der Erfolgsrechnung ohnehin nicht gewährleistet ist, wenn Schmalenbach hier trotz fehlenden Leistungsgegenwerts und trotz eines alle Perioden gleich belastenden Risikos dennoch zu außerordentlichen Abschreibungen schreiten muß, so kann er dies auch im Falle des Zufallsaufwandes tun – soweit nicht vom Standpunkt der Risikopolitik ein Ausgleich wünschenswert bzw. möglich ist –, ohne ein derartiges Verhalten gleich als verderbliche statische Einstellung bezeichnen zu müssen. Der Zufallsaufwand muß in den Bilanzen ohnehin ausgewiesen werden, auch wenn eine freie Rücklage zur Deckung des Schadens (Schmalenbach: zur Neutralisierung gegenüber dem Betriebserfolg) vorhanden ist; die Auflösung der betreffenden Rücklage muß in den Bilanzen der Aktiengesellschaften (§ 132 AktG) als "Ertrag" in Erscheinung treten. Es mag ferner erwähnt werden, daß der Zufallsauf-

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz § 12 A., S. 158

wand seine spezielle Prämienreserve überschreiten kann; eine Aktivierung und allmähliche Abschreibung des überschießenden Betrags hält Schmalenbach¹⁾ nicht für richtig. Auch hier ist er zu einer "widerwärtigen" Sonderabschreibung gezwungen. Ein infolge des allgemeinen Unternehmerwagnisses negativer Jahreserfolg kann schließlich dazu führen, daß je nach der Größe des Verlustes alle jene Ausgleichrücklagen dezimiert werden, die für Reparaturen, Garantien, Debitorenverluste etc. gebildet werden, so daß auch bezüglich dieser Punkte eine Vergleichbarkeit der Erfolgsrechnung nicht mehr gewährleistet wird.

Es hieß: wenn Schmalenbach ohnehin in zahlreichen Fällen eine Sonderabschreibung und damit eine "Störung" der Erfolgsrechnung, das heißt der Isolierung der Schwankungen des Betriebserfolgs, nicht verhüten kann, so verliert auch die Verteilung des Zufallsaufwandes über Rücklagen aus diesem Grunde an Bedeutung. Es wäre aber, um die Widersprüche in Schmalenbachs Darstellung zu beseitigen, der Gedanke zu erwägen, ob die ihrem Wesen nach tatsächlich als außerordentliche Abschreibungen, weil das allgemeine Unternehmerwagnis betreffend, anzusehenden Wertminderungen wenigstens grundsätzlich nicht ebenfalls durch eine entsprechende Ausgleichrücklage nivelliert werden sollten. Diese Frage ist um so berechtigter, als Schmalenbach keine stichhaltige Begründung für eine Unterscheidung in ausgleichsbedürftigen "Zufalls"aufwand, als da sind Reparaturen, die durch Blitz, Explosion, Überschwemmung, Einbruch und Fehlern der arbeitenden Menschen, soweit diese nicht leistungsäquivalent waren, hervorgerufen wurden, und nicht ausgleichsbedürftige außerordentliche Wertminderungen, wie Brand, Katastrophen, Krieg, Kapitalveränderung und die unvorhersehbare Entwertung von Anlagen infolge technischer Neuerungen, gibt. Man erinnere sich an die Definition des Zufallsaufwands: nicht-leistungsäquivalenter, das heißt mit keiner Leistung in Zusammenhang stehender Aufwand, der risikomäßig alle Perioden gleichmäßig betrifft. Gemäß dieser Definition ist kein Unterschied zwischen "Zufalls"aufwand und außerordentlichen Wertminderungen zu sehen; letztere sind ebenfalls Zufallsaufwand. Das kommt ganz deutlich in der Verwandtschaft der aufgezählten praktischen Beispiele beider Aufwandsgruppen zum Ausdruck: Blitzschlag und Explosion sind ausgleichbedürftiger "Zufalls"aufwand — ein Brand hingegen nicht ausgleichsbedürftige außerordentliche Wertminderung. Was aber, wenn es — was nicht jenseits aller Lebenserfahrung liegt — infolge Blitzschlags oder Explosion brennt? Ferner stehen sich einerseits Schäden durch Sturm und Überschwemmung und andererseits Schäden durch Katastrophen gegenüber: wo ist hier ein sachlicher Unterschied? Nicht ohne Grund ist dieser Fragenkomplex ab der 8. Auflage gestrichen worden!

Zurück zur Ausgangsfrage: sollen nicht auch jene außerordentlichen Wertminderungen, ebenso wie der "Zufalls"aufwand, von dem sie sich sachlich nicht unterscheiden, über Rücklagen ausgeglichen werden? Schmalenbach²⁾ will diese außerordentlichen Wertminderungen in voller Höhe im Jahreserfolg deutlich werden lassen und er hält "Rückstellungen für das allgemeine Unternehmerwagnis" ausdrücklich für nicht richtig. Damit gibt er aber seinen Lehrsatz von der Nivellierung aller die Ermittlung des Betriebserfolgs störenden Einflüsse preis, das heißt die sachliche Begründung für den Ausgleich der Schäden, die von ihm als Zufallsaufwand bezeichnet werden.

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7. A., S. 167

2) ders. ebenda, 12. A., S. 154 ff.

Wenn auch Schmalenbach natürlich insofern zustimmen ist, als er die Auswirkungen des Unternehmerrisikos nicht nivellieren will, lediglich um rein rechnungstechnisch eine Isolierung des Betriebserfolgs zu erreichen, so muß es doch der Unternehmungsführung freigestellt bleiben, aus dem Gewinn offene Rücklagen zur Überbrückung außerordentlicher Wertminderungen zu bilden, soweit dies ihr vom betriebspolitischen Standpunkt aus zweckmäßig erscheint.

Schmalenbach schneidet auch noch die Frage an, ob die Isolierung des Betriebserfolgs nicht auf dem Weg über eine entsprechende Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung zu erreichen sei. Schmalenbachs¹⁾ Ansicht, ein gesonderter Ausweis außerordentlicher Abschreibungen würde die Störung der Erfolgsrechnung zwar mildern, aber nicht beseitigen, erscheint nur berechtigt bezüglich derjenigen Abschreibungen, die vernünftigerweise schon in früheren Perioden hätten Aufwand werden sollen, die Nachholabschreibungen bezüglich einer leistungsäquivalenten Abnutzung (Stromkabel-, Treppenhaus-Beispiele) darstellen. Werden tatsächlich außerordentliche Abschreibungen, die das allgemeine Unternehmerwagnis betreffen, als außerordentlicher Aufwand behandelt, so stört das die Vergleichbarkeit des ordentlichen Betriebserfolgs keineswegs. Im Gegenteil: gerade durch die Trennung von Betriebserfolg und neutralen Erfolg, d. h. durch eine Erfolgsspaltung, könnte Schmalenbach einigermaßen zum Ziele kommen, keinesfalls aber durch eine (ohnehin nur teilweise vertretene) Nivellierung des außerordentlichen Aufwands. Was allerdings die Frage der Nachholabschreibungen für leistungsäquivalente, aber falsch eingeschätzte Wertminderungen betrifft, so erscheint es hier vom Standpunkt einer korrekten Aufwandsrechnung aus gesehen zweckmäßig, einen Ausgleich zu schaffen, eben weil es sich hier nicht um einen "Zufallsaufwand" handelt. Man wird die Beträge, die aus derartigen Fehlschätzungen herrühren, gegenüber Überabschreibungen, das heißt den Fehlbeträgen, die sich aus einer zu kurzen Einschätzung der Lebensdauer einer Anlage ergeben, abgrenzen²⁾. Es sei aber daran erinnert, daß hierdurch nicht alle Schwankungen abgefangen werden können und daß Spitzenbeträge wohl oder übel als außerordentlicher Aufwand erscheinen müssen, will man nicht einen aktiven Rechnungsabgrenzungsposten bilden, was aber Schmalenbach selbst nicht für richtig hält.

Neben den Schwankungen im technischen Bereich will Schmalenbach aber vor allem die Einflüsse nivellieren, die aus dem kaufmännischen Bereich der Unternehmung auf den Erfolg einwirken. Es handelt sich hier hauptsächlich um die Debitorenverluste und die Preisveränderungen im Umlaufvermögen. Der Debitorenverlust ist nach Schmalenbach ebenfalls ein "Zufallsaufwand". Das ist richtig, wenn man auf dem Standpunkt steht, daß nur Schwankungen der Wirtschaftlichkeit der technischen Organisation in der Jahreserfolgsrechnung zum Ausdruck kommen dürfen. Auch mit seiner Definition des Zufallsaufwands deckt sich Schmalenbach grundsätzlich. Allerdings handelt es sich hier um einen Zufallsaufwand, der nicht als außerordentlicher Aufwand bezeichnet und abgegrenzt werden kann. Andererseits handelt es sich um ein unternehmerisches Risiko, dessen Auswirkungen Schmalenbach nun wieder nicht in seiner wahren Höhe auf den Erfolg einwirken lassen will. Eine weitere Frage ist, ob das Verhalten der kaufmännischen Ab-

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7. A., S. 180

2) Lehmann, B.: Kalkulatorische Abschreibungen, Ug 1948, S. 60 ff.

teilung so unwichtig, ist, daß man deren Auswirkung überhaupt nicht zu beachten hätte und ob es sich bei jedem Debitorenverlust nur um einen "Zufall" handelt.

Wie Schmalenbach¹⁾ sich die Bereinigung der Erfolgsrechnung vom zufälligen Debitorenverlust vorstellt, schildert er in der 12. Auflage seiner Dynamischen Bilanz an einem Beispiel. Es sei daran angeknüpft, aber eine etwas andere Darstellung gebracht, um den Unterschied zwischen der "statischen" und "dynamischen" Methode besser hervorheben zu können. Die "dynamische Prämienrücklage" wird vom Kreditumsatz (1 600 000) mit 1/4 %, die "statische" Wertberichtigung mit 2 % vom Debitorenstand (270 000) berechnet. Zur Verdeutlichung der Darstellung werden Kreditumsatz und Debitorenstand als konstant angenommen; es schwanken nur die "zufälligen" Debitorenverluste. Das Delkrederekonto beginnt bei der "dynamischen" Methode mit einem Saldo von 2 100 bei der "statischen" mit 5 400:

Dynamische Methode				Statische Methode			
Delkredere		G & V		Delkredere		G & V	
	<u>2 100</u>				<u>5 400</u>		
4 400 ^{a)}				4 400 ^{a)}			
	4 000 ^{b)}		4 000	(1 000)		./ 1 000	
(1 700 ^{c)}					<u>5 400^{d)}</u>	+ 5 400	4 400
	<u>1 700</u>						
4 000				4 000			
	4 000		4 000	(1 400)		./ 1 400	
(1 700)					<u>5 400</u>	+ 5 400	4 000
	<u>1 700</u>						
5 400				5 400			
	4 000		4 000		<u>5 400</u>		5 400
(300)							
	<u>300</u>						
6 000				6 000			
	4 000	4 000			(600)	+ 600	
	(1 700)	+ 1 700	5 700		<u>5 400</u>	+ 5 400	6 000
	<u>0</u>						

Zeichenerklärung:

- a) tatsächlicher Debitorenverlust
- b) jährliche Verlustprämie
- c) verbleibender Betrag, der in Wirklichkeit als reine Ausgleichsrücklage, nicht als Wertberichtigung vorgetragen oder von einer bestehenden Rücklage abgesetzt wird
- d) festgestellte Wertberichtigung
- e) die Zahlen in Klammern ergeben sich als Salden

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12. A., S. 158

Aus dem Beispiel ist ersichtlich, daß bei der statischen Methode in der Gewinn- und Verlustrechnung der jeweilige tatsächliche Debitorenverlust in Erscheinung tritt, während bei der dynamischen Methode nur ein Durchschnittsverlust in Ansatz kommt – sofern die Ausgleichsrücklage nicht überbeansprucht wird (Verlust von 6 000 im Beispiel). Mißlich ist bei der dynamischen Methode, daß eine Wertberichtigung der Debitoren *n i c h t* vorgenommen wird. Schmalenbach führt hier das Delkrederekonto in Form eines Kontokorrentkontos bzw. im Geist der Partierechnung (!); die zukünftigen wahrscheinlichen Verluste sollen aus der Prämie des zukünftigen Umsatzes getragen werden. Es existiert keine Wertberichtigung, sondern nur eine Prämienreserve für größere Debitorenverluste. Bühler¹⁾ meint, ein Wertberichtigungsposten müsse nicht unbedingt gebildet werden, es entspräche auch den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung, wenn die Verluste laufend bzw. dann verbucht werden, wenn sie eintreten. Dies Verfahren dürfte aber in der Praxis wohl kaum geübt werden, in der Regel wird ein Wertberichtigungsposten vorhanden sein. Schließlich bestimmt das Handelsgesetz ausdrücklich, daß Forderungen mit ihrem wahrscheinlichen Wert anzusetzen sind, und das Gesetz stellt letzten Endes, wie ja auch Schmalenbach meint, eine Kodifizierung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung dar. Die Aufgabe der Bilanz als Instrument der Rechenschaftslegung bedingt, daß sie eine Übersicht über den Stand des Vermögens und der Schulden darstellt. Dem widerspricht eine laufende Verbuchung der Debitorenverluste. Wegen der Notwendigkeit einer Darstellung der Vermögenslage besteht aber kein Unterschied zwischen Vermögens- und Erfolgsermittlung, denn die ohne Wertberichtigungen auf Debitoren errechnete Erfolgsgröße ist ebenso zweifelhafter Natur wie das ausgewiesene Vermögen. Abgesehen davon läßt sich der Ausweis einer Wertberichtigung mit dem "dynamischen" Zweck der Prämienrechnung sehr wohl vereinigen (siehe Beispiel). Die Selbstversicherung im eigenen Hause durch Prämienrücklagen ist

Delkredere (Wertb.)		G & V	Prämienrücklage	
	<u>5 400</u>			<u>2 100</u>
4 400 ^{a)}				
	4 000 ^{b)}	4 000		
5 400 ^{d)}	(400) ^{c)}		400 ^{c)}	
	<u>5 400^{d)}</u>			<u>1 700</u>
4 000	4 000	4 000		
5 400				
	<u>5 400</u>			<u>1 700</u>
2 600	4 000	4 000		
5 400				
(1 400) ^{c)}				1 400 ^{c)}
	<u>5 400</u>			<u>3 100</u>

1) Bühler, O., Bilanz, S.305

Delkredere (Wertb.)		G & V		Prämienrücklage	
	<u>5 400</u> =====				<u>3 100</u> =====
3 800					
	4 000		4 000		
5 400					
(200)					200
	<u>5 400</u> =====				<u>3 300</u> =====
5 400					
	4 000		4 000		
5 400					
	(1 400)			1 400	
	<u>5 400</u> =====				<u>1 900</u> =====
6 000					
	4 000	4 000			
5 400					
	(2 000)	+ 100	4 100	1 900	
	<u>5 400</u> =====				<u>0</u> ==

eine Maßnahme der Risikopolitik, die neben die Wertberichtigung tritt, und diese Idee war bereits vor Schmalenbach (siehe Simon weiter unten) in der akfumannischen Praxis bekannt. Schmalenbach hingegen möchte die Wertberichtigung abschaffen und statt dessen nur die Prämienrechnung durchführen. Schmalenbach fällt hier "zum Zweck der Erfolgsermittlung" in die Zeit der Partierechnung, der Buchhaltungsschriftsteller zurück, die keine echte periodische Gewinnrechnung betrieben, sondern nur einen formalen Bücherabschluß aufstellten. Schmalenbach macht hier bezüglich der Debitoren genau das Gleiche; er bewertet sie überhaupt nicht! Es ist natürlich ganz klar, daß man dann alle Auswirkungen auf den angestrebten Betriebserfolg vermeidet, wenn man Vermögensposten, wie die Debitoren überhaupt nicht bewertet. Dabei wäre es, was das obenstehende Beispiel¹⁾ verdeutlichen soll, ohne weiteres möglich, Wertberichtigung und Prämienrechnung zu vereinen. Schließlich stellt ja eine Wertberichtigung auf Debitoren nichts anderes dar als eine Antizipation der zukünftigen Debitorenverluste und ob diese in teilweise antizipierter Form gegen die Verlustprämie verrechnet werden, spielt keine Rolle.

Es sei ferner hinzugefügt, daß Schmalenbach eine völlige Entstörung der Erfolgsrechnung nach seiner Idee nicht in allen Fällen erreicht. Übersteigt nämlich der jährliche Debitorenausfall die durchschnittliche Prämie zuzüglich des als Ausgleichsrücklage vorhandenen Betrags, so muß Schmalenbach wohl oder übel eine "Störung" der "Erfolgs"rechnung hinnehmen. Schmalenbach²⁾ bemerkt selbst, daß man mit dem von ihm vorgeschlagenen Verfahren auch bei Ansatz einer ordentlichen Prämie nicht ganze Konjunkturzyklen über-

1) dies ist gegenüber dem ersten Beispiel um zwei Perioden (3.u.4) erweitert worden.

2) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.159

brücken könne. Vom Standpunkt der Risikopolitik schlägt es jedoch nichts, wenn einmal die angesammelte Prämie nicht ausreicht. Wie noch später ausgeführt werden wird, ist es gar nicht sinnvoll, die Prämie so hoch zu dotieren, daß sie jeder Spitzenbelastung gewachsen ist.

Eine weitere Frage ist, ob man auf die Kontrolle der Wirtschaftlichkeit des kaufmännischen Betriebs so ohne weiteres verzichten kann. Sicher, die Debitorenverluste sind zum Teil rein zufällig — solange in der Kreditgewährung gleichmäßig verfahren wird. Das muß aber nicht der Fall sein. Die kaufmännische Abteilung kann leichtsinniger werden, mehr Schnitzer machen, aus Gründen der Umsatzsteigerung auch "faulere" Kunden Kredit gewähren u. a. m. Ist eine gute Prämienrücklage vorhanden, wirkt sich der Anstieg der Debitorenverluste zunächst nicht auf den Erfolg aus und bis man erkennt, daß die Prämie wegen des durchschnittlichen Steigens der Debitorenverluste erhöht werden mußte, und gegebenenfalls auch noch untersucht, warum die Verluste steigen, verrinnen Zeit und Geld, kann der Betrieb schon längst "Pleite" sein. Die Wirtschaftlichkeit der technischen Organisation verändert sich meist nicht sehr rasch; wenn aber Fehler im kaufmännischen Bereich gemacht werden, kann der Betrieb oft überraschend schnell auf dem Trocknen sitzen bzw. illiquide werden.

Was hier über die Frage des Delkrederes gesagt wurde, gilt auch für die Garantierücklage, bei der Schmalenbach¹⁾ entsprechend ein statisches und dynamisches Verfahren unterscheidet. Es verbleibt ferner noch ein letzter Hauptpunkt, an dem Schmalenbach eine besondere Vergleichbarkeit der Erfolgsrechnung verlangt, nämlich die Bilanzierung der Vorräte. Was die Bewertung gebundener Vorräte anbelangt, meint Schmalenbach²⁾: "Welchen Bilanzwert dieser Vorrat hat, ob es ein alter Anschaffungswert oder ein Zeitwert aus irgendeiner Periode oder ein früher teilweise abgeschrieben Wert ist, ist für die Erfolgsrechnung gleichgültig. Die Erfolgsrechnung verlangt vom Bilanzwert nur, daß er niedrig genug sei, um nicht aus Gesetzes- und Gewohnheitsrücksichten plötzliche Einflüsse auf die Erfolgsrechnung nötig zu machen." Um zu dieser Unterbewertung zu gelangen, will Schmalenbach³⁾ jedes Jahr eine geringfügige Sonderabsetzung vornehmen, bis ein genügend niedriger Wert erreicht ist. Die geringen Sonderabschreibungen berauben die Erfolgsrechnung nicht ihrer Vergleichbarkeit.

Das Verfahren der gebundenen Vorräte hat auch Bedeutung im Rahmen einer organischen Bewertung, auch wenn Schmalenbach⁴⁾ meint, nur Sachwert-, nicht aber Geldwertschwankungen behandeln zu wollen. Wenn man aber wie Schmalenbach eine nominelle Bilanzierung vertritt, so bedeutet das, daß Preisschwankungen als gewollte oder ungewollte Spekulationserfolge aufgefaßt werden. Diese Dispositionserfolge sollen nach dem Ansinnen Schmalenbachs nicht auf die Erfolgsrechnung einwirken. Hier erhebt sich aber wiederum die Frage, ob die Disposition im kaufmännischen Bereich so unwichtig ist, daß man sie so ohne weiteres außer acht lassen kann — und das angesichts der Tatsache, wie Schmalenbach⁵⁾ die eigentlichen Spekulationserfolge behandelt. Bei der Bewertung

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12. A., S. 156

2) ders., ebenda, S. 183

3) ders., ebenda, S. 185

4) ders., ebenda, S. 170

5) ders., ebenda, S. 178 ff.

spekulativer Bestände wendet sich Schmalenbach nämlich gegen das Niederstwertprinzip – abgesehen davon, daß Schmalenbach hier das Niederstwertprinzip mit dem Namen Realisationsprinzip belegt, was wohl kaum dem Sprachgebrauch entsprechen dürfte. Schmalenbach hält es bei spekulativen Beständen für richtig, auch den unrealisierten Spekulationserfolg bei steigenden Preisen auszuweisen. Hinderlich ist hierbei das Niederstwertprinzip¹⁾. Schmalenbach schlägt deshalb eine einmalige Sonderabschreibung auf den spekulativen Bestand vor, um so den Zeitwerteinflüssen (!!) ungehindert folgen zu können.²⁾ In der 12. Auflage verlangt Schmalenbach³⁾ wenigstens statt einer einmaligen eine auf mehrere Perioden verteilte Sonderabschreibung, damit die Vergleichbarkeit durch die Bildung der stillen Reserve nicht gestört werde. Es ist aber nun sehr die Frage, ob der Betrieb so regelmäßig spekuliert, daß dies möglich ist – und ob es sich dann nicht, wenn er es tut, um gebundene Bestände handelt.

Gegen die von Schmalenbach vorgeschlagene Bewertung sind noch zwei wesentliche Bedenken geltend zu machen. Erstens setzt Schmalenbach unter formeller Wahrung des Niederstwertprinzip das Zeitwertprinzip durch – also ausgerechnet ein Prinzip, das er andererseits als statische Einstellung bekämpft. Schmalenbach weist hier unrealisierte Gewinne aus, woran sich auch dann nichts ändert, wenn die gegebenenfalls stattfindende Gewinnausschüttung durch Auflösung stiller Rücklagen "finanziert" wird. Schwererwiegend ist aber noch, daß Schmalenbach sich selbst bzw. die angestrebte besondere Vergleichbarkeit torpediert. Bei den gebundenen Beständen war es sein ganzes Ziel, gewollte oder ungewollte Dispositionserfolge zu neutralisieren. Man sollte erwarten, Schmalenbach wollte deshalb die Erfolge bei spekulativen Beständen ebenfalls möglichst verteilen, etwa dergestalt, daß die Erfolge mittels eines speziellen Ausgleichrücklagenkontos soweit wie möglich nivelliert werden. Schmalenbach schlägt genau das Gegenteil vor! Er verwendet vorhandene stille Rücklagen sogar dazu, um auch unrealisierte Gewinne auf den Jahreserfolg einwirken lassen zu können! Eine nivellierende Wirkung ergäbe sich bei Schmalenbachs Verfahren nur dann, wenn die Preise ständig stiegen oder fielen, und zwar vor und nach dem Bilanzstichtag annähernd hälftig. Verbleibt der Spekulationsgegenstand mehrere Jahre in der Unternehmung, so wird es mit seinem Wert wohl einmal bergab, das andere Mal bergauf gehen – nach Schmalenbach wird diese Bewegung getreulich im Jahreserfolg deutlich. Angesichts dieses Vorgehens kann Schmalenbach aber nicht mehr anhand des Jahreserfolgs die Betriebsgebarung im technischen Bereich kontrollieren; die Berücksichtigung der Zeitwerteinflüsse steht dazu im Gegensatz. Auch Lion⁴⁾ bemängelt diesen Widerspruch, sowie den Ausweis nicht realisierter Gewinne.

Im Rahmen der "Dynamisierung" der Erfolgsrechnung spricht Schmalenbach auch von "Rückstellungen für Lieferungsabschlüsse". In der 1. Auflage⁵⁾ der Dynamischen Bilanz heißt es: "Auf Materialabschlüsse zu höheren als den Zeitwerten ist, wenn die Zeitwerte bei Material maßgebend sein sollen, eine entsprechende Rückstellung zu bilden;

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7.A., S.200

2) ders. ebenda, S.201

3) ders., Dynamische Bilanz, 12.A., S.179

4) Lion, M., Dynamische Bilanz, S.502

5) Schmalenbach, E., Grundlagen, 1.A., S.94

sind Abschlüsse bei steigenden Preisen gemacht, so ergibt sich logischerweise die Notwendigkeit, ein Aktivum zu bilden; hiergegen sträubt sich allerdings alles, was in der praktischen Bilanztechnik an statischer Anschauung hängen geblieben ist." Aber die Statiker (hier in einer neuen Version des Begriffes) haben recht: Schmalenbach weist auf diese Weise einen unrealisierten Spekulationsgewinn an Rohstoffen aus, die überdies noch nicht einmal im Betrieb vorhanden sind. Wenn aber Schmidt im Rahmen seiner organischen Bilanzlehre einmal aktive Wertberichtigungsposten bildet, um *S c h e i n* erfolge *e r f o l g s n e u t r a l* zu behandeln, dann ist Schmalenbach bestimmt nicht der letzte, der von Statik und Dualismus sprechen würde. Nicht ohne Grund hat Schmalenbach diesen Passus geändert. In der 12. Auflage¹⁾ heißt es, daß dieser Fall im Rahmen der Sachwertschwankungen zu behandeln ist, wo er aber im Grunde genommen gar nicht hingehört, weil die Sachwerte im Betrieb noch nicht vorhanden sind und so auch deren Preisschwankungen im Rahmen der gebundenen Bestands-Rechnung gar nicht erfaßt werden können. Trotzdem muß aber im Verlust-falle eine Rückstellung erfolgen. Ferner wäre, wie im Fall der Spekulationsbestände, zu vermerken, daß die fallweise Antizipierung der Preisveränderungen zu allem anderen dienlich ist als zur Errechnung eines "vergleichbaren" Betriebserfolgs.

Geblichen ist die "dynamische" Rückstellung auf Lieferungsabschlüsse, wenn zwar die Einkaufspreise stabil geblieben sind, aber über zu große Quantitäten abgeschlossen wurde, die nicht mehr abgenommen werden können. Hier soll eine Rückstellung für die voraussichtliche Entschädigung des Lieferanten infolge Nichtabnahme, für Preiszugeständnisse bei Weitergabe des Abschlusses an ein anderes Unternehmen oder für Verluste infolge sonstiger Verwertungsmaßnahmen vorgenommen werden. Diese Handhabung kommt einer Sonderabschreibung auf den niederen Verbrauchswert gleich; die subjektive Verwertbarkeit des Materials liegt unter seinem gegenwärtigen (!) Beschaffungswert. Vom Standpunkt der Periodenabgrenzung ist dies Verfahren korrekt, aber eine Sonderabschreibung ist doch dem Dynamiker an sich "widerwärtig", weil sie ja die Vergleichbarkeit des Betriebserfolgs stört. Schmalenbach meint deshalb: Wenn im Jahre 1928 ein Fünf-Jahres-Kontakt auf schwedische Erze abgeschlossen wurde und infolge der Wirtschaftskrise von 1931 nicht die vertragsmäßigen Mengen abgenommen werden können, sei das Jahr 1931 "ganz schuldlos" (besser: mit dem gleichen Risiko behaftet wie die anderen Jahre, in denen sich der Liefervertrag positiv auswirkte) und deshalb müßten die Verluste auf alle fünf Jahre des Lieferungsabschlusses verteilt werden. Hier ergäbe sich zwar eine nivellierende Wirkung, weil für mögliche Sonderabschreibungen eine entsprechende Prämienrücklage vorhanden wäre. Hinderlich ist nach Schmalenbach aber, daß die Bilanzen der Jahre 1929 und 1930 bereits abgeschlossen sind und der so 1931 notgedrungen aktivierte Verlust (weil nicht in voller Höhe abgebucht) nach dem Grundsatz der Vorsicht nicht nur den Statiker, sondern auch den Dynamiker zur "baldigen" (d.h. aber sofortigen) Abbuchung dränge. Dieser Einwand Schmalenbachs gegen sich selbst ist unverständlich. Warum tritt er hier nicht für eine jährliche Prämienrücklage ein, mit deren Bildung bereits 1929 zu beginnen wäre? Diese hätte nur den Nachteil wie alle anderen Ausgleichsrücklagen, nämlich daß im Falle unzureichender Dotierung dennoch Einflüsse auf den Erfolg einwirken könnten. Warum beläst es Schmalenbach hier bei einem "statischen, die Erfolgsrechnung störenden" Verfahren?

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12. A., S. 162

Schmalenbach will den Betriebserfolg ermitteln, er will aus dem Erfolg Aufschlüsse auf die Wirtschaftlichkeit des Betriebs gewinnen. Zu den "störenden" Einflüssen gehören hierbei aber auch die "Außeneinflüsse" (praktisch handelt es sich um das allgemeine Unternehmerwagnis), unter denen Schmalenbach¹⁾ die folgenden versteht:

- a) Konjunktoreinflüsse
- b) Saisoneinflüsse
- c) Modeeinflüsse
- d) Struktureinflüsse

Was den letzten Punkt anbetrifft, so drängt sich folgende Überlegung auf: Wie aus dem Walzenbeispiel ersichtlich, will Schmalenbach die Einflüsse der Wirtschaftsweise des einzelnen Menschen und seiner Leistungsschwankungen ausgleichen, also nicht betrachten. Das bedeutet, daß nur die Veränderung der Wirtschaftlichkeit der technischen Organisation als solcher, als Kombination von Produktionsmitteln, beobachtet werden soll. Hier will Schmalenbach aber auch noch die Struktureinflüsse ausschalten, das sind aber doch gerade die Einflüsse, die eine vorhandene Organisation unwirtschaftlich werden lassen können, denen die Organisation ständig angepaßt werden muß! Wenn aber beide Einflüsse ausgeschaltet werden, was bleibt dann wohl noch übrig, welche Einflüsse wollen dann eigentlich isoliert und betrachtet werden??

Von den besonders "erfolgs wichtigen Außeneinflüssen" sind nach Schmalenbach²⁾ zu eliminieren: die Veränderungen der Preisspanne, des Beschäftigungsgrades und der Zusammensetzung der Aufträge. Nach Schmalenbach bedarf es keiner Ausführungen darüber, daß derartige Rechnungen erst ausgeführt werden, wenn der Jahresabschluß fertig ist und daß deren Ergebnis in den Geschäftsbericht gehören. Was heißt das aber? Nichts anderes, als daß die mühevoll "bereinigte" tatsächlich ausgewiesene Erfolgsziffer über die Wirtschaftlichkeit des Innenbetriebs rein gar nichts aussagt, weil in ihr immer noch störende Einflüsse enthalten sind. Wozu also all diese Mühe und Umständlichkeiten, wenn diese Analysen der Erfolgsziffer ohnehin durch einen Wirtschaftsprüfer am Jahresende vorgenommen werden müssen, der dann die ganze Unternehmung, also auch die Betriebsgebarung im kaufmännischen Bereich, durchleuchten muß?

Wollte Schmalenbach Konjunktoreinflüsse tatsächlich ausschalten, so müßte er wiederum mit einer Ausgleichsrücklage operieren. Dieser Gedanke wäre nicht einmal so ungewöhnlich, schließlich ist er ja ein fester Bestandteil der Bilanzpolitik der Kapitalgesellschaften. Man kennt doch die auf mehrere Jahre hinaus in gewisser Höhe stabilisierten Dividenden der Kapitalgesellschaften. Allerdings wendet sich Schmalenbach³⁾ gerade gegen eine derartige Stabilisierung und setzt sich dafür ein, daß die Gewinne dem Risiko entsprechend schwanken. Es wurde bereits an anderer Stelle gesagt, daß Schmalenbach eine Verteilung des allgemeinen Unternehmerwagnisses ablehnt, und insofern ist es konsequent, wenn er stabilisierte Dividenden nicht für richtig hält. Wie sich das allerdings mit der andererseits angestrebten Vergleichbarkeit der Betriebsgebarung vertragen soll, bleibt offen, Wenn die Praxis einen Ausgleich der Dividenden über stille oder offene Rücklagen anstrebt, so

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.195

2) ders., ebenda, S.196

3) ders., ebenda, S.153

mag das auch in der Absicht geschehen, die Schwankungen des allgemeinen Unternehmerrisikos abzufangen, auch wenn hier nur betriebspolitische Überlegungen eine Rolle spielen, keineswegs die "Vergleichbarkeitsidee" Schmalenbachs. Bestimmt nicht gut beraten ist aber Großmann¹⁾, wenn er behauptet, daß sich die Bilanz als Instrument der Erfolgsrechnung – gegenüber der Vermögensbilanz zu Zeitwerten (Problemstellung!!) – erst viel später in den Vordergrund geschoben habe, "und zwar durch die Bedürfnisse der Praxis, die einen möglichst gleichbleibenden (!) Gewinn zur Verfügung haben will." Wie kann Großmann das behaupten? Der "dynamische" Gewinn Schmalenbachs soll doch zumindest um die Veränderungen der Betriebsgebarung im technischen Bereich schwanken, schließlich aber auch bezüglich der Auswirkungen des allgemeinen Unternehmerrisikos.

2. Kritik der Idee von der Isolierung des Betriebserfolgs im Jahreserfolg

Zunächst wurde die Dynamische Bilanz Schmalenbachs auf ihre Funktion als Kontrolle der Betriebsgebarung hin untersucht. Dies erfolgte, um auch hier die Frage zu klären, inwieweit für die Bewertung Zwecksetzungsfragen jenseits des Zweckes, der die Bilanz überhaupt ins Leben ruft, nämlich des der Abrechnung, maßgebend sein können. Zur grundsätzlichen Berechtigung des von Schmalenbach gesteckten Zieles wurde noch nicht Stellung genommen. Es mußte festgestellt werden, daß sich allein schon die Maßnahmen, die Schmalenbach zur Erreichung einer besonderen, auf die Betriebsgebarung im technischen Bereich abzielenden "Vergleichbarkeit" ergreift, teils widersprechen (Unternehmerrisiko!) teils nicht ausreichend sind und teils den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung zuwiderlaufen. Weder verfolgt Schmalenbach das von ihm gesteckte Ziel konsequent, noch kann ihm nicht einmal rein theoretisch eine gerechtfertigte Isolierung des Betriebserfolgs gelingen. Neben den Widersprüchen im einzelnen sind bezüglich der Frage der Durchführung einer Isolierung des Betriebserfolgs drei grundsätzliche Einwendungen zu machen.

Der erste Einwand betrifft die Dimensionierung der Ausgleichsrücklagen. Diese können rein bilanztechnisch bestimmt so dotiert werden, daß ein Großteil der Schwankungen abgefangen wird; schließlich kann man aber, wie Schmalenbach im Falle der Delkredere-rücklage selbst vermerkt, nicht ganze Konjunkturzyklen überbrücken und dann ist es mit der Vergleichbarkeit vorbei. Vom Standpunkt der Risikopolitik stört es nicht, wenn einmal die Rücklage nicht ausreicht. Soll eine Spezialrücklage sinnvoll sein, müssen auf der Aktivseite entsprechende "Einsatzreserven" vorhanden sein. Sind diese zu hoch dotiert, drückt das auf die Rentabilität. Man wird deshalb die (speziell gebundene) Rücklage nicht so ausreichend bemessen, daß auch für ungewöhnlich große Verluste liquide Mittel zur Verfügung stehen. Der Verlust geht zu Lasten des Jahresgewinnes, die Liquidität wird durch eine verminderte Gewinnausschüttung aufrechterhalten. Eine große Spezialrücklage birgt die Gefahr, daß die Gegenwerte zum Teil der Betriebserweiterung dienen. Rechnungstechnisch läßt sich zwar auch in diesem Fall ein Verlust durch Auflösung ausgleichen, da aber hierdurch der Jahresgewinn konstant gehalten wird, fehlt eine Stärkung der Liquidität zu Lasten der Gewinnausschüttung. Eine rein rechnungstechnisch

1) Großmann, H., Jahresabschluß, S.17

überhöhte Dotierung der Ausgleichsrücklagen zur Erreichung der Vergleichbarkeit der Erfolgs im technischen Sektor widerspricht dem Wesen der Jahreserfolgsrechnung und vernünftigen Grundsätzen der Betriebsführung. Schmalenbach kann vernünftigerweise gar keine Ausgleichsrücklagen bilden, die die vorhandenen Einsatzreserven übersteigen. Er muß sich nach der Decke der hierfür vorhandenen Mittel bzw. nach der Betriebspolitik strecken. Verfügbarkeit und vernünftige Dotierung der Einsatzreserven begrenzen Schmalenbachs Möglichkeiten der Nivellierung jener ihn nicht interessierenden Erfolgskomponenten. Schmalenbach¹⁾ mag Recht haben, daß der Kaufmann in der Frage des Delkredere ursprünglich an eine "Selbstversicherung" denkt, gerade deshalb aber ist seine Behauptung gegenstandslos, daß dieser Idee die "dynamische" Handhabung gerecht werde. Eine Versicherung, die im Schadensfall nicht bar zahlen kann, ist sinnlos. Auf einen rein rechnungstechnischen, auf die Vergleichbarkeit des Betriebserfolgs abzielenden Abgrenzungsposten legte der Kaufmann "ursprünglich" bestimmt keinen Wert. Außerdem kann die Selbstversicherung neben einem Ausweis von Wertberichtigungen durchgeführt werden; eine Wertberichtigung ist aber in jedem Fall vorzunehmen. Hier kann Schmalenbach wohl kaum irgendwelchen "ursprünglichen" Kaufmannsbrauch als Beweis anführen.

In der Sache sei ein Beispiel gebracht: Die Delkredere-Rücklage betrage 50 000 DM, die entsprechende Einsatzreserve 15 000 DM, der Debitorenverlust 20 000 DM. Der Verlust übersteigt die vorhandene Liquiditätsreserve. Hier wäre es zweckmäßig, den Jahresgewinn um 5 000 DM zu mindern, um die Liquidität zu stärken; die Rücklage tut das nicht, 30 000 DM stecken irgendwo im Betrieb, sind möglicherweise in Anlagen "verbaut" und nicht liquide.

Rücklagen werden auch für das Anlagenwagnis dotiert. Hier scheint es nun keine Rolle zu spielen, wenn eine Sonderabschreibung voll zu Lasten der Rücklage verbucht wird, denn die Liquidität wird hierdurch zunächst nicht beeinflusst. Zunächst – wenn nicht jetzt, so müssen später Gewinne einbehalten werden, um eine Ersatzanschaffung zu sichern. Immerhin bestünde hier die Möglichkeit einer Nivellierung der Gewinnschmälerung bzw. der Liquiditätsstärkung, da das Liquiditätsproblem nicht so dringlich ist. Aber das kommt auch auf die Anlagenpolitik an: ein laufender Anlagenersatz kann ins Stocken geraten.

Um die Frage der "dynamischen" Prämienrechnung abzurunden, muß noch die Behandlung dieser Frage bei Simon betrachtet werden. Es scheint, als ob hier für diesen Autor eine besondere Vorliebe gezeigt wird; das mag sein, denn seine Bilanzlehre ist korrekt. Der andere Grund besteht darin, daß er einer der wenigen Autoren ist, die Schmalenbach nun tatsächlich einmal namentlich als Statiker nennt. Meist sind die Statiker bei Schmalenbach eben "die Statiker". Konkrete Personen nennt Schmalenbach nur in sehr bescheidenem Umfang und es würde ihm auch ziemlich schwer fallen, für jeden Fall einen "Statiker" namentlich zu nennen, weil es sie gar nicht gibt. Simon²⁾ gibt ein Beispiel für die Prämienbildung bei Lebensversicherungsgesellschaften. Bei der Eröffnung des Geschäftes werden die anfallenden Leistungen infolge Sterbefalls ziemlich gering sein, später dagegen werden sie eine gewisse Zeit über den Durchschnitt steigen; Simon hält es hier für "unpraktisch", zunächst nur eine kleine, dem vorerst geringen jährlichen Risiko entspre-

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.158

2) Simon, H.V., a.a.O., S.190

chende Rücklage zu bilden, später eine entsprechend höhere. Simon hält es am zweckmäßigsten, eine ordentliche "Mittelprämie" anzusetzen, die zunächst größer, später geringer als die jährlichen Ausfälle ist. Das zur Behandlung dieser Frage seitens eines "Erzstatikers" !

Simon¹⁾ vertritt hier noch andere vernünftige Ansichten. So meint er, daß die Reservefonds zur Deckung außerordentlicher Verluste und Ausgaben jenseits einer Wertberichtigung stünden, jene freiwillig (Selbstversicherung wegen Nichtversicherung), diese nach dem Gesetz bzw. den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (man erinnere sich an die hier erfolgte Stellungnahme zu Buhlers gegenteiliger Ansicht; S.111) Zwang seien, daß die Selbstversicherung besonders bei großen Prämien und einer Verteilung des Risikos infolge umfangreichen Geschäftsbetriebs zweckmäßig ist. Hat beispielsweise eine Reederei drei Schiffe, so wird sie kaum die nötigen aktiven Reserven haben bzw. halten können ($\frac{1}{4}$ des gesamten Unternehmungskapitals) ! Um sich gegen den Verlust eines Schiffes im eigenen Haus zu versichern; hat sie dagegen 20 Schiffe, ist das eher möglich. Im übrigen unterscheidet Simon²⁾ sehr genau zwischen bilanzmäßigen (Passivseite) und wirtschaftlichen Reserven (Aktivseite). In neuerer Zeit beschäftigt sich mit dem Unterschied zwischen Rücklagen und Betriebsreserven besonders Walther³⁾. Er hat mit seinen Untersuchungen recht, aber bereits der "Statiker" Simon wußte hier Bescheid. Obwohl Simon "nur" Jurist war, übersieht er bei der Erörterung dieser Bilanzierungsfragen keineswegs die betriebswirtschaftlichen Tatbestände. Wenn Schmalenbach wirklich soviel an einer Eliminierung "zufälliger" Verluste gelegen ist, so müßte er, um eine sinnvolle Isolierung des Betriebserfolgs zu erreichen, teilweise von der Selbstversicherung zur effektiven Versicherung durch andere Unternehmungen übergehen, so beispielsweise, wenn eine Reederei nur drei Schiffe besitzt. Das ist aber grundsätzlich nur bei Schadensgefahren wie Blitz, Brand, Explosion, Sinken eines Schiffes etc. möglich, nicht aber bezüglich der unternehmerischen Risiken (Bedarf, neue Erfindungen etc.); Debitoren- und Betriebsunterbrechungsversicherungen sind nur in beschränktem Umfang möglich und außerdem ziemlich teuer. Billig wäre eine sinnvolle Nivellierung störender Einflüsse bestimmt nicht, und ob eine derartige Berechnung des Betriebserfolgs zweckmäßig ist, ist mehr als fraglich.

Ein zweiter grundsätzlicher Einwand gegen die Nivellierung der Erfolgsrechnung über Ausgleichsrücklagen wäre darin zu sehen, daß ein Wirksamwerden des negativen Unternehmerrisikos im Falle eines großen Jahresverlustes zur Auflösung der Ausgleichsrücklagen bzw. zur anderweitigen Verwendung der betreffenden Einsatzreserven zwingen kann. Bis sich die Unternehmung wieder erholt und entsprechende Rücklagen bzw. Einsatzreserven von neuem angesammelt hat, ist es mit der "Vergleichbarkeit" für einige Zeit vorbei. Auch bereits die erstmalige Bildung einer Ausgleichrücklage ist davon abhängig, ob die Unternehmung mit Gewinn arbeitet.

Schließlich hält es Schmalenbach nicht für richtig, das allgemeine Unternehmerrisiko auszugleichen. Das Unternehmerrisiko kommt aber dem Wesen der Sache entsprechend

1) Simon, H.V., a.a.O., S.250 ff.

2) ders., a.a.O., S.193

3) Walther, A., Wirtschaftslehre II, S.185 ff.

im Jahreserfolg am stärksten zum Ausdruck. Die Wirtschaftlichkeit im technischen Bereich verändert sich absolut oder relativ meist nur allmählich. Wenn heute eine neue Produktionsmethode eingeführt, eine neue Maschine erfunden wird, so macht sich ein Druck auf die alten Anlagen nur allmählich bemerkbar. Was sich von heute auf morgen verändern kann, das ist der Bedarf; wie schnell wird eine erfolgsversprechende Investition zur Fehlinvestition, wie schnell steigen oder fallen die Warenpreise und wie stark wird der Erfolg beeinflusst, wenn flüssige Mittel zu stark verbaut werden und die Unternehmung illiquide wird. Andererseits können Dispositionen im kaufmännischen Bereich ebenso starke positive Ausschläge auf den Jahreserfolg zur Folge haben. Schmalenbach hat recht, wenn er einen Ausgleich des allgemeinen Unternehmerwagnisses in der Erfolgsrechnung ablehnt, aber das ist ein Staatsbegräbnis Erster Klasse, das er seiner Theorie von der Kontrolle der Betriebsgebarung, seiner "dynamischen" Bilanz bereitet. Gerade die Einflüsse, die am stärksten auf eine Veränderung des Jahreserfolgs einwirken, werden nicht auf die angestrebte Vergleichbarkeit des Betriebserfolgs zugestutzt; man erinnere sich hierbei auch besonders an die Inkonzsequenz in der Behandlung des Warenbestands.

Es wurde zunächst die Durchführung der Schmalenbachschen Idee, die Erfolgsrechnung auf die Kontrolle des technischen Betriebs zuzuschneiden, betrachtet. Diese Idee wäre aber auch im Grundsätzlichen zu erörtern. Hier sei zunächst noch einmal an die Feststellung erinnert, daß es als unzweckmäßig erscheint, lediglich die Veränderungen in der Entwicklung der technischen Organisation zu beachten und die Verbrauchsabweichungen im technischen Bereich sowie die Erfolge der kaufmännischen Disposition zu nivellieren. Dieser Meinung sind beispielsweise auch Borkowsky¹⁾ und Prion²⁾. Hinsichtlich der Kontrolle der Wirtschaftlichkeit im technischen Bereich wird aber von der Literatur³⁾ noch der sachlich richtige Einwand erhoben, daß die Erfolgsrechnung keinesfalls das richtige Instrument dazu ist, die Wirtschaftlichkeit zu kontrollieren. Hierfür müssen andere, besondere Rechnungen eingestellt werden. Man würde sich sonst heute nicht um die Entwicklung des "politischen Rechnungswesens" (Abromeit) im Gegensatz zum "administrativen" bemühen, um den Soll-Ist-Vergleich in allen seinen Formen. Einmal wird in der Erfolgsrechnung nur "Schlendrian" verglichen, weshalb wohl Nicklisch⁴⁾ bereits 1921 der Auffassung ist, daß es nicht

1) Borkowsky, R., a.a.O., S.93

2) Prion, W., Wirtschaftsbetrieb II, S.169

3) Abromeit, H.G.: Amerikanische Betriebswirtschaft, Betriebswirtschaftlicher Verlag

Dr.Th.Gabler, Wiesbaden 1954, S.151 ff.

Fischer, G., a.a.O., S.158

Neumayer, W.: in Kalveram, W., Plankostenrechnung, Betriebswirtschaftlicher Verlag

Dr.Th.Gabler, Wiesbaden 1949, S.15

Prion, W., Wirtschaftsbetrieb II, S.169

Rieger, W., Privatwirtschaftslehre, S.238

Schnettler, A.: Ziele und Grenzen der betrieblichen Werterhaltung, ZfhF 1955, S.528

Sommerfeld, H., Wertansätze, S.14

Walb, E., Bilanz, S.84, 87

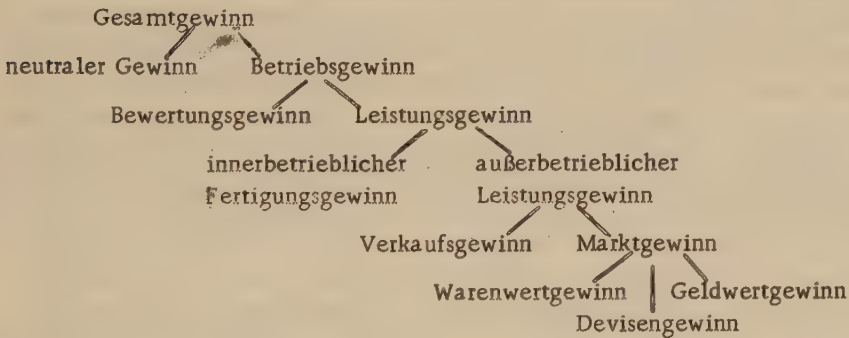
Walther, A., Wirtschaftslehre II, S.39

Witschi, R., a.a.O., S.78, 80, 85, 90, 93, 96, 102

4) Nicklisch, H., Dynamik, S.241

genüge, aus dem trüben Brunnen der Bilanz zu schöpfen und daß man "in Fragen des inneren Kräftespiels durch sie nicht eindringen könne"¹⁾. Andererseits meint auch Berliner²⁾, ebenfalls 1922: "Ein Unternehmer, der erst durch seine Jahresbilanz erfahren will, ob er auf dem richtigen Weg ist, kann m.E. kein tüchtiger Kaufmann sein." Berliner schlägt zwar seinerseits monatliche oder vierteljährliche Gewinnrechnungen vor — diese werden durch moderne Kontrollformen, wie z.B. die Plankostenrechnung, nicht gegenstandslos, da letztere nicht für alle Betriebe gleich wirtschaftlich ist —, aber diese kurzfristigen Erfolgsrechnungen können rein nach Gesichtspunkten der Betriebskontrolle aufgemacht werden und müssen sich nicht in das für sie zu enge Kleid der Jahresbilanz zwängen. Die Aufgabe, einmal die Ursache der Wirtschaftlichkeitsschwankung überhaupt richtig zu erfassen und sie andererseits möglichst noch im Zeitpunkt der Beeinflußbarkeit zu erkennen, lassen die Jahresbilanz als ungeeignetes Kontrollmittel für die Entwicklung des Betriebserfolgs erscheinen.

Wenn hier auch die Ansicht vertreten wird, daß die Erfolgsrechnung eine Unternehmungsrechnung, eine Kapitalrechnung, eine Abrechnung ist, so heißt das nicht, daß ihr jede Funktion für die Kontrolle der Betriebsgebarung abgestritten wird. Reine Betriebsrechnungen sind nicht in allen Betrieben gleich wirtschaftlich; je kleiner der Betrieb, umso mehr wird die Erfolgsrechnung alleiniges Kontrollinstrument sein. Weil aber der Erfolg eine summarische Größe ist, so umfaßt die Wirtschaftlichkeitsprüfung alle Erfolgseinflüsse, eine Analyse des Gesamtgewinns, den beispielsweise G.Fischer³⁾ in folgende Komponenten aufspalten will:



Eine absinkende Erfolgssziffer der Jahresbilanz mag die Ursache für eine genaue Bilanz- und Betriebsanalyse sein; die Jahresbilanz aber in bestimmter Richtung zu gestalten, um eine der obenstehenden mannigfachen Gewinnkomponenten allein zu beobachten, hat keinen Sinn.

Als letztes ist zur Dynamischen Bilanz als Kontrolle der Betriebsgebarung zu vermerken, daß man natürlich auch hier nicht auf einen Unterschied zwischen Vermögens- oder Erfolgsermittlung bzw. auf eine entsprechende Zwecksetzung der Erfolgsrechnung stoßen konnte. Schmalenbach erreicht die Isolierung des Betriebserfolgs, wie das anders gar

1) Nicklisch, H., Entthronung, S.4

2) Berliner, M., Statische und dynamische Bilanz, S.215

3) Fischer, G., a.a.O., S.279

nicht möglich ist, durch eine besondere Bewertung des Vermögens. In einem Fall könnte man allerdings eine Divergenz erblicken: in der Bewertung der Vorräte zum gebundenen Bestand. Dieser wurde zu Zwecken der Entstörung der Erfolgsrechnung von Preisschwankungen gebildet und gibt nicht den sachlichen Wert der Vorräte wieder, weil diese mit einer beträchtlichen stillen Rücklage bedacht sind. Hier wäre (Schmalenbach nimmt diese Möglichkeit nicht wahr) eine korrekte Erfolgsermittlung ohne Ausweis des Vermögens in seiner richtigen Höhe grundsätzlich möglich. Das Ziel dieser gebundenen Bestandsrechnung könnte es sein, unechte Erfolge, die sich bei nomineller Rechnung ergeben, nämlich Scheinerfolge, auszuschalten. Die gebundene Bestandsrechnung stellt unter diesen Umständen nichts anderes dar als eine organische Bewertung (siehe Teil C), lediglich mit dem Unterschied, daß Schmalenbach die auszuschheidenden Wertänderungen über stille Rücklagen und nicht, wie Schmidt, über offene Wertberichtigungskonten verbuchen will. Da Schmalenbach aber keine offene Wertberichtigung bildet, müßte er im Falle aktiver Wertberichtigungen (fallende Preise) unter Umständen zu "stillen Überbewertungen" gelangen, was gegen die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung verstoßen würde. Damit dies nicht eintritt, will Schmalenbach den gebundenen Bestandswert durch eine Reihe leichter, jährlicher Sonderabschreibungen entsprechend herabsetzen. Hier wird dann aber der Vermögenswert um echte Erfolge verfälscht, so daß Schmalenbachs falsche Vermögensbewertung im Rahmen der gebundenen Bestandsrechnung zumindest teilweise auf einer falschen Erfolgsrechnung beruht. Es ist aber nicht systembedingt, die Scheinerfolge unter Frisur des wahren Vermögens auszuschneiden und deshalb kann auch hier kein prinzipieller Gegensatz zwischen Erfolgs- oder Vermögensermittlung konstruiert werden. Des weiteren ist zu beachten, daß Schmalenbach, was die hier zur Debatte stehenden sogenannten "Sachwertänderungen"¹⁾ betrifft, Nominalist ist, entsprechende Preisänderungen als echte (gewollte oder ungewollte) Spekulationserfolge auffaßt. Von diesem Standpunkt aus ist dann aber die gebundene Bestandsrechnung eine Bewertungsmethode, die auf Grund einer falschen Vermögensbewertung auch zu einer falschen, wenn auch in dieser Form beabsichtigten Erfolgsberechnung führt. Es sei hier an die frühere Feststellung erinnert, Schmalenbach ziele auf einen bestimmten, "vergleichbaren" Jahreserfolg ab und zu diesem Zwecke müßte die Darstellung des genauen Vermögenswertes von Fall zu Fall ein wenig frisiert werden. Die Literatur sah zum Teil im genauen, im Gegensatz zum nur vergleichbaren Ausweis des Vermögens einen Unterschied zwischen Vermögens- und Erfolgsermittlung. Abgesehen von der oftmals genug erwähnten Tatsache, daß Vermögens- und Erfolgsermittlung untrennbar zusammenhängen, ist hierzu zu vermerken, daß Schmalenbach bezüglich der Nivellierung des Zufallsaufwands bei Anlagen und Debitoren auch nicht mittels einer Überabschreibung eine stille Reserve bildet, sondern mit einer offenen "Rückstellung" arbeitet. Das ist aber zum Zwecke der Nivellierung unerwünschter Erfolgsschwankungen bei den Waren ebenfalls möglich. Schmalenbach²⁾ ist hierzu unter Umständen bei starkem Lagerabbau, verbunden mit steigenden Preisen, ohnehin gezwungen. Insofern ist es nicht ganz richtig, wenn Schmalenbach meint, es sei gleichgültig, mit welchem Wert der gebundene Bestand angesetzt werde, er müsse nur niedrig genug sein. Ein Gegensatz zwischen Statik und Dynamik besteht also auch insofern nicht, als Schmalenbach gegenüber anderen Autoren etwa gezwungen wäre, zur Erreichung seiner Ziele das Vermögen ein wenig zu verschleiern.

1) spezielle Preisänderung einzelner Güter im Gegensatz zur generellen In- oder Deflation (Geldwertänderung).

2) Schmalenbach, E., Grundlagen dynamischer Bilanzlehre, 2. A., G.A. Glöckner Verlagsgesellschaft, Leipzig 1925, S.181

3. Über den "Siegeszug" der Dynamischen Bilanz

Die Dynamische Bilanz Schmalenbachs wurde in zwei Abschnitte zerlegt. Einmal wurde die Frage der grundsätzlichen Wertvorstellung, des Vermögensbegriffes untersucht, zum andern die der besonderen Vergleichbarkeit der Erfolgsrechnung. Was die Frage der Vermögens- oder Erfolgsermittlung im ersteren Fall anbelangt, erwies sich ein Gegensatz als nicht existent; Rieger¹⁾ meint, die Unterscheidung sei "geradezu nichtssagend" und Schmalenbach sei über "nebelhafte Vorstellungen", nicht hinausgekommen. Im zweiten Fall war der Gedanke, im Jahreserfolg lediglich den Betriebserfolg zu errechnen, abzulehnen. Abgesehen davon konnte man in der Darstellung beidesmal auf eine Reihe zum Teil sehr beträchtlicher Widersprüche stoßen, was neben Rieger²⁾ beispielsweise auch Borkowsky³⁾ und Witschi⁴⁾ vermerken. Diese liegen in der Natur der Sache: um einen Unterschied aufrecht zu erhalten, der gar nicht existiert, muß man notwendigerweise zu Widersprüchen gelangen. Schmalenbach⁵⁾ braucht sich wirklich nicht zu wundern, daß die Kritik, die sein Werk ausgelöst hat, alle Rekorde schlug.

Trotz einer das genaue Gegenteil beweisenden Sachlage spricht eine nicht geringe Zahl anderer Autoren⁶⁾ "von einem Siegeszug der dynamischen Bilanzauffassung, von dem von Schmalenbach gewiesenen Weg" (Kosiol), davon, daß "die Charakterisierung der Jahresschlußbilanz als Erfolgsrechnung Schmalenbach zu verdanken sei" (Wall), daß die aktienrechtliche Gewinnermittlung der Dynamischen Bilanz in verschiedenen Bestimmungen (Abschreibung als Verteilung des Anschaffungswertes, Rechnungsabgrenzungsposten) gefolgt sei (Mirre; man bedenke: die Aktienrechtsnovelle von 1884 ist Schmalenbachs Dynamischer Bilanz von 1919 gefolgt!), von der Erfolgsrechnungstheorie Schmalenbachs als der "herrschenden Bilanztheorie" (Lehmann) und davon, daß die Bewertung seit Schmalenbach vom "Rezeptmäßigen" befreit wurde (Walb).

Diesen Ansichten gegenüber ist Witschi⁷⁾ der Meinung, daß sich Schmalenbachs Schema: Ausgaben, noch nicht Aufwand außer der Namengebung nicht wesentlich von einer Normalbilanz unterscheidet und daß Schmalenbach auch in Bezug auf die Abschreibung "nichts Neues" brächte⁸⁾. Ähnlich äußern sich Borkowsky⁹⁾, Hauck¹⁰⁾, Frion¹¹⁾ und

1) Rieger, W., Schmalenbachs Dynamische Bilanz, S.33, 34

2) ders., ebenda, S.136

3) Borkowsky, R., a.a.O., S.44

4) Witschi, R., a.a.O., S.30

5) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 10.A., Industrie- und Handelsverlag
Walter Dorn, Bremen 1948, Vorwort

6) Kosiol, E., Bilanzreform, S.21

Wall, F., a.a.O., S.11

Mirre, L., a.a.O., S.6

Lehmann, M.R.: Die Quintessenz der Bilanztheorie, ZfB 1955, S.684

Walb, E., Erfolgsrechnung, S.398

7) Witschi, R., a.a.O., S.36

8) ders., a.a.O., S.40

9) Borkowsky, R., a.a.O., S.85

10) Hauck, W., a.a.O., S.55

11) Prion, W., Wirtschaftsbetrieb II, S.167

Rieger¹⁾, und bereits vor Schmalenbach bestreitet Simon²⁾ die Notwendigkeit der Theorie von der Ermittlung des Betriebserfolgs. Schmalenbach³⁾ vermerkt zu dem Einwand, die Dynamische Bilanz sei nicht neu, allerdings: "Nachdem ganze Generationen von Theoretikern in statischen Anschauungen ersoffen waren, und die Theorie der dynamischen Bilanz sie wieder aufs Trockene brachte, sagten einige Gescheite, das sei gar nichts; man sei schon früher auf dem Trockenen gewesen." Diese Behauptung ist unrichtig. Witschi hat mit seiner Auffassung recht, wenn man an die Behandlung dieser Fragen durch den von Schmalenbach namentlich genannten Statiker Simon, ferner an die Bilanzwerke Berliner und Osbahr denkt, die sehr vernünftige Bilanzlehren vor und als Zeitgenossen Schmalenbachs schrieben. Schließlich verlangt bereits das Aktienrecht 1884 eine "dynamische" Bewertung, und auch etwaige "Eisenbahngesellschaften" gingen von der Vorstellung der Kostenverteilung aus⁴⁾. Ferner vermerkt Schmalenbach in seinen ersten Veröffentlichungen selbst, daß die Praxis den "Erfolg" ermittle und nur Bewußtsein und Konsequenz fehlten. Auch die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung waren also offenbar nicht "ersoffen", so daß sie Schmalenbach erst wieder aufs "Trockene" hätte bringen müssen. Daß in der Praxis zwar der "Erfolg" ermittelt wurde, daß die Bilanzierungsgrundsätze aber nicht überall einheitlich geübt wurden, bestätigt Osbahr⁵⁾. Allenfalls kann sich Schmalenbach für eine weitere Verbreitung richtiger Bilanzierungsgrundsätze einsetzen. Zu keinem anderen Zweck haben andere Autoren Bilanzlehren veröffentlicht. In der 7. Auflage der Dynamischen Bilanz ist Schmalenbach⁶⁾ dann jedoch der Meinung, die Praxis habe sich im wesentlichen dem dynamischen Bilanzprinzip angeschlossen. Das ist aber nicht richtig. Schmalenbach hat die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung nicht erfunden und tritt für sie weder als erster noch als einziger Autor ein. Es ist deshalb unzutreffend, von einem "Siegeszug der Dynamischen Bilanz", von einer "herrschenden Lehre" oder ähnlichem zu sprechen. Mit einer seit Simon auch in juristischen Kreisen — was Schmalenbach⁷⁾ ja noch ausdrücklich selbst bestätigt — bereits längst anerkannten und gesetzlich sogar fixierten Bewertung kann man leicht Karriere machen. So bringt Schaefflers "Dynamische Bilanz in Beispielen" nichts anderes als eine vernünftige Bewertung und man erinnere sich hier auch an die Auffassung Nicklischs⁸⁾, daß eine vernünftige Bewertung ebenso gut sei wie eine "dynamische".

Schmalenbach stellt den "dynamischen" Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung bis zur 7. Auflage die "statische" Bewertung zu Veräußerungspreisen gegenüber. In späteren Auflagen verschwindet der Veräußerungswert, an seine Stelle tritt die Gesamtwert-Vorstellung. Münstermann⁹⁾ führt diese Veränderungen der Dynamischen Bilanz wohl darauf zurück, daß Schmalenbach seine Forschungen weiterhin fortsetzte. Das Ergebnis ist, daß

1) Rieger, W., Schmalenbachs Dynamische Bilanz, S.99

2) Simon, H.V., a.a.O., S.409 ff.

3) Schmalenbach, E., Selbstkostenrechnung, S.2, Fußnote 1

4) Hintner, a.a.O., S.226

5) Osbahr, W., a.a.O., S.83, 88

6) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7.A., S.160

7) ders., Grundlagen, 1.A., S.96

8) Nicklisch, H., Dynamik, S.241

9) Münstermann, H.: Schmalenbachs dynamische Bilanz, ZfB 1954, S.265

Schmalenbach nun eine Gesamtwertbilanz als statisch bekämpft. Aber gegen eine Theorie, die nie vorhanden war (Schmalenbach nennt hierzu keinen einzigen Autor, was doch ziemlich leicht fallen müßte, wenn "ganze Generationen von Theoretikern in statischen Bilanzanschauungen ertrunken sind"), kann man sich ebenfalls leicht durchsetzen.

Das zweite Anliegen Schmalenbachs ist die Isolierung der Schwankungen des Betriebserfolgs. Hier stößt Schmalenbach auf berechtigten Widerstand in der Theorie, und was die Praxis betrifft, so verweist Schmalenbach beispielsweise im Fall des Delkredere darauf, daß die Idee der Prämienrechnung in kaufmännischen Kreisen bereits längere Zeit bekannt war. Diese Idee ist, wie Simon beweist, aber ebenfalls keineswegs im statischen Sumpf "ertrunken". Auch hier basiert ein "Siegeszug der Dynamischen Bilanz" auf Bilanzierungsgrundsätzen, die bereits vor Schmalenbach vorhanden waren. Die Praxis hat hierbei allerdings eine vernünftige Risikopolitik im Auge, nicht aber das weitergehende Ziel Schmalenbachs, den Betriebserfolg zu isolieren. In dieser Frage ist die Praxis Schmalenbach bestimmt nicht gefolgt, sie verzichtet beispielsweise nicht auf eine Bewertung der Debitoren, wie Schmalenbach das verlangt, um so Einflüsse von dem ihn interessierenden Erfolg fernzuhalten, abgesehen davon, daß die Antizipierung von Verlusten einer Prämienbildung in keiner Weise entgegensteht. Schließlich gelangt Schmalenbach nicht einmal selbst zum Ziele. Vom "Siegeszug der Dynamischen Bilanz" zu sprechen, ist nicht gerechtfertigt. Es sei nicht bezweifelt, daß Schmalenbach in der Praxis vernünftige Bilanzen erstellt habe, aber wenn er das tat, dann waren diese bestimmt nicht "dynamisch".

Jenseits der Fragwürdigkeit der dynamischen Theorie ist es noch aus einem anderen Grunde sinnlos, vom "Siegeszug der Dynamischen Bilanz" zu sprechen. Schmalenbachs Vorstellung von der Ermittlung eines aussagefähigen Jahreserfolgs ist notwendigerweise mit einer Ablehnung stiller Rücklagen verknüpft. Es sei Schmalenbach¹⁾ vollaufrecht gegeben, wenn er sich gegen Unterbewertungen bzw. eine Verschleierung der Erfolgsrechnung ausspricht und sie als den Hauptgrund für schlechte Gewinnrechnungen bezeichnet (Nebenfrage; dann spielen also die "Statiker" nur eine sekundäre Rolle — aber vielleicht bezeichnet Schmalenbach auch die Vertreter stiller Reserven als Statiker? !); wenn man aber bedenkt, wie hartnäckig die Praxis ihre stillen Rücklagen verteidigt und wie sich auch in der Theorie immer wieder Fürsprecher finden²⁾, so fällt es schwer, auch aus diesem Grunde von einem "Siegeszug" oder von der "herrschenden" Meinung Schmalenbachs zu sprechen. Denn mit der Frage der stillen Rücklagen steht und fällt die aussagefähige Erfolgsermittlung.

Man kann feststellen: Soweit Schmalenbach vernünftige Bilanzregeln bringt, unterscheidet er sich nicht wesentlich von der — auch unmittelbar vor ihm — bereits vorhandenen Literatur. Neu ist die Idee von der Isolierung des Betriebserfolgs; diese ist aber nicht stichhaltig. Wenn trotzdem die Dynamische Bilanz in aller Munde ist, so kann man wohl Rieger³⁾ und Nicklisch⁴⁾ zustimmen, die hierfür mangelndes kritisches Denken

1) Schmalenbach, E., Grundlagen, 1. A., S. 85

2) Großmann, H., Jahresabschluß, S. 197

Waltherr, A., Wirtschaftslehre II, S. 89, 182

3) Rieger, W., Schmalenbachs Dynamische Bilanz, S. 48

4) Nicklisch, H., Dynamik, S. 245

verantwortlich machen. Schließlich mag auch noch erwähnt werden, daß Witschi¹⁾ den großen Widerhall, den die Dynamische Bilanz gefunden hat, nicht zuletzt auf ihren "suggerativen Titel" zurückführt. Das mag in der Tat zutreffen. Mit dem Wort "Statik" verbindet sich die Vorstellung des Stillstands, des Rückschritts, des Toten, mit dem der "Dynamik" die Bewegung, das Lebendige, der Fortschritt, die Kraft. Für Schmalenbach ist der "Statiker" ohnehin der Sammelbegriff für jedwede abzulehnende Bewertung. Wer wollte angesichts dieser Tatbestände nicht "Dynamiker" sein, auch wenn er dabei seine Bewertungsgrundsätze gar nicht ändert und meist auch gar nicht zu ändern braucht? Schmalenbach arbeitet beispielsweise auch in der Frage der Zinseszinsabschreibung mit einem derartigen psychologischen Druck. Nach Schmalenbach²⁾ wird diese von den "mathematisch geschulten Autoren" befürwortet, von den "nicht mathematisch geschulten" bekämpft.

1) Witschi, R., a.a.O., S.8

2) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.121

IV. Die Erfolgsberechnung als Bewertungszweck

Nachdem im ersten Teil dieser Arbeit die Grundsätze erörtert wurden, gemäß denen der Bestand an Wirtschaftsgütern bzw. deren Verbrauch zu bewerten ist, wurde in diesem Teil die Frage diskutiert, ob und inwieweit von diesen Grundsätzen ("Vermögensberechnung") abzuweichen wäre, um der von Schmalenbach herausgestellten Zwecksetzung, nämlich der "Erfolgsberechnung", Genüge zu leisten. Es erwies sich, daß das Problem zwei Seiten hatte.

Einmal wurde von Schmalenbach die These aufgestellt, daß für die "Erfolgsberechnung" ein anderer Wertbegriff erforderlich sei als für die "Vermögensberechnung". Diesbezüglich war festzustellen, daß es erstens einen Unterschied zwischen der Berechnung des Vermögens und des Erfolges logischerweise gar nicht geben kann und daß zweitens die der "Erfolgsberechnung" zugrundeliegende Bewertung sich als nichts anderes entpuppte als die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, wie diese im ersten Teil als zutreffend erachtet wurden. Hier von einer Zwecksetzung zu sprechen ist irrelevant.

Der erstgenannte Aspekt des "Erfolgsberechnungs"-Problems war im wesentlichen durch Unklarheiten in der historischen Entwicklung der betriebswirtschaftlichen Wertlehre bedingt und – weil es sich nur um die Frage handelte, wie richtig zu bewerten ist – gar nicht durch Fragen irgendwelcher Zwecksetzungen, gegenüber denen eine sachgemäße Bewertung hintangestellt werden müßte. Es handelte sich nur um ein Scheinproblem. Demgegenüber stellte die Schmalenbach'sche Forderung, die Bewertung der Kontrolle der Betriebsgebarung unterzuordnen, eine echte Zwecksetzung dar. Allerdings handelte es sich auch hier nicht darum, den Erfolg statt des Vermögens zu berechnen, sondern nur darum, ersteren in einer bestimmten Weise darzustellen, und zwar dergestalt, daß die Erfolgsschwankungen eindeutig auf Veränderungen in der Betriebsgebarung zurückgeführt werden können; alle anderen Einflüsse auf den Jahreserfolg waren zu nivellieren. Zu diesem Zwecke war gegebenenfalls davon auszugehen, die Vermögensposten ein wenig zu frisieren, d.h. vom an sich erforderlichen Wertansatz abzuweichen; Beispiele: gleichmäßige (nicht gleichbedeutend mit linear!), dafür etwas überhöhte Abschreibungen, Verzicht auf Wertberichtigung der Debitoren, Bewertung der Vorräte zum gebundenen Bestand. Diese echte Zwecksetzung wurde ebenfalls einer eingehenden Kritik unterzogen und als nicht gerechtfertigt abgelehnt. Es blieb bei den im ersten Teil festgestellten Bewertungsgrundsätzen. Die Erfolgsberechnung ist zwar ein Rechnungszweck, aber kein Bewertungszweck.

Teil C

Der Bewertungsstreit um Anschaffungs- oder Tageswert bzw. um die Neutralisierung von Scheinerfolgen im Jahresabschluß

I. Die organische Tageswertbilanz

1. Der Tageswert

Es mag vielleicht unnötig erscheinen, wenn hier zunächst einmal geklärt werden soll, welches die Wertvorstellungen sind, die Schmidt im Rahmen seiner organischen Tageswertbilanz vertritt; unnötig deshalb, weil man meinen sollte, daß eine Kenntnis dieser Veröffentlichung zumindest bei jenen Autoren zu vermuten sein sollte, die sie besonders kritisieren. Daß das nicht immer der Fall ist, sah man bereits im vorhergehenden Teil, als der Begriff des Zeitwertes untersucht wurde. Auch Schmidt¹⁾ beklagt sich bereits 1928 nicht zu Unrecht über diesen Umstand mit folgenden Worten: "Leider verhindert die berufliche Belastung der Betriebswirtschaftler gar zu häufig eine wirkliche Vertiefung in die Gedankengänge der Gegner."

Bezüglich der Schmidtschen Organik interessieren vor allem drei Punkte: der Charakter des Tageswertes, die relative Erhaltung der Unternehmung und die Behandlung der Geldwerte bei Schmidt.

Hier also zunächst einiges zum Tageswert Schmidts. Es sei daran erinnert, daß Mahlberg²⁾ davon sprach, Schmidt ginge von einem Liquidationsstandpunkt aus. Es ist ganz klar, daß Schmidt im Zusammenhang mit dem Tageswert niemals an Veräußerungswerte denkt. In der Tageswertbilanz heißt es: "Der Tagesbeschaffungswert eines Guts ist der Preis, zu dem am wirklichen oder einem fingierten Beschaffungs- oder Wiederbeschaffungstage das betreffende Gut am Beschaffungsmarkt erworben werden kann."³⁾ Auch bei Mahlberg⁴⁾ ist in einer späteren Veröffentlichung von einem Liquidationsstandpunkt nicht mehr die Rede, was der Ordnung halber vermerkt werden muß.

Eine zweite Quelle der Unklarheit ist die Frage des Zeitpunkts, auf den dieser Wiederbeschaffungswert bezogen werden soll. Hier äußert sich Schmidt⁵⁾ ebenso eindeutig, daß für eine tageswertige Bilanz die Beschaffungswerte des Bilanzstichtages in Frage kommen und bezüglich der Kalkulation der Wiederbeschaffungswert am Tag des Umsatzes. Umsatztag ist hierbei der Tag, "an dem ein fertiges, marktfreies Gut Geld wird, an dem man zwischen Käufer und Verkäufer den Preis vereinbart." Der Nachsatz wäre besser unterblieben, denn verkauft werden auch Güter, die noch nicht fertig sind. Umsatztag ist der Tag, an dem das Gut zu Geld wird, an dem es von der Sachwert- in die Geldform überwechselt. Buchtechnisch wird dies dadurch deutlich, daß das Gut auf dem Waren- oder Fertigfabrikatekonto ausgebucht wird und auf den Geldkonten wie Kasse oder Debitoren erscheint.

1) Schmidt, F., Tageswertbilanz, 4.A., Vorwort zur 3.A.

2) siehe Teil B/1/5

3) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.71

4) Mahlberg, W., Tageswert

5) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.72

Schmidt¹⁾ vermerkt des weiteren ausdrücklich, daß der Tagesbeschaffungswert des Wiederbeschaffungstages als Rechengröße weder in der Bilanz noch in der Kalkulation in Frage kommt. Einmal wäre der zukünftige Wiederbeschaffungswert nur ungenügend schätzbar, aber auch wenn er es wäre, wäre er zum anderen deshalb nicht richtig, weil über die Gewinnspanne am Umsatztag die Wiederbeschaffungspreise zu diesem Zeitpunkt entscheiden. Das Gut wird mit dem Umsatz zu Geld und scheidet aus der Sachwertosphäre aus — was bezüglich einer Veränderung dieses Geldbetrages zu geschehen hat, wird noch dargestellt. Schmidt¹⁾ vermerkt hierzu: "Allerhöchstens darf eine Entwertungsprämie für die kurze Zeit in Anwendung kommen, die unbedingt notwendig wäre, um den Geldbetrag wieder in Ware, sei es auch anderer Art, umzuwandeln." Wyder²⁾ meint hierzu, diese Sicherheitszuschläge wären ein Verstoß gegen die Nichtberücksichtigung des tatsächlichen Ersatzwertes. Das ist aber nicht der Fall. Eine derartige Entwertungsprämie für die Geldbestände (!) wäre unter die kalkulatorischen Wagniskosten einzureihen. Der wesentliche Unterschied besteht darin, daß jede Wertänderung des Umsatzgutes bis zum Umsatztag grundsätzlich als erfolgsneutrale Wertänderung, d.h. als Scheinerfolg, verbucht wird, während die Entwertungsprämie zum Ausgleich echter Verluste an den aktiven Geldwerten verwandt wird. Letztere ist Risikoprämie, im Fall ihrer Realisierung im Preis echter Erfolg und keine erfolgsneutrale Sachwertänderung. Kurios wird die Situation deshalb, weil Wyder³⁾ nicht viel später ebenfalls von Sicherheitszuschlägen — allerdings zum Anschaffungswert — spricht. Entweder zielt Wyder auf den tatsächlichen Ersatzwert ab, dann widerspricht er seinem Widerspruch zu Schmidt, oder er hat nur den Wiederbeschaffungswert am Umsatz- bzw. Bilanzstichtag im Auge; aber gerade dann handelt es sich nicht um eine Risikoprämie, sondern um eine erfolgsneutrale Sachwertänderung.

Der Tageswert als Wiederbeschaffungswert am Ersatztage scheidet in der organischen Erfolgsrechnung systembedingt aus, weil mit dem Umsatz Sachwerte zu Geldwerten werden. Obwohl der tatsächliche Ersatzwert als Tageswert ausscheidet, spricht Schmidt⁴⁾ gelegentlich selbst vom Ersatzwert. Er läßt aber keine Zweifel darüber entstehen, daß es sich jeweils um den Ersatzwert am Umsatz- oder Bilanzstichtag handelt. Diese Frage läßt aber beispielsweise Fischer⁵⁾ offen, wenn er von der organischen Abschreibung sagt: "Die Leistungsfähigkeit des Betriebes soll erhalten bleiben, daher muß soviel abgeschrieben werden, daß der Ersatzgegenstand wiederbeschafft werden kann. Praktisch ist der Ersatzwert nur sehr schwer feststellbar." Diese Formulierung erweckt allzu leicht den Eindruck, als ob Schmidt auf den tatsächlichen Ersatzwert abziele, was aber nicht der Fall ist. Geldmacher⁶⁾ ist zwar ein Anhänger organischer Ideen, aber auch er spricht vom Wiederbeschaffungswert als einer Größe, die in weiter Zukunft liege. Schmidt versteht aber unter dem Wiederbeschaffungswert den Tageswert am Umsatz- oder Bilanz-

1) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.73

2) Wyder, E., a.a.O., S.23

3) ders., a.a.O., S.38

4) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.100, 102, 142

5) Fischer, G., a.a.O., S.216

6) Geldmacher, E.: Wirtschaftsruhe und Bilanz, Julius Springer Verlag, Berlin 1923, S.58

stichtage. Auch Schmalenbach¹⁾ spricht u.a. vom Wiederbeschaffungswert ebenfalls als einem Ersatzwert. Ferner tritt die Ansicht, der Wiederbeschaffungswert sei der zukünftige Ersatzwert, deutlich bei Gnam²⁾ in Erscheinung. Wegen dessen unsicherer Ermittlung sei der organische Gedanke nur eine Daumenregel.

Nicht besonders glücklich verfährt auch Hoffmann. Er weiß zwar, daß Schmidt eine Bewertung zum Wiederbeschaffungswert am Bilanzstichtag fordert³⁾, es ist aber nicht richtig, wenn er dessen ungeachtet meint, die organischen Abschreibungen sollten "in ihrem Gesamtbetrage den zukünftigen Anschaffungspreis einer neuen Anlage bei Ausrangierung der alten decken" und als Schwierigkeit der Durchführung der Schmidtschen Ideen "die nachträgliche Ersatzbewertung für jeden einzelnen Verkauf" ins Feld führt. Es ist auch unnötig, wenn Hoffmann⁴⁾ vermerkt, es sei Aufgabe der Kapitaldisposition und nicht der Abschreibungen, die Mittel zur Ersatzanschaffung zur Verfügung zu stellen. Nichts anderes meint Schmidt⁵⁾ auch; eine Abschreibung vom Wiederbeschaffungswert am Bilanzstichtag hat notwendig zur Folge, daß sich der Unternehmer darum kümmern muß, daß die Abschreibungsbeträge so disponiert werden, daß ihr realer Wert bis zur Ersatzanschaffung erhalten bleibt. Jede Abweichung von diesem Ziel ist echter Erfolg. Schmidt⁶⁾ wendet sich ausdrücklich gegen gewisse "Bilanzeinsätze des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten" aus dem Jahre 1921, die für eine Abschreibung auf den tatsächlichen Ersatzwert plädierten. Mahlberg⁷⁾ hielt sie seinerzeit für richtig und warf Schmidt vor, seine Abschreibungen führten nicht zur Ansammlung des tatsächlichen Ersatzwertes⁸⁾. In einer späteren Veröffentlichung zu diesem Thema gibt Mahlberg⁹⁾ seinen Irrtum aber zu und verweist ebenfalls auf eine entsprechende Aufgabe der Erlösdisposition. Da die Abschreibungen von der Sach- in die Geldform überwechseln, wenden die Wertänderungen der Geldwerte gerade auch bei der von Mahlberg vertretenen Indexrechnung als echte Erfolge erfaßt und im Verlustfalle gewinnmindernd in Ansatz gebracht.

Andererseits ist nun wiederum eine Schülerin des extremen Nominalisten Rieger, Maria Miller¹⁰⁾, der Ansicht, daß für die Organik "bei wirklich konsequenter Durchführung des Gedankens der realen Erhaltung der Unternehmung" nur der Beschaffungswert am Wiederbeschaffungstage in Frage käme. Hier übersieht Miller aber die Grundsätze einer Indexrechnung, die ja die Organik ebenfalls ist: wechselt ein Umsatzgut in die Geldform, so werden Wertänderungen dort als echte Erfolge erfaßt. Rieger¹¹⁾ selbst meint, es könne keine Rede davon sein, daß man durch die Kalkulation mit dem höheren Wiederbeschaffungspreis die Erhaltung der Substanz mit einiger Sicherheit erreichen könne. Rieger hat

1) Schmalenbach, E., Preisveränderungen, S.55

2) Gnam, A.: Scheingewinne, Scheinverluste, BW 1952, S.41

3) Hoffmann, A., a.a.O., S.328

4) ders., a.a.O., S.329

5) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.199

6) ders., ebenda, S.197

7) Mahlberg, W., Bilanztechnik, S.160, 161

8) ders., ebenda, S.168

9) ders., Tageswert, S.35, 45, 46

10) Miller, M.: Die Berücksichtigung von Geldwertschwankungen in Buchhaltung und Bilanz, Verlag der Hochschulbuchhandlung Krusche & Co., Nürnberg 1932, S.98

11) Rieger, W., Privatwirtschaftslehre, S.258

das Anliegen Schmidts offenbar mißverstanden. Die organische Rechnung ist keine Patentlösung, wie man Verluste vermeiden soll – Rieger¹⁾ behauptet, es gäbe bei organischer Rechnung keine Konkurse mehr! –, sondern sie wirft nur die Frage auf, wie man den Erfolg richtig errechnen soll; Hauck²⁾ spricht bezüglich der Konkurs-Frage von einer "völligen Verzerrung."

Lohmann³⁾ bringt einen entsprechenden Einwand gegen die Tageswertrechnung; es hänge von der Elastizität der Nachfrage ab, ob die Tageswertrechnung durchführbar sei. Aber darauf, ob der Markt die erhöhten Wiederbeschaffungspreise ersetzt, kommt es gar nicht an, sondern nur darauf, daß man den Erfolg – in diesem Fall den Verlust – richtig berechnet; man bedenke, daß auch bei anschaffungswertiger Kosten- und Erfolgsrechnung der Markt die Anschaffungswerte nicht immer ersetzt – hier müßte Lohmann dann auch sagen, die Anschaffungswert-Rechnung sei nicht durchführbar. Wie gesagt: auf den tatsächlichen Ersatz der Kosten am Umsatztag im Preis oder darauf, ob die erlösten Mittel am Ersatztag zur Ersatzbeschaffung ausreichen, kommt es bei der organischen Rechnung nicht an. Schmidt will Scheingewinne korrigieren, Scheinkostenrechnungen vermeiden; ob der Betrieb die Kosten ersetzt bekommt und ob er die erlösten Mittel sinnvoll bewirtschaftet, ist eine andere Frage, deren Wirtschaftsergebnis die organische Bilanz als echten Erfolg ausweist bzw. ausweisen muß.

Was die werterhaltende Disposition der Mittel zur Ersatzbeschaffung betrifft, bemerkt Ruchti⁴⁾: "Da die Abschreibungsgegenwerte nach der organischen Bilanztheorie laufend in Realgütern angelegt werden sollen, deren Realisierung bei Ersatzbeschaffung übrigens unterstellt wird, ergibt sich bei fallendem Geldwert einer Währung eine Anhäufung von Substanz in den Betrieben, die weit über die eigentliche Substanzerhaltung hinausgeht." Hierzu ist wiederum zu vermerken, daß erstens die Sorge, ob die Mittel zur Ersatzbeschaffung im Bedarfsfalle zur Verfügung stehen, eine dispositive Aufgabe des Unternehmers ist, nicht der Erfolgsrechnung, und daß dies Problem auch bei einer Anschaffungswert-Rechnung besteht. Zweitens ist zu bedenken, daß eine "Anhäufung von Substanz" grundsätzlich nicht "weit über sich selbst hinausgehen" kann, da müßte sie sich schon selbsttätig vermehren. Das Problem besteht doch darin, daß man infolge einer Anlage der Erlös in (Sach-) Substanz, diese nicht verliert, keinen Substanzverlust am Geld erleidet.

In neuerer Zeit spielt Walther in gefährlicher Weise mit dem Ersatzwert-Gedanken. Walther⁵⁾ weist nämlich darauf hin, daß die Anlagen bei der Ersatzbeschaffung meist in verbesserter Form und entsprechend kostspieliger nachbeschafft werden müßten und daß es sich in solchen Fällen bezüglich der Mehrausgabe "gar nicht um eine Selbstfinanzierung sondern um gewinnschmälernden (!) Aufwand" handele. Eine derartige "Aufwandsrechnung" findet aber bei Schmidt keine Gegenliebe; nach Schmidt soll nur das als Aufwand verbucht werden, was als Realkapital in den Anlagen bereits einmal inve-

1) Rieger, W.: Die org. Tageswertbilanz, Archiv, 64. Bd., Tübingen 1930, S. 154

2) Hauck, W., a. a. O., S. 77

3) Lohmann, M., a. a. O., S. 106

4) Ruchti, H., a. a. O., S. 181

5) Walther, A., Wirtschaftslehre II, S. 139

stiert worden war; was darüber hinausgeht, ist Neufinanzierung. Schmalenbach¹⁾ weist auf diesen Umstand ebenfalls hin, allerdings vertritt er das gegenteilige Extrem. Schmalenbach ist nämlich der Meinung, daß jede Differenz zwischen ursprünglichem Anschaffungswert und Ersatzwert als zusätzliche Kapitalinvestierung aufzufassen sei. Das ist aber nicht richtig. Soweit der erhöhte Kapitalbedarf nur auf eine Erhöhung des Preisniveaus zurückzuführen ist, handelt es sich um eine Wiederinvestierung des bereits vorhandenen Realkapitals. Erst die Mehrkosten, die durch eine Verbesserung der Anlagen entstehen, sind Neufinanzierung. Wird dieser Betrag aus Gewinnen gedeckt, so handelt es sich um eine Selbstfinanzierung und nicht um Aufwand.

Besonders fragwürdig wird die Stellungnahme Walthers, wenn er andererseits gegenüber Schmidt geltend macht, die Abschreibungen dürften nicht mit der Frage der Wiederbeschaffung verknüpft werden, sie hätten nicht die Aufgabe, die Wiederbeschaffung der Anlage finanziell zu sichern²⁾, wenn Walther hier also einen rein nominellen Standpunkt vertritt und die Möglichkeit der Wiederbeschaffung unbrauchbar gewordener Anlagen als eine Frage der Finanzierung, "insbesondere der Selbstfinanzierung durch Zurückbehalten erzielter Überschüsse" bezeichnet. Als was bezeichnet Walther nun eigentlich die Mittel zur Ersatzbeschaffung? Als Aufwand oder als Selbstfinanzierung und Gewinn? – Walther³⁾ macht gegenüber der Tageswertrechnung noch an anderer Stelle geltend, es handele sich nicht um eine Frage der Bewertung, sondern der Finanzierung – wieso, wenn sogar die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit Aufwand und damit keine Frage der Selbstfinanzierung war?

Zur Sache sei des weiteren erwähnt, daß Schmalenbach⁴⁾ sich während der Inflation von 1923 gegen eine Behandlung der Scheingewinne durch eine entsprechende Rücklagenpolitik gewandt hat und der Meinung war, es handele sich hier um eine "Quacksalberei"⁵⁾. Das liegt darin begründet, daß sich – wie Großmann⁶⁾ erwähnt – die Dotierung der "Rücklage" nicht nach der Höhe der Wiederbeschaffungskosten, sondern nach der Höhe des Gewinns richtet. Schmalenbach war der Ansicht; in der 12. Auflage der Dynamischen Bilanz heißt es jedoch, wie bereits erwähnt, die Steigerung des Wiederbeschaffungspreises sei eine Neuinvestierung und müsse durch Zurücklage von Gewinnen, also durch Selbstfinanzierung, bewirkt werden...

Im übrigen mag noch auf Kalveram⁷⁾ verwiesen werden, welcher "vor dem verhängnisvollen Irrtum" warnt, die Frage der Erhaltung der Unternehmung aus dem Gebiet der Erfolgsberechnung in das Gebiet der Finanzierung zu verweisen. Andererseits hat Prion⁸⁾ unrecht, wenn er der Meinung ist, der Unternehmer habe auch ohne die organische Bilanztheorie "sicherlich" gewußt, welche Mittel von der Ausschüttung zurückzuhalten waren. Woher weiß er das aber, wenn er den Aufwand nicht tageswertig bestimmt?

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12. A., S. 172

2) Walther, A., Wirtschaftslehre II, S. 210

3) ders., ebenda, S. 63, 64, 151

4) Schmalenbach, E.: Die steuerliche Behandlung der Scheingewinne, Verlag Gustav Fischer, Jena 1922, S. 23 ff.

5) ders., ebenda, S. 59

6) Großmann, H., Abschreibung, S. 281

7) Kalveram, W.: Goldmarkbilanzierung und Kapitalumstellung, 2. A., Industrieverlag Späth & Linde, Berlin 1925, S. 28

8) Prion, W., Wirtschaftsbetrieb II, S. 172

Schließlich mag noch eine Anschauung Imoberstegs, einer Schülerin Walthers, verzeichnet werden. Imobersteg¹⁾ meint ebenfalls, daß die Erhaltung der Substanz bei steigenden Preisen solange nicht gefährdet sei, als der erhöhte Finanzbedarf durch eine Selbstfinanzierung aus Gewinnen bestritten werden kann. Sinnigerweise muß in einem hierzu gebrachten Beispiel ein Umsatzgewinn von 10 eine Preissteigerung von 50 "finanzieren", soll die Unternehmung voraussetzungsgemäß als erhalten gelten (sie wäre es nicht, wenn zusätzliches Kapital zur Finanzierung desselben Güterquantums herangezogen werden müßte). Imobersteg vermerkt in einer Fußnote allerdings, daß von einer Fremdkapitalfinanzierung ausgegangen werde; daß eine Preisänderung einer mit Fremdkapital finanzierten Ware reiner Gewinn ist, bezweifelt niemand, aber auf eine Eigenkapitalfinanzierung läßt sich das Beispiel nicht anwenden, da eben zwischen Fremdkapital und Eigenkapital ein Unterschied besteht.

Auf eine weitere irrije Vorstellung zur Frage des Tageswerts weist Schmidt²⁾ selbst hin. Er meint: "Das allgemeine Mißtrauen, welches Schmalenbach, wie Mahlberg, der Tageswertrechnung gegenüber bekunden, beruht zum guten Teil darauf, daß sie an den Tagesertragswert denken, während für mich nur der Tagesbeschaffungswert als Kostenwert in Betracht kommt." Es handelt sich hier um die Schmalenbachsche Zeitwert-Ab-schreibung. Diese Frage wurde bereits erörtert und es konnte festgestellt werden, daß Schmalenbach zwar von Ertragswerten sprach, daß aber auch Tagesbeschaffungswerte auftauchten und der Ausdruck "Zeitwert" und "fiktiver Einzelzeitwert" für beide Wert-kategorien gebraucht wurde, so daß sich kein klares Bild darüber gewinnen ließ, ob nun Schmalenbach bei seiner Zeitwertabschreibung tatsächlich an Ertragswerte oder ebenfalls an Tagesbeschaffungswerte gedacht hat. Jedenfalls: Schmidt denkt nicht an Ertragswerte.

Was den Tagesbeschaffungswert betrifft, so muß auch noch erklärt werden, daß nach Schmidt³⁾ "immer nur die Werte solcher Märkte in Betracht kommen, die für die be-treffende Unternehmung zugänglich sind". Es ist deshalb nicht richtig, wenn Hoff-mann⁴⁾ mit "unerbittlicher Logik" glaubt zu dem Schluß kommen zu müssen, es sei im Rahmen einer Tageswertrechnung erforderlich, daß ein Unternehmen mit dem "Marktpreis der Nutzung der Arbeitskraft" rechnen müsse, auch wenn es selbst nur "relativ niedrige niedrige Arbeitslöhne" zu zahlen habe. Das ist aber ein Mißverständ-nis seitens Hoffmanns.

Zum Schluß mögen noch die hier einschlägigen Bedenken Liebl⁵⁾ zitiert werden, da es sich um eine kleine Zusammenstellung der gängigen Fehlmeinung auf diesem Teilge-biet der Scheingewinnkorrektur handelt. Liebl⁵⁾ wendet gegen die Tageswertrechnung bei Anlagen ein:

1) Imobersteg, A.: Bewertungsfragen in der Kostenrechnung, Verlag Paul Haupt, Bern 1953, S.58, 59

2) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.315

3) ders., Betriebswirtschaftslehre, S.24

4) Hoffmann, A., a.a.O. S.331

5) Liebl, J.: Kapitalerhaltung und Bilanzrechnung, BFuP 1953, S.685

- a) Abschreibungen vom Tageswert stellten den konkreten Ersatz der Anlage nicht sicher, weil entweder die Summe der tageswertigen Abschreibungen nicht ausreiche, oder die Möglichkeit bestehe, daß die einer tageswertigen Kalkulation entsprechenden Erlöse nicht eingingen;
- b) der Ersatzwert sei gar nicht bekannt;
- c) die Zeitwertschätzung müsse die Gesamtanlage, den gesamten Betrieb erfassen;
- d) "Es kommt nicht auf die Ansammlung der Ersatzwerte für ein identisches, sondern für ein den gewandelten Verhältnissen entsprechendes, aber der alten Leistung gleichwertiges Gut an."

Der letzte Punkt wird später noch eingehender behandelt werden. Hier sei nur nochmals vermerkt, daß Schmidt den Erfolg am Realkapital herausrechnen will; welche Anlage ersetzt wird, ist völlig unerheblich, ist eine Frage der Disposition, nicht der Erfolgsrechnung.

2. Die relative Erhaltung der Unternehmung

Die organische Tageswertrechnung geht zunächst davon aus, daß jede Wertänderung der Kosten zwischen Beschaffungstag einerseits und Umsatz- bzw. Bilanzstichtag andererseits als erfolgsneutrale Wertänderung zu behandeln ist. Schmidt sieht aber nicht nur in der Veränderung der Preise einen Grund, erfolgsneutrale Wertänderungen der Kostengüter und Fabrikate zu konstatieren – auch die Veränderung der Produktivität ist hierzu ein Anlaß. Schmidt¹⁾ stellt fest, daß sich zwischen dem Tag der Herstellung eines Gutes und dem des Umsatzes die zur Produktion notwendigen Kostenmengen verschieben können. Die Ursache hierfür kann in einer allgemeinen Produktivitätsverschiebung liegen, also in einer Veränderung des Beschäftigungsgrads im Zuge der Konjunktur, der allgemeinen Einführung verkürzter Arbeitszeiten (48-, 40-Stunden-Woche), oder in der Veränderung der physischen Leistungsfähigkeit der Menschen (Anspannung aller Kräfte im Krieg, anschließende Erschlaffung) u. a. m. Es kann sich des weiteren um eine spezielle Produktionsverschiebung infolge einer Verbesserung der Kombination der Produktionsmittel handeln oder um eine strukturelle Verschiebung der Bedürfnisse des Marktes. In allen diesen Fällen stimmen die tatsächlich verbrauchten Kostenmengen mit denen, die am Umsatz- bzw. Bilanzstichtag erforderlich sind, nicht überein. Im Falle einer Veränderung des Beschäftigungsgrads handelt es sich um die bekannten Kostendegressionen und Progressionen und im Falle spezieller Produktionsverschiebungen beispielsweise um die Entwertung eines Produktionsverfahrens durch technische Neuerungen. Schmidt²⁾ steht nun auf dem Standpunkt, daß unabhängig davon, was die Herstellung eines Produktes tatsächlich gekostet hat, am Umsatztage nur die zu diesem Zeitpunkt notwendigen Kostenmengen kalkuliert werden dürften, und daß die Differenz zwischen tatsächlich verbrauchten und am Umsatztage notwendigen Kosten auch erfolgsneutral als Wertänderungen zu verbuchen sei³⁾. Liegen beispielsweise die Kostenmengen des Herstellungstages über den Kostenmengen, die am Umsatztage erforderlich sind, so ist ein Gewinn vorhanden, insoweit als der erzielte Erlös größer ist als die am Umsatztage notwendigen Kosten, auch wenn dieser Erlös unter dem Betrage der tatsächlich aufgewandten Kostenmengen liegt.

1) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.144 ff.

2) ders., Tageswertbilanz, S.155 ff.

3) ders., ebenda, S.169

Zur Begründung dieser Denkweise dient Schmidt¹⁾ folgender Sachverhalt: Fällt die Beschäftigung der Gesamtwirtschaft beispielsweise um 20 %, so ist der einzelne Betrieb relativ erhalten, wenn seine Beschäftigung nicht stärker als auf 80 % absinkt. Die Unternehmung hat zwar u.U. absolute Verluste, aber in ihrem Verhältnis zu den anderen Betrieben hat sie nicht mehr verloren als diese. Sie hat nicht mehr verloren als andere – das heißt aber, die Unternehmung hat tatsächlich verloren und zwar gemessen an ihrer realen Substanz. Es ist ein entscheidender Fehler Schmidts, daß er derartige Verluste nur als erfolgsneutrale Wertänderungen betrachtet und nicht als das, was sie tatsächlich sind, nämlich echte Verluste. Wenn infolge einer verminderten Beschäftigung ein Teil der Produktionsanlagen einer Volkswirtschaft überflüssig und damit wertlos wird, so würde Schmidt, was Horn²⁾ ausdrücklich bestätigt, hier nur von einer erfolgsneutraler Wertänderung sprechen und keine Teilwertabschreibung vornehmen. Alles, was der Markt im Preis mehr ersetzt als jene Beträge, die zur Nachbeschaffung der tatsächlich notwendigen Anlagen vonnöten sind, ist nach Schmidt Umsatzgewinn. Es mag für den einzelnen Unternehmer ein Trost sein, wenn er nicht mehr verliert als seine Konkurrenten, wenn er trotz tatsächlicher, substanzieller Einbußen "noch einmal davongekommen" ist; dies täuscht jedoch nicht darüber hinweg, daß er und die gesamte Volkswirtschaft verarmt sind. Die Theorie von der relativen Substanzerhaltung zerstört praktisch auch die Begründung für eine Berechnung des Erfolgs nach dem Tageswert anstelle des Anschaffungswertes. Schmidt³⁾ geht doch davon aus, daß man von Gewinn erst dann sprechen könne, wenn sich das reale Volksvermögen vermehrt habe. Hier ist plötzlich eine Verminderung des Volksvermögens kein Verlust mehr, erleidet der einzelne Betrieb insoweit keinen Verlust, als die Verminderung seiner Substanz nicht über den Durchschnittsverlusten der Gesamtwirtschaft liegt. Außerdem müßte Schmidt konsequenterweise dann auch sagen, daß in einer Inflation ein Verlust an Bargeld und Debitoren und ein Gewinn an den Schulden nur insoweit vorläge, als die einzelne Unternehmung mehr verlöre oder gewänne als andere.

Eine vergleichende Betrachtung der einzelnen Unternehmung bezüglich ihrer relativen Stellung zu anderen Betrieben mag aufschlußreich sein, um festzustellen, ob sie mehr oder weniger gewonnen oder verloren hat als jene. Gewinn oder Verlust ist aber nicht nur der überschießende Betrag. Es gibt hierzu ein allgemein bekanntes Parallelbeispiel: eine Unternehmung mit erheblichen fixen Kosten wird bei Unterbeschäftigung jeden Auftrag annehmen, der ihr über die variablen Kosten hinaus noch einen Teil der fixen Kosten deckt. Die Unternehmung erzielt hierbei einen relativen "Gewinn". Dieser Gewinn besteht darin, daß im Falle einer Ablehnung dieses Auftrages die fixen Kosten zur Gänze ungedeckt und der Verlust noch größer wären. Ein Verlust entsteht aber trotzdem. Die Theorie von der relativen Erhaltung mag als betriebsanalytischer Standpunkt zu billigen sein, nicht aber in Bezug auf die Berechnung des tatsächlichen Umsatzerfolges.

1) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.146

2) Horn, H., a.a.O., S.70

3) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.55, 56

3. Die Stellung der Geldwerte in der organischen Tageswertbilanz

Es ist ein volkswirtschaftliches Grundgesetz, daß jede Preisänderung eine Wertänderung des Geldwerts darstellt und daß der Geldwert definiert wird als das reziproke Preisniveau. Hat man eine Wertänderung der Sachwerte einer Unternehmung zu konstatieren, so muß in der Erfolgsrechnung konsequenterweise auch die entsprechende Steigerung oder Senkung der Geldwerte, über die Unternehmung verfügt, berücksichtigt werden. Diesem Sachverhalt trug man in der Inflation von 1923 mit der sog. Indexbilanz Rechnung. Es sei hierfür in gekürzter Form ein Beispiel Schmalenbach¹⁾ gebracht, um eine Grundlage für den Sachverhalt zu haben. Die Geldentwertung ist hierbei mit 1 : 2,5 angenommen worden. Die Anfangsbilanz enthält folgende Werte:

Anfangsbilanz			
Gebäude	180 000	Kapital	600 000
Grundstücke	480 000	Rücklagen	200 000
Maschinen	1	Hypotheken	270 000
Waren	240 000	Kreditoren	80 000
Debitoren	180 000	Rückstellungen	50 000
Bank	110 000	Delkredere	20 000
Kasse	10 000	Gewinnvortrag	5 000
Beteiligung	100 000	Tantiemen	15 000
		Dividende	60 000
	<u>1 300 000</u>		<u>1 300 000</u>

1) Schmalenbach, E., Scheingewinne, S.60 ff.

Grundstücke		Gebäude	
AB 180 000	SB 450 000	AB 480 000	AfA 25 000
WÄ 270 000		WÄ 720 000	SB 1 175 000
Maschinen		Waren	
AB 1	Ag 1 000	AB 240 000	SB 440 000
Zg 16 000	AfA 15 000	WÄ 360 000	Mi 180 000
	SB 1	G 20 000	
Debitoren		Bank	
AB 180 000	SB 290 000	AB 110 000	SB 20 000
WÄ 270 000	V 270 000	WÄ 165 000	V 165 000
Me 110 000			Mi 90 000
Kasse		Beteiligung	
AB 10 000	SB 5 000	AB 100 000	SB 180 000
WÄ 15 000	V 15 000	WÄ 150 000	V, Mi 70 000
	Mi 5 000		
Kapital		Rücklagen	
SB 600 000	AB 600 000	SB 500 000	AB 200 000
			WÄ 300 000
Hypotheken		Kreditoren	
SB 250 000	AB 270 000	SB 140 000	AB 80 000
G 405 000	WÄ 405 000	G 120 000	WÄ 120 000
Mi 20 000			Me 60 000
Tantieme		Dividende	
SB	AB 15 000	SB	AB 60 000
G 22 500	WÄ 22 500	G 90 000	WÄ 90 000
Mi 15 000		Mi 60 000	
Rückstellung		Delkredere	
SB 50 000	AB 50 000	SB 40 000	AB 20 000
G 75 000	WÄ 75 000	G, Mi 10 000	WÄ 30 000
Wertänderungen			
Rücklagen Delkredere G & V 337 500 Hyp., Kred., Tant., Div., Rückst., = WÄ II 712 500 SB (Kapital) 900 000 1 950 000		Grundst., Geb., Masch., Waren, Beteiligung 1 500 000 Debitoren, Bank, Kasse = WÄ I 450 000 1 950 000	

Gewinn und Verlust

AfA	25 000	Waren G	20 000
Waren Mi	180 000	Deb. Me	110 000
Bank Mi	90 000	Hyp. Mi	20 000
Kasse Mi	5 000	Tant. Mi	15 000
AfA Beteiligung	70 000	Div. Mi	60 000
Kred. Me	60 000	Delkr.	10 000
		Gewinnvortrag	5 000
		WÄ diesbezügl.	7 500
WÄ I	450 000	WÄ II	712 500
G	80 000		
	<u>960 000</u>		<u>960 000</u>

Schlußbilanz

Grundstücke	450 000	Kapital	600 000
Gebäude	1 175 000	Wertänderung	900 000
Maschinen	1	Rücklagen	500 000
Waren	440 000	Hypotheken	250 000
Debitoren	290 000	Kreditoren	140 000
Bank	20 000	Rückstellungen	50 000
Kasse	5 000	Delkredere	40 000
Beteiligung	180 000	Gewinn	80 000
	<u>2 560 000</u>		<u>2 560 000</u>

Abkürzungen:

Ab	=	Anfangsbestand
SB	=	Schlußbestand
Zg	=	Zugang
Ag	=	Abgang
Me	=	Bestandsmehrung
Mi	=	Bestandsminderung
G	=	Gewinn
V	=	Verlust
AfA	=	Abschreibung
WÄ	=	Wertänderung

Witschi¹⁾ macht gegenüber der von Schmalenbach vorgenommenen Verbuchung der Wertänderung am Kassenbestand folgenden Einwand geltend: " Interessant ist, daß (Schmalenbach) auch seine Geldbestände nach dem Index umrechnen will, wie Kassa, Debitoren

1) Witschi, R., a.a.O., S.46

und Kreditoren. Woher er das Geld nimmt, um zum Beispiel den Kassenbestand nach einem gestiegenen Index abzurechnen, erklärt er nicht." Witschis Feststellung beweist, daß der Autor über das Wesen einer Indexkorrektur nicht besonders unterrichtet war. Schmalenbach hat den Kassenbestand natürlich nicht; die Buchung "Kasse an Wertänderung" stellt nur eine Sollgröße dar, um die sich der Kassenbestand erhöht haben müßte, wenn er die gleiche Kaufkraft wie vor der Preissteigerung darstellen wollte. Da dies wegen der nominellen Bindung der Geldzeichen nicht möglich ist, erfolgt die Buchung "Gewinn- und Verlust an Kasse". Im Endeffekt verbleibt nur die Buchung: "Verlust an Wertänderung", denn die Entwertung des Kassenbestands stellt keinen Scheingewinn, sondern einen echten Verlust dar.

Ferner sei hier als zum Wesen der Sache gehörend memoriert, daß die Geldentwertung unabhängig vom Schlußbestand auf den einzelnen Konten ausschließlich auf den Anfangsbestand errechnet wird. Es wird später noch möglich sein, auf diesen Sachverhalt hinzuweisen. Die Indexbilanz berechnet gemäß dem volkswirtschaftlichen Grundgesetz, daß jede Preisänderung eine Geldwertänderung ist, die Verminderung des Geldwerts an Hand des Prozentsatzes, um den sich – wie angenommen – die Preise der Sachwerte verändert haben.¹⁾ Die Annahme, daß sich wie im vorliegenden Fall die Sachwerte

- 1) Zur Frage des Prozentsatzes sei folgendes vermerkt: Eine Preissteigerung um 50 % stellt eine Verminderung des Geldwertes um $33\frac{1}{3}$ % dar. Die Berechnung des Verlustes an den Geldwerten wäre wie folgt vorzunehmen.

Durch die angenommene Preissteigerung um 50 % wird beispielsweise ein Kassenbestand per 1.1. in Höhe von 1 000,- DM per 31.12. um $33\frac{1}{3}$ % entwertet; dies bedeutet, daß man mit 1 000,- DM am Jahresende nur mehr $\frac{2}{3}$ der Kaufkraft entfalten kann wie am Jahresanfang. Die Entwertung beträgt also:

$$\begin{aligned} 1\,000.- &= \frac{2}{3} \\ x &= \frac{1}{3} \\ x &= \frac{\frac{1}{3} \cdot 1\,000}{\frac{2}{3}} \\ x &= 500.- \end{aligned}$$

Zum gleichen Ergebnis gelangt man, wenn man die Geldwerte mit dem Preisindex (hier 150 %) abrechnet:

$$\begin{aligned} 1\,000.- &= 100 \% (= \frac{2}{3} !) \\ x &= 50 \% (= \frac{1}{3} !) \\ x &= 500.- \end{aligned}$$

Falsch wäre es, die Entwertung des Kassenbestands zu berechnen mit:

$$\begin{aligned} 1\,000.- &= 100 \% \\ x &= 33\frac{1}{3} \% \\ x &= 333.- \end{aligned}$$

denn das entspräche einer Steigerung des Preisniveaus von 100 % auf 133 % und nicht auf 150 %. Es stellt also keinen Widerspruch dar, wenn die Geldwerte im Rahmen einer Indexbilanz mit dem Preisindex abgerechnet werden (siehe Schmalenbachs Beispiel), "obwohl doch eine Preisänderung von 50 % eine Geldwertänderung von 33 % darstellt". Ein Preisindex von 150 % stellt eben nichts anderes dar, als die identische Aussage, daß der Geldwert um 33 % gefallen ist. Im folgenden wird deshalb stets nur der Preisindex angegeben.

der einzelnen Unternehmung im Verhältnis 1 : 2,5 geändert haben, ist aber der Wunde Punkt dieser Indexbilanz. Es interessieren hier weniger die Bedenken, die hinsichtlich der Genauigkeit und Richtigkeit der Errechnung des Generalindexes vorgebracht werden können¹⁾, sondern die grundsätzliche Frage, nämlich daß die Sachwertänderungen im einzelnen Betrieb völlig unabhängig von der Veränderung des allgemeinen Preisniveaus verlaufen können. Es gibt auch in geldwertstabilen Zeiten ganz erhebliche Preisänderungen bei den einzelnen Warengattungen²⁾ und selbst ein Anhänger der nominellen Rechnung wie Walther³⁾ bemüht sich nachzuweisen, daß "die rein marktbedingten Schwankungen der Preise" oft viel stärker sind als die generelle Änderung des Geldwerts. Walther möchte freilich hiermit eine Begründung für die Nominalrechnung geben — was er aber in Wirklichkeit beweist, ist die Unzulänglichkeit eines Generalindexes und die Notwendigkeit einer Beachtung der "rein marktbedingten" Preisschwankungen, auch in geldwertstabilen Zeiten. Dieser Sachverhalt liegt der organischen Tageswertbilanz zugrunde. Schmidt⁴⁾ will statt der allgemeinen Geldwertänderung die Verschiebung der Relationen zwischen Güter- und Geldwerten erfassen, die für den einzelnen Betrieb tatsächlich von Bedeutung sind. Es interessiert einen Textilbetrieb ziemlich wenig, ob die Preise für Walzstahl oder Lebensmittel gestiegen oder gefallen sind; wenn aber die Wollpreise steigen und er mit einem zur Wiederauffüllung des Rohstofflagers vorgesehenen Geldbetrag nur mehr eine verringerte Warenmenge nachbeschaffen kann, dann ist für ihn die spezielle Verschlechterung der Kaufkraft seines Kassenbestandes von höchster Bedeutung.

Wenn also Schmidt statt einer Generalindex-Bilanz seine Tageswert-Rechnung vorschlägt, so basiert diese auf dem gleichen Grundgedanken wie die Indexbilanz, nur möchte sie anstelle einer angenommenen allgemeinen Preisveränderung eine spezielle bzw. eine betriebsindividuelle Geldwertänderung setzen. Weil aber jede Sachwertänderung eine Geldwertänderung ist, so genügt es nicht, allein die Differenz zwischen Anschaffungs- und Tageswert der Sachwerte als Scheinerfolg zu neutralisieren, sondern es müssen auch die Geldwerte eine entsprechende Berücksichtigung erfahren. Von den vielen und meist sehr wenig stichhaltigen Argumenten, die gegen die Schmidtsche Tageswertrechnung vorgebracht werden, interessieren hier zwei grundsätzliche Einwände, die beide darauf basieren, daß die Tageswertrechnung die logischerweise zu berücksichtigende Veränderung der Geldwerte nicht oder nur ungenügend erfasse. Diese Einwände sind verständlich, weil Schmidt tatsächlich das Schwergewicht seiner Darstellung auf die Sachwerte verlegt und die Behandlung der Geldwerte ziemlich sporadisch auf das ganze Werk verteilt ist, aber richtig sind sie nicht.

Einen Einwand gegen eine angenommene Nichtberücksichtigung der Geldwerte bei Schmidt bringt — zwar nicht expressis verbis, aber der Sache nach — Prion⁵⁾: Fallen Sachwerte im

1) Le Coutre, W., Bilanzkunde, 1. A., S. 104 ff.

Schmidt, F., Tageswertbilanz, S. 318

Walb, E., Erfolgsrechnung, S. 334

2) Hauck, W., a. a. O., S. 27

Hax, K., Bilanzgewinn, S. 437

3) Walther, A., Wirtschaftslehre II, S. 94, fgl. hierzu auch S. 61

4) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S. 80, 93, 295, 297, 299

5) Prion, W., Wirtschaftsbetrieb II, S. 116, 182

Preis und sind sie mit Fremdkapital finanziert, so wird man zwar zur Wiederbeschaffung weniger Kapital aufbringen müssen, aber es handelte sich doch um einen echten Verlust, weil der Gläubiger in voller Höhe der Schulden zu befriedigen sei. Man kann diese Ansicht fast als die landläufige bezeichnen, denn sie läßt sich auch mit dem Niederstwertprinzip in Verbindung bringen, obwohl dies hier mit der Sache direkt keinen Zusammenhang hat, da das Niederstwertprinzip – wie bereits dargestellt¹⁾ – im Grunde genommen eine Bewertungsregel zwischen den Einflüssen des Beschaffungs- und des Absatzmarktes, nicht aber zwischen zwei Beschaffungswerten ist. Warum Prions Einwand hier der Sache nach als eine Kritik an einer vermeintlichen Nichtberücksichtigung der Geldwerte in der organischen Bilanz zu werten ist, hängt damit zusammen, daß bei einer vollständigen Erfassung der Geldwerte im Rahmen einer Indexbilanz – sei es nach General- oder Spezialindex (Tageswert) – eine Verteuerung der Schulden genau um den Betrag herausgerechnet wird, um den die Preise der damit finanzierten Sachwerte fallen. Fällt der Preis einer Ware beispielsweise von 100 auf 75, so ergibt sich, wie aus obigem Indexbilanzbeispiel ersichtlich, folgende Rechnung:

Waren		WÄ		G & V		FK
AW 100	TW 75					100
	WÄ 25	25				
			25			
				25		
					WÄ 25	
						V 25
75		-	-	25		100

noch nicht benutzte Abkürzungen:

AW = Anschaffungswert
 TW = Tagesbeschaffungswert
 FK = Fremdkapital

Wie ersichtlich, hängt Prions Einwand gegen die Tageswertrechnung entscheidend davon ab, ob bei Schmidt eine entsprechende Verrechnung der nominalen Geldwerte erfolgt. Liegt im obigen Fall eine Finanzierung mit Eigenkapital vor, so erscheint ein Verlust konsequenterweise nicht, da es sich diesbezüglich, wie bei einer Preissteigerung auch, um einen Scheinerfolg handelt, der durch die Index- bzw. Tageswertrechnung ja gerade erst neutralisiert werden soll.

Ganz offen spricht den hier zur Debatte stehenden Sachverhalt Mahlberg²⁾ aus: Er wirft Schmidt vor, er würde auf eine Berechnung der Gewinne und Verluste an den Geldwerten (Kasse, Debitoren, Kreditoren) verzichten und praktisch einen Scheinerfolg deshalb berechnen, weil echte Erfolge, die tatsächlich gegenüber der Außenwelt eingetreten sind, nicht berücksichtigt würden. Mahlberg erwähnt in diesem Zusammenhang Schmidts Lehre von der Wertgleichheit und billigt sie als betriebspolitische Maxime zur Sicherung gegen Geldwertschwankungen, vermerkt aber, daß eine Verrechnungsmöglichkeit bestehen müsse, wenn diese Wertgleichheit im Betriebe nicht herzustellen sei. Die Theorie von der Wertgleichheit ist auch für einige andere Gegner Schmidts Anlaß zur

1) Teil A, Kap. III/3

2) Mahlberg, W., Bilanztechnik, S.165
 ders., Tageswert, S.68, 70

Kritik. So vermerkt Schmalenbach¹⁾, die Lehre von der Wertgleichheit sei an sich gut, aber sie nähme sich "bei aller Hochachtung ein wenig wunderlich aus", weil eine Wertgleichheit nicht immer zu erreichen wäre und im Falle eines "Beinbruchs" eine Verrechnung der Erfolge an den überschießenden Beträgen zu erfolgen habe. Ebenso äußert sich Walb²⁾: "Dem Betriebe aber vorzuschreiben, er solle etwas, was er wollen darf, nicht wollen, weil sonst das Rechnungswesen nicht klappe, bedeutet ein unmögliches, utopisches Verlangen". Auch die Rieger-Schülerinnen Elise Enderlen³⁾ und Maria Miller⁴⁾ sind der Meinung: "Verdient denn ferner eine Theorie, die sich auf die Unternehmerpolitik stützt und auf ein zufälliges Zusammentreffen günstiger Umstände angewiesen ist, überhaupt diesen Namen!" Selbst Kalveram⁵⁾, der Schmidt gegenüber Rieger verteidigt, vermerkt, die Organik leide u.a. auch an der Schwierigkeit einer Durchführung der Wertgleichheit und spricht an anderer Stelle⁶⁾ sogar ganz offen aus, daß im Rahmen der organischen Rechnung keine Verrechnung der Geldbestände erfolge, sondern der Ausgleich durch eine entsprechende Finanzierungspolitik vorgenommen werde — aber dem ist leider nicht so. Letztlich sind noch Borkowsky⁷⁾, Witschi⁸⁾ und Wyder⁹⁾ der Ansicht, die Wiederbeschaffungsrechnung Schmidts habe den Nachteil, die Nominalwerte unberücksichtigt zu lassen.

Es wäre also festzuhalten: Die oben genannte Literatur ist der Meinung, Schmidt würde im Rahmen seiner organischen Tageswertbilanz die Veränderung der nominalen Geldwerte nicht berücksichtigen; ein Teil der Autoren glaubt sogar, Schmidt würde, damit seine Rechnung "klappe", von den Betrieben verlangen, die Wertgleichheit von aktiven und passiven Nominalwerten herzustellen. Angesichts dieser massierten Einwendungen erscheint es nicht unangebracht, zu prüfen, ob Schmidt die ihm zur Last gelegten Fehler nun tatsächlich auch macht. Über die Frage der Wertgleichheit äußert sich Schmidt wie folgt:

"Eine Senkung des Preisniveaus läßt die Schuld in alter Höhe bestehen, mindert aber die Gegenposten der Aktivseite, so daß Überschuldung und Zusammenbruch unvermeidlich wird. Andererseits erzielt man bei Wertsteigerung des Preisniveaus den vollen Zuwachs als neues Eigenkapital. Demnach wird der Unternehmer danach streben, bei steigenden Preisniveau mit möglichst viel Fremdkapital zu arbeiten, bei sinkendem dagegen mit möglichst geringem. Wenn er so handelt, spekuliert er zwischen dem Markt des Geldes und der Güter. Zu fragen bleibt, wie ist der in jedem Fall sichere Weg geartet? Da man über die Preisentwicklung der Zukunft nur bedingt unterrichtet sein kann, ist der einzig sichere Weg der, alle Realgüter der Aktivseite aus Eigenkapi-

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7.A., S.272

2) Walb, E., Erfolgsrechnung, S.335

3) Enderlen, E.: Nominelle und reale Bilanz, W.Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1936, S.76

4) Miller, M., a.a.O., S.100

5) Kalveram, W., Buchhaltung, S.41

ders.: Die organische Tageswert-Bilanz, Archiv, 64, Bd., 1930, S.632

6) ders., Goldmark, S.59

7) Borkowsky, R., a.a.O., S.137

8) Witschi, R., a.a.O., S.124

9) Wyder, E., a.a.O., S.83

tal, alle Geldforderungen und Geldbestände der Aktivseite aber durch Aufnahme von Geldschulden zu beschaffen.¹⁾ In Zeiten deutlicher Tendenz der Preisbewegung kann der Unternehmer Sondervorteile aus einseitiger Disposition ziehen. In Zeiten der Unsicherheit über die weitere Entwicklung wird er sich mit Vorteil auf die Gleichgewichtslage einstellen."²⁾

"Das Prinzip der Wertgleichheit ist grundlegend für die Kapitaldisposition." (Sperrung vom Verfasser.) "Es mag auch aus ökonomischen Gründen nicht immer angebracht sein, diese Grundsätze bis zum letzten anzuwenden, weil dadurch die Möglichkeit verstärkten Vermögenszuwachses unterbunden werden kann, aber wesentlich ist doch, daß jeder Unternehmer sich über die Zusammenhänge vollkommen klar ist, weil er nur so einen Maßstab für seine Disposition gewinnen kann."³⁾

Aus diesen Äußerungen dürfte eindeutig hervorgehen, daß der Grundsatz von der Wertgleichheit zwar ein Maßstab wirtschaftlichen Handelns und eine Maxime ist, wie man Verluste an den Nominalwerten vermeiden kann, daß er aber nicht dazu dient, ein nicht funktionierendes Rechnungswesen in Ordnung zu bringen. Schmidt⁴⁾ vermerkt deshalb: "Schmalenbach macht hierzu den mit einem etwas schief konstruierten Witz verbrämten Einwand, daß eine Geldwertkorrektur auf die einseitigen Überschüsse an Geld notwendig sei, daß aber die Tageswertrechnung diese Korrekturen ablehne mit dem Hinweis, der Betrieb möge eben nicht einseitig disponieren. Dem ist nicht so."

Man kann also feststellen, daß der Einwand gegen die Tageswertbilanz, sie würde die unterschiedlichen Nominalwerte nicht in die Rechnung mit einbeziehen und die Lehre von der Wertgleichheit in diese Lücke stopfen, wenig Boden unter den Füßen hat. Gewiß, auch die Tageswertbilanz enthält Fehler, aber es bringt die Sache nicht vorwärts, wenn man Fehler kritisiert, die gar nicht gemacht werden, und sich damit berechtigt fühlt, "die ganze Sache für erledigt" zu halten.⁵⁾

Der Bedeutung der Sache wegen sei noch einmal jener Absatz genauer betrachtet, mit dem Schmidt seine Vorstellungen von der Wertgleichheit und der Verrechnung einseitiger aktiver oder passiver Geldwerte beschließt. Schmidt⁶⁾ schreibt hier:

"Aus dem Prinzip der Wertgleichheit ergibt sich, daß, solange und soweit wie die Passiv und Aktivgeldbestände einander gleich sind, alle Wertschwankungen im Gütermarkt nicht auf sie einwirken, weil ein Verlust an Kaufkraft auf der einen Seite durch einen Gewinn auf der anderen ausgeglichen wird. Für die zeitlich gebundenen einseitigen Geldbeträge ist auch der Verlust oder Gewinn aus Wertveränderungen des Geldes unrealisiert (!), bis die Beträge fällig, mindestens kurzfristig rückzahlbar werden. Endgültig realisiert (!) ist ein Geldwertverlust oder Gewinn erst im Augenblick der Auflösung des Kreditgeschäfts durch Rückzahlung, er ist dann Spekulations- nicht Umsatzgewinn, Schmalenbach macht hierzu den mit einem etwas schief konstruierten Witz ver-

1) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.132, 133

2) ders., ebenda, S.133

3) ders., ebenda, S.134

4) ders., ebenda, S.138

5) Schmalenbach, E., Preisveränderungen, S.54

6) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.137, 138

bräuteten Einwand, daß eine Geldwertkorrektur auf die einseitigen Überschüsse an Geld notwendig sei, daß aber die Tageswertrechnung diese Korrektur ablehne mit dem Hinweis, der Betrieb möge eben nicht einseitig disponieren. Dem ist nicht so." "Im übrigen besteht aber noch der grundsätzliche Unterschied zwischen den Anschauungen Schmalenbachs und den meinen, daß er die Geldwertänderungen als Verluste oder Gewinne will, während sie meiner Auffassung nach Vermögenswertänderungen sind, die nur im Falle der Spekulation nach der Rückzahlung der einseitigen Kredite als realisierte Spekulationsgewinne ausschüttbar werden. Für den Betrieb, der nicht bewußt spekuliert, braucht darüber also keine Abrechnung gemacht zu werden. Vor allem wird es wenig Betriebe geben, die bewußt auf die Geldwertsteigerung von aktiven Geldforderungen spekulieren. An sich wäre auch von meinem Standpunkte aus nichts dagegen einzuwenden, wenn für alle Geldwerte eine besondere Rechnung der Wertveränderungen aufgemacht würde, denn auch das Geld hat einen Tageswert, damit der einseitig disponierende Unternehmer ersehen könnte, welchen Werterfolg er hat."

An diesem keineswegs sonderlich klaren Äußerungen Schmidts fallen zwei Punkte auf: einmal, daß Schmidt, im Unterschied zu Schmalenbach, die Geldwertänderungen nicht sofort als Erfolge verbuchen will, und daß zum anderen über einseitige aktive oder passive Nominalwerte keine Abrechnung gemacht zu werden brauche, sofern nicht bewußt spekuliert werde. Es gibt auch noch eine andere Stelle, aus der man gegebenenfalls schließen könnte, daß Schmidt auf eine Berechnung der Erfolge an den Geldwerten verzichtet. Im Abschnitt über "Die Vermögensrechnung der Geldwerte" schreibt Schmidt¹⁾ folgendes: "Da nun die Unternehmung als Produktions- oder Handelsbetrieb davon lebt, aus Geld durch Kauf und Produktion Ware, und aus Ware durch Verkauf Geld zu machen, so wurde es zu einem Kernproblem der Vermögensrechnung (Sperrung vom Verfasser), die Wertgleichheit bei diesem Wechsel der Gestalt der Bilanzwerte zu sichern." Es gibt aber eine ganze Reihe anderer Stellen, die einen Leser, der der Meinung ist, Schmidt würde die Geldwerte vernachlässigen, stutzig machen müßte. Schmidt²⁾ spricht beispielsweise davon, daß sich, solange sich Aktiv- und Passivgeldwerte decken, Vorteil und Nachteil der Geldwertänderung aufheben und daß dort, wo aus betriebseigenen Gründen die Geldaktiven überwiegen, eine in einer Inflation auftretende Entwertung "bei erfolgreicher Betriebsführung durch den Ertrag kompensiert werden" muß; das bedeutet, daß die Entwertung als echter Verlust in der Gewinn- und Verlustrechnung in Ansatz gebracht wird. An anderer Stelle ist Schmidt³⁾ ebenfalls der Meinung, daß auch für die Tageswertbilanz die Belastung der Geldwertminderung als Aufwand in der Erfolgsrechnung richtig wäre, soweit eben die Summe der aktiven Geldwerte die der passiven überwiegt. Ferner vermerkt Schmidt⁴⁾ gegenüber einer Kritik Walbs, die Tageswertrechnung würde Spekulationserfolge nicht erfassen, daß dies nicht richtig sei, weil diese entsprechend die Wertänderungen am Geld zwischen zwei Bilanzterminen auf dem Erfolgskonto verrechne, "mindestens soweit es sich um Geldbestände aus Eigenkapital handelt". — Eine weitere Äußerung Schmidts⁵⁾ sei zitiert:

1) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.93

2) ders., ebenda, S.36

3) ders., ebenda, S.227

4) ders., ebenda, S.320

5) ders., ebenda, S.245

"Hier wird jedoch eines besonderen Kostenteils, den man wenig beachtet, besonders zu gedenken sei. Das sind die Kosten der Werterhaltung der Geldbestände, welche als Bargeld oder Geldforderung über die Passivschulden hinaus gehalten werden. Entwertet sich infolge Geldwertminderung dieser für den Umsatz notwendige Bestand, so muß die Erfolgsrechnung einen Aufschlag auf den Geldwert als Wertersatz aufbringen, aus dem man die Geldbestände entsprechend ihrer Wertänderung auffüllen kann. Wenn allerdings eine Geldwertsteigerung vorliegt, so würde auch bei gleichbleibenden Geldbeständen ein Erfolg aus übermäßiger Geldwerterhaltung verbucht werden müssen (!), derart, daß die überschüssigen Bestände als Gewinn ausschüttbar werden. Soweit freilich die Bestände an Bargeld und Geldguthaben über das durch den Umsatz bedingte Maß hinausgehen, bedeutet ihre Haltung eine Spekulation auf Geldwertsteigerung, die unter den Spekulationsgeschäften abzurechnen wäre."

Mag man auch diesen Absatz leicht übersehen, weil er unter der Überschrift "Reiner Gewinn am Umsatzgut" zu finden ist und nicht unter entsprechenden Darstellungen über die Behandlung der Geldwerte, so kann man hingegen schon erwarten, daß sich ein Leser die Darstellung einer organischen Gesamterfolgsrechnung¹⁾ ansieht. Hier erscheinen "Werterhaltungskosten für den Überschuß der Geldaktiven" ausdrücklich als Aufwand! Auf der Erlösseite ist zu finden: Der "Wertzuwachs oder -abnahme auf einen Überschuß an Geldschulden erscheint als Spekulationsgewinn oder -verlust" unter der Rubrik "Spekulationserfolg aus Fremdkapital". Schließlich gibt es noch zwei weitere Stellen, an denen Schmidt²⁾ ganz eindeutig ausspricht, daß eine Geldwertänderung der Nominalwerte über das Erfolgskonto zu verrechnen sei. Man sieht also, daß es keinesfalls gerechtfertigt erscheint, von vorneherein zu behaupten, Schmidt würde im Rahmen seiner Tageswertrechnung die nominalen Geldwerte nicht berücksichtigen.

Es sei jetzt zu den von S.138 der Tageswertbilanz zitierten Absatz Stellung genommen. Schmidt meint hier, daß er im Gegensatz zu Schmalenbach die Geldwertänderung nicht als Gewinn oder Verlust buchen und eine gesonderte Abrechnung nur im Falle beabsichtigter Spekulation vornehmen will. Es interessiert ferner die eingangs des Absatzes gefallene Äußerung, daß Schmidt einen Gewinn oder Verlust aus einer Wertänderung des Geldes erst dann als realisiert bezeichnet, wenn der Kredit, der zur Beschaffung eines Warenquantums aufgenommen wurde, zurückgezahlt worden ist. Diese Handhabung wird auch an anderer Stelle deutlich, an der Schmidt³⁾ den entgegengesetzten Fall einer Geldwertsteigerung behandelt. Hier will Schmidt den Preisfall der Waren zunächst dem Eigenkapitalkonto als aktive Wertänderung belasten und diese Buchung als Wertänderung erst im Falle einer Rückzahlung des Kredits zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung wieder auflösen, während diese Verbuchung bei der Indexrechnung hiervon unabhängig ist, bzw. im Augenblick der Wertänderung erfolgt. Schmidt⁴⁾ sagt ganz deutlich, daß die Einbeziehung von (betriebsnotwendigen) Schulden in die Indexrechnung deshalb zu verwerfen sei, weil man – wollte man bei Preissteigerungen einen so errechneten Gewinn ausschütten – Teile des Unternehmungsvermögens, die zum Umsatz unentbehrlich sind, verkaufen und damit die Unternehmung schwächen, vielleicht gar zerstören müßte.

1) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.252

2) ders., ebenda, S.315, 320

3) ders., ebenda, S.299, 300

4) ders., ebenda, S.300

Es wäre festzuhalten: Schmidt¹⁾ geht davon aus, daß sich ein Überschuß der Schulden über die aktiven Geldwerte logischerweise in Sachwerte niederschlagen muß. Steigen die Beschaffungswerte dieser mit Fremdkapital finanzierten Waren, so besteht der Unterschied zur Indexrechnung nach Schmalenbach darin, daß diese die Wertsteigerung der Realwerte, die dem Wertänderungskonto gutgebracht wird, in Anbetracht der damit verbundenen Entwertung der Schulden sofort wieder als Gewinn an das Gewinn- und Verlustkonto ausbucht, während Schmidt²⁾ diese Buchung erst dann vornehmen möchte, wenn die Schulden bezahlt werden und somit der Gewinn realisiert ist. Dieser Fall ist für Schmidt offenbar nur bei den spekulativen Schulden gegeben. Wenn auch diese Einstellung im folgenden abgelehnt wird, so mag doch nicht vergessen werden, daß auch Schmalenbach diesem Gedankengang gar nicht so fern steht. Im Falle einer langfristigen Obligationsschuld schlägt Schmalenbach³⁾ nämlich für den Fall einer Preissteigerung zwar eine sofortige Verbuchung der Entwertung der Schulden als Gewinn vor, vermerkt jedoch, daß von diesem Gegenwartsgewinn eine Rückstellung in der Höhe zu machen sei, in der bis zur tatsächlichen Rückzahlung der Anleihe möglicherweise wiederum eine Geldwertsteigerung und damit eine Verteuerung der Schulden zu erwarten ist. Dieser Rückstellungsbildung entspricht die Schmidtsche Verbuchung als Wertänderung, d.h. einer erfolgsneutralen Verbuchung, solange eine endgültige Realisation des Gewinnes an den Schulden noch nicht vorliegt. Auf die Frage der Realisation der Gewinne an den Schulden wird noch in Kapitel II, Abschnitt 5 ausführlicher eingegangen.

Weil ein Überwiegen der Schulden über die aktiven Geldwerte notwendigerweise in den Sachwerten stecken muß, so wird jetzt auch klar, warum Schmidt⁴⁾ in seinem Schema der Gesamterfolgsrechnung diese Erfolge unter der Rubrik "Spekulationserfolge mit Fremdkapital" abrechnen will. Inkosistent ist an diesem Schema nur, daß Schmidt die "Welterhaltungskosten für den (etwaigen) Überschuß der Geldaktiven" über die Schulden zur Gänze in der Spalte "Normalumsatzgewinn" als Aufwand führen will. Da ein Überschuß der Geldaktiven über die Schulden notwendigerweise nur durch Eigenkapital finanziert sein kann⁵⁾, müßten diese Wertänderungen als "spekulativer Erfolg aus Eigenkapital" abgerechnet werden, zumindest insoweit, als die Haltung aktiver Geldbestände über das betriebsnotwendige Maß hinausgeht⁶⁾. Die Wertänderungen an dem die Schulden übersteigenden Kassenbestand wären, was nach der Schmidtschen Realisationstheorie völlig konsequent ist, sofort als Aufwand, bzw. Ertrag zu verbuchen (der Posten "Ertrag" fehlt im Schema der Gesamterfolgsrechnung; entsprechende Behandlung eines Gewinnes am betriebsnotwendigen Kassenbestand geht aus S.145 der Tageswertbilanz hervor). Der Erfolg ist sofort realisiert, da nicht auf eine Rückzahlung von Schulden gewartet werden muß (es liegt eine Eigenkapitalfinanzierung vor).

Die Erklärung, warum nach Schmidt über die Schuldengewinne, mit denen nicht spekuliert wird, keine Abrechnung gemacht zu werden braucht, ist im Unterschied

1) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.315

2) ders., ebenda, S.319, 247

3) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7.A., S.272, 273

4) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.252

5) ders., ebenda, vgl. S.321

6) ders., ebenda, vgl. S.245

zwischen spekulativen und betriebsnotwendigen Beständen zu suchen. Ist es branchenüblich oder betriebseigen, daß eine Unternehmung eine Wertgleichheit ihrer Geldwerte nicht herstellen kann, dann ist auch der Bestand bzw. die Finanzierung mit Fremdkapital eine betriebsfixe Tatsache. Man muß ständig mit einem Posten Fremdkapital in der üblichen oder notwendigen Größe arbeiten, man kann dies Fremdkapital nicht wie im Falle rein spekulativer, nicht betriebsnotwendiger bzw. nicht gebundener Bestände nach Belieben wieder abstoßen. Da nach Schmidt aber erst im Fall einer Rückzahlung eines Kredites der Spekulationserfolg an den Schulden ausschüttbar wird, erfolgt die Buchung "Wertänderungskonto an Gewinn- und Verlustrechnung", also eine Berücksichtigung des Gewinns an den Schulden als ausschüttbarer Erfolg bei jenen Fremdkapitalien nicht, die ständig zur Finanzierung des Betriebs dienen, die — solange der Betrieb fortbesteht — nicht zurückgezahlt werden. Da in diesem Fall die Ausschüttbarkeit des Erfolgs nach Meinung Schmidts nicht gegeben ist, darf geradezu die Herausrechnung eines Gewinnes nicht erfolgen. Daß diese Voraussetzung der Ausschüttbarkeit des Schuldenerfolges unrichtig ist, wird im folgenden versucht nachzuweisen, und daß es deshalb b nicht richtig ist, auf eine Berechnung der Geldwelterfolge an einem betriebsnotwendigen Überschuß an Fremdkapital zu verzichten, mag zwar Wasser auf die Mühlen jener sein, die behaupten, Schmidt verzichte auf eine Umrechnung der Nominalwerte, aber so einfach und so unbegründet wie sie sich die Sache vorstellen, ist sie gewiß nicht. Einmal findet eine Nichtberücksichtigung nur teilweise statt und zum zweiten ist der Gedanke der Rückzahlung der Schulden im Rahmen einer Indexrechnung effektiv von Bedeutung (es sei nochmals auf Schmalenbachs Behandlung der Obligationen sowie auf Kapitel III, Abs. 5 verwiesen), nur berücksichtigt Schmidt ihn in der falschen Form.

Zusammenfassend wäre über die Behandlung der Geldwerte bei Schmidt zu sagen: Nach Schmidt gibt es drei Gruppen von Geldwerten. Einmal jene Schulden, denen entsprechende aktive Geldwerte gegenüberstehen, wodurch sich Geldwelterfolge gegenseitig aufheben; die zweite Gruppe besteht aus überschießenden Schulden, die betriebsnotwendig sind und bei denen nach der Meinung Schmidts ein Geldwertgewinn nicht herausgerechnet werden darf, weil die Schulden eben wegen ihres betriebsnotwendigen Charakters nicht zurückgezahlt würden, d.h. ständig vorhanden seien; die dritte Gruppe besteht ebenfalls aus Schulden, die einseitig über die aktiven Geldwerte hinausgehen, die aber auch noch das betriebsnotwendige Maß übersteigen, d.h. als rein spekulative Bestände angesehen werden, und Geldwertänderungen an dieser Gruppe müssen berücksichtigt werden. Bei einem Überschuß der aktiven Geldwerte über die passiven sieht es etwas anders aus: da der Überschuß notwendigerweise durch Eigenkapital finanziert sein muß, werden Geldwertänderungen sofort als Erfolge berücksichtigt und nur in den "Normalerfolg" am betriebsnotwendigen Geldüberschuß und in spekulative Erfolge getrennt. Hier wird aber deutlich, daß Schmidts Ausführungen über die Behandlung der Geldwerte nicht widerspruchsfrei sind, was man, wie gesagt, darauf zurückführen kann, daß Schmidt die Geldwerte nicht geschlossen behandelt. Denn auf S. 138 behauptet Schmidt doch, daß auch bei aktiven Geldüberschüssen nur im Falle bewußter Spekulation eine Abrechnung zu machen wäre, während dem andererseits mehrere Äußerungen gegenüber stehen, nach denen — was richtiger ist — eine Wertänderung an überschießenden aktiven Geldwerten unterschiedlos als Erfolg zu buchen und höchstens in Normalerfolg und spekulativen Erfolg zu trennen ist¹⁾, eben weil ein Überschuß der

1) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S. 36, 226, 245, 252, 320

Geldaktiven über die Geldpassiven durch Eigenkapital finanziert sein muß und hier der Realisationsgedanke entfällt. Darüber hinaus ist noch der letzte Satz, der von S.138 der Tageswertbilanz zitierten Stelle zu beachten, an dem Schmidt der Meinung Ausdruck gibt, an sich wäre auch von seinem Standpunkt aus nichts dagegen einzuwenden, wenn der Erfolg "für alle Geldwerte" berechnet würde. An anderer Stelle ist Schmidt¹⁾ ebenfalls der Meinung, die Tageswertrechnung müsse sich bezüglich der Durchführung an die (General-) Indexmethode anschließen und habe nur deren falsches Wertmaß zu vermeiden.

Was also die Stellung der Geldwerte in der organischen Tageswertbilanz betrifft, ist zu sagen, daß Schmidt die Erfolge an überschießenden aktiven Geldwerten wohl unterschiedslos berücksichtigt, ebenso überschießende Schulden, soweit sie spekulativer, d.h. nicht betriebsnotwendiger Natur sind. Die Begründung für die Nichtberücksichtigung der Wertänderungen an den überschießenden betriebsnotwendigen Schulden ist abzulehnen. Einige andere Äußerungen Schmidts lassen es aber ohnehin zweifelhaft erscheinen, ob Schmidt in diesem Fall ernstlich auf eine Berechnung von Geldwelterfolgen verzichtet. Gegenüber der Behauptung, Schmidt würde überschießende Geldbestände nicht berücksichtigen, ergibt sich noch eher das Gegenteil, abgesehen von der tatsächlichen Berechtigung des Realisationsgedankens, wenn auch in anderer Form, was nämlich die Kritiker Schmidts und Anhänger einer Generalindexrechnung übersehen. Schmidt verzichtet in diesem Fall aber auf eine Verrechnung eines Teils der einseitigen Geldüberschüsse absichtlich, weil er der Meinung ist, daß hierdurch die Rechnung überhaupt erst richtig werde. Vor allem von der Seite eines ziemlich isolierten Nominalismus her, der ja keinerlei Wertänderungen anerkennt (Rieger), erscheint diese Kritik ziemlich ungerechtfertigt. Aber auch Schmalenbach hätte etwas vorsichtiger sein müssen. Schließlich schlägt er für Zeiten der Preisänderungen die Bewertung nach der Methode des gebundenen Bestands vor, die ja auch nur eine Teilkorrektur darstellt, die aktiven und passiven Geldwertänderungen nicht erfaßt und praktisch nur unter der Voraussetzung volle Gültigkeit beanspruchen kann, daß der Betrieb tatsächlich wertgleich ist, bzw. die Sachwerte mit Eigenkapital finanziert sind. Soweit sie es nicht sind, sind die Preisänderungen nämlich bekanntlich echte Erfolge und dürfen nicht, wie es die gebundene Bestandsrechnung ihrem Zweck nach tut, nur als erfolgsneutrale Wertänderungen behandelt werden.

Nun muß aber dazu Stellung genommen werden, weshalb die Idee Schmidts, mit der Verbuchung einer Wertänderung der Schulden bis zur Rückzahlung des Kredits zu warten, nicht für richtig gehalten wird. Im Grunde genommen ist diese Idee korrekt, nur nimmt Schmidt an, daß in gewisser betriebsnotwendiger Höhe ständig Fremdkapital an der Finanzierung des Betriebs beteiligt ist und daß man hier von einer Rückzahlung der Kredite nicht sprechen könne, weshalb eine Realisierung des Geldwelterfolges nicht gegeben sei. Die Voraussetzung, daß die Kredite, weil ständig vorhanden, nicht zurückgezahlt werden müßten, ist aber falsch. Auch wenn die Fremdfinanzierung als solche bestehen bleibt, wenn es sich um einen "eisernen Bestand" an Fremdkapital handelt, so schlägt sich dies Fremdkapital doch laufend um, muß ein alter Lieferantenkredit bezahlt werden, bevor neue Ware hereinkommt. Ist nun eine kreditierte Ware im Preis um 10 % gefallen, so müssen an den Lieferanten 10 % der Kreditrückzahlung aus dem Umsatzgewinn oder der

1) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.246, 302

Substanz bestritten werden; andererseits kann man im Falle einer Preissteigerung 10 % "Dispositions"- bzw. Einkaufsgewinn für sich behalten. Sicher wird dann der Lieferant wiederum einen Kredit geben, sicherlich wird wieder eine branchen- oder betriebsübliche Finanzierung mit Fremdkapital vorliegen, aber zuerst muß der alte Lieferantenkredit in voller Höhe bezahlt sein, muß ein etwaiger Preisfall und ein relatives Steigen den Schuld "verdaut" werden.

Man wird sagen, daß hier eine rein nominale Wertauffassung vertreten wird. Das ist richtig — denn s o w e i t Sachgüter mit Fremdkapital, also mit nominell gebundenem Kapital, finanziert werden, ist ein anderer Standpunkt unmöglich. Der Fehler, den die Nominalisten machen, besteht nur darin, daß sie ihre Rechnung auf der Annahme aufbauen, daß alle Sachgüter mit Fremdkapital finanziert seien. Soweit aber ein Realgut mit Eigenkapital finanziert ist, handelt es sich bei einer Preisänderung um eine erfolgsneutrale Wertänderung — sonst gäbe es den Begriff des Scheingewinns überhaupt nicht; denn soweit eine Ware mit Fremdkapital finanziert wird, ist eine Preissteigerung ja ein e c h t e r Gewinn! Eine korrekte Erfolgsrechnung hat demzufolge jede Preisänderung (der Beschaffungswerte) als Wertänderung abzurechnen und soweit es sich wegen einer Fremdkapitalfinanzierung um echte Erfolge handelt, diese vom Wertänderungskonto an das Gewinn- und Verlustkonto weiter zu übert ragen. Dies soll anhand eines Beispiels demonstriert werden: eine Ware sei zu 200 angeschafft und zu 50 % mit Eigen- und Fremdkapital finanziert; es erfolge eine Preisänderung (Preisfall) um 50.

a) Nominelle Rechnung

Waren		G & V		EK	FK	SB	
AW	200			100	100	W 150	EK 100
	TW 150					V 50	FK 100
	V 50	50					

b) Tageswertrechnung Schmidts bezüglich betriebsnotwendiger Fremdkapital-Bestände

Waren		WÄ		EK	FK	SB	
AW	200			100	100	W 150	EK 100
	TW 150					WÄ 50	FK 100
	WÄ 50	50					

c) Erforderliche Verrechnung des Fremdkapitals (=Indexmethode)

Waren		WÄ		G & V	EK	FK	SB	
AW	200				100	100	W 150	EK 100
	TW 150						WÄ 25	FK 100
	WÄ 50	50					V 25	
			25			25		
				25		25 ^{x)}		

x) Preisfall von 200 auf 150 = Preisfall um 25 %

noch nicht benutzte Abkürzung:

EK = Eigenkapital

Materiell müssen alle drei Rechnungen insofern zum gleichen Ergebnis kommen, als Eigenkapital nur mehr in Höhe von 50 vorhanden ist. Weder ist dies aber auf einen "Verlust" von 50, noch auf eine "Wertänderung" in dieser Höhe zurückzuführen, sondern 25 sind echter Verlust, da in dieser Höhe Substanz zur Deckung der Schuld abgegeben werden muß, und 25 sind eine Verminderung des Eigenkapitals, die nicht zu einer Verkleinerung des Betriebsvermögens führt, was der Verlust am Fremdkapital tatsächlich erfordert. Ist ein Umsatzgewinn von 30 vorhanden, so muß dieser Gewinn weder voll einbehalten werden, wie es die Nominalrechnung verlangt (Verlust 50), noch überhaupt nicht (Schmidt), sondern es muß hiervon die Verteuerung der Schulden in Höhe von 25 bestritten werden; 5 können ausgeschüttet werden. Würde man nach der Nominalrechnung auch diesen Betrag einbehalten, würde er eine Betriebsvergrößerung bedeuten (zur Wiederbeschaffung der Waren sind nur 150 Bargeld und zwar 75 Eigen- und 75 Fremdkapital vonnöten, soll das ursprüngliche Finanzierungsverhältnis von 1 : 1 aufrecht erhalten werden), obwohl die Erfolgsrechnung noch einen Verlust von 20 aufweist. Eine derartige Berechnung eines Scheinverlusts muß vermieden werden.

Wenn Schmidt¹⁾ nun der Meinung ist, man könne bei einer Preissteigerung den an den Schulden erzielten Gewinn nicht ausschütten, weil man sonst Teile des Unternehmungsvermögens, die zum Umsatz unentbehrlich sind, verkaufen müsse, so übersieht er, wie gesagt, den Sachverhalt, daß der "Umsatz" des Kredits und damit die "Realisierung" des Geldwertgewinnes an den Schulden im Zuge der Rückzahlung auch dann erfolgt, wenn die neue Ware ebenfalls wieder mit Kredit finanziert wird. War es bisher üblich, daß der Lieferant, bezogen auf obiges Beispiel 50 % der Ware kreditiert, so muß er bei einer Preissteigerung von 50, statt wie früher 100, neuerdings 125 kreditieren. Da sich bei einer Preissteigerung der Kredit des Lieferanten um 25 entwertet hat, so muß er jetzt auch diese 25 faktisch ebenso neu zuschießen, wie sie im Falle eines Preistrückganges der Kreditnehmer aus seinem Vermögen bzw. Ertrag bestreiten müßte. Es ist also im Falle einer Preissteigerung völlig richtig, denn Kreditgewinn von 25 auszuschütten, da der faktische Geldmehrabedarf durch eine entsprechende Erhöhung des Lieferantenkredits gedeckt wird. Es ist ein Irrtum, wenn Schmidt glaubt, der Betrieb müßte zum Zwecke der Ausschüttung des Kreditgewinnes Sachwerte verkaufen, seinen Betrieb verkleinern — das muß er nur im Fall einer Geldwertsteigerung. Durch die gesteigerte Kreditaufnahme gerät der Betrieb auch nicht in eine Überschuldung: die Wertsteigerung von 200 auf 250 wird getreulich zwischen Eigen- und Fremdkapital nach ihrem Beteiligungsverhältnis aufgespalten, jeder Partei werden 25 "gutgeschrieben" — nur bezieht die Gutschrift am Fremdkapital der Eigenkapitalgeber als Gewinn und der Fremdkapitalgeber muß diesen Gewinn in Form eines höheren Kredits bezahlen. Obige Rechnung würde bei einem Umsatz der Ware lauten:

Bilanz 1				Bilanz 2				Bilanz 3			
W	250	EK	100	K	125	EK	125	W	250	EK	125
		WÄ	25							FK	125
		FK	100								
		G	25								

Noch nicht benutzte Abkürzungen:

W = Waren

K = Kasse

1) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.300

Der Betrieb ist nach wie vor 1 : 1 mit Eigen- und Fremdkapital finanziert. Hätte man 25 einbehalten, wäre der Fremdkapitalbedarf nur 100 und das Finanzierungsverhältnis 3 : 2. Eine Veränderung der Finanzierungsstruktur ist hier nur durch faktische Erhöhung des Eigenkapitals möglich gewesen: durch Einbehaltung von 25 Gewinn zum Zweck der Selbstfinanzierung. Das kann man tun, aber dann muß die Kapitalerhöhung auch als echter Gewinn erschienen sein, sonst würde man einen unrichtigen Erfolg ermittelt haben.

Nachdem festgestellt wurde, daß Schmidt eine teilweise Verrechnung der einseitigen Geldbestände vornimmt, nachdem herausgearbeitet wurde, womit Schmidt eine teilweise Nichtberücksichtigung überschießender Schulden begründet, un nachdem zu dieser Begründung ablehnend Stellung genommen wurde, interessiert noch, wie Schmidt die Umrechnung der Geldwerte vornimmt, soweit er sie für zweckmäßig hält. Es kommt nicht auf eine Darstellung der Buchungssystematik an, sondern auf die grundsätzliche Frage des Wertmaßes. Die Korrektur der Geldbestände möchte Schmidt mittels des Generalindexes vornehmen. Dies ist aus entsprechenden Äußerungen Schmidts über die Indexbilanz zu entnehmen. Schmidt¹⁾ wendet gegen die Indexmethode ein, daß sie die speziellen Wertverschiebungen nicht berücksichtigt, daß es eine Hauptvoraussetzung der Indexrechnung wäre, daß das Unternehmungsvermögen nur in Geld und Geldwerten bestehe. Das deutet darauf hin, daß Schmidt den Generalindex als Wertmaß des Geldes sehr wohl akzeptiert. Ganz deutlich spricht Schmidt²⁾ dies an anderer Stelle aus, wo er der Ansicht ist, daß bei einem Überwiegen der Aktivgeldwerte die Wertänderung "nur durch den Generalindex gemessen werden könnte, weil dieser der Tageswert des Geldes ist"; auch bezüglich überwiegender Geldschulden erwähnt Schmidt³⁾ den Generalindex.

Eine Umrechnung der einseitigen aktiven oder passiven Geldüberschüsse nach dem Generalindex in einer Tageswertbilanz ist aber unrichtig; es handelt sich sogar um einen systemwidrigen Fehler. Schmidt⁴⁾ beansprucht doch eine Gültigkeit seiner Tageswertidee auch in geldwertstabilen Zeiten — und man möchte hinzufügen: gerade dann hat sie ihre eigentliche Berechtigung. Man besehe sich aber hier die Wirkung des Generalindex. Es wurde bereits (als zur Meinung Prions Stellung genommen wurde) darauf hingewiesen, daß es eine Lebensfrage der Tageswertrechnung sei, daß eine Verbuchung der Preisänderung als erfolgsneutrale Wertänderung insoweit zu Lasten oder Gunsten der Gewinn- und Verlustrechnung wiederaufgelöst werden, als der Betrieb bzw. die betreffende Ware durch Fremdkapital finanziert war. Man greife auf die Zahlen zurück, die im vorletzten Beispiel benutzt wurden (Preisfall von 200 auf 150). Das weiteren sei angenommen, es handele sich um eine geldwertstabile Zeit, in der also nur die Veränderung eines Einzelpreises, d.h. eine sog. "Sachwertänderung" vorliegt. In diesem Falle ist die Veränderung des Generalindexes gleich Null.

Waren		WÄ		G & V		FK		EK		SB	
AW 200							100		100	W 150	EK 100
	TW 150									WÄ 50	FK 100
	WÄ 50	50		0		0					
			0			0					

1) Schmidt F., Tageswertbilanz, S.80, 228

2) ders., ebenda, S.315

3) ders., ebenda, S.319, 321

4) ders., ebenda, Vorwort zur 3.A.

Es ist ganz deutlich, da in diesem Fall die Veränderung des Geldwertindex gleich Null ist, erfolgt nicht die tatsachenbedingte Verrechnung eines infolge der Schuldenverteuerung entstandenen echten Verlustes in Höhe von 25. Eine Tageswertrechnung in diesem Stil ist abzulehnen. Wenn man, wie Schmidt, die Sachwertseite mit einem Spezialindex, das sind die jeweiligen Tagesbeschaffungswerte der in einer Unternehmung vorhandenen Güter, korrigiert, andererseits aber die Geldwerte mit einem Generalindex umrechnet, so ist das in geldwertstabilen Zeiten genau so falsch wie eine rein nominale Rechnung. Die rein nominale Rechnung arbeitet mit der Hypothese, daß die gesamten Sachwerte mit Fremdkapital finanziert sind und daher jede Preisänderung ein echter Erfolg sei. Die Tageswertbilanz Schmidts würde nur unter der Voraussetzung Gültigkeit besitzen, daß der betreffende Betrieb ausschließlich mit Eigenkapital finanziert ist, jede Preisänderung somit tatsächlich als eine erfolgsneutrale Wertänderung anzusehen wäre. Wie gesagt: beides ist gleich falsch.

Es ergibt sich folgende Feststellung: Es ist eine notwendige, systembedingte Forderung, daß in einer tageswertigen Erfolgsrechnung die Veränderung der nominalen Werte mit einem Spezialindex — besser: mit dem speziellen Betriebsindex erfaßt werden muß, der sich aus der Wertänderung der Sachwerte dieses Betriebs ergibt, wenn man nicht, wie die Rechnung mit gebundenen Beständen, auf eine Verrechnung dieser Einflüsse generell verzichtet, weil man hier nur eine Teilkorrektur anstrebt. Aber das muß gesagt werden: Dann ist die Rechnung mit gebundenen Beständen fast genau so falsch, wie eine derartige Tageswertrechnung. "Fast" deshalb, weil die Rechnung mit gebundenen Beständen im Falle eines Preistrückgangs infolge einer entsprechenden Unterbewertung nicht dem Niederstwertprinzip zuwiderläuft. Es handelt sich hier um folgendes: Im Rahmen der Tageswertrechnung unter Verwendung eines Generalindex (!) bei den Geldwerten bzw. der Rechnung mit gebundenen Beständen wird eine Preissteigerung rein als Wertänderung erfaßt, und nicht, wie es sich gehört, als echter Erfolg, soweit eine Fremdfinanzierung vorliegt. Eine Nichtberücksichtigung eines echten Gewinnes verstößt nun nicht gegen das Niederstwertprinzip; im umgekehrten Fall einer Preiseinbuße ist anders — und die Tageswertrechnung mit Generalindexkorrektur weist nur eine erfolgsneutrale Wertänderung, aber keinerlei Verlust aus. Im Grunde genommen tut das auch die Rechnung mit gebundenen Beständen nicht, denn ein Preisfall darf ja die Erfolgsrechnung nach Schmalenbach¹⁾ ausdrücklich nicht stören. Damit aber derartige "plötzliche Einflüsse auf die Erfolgsrechnung" vermieden werden, legt Schmalenbach durch eine auf mehrere Jahre verteilt Sonder- bzw. Überabschreibung eine entsprechende stille Rücklage. Schmalenbach verstößt also nicht gegen das Niederstwertprinzip, da der als Verlust zu wertende Preisfall bereits durch eine Einbehaltung von Gewinnen in früheren Jahren gedeckt ist. Allerdings behandelt Schmalenbach Preisänderungen insoweit rein nominal. Liegt eine Eigenkapitalfinanzierung vor, dürfte nämlich der Preisfall der Beschaffungswerte nicht als echter Erfolg erfaßt werden. Ein großer Unterschied zu Schmidt besteht also nicht. Eine Teilkorrektur mit gebundenen Beständen ist — weil sie eben nur eine Teilkorrektur ist — nicht viel besser als eine Tageswertrechnung mit Generalindexkorrektur der Geldwerte.

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12. A., S. 183, 185

Zur Frage der Verwendung eines Spezialindex vermerkt Schmidt¹⁾ ziemlich Schwierigkeiten bezüglich der Frage seiner Rechnung. Diesen Bedenken kann nicht zugestimmt werden. Dazu wird noch im nächsten Kapitel Stellung zu nehmen sein. Hier sei nur die Grundidee gebracht, auf der sich die Ermittlung eines derartigen Spezialindex vollziehen muß: Die im Rahmen eines Jahresabschlusses auf das Wertänderungskonto gelangten Wertänderungen stellen genau das ganz betriebsindividuelle Ausmaß der in einer Abrechnungsperiode erfolgten Preisniveaushiftungen dar. Man muß also nur noch die Beziehungsgröße suchen, um die betriebsindividuelle Preis- bzw. Geldwertänderung in Prozenten ausdrücken zu können — und das sind die Werte der Anfangsbilanz! Mit einem auf diesem Wege gewonnenen betriebsindividuellen Spezialindex sind dann die Geldwerte abzurechnen.

Was die Berücksichtigung der Geldwerte bei Schmidt betrifft, muß noch eine Fehlmeinung eines Anhängers der organischen Bewertung kurz erwähnt werden. Es handelt sich um die Ansichten Haucks von der Wertgleichheit. Hauck²⁾ ist nämlich der Auffassung, die Forderung nach absoluter Wertgleichheit sei bereits dadurch erfüllt, "daß die Geldwerte einfach nominal weitergerechnet werden", ohne daß man deren indexmäßige Wertschwankung berücksichtigt. Hauck³⁾ weist anhand einiger Beispiele nach, daß die Nichtberücksichtigung der Geldwertänderung einen schöneren Verlauf seiner graphischen Darstellungen ergäbe, als wenn eine Umrechnung der Geldwerte erfolgte. Aber das ist ganz klar: ist ein Betrieb wertgleich, so ergeben sich keine Gewinne und Verluste aus der Geldsphäre; der Warenumsatzgewinn wird nicht verändert. Ist nun ein Betrieb tatsächlich wertungleich, so muß eine erforderliche Berechnung der echten Erfolge an den Geldwerten naturgemäß den Umsatzgewinn und damit die Hauckschen Kurven verändern, während die Kurve, die mit der Fiktion aufgestellt wird, "als ob" der Betrieb wertgleich wäre, nur den Warenumsatzerfolg erfaßt und somit gleichmäßiger verläuft. Es ist nicht richtig, wenn Hauck nun meint, die Nichtberücksichtigung sei als Lehre von der Wertgleichheit ein notwendiger Bestandteil der organischen Rechnung — nachgewiesen durch den gleichmäßigeren Verlauf der Gewinnkurve. Einmal hat Hauck hier Schmidt mißverstanden und zum andern zieht er aus seinen graphischen Darstellungen einen Fehlschluß. Man kann nicht einfach die Wertgleichheit fingieren, nur weil dann lediglich der Umsatzerfolg errechnet wird und die Gewinnkurven schöner verlaufen. Daß die mathematischen Beweise von Hauck nicht stimmen, vermerken auch noch Enderlen⁴⁾ und Sykora⁵⁾; Enderlen sei jedoch nur mit Vorbehalt zitiert, denn sie vertritt die unrichtige Auffassung Riegers, die Tageswertrechnung bedeute ein Abgehen von der Geldrechnung, auf welchen Punkt noch später eingegangen werden muß.

1) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.294

2) Hauck, W., a.a.O., S.111

3) ders., a.a.O., S.87 ff.

4) Enderlen, E., a.a.O., S.52

5) Sykora, G., a.a.O., S.269

II. Zweckmäßige und durchführbare Scheingewinnkorrektur.

Ausgangspunkt: die Bewertung mit gebundenen Beständen nach Schmalenbach

1. Tageswertrechnung, gebundener Bestand und Dispositionserfolge

Der Titel dieses Kapitels mag als Ironie erscheinen. Kurz zuvor wurde noch Schmalenbachs Bewertungsmethode mit gebundenen Beständen als unzulänglich kritisiert. Man beachte aber, daß an ihr nur insoweit etwas auszusetzen war, als sie nur eine Teilkorrektur darstellte. Um das Ergebnis dieses Kapitels vorwegzunehmen: korrigiert man die aktiven und passiven Geldwerte mit einem Spezialindex und neutralisiert man auch die Wertänderungen an den Anlagen, dann ist sowohl die Rechnung mit gebundenen Beständen als auch die Tageswertrechnung Schmidts korrekt, denn diese beiden Methoden unterscheiden sich ohnehin lediglich dadurch, daß Schmalenbach, das Wertänderungskonto als stille, Schmidt aber als offene Rücklage führt. Allerdings kann man die Tageswertrechnung auch falsch machen und ein beachtlicher Teil der Einwendungen gegen sie beruhen darauf, daß man von ihr eine unrichtige Vorstellung hat. Man lehnt eine Tageswertrechnung ab, wie sie gar nicht sein soll, und hält demzufolge die Sache für erledigt. Darauf, wie man eine Tageswertrechnung falsch machen kann, muß jetzt eingegangen werden und hierbei leistet die Schmalenbachsche Idee von der Rechnung mit gebundenen Beständen wertvolle Hilfe.

Ein grundsätzlicher Einwand, der gegen die Tageswertrechnung Schmidts gemacht wird, wird von Walb gebracht, indem er die Rechnung mit gebundenen Beständen nach Schmalenbach und die Tageswertrechnung gegenüber stellt. Walb¹⁾ bringt hierzu folgendes Beispiel:

Schmalenbach				Schmidt			
Anfangsbestand	100	1. Verkauf	140		100	1. Verkauf	140
1. Einkauf	120	2. Verkauf	125	WÄ	20	2. Verkauf	125
2. Einkauf	115	Schluß-		1. Einkauf	120	WÄ	5
Gewinn	30	bestand	100	2. Einkauf	115	SB	115
				Gewinn	30		

Dem Beispiel liegt folgende Wertentwicklung zugrunde:

1. Verkauf zu 140, Tagesbeschaffungswert 120
2. Verkauf zu 125, Tagesbeschaffungswert 115

Walb gelangt hier zu der Feststellung: wenn Tageswert und Ersatzwert identisch sind, führen beide Methoden zum gleichen Ergebnis. Der Bestand wird in unterschiedlicher Höhe angegeben, weil in einem Fall die Wertänderung ($+20 - 5 = 15$) als offene, im anderen als stille Rücklage ausgeschieden werden. Dies ändert sich aber, wenn der Tageswert am Umsatztag und der tatsächliche Ersatzwert voneinander abweichen, die Ersatzbeschaffung teurer, oder – wie in Walbs²⁾ folgendem Beispiel – billiger wird:

1) Walb, E., Erfolgsrechnung, S.377

2) ders., ebenda, S.378

Schmalenbach				Schmidt			
AB	100	1.V	140	AB	100	1.V	140
1. E	110	2.V	125	WÄ	20	2.V	125
2. E	105	SB	100	1. E	110	SB	105
G	50			WÄ	5		
				2. E	105		
				G	30		

Dem Beispiel liegt folgende Wertentwicklung zugrunde:

1. Verkauf zu 140, Tageswert 120, Ersatzwert (Anschaffungswert) 110
2. Verkauf zu 125, Tageswert 115, Ersatzwert 105

Walb kommentiert hierzu richtig, daß die billigere tatsächliche Wiederbeschaffung ein Dispositionserfolg ist, daß die Tageswertrechnung (so wie sie Walb hier durchführt!) diesen Dispositionserfolg nicht erfaßt, und deshalb Schmalenbachs Rechnung mit gebundenen Beständen richtiger sei. Die gezeigte Tageswertrechnung ist also falsch; ob Schmidt aber tatsächlich so rechnet, ist eine andere Frage. Schmidt¹⁾ vermerkt nämlich zu dieser Kritik Walbs, daß eine Preisänderung zwischen Umsatz- und Ersatztag auch bei der Tageswertrechnung zu Lasten oder Gunsten der Gewinn- und Verlustrechnung ginge, wenn man, wie Schmidt es für richtig hält, die Wertänderungen am Gelde zwischen diesen beiden Terminen auf dem Erfolgskonto verrechnet, "mindestens soweit es sich um Geldbestände aus dem Eigenkapital handelt. Allerdings ist in dem ersteren Falle (gemeint ist die Rechnung mit gebundenen Beständen; der Verf.) die Preisbewegung der nicht mehr vorhandenen Ware, im anderen (Tageswertrechnung) die Wertänderung des wirklich vorhandenen Geldes, der Maßstab." Letzteres ist aber unter allen Umständen aber falsch. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß es nicht anginge, im Rahmen der Tageswertrechnung die Wertänderungen der Geldwerte mit dem Generalindex umzurechnen. Bleibt der allgemeine Geldwert stabil, so werden die Geldwerte nicht umgerechnet. Trotzdem können Dispositionserfolge im obigen Sinn vorliegen, die dann aber nicht herausgerechnet werden.

Walb seinerseits hat den Umstand übersehen, daß Schmidt eine Umwertung der nominalen Werte sehr wohl vornehmen will, so daß sein Einwand, Schmidt würde Dispositionserfolge nicht erfassen, gegenstandslos ist. Denn die Umrechnung der Geldwerte würde diese Dispositionserfolge berücksichtigen, was das folgende Beispiel darstellen soll; der Anschaffungswert einer Ware betrage 80, ihr Tageswert am Umsatztage 100 und der tatsächliche Ersatzwert (EW) wiederum 80 (ergibt eine Steigerung des Geldwerts um 20 % zwischen Umsatz- und Ersatzbeschaffungstag):

Waren		Kasse		WÄ		G & V	
AW	80						
		TW	100				
WÄ	20				20		
			G	20			20
				WÄ	20	20	
EW	80				80		
	80 ^{x)}		20 ^{x)}		-	-	20 ^{x)}
	=====		=====				=====

x) Saldoortrag

1) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.320

Die Preisänderung von 100 auf 80 "erhöht" den Kassenbestand um 20 (man kann bereits für 80 dieselbe Warenmenge beschaffen), was sich als Dispositionsgewinn auswirkt. Eine Berechnung der Geldwertänderung des Erlöses zwischen dem Umsatz- und dem Wiederbeschaffungstage würde bei organischer Rechnung also ebensowenig Dispositionserfolge neutralisieren, wie die Rechnung mit gebundenen Beständen, und insofern ist Walbs Einwand nicht zutreffend. Erst dadurch, daß Schmidt die Umrechnung des Kassenbestandes mittels des Generalindexes vornehmen möchte, werden die Dispositionserfolge tatsächlich nicht erfaßt.

Bevor die Materie weiter erörtert wird, mag noch darauf hingewiesen sein, daß der Einwand gegen Schmidt, seine organische Tageswertbilanz erfasse die Dispositionserfolge nicht, noch von einer ganzen Reihe von Autoren gemacht wird. Nicht richtig ist es beispielsweise, wenn Wyder¹⁾ meint, daß zwischen Tages- und Ersatzwert Differenzen auftreten könnten und deshalb nicht gesagt sei, ob der am Umsatztag berechnete Gewinn auch tatsächlich ausschüttbar sei. Ferner sprechen Hax²⁾, Kalveram³⁾ und Mahlberg⁴⁾ ganz deutlich aus, daß die Tageswertrechnung Dispositionserfolge neutralisieren, daß sich Einkaufsgewinn und eigentliche Vermögenswertänderungen nicht einwandfrei trennen ließen. Auch Rieger⁵⁾ vermerkt, daß es nach Schmidt völlig gleichgültig sei, wie teuer oder billig ein Unternehmer seine Ware erwerbe. Erstaunlich ist auch, daß sich Heinrich Horn⁶⁾ ein Schüler Schmidts, mit der Frage der Dispositionserfolge abgibt und sich bemüht, eine Methode darzustellen, wie auf keinen Fall zu viel Gewinn ausgewiesen werde, da sich das Problem offenbar theoretisch nicht grundsätzlich, sondern nur praktisch approximativ lösen lasse. Irgendwelche Grundsätze der kaufmännischen Bewertungsvorsicht braucht man aber in der Frage der Dispositionserfolge nicht zu strapazieren. Es kommt auf die Behandlung der Geldwerte an.

Man vergegenwärtige sich noch einmal das Wesen des Dispositionserfolges: worin ist er zu sehen? Eine entscheidende Rolle spielt der Ersatzwert. Zu berücksichtigen sind ferner die "Stationen" tatsächlicher Anschaffungswert und der Wiederbeschaffungswert am Umsatztage. Die traditionelle Anschaffungswertrechnung weist jede Differenz zwischen Ausgabenwert und Ersatzwert als echten Erfolg aus, weil sie ein abgesetztes Erzeugnis auch am Umsatztage zum Anschaffungswert bewertet. Erfolgt die Ersatzbeschaffung zu einem höheren Wert als dem ursprünglichen Anschaffungswert, ergibt sich ein substanzieller Verlust.

1) Wyder, E., a.a.O., S.61, 87, 88

2) Hax, K.: Das Problem der Substanzerhaltung beim Vorratsvermögen, ZfhF 1955, S.545

ders.: Ein Verfahren zur Erfassung und Neutralisierung von Geldwertänderungen, Wp 1952, S.295

3) Kalveran, W., Goldmark, S.59

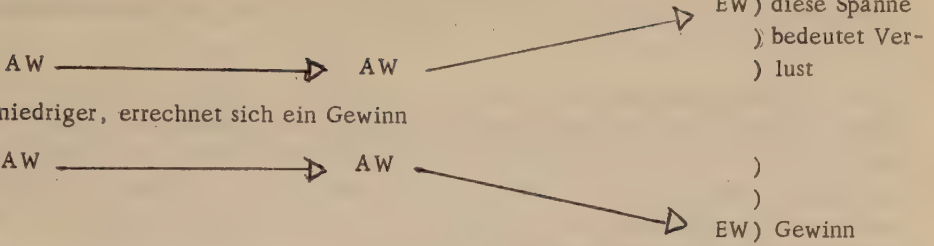
ders., Buchhaltung, S.41

4) Mahlberg, W., Tageswertbilanz, S.12, 16

5) Rieger, W., Tageswertbilanz, S.151

6) Horn, H., a.a.O., S.98 ff.

ist er niedriger, errechnet sich ein Gewinn

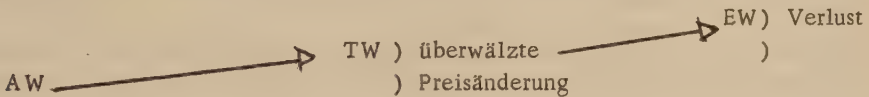


und kann die Ersatzbeschaffung zum selben Preise vorgenommen werden, wie bei der ersten Beschaffung,

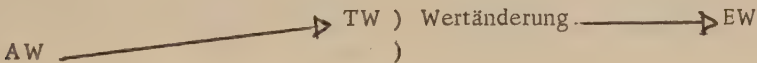


so war die Disposition erfolgsneutral.

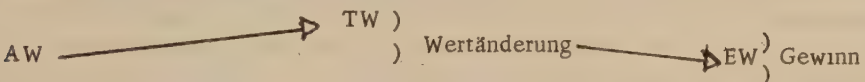
Anderes liegt der Fall im Rahmen der Tageswertrechnung. Hier geht man davon aus, daß am Umsatztag mit dem Tageswert zu kalkulieren ist und eine Differenz zwischen Anschaffungswert und Tageswert reine Wertänderung ist. Auch wenn am Umsatztag mit dem Tageswert kalkuliert wird, ist der Betrieb substanziell gesehen noch nicht voll gesichert; dazu bedarf es noch entsprechender Dispositionen. Der Wiederbeschaffungspreis kann sich bis zum Tage des tatsächlichen Ersatzes geändert haben. Ist er gestiegen, liegt ein Verlust vor, aber dieser ist nicht so groß wie im Falle der Anschaffungswertrechnung, da ein Teil der Preissteigerung bereits auf den Absatzmarkt überwältzt wurde — ob die tageswertig kalkulierten Kosten am Märkte durchgesetzt werden können, spielt keine Rolle; ist dies nicht möglich, errechnet sich ein entsprechender Umsatzverlust. Das ergibt folgendes Bild:



Kann zum Preise des Umsatztages ersetzt werden, ergibt sich naturgemäß keinerlei Dispositionserfolg,



während es bei der Anschaffungswertrechnung hier zu einem substanziellen Verlust käme, wenn sich der Betrieb infolge seiner anschaffungswertigen Kalkulation nur den Anschaffungswert ersetzen ließe, bzw. zu einem Scheingewinn, wenn der Betrieb trotz anschaffungswertiger Kalkulation tageswertige Preise bezahlt erhält oder zwar tageswertig kalkuliert, aber den Aufwand anschaffungswertig berechnet. Sinken die Preise nach dem Umsatztag wieder auf ihr ursprüngliches Niveau zurück.



so errechnet die Tageswertrechnung einen Dispositionsgewinn.

Der Betrieb kann zwar zum ursprünglichen Anschaffungswert wiederbeschaffen, hat aber dennoch einen echten Gewinn gegenüber der Anschaffungswertrechnung aufzuweisen, da er ja tageswertig verkauft hat.

Welche Bedeutung hat nun der Gedanke des tatsächlichen Ersatzwertes für die Tageswertrechnung? Führt man die Tageswertrechnung des Walbschen Beispiels in diesem Sinne korrekt durch (siehe unten), so kommt man zum gleichen Ergebnis wie die Rechnung mit gebundenen Beständen. Dies Ergebnis liegt auch ganz im Sinne Schmidts. Schmidt spricht zwar nirgends davon, daß man die vorgenommene Buchung als Wertänderung gemäß der tatsächlichen Ersatzbeschaffung wieder aufzulösen

Waren		WÄ	Disp. Erfolg(DE)	Erlöse	
AB	100	1.V. (TW)120		1.V. 120	1.Er- 140
WÄ	20		20		lös
(EW	110)	(Alter TW 120)			
(DE	10)	10	10		
1.E	110	2.V 115		2.V 115	2.Er- 125
WÄ	5		5		lös
(EW	105)	(Alter TW 115)			
(DE	10)	10	10		
2.E	105				
	105		5		30
	====		==		==

Schlußbilanz			
Kasse	50	Eigenkapital	100
Waren	105	WÄ	5
		Gewinn	30
		DE	+ 20 50

Bemerkung:

die in Klammern () gesetzten Zahlen stellen keine Buchungsvorgänge dar, sondern nur die Berechnung des Dispositionserfolges (DE), der dann als solcher verbucht wird (WÄ an G & V).

hätte, aber man erinnere sich, daß Schmidt den Dispositionserfolg durch eine Berechnung der Wertsteigerung am Kassenbestand zu erfassen beabsichtigte, und das ist gleichbedeutend mit einer Ersatzwertrechnung. Die Gegenüberstellung von Tageswert am Umsatztag und Ersatzwert stellt ja nichts anderes dar, als eine Berechnung der Geldwertänderung der Erlöse. So wie Walb und einige andere Autoren sich die Tageswertrechnung vorstellen, ist sie falsch. Der Einwand, Schmidt würde die Dispositionserfolge nicht berücksichtigen, ist grundsätzlich nicht berechtigt, da sich die Kritik an einer Tageswertrechnung ausrichtet, wie sie gar nicht sein soll. Dieser Einwand ist nur zufälligerweise insofern berechtigt, als Schmidt zur Berechnung der Dispositionserfolge (an den Geldwerten) den Generalindex verwenden möchte, der aber die aus den Sachwertschwankungen herauszuholenden Einkaufsgewinne nicht erfaßt. Es erscheint sehr unwahrscheinlich, daß die genannten Kritiker

diesen Sachverhalt erfaßt haben, sonst könnten sie nicht behaupten, der Fehler läge im System; es ist aber nur das falsche Umrechnungsmaß, das Schmidt "auf die schiefe Bahn" bringt — und das wird nirgends erwähnt.

Es wurde festgestellt, daß eine korrekt durchgeführte Tageswertrechnung nichts anderes als Schmalenbachs Rechnung mit gebundenen Beständen darstellt. Diese Tatsache ist von allergrößter Bedeutung. Man wird nämlich gegen die oben dargestellte Tageswertrechnung mit Recht einwenden, daß es völlig unmöglich ist, in der Praxis jeweils Anschaffungswert, Tageswert am Umsatztag und Ersatzwert jedes einzelnen Umsatzes gegeneinander abzugrenzen. Diese umständliche Abrechnung ist aber gar nicht erforderlich, da die Bewertung mit gebundenen Beständen gewissermaßen die Quintessenz einer derartigen Tageswertrechnung ist.

Die Rechnung mit gebundenen Beständen arbeitet mit Anschaffungswerten. Dieser Umstand hat in Verbindung mit der Tatsache, daß die gebundene Bestands-Rechnung nichts anderes als eine korrekte Tageswertrechnung darstellt, noch eine weitere sehr bedeutsame Tatsache im Gefolge, nämlich die, daß bei organischer Einstellung die B u c h h a l t u n g m i t A n s c h a f f u n g s w e r t e n geführt werden kann, ja geführt werden muß, soll die Rechnung richtig werden. Es ist ein ausgesprochener Irrweg, wenn Horn¹⁾ im Rahmen einer Lagerbuchhaltung vorschlägt, Wertänderungen monatlich oder bei Neuzugängen herauszurechnen, und zwar weil er — was der springende Punkt ist — eine entsprechende Berechnung der Erfolge an den Geldwerten vergißt. Eine ähnlich irrige Vorstellung von der Tageswertrechnung haben beispielsweise auch Hax²⁾ und Sykora³⁾. Es scheint einiges dafür zu sprechen, daß dies überhaupt⁴⁾ die herrschende Meinung ist, wenn man die Einwendungen besieht, die von der Literatur⁴⁾ bezüglich der Schwierigkeit einer Durchführung der Tageswertrechnung vorgebracht werden. Eine richtige organische Rechnung verbietet aber geradezu diesen Weg.

Es wurde oben die Meinung vertreten, daß die Tageswertrechnung sich von der anerkannten Generalindexrechnung nur durch das spezielle Umrechnungsmaß unterscheidet. Auch das wird hier ganz deutlich. Für die Erfolgsrechnung ist es unerheblich, wie sich im einzelnen die Preisveränderungen während des Jahres gestaltet haben — wichtig für die Neutralisation von Scheinerfolgen ist nur die Änderung des Preisniveaus zwischen den beiden Bilanzstichtagen. Das ist auch der Grundgedanke der Indexrechnung: Sie korrigiert die Werte der Anfangsbilanz um die Veränderung des Wertniveaus (bei retrograder Methode, d.h. "Goldmarkbilanz", werden die Bestände der Schlußbilanz auf das Wertniveau zu Beginn des Jahres umgerechnet). Man besehe sich nur die gebundene Bestands-Rechnung, mit der die gleiche Wirkung erzielt wird wie mit einer richtigen Tageswertrechnung: Hier wird die Buchhaltung anschaffungswertig geführt und nur am Jahresende die Veränderung des Wertniveaus festgestellt. Schmalenbach geht nach der retrograden Methode vor und setzt die dem Vorjahresbestand entsprechende Warenmenge zum Vorjahreswert an; die Wertberichtigung erscheint hier als stille Rücklage.

1) Horn, H., a.a.O., S.76

2) Hax, K., Substanzerhaltung, S.544

3) Sykora, G., a.a.O., S.268

4) vgl. Abschnitt 6

Schmidt dagegen setzt den Vorjahresbestand zum tatsächlichen diesjährigen Wert an, was der progressiven Indexmethode gleichkommt, und gelangt zu einer offenen Wertberichtigung. Gebundene Bestandsrechnung und Tageswertbilanz stellen eine Parallele zur Generalindexrechnung dar, lediglich mit dem Unterschied, daß zur Umrechnung der Bestände der Anfangsbilanz nicht ein betriebsfremder Geldwertindex verwandt wird, sondern die Bestände anhand der tatsächlich vorliegenden Preise im einzelnen umgewertet werden. Der so errechnete Gesamtbetrag der Wertänderungen am Sachvermögen ergibt, ins Verhältnis gesetzt zu den Gesamtsachwerten der Anfangsbilanz einen Index der betriebsindividuellen Preisänderung, mit dem dann die nominellen Geldwerte abgerechnet werden können. Somit kommt man auf relativ einfache Weise im Rahmen der Korrektur der Sachwerte zu dem von Schmidt für so schwierig gehaltenen speziellen Geldwertindex.

Noch ein Literaturhinweis: Schmidt¹⁾ ist der Meinung, die Tageswertrechnung müsse sich bezüglich der Durchführung an die Indexmethode anschließen, sie dürfe nur nicht ein falsches Wertmaß, den Generalindex verwenden, und die Buchhaltung sei, wie bisher auch, mit Anschaffungswerten zu führen! Es ist allerdings zu beachten, daß diese Feststellung nur für die Sollseite des Warenkontos bzw. der Sachkonten von Bedeutung ist. Die Habenseite wurde in Walbs Beispiel sogar mit Veräußerungspreisen geführt (gemischtes Warenkonto). An der Scheinerfolgskorrektur ändert sich jedoch nichts, wenn eine Trennung in Bestands- und Erlöskonten erfolgt und die Güterabgänge im Haben der Bestandskonten mit Tageswerten oder irgendwelchen im Wege der Wertskontraktion errechneten Anschaffungswerten (Durchschnitte, gewogene Durchschnitte, Lifo-, Fifo-Preise) ausgebucht werden, wozu nachfolgende Variationen des Walbschen Beispiels als Beweis dienen sollen:

Fall 1: gemischtes Warenkonto nach Walb (Veräußerungspreise)

AB	100	1.V.	140
1.E.	110	2.V.	125
2.E.	105		
		SB	100
G	(50)		
	365		365
	====		====

Fall 2: Durchschnittliche Anschaffungswerte

Wareneingang		G & V		Warenausgang	
AB	100			105	140
1.E.	110			105	125
2.E.	105				
			55	(55)	
	SB				
	100				
	V	5			
	(5)				
	315		50	265	265
	====		====	====	====

1) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.246, 302

Fall 3: Lifo-Anschaffungswerte

Wareneingang				G & V		Warenausgang	
AB	100	1.V.	110			110	140
1.E.	110	2.V.	105			105	125
2.E.	105						
		SB	100		50	(50)	
	315		315		50	265	265
	====		====		==	=====	=====

Fall 4: Fifo-Anschaffungswerte

Wareneingang				G & V		Warenausgang	
AB	100	1.V.	100			100	140
1.E.	110	2.V.	110			110	125
2.E.	105						
		SB	100		55	(55)	
		V	(5)	5			
	315		315		50	265	265
	====		====		==	=====	=====

Fall 5: Tageswerte

Wareneingang				G & V		Warenausgang	
AB	100	1.V.	120			120	140
1.E.	110	2.V.	115			115	125
2.E.	105						
		SB	100		30	(30)	
G	(20)				20		
	335		335		50	265	265
	=====		=====		==	=====	=====

Als Ergebnis ist festzuhalten, daß in jedem Fall die erstrebte Neutralisierung des Scheingewinns erfolgt, lediglich erscheint der echte Gewinn jeweils auf anderen Konten. Darauf läßt sich des weiteren der Schluß ziehen, daß die Erfassung des Güterverbrauchs¹⁾ mit den Werten durchgeführt werden kann, die im Einzelfall die geringere Rechenarbeit erfordern. Bei einer Verwendung von Tageswerten ergibt sich jedoch der Vorteil, daß auf dem Wareneingangskonto der Einkaufsgewinn, d.h. der Dispositionserfolg im Beschaffungsmarkt ausgewiesen wird (Ersatzbeschaffungsproblem; vgl. hierzu die Darstellungen auf den Seiten 155, 158; der Dispositionserfolg im Beschaffungsmarkt wurde hier mit 20 nachgewiesen!), während auf dem Warenausgangskonto der Verkaufserfolg erscheint. Allerdings ist diese Trennung nicht notwendigerweise mit einer Scheinerfolgskorrektur verknüpft. Man kann

1) Nicht jedoch die Berechnung des gebundenen Bestands bei Bestandsveränderungen; diese sind mit dem Tageswert am Bilanzstichtag zu bewerten (siehe folgende Abschnitte).

auch bei nominaler Einstellung den Tageswert als Verrechnungspreis zwischen Wareneingangs- und Warenausgangskonto verwenden, nur erscheinen demzufolge auf dem Wareneingangskonto die Beträge, die an sich lediglich Wertänderungen darstellen, ebenfalls als Einkaufserfolge.

2. Tageswertrechnung, gebundener Bestand und Wertänderungen

Nachdem festgestellt wurde, daß die gebundene Bestandsrechnung eine korrekte und relativ einfache Tageswertrechnung bzw. Scheingewinnkorrektur darstellt, besteht einiges Interesse daran, Einwände, die die Literatur gegen die Rechnung mit gebundenen Beständen geltend macht, auf ihre Stichhaltigkeit hin zu überprüfen. Im Grunde genommen ist das überflüssig, da ja die gebundene Bestandsrechnung in ihrer Wirkung eine Indexrechnung darstellt und jeder Einwand gegen jene auch gegenüber dieser stichhaltig sein müßte. Das ist aber nicht der Fall, und gegen die Indexrechnung werden entsprechende Einwände auch nicht erhoben. Da aber die Zusammenhänge in der Regel nicht erkannt werden und entsprechende Fehlmeinungen in der Literatur eben vorhanden sind, mag immerhin darauf eingegangen werden.

Einwände gegen die Rechnung mit gebundenen Beständen gehen z.T. davon aus, daß anhand von Bestandsveränderungen die Stichhaltigkeit dieser Methode geprüft wird. Erwägungen in dieser Richtung macht Heinrich Horn¹⁾. Er geht von folgendem Beispiel aus, dem die Annahme zugrunde liegt, daß die Preise pro Einheit von 1,00 auf 1,20, 1,50, 1,80 gestiegen und am Jahresende auf 1,50 zurückgefallen sind:

Schmalenbach

	Einheit	Wert		Einheit	Wert
1.1. Bestand	100	100	31.3. 1.Verkauf	100	160
31.3. 1.Einkauf	100	120	30.6. 2.Verkauf	100	200
30.6. 2.Einkauf	100	150	30.9. 3.Verkauf	100	240
30.9. 3.Einkauf	100	180	31.12. Bestand:		
Gewinn		(150)	Anfangsbest.	100	100
			Mehrbestand	-	
		<u>700</u>			<u>700</u>
		=====			=====

Schmidt

	Einheit	Wert		Einheit	Wert
1.1. Bestand	100	100	31.3. 1.Verkauf	100	160
31.3. WÄ		20	30.6. 2.Verkauf	100	200
31.3. 1.Einkauf	100	120	30.9. 3.Verkauf	100	240
30.6. WÄ		30	31.12. Bestand	100	150
30.6. 2.Einkauf	100	150	31.12. WÄ		30
30.9. WÄ		30			
30.9. 3.Einkauf	100	180			
Gewinn		(150)			
		<u>780</u>			<u>780</u>
		=====			=====

1) Horn, H., a.a.O., S.161

Horn kann anhand dieses Beispiels feststellen, daß, soweit keine Bestandsveränderungen stattfinden, die Rechnung mit gebundenen Beständen nach Schmalenbach und die Tageswertrechnung Schmidts zu dem gleichen Ergebnis kommen. Wichtig ist hierbei, daß im Gegensatz zu dem Beispiel, das Walb bringt, die Preisänderungen jedesmal dann erfolgen, wenn gerade das Kapital in der Sachform und nicht in ~~Gold~~ angelegt ist. Deshalb handelt es sich hier um reine Wertänderungen, während es sich im Beispiel Walbs vorwiegend um das Problem der Dispositionsgewinne handelte. Nur unter der Annahme, daß es sich um reine Wertänderungen handelt, ist eine Gleichheit von Tageswertrechnung und der Rechnung mit gebundenen Beständen im obigen Fall überhaupt vorhanden. Es ist bekannt: Schmidt berücksichtigt zumindest grundsätzlich die Dispositionserfolge sehr wohl, weil er entsprechend eine Wertänderung bzw. echten Erfolg am Kassenbestand herausrechnet. Diese Tatsache kommt aber im Beispiel Horns nicht zum Ausdruck, was sich jedoch in die Darstellung ganz vorteilhaft einfügt, denn so kann möglichen Differenzen zwischen Tageswertrechnung und der Rechnung mit gebundenen Beständen bezüglich einer Bestandsveränderung, hier abstrahiert von Dispositionserfolgen, nachgespürt werden. Zum Beispiel Horns soll noch eine kleine Nebenrechnung eingeführt, d.h. die Entwicklung des Kassenbestands betrachtet werden. Es ergeben sich die folgenden Buchungsfälle:

Kasse		
160	120	Es ergibt sich ein Kassenendbestand von 150, der den Gewinn der Periode darstellt, da der Kassenanfangsbestand Null war und sich der Warenbestand substanziell nicht verändert hat.
200	150	
240	180	
	(150)	
600	600	
===	===	

Um die unterschiedliche Wirkung einer Bestandsveränderung zwischen der Tageswertrechnung Schmidts und der Rechnung mit gebundenen Beständen nach Schmalenbach zu demonstrieren, wählt Horn¹⁾ folgendes Beispiel:

Schmalenbach						Schmidt				Kasse	
E		W	E		W	W		W	160	120	
AB	100	100	1.V	100	160	AB	100	160	200	150	
1.E	100	120	2.V	100	200	WÄ	20	200	240	216	
2.E	100	150	3.V	100	240		120	240		(114)	
3.E	120	216	gB			WÄ	30	SB 180	600	600	
G		(144)	AB	100	100		150	WÄ 36	===	===	
			Me	20	30	WÄ	30				
		<u>730</u>			<u>730</u>		216				
		====			====	G	(150)				
							816	816			
							===	===			

1) Horn, H., a.a.O., S.162

Hier rechnet Horn also einen Unterschied zwischen Schmalenbach und Schmidt heraus. Im folgenden widmet sich Horn¹⁾ dann einer längeren Untersuchung, welcher der beiden Gewinne nun eigentlich der richtige sei. Er kommt zu der Feststellung: derjenige Schmidts. Hier würde den Leser vielleicht die zweite Schlußfolgerung interessieren, daß dann nämlich der Schmalenbachsche Gewinnbegriff falsch sein muß, ferner die Gründe, warum dieser unrichtig ist. Diese Untersuchung unterbleibt. Dabei wäre sie dringend erforderlich, weil nämlich Horn²⁾ eingangs die Feststellung macht, daß Schmalenbach auch nicht realisierte Preisänderungen als Erfolge abrechne, daß er den Preisrückgang von 1,80 auf 1,50 also um 0,30, auf den Mehrbestand von 20 Einheiten projiziere und so zu einem um 6 (20x0,30) geringeren Gewinn von 144 gegenüber Schmidt (150) kommt, der – in der Darstellung Horns! – diesen, den Mehrbestand von 20 Einheiten betreffenden Preisfall nur als erfolgsneutrale Wertänderung behandelt. Man überschlage kurz die Situation: der Kassenendbestand beträgt im vorstehenden Beispiel 114; da der Anfangsbestand Null war und sich der Warenbestand substanziell nicht verringert hat – im Gegenteil –, muß der Endbestand reiner Gewinn sein. Hinzu kommt noch eine substanzielle Erhöhung des Warenbestands um 20 Einheiten, die mit ihrem Tageswert (1,50) am Bilanzstichtag zu bewerten sind und einen Gewinn von 30 bedeuten. Der substanzielle Gesamtgewinn beträgt also 144. Das heißt aber, daß der Schmidtsche Gewinn – so wie sich Horn die Tageswertrechnung vorstellt! – falsch sein muß. Des weiteren spricht nach folgender Umstand für die Richtigkeit der gebundenen Bestandsrechnung: Um zu dem für die Berechnung der Erfolge an den Geldwerten benötigten Spezialindex zu kommen, muß man dem gebundenen Bestandwert den Tageswert gegenüberstellen und die sich hieraus ergebende Wertänderung auf den Anfangsbestand beziehen (siehe Beispiel). Bei der gebundenen Bestandsrechnung ergibt sich eine Wertänderung von 50 bzw. auf den Anfangsbestand von 100 bezogen ein Preisindex von 150 %, der genau der im Abrechnungszeitraum maßgeblichen Preisveränderung von

Schmalenbach			Schmidt			WÄ	G & V
AB	100	1.V. 160	AB	100	1.V. 160		
1.E.	120	2.V. 200	WÄ	20	2.V. 200	20	
2.E.	150	3.V. 240	1.E.	120	3.V. 240		
3.E.	216		WÄ	30		30	
		AB 100	2.E.	150			
G	(144)	Me 30	WÄ	30		30	
gB	130	TW 180	3.E.	216	TW 180		
WÄ	50				WÄ 36	36	
TW	180		G	(150)			150
	====		TW	180		44	150
				=====		=====	=====

1,00 auf 1,50 entspricht, während die Hornsche Tageswertrechnung nur einen Index von 44 % ausweisen würde. Analysiert man diese Differenz, so ist festzustellen, daß die Hornsche Tageswertrechnung irgendwie 6 Werteinheiten als (aktive) Wertänderung deklariert haben muß, obwohl sie tatsächlich Verlust darstellen. Wie dies zustande kommt, wird später dargestellt, denn zunächst muß noch kurz auf die gebundene Bestandsrechnung Schmalenbachs als solche eingegangen werden.

1) Horn, H., a.a.O., S.162 ff.

2) ders. a.a.O., S.158, 164

Horn setzt in dem vorliegenden Beispiel bezüglich der Bestandsveränderungen den Tagesbeschaffungswert am Bilanzstichtag in die gebundene Bestandsrechnung ein. Das ist insofern richtig, als Schmalenbach¹⁾ tatsächlich schreibt, der Mehrbestand sei zum "Zeitwert am Ende der Periode" zu bewerten. Aber Horn hat den Vorsatz nicht beachtet; dort heißt es: "Und wenn man unter diesen Umständen den letzten Anschaffungswert nehmen sollte, verschlägt es nichts, wenn man grundsätzlich den nahe dabei (!) liegenden Zeitwert am Ende der Periode nimmt." Es dürften hier besonders die Worte "nahe dabei liegenden Zeitwert" interessieren im Zusammenhang damit, daß "man unter diesen Umständen den letzten Anschaffungswert nehmen sollte". Schmalenbach will grundsätzlich den letzten Anschaffungswert in seine gebundene Bestandsrechnung einsetzen. Dann würde sich aber der gebundene Bestand errechnen als Anfangsbestand 100 + Zugang $(20 \times 1,80 =) 36 = 136$, was folgende gebundene Bestandsrechnung ergeben würde:

AB	100		160
	120		200
	150		240
	216		
G	(150)	gB	136
	<u>736</u>		<u>736</u>

Wie man sieht, ergibt sich so der gleiche Gewinn wie nach der Hornschen Tageswertrechnung, auch bei einer Bestandsabweichung. Wie aber oben dargestellt wurde, ist gerade der Gewinn von 150 sachlich unrichtig. Es muß also festgestellt werden, daß Schmalenbach seine gebundene Bestandsrechnung falsch macht, wenn er grundsätzlich zum letzten Anschaffungswert der Periode bewerten will, auch wenn

dies bei seiner nominalistischen Einstellung insofern bedeutungslos ist, als infolge einer entsprechenden Unterbewertung kein Verstoß gegen das Prinzip der Vorsicht vorliegt. Warum Schmalenbach aber doch zum Zeitwert am Ende der Periode bewertet, hat einen anderen Grund: ein Verzicht auf Genauigkeit um die Rechnung einfacher zu gestalten; man soll nicht erst lange danach suchen, was nun der letzte Anschaffungswert war, sondern einfach den "Zeitwert" am Bilanzstichtag nehmen, wenn die letzte Nachbeschaffung nahe am Ende der Periode gelegen ist, weil dann die Abweichungen zwischen tatsächlichem letztem Anschaffungswert und dem Tageswert am Bilanzstichtag so gering sind, daß sich eine größere Genauigkeit durch das Suchen nach dem letzten Ausgabenwert nicht lohnt. Horn verstößt gegen den Grundsatz: "nahe bei", in seinem Beispiel offensichtlich; die letzte Nachbeschaffung erfolgte am 30.9.; daß dieser Termin "nahe beim" Jahresabschluß liegt, kann man beim besten Willen nicht behaupten. Infolgedessen ist auch eine erhebliche Preisänderung möglich, die es nach Schmalenbach wohl nicht mehr rechtfertigen würde, den Mehrbestand von 20 mit dem Tageswert am Bilanzstichtag zu bewerten. Aber gerade dadurch, daß Horn diesen Umstand nicht beachtet, wird Schmalenbachs gebundene Bestandsrechnung erst richtig. Was also die gebundene Bestandsrechnung betrifft, muß festgestellt werden: Die gebundene Bestandsrechnung unter Verwendung des "Zeitwerts am Bilanzstichtag" ist nicht nur einfacher – dieser Punkt wird vor allem noch bezüglich der "Schwierigkeiten" interessieren, die die Literatur bezüglich der Ermittlung des Tageswerts geltend machen zu müssen glaubt! – sondern **a l l e i n r i c h t i g**. Bei den Anlagen steht ohnehin kein anderer Korrekturwert zur Verfügung.

Es sei nun an die Untersuchung herangegangen, wie es dazu kommt, daß die Hornsche

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.183

Tageswertrechnung fälschlicherweise echte Erfolge als Wertänderung ausweist. Horn hatte in seinem Beispiel angenommen, die Bestandsänderung sei durch die letzte Beschaffung erfolgt. Zur besseren Darstellung sei einmal das Gegenteil angenommen: sie sei mit dem ersten Einkauf verknüpft gewesen; ferner sei auch vom Fall der Preise von 1,80 auf 1,50 abstrahiert. Dann lauten die Beispiele folgendermaßen:

Schmalenbach			
AB	100	100	1.V. 100 160
1.E.	120	144	2.V. 120 240
2.E.	120	180	3.V. 120 288
3.E.	120	216	
G			gB 120 136
150 + 34 = (184)			
<u>824</u>		<u>824</u>	

Schmidt			
AB	100		160
WÄ	20		240
	144		288
WÄ	36		
	180		
WÄ	36		
	216		
G		TW	216
150 + 22 = (172)			
<u>904</u>		<u>904</u>	

Ganz offensichtlich ergibt sich hier ein unterschiedlicher Gewinn. Dies ist dadurch bedingt, daß nach Schmalenbach die Bestandsänderung von 20 zum letzten Anschaffungswert (= Tageswert) von 1,60 zu bewerten ist, obwohl sie tatsächlich zu 1,20 (1. Einkauf) erfolgte. Dadurch erscheint eine Preisänderung von $20 \times 0,60 = 12$ als Gewinn, während Schmidt, so wie Horn hier meint, diese als Wertänderungen erfolgsneutral behandelt. Dieser Unterschied ist ferner daraus zu ersehen, daß die Wertänderungen bezüglich des 2. und 3. Verkaufes jeweils um 6 höher sind (36 statt 30) als im ersten Beispiel; die durch die Bestandsmehrung bereits im Zuge des ersten Einkaufs erzielten Mehrerlöse von 16 und 18 werden jeweils in eine Wertänderung von 6 und in Gewinne von 10 und 12 gespalten, so daß sich der nach Schmidt ausgewiesene Gewinn um 22, d.h. von 150 auf 172 erhöht. Schmalenbach hingegen weist die Preisänderungen am Mehrbestand als echten Erfolg aus. Eine Neutralisierung dieser Preisänderungen wäre in der gebundenen Bestandsrechnung dadurch zu erreichen, daß der Mehrbestand mit seinem tatsächlichen Anschaffungswert, nämlich 1,20, bewertet würde; dann würde sich der gebundene Bestand errechnen als $100 + 20 \times 1,20 = 124$. Dieser Wert wäre gegenüber dem Wert nach Schmalenbach von 136 um jene 12 Einheiten Preisänderung niedriger, so daß sich ebenfalls ein Gewinn vom 172 ergäbe (statt 184):

AB	100		160
	144		240
	180		288
	216		
G	(150	AB	100
	+ 22)	Me	24
	<u>824</u>		<u>824</u>

An dieser Möglichkeit der gebundenen Bestandsrechnung mißfällt zweierlei: einmal die technische Frage, wie dieser Anschaffungswert der tatsächlichen Bestandszunahme erfaßt werden kann und zum zweiten, daß hier vom Grundsatz abgerückt werden müßte, die Bestandsmehrung nach dem letzten Anschaffungswert zu bewerten, was die traute Einigkeit von gebundener Bestandsrechnung und Tageswertrechnung auch im Fall der Dispositionserfolge Walbsches Beispiel)

stören muß. Es interessiert hier naturgemäß die letztere Frage in erster Linie, denn sie ist grundsätzlicher Natur. Sie lösen, heißt die technische Frage gegenstandslos machen.

Zur grundsätzlichen Frage fällt auf, daß der Kassenbestand 148 beträgt. Da der Kassenbestand zu Beginn Null war, muß dieser Endbestand reiner Gewinn sein. Ferner hat sich

Kasse	
160	144
240	180
288	216
	(148)
688	688

Lagerbestand erhöht und zwar um $20 \times 1,80 = 36$. Diese Lagerbestands-
mehring ist ebenfalls als Gewinn anzusehen. Es ergibt sich also ein Ge-
samtgewinn von $148 + 36 = 184$ — und nicht von 172, wie die Horn-
sche Rechnung ausweist. Wenn aber tatsächlich ein echter Substanzge-
winn von 184 über den zu Beginn vorhandenen Warenbestand hinaus vor-
handen ist, dann muß die Schmidtsche Tageswertrechnung falsch
sein; sie hat irgendwie 12 Einheiten als Wertänderungen deklariert, ob-
wohl sie tatsächlich Gewinn darstellen.

Wie ist das möglich? Der Tagesbeschaffungswert der Ware beim zweiten Verkauf war 180, ihr nomineller Anschaffungswert 144 — klarer Fall: Wertänderung 36. Ebenso betrug die Wertänderung beim dritten Verkauf 36; also war der Betrag der Wertänderung jeweils um 6 höher als im Falle keinerlei Bestandsänderungen. Die Wertänderung von insgesamt 12 ist auf die Wertänderung am Mehrbestand zu beziehen — und hier fällt nun die entscheidende Frage: Der Mehrbestand war ja aus dem Umsatzgewinn finanziert worden, darf denn auch eine Wertänderung am Gewinn verrechnet werden? Diese Frage ist zu verneinen! Abgesehen davon, daß der Gewinn, wie oben gezeigt wurde, faktisch 184 und nicht 172 ist, daß dieses Mehr also ein reines substanzielles Mehr war, spricht hierfür auch noch folgender Umstand: Angenommen, es wäre keine Bestandsmehring erfolgt, so hätte sich durch die jeweiligen Preiserhöhungen der aus den Umsatzgewinnen resultierende Kassenbestand um $20 \times 0,60 = 12$ mehr entwertet, als er ohnehin schon entwertet wurde. Bezüglich des so-
gleich in Waren investierten Betrags von $20 \times 1,20 = 24$ wurde also der Gewinn substan-
ziell erhalten, da er in Waren angelegt, die Preissteigerung von 1,20 auf 1,80, also von 24 auf 36 ($= 20 \times 1,80$), mitmachte, d.h. eine Entwertung um $20 \times 0,60 = 12$ vermieden wurde. Diese Werterhaltung des Gewinns muß sich in seiner nominellen Erhöhung um 12 niederschlagen. Man erinnere sich an den Vorgang der Indexrechnung: hier wird im Falle einer Preiserhöhung der nominelle Kassenbestand um den Betrag erhöht, um den er sich hätte erhöhen sollen, wenn er die Preissteigerung mitgemacht hätte; Buchung: "Kasse an Wertänderung". Da sich der Bestand wegen seiner nominellen Bindung nicht erhöhen kann, wird die Differenz zum Sollbestand als Verlust ausgebucht (Gewinn- und Verlust an Kasse). Im vorliegenden Fall war nun der erste Gewinn z.T. wertneutral angelegt worden, er machte die Preissteigerung in Höhe von 12 tatsächlich mit, so daß die Soll-
lücke um 12 zu verringern ist, was sich als reiner Gewinn auswirken muß.

Es bedarf hier noch einer Ergänzung. Es wurde angenommen, daß die Soll-Wertänderung des Kassenbestands verbucht würde als: Kasse an Wertänderung, d.h. Eigenkapital. Diese Buchung ist nun in diesem Falle nicht möglich. Denn der Kassenbestand von 150 war ja rechnungstechnisch nicht Anfangskapital, sondern Gewinn. Es handelt sich um eine "Wertänderung" am Gewinn; diese muß dem Gewinn belastet werden, d.h. dem Gewinn- und Verlustkonto — und so hebt sich die Verbuchung einer Wertänderung am Gewinn auf. Am Gewinn gibt es also keine Wertänderung. Angenommen, der Gewinn von 150 sei bereits am 1.1. gemacht worden und bis zum 31.12. seien keine Umsätze mehr erfolgt, dann betrüge der Gewinn nach wie vor nominell 150. Daß man bei einer Preissteigerung am 31.12. damit weniger anfangen kann, ist eine andere Frage — aber man kann jeden-
falls keinen Verlust am Gewinn herausrechnen. Ist, wie im vorliegenden Fall, ein Teil

des Gewinnes in Waren angelegt worden, so hat hier der Gewinn z.T. eine Werterhaltung durchgemacht, die sich in seiner nominellen Erhöhung um 12 niederschlägt bzw. die Sollücke um 12 vermindert. Die Wertänderung eines in einer Ware investierten Gewinnes ist echter Erfolg.

Als letzter Beweis in dieser Sache sei noch die Indexrechnung üblicher Art dafür angezogen, daß am Gewinn kein Erfolg herausgerechnet werden darf. Im vorliegenden Fall wäre die Wertänderung 80 %, da eine Preissteigerung von 1,00 auf 1,80 erfolgte, wenn man vom letzten Preisfall auf 1,50 absieht. Eine Indexrechnung müßte also folgendermaßen aussehen:

Waren		Kasse		WÄ	G&V	EK					
AB	100	SB	216	AB	0	SB	148				100
WÄ = 80%		WÄ 80% =		0							
auf AB =		auf AB		80							
G	36								36		
		G	148						148		
<u>216</u>		<u>148</u>		<u>80</u>				<u>184</u>			<u>100</u>

Auch die Indexrechnung ermittelt hier korrekterweise einen Gewinn von 184. Der von der im Sinne Horns durchgeführten Tageswertrechnung ermittelte Gewinn von 172 ist also falsch. Das liegt daran, daß Horn — wie auch Walb — der Meinung ist, im Rahmen der Tageswertrechnung müßte jeder einzelne Umsatz berücksichtigt werden. Das ist zwar die landläufige Vorstellung von der Tageswertrechnung, wie man aber sieht, ist sie nicht richtig.

Aus den geschilderten Tatbeständen ergibt sich also — wie in der Frage der Dispositionserfolge — auch bei den reinen Wertänderungen die erquickliche Feststellung, daß einerseits die gebundene Bestandsrechnung gegenüber der laufenden Verbuchung der Wertänderungen sowohl die richtigere als auch die einfachere Rechnung ist, daß also die Buchhaltung bzw. die Sollseite der Sachkonten nach wie vor anschaffungswertig zu führen ist und daß Korrekturen erst am Jahresende vorgenommen werden dürfen. Soweit ist auch die Schmidtsche Tageswertrechnung — bis auf den Fehler des Generalindexes bei Geldwerten — vollkommen in Ordnung. Der Übelstand beginnt erst damit, daß man glaubt, nun auch Wertänderungen während des Jahres aussondern zu müssen, ohne dabei die Geldwerte entsprechend zu beachten. Man versucht, die Tageswertrechnung zu vervollständigen — und macht sie unrichtiger! Glücklicherweise sind aber gerade diese mannigfaltigen Schwierigkeiten bringenden "Verbesserungen" falsch. Die Buchhaltung muß anschaffungswertig bleiben.

Es wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß die gebundene Bestandsrechnung nur eine Teilkorrektur darstelle, daß sie nicht die Entwertung der aktiven und passiven Geldbestände berücksichtige. Dies ist in folgendem Fall von Bedeutung: man wird die Frage stellen, wie die obige Rechnung aussieht, wenn nun die Bestandserhöhung nicht durch einen Umsatzgewinn, sondern durch einen bereits vorhandenen Kassenbestand von 20 finanziert wird. Dann würde sich folgendes Bild ergeben:

Waren		Kasse		WÄ	G&V	EK
AB	100	AB	20			120
	20		20			
	AB 100	WÄ 80%				
	Me	auf AB	16	16		
	$20 \cdot 1,80 = 36$		16		16	
	gB 136					
G	16				16	
	<u>136</u>	-	-	<u>16</u>	-	<u>120</u>

Der gebundene Bestand ist nur eine Teilkorrektur, es muß also gemäß Indexrechnung auch die Entwertung des Kassenbestandes berücksichtigt werden. Der Spezialindex ist hier die Wertänderung von 1,00 auf 1,80 = 80 %; diese Wertänderung muß auch bezüglich des Kassenbestandes in Ansatz kommen. Hier ergibt sich dann ein Verlust von 16. Da aber der Kassenbestand vor der ersten Preissteigerung in Waren investiert wurde, ergibt sich bei diesen ein rechnungsmäßiger Erfolg, der – da er eine Preissteigerung an Waren ist – eigentlich als Wertänderung zu verbuchen wäre; und das ist auch tatsächlich der Fall! Der "Gewinn" am Warenlager bedeutet, daß der Kassenbestand wertbeständig angelegt wurde; der am Kassenbestand herausgerechnete Verlust wird hierdurch rechnerisch wieder ausgeglichen. Es verbleibt tatsächlich nur die Buchung "Warenkonto (WÄ von 120 auf 136 = 16) an Wertänderungskonto". Obige Rechnung zeitigt folgendes, völlig korrektes Ergebnis: ist der Warenmehrbestand aus einem vorhandenen Kassenbestand finanziert worden, der rechnungsmäßig Anfangskapital und nicht Gewinn darstellt, so schlägt sich hier die Werterhaltung des Geldwerts durch Investition in Waren als Wertänderung nieder, während im anderen Fall eine Wertänderung am Gewinn eben nur als Gewinn zu bezeichnen ist. Letzterer Umstand war auch dafür verantwortlich, daß in Horn Ausgangsbeispiel die Tageswertrechnung zu einem um 6 höheren Gewinn kam. Der Mehrbestand von 20 Einheiten war aus dem Umsatzgewinn finanziert, die während der Periode erzielt wurden und deshalb muß die bezüglich des Mehrbestands erfolgte Preisänderung als "Wertänderung" am Gewinn verbucht werden. Da es sich um einen Preisfall von 6 ($20 \times 0,30$) handelte, wirkt sich dies als echter Verlust aus.

Zum Schluß dieses Abschnitts muß noch auf einen Einwand Bezug genommen werden, den Endres¹⁾ gegen die gebundene Bestandsrechnung macht. Es sei daran erinnert, daß – als oben an die Untersuchung des Problems herangegangen wurde, ob der Schmalenbachsche Gewinn von 184 oder jener nach der von Horn falsch gemachten Tageswertrechnung von 172 der richtige wäre – die grundsätzliche Frage behandelt wurde, weil sich damit die technische von selbst erledigte. Endres macht es umgekehrt; er nimmt zur technischen Frage Stellung und benutzt folgendes Beispiel, wobei die von ihm zunächst vorgenommene eiserne Bestandsbewertung (Unterschied zur gebundenen Bestandsbewertung; siehe Abschnitt 3) weggelassen wird:

1) Endres, W.: Der Eiserne Bestand als Mittel zur Vermeidung des Ausweises von Scheingewinnen, ZfhF 1952, S.228 ff.

Warenkonto

AB	6 000 zu 30	180 000	V	3 000 zu 38	114 000
E	2 000 zu 35	70 000		3 000 zu 43	129 000
	4 000 zu 40	160 000		3 000 zu 48	144 000
	1 000 zu 45	45 000		3 000 zu 53	159 000
	1 000 zu 50	50 000	AB		180 000
offene Rücklage		20 000	Mi	4 000 zu 50 ./.	200 000
			gB		
G		(21 000)			0
		<u>546 000</u>			<u>546 000</u>
		=====			=====

In dem von Endres angeführten Beispiel übersteigt die nach der Schmalenbachschen Methode zu berechnende Bestandsminderung den Anfangsbestand, d.h. es ist nicht genügend Ware vorhanden, um die stille Rücklage voll legen zu können. In diesem Fall muß in Höhe von 20 000 eine offene Rücklage gebildet werden, welches Verfahren durch Schmalenbach¹⁾ seine ausdrückliche Bestätigung findet.

Endres macht zu der gebundenen Bestandsrechnung im vorliegenden Fall folgenden Einwand: Wäre der Umsatz, der hier 12 000 Einheiten beträgt, in der Höhe gelegen, in der der Bestand auch tatsächlich wieder aufgefüllt worden ist, also in Höhe von 8 000 Einheiten, so hätte sich bei der gebundenen Bestandsrechnung ein Gewinn von 39 000 ergeben:

Warenkonto

AB	6 000 zu 30	180 000	V	2 000 zu 38	76 000
E	2 000 zu 35	70 000		2 000 zu 43	86 000
	4 000 zu 40	160 000		2 000 zu 48	96 000
	1 000 zu 45	45 000		2 000 zu 53	106 000
	1 000 zu 50	50 000	gB		180 000
G		(39 000)			
		<u>544 000</u>			<u>544 000</u>
		=====			=====

Im vorhergehenden Beispiel sei der Umsatz, meint Endres, um 50 % höher gewesen, nämlich 12 000 Stück statt 8 000. Diesen höheren Umsatz entspräche eine Erhöhung des Gewinns ebenfalls um 50 %, also um $39\,000 : 2 = 19\,500$, da mit derselben Gewinnspanne verkauft worden sei. Statt eines Gewinnes von $39\,000 + 19\,500 = 58\,500$ sei trotz der Umsatzsteigerung der Gewinn um 18 000, nämlich auf 21 000 gesunken, was Endres als völlig ungerechtfertigt erscheint. Endres greift hier zu der erwähnten technischen Maßnahme; er schlägt vor, die Bestandsminderung von 4 000 Einheiten nicht zum letzten Anschaffungswert, sondern zum durchschnittlichen, gewogenen Anschaffungswert der Periode einzusetzen. Dieser beträgt 40,625 (statt 50), so daß sich der gebundene Bestandwert wie folgt errechnet:

1) Schmalenbach, E.: Grundlagen, 3.A., S.181

AB	180 000	Setzt man nun den gebundenen Bestand in Höhe von
Mi 4 000 x 40,625 ./. 162 500	+ 17 500	statt von -20 000 in die Rechnung ein, so
= <u>17 500</u>		ergibt sich ein Jahresgewinn von 21 000 (Schmalen-
		bach) + (17 500 + 20 000 =) 37 500 = 58 500 - also

jener Gewinn, von dem Endres sagt, daß er sich proportional zur Umsatzsteigerung erhöht habe. Der Gewinn von 58 500 ist aber falsch, jener von Schmalenbach in Höhe von 21 000 richtig. Was Endres nämlich völlig übersieht, ist, daß sich der für die Wiederbeschaffung von 4 000 Einheiten vorhandene Kassenbestand infolge der Preissteigerung laufend entwertet. Um den Lagerbestand in Höhe von 6 000 Einheiten bei den derzeitigen Preisen von 50 (statt 30 zu Beginn) wieder herzustellen, benötigt der Betrieb 4 000 x 50 = 200 000 Geld. Gerade deshalb setzt Schmalenbach doch diesen Wert in seine gebundene Bestandsrechnung ein, d.h. vom Vorjahreswert ab, gerade deshalb ist er doch, nachdem er "erst mit dem durchschnittlichen Anschaffungspreise der Periode gearbeitet hatte, zum Anschaffungszeitwert am Ende der Periode" übergegangen¹⁾.

Es wurde oben gesagt, der von Endres errechnete Gewinn sei falsch, weil er die Entwertung des Kassenbestands nicht mitberücksichtige. Diese errechnet sich wie folgt: in der ersten Periode wurden 1 000 Einheiten, für die ein Ersatzbetrag von 35 Erlöst wurde, zu wenig beschafft; am Jahresende müssen zur Nachbeschaffung wegen der Preissteigerung statt 35 000 jetzt 50 000 aufgewendet werden, was eine Entwertung des Kassenbestands um 15 000 bedeutet. Die zweite Periode kann infolge überhöhter Beschaffung 1 000 Einheiten an die dritte weitergeben, so daß diese nur mehr 1 000 Einheiten zu 50 nachzubeschaffen hat, für deren Verkauf sie aber nur 45 Erlöst hatte. Es ergibt sich eine Gesamtentwertung des Kassenbestands von 15 000 + 5 000 = 20 000. Abgezogen vom Gewinn von 58 500 ergäbe das aber nicht den Schmalenbachschen Gewinn von 21 000. Das liegt daran, daß die Annahme von Endres, der Gewinn würde sich um 50 % erhöhen, unrichtig ist. Besieht man sich den Gewinn von 39 000 bei einem Umsatz von 8 000 Einheiten, so setzt sich dieser zusammen aus der Gewinnspanne von 8 000 x 3 = 24 000, zuzüglich eines Spekulationsgewinnes von 15 000, weil in der zweiten Periode 2 000 Einheiten zu 40 angeschafft wurden, die in der dritten und vierten Periode zu 45, bzw. 50 abgesetzt werden konnten. Bei einer Erhöhung des Umsatzes um 50 % erhöht sich nur die Umsatzgewinnspanne entsprechend, nämlich um 12 000, hingegen vermindert sich der Spekulationsgewinn um 10 000, da infolge des auf 3 000 Einheiten pro Periode gestiegenen Umsatzes für die vierte Periode (ergäbe einen Spekulationsgewinn von 10 000) keine Ware mehr zur Verfügung steht. Es ergibt sich somit lediglich ein Mehrertrag von 2 000 bzw. ein Gesamtgewinn von 41 000; hiervon abgezogen 20 000 Entwertung des Kassenbestands, ergibt den von Schmalenbach errechneten Gewinn von 21 000.

Zum Schluß sei noch vermerkt, daß Endres²⁾ eine Scheingewinnkorrektur anhand einer (retrograden Teil-) Indexrechnung vorschlägt (Geldbestände werden nicht berücksichtigt), die aber mit dem Generalindex arbeitet und zu ziemlich irrealen Ergebnissen kommt.

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.183

ders., Grundlagen, 3.A., S.177

2) Endres, W., Eiserner Bestand, S.224

3. Eiserner Bestand, gebundener Bestand und Substanzerhaltungsrücklagen.

Wenn hier von der Schmalenbachschen Methode einer Neutralisierung von Scheinerfolgen gesprochen wurde, so wurde dabei absichtlich vermieden, den Ausdruck "eiserner Bestand" zu gebrauchen. Dieser Begriff beinhaltet nämlich eine wesentlich andere Bewertung als der des gebundenen Bestands. Entweder verbindet die Literatur mit dem Begriff des eisernen Bestands eine Art Normbestand, der zu einem Festwert bewertet wird — also Festmenge mal Festwert! — wie z.B. Wyder¹⁾ und Binder²⁾, ebenso Schmidt³⁾, und zwar mit dem ausdrücklichen Hinweis auf Schmalenbach, obwohl Schmidt⁴⁾ andererseits in einem "eisernen" Bestandsbeispiel in Wirklichkeit nach der Methode des gebundenen Bestands bewertet (weder Festmenge nach Festpreis), oder es wird unter eiserner Bestandsbewertung zwar keine Bewertung zu einer Festmenge, so aber doch zu einem Festwert verstanden, wie das besonders bei Hax⁵⁾ in Erscheinung tritt, ebenfalls unter ausdrücklicher Nennung des Namens Schmalenbach⁶⁾, sowie bei Engelmann⁷⁾. Es muß aber ganz entschieden darauf hingewiesen werden, daß Schmalenbach weder eine Festmenge noch einen Festwert anstrebt. Bereits im Jahre 1925 wendet sich Schmalenbach⁸⁾ gegen den Mißbrauch seiner Idee vom eisernen Bestand in der Inflation, worüber er nicht sehr glücklich gewesen sei und meint, daß er bei gebundenen Vorräten nur den vorjährigen Bestand, nicht aber die Bestandsveränderungen, unverändert bewerte. Schmalenbach meint, er habe den Begriff des eisernen Bestands nur gebraucht, um die Gebundenheit der Vorräte anschaulich zu machen. Diese Feststellung Schmalenbachs ist nun schon 30 Jahre alt — aber noch immer verbindet man den Begriff des eisernen Bestands mit seinem Namen.

Von der oben genannten Literatur, die sich bestimmt noch vergrößern ließe, muß insbesondere auf Karl Hax eingegangen werden. Hax⁹⁾ stellt in einem Beispiel Nominalrechnung, eiserne Bestandsrechnung und seine Methode der Substanzerhaltungsrücklagen gegenüber, wobei zunächst unveränderte Preise und sinkende Bestände angenommen werden:

a) Nominalrechnung

AB	1 000 à 1,50	1 500	SB	200 à 1,50	300
Zg	2 000 à 1,50	3 000	Aufwand	4 000	(6 000)
Zg	1 200 à 1,50	1 800			

1) Wyder, W., a.a.O., S.94, 95

2) Binder, O.: Der Eiserner Bestand in der Praxis, BB 1950, S.911

3) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.308

4) ders., ebenda, S.322

5) Hax, K., Substanzerhaltung, S.531 ff.

6) ders., ebenda, S.531

ders.: Gruppenbewertung und Rechnen mit eisernen Beständen, BB 1955, S.796

7) Engelmann, K.: Methoden zur Neutralisierung von Preis- und Wertschwankungen, BFuP 1952, S.15

8) Schmalenbach, E., Grundlagen, 3.A., S.183, 184

9) Hax, K., Substanzerhaltung, S.538

b) Rechnen mit eisernen Beständen

AB	1 000 à 1,50	1 000	SB	200 à 1,00	200
Zg	2 000 à 1,50	3 000	A	4 000	(5 600)
Zg	1 200 à 1,50	1 800			

c) Rechnen mit Substanzerhaltungsrücklage (SERI)

AB	1 000 à 1,50	1 500	SB	200 à 1,50	300
Zg	2 000 à 1,50	3 000	A	4 000	(6 000)
Zg	1 200 à 1,50	1 800			

Hax¹⁾ stellt fest, daß die Methoden a) und c) hier korrekt seien, daß aber die eiserne Bestandsrechnung einen Scheingewinn errechne, weil eine Auflösung der stillen Rücklage in Höhe von $800 \times 0,50 = 400$ erfolge. Hierzu muß aber vermerkt werden: Schmalenbach würde den gebundenen Bestandswert mit $1 000 - 800 \times 1,50 = -200$ berechnen und so ebenfalls den Aufwand mit 6 000 bemessen. Hax variiert sein Beispiel; Bestandsveränderung wie oben, aber steigende Preise:

a) Nominalrechnung

AB	1 000 à 1,50	1 500	SB	200 à 2,50	500
Zg	2 000 à 2,00	4 000	A	4 000	(8 000)
Zg	1 200 à 2,50	3 000			

b) Rechnen mit eisernen Beständen

AB	1 000 à 1,00	1 000	SB	200 à 1,00	200
Zg	2 000 à 2,00	4 000	A	4 000	(7 800)
Zg	1 200 à 2,50	3 000			

c) Rechnen mit Substanzerhaltungsrücklage

AB	1 000 à 1,50	1 500	SB	200 à 2,50	500
Zg	2 000 à 2,00	4 000	A	4 000	(9 000)
Zg	1 200 à 2,50	3 000			
SERI		1 000			

Hax bildet hier eine offene Reserve, und zwar in Höhe der Preisänderung von 1,00 (1,50 auf 2,50) bezogen auf den Anfangsbestand von 1 000 Einheiten, was eine "Substanzerhaltungsrücklage" von 1 000 ergibt. Er vermerkt andererseits, daß die eiserne Bestandsrechnung eine stille Rücklage von 1 500 ($1 000 \times 1,50$) bilden müßte, die aber effektiv nur $200 \times 1,50 = 300$ betrage, so daß eine Substanzverschleuderung von 1 200 vorläge. Es sei wiederum erwähnt, daß Schmalenbach hier den gebundenen Bestand mit $1 000 - 800 \times 2,50 = -1 000$ berechnen würde, in dieser Höhe also wie Hax eine offene Reserve bilden müßte und den Aufwand somit ebenfalls mit 9 000 bemessen würde. Hax²⁾ faßt das Ergebnis seiner Betrachtungen dahingehend zusammen, daß die zu bildende stille Rücklage bei der eisernen Bestandsmethode vom zufällig am Bilanzstichtag vorhandenen Bestand abhängig wäre und daß demgegenüber die Substanzerhaltungsrücklage elastischer sei. Die eiserne Bestandsrechnung könne dem Betrieb durch eine automatische Auflösung der stillen Rücklage böse Überraschungen bereiten, weil erhebliche Scheingewinne ausgewiesen und versteuert werden müßten³⁾.

1) Hax, K., Substanzerhaltung, S.539, 540

2) ders., Substanzerhaltung, S.541, 542

3) ders., Substanzerhaltung, S.540

Hax hat mit seinen Überlegungen völlig recht — aber die Substanzerhaltungsrücklage stellt nichts anderes dar als die gebundene Bestandsrechnung Schmalenbachs bzw. eine ganz normale, altbekannte Indexrechnung! Der Unterschied zu Schmalenbach besteht lediglich darin, daß Schmalenbach die Substanzerhaltungsrücklage still, Hax sie offen bildet. Die Substanzerhaltungsrücklage ist somit kein Einwand gegen die Schmalenbachsche Behandlung der Scheingewinne bei Vorräten. Schmalenbach bewertet eben nicht zum eisernen Bestand, d.h. zu einem Festwert; es ist deshalb nicht nötig, die Fachwelt mit neuen Begriffen zu erschrecken, besonders wo sie so fest im Sattel des Scheinerfolgs sitzt.

4. Gebundener Bestand, Geschäftsumfang und spekulative Bestände

Gegen die gebundene Bestandsrechnung nach Schmalenbach wird von der Literatur noch ein letzter gewichtiger Einwand gebracht. Hax¹⁾ selbst erwähnt als Nachteil der Substanzerhaltungsrücklage (= gebundener Bestand), daß bezüglich einer nicht strukturellen, sondern saisonalen Wandlung des Bestands (durchschnittlicher Bestand höher als Bestand am Bilanzstichtag) u.U. eine Substanzerhaltungsrücklage in der erforderlichen Höhe nicht gebildet werden könne, was zu Lasten der Substanzerhaltung ginge. Im folgenden kommt dann Hax auf die Bestimmung von Normalbeständen zu sprechen, die praktisch immer schwierig bleiben werde — was die Anwendung der Methode der Substanzerhaltungsrücklage erschwere. Diesen Gedanken dürfte folgende Überlegung zugrunde liegen: da die gebundene Bestandsrechnung als eine Spezialindexrechnung nur die Preisveränderung am Anfangsbestand als Scheingewinn eliminiert, werden Wertänderungen, die den Jahresumsatz betreffen, nicht erfaßt. Natürlich ist im Grunde genommen nur die Wertänderung zwischen Jahresanfangs- und Endbestand interessant; steigt der Preis einer Ware von 1,00 auf 1,20, 1,50, 1,80 und fällt er bis zum Jahresende auf 1,50, so ist die Wertänderung am gebundenen Bestand per Saldo nur $1,50 : 1,00 = 0,50$ pro Stück. Die Frage, die Hax hier wohl anschnidet, ist aber die: Ist die Rechnung mit gebundenen Beständen auch dann noch richtig, wenn sich die Größe des gebundenen Bestands während des Jahres verändert hat, also das Volumen der Wertänderung jeweils verschieden war, wenn beispielsweise bei einer Preisänderung von 1,50 auf 1,80 200 Stück im Betrieb vorhanden waren, bei dem folgenden Preisfall aber nur mehr 100? Dieser Frage verdient nachgegangen zu werden. Hax kommt deshalb auf die Idee, die Substanzerhaltungsrücklage von einem durchschnittlichen Normalbestand zu errechnen, da, wie Hax²⁾ an anderer Stelle vermerkt, der Jahresabschluß meist in die "ruhige Jahreszeit" gelegt wird, in der das Lager besonders niedrig ist; bei Brauereien ist dies beispielsweise am 30.9. der Fall.

Die Bedenken, die Hax hier gegen die gebundene Bestandsrechnung macht, tauchen auch noch bei anderen Autoren auf. So vermerkt Endres³⁾, daß spekulative Bestände in die gebundene Bestandsrechnung nicht einbezogen werden können, bzw. daß alle Scheinerfolge nicht zu neutralisieren seien, sondern nur die Scheingewinne an dem am Bilanzstichtag vorhandenen Warenbestand. Scheingewinne könnten aber auch entstehen, wenn am Jahresende keinerlei Bestände vorhanden sind. Diesen Umstand machen ferner noch Liebl⁴⁾,

1) Hax, K., Substanzerhaltung, S.542, 543

2) ders., ebenda, S.536

3) Endres, W., Eiserne Bestand, S.222, 224

4) Liebl, J., a.a.O., S.648

Bender¹⁾ und Engelmann²⁾ geltend, wobei bei beiden letzteren überdies behaupten, daß auch auf Dispositionserfolge keine Rücksicht genommen werde, was aber, wie oben gezeigt wurde, nicht richtig ist. Trotzdem hängt die hier angeschnittene Frage eng mit dem Begriff des Dispositionserfolgs zusammen, da Wertänderungen, wenn sie nicht als solche neutralisiert werden (was hier der gebundenen Bestandsrechnung vorgeworfen wird), eben als Dispositionserfolge herauskommen müssen. Klar ist das eine: Entweder die gebundene Bestandsrechnung behandelt die Preisänderungen bezüglich einer spekulativen oder betriebsnotwendigen Umsatzausweitung während des Jahres als Wertänderung oder als Dispositionserfolge, sie kann nicht beides vernachlässigen — denn irgendwo müssen die Preisdifferenzen im Rechnungswesen ja auftauchen. Unter diesem Aspekt bekommt das Problem aber ein etwas anderes Gesicht: es gilt zu prüfen, ob die nicht als Wertänderung erfaßten Preisänderungen, die deshalb als Dispositionserfolge erscheinen müssen, nicht vielleicht tatsächlich als solche und nicht als erfolgsneutrale Wertänderungen aufzufassen sind. Ist dies der Fall, dann ist gerade die gebundene Bestandsrechnung korrekt, weil sie Dispositionserfolge nicht als Wertänderungen erfaßt!

Endres vermerkt, daß Scheingewinne auch vorhanden sein könnten, wenn überhaupt keine Bestände am Jahresende vorhanden sind. Man untersuche zunächst einmal diesen extremen Fall. Es muß festgestellt werden, daß Endres das Problem zu abstrahiert betrachtet, gewiß, Abstraktion ist vonnöten, um eine Sache gesondert zu betrachten, man darf aber schließlich nicht das Konkretisieren vergessen. Es wurde schon erwähnt, daß die Rechnung mit gebundenen Beständen nur eine Teilkorrektur ist, daß also notwendigerweise auch noch weitere Korrekturen erfolgen müssen, wenn die Erfolgsrechnung korrekt sein soll. Zum Problem, das Endres hier zur Debatte stellt, ist zu fragen: Wenn am Jahresende kein Warenbestand mehr vorhanden ist — wo sind dann die liquiden Gegenwerte hingekommen? Für den Verkauf der Ware muß doch irgendwo ein entsprechender Kassenbestand in Erscheinung treten! Ist also vielleicht die Tatsache, daß die gebundene Bestandsrechnung nur eine Teilkorrektur ist, d.h. der Umstand, daß die aktiven und passiven Geldwerte nicht in die gebundene Bestandsrechnung mit einbezogen werden, dafür verantwortlich, daß die gebundene Bestandsrechnung nicht in allen Fällen korrekte Ergebnisse zeitigt? Es ist also zu prüfen, ob auch noch bei vollständiger gebundener Bestandsrechnung unter Einbeziehung der Geldwerte (= komplette Spezial-Indexrechnung) Fehler vorliegen. Ist dies nicht der Fall, dann sind die gerügten Mißstände nur die Auswirkung der Teilkorrektur, nicht aber des Korrektursystems. Dann beweisen die von der Literatur gemachten Einwendungen nur die Notwendigkeit einer vollständigen Korrektur, nicht die Unzulänglichkeit der gebundenen Bestandsrechnung. Es müssen also notwendigerweise die Geldwerte in die Betrachtungen eingefügt werden.

Es sind hier zwei grundlegende (extreme) Fälle zu betrachten: einmal ein ständig vorhandenes Eigenkapital, das im Jahresrhythmus als zunächst vorhandener Kassenbestand in die Waren investiert wird, um am Jahresende wieder bar in der Kasse zu liegen; zum andern wäre der Fall einer saisonalen Ausweitung der Unternehmung zu besprechen, d.h. wenn am Jahresanfang überhaupt keine Werte in der Bilanz stehen, wenn der Umsatz während des Jahres durch Fremdkapital finanziert wurde, das am Jahresende wieder voll zurückge-

1) Bender, K.: Zur betriebswirtschaftlich richtigen Errechnung der Scheingewinne, BW 1952, S.39

2) Engelmann, K., Neutralisierung, S.15

zahlt wird und nur noch der dem Umsatzgewinn entsprechende Kassenbestand vorhanden ist. Dieser Fall möge zuerst besprochen werden. Endres¹⁾ bringt ein Beispiel, bei dem kein Anfangsbestand vorhanden ist; der Gewinn beträgt 39 000. Man nehme an, die saisonale Betriebsausweitung sei durch Fremdkapital finanziert und dieses zur Gänze zurückgezahlt worden, dann bleibt kein anderer Schluß übrig, als daß der Gewinn in Höhe von 39 000 echter Erfolg ist, der keinerlei Scheingewinn enthält. Einmal ist bei Fremdkapitalfinanzierung bekanntlich jede Preisänderung echter Erfolg, zum andern war zu Beginn des Jahres buchstäblich nichts vorhanden, jetzt verfügt der Betrieb über 39 000 in bar – was sollten sie anderes sein als Gewinn?

Man betrachte denselben Fall unter der Annahme, daß zu Beginn und am Ende des Jahres ein Eigenkapital in Höhe von 200 000 vorhanden ist. Da an den Bilanzstichtagen jeweils kein Warenbestand existiert, muß das Eigenkapital bar in der Kasse liegen. Hierzu kommt ein Gewinn von 39 000. Die für den Betrieb relevante Preisänderung nahm Endres in seinem Beispiel von 30 auf 50, also in einer Höhe von 20 an. Dies ist eine Preisänderung um $\frac{2}{3}$. Um diesen Betrag ist der Kassenanfangsbestand von 200 000 entwertet. Es ergibt sich folgende Rechnung:

Waren		Kasse		G & V		WÄ	
AB	0	SB	0	AB	200 000	SB	239 000
				G	39 000		39 000
				WÄ	133 000 ^{X)}	V	133 000
	0				239 000		
	=				94 000		

^{x)}Wertänderung (67%) berechnet auf den Anfangsbestand

und folgende Schlußbilanz:

K 239 000	EK 200 000
V 94 000	WÄ 133 000

Es wurde drauf hingewiesen, daß die gebundene Bestandsrechnung nur eine Teilkorrektur ist, daß sie nicht die echten Erfolge an den Geldbeständen erfaßt; diese müssen

aber ebenfalls erfaßt werden, um die Erfolgsrechnung korrekt durchzuführen. Zur Scheingewinnfrage in den von Endres angeschnittenen Sinn ist zu sagen: Wenn die Unternehmung hier einen Verlust herausrechnet, so ist dies darauf zurückzuführen, daß sie die Preissteigerungen meist dann getroffen haben müssen, wenn das Eigenkapital gerade bar in der Kasse lag und sich nicht in Sachwerten befand, die die Preissteigerungen mitmachten. Nimmt man an, die Unternehmung habe sofort zu Beginn des Jahres ihren gesamten Kassenbestand in Sachwerten angelegt und erst am Jahresende verkauft, dann müßte die Rechnung wie folgt aussehen:

1) Endres, W., Eiserne Bestand, S.223

Waren		Kasse		G & V	WÄ	EK
AB	0	200				200
Zg à 30	200		200			
	Ag à 50 333					
	Umsatz-					
	Gewinn + 39	372				
G	172	WÄ 33		172	133	
		V 133	133			
	0	372		39	133	200

Es ergibt sich hier ganz eindeutig: Nach der Rechnung mit gebundenen Beständen würde sich die Preisänderung, die die saisonal ausgeweiteten Sachbestände betrifft, als reiner Dispositionserfolg auswirken. Dies ist, wie auch bei den entsprechenden Erörterungen in Abschnitt 1 ersichtlich war, völlig korrekt. Es entsprach einer geschickten Disposition eines geschickten Einkäufers, wenn die Preissteigerung den Betrieb jeweils dann traf, wenn er sich gerade in Sachwerten engagiert hatte, also "noch billig eingekauft" hatte. Dieser "billige Einkauf" kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich nur um eine Werterhaltung des ursprünglich vorhandenen Kassenbestands, des Eigenkapitals handelt. Wie das Endergebnis einer vollständigen Scheingewinnkorrektur zeigt, wird diese Preisänderung dann auch als das, was sie wirklich ist, nämlich als eine Wertänderung, ausgewiesen. Der echte, tatsächlich erzielte, ausschüttbare Umsatzgewinn beträgt 39 000.

Wenn also die oben genannte Literatur an der gebundenen Bestandsrechnung kritisiert, sie würde Preisänderungen bei einer Umsatzausweitung während des Jahres nicht als Wertänderungen ausweisen, so hat sie recht, denn die Preisänderungen erscheinen tatsächlich als echter Dispositionsgewinn. Jene Autoren übersehen aber völlig, daß die gebundene Bestandsrechnung ja nur eine Teilkorrektur ist. Wenn am Jahresanfang der Bestand geringer als normal ist, so muß das Kapital irgendwo in den Geldwerten stecken, wenn es nicht als Fremdkapital überhaupt zurückgezahlt wurde. Im Fall einer Eigenkapitalfinanzierung muß eine entsprechende Entwertung des Anfangsbestands berücksichtigt werden. Im Fall einer Fremdkapitalfinanzierung erweist sich der nach der Rückzahlung der Schuld verbleibende Kassenüberschuß als echter Gewinn. Die gebrachten Einwände richten sich also nicht gegen die gebundene Bestandsrechnung als solche, sondern sie machen nur die Notwendigkeit klar, die Teilkorrektur zu vervollständigen, d.h. die gebundene Bestandsrechnung auch auf die Geldwerte auszudehnen! Es besteht kein Grund, diese von der Scheinerfolgskorrektur auszuschließen. Die Methode des gebundenen Bestands ist doch nichts anderes als eine Indexrechnung ganz gewöhnlichen Stils, mit dem einen Unterschied, daß statt eines Generalindex ein betriebsindividueller Spezialindex verwandt wird. Wenn aber die gewöhnliche Indexrechnung anerkanntermaßen richtig ist und keine Ausweitung des Betriebsumfanges unberücksichtigt läßt, dann ist dies auch bei der gebundenen Bestandsrechnung der Fall. Andererseits erfaßt eine Indexrechnung alle Bestände, warum sollte man sich dann bei der gebundenen Bestandsrechnung, einer Spezialindexrechnung, nur auf den Warenbestand beschränken? Auch bei einer Generalindexrechnung gibt man sich nicht damit zufrieden, lediglich eine Art von Beständen in die Rechnung mit einzubeziehen.

Die Tatsache, daß jede Scheingewinnkorrektur am Warenbestand nur eine Teilkorrektur darstellt und daß eine bei einer Verlagerung des Kapitals aus dem Sach- in das Geldvermögen (und umgekehrt) vermeintliche Nichtberücksichtigung von Dispositionserfolge oder Wertänderungen am Warenbestand durch eine Korrektur der Geldbestände vermieden wird, hat übrigens auch Schmidt — so seltsam das klingen mag, nicht erfaßt. Schmidt¹⁾ vermerkt als Nachteil der Indexkorrektur nach Schmalenbach, diese würde bei einem vorhandenen Endbestand, aber keinen Anfangsbestand, an den Waren keinen Scheingewinn aussondern, was einen erheblichen Fehler darstelle. Andererseits könne bei 1-DM-Posten keinerlei Wertänderung mehr ausgewiesen bzw. keinerlei tageswertige Abschreibung mehr den Erlösen gegenübergestellt werden. Hier ist Schmidt aber keinesfalls recht zu geben. Ist der Warenanfangsbestand Null, so liegt das Betriebskapital bar in der Kasse — und hier wird die Preisänderung als das herausgerechnet, was sie tatsächlich ist: nämlich echter Verlust und nicht Wertänderung. Ebenso liegt der Fall bei 1-DM-Posten. Durch überhöhte Abschreibungen wurden die Mittel für den Anlagenersatz früher einbehalten als notwendig gewesen wäre. Die Abschreibungsgegenwerte schlagen sich bar in der Kasse nieder: hier wird ebenfalls eine Preissteigerung als das herausgerechnet, was sie ist, nämlich als echter Verlust. Sind die Abschreibungsgegenwerte in Sachwerten angelegt, so erscheinen sie hier als Wertänderungen, weil eben ein tatsächlicher Verlust nicht vorliegt. — Schmidt macht allerdings sogar noch gegenüber einer vollständigen (!!) Indexrechnung den Einwand, die Korrektur auf den Anfangsbestand würde die saisonale Umsatzausweitung negieren, sie sei fehlerhaft, weil sie auf den zufälligen Bestand am Bilanzstichtag abstelle.

Was die vollständige Anwendung der gebundenen Bestandsrechnung auf alle Bilanzpositionen anbetrifft, muß auch noch eine Ansicht Walbs erörtert werden. Walb²⁾ äußert sich zu der Frage, ob auch Anlagen in die gebundene Bestandsrechnung mit einzubeziehen sind, wie folgt: "Oberflächlich betrachtet erscheint es, als ob (die Anlagen) den eisernen Beständen gleich seien, da sich auch hier ein Verbrauch und eine Erneuerung vollzieht. (Es erfolgt jedoch) hier keine mengenmäßige Wiederherstellung wie bei dem eisernen Bestand, sondern die zurückbehaltenen Beträge (erfahren) in der Regel zunächst eine andere Anlage, die vielleicht, vielleicht aber auch nicht die Mengenerhaltung sichert. Dadurch wird Ihr veränderter Charakter gegenüber den eisernen Beständen bedingt."

Man bedenke: Schmalenbach begründet die gebundene Bestandsrechnung mit dem anlageähnlichen Charakter gewisser Warenvorräte, und nach Walb sind dann die zum Vergleich herangezogenen Anlagen offensichtlich weniger "eisern" als die Warenbestände! Aber der Erlös für Waren findet doch zunächst wohl ebenfalls "eine andere Anlage" — in Form von Geldbeständen, Debitoren oder gar in anderen Sachwerten (Saisonartikel!)! Daß sich zwischen Erlöserzielung und Wiederbeschaffung durch Preisveränderungen der Kassenbestand entwerten kann und so eine Mengenerhaltung auch der Waren nicht gesichert ist — vor Verlusten kann man sich nur durch Disposition, nicht durch irgendwie geartete Abrechnung retten-, übersieht Walb. Immerhin: dieser "Unterschied" bedingt den veränderten Charakter der Anlagen gegenüber den Waren!

Was wäre aber, da nun die Frage schon einmal angeschnitten ist, zur gebundenen Bestandsrechnung bei den Anlagen zu sagen? Bei der Beantwortung dieser Frage muß von der Tatsache ausgegangen werden, daß die gebundene Bestandsrechnung eine Indexrechnung ist.

1) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.298

2) Walb, E., Erfolgsrechnung, S.401

Walb¹⁾ selbst hält unter dem Namen "reale Kapitalerhaltung" eine Generalindexrechnung für richtig. Es ist ganz selbstverständlich: diese Indexrechnung erfaßt auch die Wertänderungen an den Anlagen: die Anlagenbestände der Eröffnungsbilanz werden genauso wie die Waren unter Verwendung des Generalindexes hinaufkonvertiert. Bei der gebundenen Bestands-Rechnung, die sich nur dadurch von der Generalindexrechnung unterscheidet, daß hier die spezielle Preisänderung der Anlagen das Umrechnungsmaß ist — da soll dann plötzlich ein "veränderter Charakter der Ablagen" gegenüber den "eisernen" Warenbeständen gegeben sein!?

Was in der Sache der Anlagen wegen der Parallele zur gebundenen Bestandsrechnung vielleicht noch besonderer Erwähnung bedarf, ist folgende Frage: Bei den Warenbeständen wurde darauf hingewiesen, daß die gebundene Bestandsrechnung eine Ersatzwertrechnung ist. Was hat nun bei den Anlagen die tatsächliche Ersatzanschaffung, welche Frage ja auch Walb anschneidet, zu besagen? Nichts!! Man erinnere sich: Die Ersatzanschaffung ist bedeutsam für die Frage, was als Wertänderung und was als echter Dispositionserfolg zu gelten hat. Wenn hier nun behauptet wird, die tatsächliche Ersatzanschaffung habe für die Berechnung des Dispositionserfolges — auch bei Anlagen gilt der Satz: Schon im Einkauf liegt der Gewinn — keinerlei Bedeutung, werden dann nicht echte Erfolge als Wertänderungen behandelt? Dem ist nicht so. H i e r erlangt der unterschiedliche Charakter der Anlagen Bedeutung: Anlagen werden nicht auf einmal, sondern nach und nach in Form von Abschreibungen umgesetzt. Man betrachte sich einen konkreten Fall: zwei Unternehmer A und B schaffen die gleiche Maschine an, A bezahlt 10 000, B handelt einen Preis von 8 000 heraus. Man nehme des weiteren an, die Maschinen wären in fünf Jahren abzuschreiben und die Preise der Maschinen stiegen jedes Jahr um 1 %. Dann berechnen sich die jährlichen Abschreibungen beider Unternehmer wie folgt:

Unternehmer A			Unternehmer B		
1. Jahr	2 000		1 600		
+ 1 %	20	2 020	+ 16	1 616	
2. Jahr	2 000		1 600		
+ 2 %	40	2 040	+ 32	1 632	
3. Jahr	2 000		1 600		
+ 3 %	60	2 060	+ 48	1 648	
4. Jahr	2 000		1 600		
+ 4 %	80	2 080	+ 64	1 664	
5. Jahr	2 000		1 600		
+ 5 %	100	2 100	+ 80	1 680	
		<u>10 300</u>		<u>8 240</u>	

Bei gleichen Erlösen wird Unternehmer B einen um 2 060 höheren Gewinn ausweisen — der Dispositionserfolg wird durch die gebundene Bestandsrechnung nicht als Wertänderung behandelt. Vermerkt sein mag, daß jene 60 Zusatzgewinn des Unternehmers B die Werterhaltungskosten für den nicht investierten Kassenbestand von 2 000 (3 % auf 2 000 = 60) — so vorhanden — darstellen. .

1) Walb, E., Erfolgsrechnung, S.239 ff.

Nachdem nun zunächst nachgewiesen wurde, daß die gebundene Bestandsrechnung Dispositionserfolge an Anlagen sehr wohl erfaßt (gegen die Generalindexrechnung wird dieser Einwand ja auch nicht gemacht), kann noch auf die Frage eingegangen werden, worin ein Unterschied der Anlagen gegenüber den gebundenen Warenvorräten besteht. Sachlich käme es der Anlagenrechnung völlig gleich, wenn sich ein Unternehmer im vorliegenden Falle bezüglich seines Warenverbrauchs der nächsten fünf Jahre "auf einen Sitz" eindecken würde. Dann müßte die gebundene Bestandsrechnung jedes Jahr dem tatsächlichen Verkauf die bereits im voraus beschafften Warenbestände als Ersatzanschaffungen gegenüber stellen – und das sind im Falle der Anlagen die Abschreibungen. Diese fingierten Ersatzanschaffungen (=Abschreibungen) werden zum Tageswert am Bilanzstichtag bewertet. Die Tatsache, daß für Anlagen die Abschreibungen als Ersatzanschaffung auftreten und nicht die tatsächliche Anlagenerneuerung, zerstört auch den Boden für etwaige Einwände, die bezüglich der Frage der technischen Durchführung einer Trennung zwischen Wertänderungen und Dispositionsgewinnen anhand des tatsächlichen Ersatzwertes sicher zu finden wäre –

Jetzt jedoch zurück zum Ausgangsproblem: An der gebundenen Bestandsrechnung wurde kritisiert, daß sie nicht alle Wertänderungen erfasse, sondern nur die bezüglich des am Bilanzstichtag vorhandenen Bestands. Diesem Einwand war nicht stattzugeben, weil es sich um eine nicht vollständige Teilkorrektur handelt. Man erinnere sich an den Vorschlag, den Hax zur Verbesserung dieser Teilkorrektur machte: Es solle der durchschnittliche Normalbestand errechnet und von diesem die Substanzerhaltungsrücklage bemessen werden. Was ist zu diesem Vorschlag zu sagen? ~~Er~~ ist noch unrichtiger als selbst eine Teilkorrektur in Form der nur auf die Waren angewandten Indexrechnung! Selbst wenn man davon ausgeht, daß der Normalbestand zutreffend in Wertänderungen und Dispositionserfolge trennt, was als sehr fraglich bezeichnet werden muß, können die errechneten Wertänderungen nur unter der Voraussetzung tatsächlich erfolgsneutral ausgeschieden werden, daß der gesamte Warenbestand mit Eigenkapital finanziert worden war. Gerade das ist aber meist nicht der Fall; saisonale Bestandserweiterungen werden in der Regel mit Fremdkapital finanziert – und gegenüber dem Fremdkapital sind alle Preisänderungen echter Erfolg und keine Scheingewinne. So gesehen ist die gebundene Bestandsrechnung ohne Berücksichtigung der Geldwerte korrekter als eine Rechnung mit Normalbeständen. Es wäre also weniger ein Fehler, sondern eher die Stärke der gebundenen Bestandsrechnung als Teilkorrektur, daß die Preisänderungen am saisonalen ausgeweiteten Bestand **n i c h t** als erfolgsneutrale Wertänderungen erfaßt.

Da die Sache auch noch in anderer Hinsicht von Bedeutung ist, sei nochmal ein Beispiel gebracht, um darzustellen, daß eine saisonal oder irgendwie sonst bedingte Betriebsausweitung auf die richtige Berechnung des Erfolges bei vollständiger Ausdehnung der gebundenen Bestandsrechnung auch auf die Geldwerte nicht von Bedeutung ist. Im folgenden wird ein Warenanfangsbestand von 100 Einheiten à 1,00 und ein mit dem Tageswert bewerteter Endbestand von 150 Stück à 1,50 = 225 angenommen. Die Betriebserweiterung während des Jahres beträgt 500 Stück à 1,25 = 625 und soll mit Fremdkapital finanziert werden; der Abgang an Waren beträgt 450 Stück à 1,50 = 675. Es ergibt sich ein gebundener Bestandswert (Anfangsbestand + Mehrbestand, letzteren bewertet zum Tageswert) von $100 + 50 \text{ Stück à } 1,50 = 175$ und eine Preisänderung von $225 : 175 = 1,2857$ (Endbestand, bewertet zum Tageswert $: /$ gebundener Bestand); bezogen auf den Warenanfangsbestand von 100 beträgt diese 28,57 %. Der Abschluß des Warenkontos vollzieht sich hier in zwei Etappen: Erst wird

der Endbestand zum gebundenen Bestandwert (175) vorgetragen und so der Gewinn errechnet, dann wird dem gebundenen Bestandwert der effektive Tageswert (225) gegenübergestellt und dieser als Bilanzwert für die nächste Periode vorgetragen, wobei die Wertänderung (50) ausgeschieden wird. Mit dem so errechneten Preisindex (Wertänderung 50 : Anfangsbestand 100) von 150 % werden dann die Geldkonten abgerechnet.

Waren		Kasse		WÄ	G & V	FK	EK
AB	100	100				50	150
Zg	625					625	
	Ag 675	675					
	gB 175		625			625	
G	(125)				125		
gB	175						
	TW 225						
WÄ	(50)			50			
		WÄ 50		50			
		V 50			50		
			25				
		(150)	(75)		(100)		(150)
	225	150		75	100	50	150

Man nehme nun an, die Betriebsausweitung erstrecke sich über zwei Bilanztermine, d.h. es wäre im Zeitpunkt des größten Warenbestands ebenfalls eine Erfolgsrechnung vorzulegen. Dann ergibt sich das auf Seite 182 dargestellte Bild, wobei unterstellt wurde, daß der Preis bis zum ersten Bilanzstichtag von 100 auf 125 stieg. Der gebundene Bestand errechnet sich am ersten Bilanzstichtag mit $100 + 500 \times 1,25 = 725$, die Preisänderung mit $750 ./ 725 = 25$; bezogen auf den Anfangsbestand von 100 ergibt sich ein Preisindex von 125 %. Am zweiten Bilanzstichtag errechnete sich der gebundene Bestand mit $750 ./ 450 \times 1,50 = 75$ und die Preisänderung mit $225 ./ 75 = 150$; bezogen auf den Anfangsbestand von 750 beträgt der Preisindex 120 %. Bei der Umrechnung der nominalen Werte war auch die Wertänderung am Verlustvortrag mit 2,5 in Ansatz zu bringen. Würde man den Verlust der 1. Periode anstelle eines Vortrags vom Eigenkapital abbuchen, ergäbe sich ein Schlußkapital von $(137,5 + WÄ 37,5 =) 175$. Demzufolge betrüge in der zweiten Periode das Schlußkapital $(175 + WÄ 35 =) 210$ und der Gewinn 115. Das sachliche Ergebnis wäre das Gleiche.

Obwohl hier der angenommene Geschäftsvorfall in zwei Abrechnungsperioden auseinandergezogen wurde, gelangt man zum gleichen Ergebnis. Keine irgendwie geartete Aufblähung oder Komprimierung des Betriebsumfangs zwischen zwei Bilanzterminen ist für die gebundene Bestandsrechnung bei vollständiger Korrektur auch der nominellen Werte mit dem sich aus der Sachwertänderung ergebenden Spezialindex von Bedeutung.

Das vorliegende Beispiel wurde auch deshalb gebracht, weil nämlich gegen die gebundene Bestandsrechnung noch ein weiterer, recht bedeutsamer Einwand erhoben wird, der die technische Durchführung betrifft. Lion¹⁾, Wyder²⁾ und Schmalenbach³⁾ selbst machen hier den Umstand geltend, daß es gar nicht möglich sei, den gebundenen Bestand, der als Normalbestand gelten soll, immer und einwandfrei von spekulativen Beständen zu trennen. Dieser Einwand hat insofern seine Berechtigung, als Schmalenbach⁴⁾ ja tatsächlich in spekulative und gebundene Bestände trennt, den spekulativen Beständen auch Überbestände an betriebsnotwendigen Gütern gleichstellt und diese spekulativen Bestände gesondert nach anderen Grundsätzen abrechnet, auch wenn Schmalenbachs Bewertung der spekulativen Bestände bereits als unrichtig beurteilt werden mußte. (Teil B, Kap. II, Abschn. 1) Was hat nun obiger Einwand zu besagen? Hierzu sei auf das Ergebnis des letzten Zahlenbeispiels verwiesen. Dies ergab, daß selbst eine so erhebliche Bestandsausweitung, wie sie mit 500 % angenommen wurde, auf die Berechnung des sachlich richtigen Erfolgs keinerlei Einfluß hatte. Das heißt nichts anderes, als daß eine Trennung in (betriebseigene) spekulative und gebundene Bestände überhaupt nicht erforderlich ist!! Im Gegenteil: auch die "spekulativen" Bestände sind nach der Methode des gebundenen Bestands abzurechnen – und das um so mehr, als die von Schmalenbach vorgeschlagene Erfolgsberechnung nach dem Zeitwertprinzip unrichtig ist. Die Notwendigkeit, die spekulativen Bestände ebenfalls nach der Methode des gebundenen Bestands abzurechnen, ist auch bzw. gerade vom "dynamischen" Standpunkt Schmalenbachs, der ja bestimmte Erfolgsschwankungen nivellieren will, zwingend notwendig. Mit der gebundenen Bestandsmethode auch bei rein spekulativen Beständen erreicht nämlich Schmalenbach das, was er eigentlich will; die Bestände werden zum Anschaffungswert bewertet und die erfolgten Preisänderungen als erfolgsneutrale stille oder offene Wertänderungsrücklagen behandelt. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden: Die Rechnung mit gebundenen Beständen ist eine Spezialindexrechnung – und bei seiner Generalindexrechnung kommt doch Schmalenbach auch nicht die Idee, notwendigerweise zwischen spekulativen und gebundenen Beständen trennen zu müssen!

Auf Grund der vorliegenden Ergebnisse wird man zu folgender Feststellung kommen müssen; Eine Trennung in einen betriebsnotwendigen, gebundenen und in einen spekulativen Über- oder Unterbestand ist nicht erforderlich. Soweit der Betrieb nicht mit betriebseigenen, sondern betriebsfremden Beständen spekuliert, erscheint es allerdings nicht mehr gerechtfertigt, die maßgebliche Wertänderung aus dem Warenkonto selbst herauszurechnen. Weil bei betriebsfremden Spekulationsgütern die Veränderung des Geldwerts als Maßstab für die Aussonderung von Wertänderungen anzusehen ist⁵⁾, muß hier der aus

1) Lion, M., Dynamische Bilanz, S. 502

2) Wyder, E., a.a.O., S. 95

3) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7.A., S. 270

4) ders., Dynamische Bilanz, 12.A., S. 180

5) vgl. Schmidt, F.: Tageswertbilanz, S. 58 ff.

den übrigen, betriebsnotwendigen Gütergruppen errechnete Geldwertindex in die Rechnung eingesetzt werden. Dies ist ohne besondere Schwierigkeiten möglich, weil eine Trennung betriebsnotwendiger und betriebsfremder Bestände schon rein buchtechnisch erfolgt.¹⁾

5. Effektive Probleme einer Indexrechnung

Während bislang nur in der Literatur aufgetauchte Scheinprobleme besprochen wurden, muß jetzt auf einige tatsächliche Probleme der Indexrechnung eingegangen werden. Zunächst verdient der zur Korrektur der nominalen Werte erforderliche Spezialindex Beachtung. Es wurde bereits dargestellt, daß dieser aus der Wertänderung der Bestände im Verhältnis zu den Werten der Anfangsbilanz errechnet wird. Bei der gebundenen Bestandsrechnung wird nur die Bestandsveränderung zum Tageswert bewertet. Die Differenz zwischen dem so errechneten gebundenen Bestandwert und dem ausschließlich anhand des Tageswerts bewerteten Bestands, ergibt die Wertänderung am Vorjahresbestand; setzt man Wertänderung und Vorjahresbestand zueinander ins Verhältnis, ergibt sich der Spezialindex. Soweit ist bezüglich der Ermittlung des Spezialindex alles in Ordnung. Es taucht hier aber noch ein gewichtiges Problem auf.

Es wurde bereits mehrmals erwähnt, daß es eine Lebensfrage der Scheingewinnkorrektur ist, daß die das Fremdkapital betreffenden Veränderungen der Beschaffungspreise als echte Erfolge erfaßt werden. Die vorliegenden Betrachtungen zeitigten in dieser Angelegenheit das Ergebnis, daß dies im Rahmen der Indexrechnung tatsächlich der Fall ist. Tatsächlich? In den diesbezüglichen Beispielen wurde immer vom Vorhandensein *einer* Ware bzw. *einer* Warengruppe ausgegangen. Um diese abstrahierten Beispiele zu konkretisieren, sei angenommen, ein Betrieb verfüge über 100 Anlagevermögen, welches mit Eigenkapital, und über 100 Umlaufvermögen, welches mit Fremdkapital, und zwar in Form eines Lieferantenkredits, finanziert wurde. Angenommen sei ferner ein Umsatzgewinn von 75, sowie ein Preisfall des Anlagevermögens um 0 und des Umlaufvermögens um 50; der Spezialindex beträgt demnach also $50 : 200 = 25\%$. Dann ergibt eine Spezialindexrechnung folgendes Bild:

Anfangsbilanz				Schlußbilanz 1			
AV	100	EK	100	AV	100	EK	100
UV	100	FK	100	UV	50	FK	100
				Kasse	75		
				WÄ	25		
				V	25	UG	75
SB 2				SB 3			
AV	100	EK	75	AV	100	EK	75
UV	50	FK	75	UV	50	FK	75
K	50	UG	50				

Abkürzungen: AV = Anlagevermögen, UV = Umlaufvermögen, UG = Umsatzgewinn.

1) Angenommen ein metallverarbeitender Betrieb spekulierte mit Hopfen, so wird er letzteren wohl kaum als Zugang zu seinem Eisenlager verbuchen (dürfen).

Prüft man nun die in den obenstehenden Bilanzen dargestellte Entwicklung, so ergibt sich folgendes: Auf Grund der vorgenommenen Indexkorrektur wird am Fremdkapital ein Verlust bzw. eine relative Verteuerung der Schuld infolge des Preisfalls der Ware von nur 25 herausgerechnet, obwohl aus dem Umlaufvermögen nur mehr 50 zu Erlösen sind, so daß zur völligen Rückzahlung des Lieferantenkredits und zum Bezug neuer Ware auf Kredit in Wirklichkeit ein Zuschuß von 25 gemacht werden muß. Unter der Annahme, daß der von der vorliegenden Indexrechnung ermittelte Gewinn voll ausgeschüttet würde, müßte die Unternehmung entweder 25 Substanz aus dem Anlagevermögen veräußern, um den Lieferantenkredit voll abzudecken, oder sie müßte den entsprechenden Betrag schuldig bleiben, was sich dahingehend auswirkt, daß nun auch das Anlagevermögen als z.T. mit Fremdkapital finanziert anzusehen ist – und das trotz der an sich erfreulichen Tatsache, daß das Finanzierungsverhältnis des Betriebs mit Eigenkapital zu Fremdkapital wie 1 : 1 nach wie vor das gleiche geblieben ist. Was sich hier allerdings verschlechtert hat, ist die Liquidität. Eine korrekte Scheingewinnkorrektur müßte deshalb lauten:

SB 4				SB 5				SB 6			
AV	100	EK	100	AV	100	EK	100	AV	100	EK	100
UV	50	FK	100	UV	50	FK	50	UV	50	FK	50
K	75			K	25	G	25				
V	50	UG	75								

Andererseits käme es im Rahmen einer Spezialindexrechnung in der dargestellten Form ebenfalls zu einer unsinnigen Lösung, wenn die Preise des Umlaufvermögens stabil blieben und die der Anlagen sanken, oder gar die der Anlagen in demselben Ausmaße stiegen, wie die Preise im Umlaufvermögen fielen. In diesem Fall ergäbe sich ein Spezialindex von 0, und es würde keinerlei Verlust an den Geldwerten herausgerechnet. Richtig wäre die Rechnung nur, wenn sich die Preise bei allen Sachwerten vollkommen gleichmäßig entwickeln würden. Von diesem Standpunkt aus wäre eine Generalindexrechnung korrekt, aber diese arbeitet mit zwei Hypothesen: einmal daß sich die Preise aller Sachwerte vollkommen gleichmäßig bewegen, und zum zweiten, daß der Generalindex jene Rechengröße ist, die für den einzelnen Betrieb tatsächlich von Bedeutung ist. Beides trifft erfahrungsgemäß in der Regel nicht zu. Der Generalindex ist z.T. deshalb unbrauchbar (2. Hypothese), weil er auf Grund auch der Preisveränderungen von Waren errechnet wird, die im einzelnen Betrieb gar nicht vorhanden sind – aus einem ähnlichen Grund versagt hier die Spezialindexrechnung: In den zur Umrechnung der nominellen Werte erforderlichen speziellen Geldwertindex werden Sachwertgruppen mit einbezogen, die gar nicht mit Fremdkapital finanziert sind.

Die Wurzel des hier geschilderten Problems liegt in einer Nichtberücksichtigung der Liquiditätsverhältnisse des Betriebs. Wenn man demzufolge zu einer korrekten Scheingewinnkorrektur gelangen will, so muß diese Größe – die Liquidität – in die Berechnung des Spezialindexes mit eingeführt werden. Um zu dem hier für richtig gehaltenen Erfolgsbild (Schlußbilanz 6) zu gelangen, muß bei der Berechnung des für die Fremdkapitalbestände benötigten Spezialindexes davon ausgegangen werden, daß die illiquiden Teile des Vermögens mit Eigenkapital, die liquiden mit Fremdkapital finanziert sind.

AV	97	EK	97
		FK	18
UV	63	FK	45
K	30	FK	30
(20%WÄ = G = 6)		20% WÄ=V= (6)	

Es ergibt sich, daß bei einer Liquiditätsschichten-Indexbilanz auf die Berechnung der Erfolge an den aktiven Geldwerten verzichtet werden kann, soweit diese geringer sind als der Bestand an Fremdkapital. Sind sie größer, ergibt sich folgendes Bild:

AV	97	EK 200 ./ .40 = 160
UV	63	
K	30	EK 10./, 2 = 8
(WÄ 20% = 6)		FK 20
		G 2

Bei einer angenommenen Finanzierung von Eigen- zu Fremdkapital wie 210 : 20 wird also ein Erfolg (2) insoweit berechnet, als die Geldaktiven durch Eigenkapital (1/3) finanziert sind, der Rest der Wertänderung von 6, d.h. $2/3 = 4$, wird neutralisiert.

Neben der Berücksichtigung der Liquidität im Rahmen einer Scheingewinnkorrektur ist noch das Niederstwertprinzip zu erörtern, und dies auch bezüglich einer Generalindexrechnung. Die hier zur Debatte stehende Frage haben bereits Schmidt und Schmalenbach tangiert. Es sei daran erinnert, daß Schmidt eine Berücksichtigung der Erfolge an einseitigen, betriebsnotwendigen Fremdkapitalbeständen ablehnte, mit dem Hinweis darauf, daß diese eben wegen ihres betriebsnotwendigen Charakters nicht zurückgezahlt würden. Diese Ansicht war abzulehnen. Zwar irrt Schmidt insofern, als er annimmt, die Schulden würden überhaupt nicht zurückgezahlt, während sie sich tatsächlich umschlagen, aber der Gedanke einer Rückzahlung als solcher verdient Beachtung. Schmalenbach macht diesbezüglich den Vorschlag, bei Geldwertgewinnen an Obligationen Rückstellungen in der Höhe zu bilden, in der der Geldwert bis zu deren Rückzahlung voraussichtlich wieder steigen werde. Der sachliche Hintergrund, ist, daß der Gewinn an den Schulden als noch nicht realisiert anzusehen ist, solange die Schuld noch nicht zurückgezahlt ist. Dies verstößt gegen eine korrekte Erfolgsberechnung. Hiergegen verstößt auch Schmidt, trotz seines Rückzahlungsgedankens, weil er sowohl Schuldengewinne als auch entsprechende Verluste nicht berücksichtigt bzw. erfolgsneutral verbuchen will. Was Schmalenbachs Vorschlag betrifft, wäre hierzu zu sagen, daß es nach kaufmännischen Prinzipien richtiger wäre, mögliche Geldwertgewinne überhaupt unberücksichtigt zu lassen, oder eine Rückstellung in voller Höhe des möglichen Gewinns zu bilden. Praktisch bedeutet das, daß in dieser Höhe die im Rahmen der gebundenen Bestandsrechnung bzw. Spezialindexkorrektur auf das Wertänderungskonto gelangten Beträge nicht zugunsten der Gewinn- und Verlustrechnung aufgelöst werden dürfen. Um sie aber für den nächsten Jahresabschluß zu memorieren, müßte man sie auf ein gesondertes Wertänderungskonto umbuchen, bzw. als besondere Rückstellungen führen, die zwar im Rahmen des nächsten Jahresabschlusses zunächst wieder in die Indexrechnung mit einbezogen werden müssen, anschließend aber zugunsten der vorliegenden Gewinn- und Verlustrechnung endgültig aufzulösen sind.

Was die Durchführung einer Berücksichtigung des Niederstwertprinzips bezüglich der Erfolge an den Schulden betrifft, müßten die langfristigen Schuldenposten, wie das Obligationen sind, gesondert abgerechnet werden. Bezüglich der übrigen wären die zunächst noch als besondere Wertberichtigungsposten zu führenden unrealisierten Gewinne nach Maßgabe der durchschnittlichen Fristigkeit zu Gunsten der Gewinn- und Verlustrechnung aufzulösen: liegt die Fristigkeit unter einem Jahr, also im Rahmen des nächsten Jahresabschlusses.

Es wurde ständig eine Trennung in Preisänderungen des Beschaffungsmarktes und solche des Absatzmarktes vorgenommen, und im Rahmen einer Scheingewinnkorrektur nur bezüglich der letzteren vom Niederstwertprinzip gesprochen. Daran wird festgehalten, obwohl eine Scheingewinnkorrektur in Form der Indexrechnung ohne eine entsprechende Berücksichtigung der Fristigkeit der Kredite auch unrealisierte Gewinne ausweist, also nach dem Zeitwertprinzip arbeitet und hier in Form einer zeitweisen Neutralisierung dieser unrealisierten Gewinne an den Schulden entsprechend auf das Niederstwertprinzip — allerdings bezüglich der Erfolge an den Geldwerten! — Rücksicht genommen werden muß. Das erscheint deshalb berechtigt, weil ein Absinken des Verbrauchs- bzw. Gebrauchswerts unter den Beschaffungswert in jedem Fall als Verlust zu werten ist, während dies bei einer Veränderung der Preise im Beschaffungsmarkt bezüglich des Eigenkapitals nicht der Fall ist, ja gerade wegen des Vorhandenseins und des Charakters des Eigenkapitals die Frage der Scheingewinne überhaupt erst existiert. Weil hier der Realisationsgesichtspunkt hinfällig wird, besteht beispielsweise auch das Problem eines Ausweises unrealisierter Gewinne bei einseitigen aktiven Geldüberschüssen nicht, da diese notwendigerweise durch Eigenkapital finanziert sein müssen. Das Absinken des Gebrauchswerts unter den Beschaffungswert ist ein Verlust, die Veränderung des Beschaffungswerts kann es sein. Ob ein Verlust vorliegt, hängt von der Finanzierungsfrage ab — und bezüglich einer Fremdkapitalfinanzierung hat das Niederstwertprinzip in nomineller Auffassung (Preisfall als solcher ist in jedem Fall Verlust) selbstverständlich Geltung. Weil aber die Voraussetzung, auf der die Nominalisten ihre Rechnung aufbauen, nämlich daß alle Aktiva mit Fremdkapital finanziert sind, nicht zutrifft, müssen Preisänderungen im Beschaffungsmarkt grundsätzlich als erfolgsneutrale Wertänderungen angesehen werden, die durch eine entsprechende Berechnung der Erfolge an den Geldwerten — und zwar auch der aktiven! — insoweit wieder erfolgswirksam aufzulösen sind, als eben eine nominelle Finanzierung (Fremdkapital) vorliegt. Der Nominalist bewertet zwar vorsichtig, aber er berechnet den möglichen Verlust falsch; er behandelt den Preisfall als solchen als echten Erfolg, während sich der tatsächliche Verlust nur aus der Verteuerung etwa vorhandener Schulden, abzüglich des Gewinnes an den Geldaktiven, berechnet. Das kann dazu führen, daß im Falle einer Preissteigerung eine Verminderung des tatsächlich erzielten Periodenerfolgs um die an den aktiven Geldbeständen auftretenden möglichen Verluste am Platze wäre, während der Nominalist die Preissteigerung und die damit verbundene Verlustgefahr "aus Vorsichtsgründen" nicht berücksichtigt. Die nominelle Berücksichtigung möglicher Preisänderungen ist unkorrekt, es sei denn, der Betrieb wäre ausschließlich mit Fremdkapital finanziert.

An dieser Stelle verdient auch Sommerfelds Eudynamische Bilanzlehre eine kurze Würdigung. Sommerfeld¹⁾ will mit Ausnahme einer besonders vorsichtigen Bewertung der Faktoren an der üblichen nominellen Gewinnberechnung nichts verändern. Erst dann, wenn

1) Sommerfeld, H.: Bilanz (eudynamisch), HdB, Stuttgart 1926, Sp. 1342 ff.

dergestalt der Gewinn festgestellt ist, soll in besonderer Weise die Ausschüttbarkeit des Gewinns überprüft werden. Bezüglich der Sachwerte ist in Höhe der Differenz zwischen Anschaffungswert und dem niedrigsten Preis der letzten 10 Jahre ein entsprechender Teil des Gewinnes von der Ausschüttung zurückzustellen bzw. vom Gewinn- und Verlustkonto auf ein Substanzerhaltungskonto (Rücklage) umzubuchen. Da bei einem angenommenen Preisfall sich die aktiven Geldwerte, ebenso wie die Schulden, wertmäßig erhöhen, müssen auch diese mit dem bei den Sachwerten angewandten Index verrechnet werden. Die Annahme, der Betrieb sei entsprechend einem Preisfall auf den niedrigsten Anschaffungswert der letzten 10 Jahre gefährdet, ist nun nicht sonderlich wirklichkeitsnah – besonders wenn die Preise steigende Tendenz aufweisen. Sommerfeld will letzterem Umstande dadurch Rechnung tragen, daß er dieselbe Rechnung auch unter Annahme einer Preissteigerung durchführen will, um dann den Betrag durch eine Buchung "Gewinn- und Verlust an Substanzerhaltungsrücklage" vor der Ausschüttung zu bewahren, der sich als der höhere erweist. Hier kommt es aber darauf an, wie hoch man die Preissteigerung einschätzt. Eine entsprechend fiktive Zahl wie etwa der höchste Preis der letzten 10 Jahre würde ebenfalls nur eine relativ willkürliche Substanzerhaltungsrücklage ergeben, die mit den tatsächlichen Preisänderungschancen nichts zu tun hat. Eine Berücksichtigung der Geldwerterfolge über den Tageswert am Bilanzstichtag hinaus erscheint nicht sinnvoll.

6. Die Durchführbarkeit der Scheingewinnkorrektur

Im Vorangegangenen wurde die Frage einer Scheingewinnkorrektur im Grundsätzlichen erörtert. Bezüglich einer Indexrechnung in spezieller, betriebsindividueller Form, wie sie Schmidt und im Rahmen der gebundenen Bestandsrechnung auch Schmalenbach vorschwebt, wurde es unternommen, alle jene Überlegungen und Einwände zu diesem Thema auszuschneiden, die als unrichtig erschienen. Bedarf es in der Frage der Scheinerfolgskorrekturen auch in erster Linie einer Klärung des Problems in grundsätzlicher Form, so dürfen trotzdem die Schwierigkeiten nicht übersehen werden, die sich bei einer praktischen Anwendung ergeben. Vorausgeschickt werden mag jedoch, daß niemand gezwungen ist, eine Scheingewinnkorrektur durchzuführen; aber eines kann man nicht: einerseits über die Ausschüttung bzw. die Versteuerung von Scheingewinnen klagen und andererseits eine entsprechende Korrektur wegen der damit verbundenen Schwierigkeiten ablehnen. Sind die Scheingewinne erheblich, dann rentiert sich auch eine Korrektur; sind sie es nicht, und erscheint in Anbetracht dessen die Mühe einer Indexrechnung unwirtschaftlich, dann soll man nicht zu klagen.

Schwierigkeiten sind nun bei der gebundenen Bestandsrechnung sicher vorhanden; zwar nicht so sehr, wenn die eine oder die andere Ware ausläuft, wohl aber, wenn sich die Ersatzbeschaffung qualitativ verändert. Rieger¹⁾ spricht in diesem Sinne von einem "Fuder Winkler Hasensprung", von einer Weinsorte ganz bestimmten Jahrgangs, die nicht mehr wiederbeschafft werden kann – der folgende Jahrgang kann besser und teurer, schlechter und billiger sein, oder es mag ein anderer Wein dieser Preislage eingekauft werden; in Konfektionsbetrieben werden jedes Jahr Wintermäntel hergestellt und verkauft; die Mode wechselt, die Mäntel sehen anders aus, kosten verschieden viel – auch wenn es sich nur um Qualitätsschwankungen in einer bestimmten Preislage handelt – und die

1) Rieger, W., Tageswertbilanz, S.153

Ersatzbeschaffung ist so mit den Ersetzten nicht unbedingt vergleichbar. Einen Einwand in dieser Richtung macht beispielsweise auch Schmidt¹⁾. Auch Schmalenbach²⁾ weist darauf hin, daß eine genaue gebundene Bestandrechnung "in Warenhäusern mit ihren zu ganzen Bibliotheken anwachsenden Inventurbüchern praktisch unmöglich" ist. Schmalenbach will die Wertänderung deshalb mit einem repräsentativen Warenindex herausrechnen — Fehlerquellen sind hier genug vorhanden. Trotz dieser im einzelnen auftretenden Schwierigkeiten darf eine Scheingewinnkorrektur nicht deretwegen aufgegeben werden. "Technische Schwierigkeiten" sind für manchen Autor nur eine Ausrede, um dieses Problem auf kürzesten Wege abzutun. Es mag bedacht werden, daß auch die Anschaffungswertbilanz keinesweg "genau" ist. Gerade der Anschaffungswert ist häufig nicht greifbar und muß fiktiv vom Verkaufspreis zurückgerechnet werden, weshalb z.B. Schmalenbach³⁾ ja im Rahmen der gebundenen Bestandsrechnung gerade den Tagesbeschaffungswert anstelle des letzten Anschaffungswerts nehmen will. Es sei ferner an die Fragwürdigkeit jeder Anlagenbewertung erinnert — Schmalenbach⁴⁾ meint, daß man bei der Wahl der Abschreibungssätze "oft im Dunkeln tappt", bzw. "ziemlich wild verfahren" muß!! Man erinnere sich des weiteren an die Meinung Bühlers⁵⁾, daß bei einem mit 383 712 DM bewerteten Gebäude wahrscheinlich jeder Wert zwischen 350 000 und 400 000 DM vertretbar sei, daß sich jede Abrechnung mit derartigen Unvollkommenheiten auseinandersetzen müsse und daß man hier nicht die Probleme "zerreden" dürfe. Auch Littmann⁶⁾ stellt fest: "Approximationswerte sind ein nicht zu beseitigender Bestandteil aller kaufmännischen Ergebnisrechnungen." Selbst Rieger⁷⁾, einer der "eisernen" Nominalisten, weist auf die Toleranzen hin, die eine Indexrechnung erfordert. Es wäre also ziemlich unsinnig, wenn man einer um Scheingewinne korrigierten Indexrechnung vorwerfen würde, sie sei "nicht genau" — möglichst noch mit dem Hinweis auf eine "genaue" Anschaffungswertrechnung und die "Willkürlichkeit" aller anderen Methoden. Wenn man überdies bedenkt, wie hartnäckig die Wirtschaft ihre stillen Rücklagen verteidigt, dann weiß man, wie "genau" derartige Anschaffungswertrechnungen aussehen. So groß können die Fehlermöglichkeiten einer Scheingewinnkorrektur gar nicht sein wie die Möglichkeiten, die Bewertung absichtlich zu frisieren!! Schließlich mag bedacht werden, daß — wie bei jeder Anschaffungswertrechnung auch — die Genauigkeit einer Abrechnung durch wirtschaftliche Überlegungen bedingt ist; oft verzichtet man auf eine größere Genauigkeit, weil sie sich nicht rentiert. Bestimmt wäre manche Scheinerfolgskorrektur noch zu verfeinern, aber die wirtschaftliche Handhabung des Rechnungswesens gestattet es nicht. So kann eine annähernde Rechnung besser sein, als eine genaue. Vergröberung und Verfeinerung einer Rechnung hängen nicht nur von den technischen Möglichkeiten ab. So ist es beispielsweise bestimmt nicht in allen Fällen richtig, die Frage: kurzlebiges Wirtschaftsgut oder nicht? nach einer bestimmten Höhe des Anschaffungswerts, z.B. 500 DM, zu entscheiden. Diese Bewertungsregel enthält Fehlermöglichkeiten, aber sie ist hinreichend genau. Kein anderer Maßstab ist auch für eine Scheingewinnkorrektur anzuwenden.

1) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.323

2) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.185

3) ders., Dynamische Bilanz, 7.A., S.204

4) ders., Dynamische Bilanz, 12.A., S.98, 126

5) Bühler, O., Diskussionsbeitrag, S.189

6) Littmann, E.: Nominelle und materielle Gewinnrechnung, Wp 1949, S.344

7) Rieger, W.: Über Geldwertschwankungen, W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1938, S.10 ff.

In der Frage der Toleranzen, die jeder Abrechnung zuzubilligen sind, mag noch ein Hinweis gegeben werden: Meist sind die Toleranzen umso erheblicher, je größer ein Betrieb ist, je unübersichtlicher seine Vorratshaltung wird, je vielgestaltiger sein Anlagenpark. Die modernen Rechenmaschinen "drohen" diese Regel umzustößen. Je größer und unübersichtlicher der Betrieb ist, umso eher rentieren sich Lochkartensysteme, elektronische Rechengeräte. Bei Einführung dieser modernen Organisationsmittel kann es passieren, daß der Betrieb zum ersten Mal seit seiner Grundung über eine tägliche Fortschreibung seiner Bestände verfügt; bezogen auf die gebundene Bestandsrechnung in Warenhäusern kann das bedeuten: Die Rechengeräte ermöglichen einen früher nicht für denkbar gehaltenen Genauigkeitsgrad. Je mehr diese Rechengeräte vordringen, um so geringer werden die Rechenschwierigkeiten und um so wichtiger ist es, daß man sich über die grundsätzlichen Fragen einer Scheingewinnkorrektur im klaren ist.

Im Zuge dieser Ausführungen muß jetzt noch auf einige Einwendungen eingegangen werden, die vor allem gegen die Tageswertrechnung Schmidts gemacht werden, die aber z.T. sehr wenig berechtigt erscheinen; es handelt sich um die Frage, wie der Tageswert eines Wirtschaftsgutes festgestellt werden kann. Wenn bei der Sichtung der diesbezüglichen Literatur nicht allzusehr vergrößert werden soll, so erscheint es fast unmöglich, irgendwelche Gruppen zu bilden, und so mag denn jedem Autor eine gesonderte Stellungnahme zukommen.

Fiedler¹⁾ stellt gegenüber dem Tageswert die Sicherheit des Anschaffungswerts heraus und den Ausschluß willkürlicher Bewertung. Was diese beiden Punkte betrifft, so kann auf diesbezügliche Feststellungen an anderen Stellen hingewiesen werden, nämlich daß u.U. auch die Ermittlung des Anschaffungswert Schwierigkeiten macht und daß die Frage der Bewertungswillkür nicht vom Tageswert abhängt, sondern von den "Zwecken", die die Bewertenden mit der Bewertung verfolgen. Im Gegensatz zu Fiedler, der den "Zeitwert" Schmidts auch grundsätzlich ablehnt, hält Fischer²⁾ zwar die organische Denkweise für richtig, gibt aber zu bedenken, daß der Wiederbeschaffungswert schwierig zu ermitteln sei. Großmann³⁾ spricht von "in der Regel" großen Schwierigkeiten der Tageswertermittlung, von der hierzu erforderlichen eingehenden Marktkennntnis. Diese wäre allerdings für den Unternehmer bestimmt kein Schaden, und so sie ohnehin vorhanden ist, entfällt Großmanns Argument – besonders deshalb, weil Großmann⁴⁾ noch darauf hinweist, daß die betriebswirtschaftliche Praxis den Tageswert "im allgemeinen nur in der Kalkulation" anerkenne. Wenn man den Tageswert aber für die Kalkulation ermittelt, dann ist es wohl nur noch eine Frage des Aktenumlaufs, um ihn auch dem Bilanzbuchhalter zur Kenntnis zu bringen.

Hax⁵⁾ ist der Meinung, daß die Durchführung einer Scheingewinnkorrektur nicht an technischen Schwierigkeiten zu scheitern brauche, meint aber, daß die Praxis deshalb am Anschaffungswert festhalte, "weil er jeder (?) Willkür entrückt", sei, während der Wieder-

1) Fiedler, F., a.a.O., S.376

2) Fischer, G., a.a.O., S.159

3) Großmann, H., Jahresabschluß, S.35

4) ders., Jahresabschluß, S.36

ders., Abschreibungen, S.59, 84 ff.

5) Hax, K., Bilanzgewinn, S.443

beschaffungspreis vielfach das Ergebnis einer subjektiven Schätzung ist. Wie gesagt: die Schätzungsungenauigkeiten sind geringer als die willkürlich vorgenommenen Unterbewertungen es sein können; Schelowsky¹⁾ schildert, daß kaufmännische Übung und Rechtsprechung sogar Unterbewertungen erstklassiger Forderungen und Bankguthaben, ja sogar des Kassenbestandes (!) noch als zulässig anerkennen. Hoffmann²⁾ erwähnt ebenfalls die Willkürfreiheit des Anschaffungswerts gegenüber dem Tageswert. Außerdem stoße die Durchführung der Schmidtschen Ideen auf große praktische Schwierigkeiten, weil die nachträgliche Ersatzbewertung für jeden einzelnen Verkauf reichlich große Anforderungen stelle³⁾ und die Buchführung in einem Maß belaste, das in einem krassen Mißverhältnis zum Erfolg stünde⁴⁾. Es wurde aber gezeigt, daß die Buchhaltung anschaffungswertig geführt werden muß. Hoffmanns Einwand ist unrichtig, seine Vorstellungen von der Tageswertrechnung sind nicht korrekt. Obwohl Hoffmann⁵⁾ die Meinung vertirt, daß dergestalt vor allem praktische Erwägungen für den Anschaffungswert sprächen und die theoretischen Gründe für den Tageswert, wird als Hauptargument gegen den Tageswert vorgebracht, daß er noch nicht realisiert sei — also ein grundsätzlicher Einwand! Das Niederstwertprinzip spielt aber in diese Frage gar nicht herein und ist dort anzuwenden, wo es der Nominalist übersieht — nämlich bei den Geldwerten.

Widerspruchsvoll sind die Ausführungen bei Imobersteg. Dort heißt es zwar: "Die Ermittlung des Tageswerts für das Umlaufvermögen bietet keine Schwierigkeiten" und "Die Bildung von Mittelwerten erübrigt sich hier, da es für einen Artikel auf dem Markt nur einen (?) allgemeinen Marktpreis gibt";⁶⁾ auch für die Bewertung von Anlagen zeigt Imobersteg⁷⁾, daß ein Tageswert durchaus errechenbar ist. Aber als Ergebnis ihrer Untersuchungen gelangt Imobersteg⁸⁾ dann zu der Feststellung, daß die Tageswertrechnung insgesamt unbestritten (!) die größeren Schwierigkeiten böte und das Rechnungswesen stärker kompliziere als die Anschaffungswertrechnung.

Wie Kalveram⁹⁾, so spricht auch Kosiol¹⁰⁾ von der Schwierigkeit der Tageswertermittlung: Kosiol ergänzt diesen Einwand durch den Hinweis auf eine mögliche **Preisstreuung**, wobei die unterschiedlichen Preise mehrerer Lieferanten nicht bekannt zu sein brauchen. Kosiol — wie übrigens auch Hoffmann¹¹⁾ — übersieht dabei aber, daß auch die Bewertung zum durchschnittlichen Anschaffungswert auf ähnliche Schwierigkeiten stoßen kann. Ferner kommen nur die Preise der Lieferanten in Betracht, von denen der Betrieb tatsächlich kaufen würde, und schließlich wechselt man seine Lieferanten nicht jeden Tag¹²⁾. Ande-

1) Schelowsky, P.: Bewertungsreform, S.146

2) Hoffmann, A., a.a.O., S.278

3) ders., a.a.O., S.328

4) ders., a.a.O., S.273

5) ders., a.a.O., S.278

6) Imobersteg, A., a.a.O., S.20

7) dies., a.a.O., S.21

8) dies., a.a.O., S.23

9) Kalveram, W., Buchhaltung, S.41

ders., Tageswert-Bilanz, S.632

10) Kosiol, E., Bilanzreform, S.135

11) Hoffmann, a.a.O., S.278

12) Bei langfristigen Lieferverträgen zu Festpreisen sind die Marktpreise für die Scheinerfolgskorrektur unerheblich!

rerseits hält Kosiol¹⁾ den Tagesbeschaffungswert als Ersatz für den Teilwert offenbar für die richtige Lösung, und auch in der Kalkulation ist der Tageswert nicht schwierig genug, um auf eine tageswertige Kalkulation zu verzichten²⁾.

Liebl³⁾ meint hinwiederum, die Tageswertrechnung sei eine Rechnung mit mehr oder minder hohem Wahrscheinlichkeitsgrad, sie beinhalte die Möglichkeit absichtlicher Fälschung – anscheinend ist diese Möglichkeit bei der Anschaffungswertrechnung vollkommen ausgeschlossen, und so etwas wie einen Wahrscheinlichkeitsgrad gibt es dort auch nicht. Weil Liebl⁴⁾ aber andererseits ebenfalls eine Scheingewinnkorrektur für richtig hält, schließt er sich dem Verfahren der Substanzerhaltungsrücklage von Hax an. Damit wechselt Liebl aber nur den Namen; sachlich besteht zu den Ideen Schmidts und Schmalenbachs kein Unterschied, Zwar vermerkt Liebl⁵⁾ auch bezüglich der Substanzerhaltungsrücklage die Schwierigkeit einer Ermittlung des Tageswerts, allerdings sind die gegenüber Schmidt geltend gemachten Bedenken hier nicht stark genug, um das Verfahren grundsätzlich abzulehnen.

Lohmann⁶⁾ meint, daß angesichts der Schwierigkeiten der organischen Bewertung der Gedanken, den Gewinn zumindest nach gleichbleibenden Maßstäben zu ermitteln (Dynamik) von hohem (?) praktischen Wert sei. Mahlberg⁷⁾ ist der Meinung, die Generalindexrechnung käme durch einfachere Methoden zum gleichen (?) Ergebnis wie Schmidt, wobei aber die Bewertung zum Tageswert sehr arbeitsreich sei. Er verweist darauf, daß es ungeheuer schwierig sei, eine Nachkalkulation einer Maschine, die etwa ein ganzes Buch ausfülle, zum Tageswert durchzuführen. Mahlberg⁸⁾ lehnt den Tageswert auch grundsätzlich ab: "Hier liegt ein Grundirrtum, denn der Tageswert am Umsatztage ist vielleicht im Durchschnitt der Volkswirtschaft als der 'richtige' Aufwand, keinesfalls aber privatwirtschaftlich als der anzurechnende Aufwand anzusehen." Hierzu mag allerdings vermerkt werden, daß Mahlberg⁹⁾ – zumindest in der erstmals korrigierten Anfangsbilanz – für jede Sachwertgruppe Spezialindexes verwenden will, und daß er es auch als "Ei des Kolumbus" bezeichnet, wenn man zwar mit Anschaffungswerten bilanziere, die Abschreibungen aber tageswertig bemesse¹⁰⁾. Weder ist hier davon die Rede, daß der tageswertige Aufwand nicht der privatwirtschaftlich richtige sei, noch scheinen dem Mahlbergischen Kolumbus-Ei die erwähnten Schwierigkeiten einer Ermittlung des Tageswerts im Wege zu stehen. Daß sich Mahlbergs Kolumbus-Ei von Schmidts Tageswertrechnung im Grundsätzlichen nicht unterscheidet, sei nur am Rande vermerkt.¹¹⁾

1) Kosiol, E., Bilanzreform, S.155

2) ders., Anlagenrechnung, S.79, 80

3) Liebl, J., a.a.O., S.572

4) ders., a.a.O., S.675

5) ders., a.a.O., S.678

6) Lohmann, M., a.a.O., S.106

7) Mahlberg, W., Tageswert, S.9

8) ders., ebenda, S.65

9) ders., Bilanztechnik, S.97, 98

10) ders., Tageswert, S.53 ff.

11) so auch Horn, H.: a.a.O., S.187 ff.

Mellerowicz¹⁾ äußert sich zur Frage des Tageswerts: "Nur weil die praktische Durchführung der Rechnung wichtiger ist als die theoretische Richtigkeit, wird die Abschreibung vom Anschaffungswert der vom Tageswert vorgezogen." Er erwähnt auch, daß wegen des Suchens nach der billigsten Einkaufsquelle der Tageswert beim Umlaufvermögen nicht ohne Problematik sei²⁾ – andererseits wird hier aber festgestellt, daß Anschaffungswerte zur Bewertung des Stoffverbrauchs grundsätzlich falsch seien, daß für die Kalkulation nur die realen Kosten von Bedeutung sind³⁾.

Prion⁴⁾ vertritt die beherzigenswerte Meinung, daß die Tageswertrechnung nicht mit den praktischen Schwierigkeiten der Feststellung der jeweiligen Wiederbeschaffungswerte zu widerlegen sei. Prion stellt die grundsätzliche Frage, ob die Erfolgsrechnung eine Güter- oder eine Kapitalrechnung zu sein habe und entscheidet sich aus dieser Schau heraus für den Ansatz nominaler Anschaffungswerte. Renz⁵⁾ meint, der Tageswert sei schwierig und unsicher zu ermitteln. Schmalenbach⁶⁾, der nun einerseits gerade bei der gebundenen Bestandsrechnung den Zeitwert für erheblich einfacher hält, spricht andererseits ebenfalls von der "Riesenarbeit" und der "Unwirtschaftlichkeit", die mit der Ermittlung des Tageswerts verbunden sei. Scherpf⁷⁾ hält die Abschreibung vom Tageswert für theoretisch richtig, aber schwierig. Sykora⁸⁾ wendet gegen den Tageswert ein, es sei unmöglich, ihn genau zu ermitteln, und Schmidt müßte ferner "bei jedem Verkauf von der Verkaufssumme nicht nur genau den Gewinnzuschlag, sondern bei allen Selbstkostenteilen der Verkaufspreise auch die Differenz gegenüber dem Einkaufspreis ermitteln." Letzteres ist insofern unrichtig, als die Buchhaltung gerade nicht tageswertig geführt werden darf; andererseits verlangt Sykora von der Tageswertrechnung einen Genauigkeitsgrad, der auch bei nominaler Rechnung nicht zu erreichen ist.

Mit Walb⁴⁾ ist ein weiterer Autor zu nennen, der die Tageswertrechnung als technisch "undurchführbar" bezeichnet, aber in der Kalkulation grundsätzlich für den Tageswert eintritt¹⁰⁾. Schmidt¹¹⁾ vermerkt hierzu, daß ihm für diesen Widerspruch das Verständnis fehle. In ein Vortrag über Scheingewinne war Walb außerdem einmal der Ansicht, die mengenmäßige Kapitalerhaltung der Betriebe sei deshalb zu rechtfertigen, weil die Betriebe bei nomineller Rechnung beim Umsatz verlieren würden, nicht dagegen diejenigen, die "auf ihren Sachwerten sitzen bleiben".¹²⁾ Und: "Es kann also für den wirtschaftlich Denkenden (!), wenn nur die Wahl zwischen nomineller und materieller Kapitalerhaltung verbleibt,

1) Mellerowicz, K., Betriebswirtschaftslehre II, S.28

2) ders., Wert, S.58

3) ders., Wert, S.56

4) Prion, W., Wirtschaftsbetrieb II, S.171

5) Renz, E., a.a.O., S.32

6) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 7.A., S.110

7) Scherpf, P., a.a.O., S.94

8) Sykora, G., a.a.O., S.265, 268

9) Walb, E., Erfolgsrechnung, S.409

10) ders., ebenda, S.427

11) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.284

12) Walb, E., Das Problem der Scheingewinne, Verlag Walter Momber, Freiburg 1922, S.13

einzig die die letztere im Grundsatz in Betracht kommen. Materielle Kapitalerhaltung und Verrechnung der Wiederbeschaffungskosten werden damit zum Ausgangspunkt der praktischen Gewinnermittlung. — Dieser Leitsatz ist entwickelt für die Berechnung des Gesamtgewinnes einer Periode. Er sollte folgerichtig auch für die Preisbemessung der Einzelleistung, d.h. bei der Kalkulation zur Anwendung kommen. Hier ist seine Durchführung nicht immer möglich.¹⁾ Damals war es also noch anders, damals war der Tageswert in der K a l k u l a t i o n nicht immer durchführbar! Ferner lehnt Walb²⁾ hier eine Anschaffungswertrechnung unter Korrektur durch Finanzierungsmaßnahmen anstelle der Tageswertrechnung ab. Walb³⁾ vertritt den Tageswert auch bei fallenden Preisen. Er spricht von Scheinverlusten, weil das "als nötig anerkannte Prinzip der Mengeerhaltung vergessen und zu dem der nominellen Kapitalerhaltung zurückgekehrt wird, weil dies für die Betriebe vorteilhafter ist." In einen eklatanten Widerspruch verwickelt sich aber Walb⁴⁾, wenn er betont, daß die Einflüsse von Geldbesitz, Geldforderungen und Geldschulden außer acht (!) zu bleiben hätten und daß eine e r g ä n - z e n d e G e s c h ä f t s p o l i t i k hinzuzutreten habe!! 1926 ist das alles anders; da heißt es bezüglich Schmidts Lehre von der Wertgleichheit: "Dem Betrieb aber vorzuschreiben, er solle etwas, was er wollen darf, nicht wollen, weil sonst das Rechnungswesen nicht kläppe, bedeutet ein unmögliches, utopisches Verlangen."⁵⁾ Und dies, obwohl Schmidt im Gegensatz zu Walb (1922) grundsätzlich nie auf eine Verrechnung einseitiger Geldwerte verzichtet! Obwohl 1922 die mengenmäßige Kapitalerhaltung zu rechtfertigen war, heißt es 1926: "Es zeigt sich demnach, daß diese mengenmäßig bestimmte Kapitalerhaltung wesentliche Mängel in sich birgt. Man konnte sie in der Geldentwertungsperiode wohl zeitweise als eine Behelfsrechnung empfehlen, die besser (!) war als die überkommene; deren vollgütigen Ersatz konnte sie jedoch nicht bedeuten. Nur in diesem Sinne ist sie auch seinerzeit von mir unter Hervorhebung (?) ihrer Mängel befürwortet worden."⁶⁾ Walb hat vollkommen recht: eine Rechnung, die besser ist als die überkommene, kann natürlich keinen vollgütigen Ersatz für diese schlechtere Anschaffungswertrechnung darstellen. Im Jahre 1938 ist Walb⁷⁾ jedoch der Ansicht, die Addition verschiedener Geldwertziffern in der Bilanz ergäbe einen "Wertunsinn", und auch von der fehlenden Wertgleichheit ist wieder die Rede. So gesehen ist kein Wunder, daß die Frage der Scheingewinnkorrektur noch immer ein Problem ist.

Die letzten Autoren, die in der Frage der schwierigen Ermittlung des Tageswerts zu erwähnen wären, sind Walther, Witschi und Wyder. Walther⁸⁾ lehnt den Tageswert in der Erfolgsrechnung grundsätzlich ab und vermerkt, daß dieser bezüglich Anlagen kaum festzustellen sei, wohingegen bei Umlaufvermögen keine so großen Schwierigkeiten bestünden.⁹⁾ Witschi¹⁰⁾ und Wyder¹¹⁾ sind der Meinung, daß gegen die theoretische Rich-

1) Walb, E., Scheingewinne, S.14

2) ders., ebenda, S.15

3) ders., ebenda, S.21

4) ders., ebenda, S.20

5) ders., Erfolgsrechnung, S.335

6) ders., Erfolgsrechnung, S.335, 336

7) ders., Betriebswirtschaftslehre, S.104

8) Walther, A., Wirtschaftslehre II, S.63, 64

9) ders., ebenda, S.88, 94, 96, 97

10) Witschi, E., a.a.O., S.69

11) Wyder, E., a.a.O., S.110 ff.

tigkeit der Überlegungen Schmidts nichts einzuwenden sei, welche Meinung man allerdings nicht ganz teilen kann; Witschi¹⁾ nennt aber als einzige Schwäche Schmidts die Tatsache, daß sich die organische Bewertung nicht oder nur in geringem Umfange in die Praxis umsetzen lassen ("Man kann sich nicht gut vorstellen, wie eine Unternehmung, die über mehrere tausend verschiedene Anlage- oder Umsatzgüter verfügt, deren Marktpreis am Bilanzstichtage herausfinden sollte."), während Wyder²⁾ den sehr vernünftigen Standpunkt vertritt, daß eine richtige Theorie nicht wegen praktischer Schwierigkeiten aufgegeben werden sollte. Wenn genaue Verfahren nicht wirtschaftlich seien, so müßten eben ungenauere, aber wirtschaftlichere Annäherungsverfahren entwickelt werden³⁾. Es wurde schon mehrmals darauf hingewiesen, daß es sinnlos ist, von der Tageswertrechnung zu verlangen, sie müsse "genau" sein, denn auch eine nominale Rechnung — eben jede Bewertung — muß mit ganz erheblichen Toleranzen arbeiten. Wyder⁴⁾ vermerkt, daß man sich bei tageswertiger Erfolgsrechnung beispielsweise auf die Hauptkostenarten beschränken könne. Was Mahlbergs Einwand betrifft, es sei unmöglich, eine hergestellte Maschine tageswertig nachzukalkulieren, so mag vermerkt werden, daß die Kalkulation sehr oft mit Verrechnungspreisen arbeitet, um das Kalkulationsschema stabil zu halten, und daß diese Verrechnungspreise irgendwie wieder auf reale Basis umgerechnet werden müssen — hier müßte nach Mahlberg auch bei anschaffungswertiger Rechnung jede Schraube mit ihrem tatsächlichen Anschaffungswert bewertet werden, so man sich nicht mit einem Preisindex behilft. Dieser mag zwar ungenauer sein, aber in Anbetracht der Wirtschaftlichkeit des Rechnungswesens hinreichend genau. Gerade was die Selbstkostenrechnung anbetrifft, ist festzuhalten, daß sich erhebliche Ungenauigkeiten ergeben können, je nachdem das Erzeugnis die Kosten auch tatsächlich auslöst, die ihm zugerechnet werden. Die Kalkulation ist nur ein Schema.

Schmidt⁵⁾ beschäftigt sich ebenfalls mit der technischen Durchführbarkeit seiner Rechnung, — was nicht allorts bekannt zu sein scheint. Er ist der Ansicht, daß es nicht darauf ankäme, eine absolute Richtigkeit zu erreichen, und erwähnt Zu- und Abschläge für ganze Gütergruppen. Gerade wenn die Ermittlung des Tageswerts besonders schwierig erscheint, ist eine Vergrößerung am Platze. Bender⁶⁾ verwendet beispielsweise den Investitionsgüterindex, und auch bei einigen anderen Autoren⁷⁾ ist heute wieder die Idee eines Spezialindexes anstelle des zu sehr vergrößernden Generalindexes zu finden. Schmidt⁸⁾ meint selbst, daß sich eine Tageswertbilanz in der Technik der Indexmethode anschließen müsse, daß sie nur den Fehler eines falschen Maßstabs, des Generalindexes, zu vermeiden habe, indem als Vergleichsgröße ausschließlich die Wertverschiebung der umgesetzten Produkte zugrunde gelegt wird. Schmidt⁹⁾ sagt ausdrücklich, daß man die laufende Buchhaltung mit Anschaffungspreisen wie bisher zu führen und die Wertkorrektur erst im Zeitpunkt des Abschlusses vorzunehmen habe, welchen Passus all jene — auch die Anhänger Schmidts — beachten sollten, die eine laufende Verbuchung der Wertänderungen "anstreben". Schmidt erwähnt hier, daß über den Tageswert das Warenkonto selbst in Form der letzten Eingänge unterrichte — wer-

1) Witschi, R., a.a.O., S.62 , , ,

2) Wyder, E., a.a.O., S.110 ff.

3) vgl. hierzu auch Hauck, W.: a.a.O., S.84, 85

4) Wyder, E., a.a.O., S.31

5) Schmidt, F., Betriebswirtschaftslehre, S.212

6) Bender, K., a.a.O., S.38

7) Husemann, H.: Scheingewinne bei Abschreibungen vom Anschaffungswert, Bb 1952, S.601

8) Kiesgen, K.: Scheinerfolg und Finanzstruktur, Wp 1953, S.291

8) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.302

9) ders., ebenda, S.246

den aber diese letzten Anschaffungswerte eingesetzt, dann besteht zwischen der Tageswertrechnung Schmidts und der gebundenen Bestandsrechnung Schmalenbachs materiell nicht der geringste Unterschied mehr! An dieser Stelle mag wiederum daran erinnert werden, daß Schmalenbach statt dieses "letzten Anschaffungswertes" den Tageswert nehmen will, weil er leichter (!) zu ermitteln sei. Daneben weisen auch noch Adler-Düring-Schmaltz¹⁾, Beste²⁾, Horn³⁾, Isaac⁴⁾, Mellerowicz⁵⁾ und Sellien⁶⁾ auf die möglichen Schwierigkeiten hin, die einer Bewertung des Umlaufvermögens gerade zum Anschaffungswert entgegenstehen.

Schmidt⁷⁾ stellt ferner fest, daß die Kritik gern vermerke, der Tageswertrechnung stünden unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen, daß sie aber nur sehr selten den möglichen Wegen der Erfassung des Tageswerts nachginge. Sogar die Rieger-Schülerin Enderlen⁸⁾ ist der Meinung, daß oft "allzu billig die Undurchführbarkeit der Methode von Schmidt ins Feld geführt werde." Ungerechtfertigt erscheint der Hinweis auf die Schwierigkeit der Ermittlung des Tageswerts besonders deshalb, weil das Bilanzrecht schon seit Jahrzehnten im Rahmen des Niederstwertprinzips den niederen Tageswert ausdrücklich vorschreibt⁹⁾. Wenn die Ermittlung des Tageswerts so schwierig wäre, wie manche Autoren das Schmidt gegenüber behaupten, so wundert nur, warum sie nicht auch gegen diese Gesetzesvorschrift Sturm laufen. Ferner mag der Umstand Beachtung finden, daß man es wohl als herrschende Meinung bezeichnen darf, daß zumindest in der Kalkulation mit Tageswerten gearbeitet werden soll¹⁰⁾. Offenbar kann also der

1) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., S.423

2) Beste, Th.: Die Verrechnungspreise, Julius Springer Verlag, Berlin 1924, S.29, 30

3) Horn, H.: a.a.O., S.224, 225

4) Isaac, A., Bilanztheorien, S.55, 58

5) Mellerowicz, K., Kostenrechnung, S.430

6) Sellien, R.: Betriebswirtschaftslehre, S.72

7) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.245

8) Enderlen, E., a.a.O., S.5

9) Schmidt, F., Betriebswirtschaftslehre, S.212

10) Beste, Th., a.a.O., S.19, 21, 23

Bühler, O., Bilanz, S.314

Le Coutre, W., Bilanzkunde, 4.A., S.136 ff.

Deckers, P.J.: Abschreibungsprobleme vom Standpunkt der deutschen Wirtschaft, ZfHf 1954, S.238

Engelmann, K., Neutralisierung, S.10

Großmann, H., Abschreibung, S.59, 84 ff.

Hax, K., Jahresabschluß, S.36

Hax, K., Neutralisierung, S.293 ff.

Hellauer, J.: Kalkulation nach den Wiederbeschaffungs- oder nach den tatsächlichen Gestehungskosten, ZHuH 1924, S.41

Horn, H., a.a.O., S.40, 256

Husemann, H., a.a.O., S.600

Kalveram, W., Goldmark, S.60

Tageswert doch ermittelt werden — wenn man ihn nur selbst theoretisch für richtig hält. So seien denn jene, die die Ermittlung des Tageswerts für schwierig oder unmöglich halten, auf die diesbezügliche Literatur verwiesen, denn die genannten Autoren müssen wohl in dieser Frage besonders Bescheid wissen, da man ja den Tageswert in der Kalkulation nicht "nur" am Jahresende, wie zu Zwecken der Erfolgsrechnung, sondern laufend benötigt. Auch was die Frage einer Ermittlung tageswertiger Anlagenwerte betrifft, kann auf die genannte Literatur verwiesen werden, soweit sie die Abschreibungen tageswertig bemessen will (Großmann, Hax, Husemann, Kosiol).

Engelmann¹⁾ hält die Frage einer tageswertigen Kalkulation für so wichtig, daß er der Meinung ist, eine Unternehmung sei schlecht beraten, wenn sie selbst in Zeiten stärkerer Schwankungen der Preise nicht über entsprechendes Informationsmaterial verfüge. Engelmann hält in diesem Fall entsprechende Neueinrichtungen für dringend erforderlich. Das ist richtig, denn schließlich kann ein Unternehmer auch nur bei genauer Marktkennntnis günstig einkaufen; aus diesem Grunde scheint es auch nicht gerechtfertigt, wenn die Theorie z.T. prinzipiell davon ausgeht, daß am Bilanzstichtag niemand im Betrieb über die derzeit gültigen Preise Bescheid wüßte. Wie Bos²⁾ vermerkt, erfordert schon die zeitweise Überprüfung der Verkaufspreise eine Ermittlung der Tageswerte.

Eine Frage, der abschließend noch nachgegangen werden soll, wird von Hax³⁾ aufgeworfen. Er meint, daß bei einer Kalkulation zum Tageswert die Einkaufs- und Eindeckungsgewinne nicht berücksichtigt würden, und zwar deshalb nicht, weil mit dem Wiederbeschaffungswert am Umsatztage kalkuliert werde und nicht mit dem tatsächlichen Ersatzwert. Im Falle einer Preisänderung würden also entweder Spekulationsgewinne als Kosten oder tatsächliche Anschaffungswerte im Verlustfalle nicht als Kosten in Erscheinung treten. Zunächst muß man aber darauf hinweisen, daß diese Frage für die Erfolgsrechnung nicht besteht, da im Rahmen der gebundenen Bestandsrechnung tatsächlich der Ersatzwert (=An-

Fortsetzung von Seite 197

Kosiol, E., Anlagenrechnung, S.79, 80

Mahlberg, W., Bilanztechnik, S.3

ders., Tageswert S.33

Meier, A., a.a.O., S.389

Mellerowicz, K., Betriebswirtschaftslehre III, S.18

ders., Kostenrechnung, S.105

Prion, W., Wirtschaftsbetrieb II, S.172

Schmalenbach, E., Selbstkostenrechnung, S.275

Schmaltz, K., Aufwand, Sp. 278, 279

Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.246

Walb, E., Erfolgsrechnung, S.427

Walther, A., Wirtschaftslehre II, S.208, 209

Wyder, E., a.a.O., S.4, 5, 36, 77

1) Engelmann, K., Neutralisierung, S.26

2) Bos, W.: Innerbetriebliche Verrechnungspreise in der Kostenrechnung, Bb 1951, S.411

3) Hax, K., Neutralisierung, S.295, 296

schaffungswert) in Erscheinung tritt. Aber auch was die Kalkulation betrifft, wird der Einwand von Hax nicht für richtig gehalten. Denn — es sei hier auch an die entsprechenden Darstellungen über den Ersatzwert erinnert, sowie an die ausdrückliche Ablehnung des Ersatzwertes seitens Schmidts und anderer Autoren — gerade die Differenz zwischen Tageswert am Umsatztage und dem tatsächlichen Ersatzwert stellt ja den Dispositionserfolg dar, der **n i c h t** als Kosten, bzw. Aufwand erscheinen soll. Mit dem Umsatz wird die Ware zu einem nominellen Geldwert, gegenüber dem jede Preisänderung echter Erfolg ist, und diese Erfolge dürfen auf die Berechnung der Selbstkosten keinen Einfluß haben. Wenn der Ersatzwert von kalkulierten Tageswert abweicht, so ist das ein Risiko des Unternehmers, das positiv und negativ wirksam werden kann, das aber den Käufer der Ware in keiner Weise mehr berührt. Hax kommt mit seinem Hinweis auf den Ersatzwert gerade zu dem, was er vermeiden will.

III. Die Erhaltung des nominellen Eigenkapitals

1. Vermögens- oder Kapitalerhaltung

Weil bei steigenden Preisen und nomineller Rechnung Scheingewinne ausgewiesen, versteuert und ausgeschüttet werden und weil derartiges zu Lasten der Substanz der Unternehmung geht, bezeichnet man Rechnungsmethoden, die Wertänderungen erfolgsneutral abgrenzen wollen, auch als bestimmte Methoden der Erhaltung der Unternehmung. Dabei wird jedoch nicht immer ganz korrekt verfahren. So wird es hier nicht für richtig gehalten, wenn beispielsweise Fiedler¹⁾ meint, daß "zum Zwecke der Kapitalrechnung nicht anders bewertet werden kann, als zu den Kosten, d.h. den Kapitalteilen, mit denen beschafft worden ist. Rechneten wir mehr oder weniger heraus, dann würden wir keine Kapital- sondern eine Vermögensrechnung machen." Ähnlich meint Witschi²⁾, die Kontroverse Anschaffungswert — Tageswert sei die Frage, "ob nun eigentlich das Kapital oder das Vermögen erhalten werden soll." Wenn eine derartige Unterscheidung nicht für richtig gehalten wird, dann schon allein aus dem formalen Bedenken heraus, daß die Bilanz eine Doppelrechnung des Kapitals nach Form und Quelle ist. Die fundamentale Bilanzgleichung lautet: Vermögen = Kapital. Man kann deshalb nicht in Vermögens- oder Kapitalerhaltung trennen, eines bedingt das andere.

Hinter dem Begriff der Vermögenserhaltung steckt nicht nur ein formaler Fehler. Ein Teil der Literatur verbindet mit dem Begriff der Tageswertrechnung ganz konkret die Erhaltung einer bestimmten Substanz, eine mengenmäßige Erhaltung der Unternehmung. Es mag einleuchten zu sagen, Schmidt fordere eine mengenmäßige Substanzerhaltung — richtig ist es aber nicht. In Bezug auf die oben geäußerten formellen Bedenken ist es richtiger, wenn Walb³⁾ neben der nominellen Kapitalerhaltung mit Anschaffungswerten von der realen Kapitalerhaltung mittels des Generalindexes und der materiellen Kapital (!)erhaltung nach Schmidt spricht und nicht in Vermögens- oder Kapitalerhaltung unterscheidet. Diese Einteilung könnte man akzeptieren, wenn Walb⁴⁾ nicht der Ansicht wäre, Schmidt (materielle Kapitalerhaltung) wolle dem Betrieb einen gleichen Bestand an Gütermengen sichern. Bezüglich der realen Kapitalerhaltung (Generalindexbilanz) legt Walb⁵⁾ Wert auf die Feststellung, daß durch sie keinesfalls die "geldkapitalistische Grundeinstellung geändert" werde; er spricht nur von einer "verbesserten geldkapitalistischen Rechnungsart". Dies mag als Absicherung gegenüber einer Meinung bewertet werden, wie sie beispielsweise Prion vertritt. Prion⁶⁾ begründet nämlich seine Ablehnung der Tageswertrechnung entscheidend damit, daß die Substanzrechnung der Idee der Jahresbilanz als der Kapitalrechnung der Unternehmung widerspräche, ebenso wie dem gesamten geldmäßig orientierten Wirtschaftsleben. Prion ist eben der Meinung, Schmidt strebe eine mengenmäßige Abrechnung an, und Walb will seinerseits nicht in den Verdacht kommen, daß die Generalindexrechnung eine Substanzrechnung sei. Daher wohl der Hinweis auf die verbesserte geldkapitalistische Rechnungsart.

1) Fiedler, F., a.a.O., S.294, 295

2) Witschi, R., a.a.O., S.116, 115, 119

3) Walb, E., Erfolgsrechnung, S.332 ff.

4) ders., Erfolgsrechnung, S.339 ff.

5) ders., Erfolgsrechnung, S.342

6) Prion, W., Wirtschaftsbetrieb II, S.171

Es wurde oft genug darauf hingewiesen, daß die Tageswertrechnung Schmidts nur eine Spezialindexrechnung ist; in diesem Sinne könnte man Walbs Unterscheidung in reale (Generalindex) und materielle (Spezialindex) Kapitalerhaltung akzeptieren. Walbs Hinweis aber darauf, daß die Tageswertrechnung eine mengenmäßige und keine verbesserte geldkapitalistische Rechnungsweise darstelle, machen dies unmöglich. Es ist nicht richtig Schmidt wegen seiner Forderung nach dem Tageswert eine mengenmäßige Erhaltung der Unternehmung zu unterstellen. Schmidts Kapitalerhaltung trägt genauso viel oder wenig Mengencharakter wie eine Generalindexrechnung — Schmidt verwendet mit dem Tageswert nur ein anderes, sinnvolleres Wertmaß. Was Schmidt will, ist doch nicht der konkrete Ersatz irgendeines ganz bestimmten Guts, sondern der Ersatz des in dieses Gut einst investierten Realkapitals. Schmidt strebt nur eine richtige Rechnung, eine richtige "geldkapitalistische" Kapitalrechnung an und nichts anderes. Es ist unrichtig, wenn Enderlen¹⁾ unter Bezugnahme auf Rieger behauptet, Schmidt betreibe eine Güterrechnung und wegen dieser Umgehung der Geldrechnung sei Schmidt abzulehnen. Zwar gelangt Enderlen²⁾ zu der Feststellung, daß die Tageswertrechnung nur eine "Art Güterrechnung" sei, weil sich Schmidt schließlich der Geldeinheit bediene, aber die Darstellung baut trotzdem auf der These auf, daß Schmidt eine reine Güterrechnung anstrebe;³⁾ dies deshalb: "Während also für Schmidt die Preisverschiebungen auf dem Markt Änderungen der Kaufkraft des Geldes oder kurz des Geldwerts bedeuten, sieht Rieger in den Preisänderungen nichts anderes als — Preisänderungen; das Geld als technisches Verrechnungs- und Zahlungsmittel kann in seiner Qualität durch solche Vorgänge auf dem Markt nicht berührt — weder verbessert noch verschlechtert — werden."⁴⁾ Offenbar existiert weder für Rieger noch für Enderlen der fundamentale volkswirtschaftliche Lehrsatz, daß der Geldwert durch das reziproke Preisniveau dargestellt wird. Auch Kosiol⁵⁾ fühlt sich zu der Feststellung berufen: "Eine Durchsetzung des Tageswerts in der Handelsbilanz würde dagegen den endgültigen Verzicht auf die geldmäßige Erfolgsrechnung und damit eine Verarmung unseres kaufmännischen Rechnungswesens bedeuten." Eine Tageswertrechnung ist ein Verzicht auf den Nominalismus, nicht auf die Geldrechnung; Schmidt rechnet in Geld, nicht in Mengeneinheiten. Ähnlich meint Fettel⁶⁾, ein Anhänger Riegers extrem nominalistischer Auffassung⁷⁾, die reale Rechnung sei eine Korrektur an der Geldeinheit und man müsse die Ursachen (!) der Geldwertänderung beseitigen (damit die nominelle Rechnung wieder richtig wird). Hierzu ist zweierlei zu vermerken. Erstens ist es unrichtig zu behaupten, die Tageswertrechnung Schmidts oder jede andere Scheingewinnkorrektur bedeute ein Abgehen von der Geldrechnung. Worüber der Streit geht,

1) Enderlen, E., a.a.O., S.4, 9

2) dies., a.a.O., S.10

3) dies., a.a.O., S.18

4) dies., a.a.O., S.9

5) Kosiol, E., Bilanzreform, S.40

6) Fettel, .; Die nominelle Geldrechnung und ihre Aussagen, BFuP 1951, S.8

7) Rieger steht damit relativ isoliert da:

Hax, K.: Bilanzgewinn, S.436

Rieger selbst: Tageswertbilanz, S.138

Schnettler, A.: Substanzerhaltung, S.201

Ist eine reine Bewertungsfrage, es ist die Frage, ob eine Ware, deren Anschaffungswert 10 und deren Tageswert 20 ist, am Bewertungsstichtag 10 oder 20 Geldeinheiten wert ist. Es wäre ebenso unsinnig, wenn jemand im Bewertungsstreit Anschaffungswert — Veräußerungswert etwa behauptete, die Bewertung zum Veräußerungswert wäre keine Geldrechnung. Es ist nicht richtig, wenn Rieger¹⁾ behauptet: "Es kann Fälle geben, in denen die Geldrechnung versagt, dann gehe man zu einer anderen Rechnung über, man suche sich durch Indices oder irgendwie zu behelfen, aber eine verbesserte Geldrechnung ist das nicht." Zweitens ist zu vermerken: Fettel meint, man müsse die Ursachen der Geldwertänderung beseitigen — das hieße aber jede Preisänderung verbieten! Fettel vertritt hier offenbar die Meinung Riegers, daß Preisänderungen — eben nur Preisänderungen seien.

Auch von anderen Autoren wird die Möglichkeit der speziellen Geldwertänderung (infolge spezieller Preisänderung) nicht immer richtig gewürdigt. So bestreitet beispielsweise Mahlberg²⁾ die Gültigkeit der organischen Rechnung Schmidts in geldwertstabilen Zeiten — aber sie hat hier ebenfalls ihre Berechtigung. Scheingewinne gibt es auch dann, wenn sich der Wert einer Währung nicht in- oder deflatorisch verändert. In der Sache weist Engelmann³⁾ mit Recht darauf hin, daß es für das einzelne Unternehmen gleichgültig sei, aus welcher Wurzel letzten Endes die Preisänderung und damit die Geldwertänderung stammt, aus der Geld- oder aus der Warensphäre. Die Frage, die hier Engelmann anschneidet betrifft den Unterschied, den Schmalenbach⁴⁾ bezüglich Geldwertänderungen und Sachwertänderungen macht. Erstaunlich ist dabei, daß Schmalenbach⁵⁾ eine Korrektur von Sachwertschwankungen bei Anlagen völlig ablehnt, obwohl er sie beim Umlaufvermögen im Rahmen seiner gebundenen Bestandsrechnung vertritt, und daß er gegenüber der Tageswertrechnung Schmidts vermerkt: "Wenn Preissteigerungen nicht von der Warensseite, sondern von der Geldseite her kommen, sind andere und nachdrücklichere Mittel nötig, als sie die Theorie der Substanzerhaltung zu liefern vermag."⁶⁾ Hier übersieht Schmalenbach erstens, daß die Tageswertrechnung nur eine Spezialindexrechnung ist, daß das "nachdrücklichere Mittel", das er in Form der Generalindexrechnung parat hat,⁷⁾ auf der gleichen "Substanzerhaltung"-Ebene aufbaut und sich nur durch das Umrechnungsmaß unterscheidet; zweitens übersieht Schmalenbach, daß er diese Spezialindexrechnung, dies nicht genügend nachdrückliche Mittel, in Form der gebundenen Bestandsrechnung selbst vertritt.

Ähnliche Gedanken findet man bei Walther. Walther⁸⁾ stellt fest, daß die Preisschwankungen über kurze Fristen viel stärker sind als die generelle Geldentwertung, weshalb letzterer Einfluß in der Periodenrechnung praktisch nicht zur Geltung käme, und daß deshalb die Bewertung zu Tageswerten nicht am Platze sei. Gerade das Gegenteil ist der Fall: ist man ein Anhänger einer Generalindexrechnung, könnte man bei relativ unbedeutenden Veränderungen des gesamten Preisniveaus auf diese Scheingewinnkorrektur verzichten. Die Tatsache der kurzfristig stark veränderlichen einzelnen Güterpreise beweist gerade die Notwendigkeit

1) Rieger, W., Privatwirtschaftslehre, S. 252

2) Mahlberg, W., Tageswert, S. 5

3) Engelmann, K., Neutralisierung, S. 1

4) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12. A., S. 170 ff.
ders., Preisveränderungen, S. 49 ff.

5) ders., Dynamische Bilanz, 12. A., S. 171

6) ders., Preisveränderungen, S. 54

7) ders., Preisveränderungen, S. 56 ff.

8) Walther, A., Wirtschaftslehre II, S. 61, 98

einer Spezialindexkorrektur. Walther¹⁾ meint allerdings, bei derartigen kurzfristigen speziellen Preisänderungen lägen keine Scheingewinne, sondern nur echte Dispositionserfolge vor. Walther hat hier aber den Umstand nicht beachtet, daß eine Preisänderung nur dann und insoweit echten Dispositionserfolg darstellt, als ein Betrieb mit Fremdkapital finanziert ist daß jede Preisänderung im Beschaffungsmarkt gegenüber dem Eigenkapital nur einen Scheinerfolg bedeutet. Was die geschickte Einkaufspolitik betrifft, so wurde nachgewiesen, daß eine Spezialindexrechnung dieses Pendeln zwischen Geld- und Sachform des Kapitals voll und ganz als echten Erfolg ausweist (Ersatzwertgedanke). Walthers Ablehnung einer Spezialindexkorrektur ist nicht stichhaltig.

Weil Schmidt nur eine richtige statt einer falschen Kapitalrechnung, aber keine Güterrechnung fordert, ist es unrichtig, von einer mengenmäßigen Erhaltung zu sprechen, wie das neben den bereits genannten Autoren noch Bender²⁾, Borkowsky³⁾ und Liebl⁴⁾ tun. Bender sagt zur materiellen Kapitalerhaltung Schmidts: "Die zu Beginn vorhandene Substanz soll in gleicher Form erhalten bleiben." Schmidt kommt es aber nur auf die Erhaltung des zu Beginn vorhandenen Kapitals an, nicht einer bestimmten Kompination von Produktionsmitteln. Deshalb ist es zweckmäßig, bezüglich der Frage der Kapitalerhaltung lediglich in nominelle oder reale Kapitalerhaltung zu unterscheiden, letztere in ihren beiden Formen des General- und des Spezialindexes. Freilich wäre es noch besser, lediglich von nomineller und realer Erfolgsrechnung zu sprechen, denn die Indexrechnung will nur den Vergleich des Betriebsvermögens, auf Grund dessen sich der Erfolg errechnet, auf realer Basis durchführen — die Erhaltung des Kapitals kann nominell oder real nur durch entsprechende Betriebsführung erreicht werden, nicht allein durch eine richtige Rechnung.

Auf der Ebene der soeben zitierten Äußerung Benders liegen auch noch folgende Feststellungen Borkowsky und Walthers; Borkowsky⁵⁾ wendet gegen Schmidt ein, die Wiederbeschaffungsmöglichkeit habe bei der technischen Entwicklung häufig für den Unternehmer gar keinen Wert. "Es nützt einem Spediteur nichts, wenn er sich die Wiederbeschaffung eines Pferdefuhrwerks sichert, jedoch ein Automobil braucht." Auch Walther⁶⁾ wendet gegen die Abschreibung von Wiederbeschaffungswert ein, daß es "gar keinen Sinn (hätte), Gegenstände des Anlagevermögens — Maschinen, Einrichtungen und Gebäude — in gleicher Gestalt wiederzubeschaffen, weil mit Ausnahme von Grund und Boden keine Anlagen dem Schicksal des Veraltens entgeht." Dieser Einwand ist unrichtig. Wenn eine Abschreibung deshalb abzulehnen wäre, weil bei der tatsächlichen Wiederbeschaffung gar nicht mehr die gleiche Anlage eingestellt würde, dann wäre doch zu allererst die Abschreibung vom Anschaffungswert der gegenwärtig im Betrieb befindlichen Maschine gegenstandslos, dann wäre doch gerade die Abschreibung vom Wiederbeschaffungswert der Maschine zu fordern, die man am Bilanzstichtag tatsächlich nachbeschaffen würde! Walther⁷⁾ stellt

1) Walther, A., Wirtschaftslehre II, S. 63, 64

2) Bender, K., a.a.O., S.37

3) Borkowsky, R., a.a.O., S.112

4) Liebl, J., a.a.O., S.573

5) Borkowsky, R., a.a.O., S.138

6) Walther, A., Wirtschaftslehre, S.94

7) ders., ebenda, S.139

sogar noch fest, daß es sich nicht um eine Selbstfinanzierung, sondern um "gewinnschmälernden Aufwand" handle, wenn die Unternehmung bei der Wiederbeschaffung aus Wettbewerbsgründen bessere Anlagen nachbeschaffen müsse. Diese Feststellung Walthers ist wenig sinnvoll. Walther lehnt die Abschreibung vom Tageswert ab, weil die Anlage nicht in gleicher Form wiederbeschafft werde — genau deshalb ist er der Meinung, daß sogar noch die technische Verbesserung als Aufwand in Ansatz kommen solle, was einer Abschreibung vom Ersatzwert gleichkäme, die aber bereits abgelehnt wurde.

Was will dagegen Schmidt? Er will lediglich das investierte und in Form von Abschreibungen zu liquidierende Realkapital als Aufwand ansetzen — von der Nachbeschaffung der Substanz in einer bestimmten Form ist nicht die Rede, auch nicht von einer Abschreibung auf den Ersatzwert. Jedenfalls wäre gerade Walther als Musterfall einer "substanziellen" und nicht kapitalmäßigen Auffassung zu nennen — nicht Schmidt.

Hier muß auch noch einmal zu Rieger Stellung genommen werden. Rieger¹⁾ ist nämlich trotz seiner etwas seltsamen Auffassung von der Geldrechnung der Meinung, eine **Indexrechnung**, die unter Zubilligung gewisser Toleranzen auch genauer sei als die nominale Rechnung (!), sei durchaus zu verantworten. Rieger²⁾ stellt sogar noch fest: "Man kann vielleicht jetzt ungefähr ausrechnen, was man verloren hat, aber schwerlich kann man das Verlieren durch derartige Hilfsmittel verhüten." — Es erhebt sich hier die Frage, warum dann Rieger überhaupt gegen Schmidt polemisiert; die organische Rechnung ist nur eine Spezial-Indexrechnung und sie will nichts anderes, als den Erfolg richtig errechnen. Auf die Frage, wie Geldwertverluste durch **Disposition zu vermeiden sind**, antwortet Schmidt mit der Lehre von der Wertgleichheit — und hier meinen dann andere, diese sei ein Bestandteil der Indexrechnung!

Abschließend ist festzustellen: Man kann nicht zwischen Vermögens- oder Kapitalerhaltung unterscheiden, es ist gleichermaßen unrichtig, Schmidt eine mengenmäßige Erhaltung zu unterstellen oder zu behaupten, die Tageswertrechnung sei keine Geldrechnung. Es gibt in dieser Frage nur einen Unterschied: nominelle oder reale Erfolgsrechnung. Ein Vertreter der letzteren ist Schmidt.

2. Das Prinzip des doppelten Minimums.

Der Begriff des Prinzips des doppelten Minimums dürfte von Karl Hax geprägt worden sein. Hax³⁾ geht davon aus, daß bei steigenden Preisen "mindestens" reale, bei sinkendem (z.T.) "mindestens" nominale Kapitalerhaltung zu fordern sei. In Analogie zum Niederstwertprinzip (frz. "principe d'un double maximum"), das "höchstens" den Anschaffungswert oder "höchstens" den Marktpreis vorschreibt, spricht Hax hier vom Prinzip des doppelten Minimums.

Wie bekannt, will Hax im Rahmen seiner Substanzerhaltungsrücklage bei steigenden Preisen die Wertänderung am ruhenden Vermögen vom echten Erfolg abspalten. Nach Hax stellt diese Substanzerhaltungsrücklage nicht eine Wertänderung des Eigenkapitals dar, sondern echten, wenn auch noch nicht endgültig realisierten Gewinn. Analog geht Hax⁴⁾ bei

1) Rieger, W., Privatwirtschaftslehre, S.258

2) ders., ebenda, S.259

3) Hax, K., Bilanzgewinn, S.450

4) ders., ebenda, S.455

ders., Substanzerhaltung, S.535

sinkenden Preisen davon aus, daß die Wertänderungen echte Verluste seien, die aber solange erfolgsneutral verbucht werden könnten, als eine aus bislang noch nicht endgültig realisierten Gewinnen gebildete Substanzerhaltungsrücklage vorhanden ist. Ist diese aufgezehrt, will Hax weitere Wertänderungen als echte Verluste in Ansatz bringen. Wegen der Behandlung der Substanzerhaltungsrücklage als noch nicht endgültig realisierten Gewinn spricht Hax¹⁾ auch von einem "erweiterten Realisationsprinzip", das nach Ansicht von Hax bezüglich des Vorratsvermögens vom überwiegenden Teil der Fachleute vertreten wird. Hax bemängelt nur, daß es nicht auf das Anlagevermögen angewandt wird. In beiden hat Hax recht. Wertänderungen gibt es auch bei Anlagen, und das erweiterte Realisationsprinzip wird in der neueren Literatur auch noch von anderen Autoren²⁾ vertreten. Das ist allerdings noch kein Anlaß, dieses Prinzip als richtig zu akzeptieren; es wird hier im Gegenteil ganz entschieden die Meinung vertreten, daß es nicht richtig ist, auch wenn das Prinzip des doppelten Minus bei der nominell eingestellten Praxis sicher auf Sympathien stoßen mag.

Warum ist das Prinzip des doppelten Minimums unrichtig? Man sehe sich die Begründung an, die Hax hierfür gibt. Hax³⁾ meint, "Verluste" könnten nur solange neutralisiert werden, als ehemalige Gewinne vorhanden sind, weil sonst "das ursprüngliche Nominalkapital nicht mehr gedeckt" ist. "Das leuchtet am ehesten ein, wenn man annimmt, daß es sich dabei um Fremdkapital handelt; aber der Gläubiger wird auf Rückzahlung von 1 000 DM bestehen und sich nicht etwa mit 800 begnügen, weil der Ankaufspreis des aus dem Kredit beschafften Gütervorrats von 1 000 DM auf 800 DM gesunken ist." An anderer Stelle meint Hax⁴⁾: "Dabei ist zu beachten, daß eine grundsätzliche Abkehr vom Gedanken der nominalen Kapitalerhaltung nicht möglich ist, solange unser Wirtschaftssystem auf der Geldrechnung aufbaut und solange das Fremdkapital in den Betrieben nominell gebunden ist. Das wird klar erkennbar, wenn man die Konsequenzen eines Preisrückganges überprüft."

Die Beweisführung von Hax ist angreifbar. Um zu beweisen, daß Wertänderungen am Eigenkapital als echte, wenn auch noch nicht endgültig realisierte Erfolge anzusprechen sind, nimmt Hax an, daß es sich um Fremdkapital handle! Die Frage der Geldrechnung ist jedoch, keinesfalls notwendigerweise mit dem Gedanken der nominalen Kapitalerhaltung verknüpft und gerade die Tatsache, daß es in unserem Wirtschaftssystem Eigen- und Fremdkapital gibt, macht eine wesensmäßig bedingte, unterschiedliche Behandlung einer Preisänderung gegenüber diesen beiden Kapitalarten erforderlich. Selbstverständlich ist gegenüber dem Fremdkapital jede Preisänderung echter Gewinn oder Verlust — und dann ist dieser echte Erfolg, wenn die Rückwandlung der Ware in Geld sowie die Rückzahlung des Kredits stattgefunden hat, endgültig realisiert und nicht nur vorläufig erzielt. Aber neben dem Fremdkapital gibt es noch das Eigenkapital, das gegenüber den Sachwerten eben gerade nicht nominell gebunden ist, sondern sich danach bemißt, was die Aktiven "wert" sind. Gerade die Tatsache des Vorhandenseins des Eigenkapitals, eines Kapitals, dessen Höhe sich nach den Aktiven und nicht nach einer "juristisch" fixierten Forderung bemißt — gerade diese Tatsache ist doch dafür verantwortlich, daß es das Problem der Scheinerfolge überhaupt gibt! Gäbe es nur nominell

1) Hax, K., Bilanzgewinn, S.457

2) Engelmann, K.: Neutralisierung, S.27 ff.

Liebl, J., a.a.O., S.639, 677

Maier, A., a.a.O., S.392

3) Hax, K., Neutralisierung, S.534

4) Hax, K.: Gruppenbewertung und Rechnen mit eisernen Beständen, BB 1955, S.793

gebundenes Fremdkapital, gäbe es keine Scheinerfolge, gäbe es nur echte Erfolge, wäre ja die nominelle Rechnung richtig. Preisänderungen stellen gegenüber dem Fremdkapital echte Erfolge dar, weil der Wert der damit finanzierten Ware nominell steigt oder fällt, während das Fremdkapital nominell gleichbleibt, da es sich auf Grund eines nominellen Anspruchs berechnet. Das Eigenkapital berechnet sich aber nach dem Wert der Aktiven, es ist eine elastische Größe, es ist so viel wert wie die Aktiven wert sind. Deshalb gibt es keinen Gewinn am Eigenkapital, deshalb gibt es Scheingewinne, deshalb ist nur eine Preisänderung an einer mit Fremdkapital finanzierten Ware echter Erfolg, ~~weil~~ hier mehr oder weniger Substanz zurückgezahlt werden muß, als man sich ausgeliehen hat. — Die im Aktienrecht geforderte nominelle Bindung des Eigenkapitals kann diesbezüglich nur rein formeller, nicht aber sachlicher Natur sein — und bei den Personalgesellschaften wird die Vorstellung, das Eigenkapital sei irgendwie nominell gebunden, völlig gegenstandslos.

Das Eigenkapital gibt einen Anspruch auf Sachwerte, das Fremdkapital einen auf Geldeinheiten. Bei einem Preisfall von 1 000 auf 800 kann der Eigenkapitalgeber seinen Anspruch nur mehr mit 800 bemessen. Weil der Fremdkapitalgeber aber nach wie vor 1 000 fordert, muß der Betrieb 200 Substanz veräußern, um den Gläubiger zu befriedigen. Andererseits ist eine Preissteigerung auf 1 200 gegenüber dem Fremdkapital echter und gegenüber dem Eigenkapital nur Scheingewinn. Es gibt nur Wertänderungen oder Gewinn, nicht aber den Begriff des Gewinnes, den man erzielt hat, aber vielleicht doch noch nicht erzielt hat. Eine unterschiedliche Finanzierung hat eine unterschiedliche Beurteilung jeder Preisänderung zur Folge¹⁾. Wieso kämen sonst die Vertreter der Generalindexrechnung dazu, die Wertänderungen an den nominellen Bilanzbeständen als echten Erfolg, aber die das Eigenkapital betreffenden Preisänderungen nur als Scheinerfolge zu behandeln? Der Eigenkapitalgeber hat sein Schicksal auf Gedeih und Verderb mit der Unternehmung verbunden, er ist Eigentümer der Unternehmung, nicht der Inhaber eines Geldtitels; für ihn liegt ein Verlust nur dann vor, wenn seine Unternehmung substanziell etwas verliert — ob die Preise den Wert seiner Unternehmung nominell aufblähen oder verringern, interessiert ihn wenig; er ist der Inhaber der Unternehmung, nicht eines juristisch fixierten Anspruchs auf Geld. Es ist unrichtig, wenn Hax für die Behandlung der Preisänderungen am Eigenkapital zum Beweise das Fremdkapital heranzieht.

Hier mag auch noch kurz zu einer ebenfalls nicht stichhaltigen Ansicht Lohmanns Stellung genommen werden. Lohmann²⁾ meint, es sei die Frage berechtigt, warum bei Preissteigerungen nur das Eigenkapital, nicht aber auch das Fremdkapital erhalten werden sollte. Lohmann übersieht hier wesensmäßige Grundtatbestände; nämlich daß das Fremdkapital eine Finanzierungsart ist, die gegenüber realer Erhaltung immun sein will. Das Fremdkapital will ja nichts anderes als nominelle Zurückzahlung seiner Werte und eine feste Verzinsung, es will nicht am Unternehmungsrisiko teilhaben. Das wird in Zeiten des Preisdrucks deutlich; Hier muß das Fremdkapital zu Lasten des Eigenkapitals erhalten werden. Ob wohl Lohmann hier auch fragen würde: Warum soll nur das Fremdkapital, nicht aber auch das Eigenkapital erhalten werden, warum soll das Eigenkapital den Verlust allein tragen? Ja warum wohl?? — Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß vertragliche Wertsicherungen (Indexklauseln) laut § 3 des Gesetzes Nr.3 (Währungsgesetz) vom 20.6.48 praktisch verboten sind, weil derartige Klauseln der Genehmigung der für die Devisenbewirtschaftung zuständigen Stellen bedürfen.³⁾

1) vgl. hierzu

Rentrop, S.: Echte und unechte Scheingewinne, Bb 1952, S.353 ff.

2) Lohmann, M., a.a.O., S.107

3) Rentrop, S.: Wertrisiko und Wertsicherung in der Bilanz, Bb 1952, S.171

Ähnlich wie Lohmann meint auch Walther¹⁾: "Obschon wir mit beiden Füßen auf dem Boden der privaten Wirtschaft stehen (nur wissenschaftlich nicht auf dem Boden der Privatwirtschaftslehre), vermögen wir die Forderung, daß die Kaufkraft des Inhaberkapitals erhalten werden müsse, logisch nicht zu begründen. Vor allem können wir nicht einsehen, warum das ein Privileg des Inhaberkapitals sein soll, während das Schuldkapital machtlos der Geldentwertung ausgesetzt ist. Wie seltsam sich diese Forderung auf das Verhalten der einzelnen Unternehmungen auswirken müßte, ergibt sich aus der einfachen Überlegung, daß eine Unternehmung mit relativ viel Inhaberkapital bei einer Geldentwertung höhere Preise stellen müßte, um erhalten zu bleiben, als eine sonst gleiche mit wenig Inhaberkapital." — Eine Unternehmung mit mehr Fremdkapital kann im Falle einer Preissteigerung aber tatsächlich billiger verkaufen, weil sie einen entsprechenden Dispositionsgewinn am "machtlosen Schuldkapital" erzielt. Daß das Eigenkapital Risikoträger ist, daß sich das Fremdkapital davon durch eine rechtliche Absicherung unterscheidet, daß dies der sachliche Grund dafür ist, daß es Fremdkapital überhaupt gibt, all das scheint für Walther nicht zu existieren.

Hax geht davon aus, daß bei Preissenkungen ein echter Verlust zu verbuchen ist, wenn das nominell gebundene Eigenkapital angegriffen wird. Es wurde darauf hingewiesen, daß diese nominelle Bindung nur formeller Natur sein kann; wenn die Juristen das verlangen, so haben sie ihre Gründe dafür. Materiell ändert sich aber am Charakter des Eigenkapitals nichts; es wird in Höhe der nominellen Bindung nicht zur Obligation. Trotzdem ist diese nominelle Bindung für Hax Anlaß, von echten Verlusten zu sprechen, wenn das nominelle Eigenkapital unterschritten wird; er hat, wie manch anderer, die Perspektive dafür verloren, daß der Komplex Grundkapital + Rücklagen nur eine formelle Aufteilung des Eigenkapitals darstellt. Hier behauptet nun Hax: Solange man Preisänderungen von den Rücklagen (noch dazu einer ganz bestimmten Art) absetzen kann, handelt es sich um keine Verluste — nur um die Auflösung noch nicht endgültiger Gewinne. Gelangt man aber an das Grundkapital, so hören plötzlich die Scheinerfolge auf (abgesehen davon: Hax verbucht bis dahin jede Wertänderung unterschiedslos als Wertänderung, ohne auf die Frage der Finanzierung, d.h. auf echte Erfolge gegenüber dem Fremdkapital zu achten!) und es beginnen die echten Verluste. In der Sache hat sich nichts geändert: Das Grundkapital ist genauso Eigenkapital wie die Rücklagen, und die Preisänderungen, die dies Eigenkapital betreffen, sind für die Unternehmung nach wie vor erfolgsneutrale Wertänderungen. Weil aber die Juristen formell einen Strich zwischen Grundkapital und Rücklagen, also zwischen Ausgangskapital und Zuwachskapital gezogen haben, ändert sich nach Hax die Sache! Wenn das Gesetz eine formelle Trennung verlangt, so ist dem selbstverständlich Rechnung zu tragen, aber ebenfalls nur formell; es ist eine aktive Wertberichtigung zu bilden.

Witschi²⁾ macht in dieser Frage eine wenig sinnvolle Bemerkung: "In einem solchen Falle werden sich die Gläubiger nicht mit einem Ausgleichskonto trösten lassen, auf dem die Wertsumme des Warenlagers aufgezeichnet ist, das dieses in normalen Zeiten hätte." Angenommen, man würde im vorliegenden Fall eine Wertänderung nach nomineller Auffas-

1) Walther, A., Wirtschaftslehre II, S.58

2) Witschi, R., a.a.O., S.118

sung als echten Verlust buchen, dann würde sich an der Bilanz materiell nicht das geringste ändern; über dem sich infolge der nominellen Bindung des Eigenkapitals ergebenden Aktivposten stünde statt "Wertberichtigung" lediglich "Verlust" oder "Unterbilanz". Witschi würde dies Verfahren offensichtlich ebenfalls für wenig sinnvoll halten, denn die Gläubiger lassen sich doch nicht mit einer Unterbilanz abpeisen! Die Gläubiger müssen sich aber mit dem zufrieden geben, was vorhanden ist. Dafür, daß aber soviel Gewinn – so vorhanden – zurückbehalten wird, um die Gläubiger zu sichern, dafür ist im Rahmen der Indexrechnung Sorge getragen: Preisänderungen werden, soweit sie das Fremdkapital betreffen, als echte Erfolge behandelt, im Falle eines absinkenden Preisniveaus als Verlust. Es wurde an entsprechender Stelle nachgewiesen, daß eine Indexrechnung das ursprüngliche Finanzierungsverhältnis nicht verändert. Da aber die Materie teilweise offenbar wenig bekannt ist, soll hier nochmals ein Beispiel gebracht werden; der Preisfall beträgt 50%, der Umsatzgewinn 0, bzw. 50, bzw. 100 und schlägt sich bar in der Kasse nieder; das Kapital soll nominell gebunden sein:

Fall 1: Preisänderung -50 %, Umsatzgewinn 0

Anfangsbilanz				Schlußbilanz			
W	200	EK	100	W	100	EK	100
		FK	100	WÄ	50	FK	100
	<u>200</u>		<u>200</u>	V	<u>50</u>		
	==		==		<u>200</u>		<u>200</u>
					==		==

Die Preisänderung wurde als das behandelt, was sie tatsächlich ist: als echter Verlust am Fremdkapital und – da das Eigenkapital eine wesensmäßig andere Kategorie als das Fremdkapital darstellt – am Eigenkapital als erfolgsneutrale Wertänderung, die die Existenz des Betriebs in keiner Weise beeinflußt. Man betrachte die Finanzierung: sie ist infolge des echten Verlustes der durch keinerlei Umsatzgewinn aufgefüllt werden kann, naturgemäß aus dem Gleichgewicht gekommen.

Fall 2.: Preisänderung -50%, Umsatzgewinn 50

Anfangsbilanz				Schlußbilanz 1				Schlußbilanz 2			
W	200	EK	100	W	100	EK	100	W	100	EK	100
		FK	100	K	50	FK	100	K	50	FK	100
	<u>200</u>		<u>200</u>	WÄ	50			WÄ	<u>50</u>		
	==		==	V	<u>50</u>	G	<u>50</u>		<u>200</u>		<u>200</u>
					<u>250</u>		<u>250</u>		==		==
					==		==				

Zur Finanzierung des gleichen Betriebsumfanges wie zu Beginn der Periode ist nur mehr ein Kapital von 100 **vonnöten**. Dies bedeutet, daß das Fremdkapital um die Hälfte verringert werden kann – so wie im vorliegenden Fall die substanziellen Voraussetzungen gegeben sind. Nach entsprechender Rückzahlung des Fremdkapitals ergibt sich die Schlußbilanz 3. Das Finanzierungsverhältnis von Eigenkapital zu Fremdkapital = 1 : 1 ist **materiell** aufrecht erhalten worden. Beträgt im Fall 3 der Umsatzgewinn 100, so können 50 als **Dividende** ausgeschüttet werden, ohne daß der Gläubiger in seiner materiellen Stellung irgendwie gefährdet wird. Es kann auf diesen Umstand nicht deutlich genug hingewiesen werden, denn wie

Schlußbilanz 3			
W	100	EK	100
WÄ	50	FK	50
	<u>150</u>		<u>150</u>
	==		==

Fall 3.: Preisänderung 50 %, Umsatzgewinn 100

Schlußbilanz 1				Schlußbilanz 2				Schlußbilanz 3			
W	100	EK	100	W	100	EK	100	W	100	EK	100
K	100	FK	100	K	100	FK	100	WÄ	50	FK	50
WÄ	50			WÄ	50				150		150
V	50	G	100			G	50				
	<u>300</u>		<u>300</u>		<u>250</u>		<u>250</u>		<u>150</u>		<u>150</u>
	====		====		====		====		====		====

Engelmann¹⁾ erwähnt, bestehen die Bedenken der Praxis gegenüber einer Berücksichtigung der Geldwertschwankungen vorwiegend darin, daß ein Preisfall an den Waren nur als Wertänderung ausgewiesen wird, während die Verteuerung der Schulden doch einen echten Verlust darstelle. Dieselbe Ansicht vertritt auch Prion²⁾. Man hat aber nur eine falsche Vorstellung von einer Scheingewinnkorrektur: die echten Erfolge an den Schulden werden im Rahmen einer Indexrechnung voll und ganz als solche erfaßt.

Hax hinwiederum übersieht einerseits, daß nicht jede Preisänderung eine erfolgsneutrale Wertänderung ist, nämlich insofern nicht, als eine Finanzierung mit Fremdkapital vorliegt; die Behauptung, die er nun noch aufstellt, ist: Im Falle 3 dürften die 50 Gewinn nicht ausgeschüttet werden, soweit das Eigenkapital als Grundkapital nominell gebunden ist. Deshalb sei der Scheinverlust ab dieser "unverrückbaren Mindestgrenze" als echter Verlust zu behandeln. Nach Hax wäre – unter der Annahme, daß 50 Fremdkapital zurückgezahlt werden – so zu verfahren:

Schlußbilanz 1				Schlußbilanz 2				Schlußbilanz 3			
W	100	EK	100	W	100	EK	100	W	100	EK	100
K	100	FK	100	K	<u>100</u>	FK	<u>100</u>	K	<u>50</u>	FK	<u>50</u>
V	<u>100</u>	G	<u>100</u>		<u>200</u>		<u>200</u>		<u>150</u>		<u>150</u>
	<u>300</u>		<u>300</u>		====		====		====		====
	====		====		====		====		====		====

Es ist merkwürdig: Hax übersieht im Rahmen seines Verfahrens der Substanzerhaltungsrücklagen (= gebundene Bestandsmethode), daß alle ausgeschiedenen Preisänderungen gar nicht erfolgsneutrale Wertänderungen sind, und zwar insoweit nicht, als eine Finanzierung mit Fremdkapital vorliegt. Aber am Eigenkapital sind diese Preisänderungen dann echte Erfolge, weil das Eigenkapital mit dem Fremdkapital sichtlich gleichgestellt wird. Es werden also Preisänderungen gegenüber dem Fremdkapital als Scheingewinne und gegenüber dem nur formell gebundenen Eigenkapital z.T. als echte Erfolge behandelt. Ein wenig sinnvolles Verfahren!

Bevor hierauf weiter eingegangen wird, sei zunächst noch der Charakter des Wertänderungskontos geklärt. Zum Problem der Abbuchung eines Verlustes vom Wertänderungskonto vermerkt Enderlen³⁾ "...woraus wir die Lehre ziehen, daß das höchste Werterhaltungskonto ohne Bedeutung ist, wenn es sich nicht am Schluß durch bares Geld legitimiert." "Das Vermögens-Wertänderungskonto, das einzig und allein der Vermögenserhaltung ge-

1) Engelmann, K.: Die Berücksichtigung von Geldwertschwankungen, ZfhF 1952, S.235

2) Prion, W., Wirtschaftsbetrieb II, S.182

3) Enderlen, E., a.a.O., S.43, 44

widmet ist, muß es sich am Ende gefallen lassen, daß ein beim Umsatz erlittener Verlust bei ihm Deckung sucht!" Es sei der einfachste Fall angenommen, um hierzu Stellung nehmen zu können. Eine Unternehmung verfüge als Eigenkapital über 100 in bar und der Geldbestand entwerte sich um 50 %. Dann muß eine Indexrechnung folgendermaßen lauten:

Bilanz 1			
K	100	EK	100

Bilanz 2			
K	100	EK	100
V	50	WÄ	50

Das Eigenkapital müßte, wenn es real gleich geblieben wäre, 150 betragen, d.h. der Kassenbestand müßte ebenfalls um 50 gestiegen sein ("Kasse an Wertänderung"). Da das Bargeld die Preissteigerung aber nicht mitmacht, muß diese Nichterreicherung des Solls als Verlust ausgebucht werden ("Gewinn und Verlust an Kasse"). Hierzu nun die Feststellung Enderlens: Es sei sinnlos, ein Wertänderungskonto zu bilden, weil der Verlust doch wieder vom Wertänderungskonto abgebucht werden müßte. Freilich lautet die Schlußbilanz nach der Verbuchung des Verlustes völlig gleich wie die Anfangsbilanz, aber Zweck des Verfahrens war es ja, einen tatsächlich erlittenen Verlust herauszurechnen, der bei rein nomineller Rechnung nicht deutlich werden kann, und um im entsprechenden Maße gegebenenfalls einen etwaigen Umsatzgewinn zum Ausgleich dafür einzuhalten. Das Hinauf-Konvertieren des Eigenkapitals geschieht doch deshalb, um das Eigenkapital in seiner alten, realen Höhe zu erfassen. Das Wertänderungskonto ist keine aus dem Gewinn gebildete Rücklage – es ist irreführend und nicht korrekt, hier von (Substanzerhaltungs-) Rücklagen zu sprechen –, sondern ein Wertberichtigungskonto zum Eigenkapital. Die Bilanz 2 könnte ebenso gut lauten:

Bilanz 2			
K	100	EK	150
V	50		
	<u>150</u>		<u>150</u>

nicht aber:

Bilanz (2)			
K	100	EK	100
V	50	Rl	50
	<u>150</u>		<u>150</u>

Rl = Rücklage

Nur weil Enderlen offenbar der Meinung ist, das Wertänderungskonto sei eine aus dem Gewinn gebildete Rücklage, mag es ihr sinnlos erscheinen, wenn diese zunächst rechnungstechnisch gebildet und dann durch einen tatsächlichen Umsatzverlust wieder deziert wird. Das Wertänderungskonto stellt aber keine aus dem Gewinn zurückgelegte Substanz dar, sondern nur eine Korrektur zum bereits vorhandenen Eigenkapital – und hier sucht jeder Umsatzverlust seine Deckung. Man besehe sich die Indexrechnung Schmalenbachs, die zu Beginn dieses Teils wiedergegeben wurde: hier tritt die Wertänderung als Korrektur zum nominell gebundenen Grundkapital und als Korrektur des bislang gebildeten Rücklagen auf.

Es kann nun auf das Problem eingegangen werden, das Hax aufwirft: Jede Unterschreitung des nominell gebundenen Eigenkapitals sei als echter Verlust zu werten. Nach diesem Grundsatz von Hax sah die Schlußbilanz im diesbezüglichen Beispiel (Fall 3) folgendermaßen aus:

Schlußbilanz 3

W	100	EK	100
K	50	FK	50
	<u>150</u>		<u>150</u>

Wenn man hier nun wiederum das Finanzierungsverhältnis prüft, so findet man, daß es sich von Eigenkapital : Fremdkapital = 100 : 100 auf 100 : 50 verschoben hat. Das Eigenkapital hat sich real gesehen um 100 % erhöht – und trotzdem ist kein Gewinn ausgewiesen. Man betrachte die Schluß-

bilanz von der Aktivseite aus; der Betrieb verfügt über die gleichen Sachwerte wie zu Beginn der Umsatzperiode, ferner über einen Kassenbestand von 50. Dieser ist offenbar ein echter, substanzieller Zuwachs, d.h. Gewinn. Nach Hax kommt dies in der Erfolgsrechnung aber nicht zum Ausdruck.

Mit welcher Begründung frisiert hier Hax die Erfolgsrechnung? Mit der nominellen Bindung des Grundkapitals. Jedes Unterschreiten dieser "unverrückbaren Mindestgrenze" stellt echten Verlust dar. Daß eine Indexrechnung diese Mindestgrenze korrigiert, übersieht Hax. In diesem Zusammenhang, sei ein weiteres Beispiel gebracht: das Nominalkapital dreier Unternehmungen betrage 100; es werde in drei aufeinanderfolgenden Jahren jeweils nur eine Wertänderung – nach Hax: noch nicht endgültig realisierter Gewinn – von 50 "aufgestockt". Wegen der sich ergebenden erheblichen "Rücklagen" begibt die Unternehmung C nach drei Jahren Gratisaktien in voller Höhe der vorhandenen "Rücklagen", B in Höhe von 75, A überhaupt nicht. Im vierten Jahr tritt eine erfolgsneutrale aktive Wertänderung von 100 auf, bei einem Umsatzgewinn von ebenfalls 100. Dann weist die Unternehmung C infolge ihres größeren Anteils des nominell gebundenen Eigenkapitals einen echten Verlust von 100 aus – entsprechend wird der Umsatzgewinn von 100 in voller Höhe einbehalten –, die Unternehmung B einen Gewinn von 75, und A kann den vollen Umsatzgewinn ausschütten. Und all das nur, weil das Eigenkapital in unterschiedlicher Höhe rein formell "nominell gebunden" war. Dieser Unterschied in der Gewinnberechnung der drei Unternehmungen erscheint wenig sinnvoll. Rücklagen und Grundkapital sind das Eigenkapital der Unternehmung, und bezüglich dieses Eigenkapitals sind Preisänderungen lediglich

Anfangsbilanz A				Anfangsbilanz B				Anfangsbilanz C			
W	250	EK	100	W	250	EK	175	W	250	EK	250
		RI	150			RI	75				
Schlußbilanz A				Schlußbilanz B				Schlußbilanz C			
W	150	EK	100	W	150	EK	175	W	150	EK	250
K	100	RI	50	K	100	RI	-	K	100		
		G	100			G	75			G	-

Scheinerfolge – die formelle Trennungslinie zwischen Anfangs- und Zuwachseigenkapital hat auf die sachlichen Tatbestände keinerlei Einfluß. Das sieht man deutlich beim Einzelunternehmer: wo will hier Hax eine unverrückbare Mindestgrenze sehen, wenn eine nominelle Bindung nicht existiert, sondern nur die eine Größe: Eigenkapital? Oder kommt es auf die Unternehmungsform an, ob eine Preisänderung echter oder Scheinerfolg ist? Wohl kaum.

Hier verdient auch ein weiterer Punkt Beachtung, der zunächst nicht berücksichtigt wurde, nämlich die über das nominell gebundene Grundkapital hinaus vorhandenen Eigenkapitalteile, d.h. die gesetzlichen und freien Rücklagen. Hax will die Wertänderungen in Form einer Spezialrücklage führen; ist dieser Bestand an nach Hax "noch nicht endgültig realisierten Gewinnen" aufgezehrt, muß jede weitere Preisänderung als echter Verlust verbucht

werden. Sind jedoch jenseits der Substanzerhaltungsrücklage noch andere Rücklagen vorhanden, muß der "Verlust" zunächst von diesen abgesetzt werden. Diese Rücklagen sind nun aber, wie das Grundkapital, bestimmt nicht "nominell gebunden"; Hax kann hier nicht einmal mehr das Gesetz zum Beweis seiner Theorie heranziehen.

Es wurde oben erwähnt, daß die Juristen für die formelle, nominelle Bindung des Grundkapitals ihre Gründe haben. Beckmann¹⁾ gibt als Hauptgrund an, daß bei einer Quotenaktie die öffentliche Kontrolle sehr erschwert sei. Bezogen auf die Indexrechnung ist hierzu zu sagen, daß die Einführung einer Wertberichtigung des Eigenkapitals diese beabsichtigte öffentliche Kontrolle verbessert. Angelpunkt ist die Absicht des Gesetzgebers, in Anfangskapital und Zuwachskapital zu unterscheiden. Deshalb darf eine Wertberichtigung nicht in Form eines gesonderten Bilanzposten oder gar unter dem Namen "Rücklage" erfolgen, wie Hax das anstrebt, sondern es muß eine anteilige Aufteilung der Wertänderung auf Grundkapital und Rücklagen erfolgen, wie das auch Schmalenbach²⁾ zeigt. Es scheint nicht zweckmäßig zu sein, die Gesetzesvorschriften lediglich dem Worte, nicht aber dem Sinn nach zu erfüllen. Verbucht man eine Wertänderung am Grundkapital, so wird diese Wertänderung in die formelle Bindung mit einbezogen, und anhand dieser realen Grundkapitalgröße wird der Kapitalzuwachs oder die Kapitalminderung gemessen. Das erlangt besondere Bedeutung, wenn ein echter Verlust vorliegt und das Grundkapital andererseits noch Wertänderungszugänge aufweist. Hier wird auf realer Basis der Öffentlichkeit kundgetan, daß vom Anfangskapital ein Teil verwirtschaftet wurde. Ist die Wertänderung als Substanzerhaltungsrücklage verbucht worden, so wird materiell ein Teil des gebundenen Anfangskapitals aus seiner Gebundenheit heraus in die freien Rücklagen hinübergeschmuggelt und ein Verlust naturgemäß zuerst von dieser "Rücklage" abgesetzt, so daß der Verlust an Grundkapital nicht in Erscheinung tritt. Liebl³⁾ weist mit Recht darauf hin, daß die Substanzerhaltungsrücklage die Gefahr laufe, u.U. gar nicht gebildet oder zweckentfremdet wieder aufgelöst zu werden. Diese Gefahr wird vermieden, wenn die das Grundkapital betreffende Wertänderung als Wertberichtigung zum Grundkapital verbucht wird. Sie kann dann nur wieder durch eine Wertberichtigung aufgelöst werden. Andererseits muß vermerkt werden, daß auch Liebl der fehlerhaften Ansicht ist, es handele sich um eine Rücklage.

Es wird hier die Meinung vertreten, daß der Gesetzgeber für die formelle Bindung des Grundkapitals einen triftigen Grund hat; dieser besteht aber nicht darin, allein wegen schöner, "runder" Grundkapitalziffern eine nominelle Bindung der Kapital-Erstausrüstung der Unternehmung zu fordern. Der Sinn der Sache besteht in einer Trennung zwischen Anfangs- und Zuwachskapital; wird das reale Grundkapital, die Anfangssubstanz, durch echte Verluste gemindert, dann sollen echte Gewinne einbehalten werden. Diesem Sinn der Sache widerspricht gerade das Prinzip des doppelten Minus; gerade dann kann nicht korrekt in Anfangs- und Zuwachskapital getrennt werden. Andererseits kann man auch ohne Schaden die nominelle Größe des Anfangskapitals auf rein buchtechnischem Wege festhalten, indem man die Wertberichtigung am Grundkapital gesondert ausweist. Wichtig ist nur, daß diese Wertberichtigung in den Posten "Grundkapital" mit einbezogen wird und nicht als freie Rücklage geführt wird. Man wird bei dieser darstellerischen Trennung

1) Beckmann, L.: Die betriebswirtschaftliche Finanzierung, Buchverlag Dr. K. Weinmayer, München 1949, S. 54

2) Schmalenbach, E., Scheingewinne, S. 60 ff.

3) Liebl, J., a.a.O., S. 677

in nominelles Grundkapital und die das Grundkapital betreffende Wertänderung in Zeiten des Preisrückganges auch zu einer aktiven Wertberichtigung zum Grundkapital gelangen. Man komme aber hier nicht mit dem Argument Witschis, die Gläubiger ließen sich nicht mit einem aktiven Wertberichtigungskonto abspeisen, oder mit dem Einwand, es sei ein Unding, ein aktives Wertänderungskonto zu führen, solange noch echte Rücklagen vorhanden sind. Das ist nur eine ganz natürliche buchtechnische Folge, wenn man neben der formellen Trennung in reales Anfangs- und Zuwachskapital ersteres auch noch nominell festhalten will; andererseits ist es bei den Rücklagen natürlich völlig unnötig, zwischen nominellen Rücklagen und aktiven oder passiven Wertänderungen zu unterscheiden. Die formelle Bindung des Grundkapitals hat den Zweck, der Unternehmung dann Substanz zu sichern, wenn sie diese infolge echter Verluste benötigt. Es wäre unsinnig, hier die Rücklagen bzw. den echten Umsatzgewinn gegen das aktive Wertberichtigungskonto zum Grundkapital aufzurechnen. Beide Größen sind nicht gleichartig; man kann nicht echte Gewinne und Scheingewinne gegeneinander verrechnen. Im Gegenteil; das soll ja gerade vermieden werden.

Es kann mithin festgestellt werden: Die nominelle Bindung des Grundkapitals ist kein Grund, von einer unverrückbaren Mindestgrenze zu sprechen, ab der Scheinverluste als echte Verluste verbucht werden müßten. Es ist unbillig, dem Gesetz ein derartiges Verlangen zu unterstellen. Das Gesetz will Klarheit in der Bilanzierung und eine sachliche Erhaltung des Grundkapitals – und hiergegen v e r s t ö ß t das Prinzip des doppelten Minimums.

Dem Prinzip des doppelten Minimums liegt noch eine weitere unrichtige Vorstellung zugrunde. In dieser Sache sei Walther zitiert: "Obschon die Unternehmung u.U. mit ihrer Leistungserstellung fortfahren kann, auch wenn der Gegenwert für die Ansprüche ihrer Inhaber verloren gegangen ist, können wir von einer Erhaltung der Unternehmung nur sprechen, wenn auch die Ansprüche der Inhaber gewahrt sind. Ein niedrigeres praktisches Ziel darf sich die Unternehmungswirtschaftslehre nicht setzen. – Die minimale Bedingung ist Rückzahlung des von den Inhabern eingelegten nominellen Geldbetrags am Ende der Unternehmung." "In der Literatur wird allerdings oft die Forderung vertreten, die Kaufkraft des Inhaberkapitals müsse unbedingt erhalten bleiben."¹⁾

Walther ist der Ansicht, eine Unternehmung sei nur dann erhalten, wenn mindestens das nominell gebundene Eigenkapital vorhanden ist. Damit kommt er aber mit zwei Punkten seiner allgemeinen betriebswirtschaftlichen Theorie in Konflikt. Einmal verknüpft Walther²⁾ die Frage der Erhaltung mit einer Reihe anderer sachlicher Umstände, wie die Selbständigkeit und die Leistungserstellung für Dritte, sowie mit der These: "Um ihre Leistungserstellung aufrecht zu erhalten, muß die Unternehmung über Vermögen verfügen. Es ist aber nicht erforderlich, das Vermögen in seiner ursprünglichen Zusammensetzung und im ursprünglichen U m f a n g (Sperrung vom Verf.) zu erhalten, denn es genügt, wenn immer das Vermögen zur Verfügung steht, das der gegenwärtigen Leistungsart und -menge entspricht."³⁾ Diese Kriterien Walthers sind abzulehnen. Es gibt nur eine Größe, die für die Unternehmung in dem hier angeschnittenen Sinne wichtig ist:

1) Walther, A., Wirtschaftslehre, II. S.57

2) ders., Wirtschaftslehre II, S.52

3) ders., ebenda, S.55

das Realkapital. Jede Unterschreitung dieser Größe ist Verlust. Fragen der Leistungserstellung und der Selbständigkeit interessieren nicht. Nach Walther wäre eine Unternehmung auch dann erhalten, wenn sie zwar früher eine Automobilfabrik war, jetzt aber nur mehr eine Reparaturwerkstätte ist, so sie nur noch selbständig Leistungen für Dritte erstellt. Wenn die Unternehmung gemäß dieser Kriterien aber voll erhalten ist, dann ist offenbar die Rückentwicklung von der Automobilfabrik zur Reparaturwerkstätte kein Verlust — denn Verlust gibt es nur, wenn etwas nicht erhalten ist. Wie in diesem Fall außerdem das nominelle Anfangskapital erhalten werden soll, wenn es nicht darauf ankommt, in welchem Umfang sich das Sachvermögen verringert ("...denn es genügt, wenn immer das Vermögen zur Verfügung steht, das der gegenwärtigen Leistungsart und -menge entspricht..."), wäre außerdem recht interessant zu wissen. Wenn Walther aber dementsprechend das nominell gebundene Grundkapital als Erhaltungsmaßstab einschiebt, sind die anderen Kriterien überflüssig. Was im übrigen die abgelehnte Kaufkrafterhaltung betrifft, so sei nur noch einmal daran erinnert, daß Walther¹⁾ — obwohl er die Abschreibung vom Tageswert ablehnt — andererseits sogar der Ansicht ist, daß die Unternehmung auch in ihrer Konkurrenzfähigkeit erhalten werden muß und daß deshalb die erhöhten Wiederbeschaffungskosten der moderneren Anlage als Aufwand und nicht als Selbstfinanzierung zu gelten haben.

Ein zweiter Widerspruch bedarf der Erwähnung. Walther bezeichnet die Erhaltung des nominellen Kapitals als eine Mindestbedingung. Dem seien folgende Äußerungen Walthers gegenübergestellt: "Ich bemühte mich auch, mich von der bilanzmäßigen Betrachtung der Unternehmung, die in der Literatur eine große Rolle spielt zu befreien, weil sie zu formal und zu dem ganz von privatwirtschaftlichem Denken beeinflusst ist. Diese Betrachtungsweise kann nicht zum Ziele führen, wenn man das Problem der modernen Unternehmung verstehen will. — Ich betrachte als Wissenschaftler die Unternehmung als solche, als eine selbständige wirtschaftliche Einheit, ohne (Sperrung vom Verf.) Rücksicht darauf, wem sie gehört."²⁾ "Die Betriebswirtschaftslehre betrachtet die Unternehmung als solche, als ein relativ selbständiges wirtschaftliches Gebilde, das der Erhaltung wert ist. Es ist ihr gleichgültig, wem die Unternehmung gehört. Die sich aus den Eigentumsverhältnissen ergebenden besonderen Beziehungen sind, so wichtig sie auch sein mögen, sekundärer Natur. — Die Privatwirtschaftslehre betrachtet die private Unternehmung vom Standpunkt ihres Eigentümers, des Unternehmers. Auch sie wird das Postulat der Erhaltung der Unternehmung nicht ablehnen, weil das ja im Interesse des Eigentümers der Unternehmung liegt, aber das ist ihr nicht die Hauptsache. Die Hauptsache ist ihr der Gewinn oder das Einkommen des Unternehmers."³⁾

"Aber das Einkommen dieser Eigenkapitalgeber ist uns betriebswirtschaftlich nicht die Hauptsache. Es ist eine Nebenbedingung, die zur Erhaltung der privaten Unternehmung erfüllt sein muß."⁴⁾ "Es stellt sich die Frage, ob eine Verzinsung des Inhaberkapitals eine Bedingung für die Erhaltung der Unternehmung sei. Für die tatsächliche Erhaltung ist das zwar nicht unbedingt nötig, ebensowenig wie die Unversehrtheit (!) des Inhaberkapitals."⁵⁾

1) Walther, A., Wirtschaftslehre II, S.139

2) ders., ebenda, Vorwort S.IV

3) ders., Wirtschaftslehre I, S.54

4) ders., ebenda, S.55

5) ders., Wirtschaftslehre II, S.58

Walther vertritt hier, wie er ankündigt, tatsächlich einen unternehmungswirtschaftlichen Standpunkt. Nur eine Seite weiter vorn hieß es aber, man könne von der Erhaltung der Unternehmung **n u r s p r e c h e n**, wenn die Ansprüche des Inhabers **v o l l** gewahrt wären.

Walters unternehmungswirtschaftlichem Standpunkt ist an sich voll zuzustimmen, nämlich daß es der Unternehmung gleichgültig sein kann, wie arm oder reich ihre Inhaber sind, wenn sie selbst nur **m a t e r i e l l** keine Verluste erleidet.¹⁾ Es ist dann natürlich aber wenig sinnvoll, andererseits wieder die "privatwirtschaftliche" Forderung nach der nominellen Erhaltung des Inhaber- bzw. Grundkapitals zu vertreten. Soll bei einem Scheinverlust keine entsprechend erfolgsneutrale Verbuchung dieser Wertänderung möglich sein, bedingt die Einbehaltung eines entsprechenden Umsatzgewinnes einen echten Substanzzuwachs – vom "unternehmungswirtschaftlichen" Standpunkt ist dies nicht erforderlich.

Es wurde soeben der Satz ausgesprochen, es sei gleichgültig, wie arm oder reich die Inhaber des Betrieb sind, bzw. ob das materielle Vermögen einer Unternehmung nominell mit 100 oder 1 000 zu beziffern ist, weil sich der Geldwert verändert hat. Im Grunde genommen ist der Inhaber der Unternehmung deswegen weder ärmer noch reicher geworden. Weil beispielsweise die Eisenpreise gefallen sind, wird der Eisenwaren-Großhändler X zwar nominell "ärmer", aber er erleidet keinerlei sachlichen Verlust in seiner Unternehmung, soweit es sich **tatsächlich** um eine Wertänderung, d.h. um eine Finanzierung mit Eigenkapital handelt. Das ist auch die Meinung von Hax, nur fordert er bei nomineller Bindung des Anfangskapitals einer Unternehmung (welche Mindestgrenze ist dem Gesellschafter einer Personengesellschaft gesetzt?), daß jeder Betrag, um den das Grundkapital unterschritten werden muß, als Verlust auszuweisen und durch Gewinn wieder aufzufüllen ist. Abgesehen davon, daß Hax je nach der Zufälligkeit dieser formellen Trennungslinie zwischen Grundkapital und Substanzerhaltungs-"Rücklagen" ein und denselben Sachverhalt verschieden behandelt, ist doch ganz ernsthaft die Frage zu stellen: Mit wessen Geld wird denn die nominelle "Erhaltung" des gebundenen Grundkapitals erzielt?? Mit dem Gewinn, der den Inhabern zusteht, natürlich! Es ergibt sich folgende Situation: Die nominelle Erhaltung des Eigenkapitals wird aus dem Eigenkapital des Eigenkapitalgebers bestritten. Denn der Gewinn gehört ja niemand anderem als dem Eigenkapitalgeber. Man nehme an, eine Unternehmung habe eine aktive Wertänderung von 50 und einen Umsatzgewinn von 100 zu verzeichnen, dann müßten zur nominellen Erhaltung des nominell gebundenen Grundkapitals die Gewinnausschüttung um 50 gekürzt werden. Vom Standpunkt des "Reich-Seins" ist es dem Aktionär aber gleichgültig, ob er eine Aktie im Wert von 50 (Nennwert 100) und einen Jahresgewinn von 100 oder eine 100%ige Aktie und einen Gewinn von 50 hat, oder ob die Aufteilung des Jahresgewinns zwischen einem Betrag für die nominelle Erhaltung des Grundkapitals und dem ausschüttbaren Jahresgewinn infolge der zufälligen Grenzziehung zwischen Grundkapital und Substanzerhaltungs-"Rücklagen" zu irgend einer anderen Version führt. Walther nennt als Mindestbedingung die nominelle Erhaltung des formell gebundenen Grundkapitals, er spricht davon, daß die Aktionäre darauf einen Anspruch hätten, aber er verschweigt, daß niemand an-

1) Fauck, W., a.a.O., S.43: "Bei der Erhaltung des materiellen Kapitals treten die Interessen der Wirtschaftseigner hinter die der Unternehmung zurück."

derer diesen Anspruch befriedigt, als der Aktionär selbst.

Um Mißverständnissen aus dem Weg zu gehen, sei nochmals ausdrücklich hingewiesen, daß hier nur dagegen protestiert wird, wegen der nominellen Bindung des Grundkapitals echte Gewinne ($\neq$ Grundkapitalrückzahlung) einzubehalten, um diese gegen Scheinverluste aufzurechnen. Es wird die Meinung vertreten, daß eine Preisänderung der Beschaffungswerte gegenüber dem Eigenkapital nichts anderes sein kann als eine erfolgsneutrale Wertänderung. Tritt infolge eines Preisfalls eine aktive Wertberichtigung zum Grundkapital einer Kapitalgesellschaft auf, so ist es sinnlos, zur Nivellierung eines Scheinerfolgs echten Gewinn, echte Substanz, einzubehalten. Das ändert andererseits nichts daran, daß bei einer vorliegenden realen Unterbilanz (Unterdeckung des realen Grundkapitals auch bei noch vorhandenen passiven Wertberichtigungen zum nominell aufgeführten Grundkapital echte Gewinne einbehalten werden müssen, um das formell gebundene, reale Grundkapital wieder aufzufüllen, um verlorengegangene Substanz zu ersetzen — eine entstandene echte Lücke kann man nicht mit Scheingewinnen stopfen.

Es wäre festzustellen: Das Prinzip des doppelten Minimums nach Karl Hax ist abzulehnen. Weder ist das nominelle Grundkapital als "unverrückbare Mindestgrenze" für die Berücksichtigung von Scheinverlusten sachlich gerechtfertigt — wenn keine Substanzverluste vorliegen, braucht man aus diesem Grunde keine Substanz von der Ausschüttung und der Versteuerung zurückzuhalten, und ob man zur Betriebserweiterung (nach Versteuerung) Rücklagen bildet, ist eine Frage der Gewinnverwendung, nicht seiner Errechnung — noch ist die Begründung stichhaltig, der Eigenkapitalgeber habe mindestens Anspruch auf die nominelle Erhaltung seines Kapitals, denn diese "Erhaltung" muß der Eigenkapitalgeber selbst bestreiten. Es gibt nur eine einzige Maxime, e i n M i n i m u m, daß in der Frage der Erfolgsrechnung Bedeutung hat, und das ist die Erhaltung des Realkapitals. Jede Differenz gegenüber dieser Größe ist echter Erfolg.

IV. Scheingewinnkorrektur und soziale Gerechtigkeit --

Nachdem im vorangegangenen die Grundsätze erörtert wurden, nach denen bei schwankenden Beschaffungspreisen ein korrekter Jahresabschluß aufzustellen wäre und nachdem Einwendungen, die gegen die Richtigkeit bzw. Durchführbarkeit einer derartigen Rechnung gerichtet waren, besprochen wurden, muß jetzt noch auf einige Ansichten eingegangen werden, die gegen die soziale Berechtigung einer Scheingewinnkorrektur vorgebracht werden. Es ist zu prüfen, ob eine derartige Zwecksetzung der korrekten Bewertung bzw. Ermittlung von Vermögen und Erfolg berechtigterweise entgegensteht.

In dieser Frage ist beispielsweise Gnam¹⁾ der Meinung, für die nominelle Rechnung spräche, daß der Staat in der Konjunktur Kaufkraft abschöpfe und in der Krise zuschieße. Dieser volkswirtschaftspolitische Gesichtspunkt kann aber für oder gegen die Richtigkeit einer betriebswirtschaftlichen Erfolgsrechnung keine Gültigkeit besitzen. Zunächst weist Littmann²⁾ darauf hin, daß eine Kaufkraftabschöpfung mit einer Geldvernichtung verbunden sein müsse, was aber hinzulande nach 1945 100%ig mißlungen sei, weil der Staat die vereinnahmten Steuern in voller Höhe wieder ausgab. Außerdem wäre festzustellen, daß die Kaufkraftvermehrung ursächlich von der Defizitwirtschaft des Staates hervorgerufen sein kann, wie das beispielsweise während des letzten Krieges der Fall war. Gnam meint nun, der Staat solle die überschüssige Kaufkraft wieder vernichten – gerade der übergroße Ausgabenbedarf des Staates ist aber die Ursache der Geldwertverschlechterung. Würde er nicht bestehen, hätte es der Kaufkraftvermehrung erst gar nicht bedürft; dann könnte man die frisch gedruckten Banknoten postwendend wieder einstampfen. Andererseits ist zu vermerken, daß es für die Richtigkeit der nominellen Rechnung gleichgültig ist, ob die Kaufkraft des Geldes gut oder schlecht ist; falsch wird sie nur, wenn sich die Kaufkraft ändert. Das ist aber auch bei einer Kaufkraftabschöpfung der Fall.

Den Gedankengang Gnams findet man auch noch bei Engelmann.³⁾ Zwar fordert Engelmann eine Scheingewinnkorrektur, aber er vertritt das Prinzip des doppelten Minimums. Hierzu führt er nun als Positivum an, daß in der Konjunktur Kaufkraft abgeschöpft werde, während sich in der Krise die Ausschüttungen erhöhten. Engelmann übersieht, daß die Unternehmungen, wollten sie Kaufkraft abschöpfen, das Geld verbrennen müßten – die Scheingewinnkorrektur wird aber doch gerade deshalb gefordert, damit die Betriebe genügend nominelle Mittel für die Wiederbeschaffung ihrer Substanz haben! Zweitens: das Prinzip des doppelten Minimums verrechnet in Zeiten der Geldwertsteigerung Scheinverluste, sobald sie das Grundkapital unterschreiten, als echte Verluste. Hierdurch werden aber gerade die Ausschüttungen gekürzt!

Gnams Feststellungen zur Frage der Scheingewinnneutralisierung sind aber nur eine ergänzende Rechtfertigung für folgenden Grundgedanken: "Bei den unabhängigen Einkommen (Gewinne) würden die Kaufkraftänderungen steuerlich bevorzugt werden, bei den abhängigen Einkommen (typisch das Rentner- und Pensionseinkommen) aber nicht. Es ist nicht einzusehen, warum ein Angestellter oder ein Pensionär mit 250 DM Monatseinkommen unabhängig von der Kaufkraft dieses Einkommens in gleicher Höhe und bei einer Einkommenserhöhung we-

1) Gnam, A., Scheingewinne, S.42

2) Littmann, E.: Nominal- oder Realgewinnbesteuerung? BW 1952, S.54

3) Engelmann, E., Neutralisierung, S.29

gen Kaufkraftverschlechterung mit einem höheren Satz (Progression) besteuert werden soll, während beim Gewinn des Unternehmers die Kaufkraftverschlechterung der Währung steuerlich berücksichtigt wird."¹⁾ Diese Ansicht vertritt Gnam²⁾ auch noch an anderer Stelle: "Es ist aber ein Unding, wenn die Betriebswirtschaftslehre die Kaufkraftschwankungen allein für den Sektor der Betriebe und Unternehmungen ausschaltet. Sie würde damit z.B. die anderen Sektoren des Wirtschaftslebens aufs schwerste benachteiligen. Gelänge ihr die Ausschaltung, so würde für den Unternehmer, dessen Einkommenschance unter anderem gerade in seinem Wagnis liegt, das Wagnis der Kaufkraftschwankung ausgeschaltet werden, während gleichzeitig der Arbeiter, Angestellte und Beamte, dessen Einkommen dem Wagnis möglichst wenig ausgesetzt sein soll, die volle Wucht des Wagnisses der Kaufkraftschwankung zu tragen hätte."

Gnams Ansichten sind indiskutabel. Er ist der Meinung, die Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten müßten besonderen Schutz genießen. Vielleicht erinnert sich aber Gnam³⁾ seines (unvorsichtigen) Ausspruchs etwas weiter vorne: "Wir sind währungsmäßig alle in einem Kahn und es kann — auch theoretisch — nicht vertreten werden, daß der eine oder andere aussteigt." Gnam hat völlig recht; niemand darf aussteigen! Weshalb soll aber dann der Arbeiter, Angestellte und Beamte die Last der Inflation "möglichst wenig" tragen? Wenn die Staatsführung ein Zwangssparen verordnet, so betrifft diese Maßnahme die gesamte Volksgemeinschaft — sie ist ein "politisches" Risiko aller Staatsbürger, nicht nur ein Wagnis, das dem Unternehmer eigen ist.

Auch Gnams Beweisführung in der Einkommensfrage ist nicht stichhaltig. Gnam klagt hier darüber, daß ein Pensionär mit einem gleichbleibenden Monatseinkommen von 250 in einer Inflation seine Lebenshaltung einschränken müsse — wie anders ergeht es aber einem Unternehmer, wenn er sein Einkommen ebenfalls nominell nicht erhöhen kann (Preisstop)?? — Gnam stellt fest, daß im Falle einer Erhöhung der Pension der Rentner einen höheren Steuersatz zu zahlen habe; offenbar ist das nicht der Fall, wenn der Unternehmer sein Einkommen nominell vergrößert

Ähnliche Gedankengänge äußert Rieger⁴⁾, wenn er meint, die Betriebe dürften sich mittels einer Scheingewinnkorrektur nicht jenseits einer Inflation stellen. Auch Seischab⁵⁾ vertritt diese Ansicht. Man vergleiche aber die Situation des Unternehmers und des Arbeiters, Beamten etc. Beide Gruppen beziehen Einkommen, beide Gruppen haben Vermögen, haben Substanz; der Unternehmer seinen Betrieb, der Arbeiter sein Sparkonto, seinen Hausrat, sein Motorrad, mit dem er täglich zur Arbeitsstätte fährt. Ein Verbrauch dieser Substanz wie die Abhebung der Spareinlage, Verkauf des Motorrads, eine "Gewinn"entnahme des Unternehmers über den tatsächlichen Erfolg hinaus sind grundsätzlich kein Einkommen: man konsumiert, was man bereits versteuert hat, es wird nichts neu verdient. Wenn nun im Rahmen einer erstrebenswerten sozialen Gerechtigkeit beide Parteien in eine Inflation hineinzustellen sind, so muß es heißen: Entweder es werden im Rahmen der Einkommensteuer tatsäch-

1) Gnam, A., Scheingewinne, S.40

2) ders., Axiome, S.17

3) ders., ebenda, S.10

4) Rieger, W., Privatwirtschaftslehre, S.244 ff., insbes. S.249, 257

5) Seischab, H.: Der Scheingewinn — ein Scheinproblem? Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 5.7.1952, S.13

lich nur die Einkommen und nicht das bereits vorhandene Vermögen besteuert, dann darf weder der nominelle Wertzuwachs am Betriebsvermögen, d.h. an der Substanz des Unternehmers versteuert werden, noch der Wertzuwachs, den der Arbeiter an seinem Hausrat, an seinem Motorrad "verdient". Die Einkommensteuer darf, wenn sie eine "Einkommen"-steuer sein soll, weder die Substanz des Arbeiters, noch des Unternehmers besteuern. Es ist ungerecht, vom Unternehmer zu verlangen, nur er müßte seinen Scheingewinn an der Substanz versteuern – es gäbe wahrscheinlich einen Volksaufstand, wollte man das auch vom Arbeitnehmer oder Beamten verlangen. Es zeugt von nur geringem Verständnis der Materie, wenn nicht erkannt wird, daß in einer Zeit der Geldwertänderung die soziale Trennungslinie gar nicht zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern zwischen Sachkapital- und Geldkapitalbesitzer verläuft. Wenn der Arbeiter A sich von seinen Ersparnissen ein Häuschen baut, der Beamte B diese aber auf der Sparkasse liegen läßt, so profitiert A in einer Inflation, B in der Deflation. Dann ist es aber nicht Sache einer Einkommensteuer, einmal dem A, zum andern dem B etwas wegzusteuern; was hier zu erfolgen hat, ist ein Lastenausgleich¹⁾, wie es nach den Geldumstellungen von 1923 und 1948 erfolgte. Diese Steuer ist vom sozialen Standpunkt aus gerechtfertigt – aber hier wird ein Ausgleich zwischen Sachkapital- und Geldkapitalbesitzer geschaffen, hier sitzen alle Staatsbürger tatsächlich im gleichen Kahn, hier wird nicht grundsätzlich bei der einen Partei, die ihre Güter umsetzt, d.h. bei den Unternehmern, der Scheingewinn versteuert und bei den übrigen, "die auf ihren Sachwerten sitzen bleiben", nicht.

Rieger meint, die Inflation geschähe in einem höheren Interesse (stille Steuer), und die Unternehmer dürften sich nicht außerhalb dieses Zwangssparens stellen; dieser Gedanke hat auch bei Gnam und Seischab Wurzeln geschlagen. Die genannten Autoren übersehen aber, daß sich die Unternehmer nicht durch eine reale Erfolgsrechnung, sondern höchstens durch eine Flucht in die Sachwerte – wie jeder andere Staatsbürger auch – von dieser Steuer ausschließen können. Was seine Geldwerte betrifft, so kann sich der Unternehmer gar nicht außerhalb der Inflation stellen, denn sie entwerten sich ja tatsächlich. Was verlangt wird, ist nur, daß etwaige echte Verluste an den aktiven Geldwerten angerechnet werden, ebenso wie entsprechende Gewinne an den Schulden ja auch tatsächlich versteuert werden müssen²⁾, und daß die "Gewinne, die keine sind, als Scheingewinne ausgeschieden werden. Dadurch wird auch nicht etwa die Inflation sinnlos: die Inflation ist in Höhe der Entwertung der Geldzeichen eine 100%ige Steuer. Zwar wird diese von den Unternehmungen, die per Saldo Geldwertverluste erleiden, vom steuerbaren Einkommen abgesetzt, aber die Unternehmungen, bei denen entsprechend die Schulden überwiegen, gleichen dies durch erhöhte Gewinne und Steuern wieder aus. Durch eine reale Erfolgsrechnung wird eine Inflation nicht sinnlos.

Es kann festgestellt werden: Die soziale Gerechtigkeit verlangt gerade, auch dem Unternehmer eine reale Erfolgsrechnung zuzugestehen, denn der Arbeiter, Angestellte oder

1) wird auch von Schmidt, F., vertreten, Tageswertbilanz, S.296

2) Die Verbilligung der Schulden ist ein echter Erfolg und wird von der nominalen Rechnung auch als solcher erfaßt! Die Schulden-Gewinne müssen tatsächlich versteuert werden; hingegen gelangt eine Entwertung der aktiven Geldbestände nicht zur Berücksichtigung.

Beamte versteuert mit seinem Lohn oder Gehalt ebenfalls nur sein reales Einkommen. Soll aber der Unternehmer seinen Scheingewinn versteuern, weil das, wie Rieger meint, im Interesse der Gesamtheit liegt, so muß auch jeder andere Staatsbürger den Scheingewinn an seinen Sachwerten, sowie echten Gewinn an seinen Schulden unter Abzug der Verluste aus seinen Forderungen versteuern — wenn man schon sozial gerecht sein will. Nicht die Scheingewinnbesteuerung, sondern die Scheingewinnkorrektur bedeutet soziale Gerechtigkeit.

Seischab¹⁾ vertritt hier noch einen weiteren abwegigen Standpunkt; er ist nämlich der Meinung, daß bei einem Preisanstieg von 40 % und einer Besteuerung von 60 % der Betrieb bei einen 3 - 5 fach (!) erhöhten Kapitalumschlag soviel Gewinn machen würde, daß ausreichende Rücklagen gebildet werden könnten, um die Substanz trotz Kaufkraftminderung zu erhalten. Der Kapitalumschlag ist also nur um das 3 - 5 fache zu steigern! Wie soll aber ein Warenhaus plötzlich in einem derart enormen Ausmaß den Umsatz steigern, wie soll ein voll ausgelastetes Stahlwerk mit einer fixen Kapazität plötzlich das 3 - 5 fache an Stahl produzieren? Wie soll ein Unternehmen seinen Kapitalumschlag um das 3 - 5 fache erhöhen, ohne daß ein anderes Unternehmen eine entsprechende Einbuße erleidet, es sei denn, die Produktivität der gesamten Volkswirtschaft stiege entsprechend? Auch der Weg über eine entsprechende Preiserhöhung bzw. Erhöhung der Gewinnspanne ist in einem derartigen Ausmaß nicht gangbar.²⁾ Schließlich ist — wie bezüglich der Lehre von der Wertgleichheit — nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß betriebspolitische Maßnahmen keinesfalls mit Fragen einer korrekten Erfolgsrechnung verknüpft werden dürfen.

1) Seischab, H., a.a.O., S.13

2) Bußmann, K.F.: Die Problematik der Anlageerneuerung, BFuP 1951, S.263 ff.

V. Die Scheinerfolgskorrektur als Bewertungszweck

Wie schon im Streit um die Ermittlung des Vermögens oder des Erfolgs, so kann auch bezüglich des Gegensatzes zwischen Anschaffungs- und Tageswert wiederum festgestellt werden, daß für die Bewertung jenseits der Frage, richtig zu rechnen, keinerlei Zwecksetzungen interessieren. Durch die Scheinerfolgskorrektur soll ein richtiger Jahresabschluß erreicht werden. Das Problem, ob es der "Zweck" einer derartigen Rechnung sei, das Vermögen oder das Kapital zu erhalten, war als gegenstandslos abzulehnen, da es diesen Unterschied nicht geben kann. In der verbleibenden Frage, ob es richtiger sei, das Kapital nominell oder real zu erhalten, ließen sich für die nominelle Rechnung keine stichhaltigen Argumente finden. Der Nominelle Ausweis des investierten Grundkapitals ist eine formelle Angelegenheit und lediglich eine buchtechnische Frage. Bezüglich einer unterschiedlichen Zwecksetzung von Erfolgs- und Kostenrechnung wäre festzuhalten, daß sowohl die Kosten als auch der Aufwand auf realer Basis ermittelt werden müssen. Freilich bedeutet das nicht, daß in der Erfolgsrechnung jede einzelne Aufwandsgröße mit Tageswerten angesetzt werden muß. Im Rahmen einer korrekten Scheinerfolgskorrektur war festzustellen, daß die Buchhaltung bzw. die Sollseite der Sachkonten anschaffungswertig zu führen ist – ob die Habenseite zu Anschaffungs- oder Tageswerten geführt werden soll, kann sich nach der Zweckmäßigkeit im Einzelfall richten (Rechenaufwand!) – und daß die tageswertige Korrektur des Aufwands erst summarisch am Jahresende zu erfolgen hat, unter entsprechender Berücksichtigung der Geldwerte. Die Frage: Anschaffungs- oder Tageswert? muß also dahingehend beantwortet werden, daß es sich um ein Sowohl-als-auch handelt.

Was die tatsächliche Durchführung von Scheinerfolgskorrekturen betrifft, so wird es nicht für richtig gehalten, wenn Schmalenbach¹⁾ die Ansicht vertritt, man sollte sich im Zweifel an die lange herrschende Gewohnheit halten, d.h. zum Anschaffungswert bewerten. Hierzu mag die Äußerung eines prominenten, allerdings amerikanischen Betriebswirts, R.H.Montgomery, zitiert werden: "Es ist töricht, nur deswegen an Prinzipien des Abrechnungswesens festzuhalten, weil sie einmal bestehen."²⁾ Des weiteren sei daran erinnert, daß Berliner³⁾ bereits 1911 der Meinung war, der "verständige Kaufmann" wisse, wie man eine Werterhöhung des Stammvermögens erfolgsneutral zu behandeln habe. Schließlich war ja auch Schmalenbach⁴⁾ selbst einmal der Meinung, daß seine dynamische Erfolgsrechnung falsch werden müsse, wenn der Aufwand nicht unter erfolgsneutraler Verbuchung von Wertänderungen tageswertig angesetzt werde.

Neben der von Hax irrigerweise ins Feld geführten gesetzlichen "Zwecksetzung" der nominellen Kapitalerhaltung wäre noch ein weiterer Punkt zu ventilieren. Schmidt⁵⁾ meint, daß einer Verwirklichung von Wertänderungskorrekturen bei Werterhöhungen der § 261 HGB (§ 133 AktG) im Wege stünde, und deshalb fallen müsse, um eine korrekte Erfolgsrechnung zu ermöglichen. Ähnlich verbindet beispielsweise Schnettler⁶⁾ mit dem Niederstwertprinzip die Vorstellung, die diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmun-

1) Schmalenbach, E., Preisveränderungen, S.53

2) Engelmann, H., Verrechnung, S.153

3) Berliner, M., Bilanzlehre, 3.A., S.99

4) Schmalenbach, E., Grundlagen, 1.A., S.29 ff, S.96, 97

5) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.354

6) Schnettler, A., Werterhaltung, S.528

gen würden nur eine nominelle Erfolgsrechnung zulassen. Bellmann¹⁾ ist der Meinung, daß eine Umwertung nach dem Tageswertprinzip eine gesetzwidrige Zuschreibung sei, die auch dem Prinzip der kaufmännischen Vorsicht zuwiderlaufe, da unrealisierte Gewinne ausgewiesen und ausgeschüttet (!) würden. Wie kann aber letzteres bei erfolgsneutraler Verbuchung einer Wertänderung möglich sein?? Zur Sache ist jedoch zu vermerken, daß Schmidt unrecht hat, wenn er der Meinung ist, der § 261 HGB müsse beseitigt werden. Es wurde vielerorts erörtert, daß das Niederstwertprinzip eine Bewertungsregel zwischen den Einflüssen des Beschaffungs- und des Absatzmarkt ist und daß es in das Handelsgesetz insbesondere deshalb aufgenommen wurde, um eine Bewertung zum höheren Veräußerungspreis zu unterbinden — ganz abgesehen davon, daß dies zu einer Zeit geschah, als das Problem der Scheingewinne bzw. der Geldwertänderung in juristischen und betriebswirtschaftlichen Fachkreisen überhaupt noch nicht bekannt war. Mahlberg²⁾ ist zu Recht der Meinung, daß eine tageswertige Erfolgsrechnung gem. § 40 HGB sogar zu den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung zu rechnen sei, um das Gesetz nicht nur dem Wortlaut, sondern vor allem dem inneren Zweck nach zu erfüllen. Auch der § 261 HGB könne dem gerade wegen seines Zwecks der Kapitalsicherung nicht entgegenstehen, "während die Bilanzierung in zweideutiger Buchmark diesen Zweck geradezu flagrant verletzt."³⁾ Auch Hax sollte bei seiner Theorie vom doppelten Minimum bedenken, daß dem Gesetzgeber materiell die Bindung des Anfangskapitals und nicht einer nominellen Geldziffer vorschwebte und daß die Bindung des Anfangskapitals in nomineller Form in einer Zeit vorgenommen wurde, als man glaubte, hiermit auch tatsächlich den gesetzten Zweck erreichen zu können, weil man die Möglichkeit einer Geldwertänderung nicht sah. Nicht richtig ist es hingegen, wenn Deckers⁴⁾ behauptet, die Unterlassung einer Scheingewinnkorrektur und die damit verbundene Substanzminderung gefährde den Gläubiger; denn parallel zur Preissteigerung können die nominellen Verbindlichkeiten laufend leichter erfüllt werden. Gerade gegenüber dem Fremdkapital ist doch jede Preisänderung echter Erfolg! Was schließlich Bellmanns Auffassung von einer angeblich vorliegenden Zuschreibung betrifft, so ist darauf hinzuweisen, daß eine Zuschreibung von Bellmann⁵⁾ selbst als "Aufhebung früherer übermäßiger Abschreibungen" definiert wird. Im Rahmen einer Scheingewinnkorrektur wird aber nichts zweimal abgeschrieben, es findet keine Auflösung übermäßiger Abschreibungen statt. Um eine nicht zulässige Zuschreibung handelt es sich, wenn die einmal auf 50 % ihres Beschaffungswertes geschätzte Abnutzung einer Anlage wieder mit 60 oder 70 % angesetzt wird, weil man sich in der Lebensdauer verschätzt hat. Die Frage einer Veränderung des Beschaffungswertes, d.h. einer Scheingewinnkorrektur, hat damit sachlich nichts zu schaffen. Das sollte man auseinanderhalten. Gegen das Niederstwertprinzip verstößt nur Schmidts These von der relativen Erhaltung der Unternehmung.

1) Bellmann, H.: Zuschreibungen in der Handelsbilanz, Bb 1952, S.830

2) Mahlberg, W., Bilanztechnik, S.145

3) ders., ebenda, S.147

4) Deckers, P.J., a.a.O., S.242

5) Bellmann, H., a.a.O., S.829

Teil D

Richtiger Jahresabschluß und entgegenstehende betriebspolitische Zwecksetzungen

I. die stillen Rücklagen

Die bisherigen Erörterungen hatten den Zweck, zu der Frage Stellung zu nehmen, welche Bewertungsgrundsätze erforderlich sind, um zu einer korrekten Erfolgsrechnung zu gelangen. Die Erzielung einer richtigen Rechnung erschien als der einzige Bewertungszweck, der in Anbetracht des von manchem Betriebswirt vertretenen Grundsatzes "Werthen ist zweckbedingt" nachhaltig Gültigkeit beanspruchen kann. Trotzdem kann nicht geleugnet werden, daß die in der Praxis erstellten Bilanzen stark mit betriebspolitischen Zwecken verknüpft sind. Insofern als der Satz "Werthen ist zweckbedingt" diese Tatsache erfaßt, ist er eine richtige Feststellung. Allerdings bestehen diese Bewertungszwecke der Praxis im Grunde genommen in der einen, den bisherigen Erörterungen entgegengesetzten Maxime, nämlich: nicht richtig zu rechnen, die Erfolgsrechnung im gesetzlich erlaubten Rahmen zu verschleiern, über stille Rücklagen betriebspolitische Maßnahmen durchzuführen, ohne diese nach außen hin erkenntlich werden zu lassen. Es muß zu dieser Frage Stellung genommen werden, um abzuwägen, ob und inwieweit stichhaltige Gründe dafür bestehen, die Richtigkeit der Erfolgsrechnung betriebspolitischen Erfordernissen unterzuordnen. Diese Untersuchung muß auch noch deshalb erfolgen, um festzustellen, inwieweit das in den vorangegangenen Teilen behandelte Problem einer sachgemäßen Vermögensbewertung und Erfolgsermittlung nicht insofern nur "theoretischer" Natur ist, als etwa die Praxis aus zwingenden betriebspolitischen Gründen heraus gar nicht immer in der Lage wäre, richtig zu bewerten.

Zunächst seien die stillen Rücklagen in der Handelsbilanz betrachtet. Hier muß als erstes der Charakter der stillen Rücklagen bzw. die Frage geklärt werden, inwieweit stille Rücklagen dem hier zur Debatte stehenden Zweck einer richtigen Erfolgsrechnung zuwiderlaufen. Eine Reihe von Autoren¹⁾ begründet die Notwendigkeit der stillen Rücklagen mit dem Prinzip der kaufmännischen Bewertungsvorsicht, in Zusammenhang mit der Tatsache, daß es eine absolut richtige Bewertung nicht geben kann und daß man sich im Rahmen der bestehenden Toleranzen an die vertretbare Wertuntergrenze halten muß. Stille Rücklagen, die aus Bewertungsungenauigkeiten resultieren, haben aber nichts mit irgendwelchen betriebspolitischen Zwecksetzungen zu tun, sie sind kein Einwand, keine Notwendigkeit, die gegen eine richtige Erfolgsrechnung sprechen, sie sind nur ein unabänderliches Korrelat derselben.

Jenseits der in Anbetracht des vorhandenen Ermessensspielraums erforderlichen vorsichtigen Bewertung werden stille Rücklagen auch zu finanzpolitischen Zwecken gebildet. Hier wird bewußt vom vertretbaren Wert abgegangen, wird bewußt nicht richtig bewertet, um Gewinne zu thesaurieren und je nach Bedarf wieder auszugraben. Welche Zwecke sollen hiermit im

1) Heuck, W.: Kritik steuerlicher Bewertungsmethoden vom wirtschaftlichen Standpunkt, in Band 7 der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschaftsprüfer, S.174

Kalveram, W.: Rechtfertigung und Grenzen stiller Reserven, ZfB 1950, S.346

Mellerowicz, K., Wert, S.74 in Verbindung mit Fußnote 89

Prion, W., Wirtschaftsbetrieb II, S.188, 209

Rieger, W., Privatwirtschaftslehre, S.230, 312, 316

Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.152

einzelnen verfolgt werden? Zunächst wird auf die Notwendigkeit einer Stabilisierung der Dividenden hingewiesen. Prion¹⁾ ist der Meinung, daß die eigentliche Politik ausgeglichener Gewinnausschüttungen in der Natur der Bilanz als einer künstlichen Zwischenrechnung bzw. darin läge, daß die kontinuierliche Gewinnentwicklung in periodische Abschnitte zerschnitten werde. Dies mag, wie Schmalenbach²⁾ schildert, beispielsweise bei Baufirmen von Bedeutung sein, die größere Projekte erstellen und den hierbei erzielten Gewinn erst mit Beendigung des Auftrages abrechnen können bzw. dürfen. Hier soll dann eine Ausschüttung bereits in früheren Perioden realisierter, aber zurückgehaltener Gewinne einspringen. Für die Untemehmung als solche ist es nun sachlich nicht von Bedeutung, ob Gewinne dann ausbezahlt werden, wenn sie tatsächlich anfallen, oder ob sie auf mehrere Jahre gleichmäßig verteilt werden; Rieger³⁾ meint aber, niedrige Dividenden würden in der Hauptversammlung Angriffe gegen die Verwaltung auslösen, und man könne es verstehen, wenn die verantwortlichen Organe einer Aktiengesellschaft bestrebt sind, solche "Zwischenfälle" zu vermeiden. Auch Kalveram⁴⁾ erwähnt diesen Aspekt und meint, der Durchschnittsaktionär mißdeute konjunkturelle, branchenbedingte oder einzelbetriebliche Rückschläge. Diesbezüglich ist aber darauf hinzuweisen, daß ein erheblicher Teil des Stimmrechts von (vielleicht zu) sachkundigen Vertretern der Banken, Versicherungen, Investmentgesellschaften oder anderer Interessengruppen ausgeübt wird, und daß es zum andern Sache der Verwaltung ist, "Mißdeutungen" aufzuklären. Nicht zuletzt sind derartige Mißdeutungen gerade erst die Folge einer mangelnden Informationsbereitschaft⁵⁾. Schließlich führt Kalveram⁶⁾ als "Rechtfertigung" der stillen Rücklagen in Zusammenhang mit der Dividendenpolitik nichts anderes an, als die "unauffällige Überbrückung von Verlusten". Offenbar erscheinen die erwähnten Mißdeutungen dann nicht unbegründet zu sein, und zum anderen ist es doch der Grundzweck der jährlichen Erfolgsrechnung, daß die verantwortlichen Organe über ihre Tätigkeit Rechenschaft ablegen und nicht daß — wie Rieger meint — unliebsame "Zwischenfälle" vermieden werden. Vor lauter "Verständnis" für die "Zwecksetzungen" der Praxis verliert man den Zweck, den der Gesetzgeber mit der Erfolgsrechnung verbindet, aus den Augen.

Als Argument für die Stabilisierung der Dividenden mittels stiller Rücklagen wird auch auf die hierdurch zu erreichende "Kurspflege" hingewiesen; die stabile Dividendenpolitik soll verhindern, daß die Aktien in die Hände von Spekulanten kommen bzw. größere Kurssprünge machen⁷⁾. Was die Technik der Dividendenstabilisierung betrifft, so sind beispielswei-

1) Prion, W., Wirtschaftsbetrieb II, S.183, 184

2) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.63

3) Rieger, W., Privatwirtschaftslehre, S.317

4) Kalveram, W., Rechtfertigung, S.345

5) Wollert, H.: Funktionsstörungen in der Wirtschaft durch die Verdrängung des Eigenkapitals, insbesondere der Aktie, Band 7 der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschaftsprüfer, S.118

6) Kalveram, W., Rechtfertigung, S.345

7) Graf, A.: Einführung in die allgemeine kaufmännische Betriebswirtschaftslehre, Verlag des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins, Zürich 1927, S.60

Prion, W., Wirtschaftsbetrieb II, S.184

se Hoffmann¹⁾, Scherpf²⁾, Schmalenbach³⁾ und Walther⁴⁾ mit Recht der Ansicht, eine Nivellierung der Gewinnausschüttungen sei ebenso gut mit offenen Rücklagen durchzuführen, und es bestünde keine zwingende Notwendigkeit, diesen Ausgleich im Stillen vorzunehmen. Schmalenbach⁵⁾ erwähnt als weiteren Nachteil, daß durch eine stabile Dividenpolitik ein Kapitalistenkreis zu Aktionären gemacht werde, der besser bei seinen Obligationen bleibe. Es entspräche dem Wesen der Aktie, daß die "Verzinsung" schwanke, und auch Kurssprünge entsprächen dem Risiko des Eigenkapitalgebers. Im übrigen meint Schmalenbach, daß nicht selten Kurssprünge gerade dadurch entstünden, daß sich die Aktionäre infolge der verschleierte Erfolgsrechnungen kein klares Bild von der Sachlage verschaffen könnten. Der gleichen Meinung ist Scherpf⁶⁾. Diese Tatsache muß auch Prion⁷⁾ gegenübergehalten werden, wenn er der Meinung ist, daß sich die stabilisierende Dividenpolitik erst auf Grund der erheblichen Kursschwankungen herausbildete, die in den 90-er Jahren des vorigen Jahrhunderts durch entsprechend wechselnde Gewinnausschüttungen hervorgerufen wurden. Gerade damals waren die Erfolgsrechnungen stark "verkripelt"; die Gewinn- und Verlustrechnung bestand oft nur aus drei Zahlen: dem Nettoaufwand, dem Nettoertrag und dem Gewinn⁸⁾. Hoffmann⁹⁾ weist ferner auf die Möglichkeit hin, daß die Gestaltung der Gewinne über die stillen Reserven besondere Chancen der Kursspekulation für die eingeweihten Kreise auf Kosten der der Verwaltung ferner stehenden Aktionäre öffne, wofür die Praxis der Aktiengesellschaften nur allzu reiches Material liefere. Auch Kosiol¹⁰⁾ hält eine Dividendenstabilisierung für unerwünscht, und auch in Aktionärskreisen wendet man sich dagegen, u.a. wegen der damit verbundenen unkontrollierbaren Entwicklung der Unternehmung.¹¹⁾ Damit dürfte auch das Argument fragwürdig erscheinen, eine gleichmäßige Dividendenpolitik beruhige den Aktionär und trage dessen Psychologie Rechnung.

Schließlich wird als Vorteil einer stabilen Dividendenpolitik in Zusammenhang mit den stillen Reserven von einigen Autoren¹²⁾ auch noch erwähnt, daß infolge der unauffälligen Überbrückung von Verlusten die Kreditwürdigkeit der Unternehmung nicht beeinträchtigt werde. Dieser Vorteil erscheint aber ebenfalls recht fragwürdig. Nachdem sich in der Literatur mehr und mehr die Erkenntnis durchsetzt, daß der Schutz des Gläubigers vorwiegend in der Offenlegung des Unternehmungserfolges und der sich aus der Vermögensstruktur ergebenden Risiken besteht und nicht in übertriebenen Unterbewertungen — die stillen Rücklagen werden vom Kreditgeber ja bei der Beurteilung der Kreditwürdigkeit wie-

1) Hoffmann, A., a.a.O., S.354, 358

2) Scherpf, P., a.a.O., S.105

3) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.153

4) Walther, A., Wirtschaftslehre II, S.177

5) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.153

6) Scherpf, P., a.a.O., S.105

7) Prion, W., Wirtschaftsbetrieb II, S.184

8) Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.258

9) Hoffmann, A., a.a.O., S.353, 357, 359

10) Kosiol, E., Bilanzreform, S.191

11) Süddeutsche Zeitung, Süddeutscher Verlag München, Nr.67 vom 19.3.57, Wirtschaftsteil

12) Kalveram, W., Rechtfertigung, S.345

Prion, W., Wirtschaftsbetrieb II, S.188

Rieger, W., Privatwirtschaftslehre, S.317

der mitberücksichtigt – kann man das hier vorgebrachte Argument geradezu als einen Verstoß gegen den Grundsatz des Gläubigerschutzes werten¹⁾, vor allem weil finanzielle Schwierigkeiten in Bankkreisen meist recht schnell bekannt werden und nur die Gläubiger hereingelegt werden können, die über entsprechendes Informationsmaterial nicht verfügen. Auch hier ist wieder zu sagen, daß die Erfolgsrechnung ein Rechenschaftsbericht ist und nicht dazu dienen soll, den Kapitalgeber zu täuschen. Vor allem soll der Betrieb durch eine vorgetäuschte Rentabilität nicht noch Kredite erlangen, die bereits im Augenblick der Hingabe verloren sind²⁾. Neben Rößle und Schmidt wenden sich auch noch Hoffmann³⁾, Horn⁴⁾, Kosiol⁵⁾ und Scherpf⁶⁾ gegen eine Nivellierung der Gewinne über stille Rücklagen aus dem hier angeführten Grunde. Nicht stichhaltig erscheint eine Behauptung Kalverams⁷⁾: Der Personalkredit gründe sich vorwiegend auf stille Rücklagen und "er würde bei Ausmerzung derselben wahrscheinlich nicht in gleichem Umfang gewährt werden können." Kalveram setzt offenbar voraus, daß der Kreditgeber hinter den stillen Rücklagen in der Regel mehr vermutet, als effektiv vorhanden ist. Es dürfte schwer fallen, das zu beweisen. Außerdem dürfte ein Personalkredit weniger von irgendwelchen Rücklagen abhängen, sondern von dem Vertrauen, das der Kreditgeber in die Person des Schuldners setzt.

Neben einer Verwendung der stillen Rücklagen zum Zweck der Dividendenpolitik tritt als zweites, grundsätzliches Argument die Selbstfinanzierung auf. Es heißt, daß in Anbetracht des "Dividendenhungers" der Aktionäre eine ausreichende Fortentwicklung der Unternehmung ohne eine stille Selbstfinanzierung nicht möglich sei, daß der Aktionär kein Verständnis für langwierige Entwicklungsarbeiten habe, die oft mit Fehlschlägen verbunden seien, und daß man die Widerstandskraft der Unternehmung stärken müsse. Eine Rücklagenbildung aus diesem Grunde vertreten beispielsweise Großmann⁸⁾, Mellerowicz⁹⁾ und Rieger¹⁰⁾; von einem "Vorteil" sprechen Kalveram¹¹⁾ und Prion¹²⁾, Beide, sowie eine ganze Reihe anderer Autoren¹³⁾, weisen aber darauf hin, daß die der Kontrolle durch

1) Rößle, K., Aussagefähigkeit, S.106, 107

2) Schmidt, F., Betriebswirtschaftslehre, S.161

3) Hoffmann, A., a.a.O., S.357

4) Horn, H., a.a.O., S.235

5) Kosiol, E., Bilanzreform, S.191

6) Scherpf, P., a.a.O., S.106

7) Kalveram, W., Rechtfertigung, S.346

8) Großmann, H., Jahresabschluß, S.197

9) Mellerowicz, K., Diskussionsbeitrag, Band 7 der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschaftsprüfer, S.134

10) Rieger, W., Privatwirtschaftslehre, S.317

11) Kalveram, W., Rechtfertigung, S.345, 346

12) Prion, W., Wirtschaftsbetrieb II, S.188

13) Hoffmann, A., a.a.O., S.357 ff.

Horn, H., a.a.O., S.235

Kosiol, E., Bilanzreform, S.191 ff.

Scherpf, P., a.a.O., S.100

Schmidt, F., Betriebswirtschaftslehre, S.160

Walther, A., Wirtschaftslehre II, S.91, 181

die Hauptversammlung entzogenen Mittel allzu leicht zu Fehlinvestitionen und risikoreichen Spekulationen führen und so schwere Schäden verursachen können, welcher Nachteil noch dadurch verstärkt wird, daß seit der Aktienrechtsreform von 1937 die Hauptversammlung nur noch über den Gewinn verfügen kann, der vom Vorstand zur Verteilung vorgeschlagen wird (§ 126 AktG). Das Argument des Dividendenhungers ist somit gegenstandslos geworden¹⁾. Im übrigen betont Schmalenbach²⁾, daß nicht die Rücklagen einen Betrieb krisenfest machen, sondern entsprechende aktive Reserven des Betriebs, welcher Umstand auch von Rieger³⁾ und Walther⁴⁾ beachtet wird. Als "stichhaltiges" Argument für die Selbstfinanzierung auf stillem Wege verbleibt also vor allem die Tatsache, daß hierdurch die Kontrolle der Kapitalverwendung durch den Kapitaleigner entfällt.

Als drittes und letztes grundsätzliches Argument für die Bildung von stillen Rücklagen wird insbesondere von Walther⁵⁾ die Notwendigkeit angeführt, die Unternehmung gegenüber den "Einblicken Unberufener" zu tarnen. Auch Kalveram⁶⁾ bringt dieses Argument zur Rechtfertigung der stillen Rücklagen vor, weil Entwicklungsarbeiten nicht vorzeitig bekannt würden und die Konkurrenz auch sonst weniger über Aussichten und Risiken Bescheid wüßte. Kalveram meint sogar, daß ein Verbot der stillen Rücklagen den Wettbewerb zugunsten der Starken und zum Nachteil der schwächeren Unternehmungen wesentlich beeinflussen würde, was allerdings wiederum als eine recht problematische Behauptung erscheint. Le Coutre⁷⁾ bezeichnet den Hinweis auf die möglicherweise zu gewinnenden Einblicke seitens der Konkurrenz, ebenso wie Hoffmann⁸⁾, als sehr wenig stichhaltig. Wollert⁹⁾ meint, daß ein Konkurrent, der etwas zu erfahren suche, bessere Möglichkeiten habe, als seinen Wissensdurst aus der jährlichen Erfolgsrechnung zu befriedigen. Auch Kosiol¹⁰⁾ stellt fest, daß die jährlichen Rechenschaftslegungen keine Schlüsse auf die eigentlichen Gestaltungsprozesse, vorbereitenden Maßnahmen und Pläne ziehen ließen, daß die Geheimhaltung von Forschungsarbeiten von der Verschwiegenheit der Mitarbeiter und nicht von der Aufmachung der Bilanz abhängig sei, und daß stille Rücklagen das Bekanntwerden großer Transaktionen und Bauvorhaben nicht verhindern könnten. Im übrigen sprechen die oft sehr eingehenden Branchenkenntnisse der Fachleute und die zunehmende Gemeinschaftsarbeit gegen die Notwendigkeit einer übertriebenen Geheimniskrämerei. Ablehnend nimmt auch Scherpf¹¹⁾ Stellung; er weist darauf hin, daß die Erfolgsrechnung insofern ein ungeeignetes Mittel ist, sich über die Konkurrenz zu informieren, als sie den Ereignissen — oft in erheblichem Maße — nachhinkt. Wenn aber eine Tarnung der

1) Le Coutre, W., Bilanzkunde, 4.A., S.229

Kosiol, E., Bilanzreform, S.192, 193, 196

Scherpf, P., a.a.O., S.100

2) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12.A., S.153

3) Rieger, W., Privatwirtschaftslehre, S.326 ff.

4) Walther, A., Wirtschaftslehre II, S.185 ff.

5) ders., Wirtschaftslehre II, S.89, 178, 182

ders., Bilanzreserven und wirkliche Reserven, Ug 1954, S.2

6) Kalveram, W., Rechtfertigung, S.346

7) Le Coutre, W., Bilanzkunde, 4.A., S.42

8) Hoffmann, A., a.a.O., S.359

9) Wollert, H., a.a.O., S.120

10) Kosiol, E., Bilanzreform, S.197

11) Scherpf, P., a.a.O., S.86, 107

Erfolgsrechnung gegenüber der Konkurrenz ziemlich unbegründet erscheint, so verbleiben als die "Einblicke Unberufener" nur noch die Informationswünsche derjenigen, für die die Erfolgsrechnung eigentlich bestimmt ist: für die Kapitalgeber.

Gegenüber dem Hinweis auf eine erforderliche Tarnung der Unternehmung muß deshalb vor allem der gesetzliche Zweck der Erfolgsrechnung herausgestellt werden, nämlich daß die verantwortlichen Organe der Unternehmung den Kapitalgebern Rechenschaft über ihre Tätigkeit ablegen müssen. Jede diesbezügliche Tarnung ist ein Verstoß gegen diesen Grundgedanken des Gesetzes. Auf diesen Umstand weist le Coutre¹⁾ hin und auch Schelowsky²⁾ meint, daß sich der Gesetzgeber andernfalls den § 129 AktG, der einen möglichst guten Einblick in die Lage der Unternehmung fordert, hätte schenken können. Die kaufmännische Gepflogenheit verstoße hier gegen "zwingende Rechtsgrundsätze". Borkowsky³⁾ erinnert daran, daß die 1931 verfügte eingehende Gliederung der Erfolgsrechnung eine Reaktion des Gesetzgebers auf die seitens der Unternehmungsleitungen vorgenommenen Schiebungen und falschen Berichterstattungen war, und daß der Gesetzgeber hier seine Absicht dokumentierte, das Publikum vor allem durch vermehrte Publizität zu schützen. Die Stellungnahme der Betriebswirte⁴⁾ gegen eine verminderte Rechenschaftslegung hat sehr reale Hintergründe. Im übrigen mag darauf verwiesen werden, daß Bühler⁵⁾ berichtet, in den Vereinigten Staaten würden Abschlußprüfer die Legung stiller Reserven u.U. als Betrug an den Aktionären betrachten. Hax⁶⁾ kommt allerdings im Zusammenhang mit der Korrektur von Scheingewinnen — darauf zu sprechen, daß im englischen Companies Act von 1947 stille Rücklagen, soweit sie das gesetzlich zulässige Maß überschreiten, verboten seien. Offenbar ist man auch andernorts nicht überall der Meinung, daß die Tarnung der Erfolgsrechnung das erstrebenswerteste Ziel darstelle.

Stille Rücklagen müssen nicht im Dienst einer unsoliden Unternehmungsführung stehen; sie sind so gut oder so schlecht wie die damit verbundenen Zwecke. Aber selbst wenn sie nur zum Zweck einer vertretbaren stillen Selbstfinanzierung gebildet werden, verzerren sie das Erfolgsbild und können nun ihrerseits auch ihre Schöpfer, die Unternehmungsleiter, täuschen und zu unwirtschaftlichem Handeln verführen. Besonders gefährlich ist die stille Auflösung der stillen Rücklagen, wodurch sich anbahnende Verluste länger verborgen bleiben.⁷⁾

1) Le Coutre, W., Bilanzkunde, 4.A., S.29, 141, 225 ff.

2) Schelowsky, P., a.a.O., S.147

3) Borkowsky, R., a.a.O., S.189, 192

4) Hoffmann, A., a.a.O., S.357 ff.

Horn, H., a.a.O., S.235

Kalveram, W., Rechtfertigung, S.348

Kosiol, E., Bilanzreform, S.191, 193, 194

Lion, M.: Wahre Bilanzen! C.Heymanns Verlag, Berlin 1927, S.15 ff.

Prion, W., Wirtschaftsbetrieb II, S.188

Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, A., S.101, 102

Schmidt, F., Tageswertbilanz, S.111

5) Bühler, O., Diskussionsbeitrag, S.129

6) Hax, K., Bilanzgewinn, S.440

7) Le Coutre, W., Bilanzkunde, 4.A., S.225 ff.

Kalveram, W., Rechtfertigung, S.349, 350

Kosiol, E., Bilanzreform, S.139

Walther, A., Wirtschaftslehre II, S.91

Wollert, H., a.a.O., S.123

Insofern ist es auch problematisch, wenn Walb¹⁾ die Ansicht vertritt, man könne das dogmengetreue Streben nach Bilanzwahrheit ruhig über Bord werfen, wenn es darum ginge, die Erhaltung der Unternehmung im Laderaum unterzubringen – die "dynamische" Einstellung Walbs (Erfolgsberechnung) tritt hier offenbar völlig in den Hintergrund; abgesehen davon hängt die Erhaltung der Unternehmung von der Verwendung der mittels stiller Rücklagen zurückgehaltenen Mittel ab. Es ist auch nicht stichhaltig, wenn Rieger²⁾ und Walther³⁾ der Ansicht sind, daß man "intern" richtig rechnen solle, aber in den zu veröffentlichen Bilanzen das wahre Ergebnis nicht zeigen dürfe. Die Bilanz ist in erster Linie dazu da, den an der Unternehmung interessierten externen Personenkreisen über die Lage der Unternehmung zu unterrichten. Wäre dies nicht der Fall, könnte sich der Gesetzgeber ja damit zufrieden geben, der Unternehmungsleitung lediglich vorzuschreiben, jeweils in einer kurzen Presseanzeige den jährlichen Gewinn oder Verlust bekannt zu geben. Das wäre doch die brauchbarste Tarnung der Unternehmung – wenn es bei der Erfolgsrechnung nur darum ginge!

II. Handels- und Steuerbilanz

In der Frage der Zwecksetzung der Bewertung spielt auch der Gegensatz zwischen Handels- und Steuerbilanz eine Rolle. Einen entsprechenden Gegensatz betont insbesondere Mellerowicz⁴⁾; er ist der Meinung, daß sich hier besonders die pragmatische, streng zweckgebundene Wertungsmethodik des Betriebswirts zeige. Mellerowicz will dies mit Nachdruck gegenüber den wieder aufgetauchten Diskussionen um eine Einheitsbilanz feststellen. Auf Grund der Heterogenität der Zwecke zeige sich die Unmöglichkeit der Verschmelzung von Handels- und Steuerbilanz. Hierzu ist zu vermerken, daß Mellerowicz als einzigen Grund für eine unterschiedliche Zwecksetzung die Frage der stillen Reserven angibt.

Mit Wall⁵⁾ wäre ein weiterer Autor zu nennen, der infolge unterschiedlicher Zwecksetzungen eine Einheitsbilanz für unmöglich hält. Für die Aufstellung einer Handelsbilanz seien betriebsindividuelle Gesichtspunkte maßgebend ("Erfolgsermittlung als Kompaß der Betriebsführung"), sowie Rechtsschutzgesichtspunkte (Gläubiger, Aktionär), während für die Steuerbilanz fiskalische (Steuern) und wirtschaftspolitische Gesichtspunkte im Vordergrund stünden.

Auch Kalveram⁶⁾ weist auf einen grundsätzlichen Unterschied hin; dieser soll darin bestehen, daß die Handelsbilanz den Erfolg nach "dynamischen", das Steuerrecht aber nach "statischen" Gesichtspunkten (Vergleich des Betriebsvermögens) ermittle. Daß diese Unterscheidung unrichtig ist, wurde bereits im diesbezüglichen Teil B (Kap. I/9) dieser Arbeit vermerkt; außerdem hat Kalveram⁷⁾ von der "Dynamik" seine eigenen Vorstellungen,

1) nach Dürhammer, W.: Walbs Einstellung zur Frage der Bilanzvereinheitlichung, ZfB 1950, S. 550

2) Rieger, W., Privatwirtschaftslehre, S. 317

3) Walther, A., Wirtschaftslehre II, S. 91
ders., Bilanzreserven, S. 2

4) Mellerowicz, K., Wert, S. 72 ff.

5) Wall, F., a.a.O., S. 55, 60

6) Kalveram, W., Bilanzvereinheitlichung, S. 287 ff.

7) ders., ebenda, S. 287

nämlich die Unterordnung der Erfolgsberechnung unter betriebspolitische Gesichtspunkte! So sei es ein Nachteil der Steuerbilanz, daß für das allgemeine Unternehmerwagnis keine Rücklagen gebildet werden dürften -- gerade eine "Rückstellung" für das allgemeine Unternehmerwagnis lehnt aber Schmalenbach ab. Des weiteren vermerkt Kalveram grundsätzlich noch die etwas "knauserige" Bemessung des Aufwands seitens der Finanzämter in verschiedenen Fällen. Unvereinbar damit ist es allerdings, wenn Kalveram dann bezüglich der von den Steuergesetzen zugelassenen Sonderabschreibungen meint, daß die unterschiedliche Ausnutzung dieser Bewertungsfreiheiten die Vergleichbarkeit der Bilanzen einer Branche störe -- ausgerechnet deshalb, weil hier nun der Finanzminister im Wertansatz einmal nicht knauserig ist und den von Kalveram als "dynamisch" bezeichneten betriebspolitischen Gesichtspunkten freies Spiel läßt!

Etwas weit hergeholt ist die Begründung, die Renate Quellendorf¹⁾ gibt; sie ist der Auffassung, daß Handels- und Steuerbilanz nicht vereinheitlicht werden könnten, solange die Wirtschaftsform eine Mischung zwischen Sozialismus und Privatkapitalismus sei. Diese Begründung ist nicht stichhaltig, worauf noch weiter unten kurz eingegangen wird.

Es wurde oben darauf hingewiesen, daß Mellerowicz als einzigen Grund für das Auseinanderklaffen von Handels- und Steuerbilanz die stillen Rücklagen nannte. Auch Kalveram²⁾ bezeichnet sie als das Kernstück jeder Bilanzreform. Diese Ansicht vertreten ferner Kosiol³⁾, Lion⁴⁾ und Scherpf⁵⁾. Die stillen Rücklagen sind tatsächlich der springende Punkt. Das Abweichen der Handelsbilanz von der Steuerbilanz liegt darin begründet, daß man in der Steuerbilanz grundsätzlich versucht, den Gewinn objektiv zu ermitteln, während man in der Handelsbilanz diesen gegenüber jenen, für die die Rechenschaftslegung bestimmt ist, möglichst nur auf die beabsichtigte Dividendenausschüttung zurechtstutzen will⁶⁾. Es gibt aber kein stichhaltiges Argument für die Bildung stiller Rücklagen. Es ist deshalb auch nicht vertretbar, wenn Mellerowicz in der Frage der stillen Rücklagen einen grundsätzlichen Unterschied konstruiert. Das Ziel von Handels- und Steuerbilanz ist durchaus ein gemeinsames, nämlich Vermögen und Erfolg so richtig zu ermitteln, wie nur irgend möglich⁷⁾. Nicht umsonst verlassen sich die Kreditgeber (Banken) meist nur auf die Steuerbilanz⁸⁾, da sie einer richtigen Bilanz im allgemeinen näher kommt, als die Handelsbilanz. Einzelkaufleute und

1) Quellendorf, R.: Grundfragen der Bilanzvereinheitlichung, BFuP 1950, S.513

2) Kalveram, W., Bilanzvereinheitlichung, S.293

3) Kosiol, E., Bilanzreform, S.7

4) Lion, M., Wahre Bilanzen, S.15

5) Scherpf, P., a.a.O., S.86, 98, 113

6) Bühler, O., Bilanz, S.16, 54

Le Coutre, W., Bilanzkunde, 4.A., S.44

Kosiol, E., Bilanzreform, S.142

Lion, M., Wahre Bilanzen, S.4, 14

7) Bühler, O., Bilanz, S.11, 16, 20, 128

Hecht M., a.a.O., S.109, 110

Kosiol, E., Bilanzreform, S.188

Schaeffler, W., a.a.O., S.7

Schelowsky, P., a.a.O., S.147

Scherpf, P., a.a.O., S.7, 8, 88, 122

8) Bühler, O., Bilanz, S.21

Personalgesellschaften beschränken sich ohnehin ganz überwiegend auf eine Bilanz, die sowohl als Steuerbilanz dient, als auch die handelsrechtlichen Pflichten erfüllt¹⁾.

Mellerowicz²⁾ vermerkt zu seiner grundsätzlichen Befürwortung stiller Rücklagen in der Handelsbilanz gegenüber der Steuerbilanz in einer kleinen, aber sehr bedeutsamen Fußnote, daß es sich hierbei nicht um stille Willkürücklagen handeln dürfe. Bedeutsam deshalb, weil Mellerowicz hiermit die Basis seiner Theorie von der gegensätzlichen Zwecksetzung beider Bilanzen gründlich torpediert. Schließt Mellerowicz die stillen Willkürücklagen aus, so verbleiben nur noch jene stille Rücklagen, die sich im Rahmen des Prinzips der Vorsicht aus den Bewertungsungenauigkeiten ergeben. Wenn auch für die Steuerbilanz zu den handelsrechtlichen Höchstbewertungsvorschriften noch Mindestbewertungsvorschriften hinzutreten, so kann doch nicht grundsätzlich behauptet werden, daß das Steuerrecht Wertansätze fordere, die gegen das Prinzip einer vorsichtigen Bewertung verstoßen. Dieser Grundsatz wird lediglich in der Handelsbilanz "hemmungslos übertrieben"³⁾. Die Steuerbilanz kann noch ganz beträchtliche stille Rücklagen enthalten⁴⁾ — und zwar auch jenseits der Sonderbewertungsvorschriften; schließlich kann eine offensichtliche Wertminderung durch die Abschreibung auf den niedrigeren Teilwert berücksichtigt werden. Weil auch das Steuerrecht eine vorsichtige Bewertung zuläßt, besteht keine Notwendigkeit, in der Handelsbilanz noch vorsichtiger zu bewerten, zumal die Hauptversammlung über die Gewinnausschüttung ja nur in Höhe des vom Vorstand gemachten Dividendenvorschlags verfügen kann. Sicher wird um diesen oder jenen Wertansatz zwischen Steuerzahler und Finanzamt im einzelnen oft heftig gefochten; das ist aber nur die Auswirkung des subjektiven Spielraums, der jeder Bewertung eigen ist. Zur Schlichtung derartiger Streitigkeiten gibt es die Finanzgerichtsbarkeit, und hier kann man — so behaupten Praktiker⁵⁾ — auch in schwierigen Bewertungsfragen in der Regel vernünftige und annehmbare Ergebnisse erreichen. Deshalb ist es auch völlig gegenstandslos, wenn Quellendorf die Frage der Bilanzvereinheitlichung auf die Ebene der Wirtschaftsformen verlegt. Gerade die gegensätzlichen Interessen des einzelnen Staatsbürgers und des Staates führen dazu, daß die Bilanzierung bei Übereinstimmung der Grundziele (Gewinnermittlung) nicht einseitig verzerrt wird⁶⁾. Scherpf⁷⁾ vermerkt zu Recht, daß im Rahmen einer Einheitsbilanz "in ganz überragendem Maße die handelsrechtlichen Bestimmungen an die steuerrechtlichen angeglichen werden müssen". Allerdings ist eine Änderung des Aktiengesetzes hierzu nicht erforderlich, da ein Verbot stil-

1) Bühler, O., Bilanz, S.54

Le Coutre, W., Bilanzkunde, 4.A., S.45

2) Mellerowicz, K., Wert, S.74; Fußnote.89.

3) Kosiol, E., Bilanzreform, S.138

4) Bühler, O., Bilanz, S.106

Kalveram, W., Bilanzvereinheitlichung, S.294, 295

Kosiol, E., Anlagenrechnung, S.241, 242

gegenteiliger Auffassung:

Wall, F., a.a.O., S.63 ff.

5) Schwarz, M.: Diskussionsbeitrag, Band 7 der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschaftsprüfer, S.188

6) Beuck, W., Kritik, S.181

7) Scherpf, P., a.a.O., S.114

ler Willkürücklagen sich auch mit dem gegenwärtigen Gesetz begründen läßt (vgl. Schelowsky: stille Rücklagen verstoßen gegen "zwingende Rechtsgrundsätze"). Zu den verhältnismäßig wenigen Fällen in denen das Steuerrecht nicht zwingend von der betriebswirtschaftlichen bzw. handelsrechtlichen Auffassung abweicht, gehört das Vorliegen eines (derivativen) Firmenwerts¹⁾ dessen ordentliche Abschreibung steuerlich nicht zugelassen ist. Die betriebswirtschaftliche Literatur²⁾ bekämpft diesen Standpunkt zu Recht. Als ein unvereinbarer Unterschied in der Zwecksetzung ist eine unrichtige Bewertung aber nicht zu werten.³⁾ Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich hier die Forderungen der Betriebswirtschaftslehre bzw. der Praxis einmal durchsetzen. Auch die degressive Abschreibung war lange nicht gestattet, was schließlich zu einer entsprechenden finanzgerichtlichen Entscheidung führte.⁴⁾

In Anbetracht einer erstrebenswerten Vereinheitlichung von Handels- und Steuerbilanz wenden sich Hecht⁵⁾ und Kosiol⁶⁾ gegen die wirtschaftspolitisch bedingte steuerliche Bewertungsfreiheit. Hier schießen aber beide Autoren über das Ziel hinaus. Wirtschaftspolitik und korrekte Bilanzierung brauchen sich nicht zu stören. Jene nach der Währungsreform von 1948 zur Ankurbelung der Wirtschaft gestatteten Sonderabschreibungen stellen nichts anderes dar als eine zeitweise steuerfreie Rücklage. Wenn eine Anlage mit einer Lebensdauer von 10 Jahren bei gleichmäßig zu veranschlagender Abnutzung im ersten Jahre mit einer 50%igen Abschreibung bedacht wird, so fehlen Abschreibungen in späteren Jahren, was die Gewinne entsprechend erhöht. Man sollte die Differenz zwischen Normal- und Sonderabschreibung deshalb als das bilanzieren, was sie tatsächlich ist; eine zeitweise steuerfreie Rücklage, wie man sie auch bezüglich der Ausfuhrförderung kennt (§ 3 AusfFördG). Diese wird durch die vorläufige Überabschreibung gespeist und dann um die folgenden Unterabschreibungen wieder gemindert, während die Anlage auf der Aktivseite mit ihrem auf Basis der normalen Abschreibungen errechneten Wert zu Buche steht. Auf diese Weise wird der "Vorteil" einer Sonderabschreibung auch buchtechnisch dargestellt; er besteht in einer Steuerstundung, nicht in einem endgültigen Verzicht darauf. Jedenfalls ist eine wirtschaftspolitische Steuererleichterung kein Grund, eine gesonderte Handelsbilanz aufzustellen; man muß ihr nur buchtechnisch in sachlich richtiger Form Rechnung tragen.

Zum Schluß sei noch kurz auf ein weiteres Problem eingegangen, das zwar keinen Gegensatz zwischen Handels- und Steuerbilanz beinhaltet, das aber doch für letztere einige Bedeutung hat: auf den Eigenkapitalzins. Es ist als bekannt vorauszusetzen, daß der Eigenkapitalzins in der Kalkulation als Selbstkostenbestandteil in Höhe des betriebsnotwendigen Kapitals allgemein anerkannt ist. Dabei wird das betriebsnotwendige Kapital mit dem landesüblichen Zinssatz verzinst. Wenn aber der Eigenkapitalzins in der Selbstkostenrech-

1) Bühner, O., Bilanz, S.53

2) Bühler, O., Bilanz, S.178

Kosiol, E., Bilanzreform, S.161

Scherpf, P., a.a.O., S.114, 115

3) Wall, F., a.a.O., S.62, trotz seiner gegenteiligen Stellungnahme auf S.55, 50

4) Urteil des FG Stuttgart vom 27.5.1952; nach Endres, W., Problematik, S.120

5) Hecht, M., a.a.O., S.110

6) Kosiol, E., Bilanzreform, S.163

nung Kostencharakter hat, dann müßte er auch in der Erfolgsrechnung als Aufwand aufzufassen sein, freilich als ein Aufwand besonderer Art — ~~war~~ nicht deshalb, weil hier die Ausgabe der Kostenberechnung erst nachfolgt, denn das ist auch bei anderen kalkulatorischen Kostenarten der Fall, aber deshalb, weil er nur dann zur "Ausgabe" werden kann, wenn er im Preis der Erzeugnisse realisiert wurde. Die Ansicht, daß der Eigenkapitalzins als Aufwand besonderer Art zu werten ist, vertritt beispielsweise Schmalenbach¹⁾. Er weist darauf hin, daß das Wort Dividende früher nur für die Ausschüttungen verwandt wurde, die eine zuvor gewährte "Verzinsung" der Kapitaleinlagen überstieg.

Welche Konsequenzen hat nun diese Tatsache für eine Steuerbilanz der Kapitalgesellschaften? Man kann natürlich nicht verlangen, bei der Ermittlung des körperschaftsteuerpflichtigen Gewinns den Eigenkapitalzins in Höhe des betriebsnotwendigen Kapitals vorweg als Aufwand abzusetzen. Das weniger deshalb, weil hierdurch ein beträchtlicher Steuerausfall entstünde, sondern aus der grundsätzlichen Erwägung heraus, daß der Eigenkapitalzins eben ein Aufwand besonderer Art ist, weil er gleichzeitig auch Gewinn darstellt. Läge beispielsweise der Jahresgewinn einer Kapitalgesellschaft unter dem landesüblichen Zinssatz und würde dieser Gewinn voll einbehalten, erfolgte überhaupt keine Besteuerung dieses Gewinns. Außerdem besteht das Problem einer Doppelbesteuerung ja gar nicht bezüglich der nicht ausgeschütteten Gewinne, denn der Doppelbesteuerung unterliegen nur die effektiven Ausschüttungen. Der Aktionär muß nur den Gewinn nochmals persönlich versteuern, der ihm in Form einer Dividende zufließt.

Zu überlegen wäre aber, ob man nicht der Größe "Eigenkapitalzins" im Rahmen der Doppelbesteuerung der Ausschüttungen eine entsprechende Bedeutung beimessen könnte. Trotz vieler Angriffe gegen diese spricht für sie der Umstand, daß einerseits der Gewinn der Unternehmung als solcher versteuert und andererseits das Dividendeneinkommen des Aktionärs je nach dessen Gesamteinkommen dem progressiven Steuersatz unterworfen werden muß. Denn die Kapitalertragssteuer beträgt zwar formell einheitlich 25 % (für Dividenden), in der Einkommensteuererklärung müssen aber die Kapitalerträge wieder angegeben werden, und auf das so ermittelte Gesamteinkommen wird der (progressiv gestaffelte) Steuersatz angewandt; von dem sich ergebenden Steuerbetrag wird dann die bezahlte Kapitalertragssteuer wieder abgesetzt. Hierdurch werden die Kapitalerträge je nach der Höhe des Einkommens unterschiedlich hoch versteuert.

Wegen der mit dieser Doppelbesteuerung jedoch verbundenen wirtschaftspolitischen Nachteile (Kapitalmarktfrage), wurde in letzter Zeit der Körperschaftssteuersatz für berücksichtigungsfähige Ausschüttungen auf 30 % ermäßigt. Dieser Prozentsatz stellt aber eine "politische" und keine "wirtschaftlich" sachlich begründete Lösung dar. Hier wäre nun zu erwägen, (berücksichtigungsfähige) Ausschüttungen (nicht den Gewinn schlechthin!) statt in Höhe eines gewissen Prozentsatzes insoweit von der Doppelbesteuerung voll auszuschließen, als sie den auf das betriebsnotwendige Kapital berechneten Eigenkapitalzins nicht übersteigen. In dieser Form wäre dem besonderen Aufwandscharakter des Eigenkapitalzinses in einer sachlich zu rechtfertigenden Weise Rechnung getragen, und andererseits bräuchte nicht die Kapitalertragssteuer bzw. die persönliche Einkommensbesteuerung aufgegeben zu werden.

Die Besteuerung des Gewinnes einer Kapitalgesellschaft würde nach dem hier gemachten

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12. A., S. 163

Vorschlag wie folgt aussehen: Gewinne, die nicht ausgeschüttet werden, unterliegen voll der Körperschaftsteuer. Ausschüttungen, die den auf das betriebsnotwendige Eigenkapital (ist nicht gleichbedeutend mit dem Aktienkapital) unter Verwendung des landesüblichen Zinssatzes berechneten Eigenkapitalzins nicht übersteigen, unterliegen nur der persönlichen Einkommensbesteuerung. Versteuert wird der Gewinn auf jeden Fall, nur eben nicht zweifach. Ausschüttungen jedoch, die den Betrag des Eigenkapitalzinses übersteigen, würden nach wie vor der Doppelbesteuerung unterliegen, denn hier handelt es sich wieder um eine (sozial-) politische Frage, über deren Zweckmäßigkeit ein Betriebswirt nicht zu befinden hat.

Zur Frage des Eigenkapitalzinses — allerdings für dessen Handhabung in der Kalkulation — bedarf es noch eines Hinweises. In der Selbstkostenrechnung wird das betriebsnotwendige Kapital, d.h. das betriebsnotwendige Eigenkapital, sowie das betriebsnotwendige, nicht zinslos überlassene Fremdkapital gleichermaßen mit dem landesüblichen Zinssatz verzinst. Dies Verfahren erscheint nicht einmal von der Grundidee der LSÖ her seine Berechtigung zu haben. Die LSÖ zielen auf einen Selbstkosten-Erstattungspreis ab. Zinsselbstkosten hat aber ein Betrieb nicht in Höhe des landesüblichen Zinssatzes. Die Kapitalgesellschaft A legt eine Obligation mit 8%iger Verzinsung auf und der Flüchtlingsbetrieb B erhält einen staatlichen Kredit zu 1 oder 2 %. Es ist vom Standpunkt einer Ermittlung der tatsächlichen Selbstkosten ungerechtfertigt, die kalkulatorischen Zinsen mit dem landesüblichen Zinssatz zu bemessen. Das Argument, alle Betriebe müßten gleichgestellt werden, zieht nicht; schließlich hat jeder Betrieb andere Selbstkosten, und hier rechnen die LSÖ auch nicht mit einem landesüblichen Rohstoffpreis, landesüblichen Löhnen oder gar landesüblichen Fertigungs-, Verwaltungs- und Vertriebsgemeinkosten. Gewiß stellen die LSÖ darauf ab, daß nur die notwendigen Selbstkosten ersetzt werden, aber das sind nicht die "landesüblichen" Selbstkosten. Wer wollte bestreiten, daß bei einer angespannten Situation auf dem Kapitalmarkt beispielsweise der Zinssatz für eine Industrieobligation in Höhe von 8 % so grenzenlos übertrieben ist, daß man ihn als "nicht betriebsnotwendig" bezeichnen dürfte? Und warum sollte andererseits ein Betrieb mit billigem Staatskredit ausgerechnet seinem Kreditgeber Zinsen in einer Höhe einkalkulieren dürfen, die dieser gar nicht verlangt? Es sei diesbezüglich auf Mellerowicz¹⁾ verwiesen, der der Meinung ist, die Normalisierung der Kosten ginge heute schon so weit, daß das Wesen der Kosten weitgehend verloren gehe. Man kümmere sich mehr um die von Preiskommissaren und Finanzämtern anerkannten Kosten als darum, was Kosten eigentlich sind, nämlich: "ein betriebsbedingter, zur Leistungserstellung verwandter Gutsverbrauch, und zwar in der Menge, in dem Wert und in dem Zeitpunkt, in dem der Verbrauch vor sich geht." Auch im Fall der kalkulatorischen Zinsen scheint sich die geschilderte Denkweise eingeschlichen zu haben; weil die LSÖ für das Fremdkapital nur den landesüblichen Zinssatz anerkennen, kümmert man sich um die tatsächlichen Kosten nicht mehr.

Um die Rückwirkungen der Bewertung der Zinskosten des betriebsnotwendigen Kapitals mit dem einheitlichen, landesüblichen Zinssatz auf die effektive Verzinsung des Eigenkapitals betrachten zu können, sei hierfür ein Beispiel gewählt: zwei Unternehmungen A und B verfügen über jeweils 100 000 Kapital. A ist zu 80 % mit Eigenkapital finanziert, B nur zu 50 %; der landesübliche Zinssatz betrage 5 %, die tatsächlichen Fremdkapitalkosten 10 %. Welchen Eigenkapitalzins erhalten beide Unternehmungen tatsächlich zugebilligt?

1) Mellerowicz, K., Kostenrechnung, S.426

Unternehmung A		Unternehmung B	
kalkulatorischer Eigen-			
kapitalzins	$80\,000 \times 5\% = 4\,000$		$50\,000 \times 5\% = 2\,500$
kalkulatorischer Fremd-			
kapitalzins	$20\,000 \times 5\% = 1\,000$		$50\,000 \times 5\% = 2\,500$
	<u>5 000</u>		<u>5 000</u>
././ tatsächlicher Fremd-			
kapitalkosten	$20\,000 \times 10\% = 2\,000$		$50\,000 \times 10\% = 5\,000$
verbleibt ein Eigen-			
kapitalzins von	<u>3 000</u>		<u>0</u>

Es ergibt sich folgende Feststellung: Bei der gegenwärtigen Handhabung der Berechnung der kalkulatorischen Zinsen auf das betriebsnotwendige Gesamtkapital ist es eine *reine Illusion* zu behaupten, man würde den Eigenkapitalzins als Kostenbestandteil in der Selbstkostenrechnung entsprechend berücksichtigen. Wieviel kalkulatorischer Eigenkapitalzins tatsächlich in Ansatz gebracht wird, das hängt ganz vom Zufall bzw. vom Finanzierungsverhältnis und von den Fremdkapitalkosten ab. Wohl gemerkt; wenn hier gegen eine Bewertung der Fremdkapitalkosten mit dem landesüblichen Zinssatz Stellung genommen wird, so bleibt diese Größe dennoch für das Eigenkapital maßgebend.

III. Die Betriebspolitik als Bewertungszweck

Wenn nun ein Schlußstrich unter diesen Teil: Richtige Erfolgsrechnung und entgegenstehende betriebspolitische Zwecksetzungen (stille Rücklagen), gezogen werden soll, so ist zu dem von Literatur vertretenen Grundsatz: Werten ist zweckbedingt, wiederum festzustellen, daß als einziger Bewertungs"zweck" allein eine richtige Bewertung in Frage kommt. Es gibt keine stichhaltigen Gründe dafür, nicht richtig zu rechnen. Wollte man dies, könnte man auf eine Rechnung ebenso gut verzichten; das wäre dann auch am wirtschaftlichsten.

Die Notwendigkeit stiller Rücklagen in der Handelsbilanz aus betriebspolitischen Gründen kann verneint werden. Demzufolge ist es auch nicht erforderlich, allein aus diesem Grunde neben der Steuerbilanz eine gesonderte Handelsbilanz zu führen, abgesehen davon, daß bei Personalunternehmungen, und d.h. — was nicht übersehen werden sollte — in der Großzahl der Fälle, diese Frage in der Regel ohnehin gegenstandslos ist. Eine eigene Handelsbilanz wäre beispielsweise nur im Falle des derivativen Firmenwerts erforderlich. Hier handelt es sich aber dann wieder um die Frage einer korrekten Bewertung; die Finanzbehörden lehnen doch eine Abschreibung des derivativen Firmenwerts deshalb ab, weil sie der Auffassung sind, daß sich der Firmenwert nicht abnützt — und nicht deshalb, weil sie auf diese Weise höhere Steuern einnehmen können. Sie übersehen dabei, daß im derivativen Firmenwert ja nur die Erträge antizipiert und dem ausscheidenden Inhaber in einer Summe ausbezahlt werden, die diesem auf Grund der in den Betrieb hineingesteckten Leistung noch zuzurechnen sind. Auf diesen Sachverhalt weist Berliner¹⁾ bereits im Jahre 1913 hin.

Literaturverzeichnis

Teil 1

Sammelwerke und Zeitschriften

Sammelwerke

- HdB Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Hsg. H.Nicklisch, C.E.Poeschel Verlag, Stuttgart 1926
- Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Hsg. H.Nicklisch, 2.A., C.E. Poeschel Verlag, Stuttgart 1938
- HdK Handwörterbuch des Kaufmanns, Hsg. K.Bott, Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 1927
- LdRW Lexikon des kaufmännischen Rechnungswesens, Hsg. K.Bott, Muth'sche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1940

Zeitschriften

- Archiv Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, J.C.B.Mohr (Paul Siebeck), Tübingen
- BB Der Betriebsberater, Verlagsgesellschaft "Recht und Wirtschaft" m.b.H., Heidelberg
- Bb Der Betrieb, Verlag Handelsblatt G.m.b.H., Düsseldorf
- BFuP Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, Heckners Verlag, Wolfenbüttel
- BW Neue Betriebswirtschaft, Verlagsgesellschaft "Recht und Wirtschaft" m.b.H., Heidelberg
- Ug Die Unternehmung, Verlag Paul Haupt, Bern
- Wp Die Wirtschaftsprüfung, C.E.Poeschel Verlag, Stuttgart
- ZfB Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr.Th. Gabler, Wiesbaden
- ZfhF Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Westdeutscher Verlag, Köln
- ZfHK Zeitschrift für das gesamte Handels- und Konkursrecht, Verlag von Ferdinand Enke, Stuttgart
- ZHuH Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis, C.E.Poeschel Verlag, Stuttgart
- ZVDB Zeitschrift des Verbands Deutscher Bücherrevisoren, Selbstverlag, Berlin

Teil 2

Autorenverzeichnis

- Vorbemerkung: Kurztitel mehrmals zitierter Veröffentlichungen sind in Klammern angegeben
- Abromeit, H.G.: Amerikanische Betriebswirtschaft, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr.Th.Gabler, Wiesbaden 1954
- Adler, H., Düring, W., Schmaltz, K.: Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, 3.A., C.E.Poeschel Verlag, Stuttgart 1957
- Antweiler, B.: Die dynamische Bilanz. Eine Entgegnung auf das Riegersche Buch. ZfhF 1938, S.119 ff.
- Aufermann, E.: Problematik und Prinzip des Teilwerts, Finanz. und Steuer 1947, S.6 ff
 Zur Geschichte und Bedeutung des Niederstwertprinzips, BFuP 1951, S.109 ff.
 (Niederstwertprinzip)
 Grundzüge betriebswirtschaftlicher Steuerlehre, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr.Th.Gabler, Wiesbaden 1951
 (Steuerlehre)
- Baier, C.G.: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, W.Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1951
- Beckmann, L.: Die betriebswirtschaftliche Finanzierung, Buchverlag Dr.K. Weinmayer G.m.b.H., München 1949
- Bellmann, H., Schwadorf, W.: Zuschreibungen in der Handelsbilanz, Bb 1952, S.829 ff.
- Bender, K.: Zur betriebswirtschaftlich richtigen Errechnung der Scheingewinne, BW 1952, S.36 ff.
- Berg, K.: Bewertung der Fabrikate, BW 1953, S.124 ff.
- Berliner, M.: Zur Theorie der Bilanz, ZHuH 1909/10, S.269 ff.
 (Theorie)
 Buchhaltungs- und Bilanzlehre, 3.A., Hahnsche Buchhandlung, Hannover 1911
 (Bilanzlehre)
 Vergütung für den Wert des Geschäfts, Hahnsche Buchhandlung, Hannover 1913

III

- Berliner, M.:** Buchhaltungs- und Bilanzlehre, 5.A., Hahnsche Buchhandlung, Hannover 1920
dto.
7.A., Hahnsche Buchhandlung, Hannover 1924
Statische und dynamische Bilanz, ZVDB 1922, S.252 ff.
- Beste, Th.:** Die Verrechnungspreise in der Selbstkostenrechnung industrieller Betriebe, Julius Springer Verlag, Berlin 1924
- Beuck, W.:** Bewertungsprobleme der Handels- und Steuerbilanz BB 1947, S.68 ff.

Kritik steuerlicher Bewertungsmethoden vom wirtschaftlichen Standpunkt, Band 7 der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Verlagsbuchhandlung des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf 1954
(Kritik)
- Binder, O.:** Der Eiserne Bestand in der Praxis, BB 1950, S.909 ff.
- Borkowsky, R.:** Die Bilanztheorien und ihre wirtschaftlichen Grundlagen, Ernst Lang, Zürich 1945
- Bos, W.:** Innerbetriebliche Verrechnungspreise in der Kostenrechnung, Bb 1951, S.411 ff.
- Bott, K.:** Die Bilanz des Kaufmanns, 7.A., Muth'sche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1941
- Bühler, O.,** Soll der Teilwert verschwinden? BB 1948, S.285 ff.
(Teilwert)

Bilanz und Steuer, 5.A., Verlag Franz Vahlen, Berlin 1952
(Bilanz)

Diskussionsbeiträge in Band 7 der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf 1954, S.128 ff., S.189 ff.
(s.Inst.d.Wp.)
(Diskussionsbeitrag)
- Bußmann, K.F.:** Die Problematik der Anlagenerneuerung, BFuP 1951, S.263 ff.
- Burri, J.,:** Die Unternehmung, 5.A., Verlag des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins, Zürich 1945
- Le Coutre, W.,:** Grundzüge der Bilanzkunde, 2.Bd., G.A. Glöckner Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1924
(Bilanzkunde)

Die statische Bilanzauffassung der Praxis ("Kapitalbilanz, nicht Vermögensbilanz"), ZfB 1927, S.72 ff.

- Le Coutre, W.: Statische Bilanzlehre, HdK, 1927, 5. Bd., S. 332 ff.
Zeitgemäße Bilanzierung. Die statische Bilanzauffassung und ihre praktische Anwendung. Österreichischer Wirtschaftsverlag KG Payer & Co, Wien 1934
(Bilanzierung)
Abschreibung, HdB 2. A., Stuttgart 1938, Sp. 38 ff.
Bilanz, HdB 2. A., Stuttgart 1938, Sp. 1007 ff.
Bilanztheorien, HdB 2. A., Stuttgart 1938, Sp. 1007 ff.
Grundzüge der Bilanzkunde, Teil 1, 4. A., Heckners Verlag, Wolfenbüttel 1949
- Deckers, P. J.: Abschreibungsprobleme vom Standpunkt der deutschen Wirtschaft, ZfhF 1954, S. 236 ff.
- Dornemann, R.: Dynamische Bilanzauffassung und Steuerbilanz, ZfhF 1954, S. 375 ff.
- Dürrhammer, W.: Walbs Stellungnahme zur Frage der Bilanzvereinheitlichung, ZfB 1950, S. 545 ff.
- Enderlen, E.: Nominelle und reale Bilanz, W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1936
- Endres, W.: Der Eiserne Bestand als Mittel zur Vermeidung des Ausweises und der Besteuerung von Scheingewinnen, ZfhF 1952, S. 217 ff.
(Eiserne Bestand)
Die Problematik der abfallenden Abschreibung, ZfhF 1953, S. 107 ff.
- Engelmann, K.: Die Verrechnung von Inflationsgewinnen unter dem Realisations-Gesichtspunkt, ZfhF 1951, S. 153 ff.
(Verrechnung)
Methoden zur Neutralisierung von Preis- und Wertschwankungen im betrieblichen Abrechnungswesen, BFuP 1952, S. 1 ff.
(Neutralisierung)
Die Berücksichtigung von Geldwertschwankungen im betrieblichen Abrechnungswesen, ZfhF 1952, S. 230 ff.
- Fettel: Die nominale Geldrechnung und ihre Aussagen, BFuP 1951, S. 3 ff.
- Fiedler, F.: Grundsätze der Privatwirtschaftslehre, Selbstverlag, Innsbruck 1932
- Fischer, G.: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 6. A., Verlag Quelle & Meyer, Heidelberg 1952
(Betriebswirtschaftslehre)
- Fischer, R.: Die Bilanzwerte, was sie sind und nicht sind. Teil 1, Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1905

- Fuchs, H.: Grundsätze für die Bewertung von Wertpapieren bei unterschiedlichen Anschaffungspreisen und ihre Anwendung auf die Bewertung von Warenvorräten, ZfhF 1949, S.206 ff.
- Geldmacher, E.: Wirtschaftsruhe und Bilanz, Julius Springer Verlag, Berlin 1923
- Gnam, A.: Axiome der Bilanzierung auf der Grundlage der Währung, Pflaum Verlag, München 1948
(Axiome)
- Die Einheitsbilanz, ein Fortschritt für Staat und Wirtschaft, Wp 1950, S.293 ff.
- Organische Bilanzlehre in den USA, BFuP 1951, S.752 ff.
- Scheingewinne, Scheinverluste — eine Interessenkollision zwischen Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft, BW 1952, S.39 ff.
(Scheingewinne)
- Nochmals: Nominal- oder Realgewinnbesteuerung? BW 1952, S.92 ff.
- Götze, H.: Grundzüge der Bilanzierung, Fachverlag Schiele & Schön, Berlin 1952
- Graf, A.: Einführung in die allgemeine kaufmännische Betriebswirtschaftslehre, Verlag des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins, Zürich 1927
- Großmann, H.: Die Abschreibung vom Standpunkt der Unternehmung insbesondere ihre Bedeutung als Kostenfaktor, Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin 1925
(Abschreibung)
- Der Jahresabschluß der Aktiengesellschaft, Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin 1938
(Jahresabschluß)
- Gsell, E.: Betriebswirtschaftslehre, I. Die kaufmännische Unternehmung, 3.A., Verlag des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins, Zürich 1946
- Gutenberg, E.: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 1.Bd.: Die Produktion, Julius Springer Verlag, Berlin 1951
- Hauck, W.: Bilanztheorien, Verlag Konkordia AG, Bühl-Baden 1933
- Hax, K.: Bilanzgewinn und Geldwertschwankung, ZfhF 1951, S.433 ff.
(Bilanzgewinn)
- Hax, K., Knorr, E., Maier, A.: Ein Verfahren zur Erfassung und Neutralisierung von Geldwertänderungen, Wp 1952, S.293 ff.
(Neutralisierung)

- Hax, K.: Das Problem der Substanzerhaltung beim Vorratsvermögen, ZfhF 1955, S.531 ff.
(Substanzerhaltung)
Gruppenbewertung und Rechnen mit eisernen Beständen, BB 1955, S.973 ff.
- Hecht, M.: Zum Thema: Die Einheitsbilanz, ein Fortschritt für Staat und Wirtschaft, Wp 1951, S.109 ff.
- Hellauer, J.: Kalkulation nach den "Wiederbeschaffungs-" oder nach den tatsächlichen Gestehungskosten, ZHuH 1924, S.38 ff.
- Henzel, F.: Gegenwartsprobleme im Lichte der organischen Bilanzlehre, ZfB 1952, S.135 ff.
Gegenwartsprobleme der Betriebswirtschaft, Verlag August Lutzeyer, Frankfurt 1955,
(1e Coutre-Festschrift)
- Hintner, O.: Die Riegersche Bilanzlehre. Ein Vergleich mit Gesetzgebung und Rechtsprechung. ZfHK 1930, S.228 ff.
- Hoffmann, A.: Wirtschaftslehre der kaufmännischen Unternehmung Hans Buske Verlag, Leipzig 1932
- Hoffmann, F.: Die Dynamische Bilanz in der Rechtsprechung des OFH und BFH, BW 1952, S.21 ff.
- Horn, H.: Tendenzen zur Aussonderung von Vermögenswertänderungen in Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftspraxis und Steuerrecht, Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin 1931
- Horn, M.: Zum Bewertungsproblem in der Jahresbilanz der Unternehmung, Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin 1935
- Husemann, H.: Scheingewinne bei Abschreibungen vom Anschaffungswert, Bb 1952, S.599 ff.
- Imobersteg, A.: Bewertungsfragen in der Kostenrechnung, Verlag Paul Haupt, Bern 1953
- Institut der Wirtschaftsprüfer: Die Wirtschaft unter der Steuerpolitik, Band 7 der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Verlagsbuchhandlung des Instituts der Wirtschaftsprüfer G.m.b.H., Düsseldorf 1954
- Isaac, A.: Anschaffungswertbilanz und Tageswertbilanz, ZfB 1924, S.246 ff.
(Anschaffungswertbilanz)
Bilanzen, Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin 1930
Bilanzen und Bilanztheorien, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr.Th.Gabler, Wiesbaden 1952
(Bilanztheorie)

- Kalveram, W.: Goldmarkbilanzierung und Kapitalumstellung, 2.A., Industrie-
verlag Spaeth & Linde, Berlin 1925
(Goldmark)
- Die organische Tageswert-Bilanz, Archiv, 64.Bd., 1930, S.136 ff.
(Tageswertbilanz)
- Kaufmännische Buchhaltung, 2.A., Industrieverlag Spaeth & Linde,
Berlin 1935
(Buchhaltung)
- Rechtfertigung und Grenzen der stillen Reserven, ZfB 1950, S.345 ff.
(Rechtfertigung)
- Bilanzvereinheitlichung, ZfB 1951, S.283 ff.
- Kamp, J.: Abschreibung und Wiederbeschaffung beim Anlagevermögen, Bb
1952, S.770 ff.
- Kiesgen, K.: Scheinerfolg und Finanzstruktur, Wp 1953, S.289 ff.
- Kosiol, E.: Bewertung, HdB 2.A., Stuttgart 1938, Sp. 977 ff
- Bilanzreform und Einheitsbilanz 2.A., Deutscher Betriebswirte
Verlag, Berlin 1949
(Bilanzreform)
- Kalkulatorische Buchhaltung, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr.Th.
Gabler, Wiesbaden 1950
- Anlagenrechnung, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr.Th.Gabler,
Wiesbaden 1955
- Kremer, J.: Probleme um den Teilwert, Wp 1951, S.300 ff.
(Probleme)
- Zur Bedeutung der Teilwertidee, BW 1951, S.105 ff.
- Lehmann, B.: Kalkulatorische Abschreibungen, Ug 1948, S.49 ff.
- Lehmann, M.R.: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre 2.A., Westkulturverlag Hain,
Meisenheim am Glan 1949
(Betriebswirtschaftslehre)
- Leistungsmessung durch Wertschöpfungsrechnung, Verlag W.Girar-
det, Essen 1954
- Die Quintessenz der Bilanztheorie, ZfB 1955, S.536 ff., S.669 ff.
- Leitner, F.: Grundriß der Buchhaltungs- und Bilanzkunde, 2.Bd.: Bilanztech-
nik und Bilanzkritik, Verlag Georg Reimer, Berlin 1911
(Bilanztechnik)
- Bilanztechnik und Bilanzkritik, 3.A., Walter de Gruyter & Co,
Berlin 1919

VIII

- Leitner, F.: Privatwirtschaftslehre der Unternehmung, 4.A., Walter de Gruyter & Co, Berlin 1924
- Liebl, J.: Kapitalerhaltung und Bilanzrechnung, BfuP 1953, S.493 ff.
- Linhardt, H.: Die Begriffe Statik und Dynamik, ZfB 1936, S.338 ff.
- Lion, M.: Wahre Bilanzen! Carl Heymanns Verlag, Berlin 1927
Die dynamische Bilanz und die Grundlagen der Bilanzlehre, ZfB 1928, S.481 ff.
(dynamische Bilanz)
- Littmann, E.: Nominelle und materielle Gewinnrechnung in Handels- und Steuerbilanz, Wp 1949, S.342 ff.
Die Unmöglichkeit der steuerlichen Teilwertidee, BW 1951, S.26 ff.
(Teilwertidee)
Nominal- oder Realgewinnbesteuerung? BW 1952, S.52 ff.
- Lohmann, M.: Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, J.C.B.Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1949
- Mahlberg, W.: Bilanztechnik und Bewertung bei schwankender Währung, 2.A., G.A.Glückner Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1922
(Bilanztechnik)
Der Tageswert in der Bilanz, G.A. Glückner Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1925
(Tageswert)
- Maier, A.: Vorschlag zur Erfassung der wirklichen Scheingewinne und Rücklagenbildung in der Handels- und Steuerbilanz, Wp 1951, S.389 ff.
- Mellerowicz, K.: Kosten und Kostenrechnung, 1.Bd.: Theorie der Kosten, 2.A., Walter de Gruyter & Co, Berlin 1951
(Kostenrechnung)
Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 7.A., 1.-3.Bd. Walter de Gruyter & Co, Berlin 1952
(Betriebswirtschaftslehre I, II, III)
Wert und Wertung im Betrieb, Verlag W.Girardet, Essen 1952
(Wert)
(Diskussionsbeitrag, Band 7 der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschaftsprüfer, S.132 ff. (s.Inst.d.Wp))

- Miller, M.: Die Berücksichtigung von Geldwertschwankungen in Buchhaltung und Bilanz, Verlag der Hochschulbuchhandlung Krische & Co, Nürnberg 1932
- Mirre, L.: Die Bewertung in der Handels- und Steuerbilanz der Aktiengesellschaft, Carl Heymanns Verlag, Berlin 1940
- Münstermann, H.: Schmalenbachs's Dynamische Bilanz, ZfhF 1954, S.265 ff.
- Neumayer, W.W.: Entwicklung der Plankostenrechnung, in: Plankostenrechnung, Hsg. W.Kalveram, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr.Th.Gabler, Wiesbaden 1949
- Nicklisch, H.: Dynamik, ZHuH 1920/21, S.241 ff.
Die Betriebswirtschaft, 7.A., C.E.Poeschel Verlag, Stuttgart 1932 (Betriebswirtschaft)
Die Entthronung der Bilanz, ZHuH 1932, S.2 ff. (Entthronung)
- Osbahr, W.: Die Bilanz vom Standpunkt der Unternehmung, 2.A., Verlag der Haude und Spenerschen Buchhandlung Max Paschke, Berlin 1919
- Ottel, F.: Abschreibungen und Zinsen, ZfB 1955, S.689 ff.
- Prion, W.: Die Finanzierungspolitik der Unternehmung im Zeichen der Scheingewinne, Verlag Gustav Fischer, Jena 1922
Die Lehre vom Wirtschaftsbetrieb, 2.Bd., Julius Springer Verlag, Berlin 1935 (Wirtschaftsbetrieb II)
- Quellendorf, R.: Grundfragen der Bilanzvereinheitlichung, BFuP 1950, S.513 ff.
- Rentrop, S.: Geldwertausgleich in der Bilanz und in der Erfolgsrechnung, Bb 1951, S.961 ff. (Geldwertausgleich)
Wertrisiko und Wertsicherung in der Bilanz, Bb 1952, S.170 ff.
Echte und unechte Scheingewinne, Bb 1952, S.353 ff.
- Renz, E.: Die Bewertung des Anlagevermögens bei Kapitalgesellschaften, Junker & Dünnhaupt Verlag, Berlin 1941
- Rieger, W.: Einführung in die Privatwirtschaftslehre, Verlag der Hochschulbuchhandlung Krische & Co, Nürnberg 1928 (Privatwirtschaftslehre)
Die organische Tageswertbilanz, Archiv, 64.Bd., 1930, S.136 ff. (Tageswertbilanz)
Über Geldwertschwankungen, W.Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1938
Schmalenbachs Dynamische Bilanz, 2.A., W.Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1954

- Rößle, K.: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Buchverlag Dr.K., Weinmayer G.m.b.H., München 1948
Die Aussagefähigkeit der Bilanz (Ie Coutre-Festschrift), Frankfurt 1955 (s.Henzel, F.)
(Aussagefähigkeit)
- Ruchti, H.: Die Abschreibung, C.E.Poeschel Verlag, Stuttgart 1953
(Abschreibung)
Erfolgsermittlung und Bewegungsbilanz, ZfhF 1955, S.499 ff.
- Rudolph, K.: Bewertung von Anlagegegenständen, ZfB 1952, S.424 ff.
- Rummel, K.: Die Verfahren zur Ermittlung des Zeitwertes (Substanzwertes) von Industrieanlagen, ZfhF 1949, S.288 ff.
- Schaeffler, W.: Dynamische Bilanz in Beispielen, Verlag Felix Meiner, Leipzig 1940
- Scheffler, H.: Über Bilanzen, Vierteljahresschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte, Hsg.v.Ed.Wiss, Bd.62 des 16 Jhg., 2.Bd., Berlin 1879, S.1 ff.
- Schelowsky, P.: Zur Frage einer Bewertungsreform für die Handels- und Steuerbilanz, Wp 1949, S.145 ff.
- Scherpf, P.: Handelsbilanz – Steuerbilanz, C.Heymanns Verlag, Berlin 1941
- Schmalenbach, E.: Die Abschreibung, ZfhF 1908/09, S.81 ff.
(Abschreibung)
Über den Zweck der Bilanz, ZfhF 1910/11, S.379 ff
(Zweck)
Theorie der Erfolgsbilanz, ZfhF 1915/16, S.379 ff.
Über das allgemeine Bilanzrecht, ZfhF 1916/17, S.1 ff.
Osahr, W.: Die Bilanz vom Standpunkt der Unternehmung. Eine Buchbesprechung, ZfhF 1918, S.250 ff.
Grundlagen dynamischer Bilanzlehre, ZfhF 1919, S.1 ff.
(Grundlagen)
Die steuerliche Behandlung der Scheingewinne, Verlag Gustav Fischer, Jena 1922
Grundlagen dynamischer Bilanzlehre, 3.A., G.A.Glückner Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1925
(Grundlagen)
Selbstkostenrechnung und Preispolitik, 6.A., G.A.Glückner Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1934
(Selbstkostenrechnung)

- Schmalenbach, E.: Dynamische Bilanz, 7.A., G.A.Glöckner Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1939
 dto.
 10.A., Industrie- und Handelsverlag Walter Dorn, Bremen 1948
 Abschreibungen bei Preisveränderungen von Anlagegegenständen, ZfhF 1949, S.49 ff.
 (Preisveränderungen)
 Dynamische Bilanz, 12.A., Westdeutscher Verlag, Köln 1956
- Schmaltz, K.: Bilanz, HdB, Stuttgart 1924, Sp.1322 ff.
 Aufwand, HdB 2.A., Stuttgart 1938, Sp.264 ff.
- Schmidt, F.: Die organische Tageswertbilanz, 4.A., Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr.Th.Gabler, Wiesbaden 1951
 (Tageswertbilanz)
 Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr.Th.Gabler, Wiesbaden 1952
 (Betriebswirtschaftslehre)
- Schnettler, A.: Grundsätzliches zum Problem der betrieblichen Substanzerhaltung, BFuP 1953, S.193 ff.
 (Substanzerhaltung)
 Ziele und Grenzen der betrieblichen Werterhaltung, ZfhF 1955, S.521 ff.
 (Werterhaltung)
- Schwarz, M.: Diskussionsbeitrag, in Band 7 der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschaftsprüfer, S.188
 (s.Inst.d.Wp.)
- Seischab, H.: Der Scheingewinn – ein Scheinproblem? Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 5.7.1952, S.13
- Sellien, R.: Betriebswirtschaftslehre – kurzgefaßt, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr.Th.Gabler, Wiesbaden 1950
 (Betriebswirtschaftslehre)
 Bilanzlehre – kurzgefaßt, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr.Th.Gabler, Wiesbaden 1950
- Sewering, K.: Die Einheitsbilanz, G.A.Glöckner Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1925
- Simon, H.V.: Die Bilanzen der Aktiengesellschaften und der Kommanditgesellschaften auf Aktien, 4.A., J.Guttentag Verlagsbuchhandlung, Berlin 1910
- Sommerfeld, H.: Die Wertansätze in der Inventur, Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin 1921
 (Wertansätze)

- Sommerfeld, H.: Bilanz (eudynamisch), HdB, Sp.1342 ff.
- Sykora, G.: Die Konten- und Bilanztheorien, Industrieverlag Spaeth & Linde, Wien 1949
- Walb, E.: Das Problem der Scheingewinne, Verlag Walter Momber, Freiburg 1922
(Scheingewinne)
- Die Erfolgsrechnung privater und öffentlicher Betriebe, Spaeth & Linde, Berlin 1926
(Erfolgsrechnung)
- Zur Dogmengeschichte der Bilanz von 1861-1919, (Schmalenbach-Festschrift), G.A.Glückner Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1933
- Kaufmännische Betriebswirtschaftslehre, G.A.Glückner Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1938
(Betriebswirtschaftslehre)
- Finanzwirtschaftliche Bilanz, 2.A., H.E.Visser, Duisburg 1947
(Bilanz)
- Wall, F.: Grundsätzliche Erwägungen zur Handels- und Steuerbilanz, C.E.Poeschel Verlag, Stuttgart 1952
- Walther, A.: Einführung in die Wirtschaftslehre der Unternehmung, 1.Bd.: Der Betrieb, Schultheß & Co, Zürich 1947
(Wirtschaftslehre I)
- 2.Bd.: Die Unternehmung, Schultheß & Co, Zürich 1953
(Wirtschaftslehre II)
- Bilanzreserven und wirkliche Reserven, Ug 1954 S.1 ff.
(Bilanzreserven)
- Werner, F.: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 2.Bd., Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 1925
- Wirtz, F.: Zur Angleichung von Handels- und Steuerbilanz, BW 1951, S.115 ff.
- Witschi, R.: Die heutige Bedeutung der Bilanztheorien, Buchdruckerei Dr.J. Weiß, Affoltern a.A., 1946
- Wollert, H.: Funktionsstörungen in der Wirtschaft durch die Verdrängung des Eigenkapitals, insbesondere der Aktie, Band 7 der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Verlagsbuchhandlung des Instituts der Wirtschaftsprüfer G.m.b.H., Düsseldorf 1954, S.109 ff.

- | | |
|--------------------|--|
| Wyder, E.: | Der Wiederbeschaffungspreis, Schultheß & Co, Zürich 1946 |
| Zeitschrift für | Die statische und totale Bilanztheorie, Betriebswirtschaftliches |
| Betriebswirtschaft | Repetitorium, Beilage zur ZfB 1951 S.81 ff. |

Lebenslauf

Helmut H o p f n e r , geboren 10.6.1931 in München; 1938 bis 1942 vier Klassen Volksschule in Augsburg; 1942 bis 1944 1. und 2. Klasse Oberschule in Marquartstein/Chiemgau; 1944 bis 1950 3. bis 8. Klasse Oberschule und Abitur 1950 in Schondorf/Ammersee; 1954 Examen als Diplom-Kaufmann an der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität zu München; Promotion zum Dr. oec. publ. Februar 1958.

